

C | A | U

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Mathematisch-
Naturwissenschaftliche Fakultät

Kieler Geographische Schriften
Band 120 | Kiel 2009



Katrin Sandfuchs

Wohnen in der Stadt

Bewohnerstrukturen, Nachbarschaften und Motive
der Wohnstandortwahl in innenstadtnahen
Neubaugebieten Hannovers

KIELER GEOGRAPHISCHE SCHRIFTEN

Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Kiel
durch C. Corves, R. Duttmann, R. Hassink, W. Hoppe,
H. Sterr, G. v. Rohr und R. Wehrhahn

Schriftleitung: P. Sinuraya

Band 120

KATRIN SANDFUCHS

Wohnen in der Stadt

**Bewohnerstrukturen, Nachbarschaften und Motive
der Wohnstandortwahl in innenstadtnahen
Neubaugebieten Hannovers**

KIEL 2009

**IM SELBSTVERLAG DES GEOGRAPHISCHEN INSTITUTS
DER UNIVERSITÄT KIEL**

ISSN 0723 – 9874

ISBN 978-3-923887-62-0

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-923887-62-0

Die vorliegende Arbeit entspricht im Wesentlichen der von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Jahre 2008 angenommenen Dissertation mit dem Titel: Wohnen in der Stadt. Eine Analyse der Bewohnerstruktur und der Motive der Wohnstandortwahl in innenstadtnahen Neubaugebieten Hannovers.

Das Titelfoto zeigt das im Gründerzeitviertel Linden-Mitte
errichtete Neubaugebiet Gilde Carré.
Aufgenommen aus dem 14. Stock eines Wohngebäudes der
angrenzenden Großwohnsiedlung Ihme-Zentrum.

Foto: Katrin Sandfuchs

©

Alle Rechte vorbehalten

Vorwort

Die Idee für diese Dissertation ist aus meinem Interesse für städtische Entwicklungsprozesse entstanden, wobei ich mich insbesondere mit kernstadtnahen Räumen von Großstädten und deren Veränderungen beschäftige. Aufbauend auf den Forschungen zu meiner Diplomarbeit, in denen ich die Wirkungen von Stadterneuerungsmaßnahmen auf den innenstadtnahen Bereich Madrids untersucht habe (unter dem Aspekt der Gentrification), hat sich mein thematischer Untersuchungsrahmen zu aktuellen Stadtentwicklungsstrategien verschoben. In einem speziellen Fokus stehen innenstadtnahe Neubaugebiete, die in den letzten Jahren in Form von Einfamilienhäusern in vielen Kommunen bundesweit realisiert wurden. Das Ziel dieser Projekte ist es zumeist, den Fortzug von Familien in den suburbanen Raum einzugrenzen und ihnen alternativ einen Wohnungsbestand in zentralen Lagen anzubieten. Da jedoch die Wohnkontraste zwischen suburbanen oder ländlichen Wohnstandorten und denen des innenstadtnahen Raumes vor allem für Familien enorm sind, ist es ein Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit zu hinterfragen, welches die Motive von Bewohnern in innenstadtnahen Häusern und Wohnungen sind, einen städtischen Wohnstandort zu wählen. Inspiriert wurde ich zu diesem Thema von dem so genannten „Gilde Carré“ in Hannover (s. Foto Titelseite), das zum Zeitpunkt der empirischen Erhebung im Frühjahr 2007 ein hochverdichtetes Neubaugebiet mit 67 Reiheneinfamilienhäusern und 15 Wohnungen war (inzwischen wurde das Gebiet erweitert). Besonders ist am Gilde Carré seine Lage im gründerzeitlichen Stadtteil Linden-Mitte, bei dem der urbane Charakter des Standortes durch die angrenzende innerstädtische Großwohnsiedlung „Ihme-Zentrum“ unterstrichen wird.

Vielen Menschen gilt es für ihre Unterstützung im Entstehungsprozess dieser Arbeit zu danken, ohne deren direkte oder indirekte Hilfe die Untersuchung nicht in der vorliegenden Form entstanden wäre. Mein herzlichster Dank gilt zunächst Herrn Prof. Dr. Rainer Wehrhahn, der es mir ermöglichte, mein Forschungsinteresse in einer Dissertation umzusetzen. Insbesondere danke ich ihm für seine jahrelange intensive Unterstützung (auch während meines Studiums), zahlreiche konstruktive Hinweise und Diskussionen zu meiner Arbeit sowie sein entgegengebrachtes Vertrauen in unserer Zusammenarbeit.

Herrn Prof. Dr. Götz von Rohr möchte ich dafür danken, dass er das Korreferat übernommen und dieses in den Weihnachtsferien erstellt hat. Prof. Dr. Florian Dünckmann danke ich, dass er mir vor allem in der Phase der statistischen Datenauswertung geholfen und wertvolle Hinweise gegeben hat. Dr. Verena Sandner Le Gall, Ina v. Schlichting, Anna Lena Bercht, Angelo Müller und Samuel Mößner danke ich ebenso sehr für ihre Bereitschaft, Teile des Manuskriptes Korrektur zu lesen, wie für weiterführende Kommentare und jegliche andere Unterstützung, die sie mir trotz eigener Auslastung jederzeit gewährt haben. Gleiches gilt für Marco Schmidt, der mir wichtige Literaturhinweisen empfahlen und mich in zahlreichen unterhaltsamen und inhaltlich-konstruktiven Mittagspausen

während unserer gemeinsamen Schreibphase häufig motiviert hat. Weiterhin möchte ich Frau Petra Sinuraya für die hervorragende Gestaltung von zahlreichen Karten und Abbildungen danken, und dass sie das druckreife Layout erstellt hat. Monika Höller und Claudia Königs (RWTH Aachen) danke ich für ihre Unterstützung in anderen formalen Angelegenheiten und ihr stetiges Interesse an meiner Arbeit. Den (auch ehemaligen) studentischen Hilfskräften am Lehrstuhl für Stadt- und Bevölkerungsgeographie danke ich außerdem für viele kleinere Dinge, die jedoch in ihrer Gesamtheit beim Entstehen dieser Untersuchung von großer Bedeutung waren.

Da die Basis meiner Arbeit das empirische Datenmaterial ist, möchte ich auf diesem Weg noch einmal den Bewohnern der Untersuchungsgebiete meine große Dankbarkeit für ihr umfassendes Interesse und ihre Teilnahme an den Befragungen aussprechen. Dies gilt gleichermaßen für diejenigen, die sich an der sehr ausführlichen Fragebogenerhebung beteiligt haben, als auch denjenigen, die mir in persönlichen Interviews ihre Tür geöffnet und mir einen Einblick in ihr Leben gewährt haben. Ohne ihre Mithilfe wäre diese Arbeit nicht entstanden. Des Weiteren möchte ich in Hannover den Bauträgern und Architekten der Neubaugebiete sowie den Mitarbeitern des Stadtplanungsamtes und der Statistikstelle für ihre Interviewbereitschaft, Unterstützung und ihr positives Feedback danken, denn ohne diese Gespräche wären mir manche Hintergrundinformationen verborgen geblieben. Herrn Prof. Dr. Axel Priebes danke ich für Literaturhinweise, die die Region Hannover betreffen.

Weiterhin möchte ich meiner Familie und meinen Freunden danken, denen ich vor allem für ihren Optimismus, ihre Geduld und Zuversicht verpflichtet bin. Namentlich möchte ich an erster Stelle meinen Eltern zutiefst danken, die mich nicht nur während meiner Promotion in jeglicher Hinsicht gefördert und unterstützt haben, sondern ohne deren Hilfe generell vieles in meinem Leben nicht Wirklichkeit geworden wäre. Janine Haverkamp, Heiko und Torsten Böhm sowie Sandra van Herweghe danke ich für ihre kritische Durchsicht des Fragebogens; Anna Neugebauer, Sandra Waschk und Dr. Daniela Schüler für ihre stetige Motivation und das konstruktive Korrekturlesen einzelner Teile meiner Arbeit. Meinem Lebenspartner Robert Hasse möchte ich abschließend für alles danken – speziell dafür, mich zu lehren, auch schwierige Dinge mit einer gewissen Leichtigkeit zu sehen. Widmen möchte ich diese Arbeit allen, die auf ihre Art und Weise einen Teil zum Gelingen beigetragen haben. Insbesondere sei hierbei an meine Eltern und Robert gedacht.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	VII
Zusammenfassung / Summary	VIII
1 Einleitung	1
2 Sozialer Wandel und Modernisierung	5
2.1 Gesellschaftlicher Wandel im Diskurs sozialwissenschaftlicher Theoriebildung	5
2.1.1 Definitionen und Begriffseingrenzung	5
2.1.2 Theorietraditionen und das Problem der Moderne	7
2.1.3 Die Individualisierungsthese der reflexiven Moderne	12
2.2 Dimensionen des sozialen Wandels	16
2.2.1 Wertewandel	17
2.2.2 Pluralisierung der Lebensstile	29
2.2.3 Demographischer Wandel	43
2.2.4 Heterogenisierung der Lebens- und Haushaltsformen	56
2.2.5 Veränderungen in der Bildungs- und Erwerbsstruktur	63
3 Die Stadt und das Städtische	71
3.1 Urbanität	71
3.1.1 Begriffsverwendungen	71
3.1.2 Komponenten der Urbanität	73
3.1.3 Urbanität und Stadtplanung	77
3.2 Suburbanisierung und Renaissance der Stadt	79
4 Ziele und Methodik	88
4.1 Sozialer Wandel und Urbanität im Kontext der Fragestellung	88
4.2 Der Untersuchungsraum	92
4.2.1 Das Fallbeispiel Hannover	93
4.2.2 Die Untersuchungsgebiete	98
4.3 Methodik	118
5 Die Bewohnerstruktur innenstadtnaher Neubaugebiete	126
5.1 Soziodemographische und -ökonomische Charakteristika der Untersuchungsgruppe	126
5.1.1 Altersstruktur	126

IV

5.1.2	Lebens- und Haushaltsformen	129
5.1.3	Bildungs- und Erwerbsstruktur	135
5.1.4	Personen mit Migrationshintergrund	141
5.2	Wohnbiographische Merkmale und alternative Wohnform- und Wohnstandortpräferenzen	142
5.2.1	Aspekte der Wohnbiographie	142
5.2.2	Alternative Wohnform- und Wohnstandortpräferenzen	147
5.3	Lebensstile	151
5.3.1	Bildung der Lebensstilgruppen	152
5.3.2	Lebensstilmerkmale der Untersuchungsgruppe insgesamt	157
5.3.3	Lebensstiltypen	160
5.3.4	Lebensstile in den Neubaugebieten – eine vergleichende Betrachtung	171
6	Das Wohnen in den Neubaugebieten	173
6.1	Nachbarschaftsverhältnisse	173
6.1.1	Nachbarschaftsformen und Nachbarschaftskontakte	173
6.1.2	Nachbarschaftsbeziehungen in städtisch-suburbaner Form	181
6.2	Soziales Umfeld und Aspekte der Alltagsintegration	197
6.3	Wohnzufriedenheit	202
7	Die Motive der städtischen Wohnstandortwahl	210
7.1	Einflussfaktoren einer Wohnstandortwahl	210
7.1.1	Umzugsanlässe	210
7.1.2	Wohnstandortsuche	212
7.2	Persönliches Zeitmanagement und Erreichbarkeit	215
7.2.1	Zentralität	216
7.2.2	Mobilität	221
7.3	Urbane Vielfalt	228
7.3.1	Diversität	228
7.3.2	Heterogenität	231
7.4	Urbanes Lebensgefühl	235
7.4.1	Potenzialität	235
7.4.2	Vitalität	238
7.5	Quantität und Qualität – eine Synthese	240
8	Diskussion und Fazit	245
9	Literaturverzeichnis	254

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Haushaltsformen 2006 in Deutschland (in Prozent)	58
Abb. 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 2007 in Deutschland (in Prozent)	68
Abb. 3: Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Westdeutschland 1975-2005	69
Abb. 4: Mögliche Determinanten der städtischen Wohnstandortwahl	91
Abb. 5: Abwanderungsverluste der Stadt Hannover an ihr Umland 1992 bis 2004	97
Abb. 6: Die Lage der Untersuchungsgebiete in der Stadt Hannover	100
Abb. 7: Ahrberg-Viertel	102
Abb. 8: Ahrberg-Viertel	102
Abb. 9: Geibelhöfe	103
Abb. 10: Vasati	104
Abb. 11: Vasati	104
Abb. 12: Lister Yachthafen	106
Abb. 13: Pelikanviertel	107
Abb. 14: Pelikanviertel	107
Abb. 15: Deisterhof	108
Abb. 16: Deisterhof	108
Abb. 17: Gilde Carré	111
Abb. 18: Gilde Carré	111
Abb. 19: Modern Art	112
Abb. 20: Modern Art	112
Abb. 21: Heisehof	113
Abb. 22: Gartenstadt Kleefeld	114
Abb. 23: Gartenstadt Kleefeld	114
Abb. 24: Lister Blick	115
Abb. 25: Lister Blick	115
Abb. 26: Personen mit Migrationshintergrund in Hannover 2007	116
Abb. 27: Personen mit Bezug von Transferleistungen 2007	117
Abb. 28: Naherholungsflächen in Hannover	118
Abb. 29: Die Altersstruktur der befragten Personen im Vergleich zu Hannover insgesamt 2008	127
Abb. 30: Die Verteilung der Altersgruppen auf einzelne Wohnformen	128
Abb. 31: Die Altersstruktur der Kinder	133
Abb. 32: Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung in den einzelnen Altersgruppen (in Prozent)	136
Abb. 33: Arbeitsvolumina erwerbstätiger Männer und Frauen (in Prozent)	138
Abb. 34: Arbeitsvolumina erwerbstätiger Frauen und Mütter (in Prozent)	139
Abb. 35: Cluster 1: Aktive, politisch und kulturell interessierte Postmaterialisten	162
Abb. 36: Cluster 2: Häusliche Materialisten	164

VI

Abb. 37: Cluster 3: Tagespolitisch, kulturell und familienorientiert Interessierte	166
Abb. 38: Cluster 4: Freizeitorientierte Gesellige	168
Abb. 39: Cluster 5: Zurückgezogene Desinteressierte	170
Abb. 40: Formen und Häufigkeiten der Kontakte mit den direkten Nachbarn (in Prozent)	176
Abb. 41: Formen und Häufigkeiten der Kontakte mit der weitläufigeren Nachbarschaft (in Prozent)	179
Abb. 42: Mögliche Ursachen für den Wohnstandortwechsel von Haushalten	211
Abb. 43: Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel (in Prozent)	223
Abb. 44: Aspekte, die bei einem Fortzug aus der Stadt vermisst werden würden (in Prozent)	244

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Gegenüberstellung der Wertegruppen nach KLAGES und INGELHART	26
Tab. 2: Dimensionen der Lebensstiläußerung	39
Tab. 3: Lebensstile nach Stadt-Land-Unterschieden in Westdeutschland	42
Tab. 4: Bevölkerung nach Lebensformen in Deutschland 1996 und 2006 absolut und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung	57
Tab. 5: Daten zur Bevölkerungsstruktur der Landeshauptstadt Hannover 2007	94
Tab. 6: Verteilung der ausgetragenen und zurückgeschickten Fragebögen über die Neubaugebiete	122
Tab. 7: Die Interviewpartner	125
Tab. 8: Die Verteilung der Altersgruppen in den Neubaugebieten (in Prozent)	129
Tab. 9: Lebens- und Haushaltsformen in den Untersuchungsgebieten im Vergleich zum Mikrozensus 2006 (in Prozent)	130
Tab. 10: Verteilung der Haushaltsgrößen auf einzelne Wohnformen	134
Tab. 11: Verteilung der Altersgruppen nach Wohnformen und Besitzverhältnissen	134
Tab. 12: Berufsbildende Abschlüsse (in Prozent)	137
Tab. 13: Die prozentuale Verteilung der Einkommensgruppen auf die Wohnformen (in Prozent)	140
Tab. 14: Zusammensetzung der Bewohnerstruktur in den Neubaugebieten nach Einkommensgruppen (in Prozent)	141
Tab. 15: Zusammensetzung der Bewohnerstruktur in den Neubaugebieten nach Herkunftsregionen (in Prozent)	144
Tab. 16: Zusammensetzung der Herkunftsregion nach Altersgruppen (in Prozent)	145
Tab. 17: Hauptsächlicher Wohnstandort in der Kindheit	146
Tab. 18: Alternative Wohnstandorte zu den Neubaugebieten bei der Wohnungssuche	148
Tab. 19: Nachgefragte alternative Wohnimmobilien an unterschiedlichen Standorten im Vergleich zu der derzeitigen Wohnform	150
Tab. 20: Faktorenstruktur: Persönliches Freizeitverhalten	153
Tab. 21: Faktorenstruktur: Konsummuster	154
Tab. 22: Faktorenstruktur: Fernsehkonsum	155
Tab. 23: Faktorenstruktur: Zeitungslektüre	155
Tab. 24: Faktorenstruktur: Wertorientierungen	156
Tab. 25: Faktorenstruktur: Lebensbereiche	156
Tab. 26: Kontakte mit den direkten Nachbarn (in Prozent)	178
Tab. 27: Kontakte mit der weitläufigeren Nachbarschaft (in Prozent)	180
Tab. 28: Nutzung der Infrastruktur in unterschiedlichen Räumen (in Prozent)	201
Tab. 29: Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten der Neubaugebiete (in Prozent)	203
Tab. 30: Motive der städtischen Wohnstandortwahl	242

Zusammenfassung

Das Ziel der Untersuchung ist es, durch die Erhebung der Motive zur Wohnstandortentscheidung von Haushalten in innenstadtnahen Neubaugebieten Hannovers die Reurbanisierungsdiskussion zu erweitern, da bisherige Arbeiten zu diesem Thema zumeist einen deutlichen Bezug zur Gentrification aufweisen. Reurbanisierung wird in dieser Studie als ein Prozess verstanden, der in der Folge des sozialen Wandels in der reflexiven Modernisierung eintritt. Deshalb können gesellschaftsstrukturelle Veränderungen identifiziert werden, die den städtischen Raum für größere Bevölkerungsgruppen als Yuppies und Dinks als Wohnstandort attraktiv erscheinen lassen. Um zu untersuchen, inwiefern diese gesellschaftlichen Veränderungen Auswirkungen auf die städtische Wohnstandortwahl haben und eine positive Bewertung der Urbanität induzieren, werden zunächst die Ergebnisse einer postalischen Befragung zu den Strukturdaten der Haushalte analysiert. In einem zweiten Untersuchungsbereich werden diese Daten durch die Ergebnisse qualitativer Interviews zu den individuellen Motiven der Wohnstandortentscheidung ergänzt.

Die Auswertung zeigt, dass die deutliche Mehrheit der befragten Haushalte bereits zuvor in der Stadt gewohnt hat, so dass die absoluten Zahlen zur Reurbanisierung vernachlässigbar sind. Vielmehr handelt es sich um Haushalte, die in der Stadt verbleiben. Das Hauptkennzeichen der befragten Personen ist, dass sie ökonomisch relativ homogen und finanzkräftig sind, was unter anderem dadurch begünstigt wird, dass die Befragten ein hohes Bildungsniveau besitzen. Zudem leben in den innenstadtnahen Neubaugebieten überdurchschnittlich viele doppelverdienende Paare, bei denen Frauen zu 75,2 % ihre Erwerbstätigkeit auch dann nicht aufgeben, wenn Kinder mit im Haushalt wohnen. Eine Lebensstilanalyse der Bewohner zeigt, dass die befragten Personen zumeist häuslich orientiert sind und nur selten eindeutige Präferenzen für postmaterialistische Werte und Lebensweisen zeigen. Diese eher als konventionell zu betrachtende Lebensführung spiegelt sich auch in den Nachbarschaftsverhältnissen wider, bei denen sich vor allem in Einfamilienhäusern Formen entwickelt haben, die suburbanen Kontaktmustern gleichen. Anders ist es hingegen in Mehrfamilienhäusern, in denen städtisch-anonyme Nachbarschaften dominieren.

Die Motive für das innenstadtnahe Wohnen sind vor allem in den dortigen Komponenten der Urbanität zu sehen: Aufgrund der kurzen Wege, infrastruktureller Verdichtung und Funktionsmischung kann ein Lebenswandel geführt werden, wie ihn der soziale Wandel bei Teilen der Bevölkerung bewirkt hat. Erst durch das Wohnen in der Stadt ist es doppelverdienenden Paaren möglich, aufgrund ihres persönlichen Zeitbudgets zu arbeiten, gleichzeitig Kinder zu bekommen und auch eine gewisse Spontaneität zu wahren. Hierbei stehen jedoch die praktischen Gründe bei der Wohnstandortwahl im Vordergrund, da postmaterialistische Lebensweisen, wie sie mit Gentrifiern in Verbindung stehen, nur bedingt identifiziert werden können. Vielmehr gehört das umfangreiche kulturelle und

freizeitorientierte Angebot der Stadt zum Lebensgefühl, bei dem es für die befragten Bewohner wichtig ist, ein diverses Angebot in erreichbarer Nähe zu haben, das auch spontan, jedoch nur sporadisch, wahrgenommen wird.

Summary

The goal of the study is to expand the academic discussion on reurbanization through the analysis of the motives of households for choosing a residential location in new inner-urban housing estates in Hanover, as most of the research on this topic published up to now on this topic has focused on gentrification. As, in contrast, reurbanization in this study is understood as a process that occurs as a result of social change in the reflexive modernization, sociostructural changes may be identified that allow the city to appear attractive as a place of residence for larger population groups. In order to research to what extent these societal changes affect the choice to live in the city, the results of a postal survey of the structural data of the households in question are analyzed. In a second research step these data are complemented by the results of qualitative interviews about the motives for choosing a place of residence in the city.

The analysis shows that a considerable majority of the interviewees had lived in the city directly before moving which renders the absolute number of reurbanites rather negligible. It is actually rather a case of households staying in the city. The primary attribute of those surveyed is that they are economically homogeneous and well-off, which among other things is brought about by the fact that they have a very high educational level. Additionally, an above average number of double-earner couples lives in the new housing estates, and 75.2 % of women have not given up their jobs with children living in the household. An analysis of the lifestyles of inhabitants shows that those polled are for the most part domestically oriented, only rarely displaying a preference for post-materialistic values and modes of life. Their lifestyles can be viewed as conventional, something which is also reflected in the relationships between neighbours, having developed in single-family homes primarily in a manner similar to suburban settlements. However this lifestyle preference was not found for multiple-family homes in which anonymous urban neighbourhood relations dominated.

The motives for living close to the city centre are above all to be seen in the components of urbanity available there. Shorter distances to all kinds of facilities, the density of infrastructure and a mixture of functions permit a way of life which has been generated in parts of the population social change: Only by living in the city it is possible for double-income couples, because of their personal time budget, to work and have children, while also preserving a certain amount of spontaneity. In this study, the practical factors in locational choice are emphasised, whereas a hedonistic lifestyle, associated with gentrification for example, can hardly be identified in the sample group researched. In fact, the

extensive offerings of the city in terms of cultural and free-time activities are part of the attitude towards life of the interviewees in which it is important to have diverse possibilities available in the immediate vicinity, which can be taken advantage of spontaneously, albeit sporadically.

1 Einleitung

Die Renaissance der Stadt ist ein Thema, das in den Medien immer präsenter wird. Mit Schlagzeilen wie „Triumph der City“ (BEYER 2006, S. 134, in: Der Spiegel), „Berlin Townhouses: Das Individuum schlägt zurück“ (Süddeutsche Zeitung vom 23.09.2006) oder „Zukunft fürs Zentrum: City-Wohnen wird beliebter“ (Berliner Zeitung vom 02.02.2006) werden Stadtentwicklungsprozesse betitelt, von denen gemutmaßt wird, dass sie zukünftig Stadt-Umland-Wanderungen ablösen könnten—oder dass sie diesen Trend bereits aufweisen. Doch wie kann es sein, dass ein „Run auf Stadthäuser in der Innenstadt“ (Handelsblatt vom 4./5./6.11.2005) zu verzeichnen ist, wo doch bisher immer nur die „Stadtflucht“ präsent war? Gerade weil urbane Faktoren wie Verdichtung, Heterogenität, aber auch Kriminalität dazu führten, dass insbesondere Familien und Personen in der Familiengründungsphase den städtischen Raum lange Zeit als unwirtlich empfunden haben, scheinen aktuelle Stadtentwicklungspolitiken konträr hierzu zu sein. Ist es deshalb nicht plausibler, von „Einfamilienhaus oder City?“ zu sprechen, wie SCHMITT et al. (2006) ihre Publikation benennen?

Aber nicht nur in den Medien, sondern auch in der Fachliteratur hat sich verstärkt in den letzten circa fünf Jahren eine Diskussion um eine mögliche städtische Renaissance entwickelt, bei der von einigen Autoren ebenfalls eine zukünftige Trendumkehr in der Wohnstandortwahl weiter Bevölkerungsgruppen prognostiziert wird (z.B. CHESHIRE 2006, S. 1231 f.; BRÜHL 2006a, S. 83). Fraglich ist, ob es sich hierbei um einen Trend handelt. Denn gab es nicht schon immer städtische Wohnstandortpräferenzen, wie sie vor allem in Publikationen zur Gentrification aufgezeigt und neuerdings im Zusammenhang mit der *creative class* genannt werden? Falls sich die gegenwärtigen Entwicklungen zukünftig tatsächlich zu einem Trend entwickeln sollten, kann angenommen werden, dass hiermit eine Revision des Stadtimages seitens großer Teile der Bevölkerung verbunden sein muss, wie es BRÜHL bereits heute erkennt (2006b, S. 10). Zumal das innenstadtnahe Wohnen in einem Townhouse oder Stadthaus—oder weniger modern: Reiheneinfamilienhaus—zumeist mit Eigentumserwerb verbunden ist. Als Erklärungen können hierfür städtebauliche Veränderungen und Sanierungsarbeiten alleine nicht ausreichen, denn vor allem negativ besetzte Images, wie es das des innenstadtnahen Wohnens lange Zeit war, sind nur schwer zu korrigieren (FRIEDRICHS 1996, S. 23). So müssen weitere Faktoren die städtische Wohnstandortwahl bestimmen, von denen in der vorliegenden Untersuchung angenommen wird, dass sie durch rezente gesellschaftliche Veränderungen bedingt werden, die eine positive Wahrnehmung der Urbanität, des typisch Städtischen bewirken. Da bisherige Arbeiten zum städtischen Wohnen hauptsächlich auf den Erklärungsansätzen zur Gentrification basieren oder auf „hypothetischen Erkenntnissen“ (SIEDENTOP 2008, S. 201) beruhen, ist es das Ziel der vorliegenden Studie aufzuzeigen, welches die Motive für die innenstadtnahe Wohnstandortwahl sind und ob hieraus und aus der Zusammensetzung der Bewohnerstruktur von Neubaugebieten Rückschlüsse auf Dimensionen des so-

zialen Wandels möglich sind. Das heißt: Sind bestimmte Motiv- und Bewohnerstrukturen identifizierbar, die auf der Basis einer veränderten gesellschaftlichen Konstitution das innenstadtnahe Wohnen begründen und diesen Raum für breitere Gesellschaftsgruppen, als es Yuppies (*Young urban professionals*) und Dinks (*Double income no kids*) sind, als Wohnstandort optimal erscheinen lassen? Auch für Familien?

Bereits seit den 1970er-Jahren wird versucht, durch veränderte städtebauliche Leitbilder und behutsame Stadterneuerungsmaßnahmen den kernstadtnahen Raum attraktiver zu gestalten und potenziellen Suburbaniten Wohnalternativen zum Umland aufzuzeigen (HARDT 1995, S. 155; HEUER 1978, S. 626 ff.). Bisher verband sich hiermit jedoch keine Trendwende bezüglich der Siedlungstätigkeit, denn auch die Gentrification ist in Deutschland ein Prozess, der nur geringe Ausmaße annimmt. Um die „Stadtflucht“ aber dennoch einzugrenzen, entwickeln Kernstädte verstärkt seit den 1990er-Jahren Konzepte, die den städtischen Raum für unterschiedliche Nachfragegruppen attraktiv als Wohnstandort erscheinen lassen sollen: Flankiert durch Imagekampagnen und Investitionen in den öffentlichen Raum wird zum Beispiel innenstadtnaher Wohnungsneubau in Form von Wohnungen, aber auch Wohnformen realisiert, die bisher primär im Stadtrandbereich oder suburbanen Raum zu finden waren. Ergänzt werden diese Angebote zumeist durch finanzielle Anreize, die das Wohnen in der Stadt soweit vergünstigen, dass größeren Bevölkerungsgruppen der Zugang zu den neuen Wohnformen ermöglicht wird. Als ein Beispiel kann der Kinder-Bauland-Bonus in Hannover gesehen werden, der Familien 10 % der Baulandpreise pro Kind erlässt, sofern die Immobilien auf einer zuvor kommunalen Fläche errichtet werden (Landeshauptstadt Hannover 2005a, S. 51).

Obwohl in der vorliegenden Studie die Untersuchungsgebiete auf privaten, nicht kommunalen innenstadtnah gelegenen Flächen entwickelt wurden und der Kinder-Bauland-Bonus den Bewohnern somit nicht gewährt wird, zeigen Interviews mit den Bauträgern und Immobilienverwaltern, dass insbesondere die Einfamilienhäuser (in Form von Reihen-, Atrium- oder auch frei stehenden Einfamilienhäusern) eine sehr gute Vermarktung erfahren haben. Sie konnten zum Großteil bereits vor Baubeginn veräußert werden – und das teilweise mit Wartelisten. Hierdurch wird deutlich, dass eine große Nachfrage seitens der Bevölkerung nach diesen neuen kernstadtnahen Angeboten besteht und quantitative Defizite in diesem Immobiliensegment vorhanden sind. So hat die Auswertung der Immobiliensuche seitens der Untersuchungsgruppe gezeigt, dass speziell die Bewohner von Einfamilienhäusern nur selten alternativ in eine Wohnung gezogen wären, falls das Angebot im Einfamilienhaussegment nicht vorhanden gewesen wäre. Dies beinhaltet, dass vor allem Familien aufgrund der Errichtung entsprechenden Wohnraums die Stadt als Wohnstandort attraktiv bewerten, so dass die Immobilienform in Kombination mit weiteren Motiven als Entscheidungsgrundlage für die kernstadtnahe Wohnstandortwahl angesehen werden kann.

Welches jedoch die konkreten Motive für die Wohnstandortentscheidung sind, wird in der vorliegenden Untersuchung anhand leitfadengestützter Interviews mit Bewohnern von elf innenstadtnah gelegenen Neubaugebieten in Hannover untersucht. Hierdurch wird versucht, die skizzierte Forschungslücke zu schließen und einen Beitrag zur Reurbanisierungsdiskussion zu leisten.

Als Ursache für die städtische Wohnstandortnachfrage werden hier gesellschaftliche Veränderungsprozesse angesehen, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben und die BECK in der Individualisierungsthese konzeptualisiert (vgl. Kapitel 2.1). Einzelne Teilbereiche des von ihm aufgezeigten sozialen Wandels umfassen den demographischen Wandel, den Wertewandel, die Pluralisierung von Lebensstilen und die Zunahme neuer Haushaltsformen, die detailliert als theoretische Basis in Kapitel 2.2 vorgestellt werden. Ergänzt wird die Individualisierungsthese im Gesamtforschungsansatz um Aspekte der Urbanität, da sie den innenstadtnahen Raum in besonderer Weise prägen. Gleichzeitig wurden sie aber bisher infolge bestimmter städtebaulicher Leitbilder und Stadtentwicklungspolitikern seitens der Bevölkerung zumeist negativ konnotiert wahrgenommen, weshalb die Urbanität zu den Schlüsselfaktoren der Suburbanisierung zählt (vgl. Kapitel 3.1). So ist die vorliegende Arbeit insgesamt in den aktuellen Sub- und Reurbanisierungsdiskurs einzuordnen (vgl. Kapitel 3.2), und ein Teil der empirischen Auswertung hinterfragt, ob sich die Bewohner der Untersuchungsgebiete tatsächlich aus Reurbaniten zusammensetzen oder ob es sich bei ihnen eher um ein „Verweilen“ in der Stadt handelt.

Nachdem das Untersuchungsthema durch das theoretische Konzept konkretisiert wurde, werden in Kapitel 4 die Fragestellung spezifiziert und das methodische Vorgehen sowie die Untersuchungsgebiete vorgestellt. In Kapitel 5 erfolgt die Auswertung einer standardisierten Fragebogenerhebung, mittels derer die sozioökonomischen Charakteristika zur strukturellen Einordnung der Untersuchungsgruppe erhoben wurden. Ebenso erfolgte hier die Gruppierung der befragten Bewohner zu Lebensstiltypen, um aufzuzeigen, inwiefern sich Parallelen zu postmaterialistischen/hedonistischen Lebensweisen erkennen lassen, wie sie theoretisch häufig mit urban wohnenden Menschen in Verbindung stehen. Kapitel 6 thematisiert das Wohnen in den Neubaugebieten, wobei der Fokus des Kapitels auf den Nachbarschaftsverhältnissen liegt und einen Vergleich zu nachbarschaftlichen Kontaktmustern im suburbanen Raum aufzeigt. Das Ziel dieses Kapitels ist es zu hinterfragen, ob sich mit den „neuen“ städtischen Wohnformen, wie es die der Einfamilienhäuser sind, weiterhin typisch städtisch-anonyme Nachbarschaften verbinden oder ob sich mit den eher randstädtischen und suburbanen Wohnformen auch kernstadtnah Kontaktmuster etablieren, die für dezentrale Lagen charakteristisch sind. In Kapitel 7 werden die in Interviews erhobenen Motive der Wohnstandortwahl ausgewertet, die sich in drei Haupt- und sechs Unterkategorien sortieren lassen. Der am häufigsten genannte Grund ist in dem Aspekt der Erreichbarkeit zu sehen, da durch die kurzen Wege nicht nur Distanzen

verringert werden, sondern vor allem Eltern die Möglichkeit zu einem verbesserten Zeitmanagement im Alltagsleben gegeben ist. In Kapitel 8 erfolgt schließlich eine Diskussion der Ergebnisse und ein Rückführung auf die Fragestellung. Hier wird auch hinterfragt, ob die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse der reflexiven Moderne langfristig eine zunehmende Nachfrage nach städtischen Wohnstandorten bewirken können.

2 Sozialer Wandel und Modernisierung

2.1 Gesellschaftlicher Wandel im Diskurs sozialwissenschaftlicher Theoriebildung

Die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse gehört zu den ältesten Forschungsfeldern der Soziologie (GLATZER 2003, S. 37), wobei WILLIAM F. OGBURN 1922 für diese Veränderungen den Begriff des sozialen Wandels geformt hat. Grundlegend für den Begriff des sozialen Wandels ist die Ansicht, dass sich Gesellschaften seit der Entwicklung der Menschheit in einer stetigen Veränderung befinden. Aus heutiger Sicht haben die klassischen gesellschaftsprägenden Wandlungen vor allem in den letzten Jahrzehnten stattgefunden (z. B. die Industrialisierung, Demokratisierung oder Emanzipation), jedoch umschreiben auch Epochen wie Renaissance, Humanismus oder Aufklärung einen unterschiedlichen Zeitgeist (WEYMANN 1998, S. 11). Bis heute hat sich der soziale Wandel als einer der elementarsten soziologischen Grundbegriffe erhalten und gilt hierdurch als eine „Art Sammelbecken“ (JÄGER & MEYER 2003, S. 16) vielfältiger Entwicklungen (ZAPP 2006, S. 346). Deshalb ist es nicht überraschend, dass sich Soziologen verschiedenster Denkrichtungen dem Paradigma genähert haben und versuchen, den Prozess theoretisch zu greifen. Da es jedoch bis heute kein einheitliches theoretisches Konzept zum sozialen Wandel gibt, kann nicht genau bestimmt werden, unter welchen Bedingungen sich soziale Strukturen wie verändern (JÄGER 1981, S. 15; WEYMANN 1998, S. 17).

Insbesondere in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine Vielzahl verschiedener Konzepte, so dass BOUDON 1983 konstatierte: „(...) social sciences have even tended to be implicitly defined as sciences of change“ (S. 143). PARSONS (1964, S. 46, in: MÜLLER & SCHMID 1995, S. 31 f.) pointiert sogar, dass die Soziologie an einer unabschließbaren Auseinandersetzung sich gegenseitig bekämpfender Schulen leidet, was sicherlich ein weiterer Grund für das „Meer an Theorien zum sozialen Wandel“ (JÄGER 1981, S. 19) ist. Deshalb ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es in Kapitel 2.1.2 in erster Linie darum gehen wird, einige zentrale Aspekte und Entwicklungen in der Theoriedebatte aufzuzeigen, und es nicht das Ziel dieser Arbeit ist, die Details der einzelnen Ansätze aufzuarbeiten (als einführende Literatur in die unterschiedlichen Theorien zum sozialen Wandel eignen sich z. B.: JÄGER & MEYER 2003; JÄGER & WEINZIERL 2007; SCHEUCH 2003a, 2003b und WEYMANN 1998). Vielmehr dient dieses einführende Kapitel dazu, alternative Theorien zum Konzept der reflexiven Moderne zu skizzieren, das als Basistheorem dieser Arbeit (speziell die Individualisierungsthese) in Kapitel 2.1.3 ausführlicher dargestellt wird.

2.1.1 Definitionen und Begriffseingrenzung

Einleitend wurde aufgezeigt, dass der soziale Wandel ein sehr allgemeiner Grundbegriff ist, weshalb auch Definitionen hierzu ähnlich unspezifisch gehalten sind. So umschreibt

der soziale Wandel „die prozessuale Veränderung der Sozialstruktur einer Gesellschaft in ihren grundlegenden Institutionen, Kulturmustern, zugehörigen sozialen Handlungen und Bewusstseinsinhalten“ (ZAPF 2006, S. 346). Wird eine weitere Definition exemplarisch hinzugenommen, so wird noch deutlicher, wie viele Veränderungen unterschiedlichster Art unter dem Begriff zu subsumieren sind. Sozialer Wandel ist in der Definition nach JÄGER (1981, S. 21) ein „ökonomischer und technologischer Wandel ebenso wie Wandel im Wertesystem, sozialstruktureller Wandel, Wandel im Bildungssystem und politischer Wandel“. Obwohl sich die Definition nach ZAPF explizit auf Veränderungen in der Sozialstruktur einer Gesellschaft bezieht, beinhaltet sie implizit auch die von JÄGER benannten Merkmale, was insbesondere dann deutlich wird, wenn die von SCHÄFERS erstellte Definition einer Sozialstruktur hinzugezogen wird: „(...) die Gesamtheit der relativ dauerhaften Norm- und Wertgefüge, Handlungsmuster (soziale Rollen) und soziale Gebilde – wie Institutionen und Organisationen – in einer Gesellschaft“ (2004, S. 3). Als die wichtigsten Bereiche der Sozialstruktur benennt SCHÄFERS (2004, S. 8) konkretisierend:

- die Bevölkerungsstruktur in enger Verknüpfung mit der Haushalts- und Familienstruktur,
- das ökonomische System und Formen der Arbeit und Produktion,
- das Gesundheits- und Wohlfahrtsstaatssystem,
- das staatliche und politische System,
- das kulturelle System,
- das System der Siedlungsform und Segregation,
- das moderne Kommunikationssystem.

Werden diese Kategorien betrachtet, so fällt auf, dass der soziale Wandel multidimensional verlaufen kann, so dass prinzipiell kein Bereich als prägend oder vorrangig angesehen werden kann (ALBER 2002, S. 16). Um mit dem Begriff des sozialen Wandels in der vorliegenden Untersuchung dennoch arbeiten zu können, wird an dieser Stelle aufgrund der definitorischen Spannweite die Notwendigkeit gesehen, den Terminus für die vorliegende Studie einzugrenzen. Legitimiert wird dieses Vorgehen durch JÄGER und MEYER (2003, S. 16), die anmerken, dass der soziale Wandel jeweils durch jene Aspekte inhaltlich bestimmt wird, die als bedeutsame Strukturbestandteile der Fragestellung betrachtet werden. Da es das Hauptziel dieser Arbeit ist zu hinterfragen, inwiefern die sozioökonomische Perspektive des aktuellen sozialen Wandels einen Einfluss auf die Wohnstandortwahl der Bewohner innenstadtnaher Neubaugebiete hat (vgl. Kapitel 4.1), werden sich die Untersuchungen weitgehend hierauf begrenzen. In Anlehnung an den Sozialstrukturbegriff nach ZAPF (1989, S. 101) fallen demnach in die Analyse die demographischen Merkmale der Bevölkerung, Lebens- und Familienformen, Aspekte wie Bildung und Einkommen, aber auch das Wertesystem und Lebensstile. Zwar stellen auch Wandlungsprozesse im Bereich der Stadtplanungspolitik einen interessanten ergänzenden Aspekt

dar, jedoch werden sie in der Auswertung aufgrund der bereits bestehenden Komplexität des Ansatzes nicht als zentrale Untersuchungsgegenstände gehandhabt, sondern eher flankierend betrachtet (ohne die es die nachzufragenden Wohnobjekte in teilweise neuen Formen nicht gäbe).

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Veränderungsrichtung hat sich der früh geformte Modernisierungsbegriff durchgesetzt, wobei die Wandlungsprozesse linear oder multilinear verlaufen können (vgl. WISWEDE & KUTSCH 1978, S. 11 ff.). Vielen Verlaufsformen gleich ist die Ansicht, dass die Veränderungen an einer Ausgangssituation beginnen und idealtypisch einer Hauptrichtung folgen (OGBURN 1969, S. 154). Einen Grund, weshalb nicht alle Gesellschaften genau die gleichen Entwicklungen durchlaufen und es regionspezifische Besonderheiten gibt (es gibt z. B. moderne Gesellschaften sowjetischen Typs und postkoloniale Gesellschaften, KÖSSLER & SCHIEL 1996, S. 20), sieht ZAPF (1996, S. 70) in der so genannten Pfadabhängigkeit. Das bedeutet, dass Veränderungen auf vorhergehenden Entwicklungen aufbauen und diese in der Vergangenheit verfolgten Wege auch in der Zukunft nachwirken (ROBERTSON 2007, S. 17 f.; THERBORN 2000, S. 59).

2.1.2 Theorietraditionen und das Problem der Moderne

Ein theoretischer Ansatz wie die Pfadabhängigkeit stellt zwar einen ersten Grundgedanken zum Phänomen des sozialen Wandels dar, jedoch beschreibt er eher eine Form des Entwicklungsverlaufes, als dass die Ursachen und Folgen dezidiert aufgezeigt werden. Diesen Fragestellungen werden komplexe Theorien gerecht, wobei sich die Auffassungen, wie gesellschaftlicher Wandel zu erklären ist, im Verlauf der Jahrzehnte deutlich gewandelt haben. Da es nicht möglich ist, an dieser Stelle den „Theoriepluralismus“ (GEISLER 2001, S. 681) detailliert zu verfolgen, soll ein Überblick über die unterschiedlichen Perspektiven und Problematiken der Konzepte aufgezeigt werden, um hieraus auf die Theorie der reflexiven Modernisierung nach ULRICH BECK (1991) überzuleiten.

Gemeinsamer Hintergrund der Theorien zum sozialen Wandel ist das Verständnis von Statik und Dynamik, das besagt, dass Wandlungen auf der Basis relativ stabiler sozialer Strukturen (z. B. Handlungsmustern) erfolgen. Dissens besteht darin, was eine Struktur charakterisiert und was somit als Gegenstand des Wandels betrachtet wird. In marxistischen Theorien sind zum Beispiel diejenigen Strukturen entscheidend, die die Ökonomie verändern, wohingegen in Konflikttheorien unter anderem Veränderungen in Herrschaftsregimes als Auslöser von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen thematisiert werden. Zudem unterscheiden sich die Konzepte dahingehend, wie sozialer Wandel gestaltet wird, also wer Träger dieses Prozesses ist (z. B. systemtheoretische Ansätze versus Handlungstheorien) (BOUDON 1983, S. 154; JÄGER & WEINZIERL 2007, S. 12 f.). Diesem zweiten Kerngedanken entsprechend werden in der theoretischen Diskussion vor allem

zwei Positionen vertreten, die im Folgenden umrissen werden sollen: Makrotheorien (strukturfunktionalistische Theorien und Systemtheorie) und Mikrotheorien (am Beispiel der Verhaltenstheorien).

Der Strukturfunktionalismus galt bis Ende der 1960er-Jahre als das dominierende theoretische Modell, wobei TALCOTT PARSONS mit seiner Gesellschaftstheorie erste Aussagen zum sozialen Wandel getroffen hat (JÄGER & MEYER 2003, S. 22). Der Grundgedanke seines Ansatzes ist, dass Gesellschaften aus Subsystemen wie Wirtschaft, Recht und Politik zusammengesetzt sind, wodurch eine gesellschaftliche Ordnung besteht (Differenzierung). Einzelne Systeme operieren für ihre Bestanderhaltung mit ihrer Umgebung, was bedeutet, dass sie beispielsweise über Medien in einem Austauschprozess zueinander stehen. Treten nun zwischen diesen Systemen Spannungen auf (Ungleichgewichte), so werden systeminterne Wandlungsprozesse ausgelöst, so dass am Ende wieder ein Gleichgewichtszustand besteht (wird z. B. eine technische Neuerung erfunden, so muss eventuell auch das normative System ein Gesetz entwerfen, um dieser gerecht zu werden) (JÄGER & MEYER 2003, S. 32 f.). Am oberen Ende PARSONS' funktionaler Systemhierarchie befindet sich das Wertesystem, das Gesellschaften mit allen seinen Subsystemen zusammenhält. Wandelt sich dieser Wertekonsens (z. B. durch Übernahmen aus benachbarten Kulturen, durch Kommunikation oder Sozialisationsprozesse), so wird sozialer Wandel ausgelöst (PARSONS 1971, S. 50 ff.). Das bedeutet, dass unter einem sozialen Wandel nicht das Handeln der einzelnen Menschen verstanden wird, sondern vielmehr der Wandel von Handlungsmustern (PARSONS 1972, S. 16 f.; WEYMANN 1998, S. 87 f.). Die Kritik an PARSONS' Theoriebildung erstreckt sich in erster Linie auf die Tatsache, dass er versuchte, Vorhersagen (und Prognosen) bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung zu treffen. Diese führten jedoch zu fehlerhaften Einschätzungen, da die Mikroperspektive, der Mensch als Handelnder, zu wenig berücksichtigt wird (CLARK 2005, S. 213; HOMANS 1971, S. 106; MÜLLER & SCHMID 1995, S. 20 ff.).

Ähnlich abstrakt wird in der Systemtheorie nach NIKLAS LUHMANN argumentiert, wobei er jedoch eine Unterscheidung in Gesamtsystem und Subsysteme aufhebt und nur noch von Systemen und ihrer Umwelt (andere Systeme) spricht (LUHMANN 1987, S. 242 f.). Nach LUHMANN gibt es eine unendliche Zahl an Systemen (z. B. auch eine Partnerschaft ist ein System), wobei diese einzelnen Systeme in sich abgeschlossen sind und in ihrer Entwicklung selbstreferentiell (autopoietisch) erscheinen (LUHMANN 1987, S. 31 ff.). Das bedeutet, dass sich Systeme in ihrer Evolution (bei der Erfassung und Verarbeitung der Umwelt) an sich selber orientieren und sich entweder reproduzieren oder nicht. Evolution erfolgt durch drei Prozesse: Variation (etwas Neues wie Gedanken, Thesen oder Regeln entstehen), Selektion (der weitere Gebrauch des durch Variation entstandenen Neuen wird unterstützt) und Restabilisierung (die durch das Neue hervorgerufenen Störungen werden überwunden). Wandlungsprozesse erfolgen demnach dann, wenn bestimmte Variationen durch Selektion übernommen werden und sich die Funktion des betroffenen Sy-

stems im Prozess der Restabilisierung anpasst (JÄGER & WEINZIERL 2007, S. 15; MÜNCH 2004, S. 180 ff.). LUHMANN folgend ist eine Steuerung gesellschaftlicher Prozesse nicht möglich, da alle Systeme in sich geschlossene Einheiten bilden, an denen Impulse entweder abprallen oder verarbeitet werden. Wie im Strukturfunktionalismus ist auch hier die Mikroperspektive ausgeblendet, denn das Individuum als eigenständig Handelnder ist in der Systemtheorie nicht vorgesehen (JÄGER & WEINZIERL 2007, S. 15; LUHMANN 1987, S. 474 ff.).

Speziell aufgrund der Kritik an PARSONS' Strukturfunktionalismus (fehlende Mikroperspektive) entwickelte sich der soziologische Behaviorismus, die so genannten Verhaltenstheorien. Verfechter dieses Ansatzes ist in erster Linie GEORGE C. HOMANS (JÄGER & MEYER 2003, S. 43), der sich dafür ausspricht, stärker das Verhalten von Individuen zu berücksichtigen, als die Ursachen des Wandels in abstrakten Systemen zu suchen. Seiner Ansicht nach wird Verhalten in Lernprozessen erworben, bei denen eine Handlung belohnt wird und sie erneut ausgeübt wird (der Mensch erzielt durch eine bestimmte Handlung den größten möglichen Nutzen für sich selber). Im Gegensatz hierzu werden Handlungen unterlassen, die Nachteile bewirken. Aus dieser Perspektive wird sozialer Wandel durch individuelle Personen bedingt, die durch ihr erworbenes Verständnis handeln. Auch die strukturelle Ebene (Normen) wird durch einen gemeinsamen Lernprozess geformt (HOMANS 1971, S. 100 ff.; JÄGER & MEYER 2003, S. 43 ff.).

Werden diese beiden großen Theorieansätze, die Mikro- und Makrotheorien, gegenübergestellt, so ist ihnen gemeinsam, dass sie alleine genommen sozialen Wandel nur unzureichend erfassen können (HALLINAN 1997, S. 4; MÜLLER & SCHMID 1995, S. 28). Das bedeutet einerseits, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht ohne Bezugnahme auf die Handelnden erklärt werden können, wie es aus Sicht der Makrotheorien erfolgt. Andererseits ist auch die alleinige Perspektive auf den Akteur ohne Einbezug von Normen oder systemischen Konsequenzen nicht zufrieden stellend, denn: „Es gibt das ‚normlose Individuum‘ nicht, das sozusagen beim gesellschaftlichen Nullpunkt seine Interaktion beginnen könnte“ (HETTLAGE 2002, S. 4). Deshalb soll an dieser Stelle eine dritte Position vorgestellt werden, die Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene.

Vor allem ANTHONY GIDDENS (1988) hat in seinem Konzept zur „Dualität von Struktur und Handlung“ eine Rückkoppelung beider Aspekte theoretisiert. Der Kerngedanke seines Ansatzes ist darin zu sehen, dass eine Handlung von der Struktur ausgeht und diese wiederum stützt beziehungsweise verändert (GIDDENS 1988, S. 77 ff. u. 352 ff.). Dennoch wird an dieser Stelle das Konzept nach ULRICH BECKs Individualisierungsthese in der reflexiver Moderne (1986/1991) verfolgt, da BECK zwar auch auf theoretische Hintergründe eingeht, jedoch die Folgen der sozialen Wandlungsprozesse in das Zentrum seiner Ausarbeitung stellt. Obwohl BECK explizit daran gelegen ist, mit seinen Konzepten der Risikogesellschaft (1986) und späteren Weltrisikogesellschaft (2007) strukturelle

Wandlungsprozesse als Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen seit der Industriegesellschaft herauszustellen, wird implizit auch die Mikroperspektive in der Individualisierungsthese berücksichtigt, so dass BECK wie auch GIDDENS in der Mesoebene anzugliedern sind. Zwar ist es das Hauptanliegen BECKS darzustellen, wie sehr klassenbedingte Strukturvorgaben ihren Einfluss auf das Denken und Handeln von Individuen verlieren, doch konzipiert BECK das Handeln nicht jenseits von weiteren strukturellen Rahmenbedingungen. Auch in der Risikogesellschaft können Individuen nicht ohne Abhängigkeiten und Restriktionen von Institutionen handeln (z. B. BECK 1995, S. 189; BECK & BECK-GERNSHEIM 1993, S. 179).

BECKS Risikogesellschaft entwickelte sich schnell zu einem interdisziplinären Diskussionsgegenstand, da die von der Moderne ausgehenden Risiken zunehmend das Alltagsleben aller Menschen beeinflussen (MYTHEN 2004, S. 6 ff.). Zusammengefasst lassen sich diese Risiken in Problemen wie Atomenergie, Luftverschmutzung und anderen ökologischen Gefahren identifizieren, die durch persönliche Risiken für den Einzelnen durch zunehmende Individualisierung vergrößert werden. Durch die sich ausweitende Globalisierung (Entgrenzung) werden die in der Risikogesellschaft noch zum Großteil national betrachteten Probleme schließlich an der Wende zum 21. Jahrhundert zu „Weltgefahren“ (BECK 2007, S. 28) und erweitern hierdurch ihren Inhalt. Globale Risiken umfassen so vor allem ökologische Krisen, globale Finanzkrisen, terroristische Gefahren und biographische Risiken. Letztere sind nach wie vor von Individualisierungsprozessen gekennzeichnet, werden jedoch durch zunehmende „Kosmopolitisierung“ ergänzt (BECK 2007, S. 28 ff.; 2000, S. 79 ff.). Da jedoch die Zusammenführung von Individualisierung und Kosmopolitisierung einer zukünftigen Studie vorbehalten ist (BECK 2007, S. 37) und globale Risiken wie Terrorgefahren und Umweltprobleme nicht als zentrale Grundlagen der vorliegenden Untersuchung angesehen werden, soll im Weiteren nur das Paradigma des Individualisierungsschubs als ein Teilbereich BECKS reflexiver Modernisierungstheorie thematisiert werden.

Die zwei Modernen

Die reflexive Modernisierung, auch als zweite Moderne bezeichnet, beschreibt allgemein die Auf- und Ablösung der ersten Moderne, also der Lebensformen und -bedingungen der Industriegesellschaft. Hinsichtlich des Individualisierungsschubs bedeutet dies, dass die reflexive Modernisierung insbesondere in einer verstärkten Pluralität von Arbeits-, Familien- und Lebensformen erkennbar ist (BECK et al. 2004, S. 16) und bezüglich der Lebensplanung eine Herauslösung aus zuvor bestehenden Klassenvorgaben möglich macht. Letztere ist insbesondere durch die Entwicklung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen wie die Wohlfahrtsstaatsentstehung und wirtschaftliche Prosperität zu verwirklichen, wie sie im Verlauf der ersten Moderne entstanden sind. Durch diese Erkenntnis verläuft Individualisierung weder gewollt noch bewusst (was „reflexiv“ meinen könnte), sondern stellt eher eine Konsequenz vorheriger Modernisierungsprozesse dar (BECK 1996, S. 26 f.).

Diese vorherigen Modernisierungsprozesse werden in Konzepten der „einfachen oder ersten Moderne“ erfasst (BECK 2007, S. 26; 1991, S. 40), als deren Hauptvertreter LERNER, EISENSTADT, ZAPF und LIPSET gelten (BERGER 1996, S. 46 f.). Das Kennzeichen dieser ersten Moderne ist die theoretische Erfassung des Überganges von so genannten prämodernen zu modernen Gesellschaften, wobei diese Modernität in der Entwicklung eines Landes zu einem Industriestaat zu sehen ist. In den klassischen Modernisierungskonzepten werden Industrialisierungsprozesse am Beispiel einiger „Pioniergesellschaften“ untersucht und sollen für nachfolgende Gesellschaften aufzeigen, wie der Weg in eine „gemeinsamen Moderne“ verläuft (vgl. BENDIX 1969, S. 506 ff., in: ZAPF 2001a, S. 16; ZAPF 1991, S. 33). Als ein Verfechter der klassischen Modernisierungskonzepte gilt ZAPF, der als Ziel einer gesellschaftlichen Modernisierung die Entwicklung der drei Basisinstitutionen Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat identifiziert (2001b, S. 495). Diese auf strukturfunktionalistischen Theorien beruhende Konzeption verfolgt ZAPF auch heute weiter, indem er aktuelle gesellschaftliche Veränderungen als „weitergehende Modernisierung“ bezeichnet. In diesem Konzept werden die bestehenden drei Basisinstitutionen so angepasst, dass sie auch zukünftig als Motor gesellschaftlicher Entwicklung angesehen werden können (ZAPF 2001b, S. 492). Die Kritik dieser weitergehenden Konzeption ist einerseits in der Beibehaltung des strukturbedingten Ansatzes zu sehen (der Mensch als Handelnder wird nicht berücksichtigt). Andererseits wird es als verfehlt bewertet, dass die Basisinstitutionen unter den Bedingungen derzeitiger Gesellschaftsveränderungen auch zukünftig als Triebfedern sozialen Wandels angesehen werden (HRADIL 2001a, S. 100). Bereits heute wird deutlich, dass zum Beispiel die Wohlfahrtsstaatsentwicklung in ihrer derzeitigen Form nicht aufrechtzuerhalten ist und grundlegende Veränderungen in diesen Institutionen einsetzen werden (vgl. aktuelle Veränderungen im Sozialsystem).

So wird im Folgenden das Konzept der reflexiven Modernisierung am Theorem der Individualisierungsthese nach BECK aufgezeigt, das als Mittelweg zwischen Makro- und Mikroperspektive derzeitigen sozialen Veränderungen gerecht wird. Es wird jedoch eingeräumt, dass mit Kritikern dieser Theorie dahingehend übereingestimmt wird (z. B. HRADIL 2001a, S. 100), dass BECK von einem Bruch innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung zwischen erster und zweiter, einfacher und reflexiver Moderne spricht, der so an dieser Stelle nicht vertreten wird (z. B. BECK 1986, S. 14; 2000, S. 81). Vielmehr wird sich dem Konzept der Pfadabhängigkeit angeschlossen, nach dem Veränderungen nicht radikal erfolgen, sondern Folgen ihrer bisherigen Entwicklungen darstellen und als linear zu sehen sind (BECK selber spricht an anderer Stelle auch von der reflexiven Moderne als Folge aus Modernisierungsfolgen; BECK 1996, S. 26). Aus diesem Verständnis stellt die Individualisierung der zweiten Moderne eher eine allmähliche (und notwendige) gesellschaftliche Fortentwicklung moderner Strukturen dar.

2.1.3 Die Individualisierungsthese der reflexiven Moderne

Mit der Konzeptualisierung der Individualisierungsthese im Rahmen der „Risikogesellschaft“ (1986) ist es nicht sogleich BECKs Anspruch, eine umfassende Theorie zu entwickeln, sondern es ist mehr sein Anliegen, über beobachtbare Trends seit Mitte des 20. Jahrhunderts eine Art Zukunftsperspektive gesellschaftlicher Entwicklungen zu erarbeiten. Die Integration in ein umfassenderes Dogma erfolgte erst 1991 mit der Herleitung der Theorie der reflexiven Modernisierung (BECK 1986, S. 12; SCHROER 2000, S. 26; WIELAND 2004, S. 72).

Die Basis für BECKs Beobachtungen bildet die moderne Gesellschaft des Industriezeitalters, die sich durch folgende Aspekte charakterisiert: „Die Industriegesellschaften, verstanden als ein lebensweltliches Modell, bei dem Geschlechtsrollen, Kleinfamilien, Klassen ineinander verschachtelt sind, verabschieden sich (...)“ (BECK 1991, S. 41). Mit diesem Zitat wird deutlich, dass sich BECK bei der Erarbeitung der Individualisierungsthese nachdrücklich von klassischen Theorieansätzen distanziert, in denen Individualisierung als eine Herauslösung des Einzelnen aus ständischen Bindungen der Agrargesellschaft bei gleichzeitiger Neueinbindung in die industrielle Klassengesellschaft verstanden wird (für einen Überblick über traditionelle Individualisierungstheorien eignen sich z. B. EBERS 1995 oder KIPPELE 1998). BECK schließt mit seiner Interpretation von Individualisierung eher an diesen Theorien an, da nach seinen Beobachtungen die soziostrukturellen Veränderungen, die sich im Zuge fortgeschrittener Industrialisierung entwickelt haben, nicht mehr mit den traditionellen Klassen- und Schichtkonzepten, also einer Aufteilung der Gesellschaft in Großgruppen, fassen lassen (BECK 1995, S. 185; 1996, S. 46). Seine These lautet, dass Menschen aus den „industriellen Sicherheiten und Standardlebensformen“ freigesetzt werden und anders als in früheren Generationen Einkommenslage, Beruf, Ehepartner, soziale Schicht und politische Einstellungen nicht mehr aus einem „sozialen Guss“ sind, sondern „dieses biographische Paket jetzt in seine Bestandteile [zerfällt (K. S.)]“ (BECK 1991, S. 41). Das bedeutet, dass nicht länger von der beruflichen Stellung auf Lebensform oder Lebensstil des Individuums geschlossen werden kann, sondern durch die Herauslösung aus den Klassenbindungen der Einzelne vor der Herausforderung steht, seine eigene Biographie selber zu gestalten (BECK 1986, S. 217; 1995, S. 187 ff.). Diese Notwendigkeit zur eigenständigen Lebensplanung, wobei die erweiterten Handlungsmöglichkeiten durch Ablösung von Handlungszwängen sowohl als Chancen als auch Risiken für den Einzelnen bewertet werden, erfolgt jedoch immer im Rahmen institutioneller Vorgaben. Diese beinhalten sowohl normative Restriktionen als auch Diktate, wie sie unter anderem das Bildungssystem, der Konsummarkt oder auch die Berufsfelder vorgeben (BECK 1995, S. 189; BECK & BECK-GERNSHEIM 1994, S. 12; 1993, S. 179).

Unter dem Titel „Jenseits von Stand und Klasse“ formulierte BECK (1986, S. 121 ff.) die zentralen Gedanken der Individualisierungsthese, in dem er Individualisierung als einen Prozess auf drei Ebenen beschreibt. Der Kerngedanke seines Konzeptes ist, wie bereits aufgezeigt, in der Herauslösung (oder Freisetzung) des Einzelnen aus sozialen Klassenbindungen zu verstehen. Die Hauptursache dieser Entwicklung sieht BECK in den seit den 1950er-Jahren einsetzenden Wohlfahrtsstaatsentwicklungen und zunehmenden Lohnsteigerungen begründet, was sich in einer verstärkten tertiären Wirtschaftsweise fortsetzt. Dieser Prozess, auch als „Fahrstuhl-Effekt“ (BECK 1986, S. 122) bezeichnet, beinhaltet aber nicht, dass die materiellen und sozialen Ungleichheiten zwischen Individuen aufgelöst werden (sie verschärfen sich teilweise sogar), sondern es einer breiteren Gruppe von Menschen möglich ist, einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Mit dieser Sichtweise behält BECK die ökonomische Hierarchie der Gesellschaft aufrecht und versteht unter „Herauslösung“ eher die Veränderungen von Lebenslagen, Biographiemustern und Einstellungen, die sich mit der Individualisierung klassenunabhängig entwickeln können (BECK 1995, S. 187 f.; NOLLMANN & STRASSER 2002, S. 6; OTTE 1998, S. 183). Neben diesen ökonomischen Veränderungen erstreckt sich der „Fahrstuhl-Effekt“ auch auf einen erleichterten Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen (Bildungsexpansion), wobei vor allem eine verstärkte Integration von Frauen sowohl in den Bildungssektor als auch in die Berufstätigkeit zu erkennen ist. Mit der Bildungsexpansion und Freisetzung der Frauen aus traditionellen Rollenbindungen schwindet zunehmend das Bild der Kleinfamilien als ideale Lebensform, da dies mit den gewandelten Lebensweisen nur schwer aufrechtzuerhalten ist. Vielmehr bilden sich neue Lebensformen heraus (z. B. Doppelverdiener mit Kind oder nichteheliche Lebensgemeinschaften), die sowohl den gewandelten Lebensvorstellungen als auch den Mobilitätsanforderungen entsprechen, die in postindustriellen Berufszweigen verstärkt erwartet werden (BECK 1986, S. 122 ff.; 1995, S. 188). Mit den veränderten Lebensweisen geht auch ein Wertewandel einher, in dessen Zusammenhang HRADIL (2001b, S. 651) von einer Ablösung des klassischen Wertekonsenses wie Pflichterfüllung und Materialismus durch verstärkte Selbstverwirklichung spricht. Hierbei nimmt er als Ursache explizit auf die Freisetzungsdimension der Individualisierungsthese Bezug.

Das zweite Kennzeichen dieses Individualisierungsschubes ist in der so genannten „Entzauberung“ zu sehen (BECK 1986, S. 206), die für den Einzelnen einen Stabilitätsverlust skizzieren soll. Zu verstehen ist hierunter, dass durch die Freisetzung jedes Individuum die Sicherheiten des Bekannten verliert, die ihm der Weg der Klassenbindung aufgezeigt hätte. An die Stelle der traditionellen Handlungsweisen und Lebensverläufe tritt die so genannte „Bastel- bzw. Wahlbiographie“ (BECK & BECK-GERNSHEIM 1993, S. 179), in der jeder Einzelne gefordert ist, sein Leben selber zu gestalten. Ohne Rückversicherung auf erprobte Klassenwege ist somit jeder Mensch zunehmend gefordert, für sich selber aus einer Vielzahl an Optionen zu wählen (GIDDENS 1996, S. 143), ohne „dasselbe Los“ mit anderen zu teilen. Der Stabilitätsverlust erstreckt sich aber nicht nur auf den Verlust

an abgesicherten Wegvorgaben und einen Rückhalt in der Klassengemeinschaft, sondern ebenfalls auf sich lösende Familienstrukturen. Auch diese werden zu einer Wahloption und können nicht mehr als ein beständiges und vorgegebenes Auffangnetz angesehen werden, falls der gewählte Lebensweg scheitern sollte (z. B. erhöhte Scheidungszahlen).

Trotz dieser Entzauberungsdimension ist der Einzelne nicht völlig auf sich alleine gestellt, sondern es wird veranlasst, sich neue soziale Einbindungen zu suchen. Unter dieser Reintegrationsdimension versteht BECK (1986, S. 199 ff.) die zunehmende Herausbildung von Subkulturen, die ihre Ausprägungen in einer „Vielfalt von Lebenslagen, Lebensstilen, Identitäten und Beziehungsnetzwerken“ finden (BECK 1995, S. 194). Entsprechend der Auswahlmöglichkeiten, sich unterschiedlichen Netzwerken oder Lebensstilen anzuschließen, wandeln sich die Zugehörigkeiten des Einzelnen zu Subkulturen in unterschiedlichen Lebensphasen. Die Diversität an Subkulturen (Lebensstile) wurde bis heute in verschiedenen Untersuchungen identifiziert (vgl. Kapitel 2.2.2), wobei jeweils mehr oder weniger deutlich Bezug auf BECKs Individualisierungskonzept genommen wird (OTTE 1998, S. 183).

Wird die Individualisierungsthese hinsichtlich ihrer prozessbildenden Merkmale betrachtet, so ist deutlich eine Mikro- und Makroperspektive erkennbar. Wie aufgezeigt, ist das gesamtgesellschaftliche System Rahmen bildend bei der Lebensplanung der Individuen, doch entscheidet letztendlich der Einzelne selber, welchen Weg er für sich unter Berücksichtigung gegebener Strukturen einschlägt. Das bedeutet, dass sich auf der Makroebene beispielsweise Wohlfahrtsstaatsleistungen und Lohnsteigerungen entwickeln, eine Emanzipation und Chancengleichheit von Frauen möglich ist, es restriktive Rahmenstrukturen wie Normen gibt und Individuen im Vergleich zu früher über mehr Freizeit verfügen. Auf der Ebene der Individuen werden Menschen immer mehr zum Gestalter ihrer eigenen Biographie und schließen sich selber gewählten Reintegrationsnetzwerken an (FROHN 2003, S. 18; SCHELLER 2005, S. 24 ff.; ZERGER 2000, S. 24). Hierbei kann auch die individuelle Förderung in frühen Lebensjahren durch das Elternhaus als eine Restriktion angesehen werden.

Kritikpunkte

An dieser Stelle sei angemerkt, dass sich seit der Entwicklung des Individualisierungskonzeptes in den 1980er-Jahren eine stetig kontroverse Diskussion um das Pro und Kontra erhalten hat. Der strittige Hauptpunkt ist in der Beibehaltung oder Ablehnung des Klassen- und Schichtkonzeptes zu sehen, wobei die Vertreter der Klassentheorie die Ansicht befürworten, dass in der heutigen Gesellschaft nach wie vor vertikale Gruppierungen dominieren. Obwohl auch von diesen Ungleichheitsforschern Aspekte wie der Wohlfahrtsanstieg, die Bildungsexpansion und auch die Entstehung einer Konsum- und Freizeitgesellschaft anerkannt werden, wird den Individualisierungstheoretikern vorgeworfen, die Herauslösung des Einzelnen aus vorgegebenen Strukturen überzubewer-

ten (GEISSLER 1996, S. 321). Den Kritikern der Individualisierungsthese nach bestehen trotz der genannten gesellschaftlichen Veränderungen die vertikalen Differenzierungen fort, wobei empirisch untersucht wird, ob der Bildungsgrad, das Einkommen, die Lebenslage und auch die Lebensform des Einzelnen miteinander korrelieren und sich in einem schichtspezifischen Zugehörigkeitsgefühl äußern (GEISSLER 2004a, S. 76; MAYER & BLOSSFELD 1990, S. 303 ff.). Demnach bestimmen die ökonomischen Rahmenbedingungen des Individuums nach wie vor das Sein und äußern sich somit auch in einer spezifischen Lebensführung und einem bestimmten Lebensstil (NOLLMANN & STRASSER 2002, S. 6). Zwar werden auch horizontale Unterscheidungen wie Milieus oder Lebensstile anerkannt, jedoch stellen sie weniger das Ergebnis individueller Integrationsmuster dar, sondern werden vielmehr durch einen schichtspezifischen Medienkonsum oder die Erziehungsziele einzelner Klassen bestimmt (GEISSLER 2004a, S. 76). Aus diesen Gedanken schließt sich der Einzelne nicht freiwillig bestimmten Subkulturen an (wie es BECK in der Reintegrationsdimension formuliert), sondern fühlt sich in notwendiger Weise bestimmten Gruppen zugehörig. Bezüglich dieses ökonomischen Argumentes weist jedoch auch BECK an verschiedenen Stellen darauf hin (z. B. 1995, S. 187), dass trotz des „Fahrstuhl-Effektes“ die Ungleichheiten fortbestehen: „Die Auflösung von Klassen, genauer: klassenkulturellen Lebensformen ist nicht mit der Auflösung von Ungleichheiten und dem Verschwinden von Hierarchien gleichzusetzen, sondern kann genau umgekehrt mit einer Verschärfung von sozialen Ungleichheiten einhergehen“ (BECK 1995, S. 190). Das bedeutet, dass in einer individualisierten Gesellschaft nicht die Evidenzen ökonomischer Ungleichheiten geringer werden, sondern der Einzelne aufgrund strukturbedingter Wandlungsprozesse die Möglichkeit hat, aus seinen vorgegebenen klassenbedingten Lebensbahnen „auszubrechen“. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören in erster Linie sowohl die Etablierung eines Wohlfahrtsstaatssystems und ein Wohlstandsanstieg, die dem Individuum eröffnen, unabhängig von familiären Netzwerken zu agieren. Ebenso ist auch die Demokratisierung eine unabdingbare Komponente, die diversen Bevölkerungsgruppen eine Teilhabe in unterschiedlichen Bereichen ermöglicht. Auch wenn Untersuchungen zeigen, dass bestimmte Lebensweisen mit ökonomischen Ressourcen übereinstimmen, so hat jedoch prinzipiell jeder die Möglichkeit, seinen eigenen Lebensweg unabhängig von bestimmten Erwartungshaltungen im Rahmen struktureller und normativer Vorgaben zu planen und zu gestalten, insbesondere dann, wenn diese in der Kindheit von den Eltern gefördert werden.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die uneindeutige Präzisierung des Begriffs der Individualisierung, da er heutzutage hinsichtlich verschiedener Aussagen unterschiedlich verwendet wird. So scheint nicht eindeutig zu sein, was BECK hierunter versteht. In der rezenten Mediendiskussion wird der Begriff der Individualisierung beispielsweise bezüglich des demographischen Wandels häufig mit Aspekten wie Vereinzelung oder Vereinsamung gleichgesetzt, wovon sich BECK jedoch explizit distanziert (1995, S. 190; BECK & BECK-GERNSHEIM 1993, S. 179). MAYER und BLOSSFELD (1990, S. 314) und

auch JUNGE (1996, S. 731) weisen zudem darauf hin, dass auch klassische Theoretiker wie MAX WEBER und GEORG SIMMEL in früheren Epochen Individualisierungstendenzen identifiziert und hiermit den Übergang von der ständisch geprägten Agrargesellschaft zu der klassenbedingten Industriegesellschaft beschrieben haben. Das bedeutet, dass neben der gleichen Begriffswahl auch kritisiert wird, dass BECK trotz seiner formulierten Freisetzung-, Entzauberungs- und Reintegrationsdimension keine neuen Entwicklungen aufzeigt. Diese Kritik ist vor allem dann berechtigt, wenn bedacht wird, dass BECK von einem Bruch zwischen der industriellen- und postindustriellen Gesellschaft spricht (BECK 2000, S. 81), da dieser voraussetzt, dass die Veränderungen, wie sie BECK beschreibt, nichts mit vergangenen Entwicklungen gemeinsam haben. Da jedoch die Grundlagen für die von BECK beschriebenen Entwicklungen zu Zeiten eingesetzt haben, in denen der Industriesektor dominant war, ist zu vermuten, dass bereits während der Industriegesellschaft abzusehen war, dass der Einzelne zum Träger seiner Anrechte und Pflichten wird. Hierdurch stellen die von BECK erkannten Veränderungen einen Teilprozess früherer Entwicklungen dar (SCHELLER 2005, S. 36), weshalb eher von einer Weiterentwicklung als von einem Bruch, und somit von keiner neuen Erscheinung auszugehen ist.

Hinsichtlich der eigentlichen Begriffsdefinition wird ebenfalls relativ scharfe Kritik geäußert, da unter der Individualisierung zu viele verschiedene Einzelphänomene zu verstehen seien. So bezieht sich BECK unter anderem auf die Herauslösung des Einzelnen aus Klassenbindungen bei gleichzeitiger Reintegration, den Verlust an traditionellen Sicherheiten, Bildungsexpansion, Wohlstandsanstieg und gewandelte Lebensformen (JOAS 1988, S. 3). JUNGE (1996) ergänzt diese Kritik auf einer „übergeordneteren Ebene“: Auf dieser „(...) scheint die Vielschichtigkeit des Individualisierungsbegriffs erdrückend, weil der Begriff vieles zugleich zur Sprache bringen soll: Veränderungen der Sozialstruktur moderner Gesellschaften, Wandlungen im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, Anstöße zur Selbstreflexion der Soziologie auf ihren kategorialen Apparat, Ansätze zu einer projektiven Gesellschaftsanalyse, die Skizze eines neuartigen Vergesellschaftungsmodus u. a. m.“ (S. 729). Insbesondere aufgrund dieser inhaltlichen Breite werfen MAYER und BLOSSFELD der Individualisierungsthese vor, empirisch nicht überprüfbar zu sein (1990, S. 314), und auch FRIEDRICHS merkt an, dass die Individualisierungsdebatte häufig ohne empirische Belege geführt wird (1998, S. 7). Deshalb sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die vorliegende Studie keine Überprüfung der Individualisierungsthese beinhaltet, sondern das Konzept dafür verwendet wird, die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte zu bündeln (vgl. Kapitel 2.2).

2.2 Dimensionen des sozialen Wandels

Definitionen des sozialen Wandels zeigen die Vielfalt auf, in der dieser Prozess zu verstehen ist, so dass eine Begriffseingrenzung zur Operationalisierung als notwendig angesehen wird (vgl. Kapitel 2.1.1). Da in der vorliegenden Studie untersucht werden soll,

welches die Ursachen dafür sind, dass Bevölkerungsgruppen wie Familien und Personen in der Familiengründungsphase, also klassische Suburbaniten, einen innenstadtnahe Wohnstandort wählen, stehen rezente sozioökonomische Veränderungsprozesse der Gesellschaft im Zentrum der Untersuchung. Diese können wie folgt zusammengefasst werden (in Anlehnung an ALBER 2002, S. 17 f. und ZAPF 1989, S. 101):

- Wertewandel,
- Pluralisierung nach Lebensstilen,
- demographischer Wandel,
- Heterogenisierung der Haushalts- und Lebensformen,
- Bildungsexpansion,
- Umstrukturierung der Erwerbstätigkeit.

Da sich alle Aspekte in der Individualisierungsthese nach BECK (indirekt) wiederfinden (vgl. Kapitel 2.1.3), kann sie als ein übergeordnetes Konzept angesehen werden, das sich in verschiedene Teilprozesse gliedern lässt. Die einzelnen Ausprägungen und Entwicklungen können hierbei in der Regel nicht losgelöst voneinander betrachtet werden, sondern es bestehen vielfältige Vernetzungen und Rückkoppelungen der Prozesse untereinander. So kommen insbesondere dem Wertewandel, der Bildungsexpansion und der erhöhten Frauenerwerbstätigkeit Schlüsselfunktionen zu, da sich beispielsweise einzelne Fertilitätskonzepte, die handlungsorientierten Lebensstilansätze und die Lebensformenforschung explizit hierauf beziehen.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die wissenschaftlichen Diskussionen zu diesen Teilaspekten skizziert und die Hauptkonzepte und Merkmale dargestellt. An entsprechenden Stellen wird auf weiterführende Literatur verwiesen.

2.2.1 Wertewandel

Eine nähere Betrachtung des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses und hierbei insbesondere des Individualisierungskonzeptes macht deutlich, dass mit dem Übergang von der traditionellen Industriegesellschaft hin zur Epoche der reflexiven Moderne gesellschaftliche Veränderungen einhergehen, deren zentraler Bestandteil der Wertewandel ist (HÖHN 2003, S. 24). Obwohl sich der soziale Wandel durch diverse Einzelkomponenten auszeichnet (vgl. Kapitel 2.1.1), kann eine veränderte Prioritätensetzung innerhalb des Wertekonsenses einer Bevölkerung weitere gesellschaftliche Entwicklungen bedingen. Durch diese Einwirkungskraft ist der Wertewandel in gewisser Weise auf einer übergeordneten Ebene anzusiedeln. Dennoch wird an dieser Stelle konform zu RONALD INGLEHARTS (1977) „These der postmateriellen Werteentwicklung“ und zu HELMUT KLAGES’ (1984) „Konzept der zunehmenden Selbstentfaltungswerte“ die Ansicht vertreten, dass auch der Wertewandel ein Resultat des sozialen Wandels darstellt–und diesen nicht erst bewirkt. Denn erst durch die Freisetzung des Einzelnen aus bindenden Strukturen

aufgrund ökonomischer Prosperität und Wohlfahrtsstaatsentwicklung wird ein größerer Möglichkeitsraum für Handlungen eröffnet und somit eine Hinwendung zu den so genannten „neuen“ Werten denkbar (DUNCKER 1998, S. 51). Die Bedeutung des Wertekonzepts in benachbarten Forschungsrichtungen hat KLAGES (1992, S. 8 f.) aufgezeigt, wobei er konstatiert, dass sich Werte zu einem „Universalschlüssel zum Verständnis sozialer Einstellungen und Verhaltensdispositionen“ entwickelt haben (S. 9). Eingebunden wird das Wertekonzept beispielsweise in Bereichen der Familienforschung, der Lebensstile, der Medien- und Medienwirkungsforschung, der Arbeit- und Freizeitforschung und auch der Bevölkerungsforschung, doch fungieren Werte hierbei vor allem als Erklärungsgrundlage für weiterführende Theorieansätze. Da der Wertewandel auch in den Theorien der nachfolgenden Kapitel immanent ist, wird er hier ausführlich dargestellt, obwohl in der empirischen Untersuchung keine detaillierte Erhebung der Wertestruktur erfolgt. Einzelne Werte werden nur im Rahmen einer Lebensstilanalyse erfasst.

Trotz einer Vielfalt an Wertedefinitionen hat sich in den Sozialwissenschaften die Begriffsbestimmung nach CLYDE KLUCKHOHN (1962) als eine klassische und häufig zitierte Definition herauskristallisiert: „A value is a conception, explicit or implicit, distinctive of an individual or characteristic of a group, of the desirable which influences the selection from available modes, means, and ends of action“ (S. 395). Demnach stellen Werte Vorstellungen des Wünschbaren dar und geben Orientierungspunkte hinsichtlich von Beurteilungs- und Entscheidungsfragen. Durch ihre tiefe Verinnerlichung und Integration in die Persönlichkeitsstruktur werden Gesellschaften zusammengehalten, da im Zuge der Enkulturation und Sozialisation eines jeden Individuums das Wertesystem einer Gesellschaft adaptiert wird. Dies führt zu einem gesellschaftlich erwünschten Verhalten (HAMMES 2002, S. 30; OPASCHOWSKI 1983, S. 241). Insbesondere die Werte Chancengleichheit und Leistung nehmen bezüglich der gesellschaftlichen Integration einen zentralen Stellenwert ein, da hierdurch soziale Differenzierungen gerechtfertigt und das Zusammenleben geregelt werden. Durch die tiefe Verinnerlichung und die teilweise Überführung in das Rechtssystem geben Werte einen hohen Grad an Verbindlichkeit und zeichnen Leitlinien vor, nach denen das jeweilige Handeln beurteilt werden kann (MEULEMANN 2001, S. 70). Aufgrund ihrer (moralischen) Steuerungswirkung stehen Werte in einer engen Verbindung zu Normen, doch treten diese im Vergleich zu Werten von außen an die Individuen heran und können konkrete Vorschriften für spezifische Situationen geben. Hierdurch nehmen Werte eine wesentlich allgemeinere Position ein und bieten keine konkreten Verhaltensanweisungen (PEUCKERT 2006, S. 353).

Werteveränderung

Wird heute in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion vom Wertewandel gesprochen, so ist hierunter vor allem die abnehmende Akzeptanz von traditionellen Wertvorstellungen wie Pflicht, Leistung und Arbeitsmoral, aber auch des bedingungslosen Folgens von weltlichen und kirchlichen Autoritäten gemeint. Gleichzeitig gewinnen As-

pekte wie die Selbstentfaltung, Unabhängigkeit und Emanzipation an Bedeutung (DETH 1997, S. 7). Obwohl insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten zahlreiche Theoriesätze zum Erklären des Wertewandels entwickelt wurden, haben zahlreiche empirische Studien gezeigt, dass trotz der Unterschiedlichkeiten alle Wertewandelkonzepte in einer Zunahme der neuen selbstentfaltungsorientierten Lebensweise konvergieren (s. u.). Begonnen hat dieser Wandel in den 1960er-Jahren und er war mit Ende der 1970er-Jahre bereits weitgehend abgeschlossen (HERBERT 1993, S. 6). Aufgrund dieses kurzen Zeitraumes, in dem sich in vielen westlichen Ländern, jedoch vor allem in Westdeutschland, der Wertewandel vollzog (NOELLE-NEUMANN & PETERSEN 2001, S. 15), wird auch von einem „Wertwandlungsschub“ gesprochen, womit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass der Wertewandel nicht fort dauert, sondern in den 1970er-Jahren seinen „Abbruch“ fand (KLAGES 1984, S. 123).

Die Wertepräferenzen vor dem einsetzenden Wandel zeichneten sich in den 1950er-Jahren insbesondere durch eine hohe Wertschätzung von Sicherheit, Wirtschaftswachstum und dem Erzielen von Konsumgütern und Besitz aus, weshalb das Streben nach Wohlstand das Leben weiter Bevölkerungsgruppen zentral bestimmte. Angesichts einer allgemeinen Knappheit entwickelte sich mit der Konjunktur der 1950er-Jahre zwar ein Wohlstand, der der Bevölkerung bis dahin unbekannte Konsummöglichkeiten eröffnete – „Das Bild der ‚Wellen‘ kam auf: die Freßwelle, die Reisewelle, die Autowelle (...)“ (ZIEHE 1993, S. 68) –, doch war dieser Konsum nicht wie heute als eine Art Erlebnisorientierung zu werten. Vielmehr wurde nutzloser Konsum missbilligt (ZIEHE 1993, S. 69) und das Leben eher als eine Aufgabe als eine Möglichkeit betrachtet sich zu amüsieren. Werte wie Leistung und Arbeitsmoral galten nach wie vor als bedingungslose Pflicht (MEULEMANN 1996, S. 88 ff.). Gleiches spiegelte sich auch im Generationenverhältnis und den Erziehungsmustern wider, da alles verboten war, was nicht in die „Orthodoxie“ der Lebensgenüsse hineinpasste und nicht der „Normalität“ entsprach (MÜLLER-SCHNEIDER 2001, S. 94). In den 1960er-Jahren kennzeichneten schließlich immer größer werdende Freizeitblöcke das Arbeitsverhältnis, was auch einen Rückgang der Leistungsorientierung und der Ansicht beinhaltete, dass Arbeiten eine reine Pflichterfüllung darstellt (MEULEMANN 1996, S. 88 ff.). Durch die ständige Vermehrung der finanziellen und freizeitbedingten Möglichkeiten wurden die durch den Wertekonsens auferlegten Begrenzungen immer deutlicher, so dass vor allem junge, gebildete Bevölkerungsgruppen häufiger beispielsweise gegen kontrolliertes Verhalten waren. Aus heutiger Sicht sind weniger die politischen Forderungen als die kulturelle Bewegung von Bedeutung, mit der die alte Werteordnung von der so genannten 68er-Generation überdacht wurde. Dabei sollte jedoch weniger die Bewegung an sich als das auslösende Moment des Wertewandels im Vordergrund stehen, denn sie gilt als ein „frühes Produkt des Wertewandels“ (KLAGES & GENSICKE 1994, S. 5). Mit dem verstärkten Streben nach Freiheit, Selbstverwirklichung und Persönlichkeit wurden Werte wie Pflicht, Akzeptanz und Tugend unbedeutender, womit einherging, dass sich ein neues gesellschaftliches Ordnungsprinzip herauskristallisierte. Diese neue Strukturie-

rung basierte nicht mehr auf den materiellen Ressourcen des Einzelnen, sondern es wurde vielmehr das Sein vom Haben entkoppelt, wodurch der Grundstein für die Etablierung von Subkulturen und Lebensstilen als den Wertewandel ergänzende Prozesse gelegt wurde (MÜLLER-SCHNEIDER 2001, S. 97 f.; vgl. Kapitel 2.2.2).

Werteentwicklung

Das Entstehen von Werten gehört zu den relativ unerforschten Bereichen der Wissenschaft, doch hat sich inzwischen die Ansicht verfestigt, dass die „neuen“ Werte in der Regel nicht neu entstehen, sondern aus dem etablierten Fundus des Wertesystems hervorgehen, der mit der Sozialisation im Individuum verankert ist (HILLMANN 1986, S. 91 ff.; 2001, S. 37). Dies ermöglicht, dass, da einige Werte nur für bestimmte Epochen vorrangig bedeutsam sind, mit dem Eintreten neuer Lebensbedingungen (wie im Zusammenhang mit der Individualisierung) auch eine mentale Anpassung der Bevölkerung erfolgen kann. Notwendig wird dies, da in der Regel ein neuer Zeitgeist nicht mit dem alten Wertekonsens zu bewältigen ist und ein Umdenken erforderlich macht (KLAGES & GENSICKE 1994, S. 6; LÜBBE 2001, S. 177). Obwohl hierbei von einem Wertewandel gesprochen wird, verändern sich nicht die Werte an sich, sondern vielmehr die Bedeutung, die einem einzelnen Wert von der Gesellschaft beigemessen wird (DUNCKER 2000, S. 5). So werden Werte vorrangig, die ehemals nur eine untergeordnete Rolle spielten, wobei gleichzeitig ehemals hoch geschätzte Werte in den Hintergrund treten. Aus diesem Grund ist es nicht sinnvoll, von einem Werteverlust oder -verfall zu sprechen (z. B. NOELLE-NEUMANN 1978), da sich lediglich die Prioritäten hinsichtlich einzelner Werte verschieben, jedoch alle Werte nach wie vor (zumindest latent) vorhanden bleiben. Bei einem erneuten Wertewandel besteht so die Möglichkeit, dass die in den Hintergrund getretenen Werte wieder eine stärkere Bedeutung gewinnen können. Untersucht und bestätigt hat HILLMANN (1986, S. 106) diese These anhand der Auswertung von US-amerikanischen Wahlprogrammen zwischen 1844 und 1964. Hier wird eine zyklische Veränderung des Wertesystems widergespiegelt, wobei die Veränderungen nicht als gleichförmig, unilinear einzustufen sind, sondern eine schwankende Zustimmung und Ablehnung erfolgt. Trotz dieses viel proklamierten Wertewandels bleiben die zentralen Werte zur Stabilität einer Gesellschaft bestehen (MEULEMANN 1996, S. 47).

In den 1970er -Jahren haben verschiedene empirische Studien Veränderungen des Wertewandels bestätigt, als deren gemeinsame Trendrichtung die Einstellungsentwicklung der Bevölkerung hin zu den postmaterialistischen beziehungsweise selbstentfaltungsorientierten Werten erkannt wurde (KLAGES 2001a, S. 727). Da insbesondere RONALD INGLEHART mit der These der *silent revolution* seit Anfang der 1970er-Jahre, jedoch insbesondere mit dem gleichnamigen Buch seit 1977 die Wertewandelforschung international geprägt hat (DETH 2001, S. 24) und KLAGES dieses 1984 in ähnlicher Weise im deutschen Sprachraum gelungen ist (HILLMANN 2001, S. 23), sollen hier vor allem diese beiden Konzepte vorgestellt werden. Der Hauptkontrastpunkt der beiden Ansätze ist in

erster Linie in der Konzeptualisierung der materialistischen und postmaterialistischen Werte zu sehen, wobei diese nach INGLEHART (1997, S. 113) auf ein und derselben Dimension liegen. Dies beinhaltet, dass der Wertewandel nur bipolar, also nur von einem Pol zum anderen stattfinden kann (je mehr die eine Wertegruppe präferiert wird, desto weniger wird es die andere). KLAGES Ansatz hingegen verfolgt eine Mehrdimensionalität des Wertespektrums, was bedeutet, dass sich Werte weitgehend unabhängig voneinander entwickeln können, wodurch auch Mischformen der Wertpräferenzen entstehen (KLAGES 2001a, S. 728).

Die These der *silent revolution*

Trotz massiver Kritik an INGELHARTS Erklärung des Wertewandels, gilt er als konzeptioneller Vorreiter dieser Forschungsrichtung (HRADIL 2002a, S. 31). Den Grundgedanken seiner Theoretisierung sieht INGLEHART in der Modernisierung, wonach Gesellschaften in der vorindustriellen oder agrarorientierten Entwicklungsstufe materiellen Mangel leiden, womit insbesondere Existenzängste und Furcht vor Hunger einhergehen. Mit dem Kapitalismus im Industriezeitalter und einem zunehmenden gesellschaftlichen Allgemeinwohl wird die Knappheit an materiellen überlebenswichtigen Gütern in westlichen Gesellschaften überwunden, was schließlich dazu führt, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Generationen dazu neigen, nichtmateriellen Werten eine hohe Priorität einzuräumen (INGLEHART 1979, S. 279 f.). Begründet sieht INGLEHART einen Wandel des Wertesystems in zwei Haupthypothesen: der Mangel- und Sozialisationshypothese (1977, S. 22 f.). In Anlehnung an ABRAHAM MASLOWS Bedürfnishierarchie (1970, S. 35 ff.) besagt die Mangelhypothese, dass Menschen vor allem nach der Befriedigung derjenigen Dinge streben, die nur unzureichend vorhanden sind. Auf der unteren Hierarchieebene stehen versorgungs- und sicherheitsrelevante Bedürfnisse, die INGLEHART auch als materialistische Werte bezeichnet. Hierdurch werden die sozioökonomischen Bedingungen einer Gesellschaft widerspiegelt, da diejenigen Aspekte hoch geschätzt werden, die verhältnismäßig knapp sind (INGLEHART 1989, S. 92). „But when at least minimal economic and physical security are present, the needs for love, belonging, and esteem become increasingly important; and later, a set of goals related to intellectual and aesthetic satisfaction looms large“ (INGLEHART 1977, S. 22). Äquivalent verfolgen Gesellschaften, die durch Armut, Überlebensunsicherheit und Instabilität charakterisiert sind, hohe materialistische Wertpräferenzen, wohingegen Wohlstandsgesellschaften mit einem hohen Lebensstandard und Sicherheitsgrad dazu neigen, dass junge Generationen postmaterialistische Werte ausbilden: „(...) western publics have for a number of years experienced exceptionally high levels of economic and physical security. Consequently, they have begun to give increasing emphasis to *other* types of needs [Hervorhebung im Original, K. S.]“ (INGLEHART 1977, S. 22). Erst wenn kein Mangel an materiellen Gütern verspürt wird, kann von der bloßen Pflichterfüllung zum Zweck der Wohlstandvermehrung abgekehrt und sich anderen Bedürfnissen zugewendet werden. Wie aufgezeigt, verspürt die junge Generation der 1960er-/70er-Jahre eher einen Mangel an individueller Freiheit,

Selbstverwirklichung und auch Partizipation, so dass es gilt, verstärkt diese Werte anzustreben.

Die Mangelhypothese ergänzend formuliert INGLEHART die Sozialisationshypothese, der zufolge die Wertpräferenzen eines Menschen in der formativen Phase der Kindheit und Jugend (in den ersten 20 Lebensjahren) geprägt werden, so dass es für das Wertesystem eines Menschen von Bedeutung ist, unter welchen Bedingungen er aufwächst. Diese in der Kindheit und Jugend ausgeformten Werte betrachtet INGLEHART als dominanter und persistenter als spätere Einflüsse, so dass ein Wertewandel in älteren Generation nur selten stattfindet (INGLEHART 1979, S.297; 1989, S.94). „Ein fundamentaler Wertewandel vollzieht sich vielmehr allmählich, nahezu unmerklich; und er vollzieht sich in dem Maße, wie die jüngere Generation in der Gesellschaft die ältere Generation ablöst“ (INGLEHART 1989, S.94). Dieser Prozess der Generationenablösung umschließt, dass der Anteil der so genannten Postmaterialisten kontinuierlich ansteigt, je stärker die alte Generation durch eine junge ersetzt wird, so dass nach Abschluss dieses Generationenaustausches überwiegend Postmaterialisten in einer Gesellschaft leben.

Die Mangel- und Sozialisationshypothesen zeigen, dass nach INGLEHART die Wertestrukturen eines Menschen insbesondere durch die ökonomischen Rahmenbedingungen des Landes geprägt werden, in dem er aufwächst. So können die Ökonomie und persönlichen Ressourcen als die Hauptdeterminanten des Wertewandels identifiziert werden (OSTERDIEKHOFF 2001, S.47). Diese Sichtweise kann aus heutiger Perspektive als zu kurz gesehen betrachtet werden, da die Einflussfaktoren, die die Lebensbedingungen einer Gesellschaft soweit verändern, dass ein Wertewandel eintreten kann, als so vielfältig eingeschätzt werden, dass viele nach wie vor unbekannt sein dürften (DUNCKER 2000, S.17). Zwar weist auch HILLMANN (1986, S.110) auf diesen Sachverhalt hin, jedoch benennt er diverse Faktoren, die je nach „historisch-ethnischer Eigenart eines soziokulturellen Lebenszusammenhangs“ einen Wertewandel induzieren können:

- Veränderung der natürlichen Lebensbedingungen (natürlich und anthropogen),
- Einflüsse des Denkens und Wissens (Bildungsexpansion),
- technischer Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung (hierzu zählen auch Medien),
- gesellschaftliche Differenzierung und Segmentierung (z. B. durch neue Wirtschaftsweisen),
- Wandel von Herrschaftssystemen,
- Einfluss von Subkulturen und sozialen Bewegungen,
- Akkulturation und Eroberung,
- Sozialisation (HILLMANN 1986, S.111 ff.).

Ergänzt werden kann diese Liste durch die Wohlfahrtsstaatsentwicklung, die insbesondere KLAGES (1987, S.5 f.) für einen bedeutsamen Faktor des Wertewandels erachtet und

die Prioritätenverschiebung von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstverwirklichungswerten maßgeblich bedingt. Auch „antikonservative“ Bewegungen gegen traditionelle Normen und Leitbilder, wie es anhand der 68er-Generation aufgezeigt wurde, können für einen allgemeinen Wertewandel von Bedeutung sein und den von HILLMANN benannten Aspekt der sozialen Bewegungen und Subkulturen unterstreichen. HEIDERICH und ROHR (1999, S. 59 ff.) stellen vor allem die Medien und hierbei das Fernsehen in das Zentrum der Determinanten des Wertewandels, da durch einen mehrstündigen täglichen Konsum die wertorientierten Prägungen vieler Sendungen von den Konsumenten verinnerlicht werden und somit das Wertesystem beeinflussen können. Zudem ist es zwar auch Machthabern möglich, über die verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten bewusst die Wertevorstellungen der Bevölkerung zu beeinflussen, doch ermöglicht ein immer leichter, auch internationaler Kommunikations- und Informationsaustausch das Wissen der Bevölkerung zu erweitern und Aspekte wie Unzufriedenheit, Lebensstile und alternative Wertevorstellungen zu vermitteln (INGLEHART 1977, S. 11).

Kritikpunkte an INGLEHARTS Konzept

Im Verlauf der Jahrzehnte hat sich eine umfangreiche Kritik an INGLEHARTS Theorieansatz herauskristallisiert, so dass HILLMANN (2001, S. 22) davon spricht, dass die gesamte Wertewandelforschung zum Großteil von den kritischen Auseinandersetzungen mit INGLEHART bestimmt wird. Deshalb soll an dieser Stelle ein kurzer Überblick über die Hauptkritikpunkte gegeben werden.

Bezüglich der zu Grunde liegenden Hypothesen bezieht sich der erste Kritikansatz an der Herleitung der Mangelhypothese aus MASLOWS Bedürfnishierarchie, wobei INGLEHART die beiden Begriffe „Wert“ und „Bedürfnis“ nur unzureichend voneinander abgrenzt. Hierbei wird ebenfalls nicht deutlich, wieso aus Bedürfnissen bestimmte Werte entstehen und welches die Bedingungen sind, dass Bedürfnisse zu Werten werden. Da sich Werte nicht ausschließlich automatisch aus sozioökonomischen Verhältnissen entwickeln, bleibt in INGLEHARTS Konzept offen, welches die Vermittlungsinstanzen zwischen einem Individuum und der Umwelt während des Sozialisationsprozesses sind. Zwar wird auf das Alter der Kindheit und Jugend im Allgemeinen verwiesen, doch wird kein Bezug zu „Sozialisationsagenten“ wie dem Elternhaus oder der Schule als Wertevermittler hergestellt (z. B. KLEIN & OHR 2004, S. 155). FLANAGAN (1982, S. 432) weitet diese Kritik dahingehend aus, dass er MASLOWS Bedürfnishierarchie als grundlegend falsches theoretisches Gerüst ansieht, da INGLEHART versucht, von den persönlichen Bedürfnissen eines Individuums auf allgemeine, gesamtgesellschaftlich relevante Bedürfnisse, Werte, zu schließen. Vielmehr kann das Konzept als Erklärung für das persönliche Wertespektrum angesehen werden, jedoch spiegeln individuenbezogene Bedürfnisse nicht unbedingt das kollektive Wertespektrum wider.

Mit der Mangelhypothese und der Übernahme MASLOWS Bedürfnishierarchie verbindet sich die Ansicht, dass, wenn ein Bedürfnis ausreichend befriedigt ist, dieses nicht weiter verfolgt wird, sondern die nächst höhere Bedürfnisstufe als erstrebenswert angesehen werden kann. Als Reaktion auf die Kritik an der Mangelhypothese richtet INGLEHART sie seit 1989 (S. 92) nicht mehr an MASLOW aus, sondern sieht nunmehr das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens aus der Volkswirtschaftslehre als Basiskonstrukt an. Demnach verlieren beispielsweise materielle Werte ab einem bestimmten Sättigungsgrad, also einem bestimmten Wohlstandsniveau, an Bedeutung, so dass sich eine fundamentale Kritik dahingehend entwickelt hat, dass nach INGELHART das Streben nach materiellen Gütern mit der postmateriellen Werteentwicklung grundlegend an Bedeutung verloren hat. Aber materielle Ressourcen eines Individuums stellen eine Voraussetzung zur Teilhabe in konsumorientierten, postmaterialistischen Gesellschaften dar, so dass materialistische Werte nicht in notwendiger Weise mit der Zunahme anderer Werte schwinden (KLEIN & OHR 2004, S. 156). Es stellt sich eher eine Bedeutungsverschiebung ein, nach der materielle Werte nicht mehr als ein zu erstrebendes Ziel angesehen werden, sondern mittels derer erst postmaterialistische, selbstentfaltungsorientierte Ziele ermöglicht werden können. Deshalb bleibt auch der Besitz materieller Güter nach wie vor (latent) erstrebenswert (OSTERDIEKHOF 2001, S. 47).

Der Hauptkritikpunkt an der Sozialisationshypothese ist darin zu sehen, dass Individuen in ihrer Kindheit und Jugend geprägt werden und anschließende Erfahrung fast keine Veränderungen in den Wertepreferenzen bewirken. Diesem widersprechen Untersuchungen zu Periodeneffekten, die kurz- und mittelfristige Schwankungen in den Wertausprägungen zeigen (KLAGES 1992, S. 16). Ebenso können mit der Sozialisationshypothese lebenszyklische Effekte nicht berücksichtigt werden, wobei FLANAGAN (1982, S. 427 ff.) betont, dass erst mit höherem Alter durch längeres Arbeiten das Kapital zur Verfügung steht, weniger stark materialistische Ziele zu verfolgen. Auch DUNCKER (2000, S. 8) bezieht sich auf den Lebenszyklus als beeinflussende Determinante der persönlichen Wertepreferenz, wobei Jugendliche und junge Erwachsene wesentlich freizeit- und unabhängigkeitsorientierter sind als beispielsweise Personen in der Familienphase. So werden hier die postmaterialistischen Werthaltungen zu Gunsten familialer, eher traditioneller Werte abgelöst.

Als ein letzter Kritikpunkt soll an dieser Stelle noch Bezug auf die Eindimensionalität von INGLEHARTS Wertekonzeptualisierung genommen werden, bei der ausschließlich ein Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten möglich ist. Dieses beinhaltet, dass Mischformen mit einer gleichrangigen Bewertung von materialistischen und postmaterialistischen Werten nicht möglich sind (DUNCKER 2000, S. 7 f.), „reine Wertepositionen“ in der Realität jedoch nur bei einer Minderheit der Bevölkerung vorzufinden sind (HELFFERT 1986, S. 7). Methodisch ist INGLEHART mittels eines Ranking-Verfahrens vorgegangen, anhand dessen ein Befragter zunächst vier, später 12 Einstellungen mit

materialistischer oder postmaterialistischer Ausrichtung in eine Reihenfolge nach deren persönlicher Bedeutung für ihn bringen soll (INGLEHART 1977, S. 28 ff.; 1997, S. 108 ff.). Hierdurch ist der Befragte gezwungen, eine hierarchische Reihenfolge zu bilden, ohne dass eine materialistische und postmaterialistische Aussage den gleichen Stellenwert erlangen können. Liegt auf dem ersten Rang eine postmaterialistische Aussage und auf dem zweiten Rang eine materialistische Aussage, so stellt dieses nach INGLEHART zwar eine Mischform dar, jedoch ist sie vorübergehender Art auf dem Weg des Wertewandels vom reinen Materialismus zum reinen Postmaterialismus.

Die Mehrdimensionalität von Werten

Insbesondere an diesem letzten Kritikpunkt setzt die Konzeptualisierung des Wertewandels nach HELMUT KLAGES (1984) an, der von einer Mehrdimensionalität der Werte ausgeht. Das bedeutet, dass seiner These nach verschiedene Wertekombinationen auftreten können. So kann ein Individuum gleichzeitig sowohl postmaterialistische als auch materialistische Werte präferieren. Hierdurch bleibt die Richtung eines Wertewandels offen, da durch die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten ein „Pluralismus von Wertewandels-Pfaden“ möglich ist (KLAGES 2001a, S. 728).

Nach der Ansicht KLAGES' vollzieht sich der Wertewandel schubartig. Das heißt, dass er sich zunächst in kleinen Schüben durch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts gezogen hat und schließlich zwischen Mitte der 1960er-Jahre bis circa 1975 aufgrund „geballter Modernisierungsprozesse“ verstärkt auftritt (KLAGES & GENSICKE 1994, S. 6f.). In diesem Prozess hat sich die Relevanz der so genannten Selbstentfaltungswerte herausgebildet, die die Bedeutung der Pflicht- und Akzeptanzwerte deutlich abbaute. Durch den Mehrdimensionalitätsaspekt sowie den schubartigen Verlauf und auch in den Ursachen (Wohlstandssteigerung, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Medienrevolution, Bildungsexpansion, antiautoritäre Protestbewegung; KLAGES 2001a, S. 729f.; 1987, S. 5f.) unterscheidet sich KLAGES' erheblich von INGLEHARTS Ansatz. Empirisch stützt sich KLAGES auf die Resultate eigener empirischer Erhebungen, die er gemeinsam mit der Speyerer Werteforschungsgruppe erhoben hat (KLAGES 1988, S. 56 ff.). Um seine Kernfrage zu klären, inwiefern die in der Forschung voneinander abgegrenzten „traditionellen“ und „modernen“ Werte gemeinsam auftreten (KLAGES 2001b, S. 10), ist KLAGES methodisch mittels eines „Rating“-Verfahrens vorgegangen. Hierbei ließ er unterschiedliche Werte von den Befragten auf einer Skala von 1 bis 7 bewerten (KLAGES 1988, S. 119), wobei der Vorteil gegenüber INGLEHARTS Ranking-Verfahren darin zu sehen ist, dass auch eine Gleichwertigkeit eigentlich konträrer Werte erhoben werden kann.

Nicht nur methodisch sind KLAGES und INGLEHART unterschiedlich vorgegangen, auch die von ihnen für die Empirik abgegrenzten Wertegruppen unterscheidet sich deutlich, wie es in Tabelle 1 vergleichend aufgezeigt ist. Ersichtlich wird bei dieser Gegenüberstellung, dass die Erhebungskriterien bei INGLEHART wesentlich eingeschränkter und re-

Tab. 1: Gegenüberstellung der Wertegruppen nach KLAGES und INGELHART

	KLAGES Pflicht- und Akzeptanzwerte	KLAGES Selbstentfaltungswerte	INGLEHART Materialistische Werte	INGLEHART Postmaterialistische Werte
Gesellschaftsbezogene Werte	<ul style="list-style-type: none"> • Disziplin • Gehorsam • Leistung • Ordnung • Pflichterfüllung • Treue • Unterordnung • Fleiß 	Gesellschaftskritische Werte	<ul style="list-style-type: none"> • Gegen Preiserhöhung • Bereithaltung einer starken Armee • Hohes Wirtschaftswachstum • Stabile Wirtschaft • Verbrechensbekämpfung • Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkeres Mitspracherecht am Arbeitsplatz • Stärkeres Mitspracherecht in politischen Entscheidungen • Wandel zu einer weniger unpersönlichen Gesellschaft • Wandel zu einer Gesellschaft, in der Ideen mehr zählen als Geld • Schutz freier Meinungsäußerung • Bemühen, Städte und Landschaften zu verschönern
Individuenbezogene Werte	<ul style="list-style-type: none"> • Bescheidenheit • Selbstbeherrschung • Pünktlichkeit • Anpassungsbereitschaft • Fügsamkeit • Enthaltensamkeit 	Hedonistische Werte		
		Individualismus-Werte	<ul style="list-style-type: none"> • Kreativität • Spontaneität • Selbstverwirklichung • Ungebundenheit • Eigenständigkeit 	

Quelle: KLAGES (1984, S. 18); INGELHART (1997, S. 109 u. 355)

duzierter ausfallen als bei KLAGES. Hierauf bezieht sich auch ein weiterer Kritikpunkt an INGELHARTS Konzeptualisierung, da eine Verkürzung des Wertehaushaltes auf 12 Items zu gering erscheint, um ein Abbild der Wertpräferenzen einer Gesellschaft umfassend darzustellen. Zudem stellen einzelne Indikatoren Werte dar, die keine langfristige Stabilität aufweisen, sondern vielmehr „kontextabhängige Einstellungen“ erfragen. Hierzu zählt beispielsweise der Kampf gegen steigende Preise (RÖSSEL 2006, S. 552), aber auch der Wunsch nach einer starken Armee.

Des Weiteren erscheint es fragwürdig, von in eine Rangfolge zu bringenden Aussagen auf die dahinter stehenden Wertekategorien der Befragten zu schließen, da diese nur

indirekt erhoben wurden. KLAGES' Indikatorenkatalog hingegen erscheint wesentlich umfassender und es wird zwischen verschiedenen Wertearten differenziert. Bei den Pflicht- und Akzeptanzwerten unterscheidet KLAGES die das gesellschaftliche Miteinander kennzeichnenden Werte von denen, die sich eher auf das Selbst der Befragten richten. Hierdurch kann bei einer Auswertung unterschieden werden, auf welcher Ebene sich ein Wertewandel vollzogen hat. Ebenso differenziert KLAGES bei den Selbstentfaltungswerten, die vor allem nach dem Wertewandlungsschub an Bedeutung gewonnen haben, zwischen den gesellschaftsbezogenen, hier gesellschaftskritischen Werten und den persönlichen Werten. Letztere lassen sich in die von KLAGES als hedonistische Werte und Werte kategorisieren, die für Individualismus stehen. KLAGES Ergebnisauswertung zeigt, dass mittels des Ranking-Verfahrens vier unterschiedliche Arten von Wertewandlungen auftreten (1988, S. 120):

- Typ 1: Pflicht und Akzeptanzwerte sind hoch, Selbstentfaltungswerte sind niedrig,
- Typ 2: Pflicht und Akzeptanzwerte sind hoch, Selbstentfaltungswerte sind hoch,
- Typ 3: Pflicht und Akzeptanzwerte sind niedrig, Selbstentfaltungswerte sind niedrig,
- Typ 4: Pflicht und Akzeptanzwerte sind niedrig, Selbstentfaltungswerte sind hoch.

Entsprechend der verschiedenen Unterkategorien zu den Pflicht- und Akzeptanzwerten und den Selbstentfaltungswerten können die einzelnen Gruppen verschiedene Kombinationen eingehen, so dass die Speyerer Werteforschung fünf verschiedene Wertetypen herauskristallisiert hat. Da die Empirik inzwischen wiederholt wurde, kann auch ein Trend bezüglich der Zu- und Abnahme einzelner Typen festgestellt werden (KLAGES 2001a, S. 734 f.):

- Konventionalisten: Diese Gruppe entspricht Typ 1 der Wertewandlungen, so dass die Pflicht- und Akzeptanzwerte hoch und die übrigen Wertebereiche niedrig ausgeprägt sind. 1997 gehörten zwar noch 18% der Bevölkerung Deutschlands dieser Gruppe an, vor allem ältere Personen, jedoch ist dieser Typ stark rückläufig. Insgesamt zeigen sie wenig Bereitschaft zur Modernisierung, halten gerne an Bewährtem fest und zeigen eine geringe Selbstständigkeit.
- Perspektivlos Resignierte: Das Kennzeichen dieser Gruppe ist, dass alle Wertebereiche relativ niedrig ausgeprägt sind, so dass hier am ehesten von einem Werteverlust gesprochen werden kann. 1997 gehörten 16% der Bevölkerung dieser Gruppe an, wobei diese Zahl relativ konstant ist. Zurückzuführen ist die Resignation auf Misserfolge im Leben.
- Hedonistisch-materiell Orientierte: Bei diesem Typ sind insbesondere die hedonistisch-materialistischen Werte stark ausgeprägt, und die anderen Bereiche werden nachrangig betrachtet. 1997 gehörten zu dieser Gruppe 14% der Bevölkerung. Zwar sind diese Personen mobil und an verschiedene Umstände anpassungsfähig, doch lassen sie sich stark vom „Lustprinzip“ leiten. Insgesamt sind sie relativ unsterblich, verantwortungsscheu und zur Zielverwirklichung auch am ehesten bereit, normative Grenzen zu überschreiten.

- Nonkonforme Idealisten: Hier sind insbesondere die gesellschaftskritischen Werte stark ausgeprägt, und die übrigen Werte treten in den Hintergrund. Dieser Gruppe gehörten 1997 16% der Bevölkerung an. In ihrer Einstellung sind diese Menschen starke Modernisierungsbejaher, wobei sie sich an hochgesteckten Idealen orientieren. Deshalb sind sie von der Wirklichkeit der Modernisierung mit ihren Anpassungszwängen häufig enttäuscht.
- Aktive Realisten: Bei diesen Menschen erhalten alle Wertebereiche eine relativ hohe Zustimmung, weshalb hier auch von einer Wertesynthese, also einer Vereinigung gegensätzlich erscheinender Werte (KLAGES 2001c, S. 10) gesprochen werden kann. Diese Gruppe ist über alle Altersklassen gleichmäßig verteilt und hatte 1997 einen Anteil von 36% an der Gesamtbevölkerung. Die Gruppe ist wachsend. Die Menschen, die ihr angehören, sind in der Lage, sich „pragmatisch“ verschiedenen Lebenslagen zu stellen und durch ein hohes Erfolgsinteresse Eigenaktivität und -verantwortung zu übernehmen.

Noch 1993 schien der Anteil junger Menschen unter den Hedonisten stärker zuzunehmen als unter den aktiven Realisten, was vermuten ließ, dass diese Gruppe zur dominanten Wertegruppe würde. Dieses konnte jedoch nicht belegt werden, so dass sich die aktiven Realisten mit der Wertesynthese aus traditionellen und modernen Werten zu der größten Gruppe unter der Gesamtbevölkerung bis 1997 entwickelten (KLAGES 2001c, S. 12).

„Re-Moralisierung“

Neuere Studien zeigen, dass dem von der Speyerer Werteforschungsgruppe identifizierten aktiven Realist auch aktuell eine zunehmende, leicht veränderte Bedeutung beigemessen werden kann. Da sich die Anzeichen mehren, dass sich jüngere Bevölkerungsgruppen wieder zunehmend an traditionellen Werten orientieren und eine fortwährende Postmaterialisierung infrage zu stellen ist, haben KLEIN und OHR (2004, S. 166 ff.) anhand einer AKP-Studie¹ untersucht, inwiefern dieser Trend zu bestätigen ist. Die Ergebnisse zeigen, dass Geburtskohorten nach 1965 eine geringere Wertschätzung postmaterialistischer Werte zeigen als ältere. Ebenso kann gezeigt werden, dass bezüglich der Affinität zum Materialismus keine signifikanten Generationenunterschiede vorliegen, woraus geschlossen werden kann, dass sich die jüngsten Geburtskohorten vom Postmaterialismus abwenden und eher materialistische Werte präferieren. Auch NOELLE-NEUMANN und PETERSEN (2004, S. 20 f.) gelangen in ihrer Studie zu einem ähnlichen Ergebnis, wobei sie schlussfolgernd davon sprechen, dass eine Renaissance traditioneller Werte zu erkennen ist, wie sie in den 1950er-Jahren vorherrschten. Zwar spricht auch HRADIL von einem „Wandel des Wertewandels“ (2002a, S. 37), doch sind es seiner Ansicht nach nur scheinbar die Werte der 1950er-Jahre, da diese „alten Werte“ eher neue Kombinationen eingehen oder

¹ Hier werden die Effekte von Alter, Periode und Kohortenzugehörigkeit auf gesellschaftliche Werteorientierungen überprüft.

sich anders konkretisieren als früher. Dieser neue Wertewandel hat sich in den 1990er-Jahren vor allem in drei Aspekten geäußert (HRADIL 2002a, S. 40; 2003, S. 39):

- Die Gemeinschaft hat in den Wertevorstellungen vieler Menschen wieder an Bedeutung gewonnen. Es werden verstärkt langfristige und bindende Partnerschaften/Ehen eingegangen und auch die eigene Familiengründung spielt eine große Rolle. Mit diesem Wert verbinden sich der Sinn nach Treue und eine Ablehnung des Singledaseins.
- Der Sicherheitsaspekt hat wieder zugenommen, jedoch konkretisiert er sich vor allem in der Form eines sicheren Arbeitsplatzes.
- Auch materialistische Werte haben wieder an Bedeutung gewonnen, doch gehen diese weniger mit Pflicht und Akzeptanz einher, sondern werden als Mittel der Selbstentfaltung geschätzt. HRADIL spricht in diesem Zusammenhang auch vom „Luxusmaterialismus“ (2002a, S. 40).

Begründet sieht HRADIL diese Veränderungen darin, dass viele Erwachsene in den 1990er-Jahren keinen Mangel an Selbstverwirklichung mehr litten oder persönliche Freiheit gegen Autoritäten durchsetzen mussten. Ebenso mussten sie nicht mehr alles Neue ausprobieren, so dass auf ein Stück Selbstverwirklichung verzichtet werden kann. Dies stellt sich als ein Widerspruch zu BECKs Individualisierungsthese dar, denn nach dieser These wird zum Zeitpunkt ihrer Konzeptualisierung die Selbstverwirklichung als ein hohes, von vielen Bevölkerungsgruppen verfolgtes Ziel der reflexiven Moderne beschrieben (vgl. Kapitel 2.1.3). Hierbei spricht HRADIL (2002a, S. 45) auch von einer „Re-Moralisierung“, im Zuge derer zum Beispiel Normen wieder härter werden, nachdem sie zunächst liberalisiert worden waren, oder auch wieder strengere Maßstäbe in der Kindererziehung positiv bewertet werden. Auch SCHOLZ und BUSCH (2006, S. 28 ff.) haben in einer Umfrage unter 2.080 Personen in unterschiedlichen Ausbildungsverhältnissen zu Familienvorstellungen herausgefunden, dass traditionelle Werte wie Familiengründung, Toleranz, materielle Sicherheit und Treue eine größere Zustimmung erhalten als in höheren Altersgruppen. Somit neigen jüngere Personengruppen wieder eher zu konservativeren Wertevorstellungen als ältere.

2.2.2 Pluralisierung der Lebensstile

Entwicklung der Lebensstilforschung

Anschließend an die Etablierung der Individualisierungsthese und den Folgen des sozialen Wandels setzte in den 1980er-Jahren vor allem in der Soziologie eine Wende in der Ungleichheitsforschung ein. Bis dahin galt es als allgemeiner Konsens, dass die Denk- und Verhaltensweisen eines Menschen durch objektiv messbare Strukturen bestimmt wurden (HRADIL 1992a, S. 9). Dies umfasst, dass die berufliche Stellung eines jeden im industriellen Produktionssystem die Ressourcen und Lebensbedingungen bestimmt und auch Aspekte wie Kulturmuster, Wertevorstellungen, politische Neigungen und All-

tagshandeln maßgeblich beeinflusst (HRADIL 1992b, S. 16). Mit den Veränderungen des sozialen Wandels, der unter anderem einen gewachsenen Lebensstandard bewirkt und eine Zunahme des Freizeitpensums weiter Bevölkerungsgruppen beinhaltet, steigen nicht nur die Handlungsspielräume an, sondern erhöhen sich auch die Wahlmöglichkeiten in der Lebensgestaltung. Mit dieser Optionssteigerung fächern sich zunehmend die Arten der Lebensführung aus, so dass STEFAN HRADIL (1987) als einer der ersten (SPELLERBERG 1996, S. 13) die bis dahin gültige, auf rein ökonomischen Determinanten basierende Ungleichheitsforschung der Sozialstrukturanalyse infrage stellte. Nach HRADIL (1987, S. 69 ff.) können die Ursachen der sozialen Ungleichheit mit den ökonomischen Bedingungen gegriffen werden, doch sind hierdurch keine Rückschlüsse auf die individuellen Lebensbedingungen und Verhaltensdispositionen der Menschen möglich. Deshalb sei es erforderlich, die klassischen vertikalen Schichtkonzepte durch „neue Ungleichheitsaspekte“ zu ergänzen, die unter anderem durch gestiegene Wahlmöglichkeiten bedingt werden. So soll verstärkt einer horizontalen Differenzierung beispielsweise nach Geschlecht, Alter, Stadt, Land, Freizeitverhalten, Vorlieben, Selbstbildern und politischen Einstellungen Vorrang gegeben werden (HRADIL 1987, S. 91), da mit der Wohlstands- und Optionssteigerung eine Entkoppelung von individueller Lebensweise und Ressourcen einhergeht (Auflösung des klassenbedingten Denkens und Verhaltens). Infolge wurde in den 1980er-Jahren in der Sozialstrukturanalyseforschung zunehmend hinterfragt, ob Kulturmuster und Verhaltensweisen weiterhin an äußere Bedingungen und Restriktionen gebunden seien oder ob eher von einer Pluralisierung der Lebensstile auf horizontaler Ebene gesprochen werden sollte (HRADIL 1992b, S. 19). In dieser Perspektive wird die gesellschaftliche Ungleichheit weniger auf strukturelle als auf soziokulturelle Aspekte und individuelles Handeln bezogen. Hierdurch ergibt sich eine neue Klassifizierung der Gesellschaft, da beispielsweise Menschen gleichen ökonomischen Hintergrundes verschiedene Lebensweisen und Lebensstile führen können. Das Ziel eines solchen mehrdimensionalen Analyseansatzes ist es, die traditionell ausschließlich auf objektiv messbaren Ressourcen basierende Sozialstrukturanalyse zu ergänzen (SPELLERBERG 1996, S. 13).

Wird von den klassischen Untersuchungen zur Lebensweise abgesehen (WEBER, SIMMEL, VEBLÉN, vgl. hierzu z. B. MÜLLER & WEIHRICH 1991), so hat die Lebensstilforschung ihren Ursprung in der Marktforschung. Primäres Ziel dieser Erhebungen war es, Absatzmärkte zu segmentieren, weshalb bereits ab den 1950er-Jahren erste Studien, zunächst auf der Basis demographischer und sozioökonomischer Merkmale der Nachfrager, entwickelt wurden. Da diese beiden Kriterien jedoch nur unzureichend das Nachfrageverhalten erklären konnten, wurden sie in den 1960er-Jahren durch zunächst psychologische Aspekte wie mentale Eigenschaften und Persönlichkeitsdispositionen der Konsumenten erweitert, woraus Verhaltensanalysen erstellt wurden (HARTMANN 1999, S. 49). Im deutschsprachigen Raum erlangt in der Marktforschung vor allem das Konzept der Sinus-Milieus von BECKER und NOWAK (1982) an Bedeutung. Auch sie gehen davon aus, dass nicht demographische Merkmale alleine das Alltagshandeln und -bewusstsein

(die so genannte Lebenswelt) bestimmen, sondern diese von milieuspezifischen Eigenheiten, kulturellen Bedingungen und Werteorientierungen beeinflusst werden (BECKER & NOWAK 1982, S. 155 f.). Diese Lebenswelt umfasst „alle Lebensbereiche, mit denen ein Mensch täglich zu tun hat und die bestimmend sind für die Entwicklung und Veränderung von Einstellungen, Werthaltungen und Verhaltensmustern: Arbeit und Beruf, Familie und Partnerschaft, Freizeitaktivitäten sowie Zukunftsvorstellungen und -pläne, Wünsche, Träume und Ängste“ (BECKER & NOWAK 1982, S. 247). Auf dieser konzeptionellen Basis konnte das Sinus-Institut mittels 1400 narrativer Interviews acht Milieus in Deutschland identifizieren, die in den folgenden Jahren quantitativ validiert und aktualisiert wurden (BECKER & NOWAK 1982, S. 259 ff.). 1991 wurde das Milieukonzept um ein neuntes Milieu erweitert. In einer graphischen Abbildung werden die Milieus in einen zweidimensionalen Raum in Form von Wolken projiziert, wobei die klassischen Schichtungsmerkmale zur sozialen Lage in der Vertikalen und die Bedürfnisse und Werteorientierungen in der Horizontalen aufgetragen sind (HARTMANN 1999, S. 78 ff.). Da zur Charakterisierung der Milieus eher soziokulturelle Merkmale herangezogen werden, die Träger der Merkmale jedoch über strukturelle Aspekte identifiziert werden, ist das Konzept von BECKER und NOWAK zu den strukturbedingten Ansätzen zu zählen.

Milieus

Der Milieubegriff ist dem des Lebensstils sehr ähnlich, weshalb beide Begriffe in einigen Publikationen zur Lebensstilforschung auch synonym verwendet werden (z. B. RICHTER 2005; SCHULZE 1992). Definiert werden kann ein Milieu, wie oben bei BECKER und NOWAK bereits angedeutet, als „eine sozialstrukturelle Gruppe gleichgesinnter Menschen, die ähnliche Werthaltungen, Lebensführungen, Beziehungen zu Mitmenschen und Mentalitäten aufweisen. Die Mitglieder eines sozialen Milieus haben oft ein gemeinsames (materielles, kulturelles, soziales) Umfeld. Sie sehen, interpretieren und gestalten es in ähnlicher Weise“ (HRADIL 2002b, S. 199). In dieser Betrachtungsweise spielen insbesondere die Werthaltungen und Mentalitäten eine definitorische Rolle, wobei die Milieus als „Wertegemeinschaften“ durch die äußere Umgebung stabilisiert und verstärkt werden (DANGSCHAT 2007, S. 33). In dieser Sichtweise ist von Milieus auch als Mikromilieus zu sprechen, da ihre Mitglieder in Form von beispielsweise Kollegen- oder Freundeskreisen, Familienzugehörigkeiten oder Nachbarschaften in einem direkten Kontakt stehen. Die Möglichkeit der Kommunikation zwischen den Milieumitgliedern ist für die Milieubildung voraussetzend. Dies beinhaltet, dass dem Raum eine wichtige Funktion zukommt, da am Wohnstandort soziale Netzwerke gebildet werden. Je schichthomogener die Wohnmilieus sind, desto intensiver ist der soziale Austausch unter den Mitgliedern und desto eher ist die Möglichkeit für ein lokalspezifisches Milieu in Form von ähnlichen Einstellungen gegeben. Verstärkt wird dies, wenn die Mobilität der Quartiersbewohner gering und die Bindung an das Viertel hoch sind, da hierdurch der Austausch mit Personen außerhalb des Viertels gering bleibt. Sozial höhere Gruppen wie die Mittelschicht treten hingegen aufgrund einer verstärkten räumlichen Mobilität häufiger mit Personen

außerhalb des Quartiers in Kontakt (HERLYN 2000, S. 155 ff.), so dass hier lokalspezifische Mikromilieuzugehörigkeiten weniger stark ausgeprägt sind.

Außerhalb der lokalen Ebene sind Milieus auf gesamtgesellschaftlicher Ebene fassbar. Diese als Makromilieus bezeichneten „Wertegemeinschaften“ werden durch „weltanschauliche Prägungen und allgemeine Trends“ (DANGSCHAT 2007, S. 33) gebildet. Makromilieus lassen einzelnen Bevölkerungsgruppen bestimmte Umweltbedingungen in einer ähnlichen Art und Weise wahrnehmen und nutzen, wodurch sich spezifische Lebensweisen entwickeln (HERLYN 2000, S. 152 f.). Durch eine Rückkoppelung zur sozialen Lage entstehen große, relativ homogene Bevölkerungsgruppen (beispielsweise das Arbeitermilieu), die eigene Kulturmuster und Traditionen ausbilden können. Milieubildende Faktoren sind neben Werten und Einstellungen zum Beispiel Sprachstile und gemeinsame Symbole sowie gleiche Berufszweige (HRADIL 1992c, S. 188). Im Vergleich zu den Mikromilieus ist das Zugehörigkeitsgefühl zu einem Makromilieu weniger ausgeprägt, da nur geringe Binnenkontakte der Mitglieder untereinander bestehen (HRADIL 2002b, S. 199). Makro- und Mikromilieus können in einer Wechselwirkung betrachtet werden, da bestimmte Milieus räumlich verankert sind. Hierzu gehören beispielsweise die Milieus der Gentrifier in speziellen urbanen Zentren, aber auch das Arbeitermilieu in altindustriellen Gebieten (HESSE & TROSTORFF 2002, S. 378 f.).

Lebensstile und ihre Funktion

Lebensstile sind in einer allgemeinen Definition nach DANGSCHAT (2007, S. 33) „Verhaltensweisen mit einem gewissen Kontinuitätsgrad (also unter Ausschluss rein spontaner Aktivitäten) und damit (ein Teil der) Ausdrucksform sozialer Milieus und der dahinter stehenden Wertvorstellungen“. Mit dieser Definition können Lebensstile als eine Unterkategorie von Milieus angesehen werden, da diese durch den Mentalitätscharakter den Individuen einen Handlungsrahmen vorgeben, innerhalb dessen ein Lebensstil gebildet und ausgeführt wird. Innerhalb eines Milieus besteht die Möglichkeit, dass sich verschiedene Lebensstile ausbilden, wobei ein Individuum seinen Lebensstil zwar lange erhält, sich dieser jedoch zum Beispiel durch veränderte Lebensumstände und neue Verhaltensweisen leichter ändern kann als die Milieuzugehörigkeit (HRADIL 2006, S. 162).

Wie noch weiter unten aufgezeigt wird, bestehen hinsichtlich der Lebensstilforschung diverse Ansätze, Definitionen und Operationalisierungsmöglichkeiten. Als ein gemeinsamer Nenner aller Konzepte können Lebensstile dahingehend gefasst werden, dass sie Personen mit ähnlichen Alltagsgestaltungsmustern, vor allem hinsichtlich der Freizeitgestaltung und des kulturellen Geschmacks, in homogene Gruppen zusammenfassen. In die Analyse findet in der Regel eine Kombination aus verschiedenen Merkmalen Eingang (z. B. Hobbys, Konsumverhalten und Musikvorlieben), die zusammen einen Stil bilden (SPELLERBERG 2001, S. 278). Stile stellen hierbei reine „Forschungskonstrukte“ und kein Abbild der Wirklichkeit dar (KONIETZKA 1995, S. 23), da die Zuordnung der Befragten

zu Gruppen auf der Basis möglichst gleicher Antworten erfolgt. Ein exakt gleiches Antwortverhalten bei einer Vielzahl unterschiedlicher Variablenausprägungen kann in quantitativen Erhebungen ausgeschlossen werden (BLASIUS 1994, S. 237), weshalb die Träger eines Lebensstils weitgehend ähnlich in ihrer Stilisierung, jedoch nicht identisch sind.

Wird nach den Funktionen eines Lebensstils für eine Person gefragt, so lassen sich diese nach HARTMANN (1999, S. 30) auf drei Merkmale reduzieren: Expressivität, Form und Identifizierbarkeit. Die Expressivität ist vor allem in handlungsorientierten Konzeptionen (s. u.) von Bedeutung, in denen Lebensstile als Konstrukte subjektiver Wahlhandlungen angesehen werden und als Ausdruck von Gefühlen und Erfahrungen gelten (HARTMANN 1999, S. 20 ff.). In dieser Definition sind Lebensstile Handlungen, die nur vollzogen werden, um bestimmte Gefühle in einer Person zu erzielen. Ein Vertreter dieses Ansatzes ist GERHARD SCHULZE (1992), der mit der „Erlebnisgesellschaft“ zum Ausdruck bringen möchte, dass mit jeder Handlung eines Menschen bestimmte psychologische Erlebnisse provoziert werden. Dies beinhaltet, dass der Mensch selber durch Reflexion zum aktiven Gestalter seiner Reize wird und hierdurch den für ihn adäquaten Lebensstil ausbildet (SCHULZE 1990, S. 413 f.; 1992, S. 40 ff.). Die Voraussetzung für diesen Lebensstil, nach dem Erlebnisreize eine erstrebenswerte Lebensweise darstellen, ist für SCHULZE der Wertewandel (vgl. Kapitel 2.2.1), da erst mit der Überwindung der existenziellen Knappheit Aspekte wie die Ästhetisierung und Erlebniserfahrung an Bedeutung erlangen können. Selbstreflexion und die Frage „Was will ich eigentlich?“ (SCHULZE 1992, S. 69) werden zum Leitbild dieses Ansatzes, was durch den Lebensstil expressiv geäußert wird.

Unter dem Aspekt der Form werden „Konventionen“ oder auch Verhaltens- und Denkweisen verstanden, die unter den Mitgliedern eines Lebensstiles gelebt werden. GOMBRICH (1968, S. 81, zit. in HARTMANN 1999, S. 24) konkretisiert dieses Form-Merkmal mit der Metapher einer Spielregel, nach der Personen eines Lebensstiles zur Identifikation mit dem Stil bestimmte Regeln zu befolgen haben („Rollenerwartungen“, MICHAÏLOW 1994a, S. 30), durch die ein Stil letztendlich konstituiert wird. Hierdurch werden dem Träger bestimmte „Spielzüge“ verboten und andere empfohlen (Normierungen) und Entscheidungsfindungen können erleichtert werden. Das Form-Merkmal bestimmt einen Lebensstil also dahingehend, dass bestimmte Handlungen, die mit einem konkreten Stil nicht konform sind, in der Regel ausgeschlossen werden (HARTMANN 1999, S. 47). So ist es beispielsweise für einen politisch und hochkulturell interessierten Lebensstil stiltypischer, individuell organisierte Reisen oder Bildungsurlaube zu unternehmen, als einen All-Inklusive-Urlaub mit den Merkmalen Sonnen, Baden und Amüsieren auf Mallorca zu buchen (KLEE 2001, S. 177).

Die dritte Funktion des Lebensstils ist die der Erkennbarkeit der Stilträger untereinander, wobei eine Person selber durch andere eingeordnet werden kann. Mit der Art, wie man sich kleidet, sich verhält oder auch die Freizeit verbringt, signalisiert eine Person durch

entsprechende Symbole und Verhaltensmuster wahrnehmbare Orientierungen, wodurch sich Bevölkerungsgruppen erkennen und auch unterscheiden können. Letztendlich stellt dies die Basis für eine Partner- oder Freundeswahl dar (SPELLERBERG 1996, S. 57; 2001, S. 278), denn durch die Erkennbarkeit können Erwartungshaltungen und Zumutbarkeiten an andere eingeordnet werden. Infolge wird ein bestimmtes Interaktionsmuster der Bevölkerungsgruppen untereinander bewirkt, das bei ähnlich eingestellten Menschen zu der Entwicklung eines „Wir-Gefühls“ führen kann (MICHAILOW 1994a, S. 30 f.). Die Aspekte der Erkennbarkeit und Distinktion sind nach RICHTER (2005, S. 116) die zentralen Ebenen der Lebensstilausbildung.

Theoretische Ansätze der Lebensstilbildung

Seit den 1980er-Jahren hat sich eine Vielzahl an Lebensstilkonzepten entwickelt. Der konträre Hauptansatz der unterschiedlichen Theorien ist darin zu sehen, dass Lebensstile entweder von Personengruppen frei gewählt werden oder durch strukturelle sozioökonomische Zwänge determiniert sind. Je nach Ausrichtung der Ansätze sind auch die Definitionen zu den Lebensstilen in dieser Hinsicht unterschiedlich gewichtet, wobei insbesondere die Funktion der Expressivität eine unterschiedliche Rolle einnimmt und sich verstärkt im handlungsorientierten Entstrukturierungsansatz widerspiegelt. Kennzeichnend für diese konzeptionelle Position ist die Ansicht, dass Lebensstile von Menschen bewusst gewählt werden, damit diese ihre Lebensziele erreichen können. Handlungen stellen hierbei ein Bündel an Präferenzen dar, ohne dass sozioökonomische Strukturvariablen den Lebensstilen übergeordnet und einschneidende Restriktionen vorgeben sind (HARTMANN 1999, S. 42). Von daher werden Lebensstile und das Handeln von Personen eher von den subjektiven Präferenzen gesteuert und sind weniger von der sozialen Lage einer Person abhängig. Dies bedeutet nicht, dass zum Beispiel materielle und bildungsrelevante Variablen völlig ausgeblendet werden, doch stellen sie in diesem Ansatz stärker einen präferenzgenerierenden Rahmen dar, innerhalb dessen Handlungen frei getroffen und Verhaltensmuster ausgebildet werden (ähnlich dem Rational-Choice-Ansatz, LÜDTKE 1990, S. 452; 2000, S. 151). Dieser Ansicht nach lässt sich von der sozioökonomischen Position einer Person nicht auf ihren Lebensstil schließen, da Bevölkerungsgruppen mit einer ähnlichen Ressourcenausstattung verschiedene Lebensstile ausüben können.

In ihrer Konzeption verfolgen Entstrukturierungstheoretiker einen ganzheitlichen Ansatz, da Lebensstile über verschiedenste Dimensionen der Lebensorganisation gefasst werden. So fallen in die Operationalisierung Variablen, die sowohl Handlungen und Ressourcen als auch Motive und Kognitionen erheben. Deshalb werden Bevölkerungsgruppen in diesen Ansätzen ausschließlich über ihren Lebensstil definiert, wobei auch strukturelle Merkmale einen Definitionsbestandteil bilden. Das beinhaltet, dass Lebensstile zu Strukturierungskennzeichen einer Gesellschaft werden und keine Gliederung mehr nach klassischen Sozialstrukturmerkmalen erfolgt. Lebensstile werden hier zu alleinigen Beschreibungsmerkmalen der sozialen Position eines Menschen (KONIETZKA 1994, S. 159 ff.;

1995, S.22). Zwar werden auch in Entstrukturierungstheorien soziale Ungleichheiten nach wie vor anerkannt, doch beziehen sich diese nicht mehr alleine auf strukturelle Merkmale (HILPERT & STEINHÜBL 1998, S.8). Vielmehr wird aufgrund des ganzheitlichen Ansatzes ein Konglomerat aus verschiedenen Dimensionen zur Erklärung der so genannten „neuen Ungleichheit“ herangezogen. Problematisch ist, dass Lebensstile zu unabhängigen Variablen werden und Verhaltensweisen ausschließlich durch Lebensstile erklärt werden können (HRADIL 2005, S.69). Somit können Handlungen nicht mit weiteren Determinanten (z. B. Einkommen, Alter, Bildungsgrad etc.) separat in Verbindung gesetzt werden, da diese Variablen bereits Bestandteile des Lebensstiles darstellen.

Neben SCHULZE stellen beispielsweise auch MICHAILOW (1994) und LÜDTKE (1989) ihre konzeptionellen Ansätze in das Paradigma der handlungszentrierten Lebensstilwahl, und LÜDTKE hat als erster diesen Ansatz theoretisiert (HARTMANN 1999, S.108). Der Kerngedanke seiner Konzeption ist darin zu sehen, dass Lebensstile nur dann entstehen, wenn Menschen ökonomische, symbolische, kognitive und motivationale Ressourcen nach individuellen Präferenzen nutzen und hierdurch ihre Lebensweise aktiv gestalten (LÜDTKE S.53 f.). Der Mensch selber ist in LÜDTKES Theorie rational handelnd, was bedeutet, dass er eine Optimierung seines Handelns anstrebt und die ihm zur Realisierung seiner Ziele zur Verfügung stehenden Mittel bezüglich ihrer Nebenfolgen abwägt (LÜDTKE 1989, S.54). Hinsichtlich der Lebensstilgestaltung bedeutet dies, dass Menschen Wahlhandlungen auf der Basis des Rational-Choice-Ansatzes treffen und sich gemäß der Nutzenmaximierung (ausreichende Vorteile entsprechend der individuellen Präferenzen) entscheiden. Aus dem Ansatz des Constraint-Choice übernimmt LÜDTKE die zwei so genannten Filter, die Entscheidungshandlungen von Individuen beeinflussen: strukturelle Umweltfaktoren (Zwänge und Ressourcen, die die Menge an wählbaren Alternativen eingrenzen) und individuelle Präferenzen (LÜDTKE 1989, S.56 ff.; 1990, S.438 f.). Präferenzen, also dem „bedürfnisspezifisch erwünschten Lebensstil“ (LÜDTKE 1990, S.434), kommt eine explizite Bedeutung zu, da der Lebensstil durch „Einzelakte (Aktivitäten, Ausgaben, Konsumententscheidungen, ...) [gebildet wird, K. S.]. Aufgrund langer Reihen von Versuch und Irrtum wird das resultierende Gesamtmuster dieser Akte den Präferenzen immer mehr angepasst“ (LÜDTKE 1990, S.437). Das Ergebnis aus diesen genannten Komponenten greift LÜDTKE in seiner Definition zu Lebensstilen auf, in der er einen Lebensstil definiert als „unverwechselbare Struktur und Form eines subjektiv sinnvollen, erprobten (...) Kontextes der Lebensorganisation (...) eines privaten Haushaltes, den dieser mit einem Kollektiv teilt und dessen Mitglieder deswegen einander als sozial ähnlich wahrnehmen und bewerten“ (LÜDTKE 1989, S.40). Aus dieser auf Handlung beruhenden Definition leitet LÜDTKE schließlich vier Dimensionen ab, die die Lebensorganisation bedingen und sich in expressiven Präferenzen und Verhaltensformen äußern. Hierdurch ist es möglich, den Lebensstilbegriff für eine empirische Untersuchung zu operationalisieren (LÜDTKE 1989, S.42 f.):

- sozialökonomische Situation (objektive Ressourcen und Zwänge): ökonomisches Kapital, Arbeitsorganisation, Wohnumwelt etc.,
- Kompetenz (im Sozialisationsprozess erworben): Bildungsgrad, Fähigkeiten, Wissen etc.,
- Performanz (Handlungen und Interaktionen): Aktivitäten, Mitgliedschaften, Konsum, Aktionsraum etc.,
- Motivation (innere Handlungsdispositionen, im Sozialisationsprozess erworben): Wertorientierung, Ziele, Präferenzen etc.

Vertreter des Entstrukturierungsansatzes berufen sich in der Regel auf den gesellschaftlichen Wertewandel und auf ULRICH BECK'S Individualisierungsthese, die oft dahingehend „(miss)interpretiert“ wird (DANGSCHAT 1994, S.426), dass Individuen frei in ihren Handlungen seien und unabhängig struktureller Restriktionen wählen und handeln können (z.B. MICHAILOW 1994b, S.125). Zwar räumt BECK Personen Wahloptionen ein, wodurch sich unter anderem die reflexive Moderne charakterisiert, doch unterliegen diese Wahloptionen strukturellen (institutionellen) Determinanten, so dass BECK auf das Wählen innerhalb bestimmter Rahmen hinweist (BECK 1995, S. 189; BECK & BECK-GERNESHEIM 1994, S. 12). Zwar wird in der Individualisierungsthese beschrieben, dass sich diese Rahmenbedingungen verändern, doch bleiben sie nach wie vor handlungsleitend bestehen. Das bedeutet, dass das Handeln nicht nach reinen Präferenzen erfolgt, sondern den Individuen auch in der Individualisierungsthese Grenzen gesetzt sind. Wie bereits in Kapitel 2.1.3 dargestellt, bezieht sich BECK'S Entstrukturierungsgedanke deshalb nicht auf das Lösen von Struktur und Handlung, sondern auf das Herauslösen des Einzelnen aus Klassenbindungen. Zwar werden hiermit „vorgefertigte Lebenswege, Biographien und auch soziokulturelle Prägungen“ verlassen, wodurch sich eine horizontale Ausdifferenzierung der Lebensmuster in einer Gesellschaft einstellt, doch erfolgt jedes Handeln innerhalb von Strukturen und auch bisheriger Biographiemuster (die gestaltbar sind, aber einmal gewählte Lebenswege lassen nur wenig Spielraum für ganz andere). So bleibt die Struktur auch bei BECK als ein fundamentaler Restriktionsrahmen bestehen, worauf er deutlich hinweist. Obwohl BECK in der Reintegrationsdimension selber die einsetzende Pluralisierung von Lebensstilen beschreibt (BECK 1995, S. 194), lässt dies keinen Rückschluss auf ein Lebensstilkonzept in der Sicht einer völligen Entstrukturierung von Handlung und Struktur zu, wie es von Extrempositionen dieses Ansatzes vertreten wird (z.B. MICHAILOW 1994; HRADIL 1987). Zwar verweist BECK (1986, S. 199 ff.) auf die Wiedereinbindung in gesellschaftliche Gruppen in Form von Subkulturen oder Lebensstilen, doch lässt er theoretisch offen, wie und durch welche Prozesse wer eine Einbindung in bestimmte Gruppen findet (KONIETZKA 1995, S. 64). Obwohl mit dem von BECK entworfenen „Fahrstuhl-Effekt“ größeren Bevölkerungsgruppen mehr materielle Ressourcen zur Verfügung stehen, bleiben auch in der Individualisierungsthese weiterhin klassische (hierarchische) Ungleichheiten bestehen. Von BECK wird nicht konkretisiert, inwiefern sich diese auf Lebensstile auswirken. Das bedeutet, dass ein Bezug zu BECK

nicht hergestellt werden kann, wenn Entstrukturierungsansätze annehmen, dass mit der Ablösung des Industriezeitalters klassische gesellschaftliche Strukturierungsmerkmale obsolet werden und diese durch soziokulturelle Gliederungsmerkmale entweder ersetzt werden oder in ihrem Bedeutungsgehalt hinsichtlich der gesellschaftlichen Gliederung zurücktreten. Eher sollte auch in Anlehnung an BECK die Stärke der Lebensstilkonzeptualisierung darin gesehen werden, dass sie eine sinnvolle horizontale Ergänzung zu einer vertikalen gesellschaftlichen Strukturierung darstellt. Deshalb kann nicht explizit angenommen werden, dass sich unabhängig von strukturellen Merkmalen (beispielsweise ökonomische und bildungsorientierte Ressourcen) gleiche Lebensstile etablieren, zumal BECK dies in der Individualisierungsthese nicht erläutert.

Die Gegenposition zu diesen subjektiven Präferenzansätzen betrachtet Lebensstile als ein Produkt fortbestehender Strukturierung, bei der Individuen einem Lebensstil angehören, ohne dass sie diesen gewählt haben. Aufgrund des Habitus kann ein Mensch einem bestimmten Lebensstil „nicht entfliehen“ (HARTMANN 1999, S. 42), da dieser durch die Geschichte eines Menschen und dessen sozialen Kontext geprägt wird. Entsprechend der Beibehaltung sozialer Lagekriterien zur gesellschaftlichen Ungleichheitsbestimmung werden die Träger von Lebensstilen durch ihre Ressourcen definiert. Lebensstile stellen in diesen Ansätzen eine spezifische Art und Weise der Alltagsorganisation bestimmter Bevölkerungsgruppen dar (KONIETZKA 1995, S. 22), die eine Rückkoppelung zu klassischen Sozialstrukturanalysemerkmalen aufweisen. So finden ungleiche Handlungsspielräume auch in Lebensstilen ihre Ausprägung, da trotz aller Wahlmöglichkeiten verschiedene Ressourcenausstattungen (materielle und kulturelle) Auswirkungen auf die Lebensstilwahl haben.

In extremer Form vertritt PIERRE BOURDIEU diese Position, indem er in „Die feinen Unterschiede“ (1982) einen Zusammenhang zwischen der sozialen Stellung eines Menschen und dessen Lebensstil herstellt. Er zeigt, dass sich dieser Zusammenhang in Form eines distinktiven Geschmacks äußert (aufgrund der Komplexität BOURDIEUS Ansatzes ist es hier nicht möglich, sein Konzept fundiert zu skizzieren, weshalb auf weiterführende Publikationen von z. B. EDER 1989, FRÖHLICH 1994 oder MÜLLER 1986 verwiesen wird). Der primäre Ansatz seiner Theorie ist darin zu sehen, dass er verschiedene Bevölkerungsgruppen über den Begriff des Kapitals im sozialen Raum verankert, wobei dieses Kapital „akkumulierte Arbeit, entweder in Form von Materie oder verinnerlichter, ‚inkorporierter‘ Form“ (BOURDIEU 1983, S. 183) darstellt und unterschiedliche Strukturen und Volumina aufweisen kann (BOURDIEU 1982, S. 195). Der soziale Raum hingegen ist ein „(...) konstruierter Raum, der auf einen Blick (...) die Totalität von [sozialen, K. S.] Positionen sichtbar macht (...)“ (BOURDIEU 1982, S. 277). Um Bevölkerungsgruppen im sozialen Raum verankern zu können, greift BOURDIEU auf Kapitalressourcen zurück, die sich in drei Arten gliedern lassen: ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital. Das ökonomische Kapital ist dabei Geld oder das, was direkt in Geld konvertierbar ist (Eigentum);

das kulturelle Kapital sind entweder inkorporierte Handlungsdispositionen (Bildung), objektives Kulturkapital (Schriften, Gemälde u. Ä.), das direkt in ökonomisches Kapital konvertierbar ist und eine Beziehung zum inkorporierten Kulturkapital aufweist, oder institutionalisiertes Kulturkapital, das in Form von Titeln, Zeugnissen und Ähnlichem formalisiert vorliegt; das soziale Kapital stellt ein dauerhaftes Netz an Beziehungen, also einer Gruppenzugehörigkeit dar (BOURDIEU 1983, S. 185 ff.).

Neben den Kapitalarten nimmt in BOURDIEUS Konzeption der Habitus eine zentrale Position ein, wobei dieser ein „Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata zum Erkennen, Interpretieren und Bewerten“ darstellt (BOURDIEU 1982, S. 279). Erzeugt wird der Habitus durch die Inkorporation der Lebenswelt, die durch die Klassenstruktur (soziale Position) vorgegeben wird und einen klassenspezifischen Habitus erzeugt. Gemeinsam mit dem Kapital führt der Habitus dazu, dass Menschen in bestimmten Feldern (der Soziale Raum besteht aus Teilräumen, die durch spezifische Institutionen und Funktionsgesetze gekennzeichnet sind, FRÖHLICH 1994, S. 41) und Situationen eine ähnliche Handlung ausführen. BOURDIEU (1982, S. 175) greift dies in folgender Formel: [(Habitus) (Kapital)] + Feld = Praxis, wodurch der so genannte Raum der Lebensstile über die Position im sozialen Raum gefasst werden kann. Der Habitus, der durch den sozialen Raum (die Kapitalstruktur und -volumina) bestimmt wird, legt fest, welche Symboliken und welchen Geschmack ein Individuum präferiert. Diese beiden Kriterien stellen für BOURDIEU zentrale Aspekte eines Lebensstils dar.

Ebenfalls ist der Ansatz von MÜLLER (1989) zu den Strukturalisten zu zählen, den er explizit entwickelt hat, um zu überprüfen, ob die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile eine soziale Ungleichheit begründen oder ob diese noch immer an Klassen- und Schichtkonzepte gebunden ist (MÜLLER 1989, S. 53 f.). Als Fazit seiner Theoretisierung hält MÜLLER (1989, S. 68) fest, dass Lebensstilkonzepte vielmehr als ein „Mittelweg“ zwischen der Entstrukturierung und Strukturiertheit gefasst werden sollen und eine vertikale gesellschaftliche Differenzierung ergänzen. MÜLLER und WEHRICH schlagen deshalb vor, Lebensstile als ein „Muster der Lebensführung“ zu verstehen, die „zwischen der gesellschaftlichen Bedingtheit von Lebensweisen einerseits und der freien Wahl von Lebensstilen andererseits vermitteln“ (MÜLLER & WEHRICH 1991, S. 123). Trotz dieser „Mittelweglösung“ ist der Ansatz eher den Strukturalisten zuzuordnen, da MÜLLER Lebensstile an Trägergruppen koppelt, die über objektive Merkmale bestimmt werden.

In seiner Definition versteht MÜLLER Lebensstile als „raum-zeitlich strukturierte Muster der Lebensführung (...), die von Ressourcen (materiell und kulturell), der Familien- und Haushaltsform und den Werthaltungen abhängen“ (MÜLLER 1989, S. 66). Unter der Zeitkomponente versteht MÜLLER, dass Lebensstile in Abhängigkeit zum Alter des Individuums zu sehen sind, da nicht davon auszugehen ist, dass Menschen lebenslang ein und denselben Lebensstil verfolgen. Aus diesem Grund sollte eine umfassende Lebens-

Tab. 2: Dimensionen der Lebensstiläußerung

Lebensstiläußerung	Operationalisierungsmöglichkeit
Expressives Verhalten	<ul style="list-style-type: none"> • Freizeitverhalten • Konsummuster
Interaktives Verhalten	<ul style="list-style-type: none"> • Formen der Geselligkeit • Heiratsverhalten
Evaluatives Verhalten	<ul style="list-style-type: none"> • Wertorientierungen • Einstellungen
Kognitives Verhalten	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstidentifikation • Wahrnehmung der sozialen Umwelt

Quelle: Nach MÜLLER (1992a, S. 377 f.)

stilforschung auch die Biographieforschung einschließen. Ebenso spielen die räumliche Komponenten nach MÜLLER UND SCHMID (1995, S. 16 f.) in Lebensstilmuster hinein, da Räume nicht homogen sind und somit Implikationen auf die Stilisierungschancen eines Menschen haben. Weitere Aspekte, die in der Definition aufgegriffen werden, sind die ökonomische und kulturelle Dimension, die MÜLLER (1992a, S. 377; 1992b, S. 62) auch als materielles und ideelles Substrat bezeichnet. Diese beiden Pole stellen auch die Möglichkeiten dessen dar, wie sich Lebensstile äußern können, wobei dies ausschließlich auf Subjektebene erfolgt. Ohne spezieller die Lebensstiläußerungen zu theoretisieren, leitet MÜLLER aus der ökonomischen und kulturellen Dimension Operationalisierungsmöglichkeiten für eine Lebensstilforschung ab, da sich diese seiner Ansicht nach in verschiedenen Verhaltensweisen äußern (vgl. Tabelle 2).

Nach MÜLLER lassen sich mittels des expressiven, interaktiven, evaluativen und kognitiven Verhaltens bestimmte Lebensstiltypen generieren, die so lange nicht in der Gesellschaft identifiziert werden können, wie sie nicht mit strukturellen Merkmalen in Verbindung gebracht werden. Um die Trägergruppen von Lebensstilausprägungen identifizieren zu können, empfiehlt MÜLLER (1989, S. 67), die Lebensstiltypisierungen mit Familien- und Haushaltsformen, Berufsgruppen, Klassen und Schichten oder auch Milieus zu korrelieren, um hierdurch Rückschlüsse darauf zu erhalten, wie bestimmte Strukturmerkmale mit einzelnen Lebensstilen einhergehen.

Jüngere empirische Lebensstilstudien haben sich unter anderem dem Problem zugewandt, Position für eine der beiden konträren theoretischen Herangehensweisen zu ergreifen, wobei zum Beispiel LÜDTKE (2000) nach wie vor an der Entkoppelung der Lebensstile von objektiven Lagemerkmalen festhält. VESTER et al. (1993) konnten dies jedoch in einer Projektion der Sinus-Milieus in BOURDIEUS Diagramm des sozialen Raumes mehr oder weniger widerlegen, wobei deutlich wird, dass der Zusammenhang zwischen strukturellen Lagemerkmalen und Handlungsdispositionen eines Menschen nicht aufgelöst ist, sondern nur Tendenzen der Entkoppelung sichtbar werden. Diese Abweichungen von

strukturellen Merkmalen sind aus Sicht der Forschungsgruppe keine Neuheit, sondern bereits historischer Bestandteil der gesellschaftlichen Differenzierung (VESTER et al. 1993, S. 41 ff.). Auch REICHENWALLNER (2000) hat in ihrer empirischen Erhebung belegt, dass Lebensstile nach wie vor mit strukturellen Lagemerkmalen (Bildung, Schicht, Alter, Geschlecht) korrelieren, doch ist dieser Bezug nach einzelnen Lebensstilvariablen unterschiedlich stark ausgeprägt: „Die (...) empirischen Ergebnisse sind (...) nicht nur als ‚bunte Vielfalt‘ (GEISSLER 1996, S. 322) zu bewerten, sondern in ihnen kommt auch soziale Ungleichheit zum Ausdruck“ (REICHENWALLNER 2000, S. 244).

Auf der Grundlage dieser empirischen Ergebnisse und auch im Anschluss an beispielsweise DANGSCHAT (1994, S. 431), GEORG (1998, S. 43 ff.) und SPELLERBERG (2007, S. 184), die Lebensstile als eine Ergänzung vertikaler Strukturierungsmuster ansehen, erfolgt in der vorliegenden Arbeit die Lebensstiluntersuchung in Anlehnung an MÜLLERS Konzeption. Zwar mag dies zunächst als ein Widerspruch zu der den sozialen Wandel bedingenden Individualisierungsthese nach BECK erscheinen, doch wurde bereits dargelegt, dass die Individualisierung nicht ohne Weiteres mit der Entstrukturierung der Lebensstile von objektiven Lagekriterien in Verbindung steht. Vielmehr ist die Individualisierungsthese zwischen Strukturierung und Entstrukturierung anzusiedeln (KONIETZKA 1995, S. 22 f.), dem das Operationalisierungskonzept nach MÜLLER als „Mittelweglösung“ am ehesten entspricht.

Lebensstil und Raum

Obwohl BOURDIEU mit dem sozialen Raum eine erste „Verortung“ von Bevölkerungsgruppen vornimmt und auch MÜLLER in seiner Definition den Raum aufgreift, blieben in der soziologischen Lebensstilforschung die Bezüge zu Wohngebieten lange außen vor. Studien hierzu wurden vor allem im Rahmen der Segregationsforschung (vgl. z. B. DANGSCHAT 1994) und der Gentrification (z. B. HERMANN & LEUTHOLD 2002; FELDE & ALISCH 1992) durchgeführt. Eng verbunden mit der Gentrificationdiskussion sind neuere Studien zu den innovativen Milieus oder der *creative class* (FLORIDA 2005; vgl. auch Kapitel 3.2). Ähnlich wie Yuppies und Dinks wohnen die Zugehörigen dieses Milieus ebenfalls präferiert im innenstadtnahen Bereich, was DANGSCHAT (2007, S. 38 f.) auf veränderte Erwerbs- und Fertilitätsmuster und eine neue Form der Arbeitsorganisation zurückführt. Die Nähe zum Arbeitsplatz, zu einer dichten Infrastruktur (kulturelle und haushaltsnahe Dienstleistungen) und zu belebten Straßen kann in Kombination mit einer städtischen Wohndauer von zehn bis 15 Jahren dazu führen, dass Innenstädte auch dann nicht verlassen werden, wenn eine Familiengründung einsetzt. FLORIDA beschreibt die Suche nach diversen Erfahrungen und Eindrücken (zumeist durch kulturelle Aspekte) als Wohnstandortmotiv: „They like indigenous street-level culture—a teeming blend of cafes, sidewalk musicians, and small galleries and bistros“ (FLORIDA 2004, S. 166). Insgesamt zeigen diese Aspekte, dass die *creative class* nur schwer von den Akteuren der Gentrifi-

ation zu trennen ist und die jüngere Diskussion vielmehr die Überführung dieser Gruppe in ein eigenes Milieu beinhaltet.

Bedeutung erlangt der Raum für die Lebensstilisierung dahingehend, dass er zum einen als Bühne der Stilisierung des Menschen dient, zum anderen auch den Geschmack dominanter Bevölkerungsgruppen zum Beispiel in Form von Architektur symbolisiert (DANGSCHAT 1994, S. 443). Hinsichtlich der Verortung von Lebensstilen wird hier der Raum als relational definiert, worunter zu verstehen ist, dass „soziale Güter“ (materielle Güter) und Lebewesen (Menschen) an einem Ort in einer bestimmten Weise platziert sind (*Spacing*) (LÖW 2001, S. 158 f.). Der Raum stellt dabei anders als der „Containerraum“ keine eigene „Substanz“ dar, sondern wird nur durch die Beziehung von Gütern und Lebewesen, also physisch-materiellen Dingen, zueinander konstituiert (WEICHHART 2008, S. 79). Durch diese theoretische Betrachtung verliert der Raum seine materielle Existenz (seine Bedeutung als Gegenstand) und kann als ein Mittel zur Beschreibung verschiedener Konstellationen verstanden werden (WERLEN 2008, S. 379 f.). „Orte sind somit Ziel und Resultat der Platzierung und nicht wie Güter und Menschen selbst platziertes Element“ (LÖW 2001, S. 224). Dem Menschen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da er einerseits selber Bestandteil der mit dem Raum verknüpften Elemente ist, andererseits konstruiert der Mensch den Raum durch seine Aktivitäten und Handlungen. Erst durch seine Vorstellungs-, Wahrnehmungs- und Erinnerungsprozesse werden auf diese Weise soziale Güter und Lebewesen zu Räumen zusammengefasst (LÖW 2001, S. 159). Je nach Art der Handlung werden unterschiedliche Komponenten relevant (sozial konstruierter Raum). Das heißt, dass je nach Tätigkeit verschiedene räumliche Gegebenheiten an Bedeutung gewinnen und wahrgenommen werden (WERLEN 2000, S. 308). In diesem Sinn sind die über die Handlungsebene konstituierten Räume auch als „mentale Räume“ zu bezeichnen (HARD 1999, S. 138), da in ihrer Wahrnehmung weniger die „objektiven Strukturen“ als die sozialen, ökonomischen und politischen Interpretationen von Bedeutung sind (GEBHARDT & REUBER 2007, S. 571). Aus diesen Wahrnehmungsschemata resultiert, dass es im Prinzip keine guten und schlechten Räume gibt, denn ihr „Wert oder Unwert kann nur an ihrer sozialen Resonanz, ihrem kommunikativen Erfolg gemessen (...)“ werden (HARD 2008, S. 293). Durch diese soziale Konstruktion und Wahrnehmung wird ein Raum jedoch nicht nur hergestellt, sondern wirkt er umgekehrt auch auf das Verhalten eines Menschen dadurch ein, dass die räumlichen Arrangements ihm helfen zu entscheiden, in welcher Situation er sich befindet (SCHROER 2008, S. 141). Dadurch, dass Menschen bestimmte Orte unterschiedlich wahrnehmen und ihnen durch Handlungen und Kommunikation eine Bedeutung zusprechen, kann erklärt werden, wieso verschiedene Lebensstile in bestimmten Räumen häufiger anzutreffen sind als anderswo.

Hinsichtlich der Lebensstilforschung sind Bezüge zum Raum dahingehend von Bedeutung, als dass Individuen einerseits eine raumwirksame Funktion übernehmen, andererseits die-

Tab. 3: Lebensstile nach Stadt-Land-Unterschieden in Westdeutschland

Lebensstiltypen	Auf dem Land < 5.000	Klein- stadt < 20.000	Innere mittel- große Stadt < 100.000	Umland/ Stadt- rand Stadt > 20.000	Groß- stadt City > 100.000	Groß- stadt Innere Stadt
	In Prozent					
Hochkultureller, etablierter Typ	21	16	21	23	2	16
Engagierter Selbstverwirkli- chungstyp	17	8	16	16	13	30
Erlebnis- und Un- terhaltungstyp	15	18	16	21	1	29
Sachorientierter Typ	27	20	20	13	4	17
Traditionelle Integrierte	31	25	12	14	1	18
Zurückgezogen Lebende	33	16	15	11	3	22

Quelle: SPELLERBERG (2007, S. 192)

se Funktion auch über eine individuelle Raumwahrnehmung beeinflusst wird (HILPERT & STEINHÜBL 1998, S. 12). Das bedeutet, dass mit den Lebensstilen eine bestimmte Ausdrucksform und Raumansprüche einhergehen, von denen angenommen werden kann, dass sie sich in einer unterschiedlichen Wohnstandortanforderung charakterisieren. Auf gesamtdeutscher Ebene hat zunächst SPELLERBERG (1996) hinterfragt, ob sich Lebensstile zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden, was SCHNEIDER und SPELLERBERG (1999) schließlich dahingehend konkretisiert haben, dass sie untersuchten, inwiefern mit unterschiedlichen Lebensstilen eine differenzierte Wohnstandortwahl einhergeht. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass Lebensstile zwar nicht ausschließlich an bestimmte Wohnstandorte gebunden sind, sich jedoch deutliche Schwerpunkte identifizieren lassen. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Verknüpfung von Lebensstilen mit bestimmten Wohnlagen (SPELLERBERG 2007), wobei für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit vor allem die Spalte der „inneren Stadt von Großstädten“ von Interesse ist. Hier wird deutlich, dass insbesondere zwei Lebensstiltypen an diesem Wohnstandort anzutreffen sind: der engagierte Selbstverwirklichungstyp und der Erlebnis- und Unterhaltungstyp. Die Zugehörigen des ersten Typus, dem rund ein Drittel aller Citybewohner angehören, zeichnen sich dadurch aus, dass sie jung sind und allein beziehungsweise mit Partner/-in leben. Ebenso sind sie gut qualifiziert und einkommensstark, was an den Yuppie in der Gentrification erinnern lässt. Der Unterhaltungs- und erlebnisorientierte Typ wohnt häufig zur Miete, ist ebenfalls jung und wählt das innenstadtnahe Wohnquartier aufgrund von Unterhaltungs- und Erlebniskomponenten (SPELLERBERG 2007, S. 193).

Auf Stadtebene haben sich zum Beispiel HILPERT und STEINHÜBL (1998) am Beispiel Augsburgs und KLEE (2001) am Beispiel Nürnbergs mit der Identifikation von Lebensstilen beschäftigt. Aufgrund der stadtteilbezogenen Studie KLEES ist es an dieser Stelle nicht möglich, Details vorzustellen, jedoch werden im innenstadtnahen Bereich vor allem die so genannten postmaterialistischen Hedonisten identifiziert (gut verdienend, häufig nicht verheiratet, expressiver Geschmack und Konsumstil, ausgehorientiert). Ergänzt werden diese von so genannten interessierten Kleinbürgern und familienorientierten Materialisten, die aber in einer Wohnumgebung leben, in der einfache Gaststätten und Geschäfte im unteren Preissegment charakteristisch sind (KLEE 2001, S. 139 f.). KLEE konnte in seiner Untersuchung nicht nur zeigen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen an unterschiedlichen Orten wohnen, sondern mit der Raumwahl auch unterschiedliche Wertevorstellungen einhergehen. So ist ein gepflegter Garten nicht für alle Lebensstiltypen von Relevanz und auch moderne Kunst wird nicht von allen gleichermaßen geschätzt (KLEE 2003, S. 73). Dies kann wiederum Handlungsimplicationen für die Stadtplanung haben, wodurch die Praxisrelevanz der Lebensstilforschung unterstrichen wird.

2.2.3 Demographischer Wandel

Allgemeine räumliche Auswirkungen

Das vorhergehende Kapitel zeigt auf, dass mit den Modernisierungsprozessen seit den 1960er-Jahren traditionelle Indikatoren der Sozialstrukturanalyse alleine nicht mehr ausreichen, um eine Bevölkerung adäquat zu klassifizieren. Vielmehr sollten Gliederungsmerkmale wie Alter, Geschlecht und berufliche Position um Lebensstile ergänzt werden. Zwar gehört diese horizontale Ausdifferenzierung der Bevölkerung nach unterschiedlichen Handlungsmustern zu einem wichtigen Kriterium der reflexiven Moderne (vgl. Kapitel 2.1.2), doch sind die demographischen Veränderungen einer Gesellschaft nach Zahl und Struktur ihrer Bevölkerung die prägnanteren Merkmale des sozialen Wandels. Sichtbar werden diese Veränderungen in Deutschland darin, dass die Gesellschaft nicht nur schrumpft und altert, sondern auch Singularisierungstendenzen und Heterogenisierungsprozesse (durch internationale Zuwanderung) zunehmen (GANS 2006, S. 97). Obwohl langfristig wahrscheinlich alle Kreise und Regionen Deutschlands von Schrumpfungsprozessen betroffen sein werden, zeigt der demographische Wandel räumlich stark differenzierende Auswirkungen (BUCHER & SCHLÖMER 2006, S. 24 ff.; KEMPER 2006, S. 19). Bedingt durch einen Geburtenrückgang und umfangreiche Ost-West-Migrationen sowie geringe internationale Zuwanderungen sind weite Flächen Ostdeutschlands bereits heute deutlich vom Bevölkerungsrückgang betroffen, die kleinräumig durch Suburbanisierungsprozesse ergänzt werden. So verloren die größeren Städte Ostdeutschlands bis zum Ende der 1990er-Jahre insgesamt durchschnittlich 20% ihrer Bevölkerung (BULLINGER 2002, S. 267). Da Migrationen in der Regel alterssektiv stattfinden, sind langfristige Veränderungen in den Zu- und Fortzugsgebieten zu erwarten, die sich insbesondere dann

negativ äußern, wenn eine Abnahme der Geburten parallel mit einer Zunahme Hochbetagter einhergeht, wie es vor allem im ländlichen ostdeutschen Raum die Situation ist.

In Westdeutschland hingegen, wohin in den 1990er-Jahren 85% der internationalen Zuwanderung erfolgte (BUCHER & SCHLÖMER 2006, S. 18), konnte von 1989 bis 2001 zusammen mit den positiven Salden der Binnenmigration ein Bevölkerungswachstum von 7,9% verzeichnet werden (FLÖTHMANN 2003, S. 35). Als Zielgebiete gelten insbesondere wirtschaftlich prosperierende Regionen, Kreise höherer Verdichtung und Kernstädte (BUCHER 2007, S. 127 f.). Aber auch in Westdeutschland sind einzelne Schrumpfungsinselformen vorzufinden, die vor allem in altindustriellen Regionen liegen. Die aus der Migration resultierenden Bevölkerungsdynamiken lassen sich durch Unterschiede in den Geburten- und Sterbeüberschüssen zwischen Städten, Umlandgemeinden und ländlichen Regionen ergänzen, da verstärkt Umlandgemeinden aufgrund der selektiven Zuwanderung junger Familien hohe Geburtenraten verzeichnen. Hinzu kommt eine regionale Phasenverschiebung, mit der Unterschiede bezüglich des Beginns und Umfangs des Geburtenrückgangs beschrieben werden. Vor allem in ländlichen Gemeinden waren in den 1960er-Jahren höhere Geburtenraten zu verzeichnen, wo auch ein Rückgang der Fertilität erst später einsetzte als in Städten. In der Konsequenz aus den vergangenen Entwicklungen sind gegenwärtig und zukünftig die Geburtenraten in den ländlichen Räumen höher (BIRG 2007, S. 35). Sterbeüberschüsse sind hingegen ein Kennzeichen von Kernstädten (mit kleinräumigen Differenzen auf Stadtteilebene; SCHMIDT 2008, S. 96 f.), die als Pendant zu suburbanen Räumen aufgrund der familiären Stadt-Umland-Wanderung schon frühzeitig in den Alterungsprozess eingetreten sind. Dieser Kontrast wird sich jedoch zunehmend angleichen, da suburbane Räume in der Regel eine sehr homogene Bevölkerungsstruktur aufweisen, weshalb dort der Alterungsprozess beschleunigt verlaufen wird (BUCHER & SCHLÖMER 2006, S. 27).

Siedlungsbezogene Folgen

Die Folgen aus diesen Entwicklungen sind sehr vielfältig und können vor allem in dünn besiedelten Räumen zu generellen Problemen in der Daseinsgrundversorgung führen und das Leitbild einer gleichwertigen Siedlungsentwicklung (das Zentrale-Orte-Konzept) infrage stellen (KERSTEN 2006, S. 253). Allgemein bewirkt der demographische Wandel, dass beispielsweise diverse soziale Infrastrukturen an die neuen Bedarfe sowohl quantitativ als auch altersspezifisch qualitativ angepasst werden müssen, was sich in solchen Regionen schwierig gestaltet, in denen sich die Altersstrukturen rasch verändern und ein zügiger Wandel von langjährigen Wachstums- zu Schrumpfungsplänen erfolgen muss (KOCH 2005, S. 199; GATZWEILER & KOCKS 2004, S. 139). Aber nicht nur soziale und medizinische Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Kinderbetreuungsangebote, Schulen oder Senioreneinrichtungen sind von den Veränderungsprozessen betroffen, sondern der Wandel wirkt sich durch eine langfristige Unterauslastung unter anderem auf technische Infrastrukturen, quartiersbezogene Freizeit- und Kultureinrichtungen und die Verkehrs-

infrastruktur negativ aus. Ebenso können Veränderungen im Waren- und Dienstleistungsangebot durch eine geringere Nachfrage und eine veränderte demographisch zusammengesetzte Nachfragergruppe eintreten (MERTINS 1997, S. 28). Gleichzeitig aber können die demographischen Entwicklungen als immer bedeutsamer für wirtschaftliche Prozesse angesehen werden, da hohe Geburtenraten und eine jüngere Altersstruktur zunehmend wichtigere Standortfaktoren für Unternehmen sind. So wirken sich günstige Strukturen positiv auf die Steuereinnahmen der Kommunen aus (BIRG 2007, S. 38), wodurch sich die heterogene regionale und kommunale Entwicklung auch hinsichtlich wirtschaftlicher und infrastruktureller Aspekte verstärken kann.

Bezüglich des Wohnungsmarktes hat der demographische Wandel verschiedene Implikationen. Zum einen führen die verstärkte Singularisierung und Kinderlosigkeit zu einer Zunahme an Ein- und Zweipersonenhaushalten und zum anderen beinhalten diese Prozesse gleichzeitig einen allgemeinen Anstieg des Wohnflächenbedarfs pro Person (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2004, S. 20). Entwicklungen, vor allem in Ostdeutschland, zeigen, dass demographische Schrumpfungsprozesse langfristig zu Wohnungsleerständen, Immobilienentwertungen und Rückbaumaßnahmen führen (BIRG 2007, S. 38), wovon ungünstig strukturierte Regionen, Kreise und auch Stadtteile deutlich stärker betroffen sind. Ebenso weisen ostdeutsche Entwicklungen seit Ende der 1990er-Jahre darauf hin, dass unter Schrumpfbedingungen Suburbanisierungsprozesse von Reurbanisierungstendenzen ergänzt werden können (vgl. Kapitel 3.2). Als Hauptursache hat HERFERT (2002, S. 342) am Beispiel der Stadt Leipzig eine Entspannung kernstädtischer Wohnungsmärkte aufgrund eines fehlenden demographischen Drucks identifiziert, weshalb auch langfristig nicht mit einer deutlichen Wiederbelebung der Umlandwanderungen zu rechnen ist. Auch MÜLLER und SIEDENTOP (2004, S. 25) prognostizieren schrumpfende Entwicklungen für den suburbanen Raum, jedoch sehen sie dies weniger in Rückwanderungsprozessen begründet als in ausbleibenden Stadt-Umland-Wanderungen. Zurückgeführt werden kann dies darauf, dass sich das Mietgefälle in Ostdeutschland zwischen Stadt und Umland zunehmend angleicht und die Stadt durch Wohnungsneubau (in Form von Miet- und Eigentumsimmobilien, aber auch spezifischen neuen Wohnformen) an Attraktivität gewinnt. Wo dies der Fall ist, können Reurbanisierungen insbesondere von älteren Personengruppen identifiziert werden (SIEDENTOP & KAUSCH 2003, S. 25), was langfristig dazu führt, dass die Immobilienpreise und -werte im suburbanen Raum sinken (NUTZ 2006, S. 268).

Erste Erklärungskonzepte für den demographischen Wandel

Ähnlich komplex und vielschichtig wie das Wirkungsgefüge des demographischen Wandels gestaltet sich die Frage nach den Ursachen für den Bevölkerungsrückgang. Aufbauend auf der Annahme, dass der Wandel das Ergebnis eines Zusammenwirkens verschiedener individueller und gesellschaftlicher Faktoren ist, die Rückkopplungen zu ökonomischen und auch soziokulturellen Aspekten zeigen, ist es nicht verwunderlich,

dass bisher kein theoretischer Konsens zur Erklärung des demographischen Wandels erzielt werden konnte (GANS & SCHMITZ-VELTIN 2006, S. 2; SCHIMANY 2003, S. 164). So wurden in den letzten 100 Jahren zahlreiche Erklärungsansätze zum generativen Verhalten entwickelt (HERTER-ESCHWEILER 1998, S. 79), bei denen KAA auch von einer Synthese „verankerte[r] Teilgeschichten“ spricht (1997, S. 4). Bisher gibt es aber „immer noch keine einzelne, von allen wissenschaftlichen Experten anerkannte ‚gute Geschichte‘ über die Gegebenheiten und Bedingungen“ (KAA 1997, S. 5) einer veränderten Fertilität. Die Basis für die Formulierung einer solchen Theorie sieht KAUFMANN (2005, S. 130 f.) dann gegeben, wenn gesellschaftliche Aspekte wie kulturelle Deutungsmuster und institutionelle Rahmenbedingungen mit den individuellen sozialen Kontexten wie ökonomische Ressourcen als Entscheidungsgrundlage in Beziehung gesetzt werden.

Der Beginn einer langen Forschungstradition zur Bevölkerungsentwicklung kann in dem Bevölkerungsgesetz nach THOMAS R. MALTHUS (1826) gesehen werden (KOPP 1999, S. 60), der die Hypothese formuliert, dass eine Bevölkerung ohne Fertilitätsbegrenzungen ungleich schneller wächst als die ihr zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel. So kann eine Verdoppelung der Bevölkerung alle 25 Jahre erwartet werden (MALTHUS 1905, S. 18), sofern keine Hemmnisse oder *checks* das Wachstum eingrenzen. Diese Hemmnisse, die einer Überbevölkerung und somit dem Tragfähigkeitsproblem entgegenwirken können, sind zum einen die so genannten positiven *checks* in Form von Seuchen, Kriegen oder Hungersnöten, die zu einer Erhöhung der Sterberate führen. Zum anderen gehören hierzu die vorbeugenden Hemmnisse in Form von Keuschheit und Empfängnisverhütung (MALTHUS 1905, S. 479 ff.). Aufgrund einer fehlenden Prognosekraft und falscher Vorhersagen zu der Entwicklung und sozialen Lage der Bevölkerung wurde MALTHUS' Hypothese vielseitig kritisiert (z. B. BRENTANO 1910). Dies führte schließlich zu einer Neuformulierung der Grundannahmen zur Bevölkerungsentwicklung, in deren Zusammenhang der demographische Übergang entworfen wurde (KOPP 1999, S. 60).

Das Modell des demographischen Übergangs baut auf Entwicklungen auf, die in Europa, Nordamerika und Australien in den Jahrzehnten um die Wende zum 20. Jahrhundert beobachtet werden konnten. In Anlehnung an die Modernisierungstheorie wird vermutet, dass Gesellschaften, die sich wirtschaftlich entwickeln und modernisieren, einen regelhaften Wandel von hohen zu niedrigen Sterbe- und Geburtenraten vollziehen, wobei angenommen wird, dass alle sich modernisierenden Nationen diesen Prozess durchlaufen (SCHIMANY 2003, S. 82). Obwohl DAVIS für diese demographischen Veränderungen 1945 erstmals den Begriff des *demographic transition* einführte, gilt FRANK W. NOTESTEIN als derjenige, der das Konzept des demographischen Übergangs am deutlichsten beschrieben hat (KAA 1997, S. 15). Demnach sind frühmoderne Gesellschaften durch eine hohe (Kinder-)Sterblichkeit gekennzeichnet, weshalb die Fertilitätsraten entsprechend hoch sind: „Any society having to face the heavy mortality characteristics of premodern era must have high fertility to survive. (...) Their religious doctrines, moral codes, laws, education,

community customs, marriage habits, and family organizations are all focused toward maintaining high fertility“ (NOTESTEIN 1945, S. 39). Setzt nun in einer zweiten Phase der Transformation ein Rückgang der Sterblichkeit durch eine verbesserte medizinische Versorgung und Hygiene ein, so führt dieser zunächst zu einer Bevölkerungszunahme und maximalen Wachstumsraten. Denn erst allmählich gleichen sich die Geburtenraten durch eine verstärkte Anwendung von Kontrazeptivern in einer dritten Phase an die Sterberaten an. Gründe für diesen ersten Geburtenrückgang sieht NOTESTEIN in der Industrialisierung und einer verstärkten urbanen Lebensweise, in der der Einzelne zunehmend unabhängig von seiner Familie lebt. Dieser (groß-)familiäre Bedeutungsverlust geht mit dem Wunsch einher, die Lebensbedingungen der Kinder in Form von Gesundheit, Wohlstand und Bildung verbessern zu wollen, was sich leichter in kleineren Familiengrößen realisieren lässt (NOTESTEIN 1945, S. 40). Begleitet wird dies durch den Wunsch der Eltern nach einer beständigen Paarbeziehung, was sich in den 1950er-/60er-Jahren zu einem *golden age of marriage* entwickelte (BERGER & KAHLERT 2006, S. 12) und sein Pendant in normativen Regelungen fand. Noch heute werden die Familie und Ehe maßgeblich geschützt und unterstützt.

Allmählich wurde das Drei-Phasen-Modell zu einem Fünf-Phasen-Modell erweitert, in dem die einzelnen Phasen weiter differenziert werden. Gemeinsam ist diesen beiden Modellen, dass auch nach Abschluss des demographischen Übergangs die Differenz zwischen Geburten- und Sterberaten größer als null ist, so dass die demographische Transition auf einem Niveau abgeschlossen wird, auf dem die Geburten- den Sterberaten überwiegen (BÄHR 2004, S. 220; MACKENROTH 1953, S. 92 f.). Bereits 1972 zeigte sich in Deutschland, dass die Geburtenrate mit Abklingen des Baby-Booms unterhalb des notwendigen Reproduktionsniveaus von 2,1 gesunken ist und sich die Bevölkerungsschere wieder öffnet – jedoch mit „umgekehrten Vorzeichen“ (HÖHN 1992, S. 275). Obwohl sich zunehmend herausstellt, dass dieses Phänomen als nicht vorübergehend einzustufen ist und KAA (1987) mit dem Begriff der „zweiten demographischen Transition“ zum Ausdruck bringt, dass das erforderliche Reproduktionsniveau dauerhaft unterschritten wird, fand der Geburtenrückgang in die politische Agenda nur wenig Eingang (HÖHN 2007, S. 80 ff.). Als Ursache ist der Umstand zu sehen, dass die Geburtendefizite in den letzten drei Jahrzehnten durch Einwanderungsüberschüsse kompensiert wurden (BIRG 2007, S. 23). Da dieser zweite Geburtenrückgang als unumkehrbar gilt, schlägt BIRG vor, das Fünf-Phasenmodell des demographischen Übergangs um eine sechste Phase zu erweitern, ab der die Sterbe- den Geburtenraten überwiegen (BIRG 1996, S. 59).

Es wurde aufgezeigt, dass der demographische Wandel in Rückkopplung zu verschiedenen Einflussfaktoren auf der soziokulturellen und -ökonomischen Ebene zu sehen ist, so dass sich im Verlauf der Jahrzehnte unterschiedliche Erklärungsansätze hierzu herauskristallisiert haben. Nach DIRK VAN DE KAA (1997) lassen sich diese Theorien in biologische/technologische, ökonomische und soziologische Determinanten untergliedern, von

denen hier vor allem ökonomische und soziologische Ansätze vorgestellt werden sollen, da die biologischen Determinanten aus der Evolutionsbiologie abgeleitet werden und so nicht zum sozialen Wandel zu zählen sind (KAA 1997, S. 16). Zu den allgemeinen Grundgedanken der biologischen Konzepte zählt zum einen die Ansicht, dass Eltern nur aufgrund des Wunsches Kinder zu zeugen, ihre eigenen Gene zu reproduzieren; zum anderen zählt auch das Konzept der natürlichen Fertilität hinzu, das sich auf ein unkontrolliertes Geburtenverhalten ohne Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch bezieht, wie es in Gesellschaften zu erwarten ist, die sich noch nicht im Prozess des demographischen Überganges befinden. Die biologischen Erklärungsansätze für eine hohe Geburtenrate werden häufig im Zusammenhang mit technologischen Veränderungen gesehen, die vor allem hinsichtlich des demographischen Überganges von Relevanz erscheinen. Hierbei bewirken technologische Veränderungen einerseits eine verringerte Sterblichkeit, wodurch ein schnelles Bevölkerungswachstum einsetzt. Andererseits ermöglichen sie eine gewisse Fertilitätskontrolle, die infolge einer verringerten Sterblichkeit notwendig wird. In dieser Perspektive ist das Konzept des demographischen Übergangs zu den biologischen/technischen Determinanten zu zählen, da dort angenommen wird, dass eine verringerte Sterblichkeit eine zurückgehende Fertilität beinhaltet, ohne dass weitere sozioökonomische Motive konzeptualisiert werden (KAA 1997, S. 16 ff.).

Ökonomische Ansätze

Umfassendere Ansätze vertreten die ökonomischen und sozialen Theorien, deren gemeinsamer Nenner die Annahme ist, dass Paare vor der Zeugung eines Kindes alle privaten, ökonomischen und sozialen Vor- und Nachteile einer Geburt prüfen und sich so für oder gegen ein Kind entscheiden (KOPP 1999, S. 96). Bereits LUJO BRENTANO beschreibt 1910, dass sich der demographische Wandel zunächst im Bildungsbürgertum, der Beamtenschaft und anderen höher gestellten Bevölkerungsgruppen vollzieht, da eine frühe Erstgeburt und eine hohe Anzahl an Kindern die soziale Mobilität behindert (BRENTANO 1910, S. 374 f.). Ebenso belegt SCHWARZ (1999, S. 366), dass die Anzahl der Geburten eines Paares in Deutschland umso niedriger ist, je höher das entsprechende Haushaltseinkommen und der erreichte Bildungsabschluss sind. Dieser Zusammenhang wird auch als „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ bezeichnet (BIRG 2003, S. 42), da prinzipiell ein entgegengesetztes Verhalten zu vermuten wäre.

Das Grundprinzip aller ökonomischen Theorien liegt darin, dass sich für oder gegen ein Kind in einem Abwägungsprozess über die Verwendung knapper Ressourcen entschieden wird. Als eine der ersten ökonomischen Erklärungsansätze gilt die Theorie von HARVEY LEIBENSTEIN (1957) (KOPP 1999, S. 87), der die Geburt eines Kindes mit Hilfe einer rationalen Kosten- und Nutzenkalkulation erklärt. Überwiegt hierbei der Nutzen eines Kindes, also zum Beispiel der psychologische Nutzen oder auch der Einsatz als Arbeitskraft, sowohl die direkten Kosten für Nahrung, Kleidung und Ausbildung als auch die indirekten Opportunitätskosten (z. B. die Zeit, die für Kindererziehung verwendet wird),

so wird sich für die Geburt eines Kindes entschieden (LEIBENSTEIN 1974, S. 460). In einer ähnlichen Art und Weise argumentiert auch JOHN C. CALDWELL (1980) in der *wealth flows theory*, in der ebenfalls eine Kosten- und Nutzenkalkulation, jedoch anhand eines reinen inter-generationellen „Reichtumstransfers“, erstellt wird. Dieser *wealth flows* kann definiert werden als „(...) all the money, goods, services, guarantees that one person provides to another“ (CALDWELL 1980, S. 171). Solange Kinder einen direkten Wohlstandsgewinn in Form von Arbeitskraft oder Alterssicherung darstellen, wie es in traditionellen Gesellschaften der Fall ist (CALDWELL 1976, S. 344), ist eine Bevölkerung durch hohe Geburtenraten gekennzeichnet. Kehrt sich dies jedoch um und fließen die ökonomischen Kosten eher von den älteren Generationen zu den jüngeren (z.B. aufgrund gestiegener Ausbildungsausgaben oder eines staatlich geförderten Alterssicherungssystems), so ist der Nutzen der Kinder geringer, und Paare entscheiden sich gegen eine hohe Kinderzahl (CALDWELL 1980, S. 185). Das bedeutet, dass in einer Volkswirtschaft, in der die Organisation der Altersvorsorge von der Familie auf den Staat übertragen wird, es sich Paare leisten können, wenige oder auch keine Kinder zu bekommen (DICKMANN 2003, S. 52).

Der von GARY S. BECKER (1960) erstellte nachfrageorientierte Erklärungsansatz vertritt eine etwas andere Perspektive, da hier Kinder in erster Linie einem langfristigen Konsumgut gleichen. Hier wird Kindern die alleinige Funktion des psychischen Nutzens zuteil, der nur gelegentlich durch einen ökonomischen Mehrwert ergänzt wird: „For most parents, children are a source of psychic income or satisfaction, and, in the economist’s terminology, children would be considered a consumption good. Children may sometimes provide money income and are then a production good as well“ (BECKER 1960, S. 210). Das bedeutet, dass Paare nicht nur über die Anzahl der Kinder nachdenken, sondern auch die laufenden so genannten Investitionskosten in die Kinder bei der Fertilität berücksichtigen. BECKERS Annahme zufolge korrelieren diese Ausgaben pro Kind stark positiv mit dem Einkommen, da höhere Investitionen in die Kinder beispielsweise in Form von Bildung oder Kleidung erfolgen, womit sich die jeweilige „Qualität des Kindes“ erhöht (BECKER 1960, S. 211; 1993, S. 145 ff.). „Today children are better fed, housed, and clothed, and in increasing numbers are sent to nursery schools, camps, high schools, and colleges. For the same reason, the price of children to rich parents is the same as that to poor parents even though rich parents spend more on children. The rich simply choose higher quality children as well as higher qualities of other goods. It is sometimes argued that social pressures ‘force’ richer families to spend more on children (...). This higher cost is supposed to explain why richer families have fewer children than others and why richer societies have fewer children than poorer ones“ (BECKER 1960, S. 214 f.). Dieser Erklärungsansatz beinhaltet, dass mit steigendem Einkommen ein gewisses Prestige- und Statusdenken maßgeblich für die Anzahl der Geburten verantwortlich ist, da bei einer höheren Quantität der Kinder nicht gleichzeitig eine höhere Qualität erreicht werden kann. Mit diesem Ansatz weist BECKER explizit auf das demographisch-ökonomische Paradoxon hin, da sich seiner Konzeptualisierung nach die Ansprüche der Eltern an ihre Kinder

mit steigendem Einkommen vervielfachen, so dass diese in kleineren Familiengrößen leichter umzusetzen sind.

Eine Verknüpfung von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten stellt das Konzept nach RICHARD A. EASTERLIN (1973) dar (KAA 1997, S.28), wobei er davon ausgeht, dass die Geburtenhäufigkeit auf den Sozialisationserfahrungen und Ansprüchen des Einzelnen bezüglich Waren, Dienstleistungen und auch Kindern beruht. Der Kerngedanke EASTERLINS Ansatzes ist darin zu sehen, dass Männer in ihrer Funktion als Familienernährer als Entscheidungsträger beim Fertilitätsverhalten angesehen werden können und erst dann eine Familie gründen, wenn der eigene ökonomische Hintergrund stabilisiert ist und der erstrebenswerte, bereits in der Kindheit vorgeformte Lebensstandard erreicht werden kann (EASTERLIN 1976, S.417). Ist nun die Geburtskohorte relativ groß, in der der Mann geboren wird, bedeutet dies, dass sich seine Arbeitsmarktchancen relativ verringern. Ist jedoch sein Lebensanspruch aufgrund einer relativ guten ökonomischen Situation der Eltern hoch, so ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass er frühzeitig heiratet und eine hohe Kinderanzahl zeugt, da es ihm hierdurch schwerer fallen würde, den erstrebten Lebensstandard zu erreichen: „The basic idea is that if young men—the breadwinners of households—find it easy to make enough money to establish homes in the style desired by them and their actual or prospective brides, then marriage and childbearing will be encouraged. On the other hand, if it is hard to earn enough to support the desired style of life, then the resulting economic stress will lead to deferment of marriage and, for those already married, to the use of contraceptive techniques to avoid childbearing“ (EASTERLIN 1973, S. 181). Schließt man diesen Gedankenkreis, so lässt die Theorie implizit Raum für eine Trendumkehr des demographischen Verhaltens, sobald eine kleine Geburtenkohorte in das reproduktive Alter tritt (LESTHAEGHE 1992, S.318). Werden jedoch die niedrigen gegenwärtigen Geburtenzahlen und die Prognosen unterschiedlicher Bevölkerungsvorusberechnungen betrachtet (z. B. Statistisches Bundesamt 2006a; United Nations 2001a), so ist davon auszugehen, dass dieser Kreis weder auf Bundesebene noch international geschlossen werden kann.

Die Vielzahl der ökonomischen Theorien zeigt, dass diese Erklärungsansätze eine lange Tradition in der Theoretisierung der Bevölkerungsentwicklung haben. Dennoch sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass hier solchen Konzepten eine höhere Bedeutung beigemessen wird, die eher einen soziologischen Ansatz beinhalten, da für den derzeitigen Geburtenrückgang reine ökonomische Gründe nicht hinreichend erscheinen. Vielmehr sind die Entwicklungen im Rahmen der zweiten demographischen Transition in einer Rückkopplung zu individuellen, gesamtgesellschaftlichen und auch strukturellen Aspekten zu sehen, die immanent ökonomisch bedingt sind.

Opportunitätskosten

Die Verknüpfung von wirtschaftlichen und soziologischen Aspekten ist schon in der Theorie nach EASTERLIN angeklungen, doch kann als eigentliche Schnittstelle zwischen diesen beiden Theorieausrichtungen die auf BRENTANO zurückgehende Opportunitätskostenthese angesehen werden: „In the woman it produces a distaste for the spending of her entire existence in pregnancy and child-bed; this distaste becomes more pronounced in proportion to the increased variety and tempting character of the pleasures which must be foregone“ (BRENTANO 1910, S. 386). Obwohl BRENTANO diese Opportunitätskosten nur auf Frauen bezieht, gelten sie für den Gesamthaushalt dahingehend, dass sich mit der Geburt von Kindern der angestrebte Lebensstandard aufgrund der zusätzlichen direkten Kosten verzögern beziehungsweise verringern kann (MERTINS 1997, S. 14). Die ökonomische Seite der indirekten Opportunitätskosten ist speziell darin zu sehen, dass sich mit der Bildungsexpansion in den 1960er-Jahren für Frauen eine kontinuierliche Höherqualifizierung ergeben hat und Frauen auf dem Arbeitsmarkt eine zunehmende Chancengleichstellung erfahren haben (vgl. Kapitel 2.2.5). Insbesondere die Bildungserweiterung wird als eine der Hauptfaktoren dafür angesehen, dass sich Frauen zunehmend erst in einem höheren Alter dazu entschließen, ein Kind zu bekommen (KEMKES-GROTTENTHALER 2004, S. 194). Denn bessere Erwerbs- und Einkommenschancen erhöhen die Opportunitätskosten der Kindererziehung. Mit diesem Sachverhalt kann das von SCHWARZ (1999) belegte demographisch-ökonomische Paradoxon erklärt werden, denn: „Mit der Theorie der Opportunitätskosten lässt sich erklären, warum trotz ständig steigender Realeinkommen der Haushalte und Familien immer weniger Kinder geboren werden. Zwar sind die direkten Kosten der Kinder bei höheren Einkommen leichter zu tragen, aber offensichtlich wird diese positive Wirkung des Einkommens durch die gleichzeitige negative Wirkung der Opportunitätskosten mehr als ausgeglichen“ (BIRG & KOCH 1987, S. 46).

Diese ökonomische Perspektive der Opportunitätskosten kann durch Aspekte auf der sozialen Ebene ergänzt werden, da die Geburt eines Kindes einen fundamentalen und langfristigen Einschnitt in die Lebensplanung der Eltern bedeutet. Mit der biographischen Theorie hat die Forschungsgruppe um BIRG (z. B. 1991) versucht, die lebenslaufrelevanten Opportunitätskosten zu erfassen. Der Grundgedanke dieser Theorie ist, dass einzelne Ereignisse im Lebensverlauf irreversible biographische Festlegungen darstellen, bei denen jeweils abgewogen werden muss, welcher Lebensweg gegangen werden soll. Insbesondere die Familiengründung stellt für Frauen einen weit reichenden Einschnitt dar, wobei das Risiko einer Fehlentscheidung zu Ungunsten anderer Biographiemuster dadurch minimiert werden soll, dass Geburten zeitlich nach hinten verschoben oder sogar vermieden werden (BIRG et al. 1991, S. 49 ff.; BIRG & KOCH 1987, S. 49). Durch diese „Verzögerungstaktik“ wird aber das Risiko größer, dass die Fekundität abnimmt und eine ungewollte Kinderlosigkeit eintritt. Ein Risiko, das getragen wird, obwohl eine Studie unter Studierenden zeigt, dass die eigene Elternschaft prinzipiell einen hohen Erwünschtheitsgrad besitzt (KEMKES-GROTTENTHALER 2004, S. 194 ff.). Hat sich jedoch ein Paar

für die Geburt eines Kindes entschieden, so folgt in der Regel die Geburt eines zweiten Kindes, was sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte kaum verändert hat. Werden die Kohorten von 1940 und 1965 betrachtet, so hat sich zwar der Anteil der kinderlosen Frauen von 10,6% auf 32,1% erhöht, doch hat sich der Anteil der Frauen mit zwei Kindern nur von 34,1% (1940er-Kohorte) auf 31,2% verringert (BIRG 2005, S. 88 f.). Der Grund kann darin gesehen werden, dass der eigentliche Biographieeinschnitt mit der Geburt des ersten Kindes erfolgt, was bedeutet, dass wenn sich eine Frau für diesen Lebensweg entscheidet, die Geburt eines zweiten Kindes weniger folgenreich für die eigene Biographie ausfällt (BIRG et al. 1991, S. 51). Den geringeren Anteil an kinderlosen Frauen in älteren Kohorten sieht BIRG (1996, S. 65) darin begründet, dass Frauen vor der einsetzenden Individualisierung in der reflexiven Moderne weniger biographische Opportunitätskosten mit der Familiengründung hatten und hierdurch die Standardnormalbiographie (Familiengründung, Mann ist in der Ernährerfunktion) dem weiblichen Lebensweg entsprach.

Der Vergleich familienpolitischer Ansätze in unterschiedlichen Ländern zeigt, dass die Fertilitätsraten insbesondere in solchen Ländern erhöht sind (z.B. in Skandinavien), in denen die persönlichen Opportunitätskosten von Frauen durch strukturelle, nicht monetäre Rahmenbedingungen eingegrenzt werden. Hierbei ist speziell die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit von großer Bedeutung, wobei es ebenso förderlich ist, wenn eine mütterliche Berufstätigkeit gesellschaftlich akzeptiert wird (LOHKAMP-HIMMIGHOFEN 1999, S. 61; MCDONALD 2006, S. 500 ff.). Unterstützt werden können diese normativen Strukturen durch die Wirtschaft, da BOCA und LOCATELLI (2006, S. 8) konstatieren, dass erhöhte Fertilitätsraten in solchen Ländern erwartet werden können, in denen Mütter nach der Geburt eines Kindes leichter in eine Teilzeitbeschäftigung wechseln können. Nichtsdestotrotz scheint es essenziell, dass auch in der Familie Gender-Aspekte eine verstärkte Berücksichtigung finden, da mit der Übertragung der *breadwinner*-Funktion auf beide Elternteile auch die Organisation des Haushalts- und Familienlebens von beiden getragen werden sollte (MCDONALD 2000, S. 433; SLEEBOS 2006, S. 48). In Deutschland wird dies seit dem Jahr 2001 mit dem zweiten Familienförderungsgesetz und der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 normativ unterstützt, doch obliegt die Umsetzung den einzelnen Paaren (TRÄGER 2007, S. 157 ff.). Ein Novum stellt das im September 2008 verfasste Gesetz der Bundesregierung dar (dem im November der Bundesrat zugestimmt hat), nach dem jedes Kind ab einem Alter von eins ab dem Jahr 2013 ein Anrecht auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte oder bei einer Tagesmutter hat (Bundesregierung, Internetquellen 3 und 4, Stand: 28.09.2008; 12.12.2008; Süddeutsche Zeitung vom 27./28.09.2008). So können Veränderungen der strukturellen Rahmenbedingungen als eine Voraussetzung dafür gewertet werden, dass sich zukünftig die tatsächlichen Geburtenraten an die von Frauen gewünschte Anzahl an Kindern anpassen. Denn BONGAARTS (2002, S. 427) zeigt, dass die Fertilitätsdifferenz in Deutschland für die 1960er-Kohorte 0,35 Kinder beträgt (gewünscht waren 2,0 Kinder, tatsächlich geboren wurden 1,65).

Der demographische Wandel in der reflexiven Moderne

Aufgrund dessen, dass in Deutschland über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten das Geburtendefizit zum Reproduktionsniveau durch Zuwanderung kompensiert wurde (BIRG 2007, S. 23), wurde den Auswirkungen gesellschaftlicher Schrumpfung und Alterung von politischer Seite nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. So wird beispielsweise nicht berücksichtigt, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen im Zuge der reflexiven Modernisierung seit Mitte des 20. Jahrhunderts mit den strukturellen, familienpolitischen Rahmenbedingungen nur noch wenig kompatibel sind, was sich vor allem in einer zunehmenden Individualisierung, Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern sowie in einem Bedeutungswandel der Familie zeigt. Die Herauslösung der Frauen aus ehemaligen Rollenbindungen ist damit verbunden, dass das Bild der traditionellen Kleinfamilie zunehmend schwindet und Kinderlosigkeit ebenso wie die Entkopplung von Ehe und Familiengründung eine neue gesellschaftliche Legitimation erfahren (BERGER & KAHLERT 2006, S. 12). Es bilden sich Lebensformen heraus (z. B. Doppelverdiener mit und ohne Kind oder nichteheliche Lebensgemeinschaften, vgl. Kapitel 2.2.4), die den gewandelten Lebensvorstellungen eher entsprechen, so dass diese Entwicklungen insgesamt ein gewandeltes Werte- und Normenverständnis zum Ausdruck bringen. Hierbei spielen Werte wie Selbstverwirklichung und Autonomie eine zentrale Rolle (INGLEHART 1977; KLAGES 1984). Aspekte wie die Familiengründung liegen in diesen postmaterialistischen Gesellschaften im Ermessen der Paare und erfolgen nur dann, wenn sie in die Lebenspläne der Partnerschaft hineinpassen. Durch diese Zentrierung auf die eigene Biographie und auch die Zweierpartnerschaft ist eine Familiengründung nur eine neben anderen möglichen Optionen der selbstverwirklichenden Lebensgestaltung, so dass der Postmaterialismus als ein weiteres Zeichen für die Abkehr von der Standardnormalbiographie gewertet werden kann (ARIÈS 1980, S. 130). Sollte dieser Wertewandel tatsächlich für breite Bevölkerungsgruppen ausschlaggebend für Kinderlosigkeit sein, so werden familienpolitische Strategien zur Senkung der Opportunitätskosten nicht zu einer Geburtenerrhöhung beitragen, da sich hierdurch emotionale und moralische Einstellungen nicht ändern werden (MARBACH & TÖLKE 2007, S. 245).

Obwohl nach wie vor diskutiert wird, ob die zweite demographische Transition eher einen eigenständigen Prozess oder eine Kontinuation des ersten Bevölkerungsrückgangs darstellt (z. B. COLEMAN 2006, S. 402; LESTHAEGHE & NEELS 2002, S. 348 f.; LESTHAEGHE & SURKYN 2004, S. 8), wird hier die Ansicht vertreten, dass es sich um zwei verschiedene Geburtenrückgänge handelt. Zurückzuführen ist dies darauf, dass beim ersten Geburtenrückgang beispielsweise Kontrazeptiver bewusst eingesetzt wurden, um einen Geburtenrückgang einzuleiten, die im Verlauf der zweiten demographischen Transition schließlich wieder bewusst abgesetzt werden müssen, um eine Schwangerschaft zu verwirklichen (LESTHAEGHE & SURKYN 2004, S. 8). Es sind vor allem die Selbstverwirklichung, persönliche Entwicklung und Wahlfreiheit in Kombination mit einer verstärkten Emanzipation, die bewirken, dass sich Paare gegen die Geburt von Kindern entscheiden—anders als zur

Zeit des ersten Geburtenrückgangs, bei dem vor allem monetäre Entscheidungsgründe zu dem Wechsel von einer Groß- zur Kleinfamilie geführt haben. Mit der zunehmenden persönlichen Wahlfreiheit zeigt sich jedoch für jeden Einzelnen auch ein erhöhtes Risikospektrum in der reflexiven Modernisierung auf, das sich ebenfalls negativ auf die Fertilitätsbereitschaft auswirkt (BURKART 2006, S. 111 ff.; McDONALD 2006, S. 488 ff.). Neben den (biographischen) Opportunitätskosten wird dieses Risiko dahingehend wahrgenommen, dass sich aufgrund erhöhter Scheidungszahlen Bindungsängste entwickeln, die sich darin äußern, dass sich Partner lange Zeit in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ‚prüfen‘, bevor eine Familiengründung erfolgt. Dies unterstreichend sind insbesondere Frauen aufgrund ihrer finanziellen Eigenständigkeit nicht mehr in notwendiger Weise auf eine frühzeitige und permanente Partnerschaft angewiesen, so dass eine Eheschließung mit anschließender Familiengründung erst dann eingegangen wird, wenn angenommen werden kann, dass der „passende Partner“ gefunden wurde. Zusätzlich lässt sich eine persönliche Skepsis hinsichtlich der Familiengründung dahingehend ausmachen, dass von der Gesellschaft in der Regel ein Erziehungsmaßstab vorgegeben wird, der den Einzelnen zweifeln lässt, dass er den Ansprüchen einer Elternschaft gerecht wird – zumal sich dieses Bild nach wie vor ideell und normativ in der traditionellen Kleinfamilie findet. Hierbei sind es aber nicht vorrangig Akademiker, die bezweifeln, der Vaterrolle gerecht zu werden, sondern dies bewirkt eine besonders hohe Kinderlosigkeit unter Männern ohne Schulabschluss und mit einem geringen Einkommen (SCHMITT 2005, S. 27).

Aus wirtschaftlicher und beruflicher Perspektive können ebenfalls Risiken wahrgenommen werden, die ein Sinken der Fertilität bewirken können. So wurden mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel der letzten Jahre unsichere Anstellungsverhältnisse ausgebaut, wodurch Arbeitnehmer ihren erreichten sozialen Status als permanent gefährdet ansehen und die eigene Lebenssituation als nicht ausreichend gefestigt bewerten, als dass eine Familie gegründet wird. SCHAEPER (2007, S. 163) hat ergänzend in einer Untersuchung zu der Realisierung von Kinderwünschen bei Akademikerinnen herausgefunden, dass eine Familiengründung in der Regel erst dann erfolgt, wenn eine berufliche Stabilität mit einem unbefristeten Vertrag und ausreichenden Berufserfahrungen eingetreten ist, da hierdurch ein erleichterter Wiedereinstieg erwartet werden kann. Zeitgleich hat sich im Rahmen der neuen Berufszweige eine Arbeitnehmerschaft herausgebildet, deren Alltag durch hohe Flexibilität, Mobilität und individuelle Einsatzbereitschaft gekennzeichnet ist, weshalb speziell in Beziehungen, in denen beide Partner hoch qualifiziert sind, bezweifelt wird, ob die Zeit für eine Familie langfristig gefunden werden kann. Dies würde bedeuten, dass sich ein Partner verstärkt zwischen Beruf und Familie entscheiden muss, da nach wie vor eine mangelnde Vereinbarkeit beider Lebensbereiche besteht (DORBRITZ & RUCKDESCHEL 2007, S. 72). Bei Betrachtung dieser kleinen Aspektauswahl kann nachvollzogen werden, dass sich mit der „Risikogesellschaft“ (BECK 1986) aufgrund der zunehmenden Optionsvielfalt eine „Kultur des Zweifels“ (BURKART 2007, S. 402) herausgebildet hat, da nicht nur das eigene Handeln beständig reflektiert wird, sondern auch eine permanente

Skepsis besteht, die eine Familiengründung nicht nur aufschiebt, sondern auch unterbindet (BURKART 2007, S. 402).

Demographische Veränderungen in Deutschland bis 2050

Wird dieses Kapitel abschließend durch die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ergänzt, so bestätigt die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, dass Frauen die Familiengründungsphase in ein immer höheres Alter verschieben. Haben im Jahr 2005 fast 50% der Frauen ihr erstes Kind in einem Alter von 30 bis 49 Jahren geboren, so waren es im Jahr 1960 nur 16%. Diese Altersverschiebung verdeutlicht, dass auch bei einer konstanten Fertilitätsrate von 1,4, wovon die mittlere Variante der Prognoseberechnung ausgeht, die zukünftige Geburtenentwicklung stark davon abhängig ist, ob sich die Erstgeburten in ein noch höheres Lebensalter der Frauen verschieben (Statistisches Bundesamt 2006a, S. 3 f.).

Neben der Fertilitätsrate wird die Gesellschaftsstruktur eines Landes durch die Lebenserwartung beeinflusst, wobei seit 130 Jahren ein kontinuierlicher Rückgang der Sterblichkeit bei gleichzeitigem Anstieg der Lebenserwartung verzeichnet werden kann. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts erfolgt zunächst ein sehr rascher Anstieg der Lebenserwartung, der bewirkt, dass sich zwischen 1871/1888 und 1949/1951 die Lebenserwartung von Jungen um 29 Jahre erhöht hat. Die von Mädchen ist um 30 Jahre angestiegen. Zurückzuführen ist dies fast ausschließlich auf eine Verringerung der Kinder- und Säuglingssterblichkeit, die mittlerweile bei weniger als 0,5% liegt. Bis zum Jahr 2002/04 hat sich dieser Anstieg jedoch deutlich verringert (auf 11,3 Jahre für Jungen und 13 Jahre für Mädchen), was mit der bereits niedrigen Säuglingssterblichkeit begründet werden kann. Deshalb ist zukünftig davon auszugehen, dass bis zum Jahr 2050 die Lebenserwartung noch langsamer anwächst und sich der Unterschied zwischen Jungen und Mädchen weiter verringert. Im Jahr 2050 wird die Lebenserwartung bei der Geburt von Jungen bei 83,5 Jahren liegen und von Mädchen bei 88 Jahren (Statistisches Bundesamt 2006a, S. 12 ff.).

Bezüglich der Außenzuwanderungszahlen, der dritten Komponente, die eine Bevölkerungsstruktur bedingt, ist kein fundierter Trend vorhersagbar, da die Zuwanderungszahlen stark von den Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern der Migranten sowie der deutschen Zuwanderungspolitik abhängig sind. Die derzeit wichtigsten Herkunftsländer sind Polen, Türkei, Russland, Rumänien, Serbien und Italien, wobei zukünftig davon auszugehen ist, dass sich dieser Schwerpunkt zu Gunsten nordafrikanischer Länder verschiebt. In der mittleren Prognosevariante wird mit zwei verschiedenen Annahmen gerechnet, die auf der Basis eines langjährigen Durchschnittswertes gebildet wurden. Die Differenz zwischen beiden Annahmen ist die Spanne, innerhalb derer die zukünftigen Wanderungssalden liegen werden. So wird zum einen in der Prognoseberechnung von einer jährlichen Zuwanderung von 100.000 Migranten ausgegangen und zum anderen von einer erhöhten Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr (Statistisches Bundesamt

2006a, S. 28). Hierdurch wird sich zukünftig das jährliche Geburtendefizit von 144.000 im Jahr 2005 auf 602.000 bis 566.000 je nach Zuwanderungsrate im Jahr 2050 erhöhen (Statistisches Bundesamt 2006a, S. 32). Diese Zahlen zeigen, dass eine erhöhte Zuwanderung zwar das Anwachsen des Geburtendefizits verringern, jedoch nicht verhindern kann (United Nations 2001b, S. 40 f.). In der Folge wird die Bevölkerung von 82,4 Mio. im Jahr 2005 auf 68,7 Mio. bis 74 Mio. im Jahr 2050 sinken. Für den Altenquotienten, anhand dessen die demographische Alterung nach GROHMANN (2003, S. 443) am leichtesten gemessen werden kann, bedeutet dies, dass er sich von 32 im Jahr 2005 auf 64 im Jahr 2050 verschieben wird (Statistisches Bundesamt 2006a, S. 44 f.). So werden im Jahr 2050 doppelt so viele Personen über 64 Jahre auf 100 Erwerbstätige kommen als im Jahr 2005.

2.2.4 Heterogenisierung der Lebens- und Haushaltsformen

Eng im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel ist die Pluralisierung der Lebensformen zu sehen, da die zunehmende Kinderlosigkeit, ein erhöhtes Heiratsalter, sinkende Heiratsquoten, steigende Scheidungsziffern und auch die Singularisierung im Alter dazu führen, dass die Kleinfamilie ihre Dominanz gegenüber anderen Haushaltsformen verliert. Prinzipiell wäre es somit möglich, die Pluralisierung der Lebensformen in das vorherige Kapitel einzuflechten, doch da Haushaltstypen einen eigenständigen Untersuchungsaspekt in der vorliegenden Arbeit darstellen, sollen die Veränderungen detaillierter dargestellt werden.

Veränderungen der Lebens- und Haushaltsformen

Wird von der Pluralisierung der Lebensformen im sozialwissenschaftlichen Kontext gesprochen, so ist hierunter ein Prozess zu verstehen, der seit der Mitte der 1960er-Jahre (PEUCKERT 2008, S. 16) die moderne Kleinfamilie als Hauptlebensform zurückdrängt und alternativen Haushaltstypen eine zunehmende Bedeutung schenkt. Dieser Prozess beinhaltet, dass sich die Bandbreite der Haushaltsformen mit der Zeit vergrößert hat und die Heterogenität aufgrund einer gleichmäßigeren Verteilung der Bevölkerung über die einzelnen Formen als vielfältiger angesehen wird (LENGERER & KLEIN 2007, S. 433). Familienhistorische Untersuchungen belegen, dass es bereits im vorindustriellen und industriellen Zeitalter in Deutschland verschiedene Lebensformen gab (vgl. z. B. CAMIS 2007; HUININK & WAGNER 1998). Hier hat insbesondere das „ganze Haus“ als eine Einheit aus Produktion und Familienleben die Vormoderne gekennzeichnet und eine Ehe war erst legitim, sofern die ökonomischen Verhältnisse der Heiratswilligen diese zuließen (PEUCKERT 2008, S. 17). Während der Industrialisierung erfolgte in Deutschland schließlich eine verstärkte Trennung von Produktion und Haushalt, im Zuge derer eine erste Arbeitsteilung zwischen den Ehepartnern einsetzte – sofern dies ökonomisch vereinbar war. Da sich diese Lebensform hauptsächlich auf das Bürgertum beschränkte, wurde sie auch als „bürgerliche Familie“ bezeichnet und galt als Vorläufer der modernen Kleinfamilie (HUININK & WAGNER 1998, S. 94; PEUCKERT 2008, S. 18). Im Arbeitermilieu wurde diese

Tab. 4: Bevölkerung nach Lebensformen in Deutschland 1996 und 2006 absolut und im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung

Lebensform	1996		2006		Veränderungen
	1.000	in %	1.000	in %	in %
Insgesamt	81.114	100	81.690	100	0,7
Familien	45.876	56,6	42.462	52,0	- 7,4
darunter:					
• Eltern/-teile	24.074	30,0	22.139	27,1	- 8,0
• verheiratete Eltern	20.816	25,7	17.979	22,0	- 13,6
• Lebensgemeinschaften	1.022	1,3	1.505	1,8	47,3
• Alleinerziehende	2.236	2,8	2.655	3,3	18,7
• ledige Kinder im Elternhaus	21.801	26,9	20.323	24,9	- 6,7
Ehen ohne Kind(er)	18.364	22,6	19.362	23,7	5,4
Lebensgemeinschaften ohne Kind(er)	2.656	3,3	3.354	4,1	26,3
Alleinstehende	14.218	17,5	16.512	20,2	16,1
darunter:					
• in Einpersonenhaushalten	12.687	15,6	14.924	18,3	17,6
• in Mehrpersonenhaushalten	1.531	1,9	1.588	1,9	3,7

Quelle: Eigene Berechnung nach Statistisches Bundesamt (2006c, o. S.; 2008a, o. S.)

Lebensform ebenso immer mehr favorisiert, doch bewirkte erst die Wohlstandssteigerung der 1950er-/60er-Jahre, dass breite Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher beruflicher Positionen die moderne Kleinfamilie leben konnten, deren Kennzeichen vor allem die klassische Rollenverteilung zwischen beiden Ehepartnern war beziehungsweise noch ist. Verheiratetes Zusammenleben mit Kindern entwickelte sich unter jungen Bevölkerungsgruppen schnell zu der „normalen“ Haushaltsform, wohingegen alternative Lebensformen als atypisch galten und nur in Ausnahmefällen ihre Berechtigung fanden. 1972 haben insgesamt 43,3% der westdeutschen Erwachsenen verheiratet mit Kindern zusammengelebt (PEUCKERT 2008, S. 25). Obwohl es an dieser Stelle nicht möglich ist, einen genau vergleichenden Wert anzugeben, so zeigt ein Anteil von 22% Verheirateter mit Kindern an allen Haushalten Deutschlands im Jahr 2006 (vgl. Abbildung 1), dass die Lebensform der modernen Kleinfamilie deutlich im Verhältnis zu anderen abgenommen hat (berechnet nach Statistisches Bundesamt 2008a, o. S.). Die notwendige Konsequenz ist eine Umverteilung der Bevölkerung auf verschiedene Lebensformen, die es zwar schon immer gegeben hat, die jedoch bisher keine signifikante quantitative Relevanz eingenommen haben.

Wird in Tabelle 4 zunächst die veränderte Verteilung der Bevölkerung in Deutschland in den Hauptlebensformen zwischen 1996 und 2006 betrachtet (1996 gilt hier als Referenzjahr, da seit diesem Jahr die Lebensformenerhebung im Mikrozensus enthalten ist

und zuvor nur geschätzt wurde, Statistisches Bundesamt 2006b, S. 6), so fällt auf, dass einzig die Anzahl der in Familien lebenden Bevölkerung gesunken ist. Wird jedoch die Art des familiären Zusammenlebens nach den Lebensformen gesondert aufgeschlüsselt, so ist zu erkennen, dass nicht alle Familientypen gleichermaßen vom Rückgang betroffen waren, sondern mit 13,6% ausschließlich die Anzahl der verheirateten Ehepaare mit Kindern – wobei diese nach wie vor die primäre Lebensform von Familien darstellt. Es zeigt sich, dass die Anteile der alternativen Familienformen (Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende) an Bedeutung gewonnen haben, denn alleine die Zahl der Lebensgemeinschaften mit Kindern ist innerhalb dieser zehn Jahre um 47% angestiegen. Zu differenzieren ist zwischen gleichgeschlechtlichen und gemischtgeschlechtlichen Paaren (letztere werden in der amtlichen Statistik als nichteheliche Lebensgemeinschaften geführt), doch sind Paare mit Kindern zu 99,4% gemischtgeschlechtlich. Einen ebenfalls starken Zuwachs hatten die Lebensgemeinschaften ohne Kinder (+26,3%), die zu 96,4% nichteheliche Lebensgemeinschaften waren. Tabelle 4 nicht zu entnehmen sind Lebensformen wie das *living apart together* (beide Partner erhalten ihre eigene Wohnung aufrecht), die *commuter*-Ehe, bei der beide Partner aufgrund ihrer Karriereambitionen räumlich weit voneinander getrennt wohnen, oder spezielle Familienformen (z. B. Stieffamilien oder Adoptivfamilien). Zwar gehören diese Lebensformen zu der Pluralisierungsdiskussion hinzu, doch bleiben sie an dieser Stelle unberücksichtigt, da sie kaum quantitatives Gewicht an allen Lebensformen haben und auch in der vorliegenden Untersuchung nicht erfasst wurden.

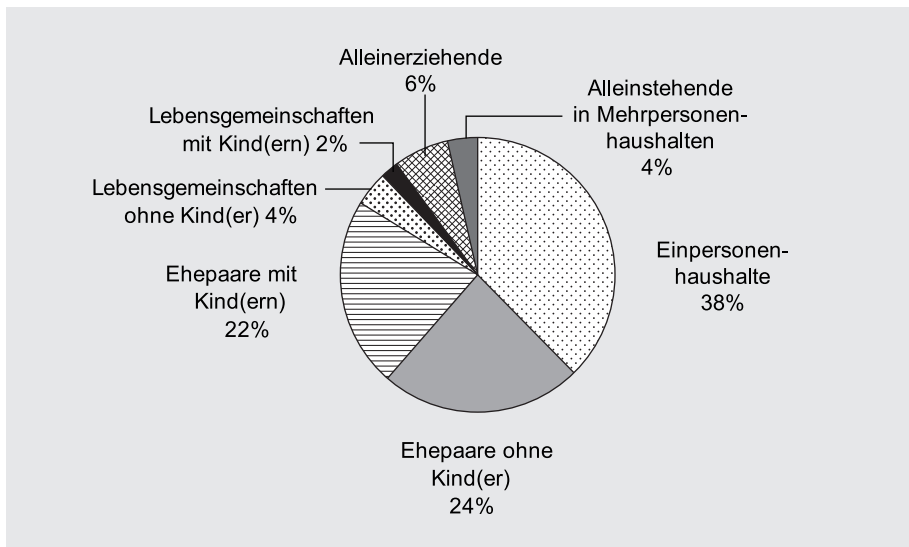


Abb. 1: Haushaltsformen 2006 in Deutschland (in Prozent)

Quelle: Eigene Berechnung nach Statistisches Bundesamt (2008a, o. S.)

Die anteiligen Veränderungen in den einzelnen Lebensformen zeigen, dass die Verteilung der Bevölkerung über die unterschiedlichen Lebensformen zwischen den beiden dargestellten Mikrozensus differenzierter geworden ist, vor allem wenn berücksichtigt wird, dass in die Berechnungen auch alle minderjährigen Personen mit einbezogen sind. So leben zwar nach wie vor über 50 % der Bevölkerung in einer Familie, doch verschieben sich die Anteile deutlich, wenn die Lebensformen nach Haushaltstypen dargestellt werden, wodurch der Bedeutungsgehalt der Kinder nivelliert wird (vgl. Abbildung 1).

Bei einer Addition aller Familienformen wird deutlich, dass nur 31 % der Haushalte zu den Familien gehören, während die Einpersonenhaushalte mit einem Anteil von 36 % zu der dominanten Haushaltsform werden. Die zweitgrößte Gruppe bilden Ehepaare ohne Kinder (24%). Bestätigt wird diese Haushaltsverteilung in der Haushaltsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2025, in der der Anteil der Einpersonenhaushalte nach Berechnungen der Trendvariante ab dem Jahr 2006 um weitere 41 % und der Anteil der Zweipersonenhaushalte um 37% zunehmen werden. Demgegenüber werden Haushalte mit drei Personen nur um 11 % ansteigen, Haushalte mit vier Personen um 8% und Haushalte mit mehr Personen um 3 % (Statistisches Bundesamt 2007, o. S.). Hieraus kann geschlossen werden, dass sich die Lebensformen zukünftig noch stärker zu Gunsten der Einpersonenhaushalte und Paare ohne Kinder entwickeln werden.

Gründe für die Heterogenisierung

Der relative Bedeutungsverlust der Familienhaushalte kann erklärt werden, wenn zu der Querschnittsbetrachtung (Zustandsbetrachtung) der Lebensformen in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt Längsschnittanalysen zu Lebensverlaufbiographien von Individuen durchgeführt werden; denn erst eine Pluralisierung der einzelnen Lebensverläufe führt zu einer Heterogenisierung der Lebensformen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Dieser Gedanke beinhaltet, dass Individuen im Verlauf ihres Lebens in verschiedenen Haushaltstypen wohnen und Wechsel zwischen einzelnen Lebensformen häufiger werden (BRÜDERL 2004, S. 5). Diese Rückschlüsse konnten BRÜDERL und KLEIN (2003) anhand des Familiensurveys 2000 bestätigen, indem sie retrospektiv erhobene Beziehungs- und Lebensformenwechsel unterschiedlicher Kohorten vergleichend auswerteten. Die Ergebnisse zeigen, dass sich jüngere Kohorten nicht nur auf mehr Lebensformen ausgewogener verteilen, sondern auch die Anzahl der Wechsel zwischen verschiedenen Lebensformen gegenüber älteren Kohorten zugenommen hat. Hierdurch hat sich für Individuen vor allem die Zeit verkürzt, die sie in einer Ehe leben, da insbesondere das *Timing* der Ersttheirat variabler wird und in der Regel später erfolgt (BRÜDERL & KLEIN 2003, S. 205 f.). Durch diese Variabilität in den individuellen Lebensverläufen und die Abkehr von dem Standardnormallebensverlauf (vom Elternhaus direkt in die Ehe) zu dem Leben verschiedener Lebensformen sind Rückkoppelungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gegeben, da hier die anteilige Zunahme unterschiedlicher Lebens- und Haushaltsformen deutlich wird.

Der Aspekt der Lebensverlaufsheterogenisierung kann dadurch ergänzt werden, dass die Phase des Familienlebens nicht nur dadurch reduziert wird, dass Menschen immer später eine Familie gründen, sondern sich insgesamt die Phase des Familienlebens an der gesamten Lebensdauer relativiert. Zurückzuführen ist dies darauf, dass zum einen weniger Kinder geboren werden, wodurch das letzte Kind in einem jüngeren Alter der Eltern das Haus verlässt, zum andern bewirkt eine längere Lebenszeit, dass auch die nachfamiliäre Lebensphase ein deutliches Gewicht in der Biographie einnimmt. Betrug der Anteil der Lebenszeit einer Frau in der Familienphase (der Zeitraum, in dem die Eltern mit den Kindern gemeinsam in einem Haushalt wohnen) vor circa 100 Jahren noch über die Hälfte der Lebenszeit, so hat sich dieser Anteil heutzutage auf ein Viertel verkürzt (NAVE-HERZ 2007, S. 26 f.). Das führt dazu, dass auch in der nachfamiliären Phase Lebensformwechsel eingegangen werden, denn werden beispielsweise Ehescheidungen betrachtet, so betreffen diese vor allem kinderlose Paare und Ehen in der nachelterlichen Phase (NAVE-HERZ 2007, S. 24). VESTER (1993, S. 41 f.) spricht im Zusammenhang mit heutigen Lebensverläufen auch von einem „Pastiche“, womit symbolisiert wird, dass Individuen ihre Lebensformenverläufe ähnlich einer Collage gestalten und jeder Wechsel zwischen den einzelnen Formen das Bild ergänzt. Die Vielfältigkeit der Lebensformen in einer Gesellschaft ist jedoch nicht in allen Altersphasen gleich hoch, sondern die Pluralität ist am Ende der dritten Lebensdekade am größten und im mittleren Alter während der Familienphase am geringsten (LAUTERBACH 1999, S. 242). Auch wenn die Fluktuationen in jüngeren Generationen höher sind als in älteren, so beinhalten diese nicht, dass hiermit eine Abkehr von dem Wunsch nach dauerhaften Beziehungen einhergeht. Vielmehr zeigen Untersuchungen, dass die Beständigkeit von Beziehungen nach wie vor eine große Bedeutung hat. Die Instabilität heutiger Beziehungsmuster resultiert deshalb nicht aus einer „Beziehungsunfähigkeit oder -lust“, sondern daraus, dass mit den postmaterialistischen Wertetendenzen eine Beziehung zum persönlichen Glück beitragen soll. So werden hohe Anforderungen an den Partner gestellt und die Hemmschwelle zu einer Trennung wird niedriger (SCHMIDT et al. 2006, S. 33).

In den Lebensverläufen hat neben dem Singleleben insbesondere die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften vor der Eheschließung an Bedeutung gewonnen (BRÜDERL & KLEIN 2003, S. 197 f.; KREYENFELD & KONIETZKA 2005, S. 59). Beides sind jedoch keine neuen Phänomene. Früher galten nichteheliche Lebensgemeinschaften als anormal oder aus finanziellen Zwängen heraus gebildet (TROST 1989, S. 363), so dass ihr heutiger Verbreitungsgrad und ihre gesellschaftliche Akzeptanz bemerkenswert sind. In den alten Ländern der BRD hat sich seit den 1970er-Jahren die Anzahl der Paare, die ohne Trauschein zusammenwohnen, deutlich erhöht, wobei ein Zuwachs vor allem in den heirats- und gebärfähigen Altersgruppen zu finden ist (VASKOVICS & RUPP 1995, S. 13). Ein Grund für die Zunahme nichtehelicher Lebensformen kann sicherlich in der Verbreitung von Kontrazeptivern gesehen werden, da zuvor frühe Eheschließungen häufig aufgrund einer eingetretenen Schwangerschaft erforderlich waren. Mit einsetzender Planbarkeit

von Schwangerschaften wurde auch die Lebensgestaltung variabler und voreheliche Beziehungen zunehmend legitimiert (VASKOVICS & RUPP 1995, S. 14 f.). Da nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Regel vor der Eheschließung mehrere Jahre gemeinsam zusammenwohnen, kann diese Lebensform auch als eine „Ehe auf Probe“ angesehen werden, wobei das Zusammenziehen zumeist unabhängig von Heiratsgedanken erfolgt (KREYENFELD & KONIETZKA 2005, S. 49). Zwar wird häufig betont, dass es sich bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften um ein „Durchgangsstadium“ zur Eheschließung handelt (PEUCKERT 2008, S. 70), doch da diese Lebensform nicht ausschließlich in der Ehe mündet, sondern es zu einem erneuten Partnerwechsel kommen kann oder die Partnerschaft auch nicht offiziell legitimiert wird, wirkt diese Bezeichnung reduzierend. Zwar lebten im Jahr 2002/03 16% der westdeutschen und 28% der ostdeutschen Frauen in einem Alter zwischen 26 und 30 Jahren in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, doch sind dies im internationalen Vergleich eher geringe Werte (Schweden 43%, Dänemark 40%, Finnland 36%, Frankreich 28%; KREYENFELD 2005, S. 53). Zurückzuführen ist dieser Aspekt darauf, dass bereits in diesem Alter die Eheschließung eine zunehmende Rolle spielt, da nach wie vor mit dem Eintreten einer Schwangerschaft, einem Kinderwunsch oder dem Vorhandensein eines Kindes in Deutschland häufig eine Eheschließung erfolgt (NAVE-HERZ 2007, S. 18 f.). Obwohl Befragungen von Ehepartnern gezeigt haben, dass von den Partnern das Kind nicht als ausschlaggebendes Moment für eine Trauung angesehen wird, sondern eher ideelle, traditionelle und sicherheitsorientierte Werte im Vordergrund stehen (SCHNEIDER & RÜGER 2007, S. 143), belegen Zahlen, dass mit der Geburt eines Kindes Ehen zunehmend geschlossen werden und das Bild der modernen Kleinfamilie verstärkt gelebt wird (HUININK & KONIETZKA 2003, S. 77 ff.; MARBACH 2003, S. 180). Begründet werden kann dies damit, dass verschiedene normative Regelungen Familien fördern (z. B. Steuererleichterung, Mitversicherung) und eine Bevorzugung oder Gleichstellung eheähnlicher Lebensgemeinschaften mit Ehen gesetzlich ausgeschlossen wird. Ein Novum stellt ein Urteil des BGH vom August 2008 dar, nach dem ein Partner einer nichtehelichen Gemeinschaft im Fall einer Trennung einen finanziellen Ausgleich erzielen kann, sofern gemeinsame Investitionen getätigt wurden. Hiermit werden erstmals eheähnliche Lebensgemeinschaften gerichtlich unterstützt (Aktenzeichen XIIZR 179/05). Ergänzt werden können die normativen Regelungen zur Förderung des ehelichen Familienlebens durch ein unzureichendes Betreuungssystem, das vor allem in Westdeutschland dazu führt, dass häufig ein Elternteil seine Erwerbstätigkeit aufgibt, weshalb der sich um die Betreuung des Kindes kümmernde Partner in einer Ehe besser abgesichert ist (KONIETZKA & KREYENFELD 2005, S. 38 ff.). Statistiken zeigen, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern verstärkt in Ostdeutschland wohnen (in den neuen Bundesländern leben in 46% der nichtehelichen Lebensgemeinschaften Kinder, wohingegen es in Westdeutschland nur bei 25,3% Kinder gibt; Statistisches Bundesamt 2008a, o. S.). Das wird nicht zuletzt darauf zurückgeführt, dass dort eine bessere Vereinbarkeit zwischen Elternschaft und Erwerbstätigkeit möglich ist. Das Angebot an Ganztagsplätzen in Kindergärten und Krippen ist in den neuen Bundesländern flächen-

deckend besser ausgebaut (KONIETZKA & KREYENFELD 2004, S. 38). Zudem wurden unverheiratete Frauen in der DDR familienpolitisch besonders gefördert, so dass in diesem System eher Anreize gegeben wurden, nicht zu heiraten (HUININK & KONIETZKA 2003, S. 68 f.). Das Leitbild der modernen Kleinfamilie verankerte sich hierdurch nicht so sehr im Wertekonsens wie in der BRD, so dass auch fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung keine Angleichung im Heiratsverhalten vorliegt.

Charakteristische Merkmale nichtehelicher Lebensgemeinschaften sind neben Kinderlosigkeit (69,1% der Paare leben ohne Kinder) die Integration beider Partner in das Erwerbsleben, womit das Doppelverdienermodell überwiegt. Auch Mütter in dieser Partnerschaft sind häufiger erwerbstätig als verheiratete Mütter, wobei dieser Unterschied zumindest in Westdeutschland signifikant ist (KONIETZKA & KREYENFELD 2005, S. 54). Im Jahr 2006 waren 68,4% der Mütter aktiv erwerbstätig oder Arbeit suchend, doch kann dieser Wert nach den vorliegenden Daten nicht weiter nach Lebensformen differenziert werden (Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.).

Zu Beginn der gesellschaftlichen Etablierung lebten in nichtehelichen Lebensgemeinschaften vor allem Personen höherer Bildungsgruppen, doch scheint diese Lebensform inzwischen für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen attraktiv zu sein (VASKOVICS & RUPP 1995, S. 13). Dennoch kann WIRTH einen bildungsrelevanten Unterschied feststellen, denn ihre Auswertung verschiedener Mikrozensus zeigt, dass in Partnerschaften, in denen die Frau besser gebildet ist als der Mann (Hypogamie), seltener eine Ehe eingegangen wird, was sich erhärtet, wenn die Frau einen Fachhochschul- beziehungsweise Universitätsabschluss besitzt. Wenn Frauen jedoch eine niedrigere Bildung haben als Männer, so besteht die höchste Wahrscheinlichkeit zu einer Heirat (WIRTH 2007, S. 183 f.). In diesem Zusammenhang wird die Pluralisierung der Lebensformen häufig auf die Individualisierungsthese bezogen (z. B. KLEIN 1999, S. 66 f.), nach der Personen immer größere Wahloptionen auch hinsichtlich ihrer Lebensverläufe erlangen. Verstärkt Frauen werden bezüglich der Lebensformenwahl zum Akteur der Pluralisierung, da sie aufgrund der Bildungsexpansion und zunehmender Erwerbstätigkeit die bessere Möglichkeit zu einem neuen Rollenverständnis haben und nicht in notwendiger Weise ihre Partnerschaft in einer absichernden Ehe münden lassen müssen. So bietet sich ihnen die Möglichkeit, die Ehe als eine Lebensform von vielen in Erwägung zu ziehen – zumindest solange die Erwerbstätigkeit aufgrund von Kinderlosigkeit unproblematisch aufrechterhalten werden kann. Ergänzt wird diese Betrachtungsweise häufig durch den Wertewandel (vgl. Kapitel 2.2.1), bei dem eine Eheschließung und Familiengründung zu Gunsten postmaterialistischer Ideale an Bedeutung verloren haben (z. B. LAUTERBACH 1999, S. 239). Neuere Studien belegen jedoch, dass die Ehe, unabhängig davon, ob sie tatsächlich eingegangen wird, innerhalb der Gesellschaft nach wie vor einen hohen Stellenwert besitzt (SCHNEIDER & RÜGER 2007, S. 143; SCHOLZ & BUSCH 2006, S. 28 ff.).

Im Kontext des Bildungshintergrundes ist auch die zunehmende Kinderlosigkeit zu sehen, denn es wird darauf verwiesen, dass vor allem Akademikerinnen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Ehen und als Singles kinderlos bleiben. Dies gilt aber nur bis zu einem Alter von 35 Jahren, in dem noch 40% der Frauen kinderlos sind. Wird das Alter aufgrund späterer Erstgeburten auf 40 Jahre angehoben, so verringert sich der Anteil kinderloser Akademikerinnen auf nur noch 23% (SCHMITT & WAGNER 2006, S. 313 f.). Dieser Wert liegt deutlich unterhalb der allgemeinen dauerhaften Kinderlosigkeit von Frauen, die inzwischen nahezu 30% beträgt (DORBRITZ & RUCKDESCHEL 2007, S. 52). Das bedeutet, dass höhere Anteile Kinderloser vor allem in anderen Bildungsgruppen verzeichnet werden müssen.

Wird das Aufkommen der Lebensformen nach Gemeindegrößen betrachtet, so zeigt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Besonders drastisch äußert sich der Unterschied bei den Einpersonenhaushalten, die in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern nur einen Anteil von 29,6% erreichen und in Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern einen Anteil von 48% (Statistisches Bundesamt 2008c, S. 45). Auch BRÜDERL und KLEIN belegen für Großstädte, dass hier die Ehe als dominante Lebensform bei 30-Jährigen zurückgetreten ist, da es in dieser Altersgruppe genauso viele Ledige wie Verheiratete gibt. Auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften kommen häufiger vor als in kleinen Gemeinden. Im Vergleich diagnostizieren sie für ländliche Gebiete weitgehend traditionelle Lebensformen, so dass resümiert wird, dass die Pluralisierung eher in Städten voranschreitet (BRÜDERL & KLEIN 2003, S. 203 f.). Zurückzuführen ist dies auf eine selektive Zu- und Abwanderung, wobei Land-Stadt-Wanderer häufig kinderlos sind und verhältnismäßig spät Familien gründen. Hier haben Frauen eine gute Bildungs- und Ausbildungschance und verschieben oder unterlassen dadurch Geburten (HUININK & WAGNER 1998, S. 102). Ebenso kann das Wohnen im Umland beziehungsweise in einer größeren Entfernung zu einer Großstadt als Ursache für das Beibehalten von traditionellen Rollenmustern angesehen werden, da aufgrund größerer Distanzen eine Doppelerwerbstätigkeit in Familien nur schwer zu realisieren ist.

2.2.5 Veränderungen in der Bildungs- und Erwerbsstruktur

Frauenerwerbstätigkeit

Eine der wichtigsten Veränderungen in der reflexiven Moderne ist die Individualisierung, in deren Zusammenhang der Einzelne gefordert ist, seinen Biographieverlauf selber zu gestalten (vgl. Kapitel 2.1.3). Waren die Lebensentwürfe junger Frauen bis zur Mitte der 1960er-Jahre allgemein familienorientiert ausgerichtet, so haben mit der Individualisierung weiblicher Lebensverläufe auch Heterogenisierungen bezüglich ihrer Biographien eingesetzt (PEUCKERT 2008, S. 229 ff.). Dabei ist nicht nur die anteilige Ausweitung der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen ein Charakteristikum, sondern es haben

sich insbesondere die Erwerbsverläufe von verheirateten Müttern grundlegend geändert. Früher galt das Zwei-Phasen-Modell als vorbildlich, bei dem eine Frau bis zu der Geburt ihres ersten Kindes arbeitet und danach endgültig aus dem Beruf ausscheidet. Heute sind verschiedene Erwerbsverläufe verbreitet. Neben dem „männlichen Normalverdiener-Modell“, bei dem Frauen durchgehend arbeiten, haben sich im Vergleich zu früher das Drei-Phasen-Modell (Erwerbstätigkeit bis zur Geburt des ersten Kindes, Erwerbsunterbrechung solange die Kinder klein sind oder das Elternhaus noch nicht verlassen haben, anschließende Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit) und das Vier-Phasen-Modell stärker etabliert. Zu letzterem zählen die partielle Erwerbsbeteiligung von Müttern in Form von Teilzeitbeschäftigung und die Zunahme sequenzieller Arbeitsverhältnisse, bei denen ein Wechsel von Beschäftigung und Nicht-Erwerbstätigkeit charakteristisch ist (PEUCKERT 2008, S. 245). Vor allem das Vier-Phasen-Modell hat sich immer weiter verbreitet, weshalb weibliche Erwerbsverläufe zum einen durch eine zunehmende Instabilität gekennzeichnet sind, zum anderen hat das Hausfrauen-Modell deutlich an Relevanz verloren und eine Erwerbsbeteiligung von Frauen ist trotz Familiengründung leichter möglich (MAIER 1993, S. 260). Betrug die Frauenerwerbsquote, gemessen an allen Frauen, in Deutschland 1960 noch 49 % (MEYER & SCHULZE 1993, S. 167), so hat diese bis zum Jahr 2007 auf 52,8 % zugenommen (Statistisches Bundesamt 2008c, S. 679). Ein Vergleich der deutschen Frauenerwerbsquote mit der anderer europäischer Länder zeigt jedoch, dass 2003 deutlich höhere Anteile mit 63 % bis 72 % in den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, Großbritannien und auch Österreich zu verzeichnen waren (DRESSEL 2005, S. 105). Schweden hatte bereits 1986 einen Anteil von 78 % an erwerbstätigen Frauen (HÄUSSERMANN & OSTNER 1990, S. 420). Obwohl häufig von einer generellen Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit gesprochen wird, hat sich der Zuwachs fast ausschließlich bei den verheirateten Müttern ergeben, die insgesamt häufiger erwerbstätig sind und nach der Geburt eines Kindes früher in ein Arbeitsverhältnis zurückkehren. Alleine zwischen 1989 und 2000 hat sich der Anteil erwerbstätiger Mütter von 43 % auf 55 % überdurchschnittlich erhöht und ist dann bis zum Jahr 2005 nur noch moderat auf 57 % angestiegen (Statistisches Bundesamt 2006d, S. 8). Bei Frauen ohne Kinder ist die Erwerbsquote hingegen mit circa 70 % nahezu konstant geblieben (KREYENFELD et al. 2007c, S. 20).

Als Ursachen für die verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen werden unterschiedliche Determinanten ausgemacht, wobei den wirtschaftlichen Wandlungsprozessen mit einer Ausweitung des tertiären Sektors eine besondere Bedeutung zukommt. Da Frauen überwiegend (zu 82,4 %) ihren Arbeitsplatz in einem dienstleistungsorientierten Berufszweig finden (aber nur 56 % der Männer; Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.), gelten sie als die „Gewinnerinnen des Strukturwandels“ (LÄPPLE & WALTER 2002, S. 1890). Hiermit geht ein grundlegender Wandel der Geschlechterrollen einher, und traditionelle Rollenverteilungen haben ihre Geltung durch die Entwicklung emanzipatorischer Werte verringert (KREYENFELD et al. 2007c, S. 7). Im Zusammenhang mit den Studenten- und Frauenbewegungen seit den 1960er-Jahren haben sich die Individualisierungsprozesse von

Frauen verstärkt, in deren Zusammenhang sich ein Selbstständigkeitsbewusstsein und Streben nach eigener beruflicher Leistung entwickelt haben (PEUCKERT 2008, S.230). Aber auch die zunehmende Instabilität von Partnerschaften und ein verändertes Scheidungsrecht haben Frauen vermehrt motiviert, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, da Beziehungen keine Garantie für Dauerhaftigkeit beinhalten. Ermöglicht wird eine steigende Frauenerwerbsbeteiligung vor allem durch strukturelle Veränderungen, die Frauen einen leichteren Zugang zu Bildungseinrichtungen ermöglichen. Ebenso ist auch die verstärkte Anwendung von Kontrazeptivern, die eine Schwangerschaft planbar machen, zu den Determinanten zu zählen (MEYER & SCHULZE 1993, S. 167).

Obwohl Statistiken eine zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung belegen und der demographische Wandel zukünftig das „Ausschöpfen der Bildungsressourcen“ bei Männern und Frauen gleichermaßen für das Aufrechterhalten der Wirtschaftsweise erforderlich macht (CASTELL RÜDENHAUSEN 1989, S.21; DRESSEL 2005, S. 102), hat sich bis heute der Arbeitsmarkt „resistent gegenüber den Aufstiegswünschen von Frauen“ gezeigt (MACHA 2006, S. 23). Bewirkt wird dies sowohl durch Rahmenbedingungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als auch durch die nach wie vor bestehende Ideologie der „Rabenmutter“, womit den Frauen ein großer Egoismus zugesprochen wird, sofern sie einen doppelten Lebensentwurf (Beruf und Familie) verfolgen (MACHA 2006, S. 25; NAVE-HERZ 2003, S. 206). Besonders deutlich wird dies bei Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft, wo ihr Anteil an allen Führungskräften im Jahr 2004 nur 22 % betrug (KLEINERT 2006, S. 1). Zurückgeführt wird diese Geschlechterdiskrepanz darauf, dass sich Erwerbsunterbrechungen und Arbeitszeitverkürzungen aufgrund einer Familiengründung negativ auf die Karriere auswirken, denn werden die Bildungszahlen betrachtet, so erlangen mehr Mädchen als Jungen das Abitur und auch bei den Hochschulstudiumsabsolventen überwiegen inzwischen die Frauen anteilig die Männer (STÜRZER et al. 2005, S. 28, 79). Da Kinder nach wie vor als „Karrierebremse“ gelten, haben in Konsequenz nur 32 % der Frauen in Führungspositionen ein Kind, wobei dieser Anteil bei Frauen seit dem Jahr 2000 um 5 % gesunken ist. Männer in Führungspositionen hingegen haben zu 53 % mindestens ein Kind, so dass sich hier eine Familiengründung nicht negativ auswirkt (KLEINERT 2006, S. 2 f.). Obwohl Gender-Mainstreaming-Strategien bisher nur verbindlich für den öffentlichen Sektor gelten (hier beträgt die Frauenquote in höheren Angestellten- oder Beamtenverhältnissen 33 %; DRESSEL 2005, S. 140), haben die Bundesregierung und Verbände der deutschen Wirtschaft 2001 eine freiwillige Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit geschlossen, die jedoch nur zögerlich umgesetzt wird (KLEINERT 2006, S. 1).

Arbeitsvolumina

Aber nicht nur bei Frauen in Führungspositionen zeigen sich Geschlechterdiskrepanzen, sondern auch Untersuchungen zum Arbeitsvolumen belegen, dass sich die Beschäftigungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen bis heute nicht angeglichen haben.

Zwar haben sich die Erwerbstätigenquoten angenähert, indem Frauen mit 48,1% im Jahr 2007 fast die Hälfte der Erwerbstätigen stellten (Statistisches Bundesamt 2008b, o.S.), doch erfolgte der Zuwachs in der Frauenerwerbstätigkeit fast ausschließlich im Bereich der geringfügigen Beschäftigung und Teilzeiterwerbstätigkeit. Arbeiteten 1991 noch 30,2% der erwerbstätigen Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung, so waren es 2007 bereits 46,2%, womit Deutschland eine der höchsten Teilzeitquoten Europas aufweist (KREYENFELD et al. 2007a, S. 436). Bei den Männern hingegen veränderten sich die Anteile zeitgleich von 2,1% auf nur 8,9% (DRESSEL 2005, S. 122; Statistisches Bundesamt 2008b, o.S.). Die größten Diskrepanzen im Arbeitsvolumen (und bezüglich der Erwerbstätigkeit) lassen sich bei Ehepartnern feststellen, so dass geschlussfolgert werden kann, dass hier am häufigsten das traditionelle Familienbild, in dem der Mann als Ernährer fungiert, gelebt wird. Zudem werden in Ehen die meisten Kinder geboren (vgl. Kapitel 2.2.4), so dass hier Frauen verstärkt aufgrund der Familienbetreuung zeitweise aus dem Berufsleben ausscheiden oder ihr Arbeitsvolumen reduzieren (Statistisches Bundesamt 2006d, S. 12). Je jünger die Kinder sind und je mehr Kinder eine Frau geboren hat, desto seltener ist sie erwerbstätig (HEGNER & LAKEMANN 1989, S. 493).

Parallel mit dem Ausbau der Teilzeitbeschäftigung ist ein Rückgang in der Vollerwerbstätigkeit von Frauen zu verzeichnen. KREYENFELD et al. (2007c) haben für erwerbstätige Mütter anhand einer Auswertung der Mikrozensus zwischen 1976 und 2004 herausgefunden, dass in allen Bildungsgruppen die Vollerwerbstätigkeit abgenommen hat. Zwar war dieser Rückgang am häufigsten bei Frauen ohne Bildungsabschluss zu verzeichnen, doch sind auch nur circa 35% der Hochschulabsolventinnen in Vollzeit erwerbstätig, sofern sie Kinder haben (KREYENFELD et al. 2007c, S. 53). Bei gering ausgebildeten Frauen konnte als einzige Gruppe kein Rückgang in der Nichterwerbstätigkeit verzeichnet werden, weshalb das Hausfrauen-Modell noch von über 50% der Frauen gelebt wird (nur ca. 30% der Hochschulabsolventinnen sind Hausfrauen), und im Verlauf der Jahrzehnte hat sich eine zunehmende Polarisierung von ökonomischen Ressourcen und sozialer Ungleichheit eingestellt (KREYENFELD et al. 2007c, S. 47). Verstärkt wird dies dadurch, dass auf dem Arbeitsmarkt gering gebildete Männer ebenfalls häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind (DRESSEL 2005, S. 102), wodurch sich eine Benachteiligung verstärkt. Wird jedoch davon ausgegangen, dass sich durch die Bildungsexpansion und zunehmende Frauenerwerbstätigkeit das Doppelernährer-Modell durchsetzt (beide Partner sind voll erwerbstätig), so muss dieses dahingehend revidiert werden, dass von einem „teilmodernisierten“ Modell ausgegangen werden sollte, in dem die Frau die Position einer Hinzuverdienerin einnimmt. Am ehesten wird das Doppelernährer-Modell in homogenen hoch qualifizierten Partnerschaften gelebt (KREYENFELD et al. 2007a, S. 449). Eine positive Korrelation besteht zudem hinsichtlich der Gemeindegröße, denn der Anteil der Frauen in Vollzeiterwerbstätigkeit nimmt mit der Ortsgröße zu, da hier eine bessere Bildungsstruktur vorliegt (KREYENFELD et al. 2007c,

S. 37). HÄUSSERMANN und OSTNER (1990, S. 417) vermuten sogar einen zunehmenden Konflikt für kleinere Gemeinden, da der Wohnstandort immer entscheidender für die Erwerbstätigkeit von Frauen wird. Von der allgemein steigenden Ablehnung des Hausfrauen-Modells ist auch die Lebensweise der so genannten „grünen Witwe“ betroffen, womit die räumliche und soziale Isolation von Hausfrauen in strukturell schlecht ausgestatteten Umlandgemeinden bildlich bezeichnet wird. Die Lage dieser Wohngebiete, eine unzureichende Anbindung an das Netz des öffentlichen Nahverkehrs und mangelnde Arbeitsplätze erschweren eine Erwerbsbeteiligung von Frauen. Eine empirische Erhebung zeigt, dass Mütter (und Frauen allgemein) bevorzugt nah gelegen zum Wohnstandort arbeiten (LÄPPLE & WALTER 2002, S. 191), was an einem Wohnstandort außerhalb einer Stadt nur schwer realisierbar ist.

Bereits in historischer Betrachtung galten Frauen als Hinzuverdienerinnen, denn mit einsetzender Industrialisierung vollzog sich eine Trennung von Haus- und Erwerbsarbeit, womit sich das „Normalarbeitsverhältnis“ zunehmend herauskristallisierte. Frauen gingen nur dann einer Arbeit nach, wenn die finanzielle Situation der Familie dies erforderte (WERNER 2006, S. 21 f.). Zwar betrug der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen 1882 nur 32 %, doch erhöhte sich dieser mit dem Ersten Weltkrieg erheblich, da die Arbeitskräfte der in den Krieg gezogenen Männer ersetzt werden mussten (WERNER 2006, S. 24 f.). Mit der Weltwirtschaftskrise in den 1920er-Jahren stieg jedoch die Arbeitslosigkeit an, weshalb insbesondere Frauen, und hier die Ehefrauen als Doppelverdienerinnen, von Entlassungen betroffen waren. Als 1933 die Arbeitslosigkeit 25 % betrug, wurde ein Gesetz erlassen, das Frauen systematisch aus der Erwerbsarbeit verdrängte und sie auf „Reproduktionsarbeit“ verwies. Mit Ehrungen wie dem „Mutterkreuz“ wurde diese Arbeitsteilung unterstrichen und eine Erwerbsarbeit war für Frauen nur noch legitim, wenn der Ehemann in den Krieg musste. Ab 1939 wurden Frauen wieder verstärkt als Arbeitskräfte benötigt, und da nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Verhältnis von Frauen und Männern 1.263 zu 1.000 betrug, wurden beide Geschlechter aus Gründen des Arbeitskräftemangels zur Arbeit verpflichtet. Frauen wurden jedoch schon bald wieder von den aus den Kriegsgefangenschaften zurückgekehrten Männern aus dem Erwerbsleben verdrängt (WERNER 2006, S. 26 ff.). 1957 wurde schließlich ein Gesetz erlassen, das Männer zum Ernährer und Frauen zum „Herz der Familie“ erklärte, wovon insbesondere Doppelverdienerinnen betroffen waren (WERNER 2006, S. 29). Das Propagieren des Hausfrauen-Modells in den 1950er-Jahren drohte jedoch zu einer Bremse des Wirtschaftswachstums zu werden, da zeitgleich mit dem Ausbau des Arbeitskräftebedarfs der Baby-Boom in Deutschland einsetzte. Folglich wurde das Gesetz wieder aufgehoben, Gastarbeiter angeworben und die Teilzeitbeschäftigungen für Frauen erweitert, um hierdurch einen Kompromiss zum Hausfrauen-Modell zu schließen (MAIER 1993, S. 258). In der Folge nahm die Erwerbstätigenquote von Frauen stetig zu – vor allem von verheirateten Frauen mit Kindern. Hierbei können jedoch deutliche Unterschiede zwischen

Ost- und Westdeutschland verzeichnet werden, denn vor der Vereinigung waren in Ostdeutschland 90 % aller Frauen regimiebedingt erwerbstätig, und auch 2004 waren es noch 70 % (PEUCKERT 2008, S. 232).

Bildungs- und Erwerbsstruktur in Deutschland

Seit der Mitte der 1960er-Jahre haben sich nicht nur Veränderungen hinsichtlich der Erwerbstätigenstruktur eingestellt, sondern hat sich die Bildung im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Spezialisierungen zu einer Voraussetzung späterer Berufs- und Einkommenschancen entwickelt (GEISSLER 2004b, S. 50). Mittlerweile gilt Bildung als die wichtigste Humanressource in postindustriellen Gesellschaften, wobei insbesondere Mädchen und junge Frauen von der Bildungsexpansion profitiert haben. So hat sich der Anteil an Mädchen in Gymnasien von 40 % im Jahr 1960 auf 54 % im Schuljahr 2005/06 erhöht. Gegenteilig hat der Anteil an Jungen in Hauptschulen von 51 % im Jahr 1960 auf

56 % im Schuljahr 2005/06 zugenommen (Statistisches Bundesamt 1962, S. 94; 2007c, S. 130). Dies beinhaltet, dass sich der Anteil an schulisch höher qualifizierten Mädchen in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu dem der Jungen deutlich vergrößert hat. Eine ähnliche Entwicklung ist an den Universitäten zu verzeichnen, wo im Jahr 1960 der Frauenanteil noch 22 % betrug, der sich bis zum Studiensemester 2006/07 auf 51 % erhöht hat (Statistisches Bundesamt 1962, S. 103; 2007c, S. 139). Dennoch wurde erst im Studienjahr 2002/03 die 50%-Marke erreicht (STÜRZER et al. 2005, S. 71). Inzwischen ist auch der Anteil der Studienabsolventinnen höher als der ihrer Kommilitonen, so dass auch an der Universität Frauen erfolgreicher sind als Männer (STÜRZER et al. 2005, S. 71 ff.). Gesamtgesellschaftlich handelt es sich bei der Bildungsexpansion um eine kontinuierliche Höherqualifizierung der Bevölkerung, da die geringer qualifizierten älteren Jahrgänge abnehmen (GEISSLER 2004b, S. 46).

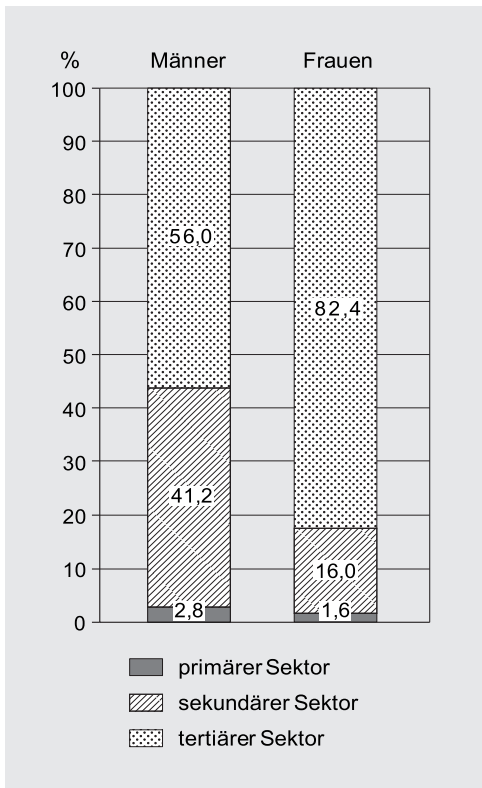


Abb. 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 2007 in Deutschland (in Prozent)

Quelle: Eigene Berechnung nach Statistisches Bundesamt (2008b, o. S.)

Hinsichtlich der verschiedenen Wirtschaftsbereiche sind Männer und Frauen in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen erwerbstätig (vgl. Abbildung 2). Sind im Jahr 2007 im Dienstleistungsbereich noch 54,9% der Arbeitnehmer Frauen, so sind es in der Fischerei, Land- und Forstwirtschaft 32,5% und im produzierenden Gewerbe nur 24,3% (Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.). Anteilig an allen Frauen sind im primären Sektor nur 1,6% der Frauen erwerbstätig, im sekundären Bereich 16% und im tertiären Sektor 82,4%. Männer hingegen sind zu 2,8% in der Fischerei, Land- und Forstwirtschaft tätig, zu 4,2% im produzierenden Gewerbe und zu 56% im Dienstleistungssektor. Die Zahlen verdeutlichen, dass Frauen verstärkt von der Tertiarisierung im Postfordismus profitieren könnten, da sie wesentlich stärker in den Dienstleistungssektor eingebunden sind als Männer.

Arbeitszeit und Zeitempfinden

Abbildung 3 zeigt, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit seit 1975 leicht gesunken ist, dem folgt erst neuerdings wieder eine leichte Anhebung. Mit der einhergehenden Ausweitung der Freizeit steht dem Einzelnen mehr Zeit für Aktivitäten zur Verfügung, die außerhalb der Arbeits- und Reproduktionstätigkeiten erfolgen (SPELLERBERG 2002, S. 299). Hieraus kann geschlussfolgert werden, dass das Individuum mehr Zeit für Selbstverwirklichung und Muße hat, wodurch eine verstärkt von Freizeit gekennzeichnete Alltagsgestaltung vorherrschen sollte. Untersuchungen zeigen aber, dass Menschen Gegenteiliges empfinden und das Verstreichen der Zeit als zunehmend beschleunigt wahrnehmen (z. B. SCHÖNECK 2006, S. 111). Die Ursachen hierfür sind darin zu sehen, dass sich mit der reflexiven Moderne zwar die Arbeitszeilänge verkürzt hat, jedoch das Lebenstempo deutlich zugenommen hat.

ROSA (2005, S. 201) führt das in Anlehnung an SCHULZE (1992) darauf zurück, dass Individuen bestrebt sind, möglichst viele Erlebnisse auszukosten und diverse Eindrücke zu sammeln. Dies sieht er einerseits in einer „Verpassungsangst“ begründet, die beispielsweise die Angebotsvielfalt im Freizeitsektor bewirkt. Andererseits besteht auch ein gewisser „Anpassungszwang“ an bestimmte Lebensweisen, die jeweils Zeit für sich beanspruchen (ROSA 2005, S. 218). Plakativ kann folgendes Zitat hinzugezogen werden: „Wir leben in einem Zeitalter, in dem die Zigarette die Pfeife ersetzt hat, (...), E-Mail die Korrespondenz auf Papier verdrängt und die Zwei-Minuten-Nachrichten

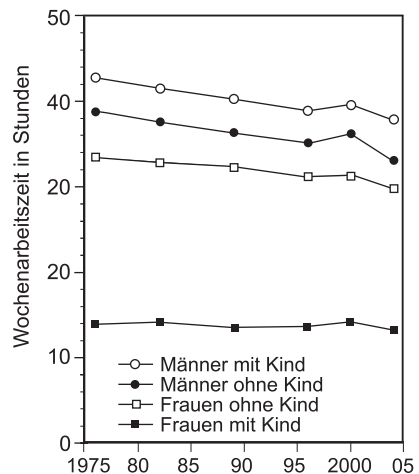


Abb. 3: Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Westdeutschland 1975-2005

Quelle: KREYENFELD et al. (2007b, S. 4.)

zu den heißesten Produkten im Medienbereich gehören. Die Zeitungsartikel werden kürzer, (...) und die Zeit, die jeder von uns der Antwort auf einen elektronischen Brief widmet, verkürzt sich proportional zur Anzahl der E-Mails, die wir bekommen“ (ERIKSEN 2005, S. 91 f.). Subjektiv gesehen schlägt sich die Verknappung der Zeitressourcen in dem Gefühl einer schneller vergehenden Zeit nieder, die bei dem Einzelnen Stress verursachen kann und bewirkt, dass eine Verknappung der Freizeit empfunden wird (ROSA 2005, S. 214 ff.). Strategien zur Verringerung dieses Zeitdrucks können zum einen in der Beschleunigung von Handlungen gesehen werden, wodurch die verwendete Zeit pro Tätigkeit sinkt, zum anderen haben aber auch das *Multitasking* sowie die Verlagerung von Haushaltsarbeiten auf Dienstleistungsunternehmen zugenommen (ROSA 2005, S. 199). Ebenso kann die Wohnstandortwahl als ein maßgebliches Kriterium angesehen werden, um durch die Reduktion von Alltagswegen (beispielsweise durch die Verkürzung von Pendeldistanzen) eine Zeitersparnis zu erzielen und das Budget an freier Zeit auszudehnen.

3 Die Stadt und das Städtische

3.1 Urbanität

Wird Urbanität als eine bestimmte städtische Lebens- oder Verhaltensweise verstanden, so kann das Konzept als eine Ergänzung zu klassischen stadtgeographischen Untersuchungen angesehen werden, in denen Städte primär unter physisch-materiellen und ordnungsspezifischen Aspekten betrachtet werden. Im Fokus solcher Untersuchungen stehen beispielsweise unterschiedliche Stadt-Umland-Beziehungen oder auch der Versuch einer Rückkoppelung zwischen Quartiersausstattungen und Segregation. Durch eine stärkere Akzentuierung urbaner Lebensformen und bestimmter Lebensweisen im städtischen Analysemodus, wird die Urbanität in letzter Zeit jedoch immer mehr zu einem „Schlüsselbegriff“ in der Geographie (WERLEN 2002, S. 210). Da der Diskurs bisher verstärkt im soziologischen und raumplanerischen Kontext geführt wurde, wird an dieser Stelle, wie auch in den vorherigen Kapiteln, hauptsächlich Bezug auf Publikationen in den geographischen Nachbarwissenschaften genommen.

3.1.1 Begriffsverwendungen

Ähnlich dem sozialen Wandel besteht auch hinsichtlich der Urbanität kein einvernehmliches Begriffsverständnis. Es konnten sich zwei gegensätzliche Positionen etablieren: eine verhaltensorientierte, soziologische Begriffsdefinition und eine eher städtebauliche, strukturelle Auffassung. Obwohl beide Begriffsdefinitionen ihre Anwendung finden, wird das Verständnis von Urbanität als ein reines städtebauliches Merkmal weniger häufig vertreten (WÜST 2004, S. 52). Charakteristische Definitionsinhalte beziehen sich dabei vor allem auf die funktionellen und städtebaulichen Angebote einer Stadt, wobei deren Dichte und spezialisierte Angebote im Vergleich zu kleineren Gemeinden zu sehen sind (NEUFFER 1976, S. 279). Zwar bezieht MANDERSCHIED (2004, S. 11) auch gesellschaftliche Aspekte in ihre Begriffsabgrenzung ein, doch liegt der Hauptfokus der Definition auf funktionalen Merkmalen, so dass sie eher der städtebaulich orientierten Sichtweise zugeordnet werden kann. Demnach ist Urbanität eine „(...) soziale, kulturelle und funktionale Vielfalt, städtebaulich umgesetzt mit den Gestaltungsprinzipien Nutzungsmischung, hohe bauliche Dichte, Ausrichtung des öffentlichen Raums auf die Aufenthaltsfunktionen, der die Verkehrs- und Parkfunktion untergeordnet wird, sowie einer weitgehenden Einbeziehung der BewohnerInnen in die Entwicklung und Gestaltung dieses Quartiers“ (MANDERSCHIED 2004, S. 11).

Im Vergleich beinhalten soziologisch orientierte Definitionen ausschließlich die städtischen Verhaltensweisen, die sich in spezifischen Umgangsformen der Bewohner untereinander und gegenüber Fremden äußern. Klassische Vertreter dieser Begriffsabgrenzung sind GEORG SIMMEL (1903) und LOUIS WIRTH (1938), im deutschen Sprachraum hat auch EDGAR SALIN (1960) große Aufmerksamkeit gewonnen. SALIN verbindet mit Ur-

banität vor allem Bildung und „(...) tätige[n] Bürgersinn, Liebe zum Schönen, ohne sich zu versteigern, Liebe zum Geistigen, ohne zu verweichlichen“ (1960, S. 10). Identifiziert werden kann Urbanität seiner Ansicht nach insbesondere im alten Athen und Rom, wo die Menschen zuerst freie Meinungen äußerten und geistig-kulturelle Entwicklungen entfalteten. Konträr zur Urbanität stehen politische Systeme, in denen die Partizipation der Bevölkerung unterdrückt wird oder die Ausübung bestimmter kultureller und religiöser Praktiken durch Verfolgung systematisch unterbunden wird. Aus diesem Grund sieht SALIN das Ende der Urbanität in Deutschland mit dem verstärkten Nationalsozialismus ab 1933 gegeben, da hier nicht nur das städtebauliche Erbe, sondern auch die „geistige Vielfalt“ zerstört wurden (1960, S. 23 f.). Diese sehr negative Sichtweise, in der die deutsche Urbanität für „tot“ erklärt wird (SALIN 1970, S. 874), wird heute in der Regel nicht weiter verfolgt, sondern der Definitionsrahmen dahingehend verschoben, dass Urbanität nicht mehr ausschließlich an die Stadt gebunden, sondern durch Suburbanisierungsprozesse ortlos geworden ist (SIEBEL 2001, S. 75; vgl. Kapitel 3.1.2). Die Diskussion um eine Ortsunabhängigkeit wird dadurch erweitert, dass auch wenn Urbanität auf die Stadt bezogen wird, diese nicht als ganze urban ist (FELDTKELLER 1994, S. 37), sondern sich ein Mosaik aus urbanen und nicht-urbanen Bereichen herausbildet (NEUFFER 1976, S. 279). Einen hohen Urbanitätsgehalt erlangen vor allem Gründerzeitviertel (sog. *zone in transition*), die „baulich meist heruntergekommen, ökonomisch entwertet, häufig am Rand der Innenstadt gelegene Gebiete [sind, K. S.], in denen die sozialen Kontrollen weniger dicht sind, wo Alteingesessene und Zuwanderer, Künstler und Studenten, legale Aktivitäten und die Laster der Großstadt sich sammeln können“ (SIEBEL 1999, S. 120). Im Gegensatz dazu besitzen Stadtrandgebiete einen niedrigen Urbanitätsgehalt, was auf eine homogene bauliche Struktur und Bewohnergruppe zurückzuführen ist (BROCK 1987, S. 103). Hieraus wird deutlich, dass zur Identifizierung von Urbanität häufig quantitative Merkmale herangezogen werden, wobei vielfältige Nutzungsangebote eine höhere räumliche Urbanität bewirken (KOHLLHAMMER 1993, S. 257). Insgesamt ist „(...) Urbanität mit Erlebnisarmut, Sterilität, Monotonie jeder Art“ unvereinbar (NEUFFER 1976, S. 277).

Neben den reinen städtebaulichen oder verhaltensorientierten Begriffsabgrenzungen wird am häufigsten, wie auch in der vorliegenden Untersuchung, eine Synthese beider Begriffe im Urbanitätsdiskurs vertreten (WÜST 2004, S. 52). Dabei gilt zumeist die Ansicht, dass durch räumliche Voraussetzungen ein urbanes Verhalten entsteht (HÄUSSERMANN & SIEBEL 1992, S. 30). Erst durch eine bestimmte räumliche Gegebenheit ist es möglich, dass sich urbane Lebensweisen entwickeln, wobei mit der Ausformung verschiedener Lebensstile auch Rückkoppelungen zur städtischen Struktur entstehen. Hierbei gilt Urbanität nicht als eine Raumeigenschaft, sondern als Ergebnis von Handlungen in einem bestimmten sozialen Kontext (KRÄTKE 2002, S. 224). In diesem doppelten Verständnis lässt sich Urbanität pauschal durch drei Charakteristika vom Ländlichen abgrenzen, die im Weiteren spezifiziert werden: Bevölkerungsgröße- und -dichte, diverse urbane Funktionen (z. B. Konsum, Produktion, Bildung, Administration) und ein bestimmter Charakter der

Bevölkerung (Lebensformen, Verhaltensweisen, Interaktionsmuster) (FREY & ZIMMER 2001, S. 26 f.).

3.1.2 Komponenten der Urbanität

Neben SALIN, der sich mit einer Urbanitätsdefinition beschäftigte, die insbesondere mit der historischen Zeit des alten Athens und Roms in Verbindung zu setzen ist, gehört vor allem SIMMEL zu den Personen, die nachhaltig eine Diskussion hierum entfachten. Mit seiner Publikation „Die Großstädte und das Geistesleben“ (1995 [1903]) beschreibt SIMMEL die Verhaltensweisen von Menschen in modernen Großstädten, wobei er das Verhalten der Bevölkerung auf der Mikroebene, also das Begegnen und Agieren untereinander, beschreibt (PARKER 2004, S. 15). Den Hintergrund seiner Überlegungen formt die Tatsache, dass Großstädte als Orte der Geldwirtschaft, Warenpräsentation und Arbeitsteilung in Zusammenhang mit einer hohen Bevölkerungsdichte soziale Beziehungsformen bewirken, wie sie zur damaligen Zeit nur in Städten vorzufinden waren (ZIMMERMANN 1996, S. 35). Um mit dem Wechsel ständiger innerer und äußerer Eindrücke psychisch umgehen zu können, entwickelt der Mensch eine Verhaltensstrategie, die eine „Steigerung des Nervenlebens“ bewirkt (SIMMEL 1995, S. 116). Hauptmerkmal dieses Charakterzuges ist die „Blasiertheit“ (SIMMEL 1995, S. 121), die bewirkt, dass neuen Reizen mit einer eher unterschwelligten Energie und Aufmerksamkeit begegnet wird. So wird auf natürlichem Weg die Reizüberflutung abgemildert und der Einzelne ist befähigt, mit diversen Eindrücken des Alltags zu leben. Hiermit geht eine allgemeine „Reserviertheit“ einher, wodurch insbesondere die Kontaktaufnahme der Stadtmenschen untereinander bestimmt ist (SIMMEL 1995, S. 122 ff.). Diese Eigenschaft bezieht sich darauf, das Menschen in der Stadt ständig einer Vielzahl Fremder begegnen, so dass es unmöglich ist, anders als in einer Kleinstadt oder einem Dorf, zu jeder Person eine Bekanntschaft aufzubauen und persönlich Anteil an deren Leben zu nehmen. Nur durch diese Reserviertheit ist es dem Städter möglich, seinen Mitmenschen auch bei flüchtigen Berührungen mit einer gewissen Gleichgültigkeit entgegenzutreten und Aversionen und Hass gegenüber den anderen zu unterdrücken. Aus diesem Verhalten entwickelt sich in der Stadt eine gewisse Anonymität, da an den Einzelschicksalen der Mitmenschen in der Regel kein Anteil genommen wird.

Was WIRTH noch mit einem Fluch beziehungsweise Negativum des Städtischen belegt (2002 [1938], S. 78 f.), wird auch als Chance begriffen, da sich der Einzelne aus dem Kollektiv ländlicher und kontrollierter Lebensweise befreien kann. Die Anonymität der Stadt im Kontrast zur Gemeinschaft in einem Dorf oder einer Kleinstadt macht es möglich, dass flüchtige Kontakte auf der Straße einen transitorischen Charakter erhalten, wodurch der Einzelne beispielsweise nach einem Umzug vom Dorf in die Stadt ein neues Leben als unbekannte Person beginnen kann (MILGRAM 2002, S. 90). Obwohl er später vielleicht genauso viele Menschen in der Stadt kennt wie eine Vergleichsperson in einem

Dorf, so kennt er jedoch in Relation zur Gesamtbevölkerung nur einen Bruchteil der Einwohner (WIRTH 2002, S. 72). Hiermit geht als ein weiteres typisches Merkmal des Städtischen einher, dass der Einzelne in der Regel in verschiedenen sozialen Netzwerken eingebunden ist (z. B. Arbeit, Nachbarschaft, Freunde, Verwandtschaft), er jedoch trotz einer Vielzahl an Bekanntschaften nicht komplett für jeden transparent wird. Zudem ist es ihm möglich, aufgrund der Bevölkerungszahl einer Großstadt ein gewisses Auswahlverhalten bezüglich seiner Bekanntschaften zu verfolgen, da die Heterogenität der Bevölkerung eine Vielzahl an Kontaktmöglichkeiten bereithält.

Das Entstehen von Anonymität und urbanem Verhalten ist häufig eng mit dem öffentlichen Raum verbunden, der es Stadtbewohnern möglich macht, aufeinander zu treffen. Diese Art von Öffentlichkeit, in der Menschen sich als Fremde begegnen, ist zum Beispiel auf Märkten und Straßen gegeben, die potenziell vielfältige Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme bereitstellen (SCHÖLLER 2007, S. 6 f.). Durch ihre Lebendigkeit werden Straßen zu Symbolen der Stadt (JACOBS 1961, S. 29), in denen Menschen, wie auch schon bei SIMMEL angedeutet, zusammenkommen, ohne hierbei das Interesse zu verfolgen, sich genauer kennen zu lernen (JACOBS 1961, S. 55). Nach LOFLAND (1989, S. 90) unterscheiden sich Städte von ländlichen Gebieten insbesondere durch den Charakter des öffentlichen Raumes, denn auch wenn es einen Marktplatz in einer kleineren Gemeinde gibt, so überwiegen an diesen Orten in der Regel die Begegnungen mit Bekannten die mit Fremden. Aber nicht nur das Fehlen der Intimität, in der jeder wie in einem Dorf weiß, was er von seinem Gegenüber zu halten hat (BARHDT 1989, S. 199), ist ein Zeichen der urbanen Öffentlichkeit, sondern zum öffentlichen Raum gehören neben dem Fremden auch das Unerwartete und Spektakuläre als selbstverständlich hinzu. Das bedeutet, dass Stadtviertel, die hauptsächlich durch Wohnbebauung gekennzeichnet sind, nur eine beschränkte Öffentlichkeit produzieren können (FELDTKELLER 1994, S. 61), da neben der Wohnbevölkerung, die im besten Fall sozial und ethnisch gemischt ist, auch eine Diversität im funktionellen Bereich (Nutzungsmischung) für Urbanität ausschlaggebend ist. Erst hierdurch treffen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Lebensstile an einem Ort aufeinander, und es kann sich ein urbanes Verhalten in Form von Respekt und Toleranz für andere Persönlichkeiten äußern. In diesem Sinne ist Urbanität eine „(...) kulturelle Qualität, die aus der ethnischen, sozialen und politischen Heterogenität, aus den Spannungen zwischen unterschiedlichen Klassenlagen, Lebensformen und Interessenorientierung, Wünschen und Begierden zugleich produktive Unruhe und gelassene Toleranz entstehen lässt“ (DURTH 1987, S. 156). Unter diesen Kriterien stellt Urbanität eine hohe Anforderung an den Einzelnen dar und kann durch das permanente „Zähmen von Abneigungen“ durchaus anstrengende Formen annehmen (SIEBEL 1999, S. 210; WÜST 2004, S. 52).

Als Verhaltensstil ist Urbanität durch Blasiertheit und Reserviertheit negativ konnotiert, und MILGRAM (2002, S. 88) konnte in einer empirischen Untersuchung zeigen, dass das Vertrauen der Menschen untereinander in Städten weniger stark ausgeprägt ist als auf dem

Land. BAHRDT (1988, S. 70 f.) sieht jedoch auch positive Elemente im urbanen Verhalten, wozu gehört, dass urbanes Verhalten Kommunikation unter erschwerten Bedingungen (mit Fremden) möglich macht. Ebenso fördert Urbanität die Ablehnung von Xenophobie, Toleranz und das Beherrschen bestimmter Normen und Tricks in der Öffentlichkeit, wodurch das Zusammenleben mit anderen auf einem beengten Raum wie der Stadt möglich wird. Vor allem dem letzten Aspekt wird große Bedeutung zuteil, da er durch so genannte Distanzregeln das Verhalten maßgeblich bestimmt. Ähnlich wie Spielregeln gibt es zum Funktionieren des Miteinanders allgemeingültige Vorschriften, die jeder mit seiner Sozialisation erlernt (BAHRDT 1989, S. 198 ff.). Hierzu zählen unter anderem das Verbot, private Räume ohne Erlaubnis zu betreten, das Abstandhalten zum Gesprächspartner oder auch das distanzierte Verhalten auf der Straße. Gleichzeitig erfolgt mit dem Bewegen in der Öffentlichkeit eine gewisse Selbstdarstellung, in der sich jeder möglichst positiv präsentiert. Dazu gehört es zu wissen, welches Verhalten nicht in der Öffentlichkeit gezeigt werden sollte (z. B. negative Stimmungen), sondern dem privaten Raum vorbehalten ist (BAHRDT 2006, S. 99). In einer empirischen Erhebung konnten TITLE und GRASMICK (2001, S. 333) zeigen, dass urbanes Verhalten nicht nur in der Sozialisation von städtischen Kindern entsteht, sondern auch außerhalb der Stadt erlernt wird. Durch das Hinweisen der Eltern auf städtische Verhaltensweisen (und durch den Medienkonsum) wissen auch Menschen, die in einem Dorf groß geworden sind, automatisch, wie sie sich in einer Stadt zu verhalten haben. Eine etwas andere Position vertritt DIRKSMEIER (2006, S. 227 ff.), der städtisches Verhalten auf einen urbanen Habitus zurückführt, der einen Akteur dazu befähigt, in der Stadt zu leben. In diesem Verständnis ist Urbanität als eine Kapitalform in einem Menschen verankert, die aus Erfahrungen am Wohn- und Geburtsort resultiert und über die Lebensgeschichte in den Habitus inkorporiert wird.

Ein großes Urbanitätspotenzial spricht FELDTKELLER (1994, S. 40 ff.) vorindustriellen Städten zu, da dort die räumliche Trennung nach unterschiedlichen Funktionen nicht gegeben war. Ebenso wie unterschiedliche Wirtschaftszweige in einem Stadtgebiet gemischt waren, wohnte auch die Bevölkerung nicht in der Art segregiert wie sie in heutigen Städten lebt. Vielmehr bestand eine vertikale Wohnsegregation, die die soziale Heterogenität der Bevölkerung in einem Quartier förderte. Aufgrund von Platznöten innerhalb der privaten Räume spielte sich ein Hauptteil des Lebens auf der Straße und den Plätzen ab, so dass dort eine hohe Lebendigkeit verzeichnet werden konnte. Unterstützt wurde diese außerordentliche Form der Urbanität durch die Architektur, da die Häuser in der Regel direkt an die Straße oder den Platz gebaut wurden—ohne Abstandsgrün. Hierdurch konnte das Leben auf den Straßen direkt mitverfolgt werden; und die Grenzen zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit wurden fließend, da die Bewohner durch das Fenster am Geschehen direkt teilnehmen konnten und umgekehrt auch Passanten einen Bezug zu der Wohnsphäre im Erdgeschoss erhielten (FELDTKELLER 1994, S. 63; JACOBS 1961, S. 35 ff.).

Mit der Charta von Athen (1933/1941) erfolgte jedoch im Städtebau eine radikale Funktionstrennung, mit der sich nicht nur die Nutzungsmischung veränderte, sondern sich auch die Bevölkerung zunehmend anders zusammensetzte (SCHÄFERS 2006, S. 153 f.). Neben der horizontalen Segregation traten verstärkt neue Formen der Segregation ein, die sich zum Beispiel in einer zeitlich ungleichen Nutzung von Straßenräumen durch verschiedene Bevölkerungsgruppen zeigen oder darin äußern, dass bestimmte Stadtgebiete von einzelnen Gruppen okkupiert werden. Unterstützt wurde diese funktionelle und soziale Entmischung durch bestimmte städtebauliche Leitbilder seit den 1960er-Jahren (autogerechte Stadt und Urbanität durch Dichte). Aufgrund einer fehlgeschlagenen Stadtentwicklungs- und Wohnungsmarktpolitik wurden Suburbanisierungsprozesse gefördert, die dazu beitrugen, dass der urbane Charakter der Stadt stetig abnahm. Zwar wird bereits seit den 1970er-Jahren versucht, durch einen behutsamen Stadtumbau den öffentlichen Raum in seiner Aufenthaltsqualität und als Basis der Urbanität zu stärken, doch wirken diese Maßnahmen nicht der anhaltenden Stadt-Umland-Wanderung entgegen. In den 1980er-Jahren beginnend und seit den 1990ern durch das Leitbild der nachhaltigen Stadtentwicklung forciert, soll verstärkt die Wohnqualität in Städten durch einen gezielten Wohnungsneubau und das Ideal der kompakten Stadt verbessert werden, um unter anderem wieder eine stärkere soziale Mischung in der Stadt zu erzielen. Inwiefern dadurch der Suburbanisierung entgegengewirkt wird, wird in Kapitel 3.2 thematisiert.

Wird Urbanität ausschließlich auf die historische europäische Stadtgestalt der Funktionsmischung bezogen, so erhärtet sich die von HÄUSSERMANN und SIEBEL formulierte These, dass sich Urbanität auflöst (1987, S. 238). Dennoch lassen sich nach wie vor urbane Räume in der Stadt identifizieren, wozu insbesondere Gründerzeitviertel mit ihrem durchmischten Charakter, aber auch umgenutzte Industrieanlagen durch ihre besondere Atmosphäre zählen (SIEBEL 1999, S. 120; 1994, S. 16 f.). Werden aber jüngere Stadtentwicklungsprozesse betrachtet, so rückt wieder die Ortlosigkeit von Urbanität in den Diskurs, womit bezeichnet wird, dass sich im Zuge der Suburbanisierung das typisch Städtische in das Umland verlagert hat (SIEBEL 2001, S. 75). Denn das, was SIEVERTS (1998) als „Zwischenstadt“ bezeichnet, charakterisiert SCHÜLLER (2003, S. 12) auch als so genannte neue Urbanität, wodurch das Verschmelzen von Stadt und Umland durch die Verwandlung von Großstädten in Agglomerationen beschrieben wird. In der Folge verringert die Stadt ihre monozentrale Bedeutung und eine offensichtliche Unterscheidung zwischen ehemals funktional getrennten Sphären verwischt. Klare Siedlungsstrukturen im Sinne von „innen und außen“ lassen sich nicht mehr erkennen (BASTEN 2005, S. 59). In diesem Verständnis nimmt Urbanität eine neue Ausprägung an, die nicht mehr an den lebendigen, gemischten städtischen Korpus der Stadt mit seiner Vielzahl an unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Begegnungsmöglichkeiten gebunden ist, sondern sich auf eine Stadtlandschaft mit einzelnen Inseln der Urbanität bezieht. Auch wenn an dieser Stelle aktuelle Stadtentwicklungsprozesse mit der Ausbildung von „Urbanitätsinseln“ außerhalb der Stadt anerkannt werden, entsprechen diese in der Regel nicht der

funktionalen, städtebaulichen und sozialen Mischung eines Innenstadtrandgebietes, so dass die neuen Entwicklungen eher unter dem Urbanisierungsbegriff als unter Urbanität gefasst werden sollten. Anstatt der räumlichen Ausweitung des Urbanitätsbegriffs sollte eine Erweiterung beziehungsweise Neudefinition dahingehend erfolgen, dass Assoziationen des Städtischen neuere Merkmale der Stadt aufgreifen. SCHROER (2005, S. 330) schlägt deshalb vor, unter Urbanität auch Aspekte wie ein hohes Verkehrsaufkommen, Parkplatzmangel, hektische Betriebsamkeit und Aufhebung der Tag- und Nachtunterschiede durch verlängerte Öffnungszeiten zu fassen. Ebenso hat sich in vergangener Zeit die Nutzung des öffentlichen Raumes verschoben, der nicht mehr ausschließlich dazu dient, Platz für traditionelle Nutzungen wie das Flanieren, Begegnen und Spielen bereitzustellen, sondern auch Raum für neue Praktiken bietet. Hierzu zählen beispielsweise bestimmte Trendsportarten und Straßentheater, aber auch die Festivalisierung des öffentlichen Raumes durch Street-Paraden und Straßenevents (ZEPF 2000, S. 35 f.). Als eine neue Erscheinung und Begegnungsmöglichkeit der Städter untereinander ist in diesem Zusammenhang auch das so genannte *Public Viewing* zu sehen, bei dem sich zu sportlichen Großveranstaltungen fremde Menschen auf öffentlichen Plätzen treffen und das Spektakel gemeinsam auf einer Leinwand verfolgen.

Zusammenfassend lässt sich Urbanität als ein Merkmal des Städtischen verstehen, das vor allem den innenstadtnahen Bereich kennzeichnet. Dennoch bestimmen einzelne Faktoren der Urbanität die verschiedenen Räume unterschiedlich stark, so dass auch innenstadtnah Inseln mit einem niedrigen Urbanitätsgehalt liegen. Bedingt werden diese dadurch, dass nicht in allen Teilgebieten der Stadt eine städtebauliche und infrastrukturelle Vielfalt gegeben sind und auch die soziale und ethnische Heterogenität als eine Voraussetzung für urbane Lebendigkeit nicht überall präsent sind. Räume mit einem hohen Urbanitätsgrad sind vor allem kernstadtnahe Gründerzeitviertel, da dort die Merkmale der Öffentlichkeit, Fremdheit und Vielfältigkeit am deutlichsten in Erscheinung treten. Diese bewirken, dass urbanes Verhalten mit ausgeprägter Toleranz und Reserviertheit zu einer unabdingbaren Eigenschaft im Wesen der Bevölkerung wird.

3.1.3 Urbanität und Stadtplanung

Bei einer doppelten Konnotation des Urbanitätsbegriffs durch städtebauliche und verhaltenensorientierte Merkmale, wie es im vorherigen Kapitel aufgezeigt wurde, wird die Vielfältigkeit des Städtischen deutlich. Aus dem Zusammenwirken der beiden Komponenten, bei dem die städtebaulichen Voraussetzungen in Form von Öffentlichkeit ein urbanes Verhalten erwirken, kann hergeleitet werden, dass es mittels städtebaulicher Maßnahmen nicht möglich ist, Urbanität direkt zu entwickeln. Auch wenn Urbanität nicht planbar ist, hat sich im stadtplanerischen Bereich ein Diskurs darum entwickelt, wie Urbanität initiiert werden kann². Vielmehr kann die Stadtplanung versuchen, durch gezielte Pro-

2 z. B. Internationales Symposium in der HafenCity Hamburg am 6./7.03.2008 mit dem Titel „Planning Urbanity: Life, Work, Space in the New Downtown“

jekte und Maßnahmen verschiedene Rahmenbedingungen zu entwickeln, die Urbanität entstehen lassen können (STEINBACH 1994, S. 219), damit die nicht planbaren Elemente eine Verortung finden. Diese umfassen beispielsweise eine soziale Mischung, Begegnungsdichte und Lebendigkeit an einem spezifischen Ort.

Vor allem in jüngerer Zeit hat sich die Urbanität zu einem Schlüsselbegriff für bestimmte Leitvorstellungen in der Stadtplanung entwickelt (SCHNEIDER 1990, S. 22), wobei versucht wird, durch unterschiedliche Projekte Lebendigkeit in Form von Nutzungsmischung und Bevölkerungsdichte zu erzielen. Abhängig davon, was geplant werden soll, bestehen unterschiedliche Strategien, um einen Weg zur Urbanität zu ebnen. Da Urbanität in sich schon immer die Gegensätze der Bevölkerung vereint (PRIGGE 2001, S. 17), kann als Voraussetzung für das bevölkerungsnahen Planen die Partizipation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen angesehen werden. Hierbei entstehen in der Regel vielfältigere Pläne als es in „unidimensional planning proposals“ der Fall ist (GROTH & CORIJN 2005, S. 521). Soll beispielsweise ein neuer Platz entstehen, so sollte hiermit nicht nur eine einzige Nutzergruppe angesprochen werden, sondern sich der Platz dergestalt anbieten, dass er von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufgesucht wird und so eine soziale Heterogenität entsteht. Erreicht werden kann diese am ehesten dadurch, dass an einem Platz verschiedene Stilelemente und Ausstattungen vereint werden, wobei auf eine räumliche Trennung nutzergruppenspezifischer Elemente geachtet werden sollte, damit sich die einzelnen Gruppen nicht gegenseitig stören (ZEPF 2000, S. 40). Zwar ist es bezüglich der Nutzermischung notwendig, eine zielgruppenspezifische Planung durchzuführen, doch sollte auf einem Platz auch Raum undefiniert bleiben, um Spontaneität hinsichtlich verschiedener Aktivitäten zu erlauben (BERTOLINI & SALET 2003, S. 142). Trotzdem mit der Planung und Ausgestaltung von städtischen Räumen in der Regel die „Gussform“ vorgegeben wird, was an dem jeweiligen Ort für Handlungen entstehen, nehmen Orte je nach Bevölkerungsgruppe unterschiedliche Symbole und Bedeutungen ein. Hierdurch kann ein Ort vielschichtige Sinnzuschreibungen aufgrund einer heterogenen Wahrnehmung erlangen, was dazu führt, dass er anders genutzt werden könnte, als es von seinem Planer gedacht war (WERLEN 2002, S. 216). Durch diese unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen treffen auch unterschiedliche Lebensstile aufeinander, wodurch der Fremdheitscharakter in der Öffentlichkeit steigt und die Voraussetzung für unerwartete Situationen als ein Merkmal des Städtischen unterstrichen wird. Das Symbol oder die Atmosphäre an einem Ort entscheiden schließlich darüber, ob sich der Einzelne angesprochen fühlt, was entweder dazu führt, dass der Ort/Platz von einem Menschen genutzt wird oder er auf eine andere Fläche ausweicht (ALLEN 2006, S. 445).

Das Ziel der Stadtplanung sollte es sein, lebendige Quartiere zu entwickeln, wobei diese möglichst ständig von Bevölkerungsgruppen belebt werden sollten (MANDERSCHIED 2004, S. 67). Das Hauptkriterium hierfür sieht BRETSCHNEIDER (2007, S. 188 ff.) nach wie vor in der Nutzungsmischung, in der vor allem die Funktionen Wohnen und Arbeiten

in einem ausgewogenen Verhältnis vorliegen sollten. Ebenso können folgende Maßnahmen planungsleitend angesehen werden (BRETSCHNEIDER 2007, S. 196 f.):

- kleingeschnittene Baublöcke, wodurch die Passierbarkeit für Fußgänger erhöht wird,
- verkehrsfreie Fußgängerbereiche,
- erhöhte Attraktivität der Erdgeschosszonen zur Erhöhung der Passantenfrequenz,
- Vermeidung des ruhenden Verkehrs,
- Gewähren bezahlbarer Räume für Kleinunternehmer.

Ergänzt werden können diese Aspekte durch einen differenzierten Wohnungsbau, der neben unterschiedlichen Architekturstilen und Grundrissen verschiedene Preissegmente abdecken sollte, wodurch vielfältige Bevölkerungsgruppen in einem Quartier angesprochen werden. Neben der Architektur spielt nach SIEBEL (1994, S. 7) auch die Geschichte eines Ortes eine Rolle dafür, ob sich Urbanität entwickelt. Seiner Ansicht nach gehört hierzu eine „gemeinsame Erinnerung“, die sich in Form erhaltener historischer Bauten manifestiert und die Identität mit einem Raum erhöht. Deshalb spricht SIEBEL umgenutzten Industrieanlagen einen hohen Urbanitätsfaktor zu, da hier die Mischung aus historischer Substanz und neuer Nutzung besonders ist. Deshalb sollten nicht alle brach gefallenen Gebäude abgerissen werden, sondern versucht werden, den Auswirkungen, die ein struktureller Wandel auf den Raum hat, durch Umnutzungen zu begegnen. Hieraus wird deutlich, dass Urbanität ein stetiger Prozess ist, denn auch wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem Ort von Urbanität gesprochen werden kann, so ist diese in der Regel nicht beständig. Vielmehr muss versucht werden, den verschiedenen städtischen Transformationsprozessen zu begegnen, die neben ökonomischen Veränderungen auch Auswirkungen auf die Bevölkerungskomposition und Lebendigkeit in einem Stadtteil haben.

3.2 Suburbanisierung und Renaissance der Stadt

Suburbanisierung

Die städtischen Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte können einerseits auf ökonomische Restrukturierungen zurückgeführt werden, andererseits werden sie durch einzelne Raumentwicklungskonzepte und -politiken bestimmt. Verstärkt seit den 1960er-Jahren entwickelt sich in Westdeutschland die Suburbanisierung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen zu einem maßgeblichen Entwicklungskonzept, wobei diese Prozesse nicht nur politisch propagiert, sondern auch durch einen umfangreichen Infrastrukturausbau in dezentralen Lagen forciert werden. Insbesondere bei mittleren und einkommensstarken Bevölkerungsgruppen entwickelt sich der Wohnwunsch des Eigentums in Form eines Einfamilienhauses zu einem prioritären Lebensziel, und die suburbanen Räume werden durch den Straßenausbau, finanzielle Förderprogramme und die Bereitstellung von Wohnfolgeeinrichtungen begünstigt. Neben einer leichteren Realisierungsmöglichkeit

dieses Wohnwunsches aufgrund niedriger Baulandpreise im Umland von Städten zählen Aspekte wie Wohnsicherheit, soziale Identität und Stabilität zu den Fortzugsgründen (KISTENMACHER 2001, S. 18). Hiermit geht das Gefühl des gesellschaftlichen Aufstiegs des Umlandwanderers einher, da Städte traditionell dahingehend betrachtet werden, dass sie Wohnraum primär für sozial schwächere, aber auch ältere Bevölkerungsgruppen und Personen in der Ausbildungsphase oder Migranten bereitstellen. So können Suburbanisierungen auch als ein Mittel zur Abgrenzung und Signalisierung von Status angesehen werden. Ebenso ist häufig mit dem städtischen Raum ein negatives Image verbunden, da mit ihm Aspekte wie Lärm, Gefahren, Verschmutzungen und Ähnliches assoziiert werden, weshalb Städte als kinderfeindliche Orte gelten. Letzteres wird nicht zuletzt durch bestimmte städtebauliche Leitbilder (autogerechte Stadt und Urbanität durch Dichte) bedingt, durch die Stadt-Umland-Wanderungen in den 1960er-Jahren gefördert wurden.

Mit diesen Entwicklungen, im Zuge derer die Kernstädte alleine zwischen 1980 und 2000 durchschnittlich rund 10% ihrer Bevölkerung an das Umland verloren haben (SCHÖNERT 2003, S. 466), lassen sich vor allem ökonomische und auch soziale Folgen negativ in den Städten ausmachen. Hierzu zählen erhöhte Kaufkraft- und Steuerverluste, aber auch eine verstärkte soziale Polarisierung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen im innenstadtnahen Bereich (z. B. MOECKEL & OSTERHAGE 2003, S. 40 ff.). Ökologisch betrachtet lassen sich Folgen sowohl in den Kernstädten als auch im Umland durch eine erhöhte Umweltbelastung aufgrund eines verstärkten Pendleraufkommens feststellen, die durch zunehmenden Flächenverbrauch und -versiegelung ergänzt werden. Zwar haben diese Folgeerscheinungen auch in Deutschland ein signifikantes Ausmaß erreicht, doch sind im US-amerikanischen Stadtentwicklungskontext gravierendere Auswirkungen festzustellen. Hier sind Erscheinungen wie das *urban blight*, *urban sprawl* und auch die *doughnut city* aufgetreten, wobei letzteres plakativ den Zustand der Städte durch Abwanderungsprozesse zusammenfasst: „(...) empty buildings, derelict areas, crime and vandalism in the centre; and health, happiness and family life in the suburbs“ (PRIEMUS 2004, S. 2). Auch wenn in Deutschland keine vergleichbaren Verhältnisse im kernstädtischen Raum identifiziert werden können und die Höhepunkte der Suburbanisierungsverluste 1998 in Westdeutschland beziehungsweise 1997 in Ostdeutschland erreicht wurden (HALLENBERG 2002, S. 134), nimmt auch in Deutschland die Stadt-Umland-Wanderung neuere Formen an. Obwohl die Desurbanisierung, bei der kernstadtferne Siedlungsräume an Bevölkerung gewinnen, zum Stillstand gekommen ist (SIEDENTOP 2008, S. 196), hat sie einen deutlichen Funktionswandel im ländlichen Raum bewirkt (DÜNCKMANN 2006, S. 10). Aber nicht nur der ländliche Raum hat sich durch die Urbanisierung funktional verändert, sondern auch die Verknüpfung des suburbanen Raumes mit der Kernstadt hat neue Formen angenommen. Insbesondere mit der Diskussion um die Zwischenstadt (SIEVERTS 1998) wird konstatiert, dass sich das Umland von Städten verdichtet und sich in seiner Funktionsabhängigkeit durch den Ausbau von Wohnsiedlungen, Arbeitsplätzen und Versorgungseinrichtungen von der Kernstadt zunehmend löst (ARING 2004, S. 110).

Durch das Lösen traditioneller Beziehungsstrukturen etabliert sich eine „polyzentrische Stadtlandschaft“ (LÄPPLE 2004, S. 61), in der die Kernstadt zum einen ihren Bedeutungsüberschuss verringert, zum anderen die „Stadtkante“ (WEHRHAHN 2000, S. 222) nicht nur hinsichtlich der Wohnstruktur schwindet, sondern ehemals kernstädtische Funktionen außerhalb der Stadtgrenze zu finden sind. Durch diese verstärkte Eigenständigkeit kann der suburbane Raum eine neue Attraktivität als Standorttyp ausbilden, da er neben den naturräumlichen suburbanen Raumeigenschaften inzwischen ein vielfältiges Angebot an beispielsweise Dienstleistungen und Bildungseinrichtungen aufweist. Hierbei gilt jedoch, dass je spezialisierter das Profil eines Unternehmens ist, desto seltener sind die Branchen im suburbanen Raum vertreten (BRAKE 2005, S. 34 f.). Von daher kann BAHRENBERG (2004, S. 82 f.) in einer empirischen Erhebung im suburbanen Raum Bremens nachweisen, dass die Kernstadt für die Umlandbewohner nur noch als ein gleichwertiger Zielort neben verschiedenen anderen angesehen wird, um Bedürfnisse wie Arbeiten, Einkaufen, Freizeit und soziale Kontakte zu erfüllen.

Über einen langen Zeitraum galten vor allem einkommensstarke Familien und Personen in der Familiengründungsphase als hauptsächliche Träger der Suburbanisierung (KISTENMACHER 2001, S. 18), die im Umland von Städten durch Eigentumserwerb das selbstbestimmte „Wohnen im Grünen“ verwirklichen wollten (BRAKE et al. 2001, S. 8). Heute setzen sich die Haushaltsstrukturen der Umlandbewohner heterogener zusammen, denn das soziale Spektrum ist im Vergleich zu den 1960er-Jahren wesentlich breiter geworden (ARING & HERFERT 2001, S. 43). Als eine Ursache kann die Zunahme des Wohnflächenverbrauchs pro Kopf angesehen werden, denn die Mieten und Immobilienpreise, aber auch das Wohnungsmarktangebot im städtischen Bereich stellen limitierende Faktoren für diverse Bevölkerungsgruppen dar (HIRSCHLE & SCHÜRT 2008, S. 211). Dies hat zur Folge, dass Menschen in das Umland abwandern, obwohl sie das Wohnen innerhalb der Stadt bevorzugen würden, denn Wanderungsmotivuntersuchungen in den 1990er-Jahren haben gezeigt, dass die Akzeptanz des städtischen Wohnens weitaus größer ist, als die Abwanderungszahlen vermuten lassen (BRÜHL 2006a, S. 93; SCHAUERTE & KLEIN 2002, S. 155). Die Wanderungsverluste an das Umland waren vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre besonders hoch, da hier sowohl demographische Faktoren (die so genannte Baby-Boom-Generation befand sich im Familiengründungsalter) als auch erhöhte Immigrantenzahlen einen Engpass auf den städtischen Wohnungsmärkten bewirkten (KAISER & THEBES 2006, S. 11). Dieser „Ausweichreflex“, der zu einem regelrechten Suburbanisierungsschub führte, hat durch eine Entspannung auf den städtischen Wohnungsmärkten zu einem erheblichen Rückgang der Abwanderungszahlen geführt (HALLENBERG 2002, S. 142). Betrug die Bevölkerungsverluste der Großstädte an ihr Umland Ende der 1990er-Jahre noch 0,55% pro Jahr, so hat sich dieser Wert auf 0,35% im Jahr 2006 verringert (KAISER & THEBES 2006, S. 11). HIRSCHLE und SCHÜRT (2008, S. 216) beziehen den geringeren Bevölkerungsverlust dabei weniger auf Zuwanderungsprozesse als auf ein Verbleiben der Bewohner in der Stadt. HERFERT (2007, S. 445 f.) konnte indes zu-

mindest für Ostdeutschland zeigen, dass auch interregionale und internationale Zuwanderungen eine Renaissance der Städte bewirken. Reurbanisierungsprozesse im Sinne einer Rückwanderung von Bevölkerungsgruppen aus dem Umland in die Kernstädte konnten jedoch alleine in einzelnen ostdeutschen Wachstumsinseln identifiziert werden, wo einzelne Kernstädte positive Wanderungssalden verzeichnen (KÖPPEN 2007, S. 40). Infolge des langfristigen demographischen Wandels und der negativen Bevölkerungsentwicklung ist dort zukünftig nicht mit einer Wiederbelebung der Suburbanisierungsprozesse zu rechnen (HERFERT 2002, S. 335 ff.). In Westdeutschland war zwar die Bevölkerungsentwicklung in den 1990er-Jahren nach wie vor durch ein starkes Wachstum kleinerer und mittelgroßer Gemeinden geprägt, doch hat sich diese Entwicklungsdifferenz im Vergleich zu Oberzentren deutlich verringert (MÜLLER & SIEDENTOP 2004, S. 22).

Renaissance der Stadt

Obwohl quantitative Reurbanisierungen in Form einer absoluten Bevölkerungszunahme von Kernstädten eher eine Ausnahme sind, hat vor allem seit den letzten fünf Jahren die Zahl an Publikationen zum Thema Reurbanisierung und Renaissance der Stadt stark zugenommen. Auch LEO VAN DEN BERG et al. (1982), auf die der Ansatz der quantitativen Reurbanisierung zurückgeht, betrachten diese Entwicklungen rein hypothetisch. Ihrer Ansicht nach setzt eine relative Bevölkerungszentralisierung zunächst dahingehend ein, dass die Kernstadt im Zuge von Desurbanisierungsprozessen weniger Bevölkerung verliert als ihr Umland und erst in einem zweiten Schritt ein absolutes Wachstum in der Kernstadt verzeichnet werden kann (BERG et al. 1982, S. 36 ff.; 1987, S. 86). Aus dieser Betrachtungsweise sind bisher nur wenige Städte und Regionen vom Reurbanisierungstrend betroffen (neben ostdeutschen Regionen z.B. einzelne skandinavische Länder; GANS & OTT, 2003, S. 21; SIEDENTOP 2008, S. 200), da trotz aller Zuwanderungszahlen nach wie vor die Bevölkerungsverluste überwiegen (KASARDA et al. 1997, S. 325; SIEDENTOP 2008, S. 193). Da die Anzeichen weiterhin darauf hinweisen, dass zumeist die Suburbanisierungs- die Reurbanisierungsprozesse überwiegen werden, fasst der aktuelle Reurbanisierungsdiskurs diesen Begriff eher in einer qualitativen Perspektive. Hierunter wird weniger die Rückkehr suburbaner Bevölkerung in die Stadt als die Wiederentdeckung des Städtischen im Sinne einer Aufwertung verstanden (HERFERT 2007, S. 445). Es steht vor allem die langfristige Nutzung innenstadtnaher Wohnquartiere im Vordergrund, womit die Wiedergewinnung der Zentrumsfunktionen einhergeht (HAASE et al. 2005, S. 82). Diese demographischen und auch ökonomischen Reurbanisierungen (oder auch Stabilisierungen) sind jedoch selektiv wirkende Prozesse, die sich nicht in allen Stadträumen und auch Städten gleichermaßen vollziehen. Insbesondere sind innenstadtnahe Gründerzeitviertel begünstigte Stadtteile (STEINFÜHRER & HAASE 2007, S. 186).

Bezüglich der Träger von Reurbanisierungsprozessen sind zwei verschiedene Ansätze zu erkennen, wobei einige Autoren die Reurbanisierung mit Gentrification gleichsetzen und mit der städtischen Renaissance eine sozioökonomische Aufwertung der Quartiere

verbunden sehen (z. B. GAEBE 2004, S. 154 f.; LEES 2003, S. 614; LEVER 1993, S. 273). Begründet wird diese Vermutung dadurch, dass auf innenstadtnahen Brachflächen in der Regel hochwertiger Wohnungsneubau errichtet wird, der eine Exklusion einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen bedingt (BRÜHL 2006b, S. 10). Zusammen führt dies zu einem Verdrängungsprozess einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen; doch bleibt an dieser Stelle zu hinterfragen, inwiefern Wohnungsneubau mit Gentrification in Verbindung steht. Klassische Definitionen (z. B. HAMMNETT 1991, S. 175) ziehen hierfür die Sanierung von Altbausubstanz und nicht den Wohnungsneubau als Definitionsmerkmal heran. Obwohl auch HELBRECHT (1996, S. 3) Gentrification auf Neubaugebiete ausdehnt, wird an dieser Stelle eher die Position von LAMBERT und BODDY (2002, S. 23) vertreten, die mit dem Wohnungsneubau den Begriff der Gentrification durch eine zu große Abweichung von ursprünglichen Definitionen überstrapaziert sehen. Da vor allem in Deutschland Gentrification nur rudimentär auftritt und sie generell nur ein Element eines breiteren Prozesses darstellt (CHAMPION 2001, S. 157), wird hier konform zu BRÜHL et al. (2005, S. 51) und HAASE et al. (2005, S. 80) eine Position vertreten, nach der sich Reurbanisierung durch einen Prozess auszeichnet, in dem der städtische Raum von diversen Bevölkerungsgruppen präferiert wird. Diese müssen sich nicht in notwendiger Weise sozial selektiv aus Yuppies (*Young urban professionals*) und Dinks (*Double income no kids*) zusammensetzen, denn in Studien zur Reurbanisierung ganzer Quartiere können BRÜHL et al. (2005, S. 53) und HAASE et al. (2005, S. 80) heterogenere Bevölkerungsgruppen identifizieren. Diese umfassen sowohl Personen aller Lebensphasen als auch Einkommensgruppen. Neubaugebiete hingegen werden in der Regel durch einkommensstarke Bevölkerungsgruppen nachgefragt (vgl. z. B. BEAUREGARD 2005, S. 2440; SEO 2002, S. 115), doch sind Reurbaniten hinsichtlich der gesamten Kernstadt eine sozial und demographisch gemischte Gruppe.

Ungeachtet dessen, ob Reurbanisierung eher quantitativ oder qualitativ definiert wird, ob sie sich nur auf das Wachstum der Kernstadt bezieht oder das Wachstum einer gesamten Metropolregion beinhaltet (STORPER & MANVILLE 2006, S. 1249), stimmen alle Studien darin überein, dass Anzeichen zu einer „Wiederentdeckung (*resurgence*)“ der Stadt als Wohn- und Wirtschaftsort erkennbar sind (CHESHIRE 2006, S. 1231 f.). Obwohl bisherige Untersuchungen nur erste Vorzeichen für eine Reurbanisierung erkennen lassen und vor allem quantitative Belege bislang weitgehend fehlen, so scheint die Reurbanisierung ein Prozess zu sein, der sich in Zukunft, zumindest im Sinne einer relativen Dekonzentration, fortsetzt (SIEDENTOP 2008, S. 206). BRÜHL (2006b, S. 10) identifiziert derzeit bereits einen Imagewandel für das städtische Wohnen, wonach die Stadt ihre negativen Assoziationen allmählich verliert. Ein positives oder sich wandelndes Image kann als eine Grundvoraussetzung dafür angesehen werden, dass sich bestimmte Räume positiv als Wohnstandorte anbieten, denn vor allem investitionskräftige Immobilienentscheidungen, wie sie mit der Gentrification oder dem Erwerb von Immobilien in Neubaugebieten einhergehen, sind hiervon stark beeinflusst (SANDFUCHS & WEHRHAHN 2006, S. 163). Ein Mittel,

um das Image eines Stadtteils oder einer ganzen Stadt zu verändern, ist in der Etablierung von kulturellen Events und Großprojekten (*flagship development*) zu sehen (SEO 2002, S. 114; ZUKIN 1998, S. 826 ff.), die sowohl verschiedene Bevölkerungsgruppen als auch Wirtschaftsunternehmen veranlassen, sich stärker mit einem Ort zu identifizieren. In den Niederlanden hat sich in diesem Sinne in den letzten Jahren ein neues Muster stadtkultureller Projekte entwickelt, die sowohl durch Eigeninitiative als auch geplant entstehen: die kulturellen Cluster (MOMMAAS 2004, S. 507 ff.). Kulturelle Cluster vereinen zumeist in einem oder in benachbarten Gebäuden unterschiedliche Kulturangebote (von der Musikproduktion über Kunstausstellungen bis hin zu verschiedenen Museen) und werden häufig durch gastronomische Angebote ergänzt. Durch das vielfältige Angebot ist der Nutzerkreis relativ offen und der Erfolg aufgrund einer erhöhten Besucherfrequenz höher. Da sich die kulturellen Cluster auch hinsichtlich ihrer Synergieeffekte bewährt haben, konnten sich mittlerweile verschiedene solcher Zentren in den Niederlanden etablieren.

Gründe einer Renaissance

Aufgrund der negativen Begleiterscheinungen, die mit Suburbanisierungsprozessen einhergehen, werden in verschiedenen europäischen Ländern, aber auch in Nordamerika, Stadtentwicklungspolitiken initiiert, die den städtischen Raum für unterschiedliche Bewohner- und Investorengruppen wieder interessant werden lassen sollen (vgl. hierzu z. B. BERG et al. 2007). Waren diese zunächst vor allem in Großbritannien und den USA durch umfangreiche Abriss- und Wiederaufbaumaßnahmen gekennzeichnet, so hat sich dort inzwischen eine behutsame Stadterneuerung, flankiert durch soziale Maßnahmen, durchgesetzt (CARMON 1999, S. 145 ff.; KLEINHANS et al. 2007, S. 1069). Auch in Deutschland ist die Stadtentwicklungspolitik durch verschiedene Förderprogramme auf eine nachhaltige Stadterneuerung ausgerichtet (z. B. Stadtbau Ost und West, Soziale Stadt, vgl. hierzu KUNZMANN 2007), wozu ergänzend im Januar 2008 das Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ der Bundesregierung initiiert wurde. Hiermit sollen gezielt Stadtzentren als Fördergegenstand ausgewiesen werden (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2008, S. 2 f.). Neben dieser direkten Intervention in den städtischen Raum, bei der die Behebung urbaner Probleme im Vordergrund steht, wird das städtische Wohnen durch fiskalische, personenbezogene Maßnahmen gefördert. Hierzu zählen Veränderungen in der Entfernungspauschale (vgl. Fußnote 3 in Kapitel 7.2.2) und der Wegfall der Eigenheimzulage in Kombination mit steigenden Treibstoff- und Zeitkosten, was die Attraktivität von Umlandgemeinden vor allem in fernerer Regionen verringert (SIEDENTOP 2008, S. 205). Diese Prozesse unterstützend, setzen seit den letzten Jahren immer mehr Kommunen eigene Entwicklungskonzepte um, wodurch der Abwanderung potenzieller Suburbaniten entgegengewirkt werden soll. Neben finanziellen Anreizen, die beispielsweise die städtischen Baulandpreise vergünstigen, wird ein gezielter Wohnungsneubau forciert, wobei innenstadtnah Wohnformen realisiert werden, die bisher nur am Stadtrand oder im Umland zu finden waren. Hierzu zählen verschie-

dene Arten von Einfamilienhäusern, aber auch aufgelockerter Geschosswohnungsbau, wodurch vor allem Familien bewogen werden sollen, in der Stadt zu verbleiben. Aber nicht nur der Wohnungsneubau sollte im stadtentwicklungspolitischen Interesse von Kommunen stehen, sondern ebenso wird die gezielte Aufwertung von Bestandsimmobilien in guten Lagen an Bedeutung gewinnen müssen (SCHAUERTE & KLEIN 2002, S. 158). Als problematisch ist jedoch die Immobilienpreisentwicklung zu sehen, denn wenn die Attraktivität des städtischen Wohnens weiter zunimmt, könnte sich die „Preisschere zwischen Stadt und Umland wieder weiter öffnen“ (KAISER & THEBES 2006, S. 12) und das städtische Wohnen in besseren Lagen zukünftig noch teurer werden.

Obwohl normative Komponenten wie bestimmte Stadtentwicklungsmaßnahmen und fiskalische Förderungen als eine Erklärungskraft für zurückgehende Umlandwanderungen anerkannt werden, sind weitere Gründe für das städtische Wohnen weitgehend unbekannt (CHESHIRE 2006, S. 1231 f.). SIEDENTOP (2008, S. 201) führt dies darauf zurück, dass durch die Dominanz der Suburbanisierung die Wanderungsmotivforschung der letzten Jahrzehnte hierauf fokussiert war, so dass bislang fast nur „hypothetische Erklärungsansätze“ zu den Determinanten des städtischen Wohnens existieren.

Ein erster Erklärungsansatz für das Wohnen in der Stadt stützt sich vor allem auf den demographischen Wandel, in dessen Folge sich neue Haushaltsformen etablieren (vgl. Kapitel 2.2.3 und 2.2.4). Insbesondere Familien verlieren in Relation zu Ein- und Zweipersonenhaushalten an Bedeutung, wobei letztere traditionell eher ihren Wohnraum im städtischen Bereich finden. ODGEN und HALL (2000, S. 372 ff.; 2004, S. 97 ff.) konnten in diesem Zusammenhang in einer Untersuchung in Paris herausfinden, dass trotz sinkender Bevölkerungszahlen die Anzahl der Haushalte gestiegen ist. Zwar ist in solchen prosperierenden Stadtregionen das städtische Wohnen aufgrund eines knapper werdenden Wohnungsmarktes mit hohen Kosten verbunden, doch hat der demographische Wandel in schrumpfenden Regionen auch gegenläufige Effekte. Hier bewirken veränderte demographische Zahlen eine Entspannung des städtischen Wohnungsmarktes, so dass der Druck innerhalb der Bevölkerung fehlt, auf Umlandgemeinden auszuweichen (HERFERT 2002, S. 342). Es kann mit absolut steigenden Bevölkerungszahlen gerechnet werden, sofern die Immobilienstruktur der Nachfrage entspricht. Obwohl in solchen Regionen bereits heute die Suburbanisierungsprozesse stagnierend sind, sind die Verdrängungsprozesse einkommensschwächerer Haushalte eingegrenzt, was zu einer sozial gemischteren Bewohnerstruktur führt. Zwar sind Segregationserscheinungen nach wie vor auch in diesen Städten vorzufinden, doch äußern sich diese eher auf der Mikroebene einzelner Wohnanlagen als hinsichtlich des gesamten Quartiers (BUZAR et al. 2007, S. 672). Da in schrumpfenden Regionen in der Regel ein Tragfähigkeitsverlust von Infrastruktureinrichtungen im Umland einhergeht, sind weitere Anreize für das städtische Wohnen gegeben (SIEDENTOP 2008, S. 204).

Eine etwas andere Erklärungsperspektive basiert auf einer allgemeinen Veränderung der Wirtschaftsweise zu einer „Wissensökonomie“ (LÄPPLE 2006, S. 6), für die aufgrund der Notwendigkeit von *face-to-face*-Kontakten zentrale Wohnstandorte fundamental sind (LEVER 1993, S. 217). Mit diesem Wirtschaftszweig entwickeln sich neue Arbeitsformen, die durch längere Arbeitszeiten und unregelmäßige Arbeitsrhythmen gekennzeichnet sind. Diese zwingen Arbeitnehmer zu einer flexibleren Alltagsorganisation, was sich leichter im urbanen Raum verwirklichen lässt (SIEDENTOP 2008, S. 202). Ebenso nehmen mit dem Strukturwandel befristete Arbeitsverhältnisse zu, die einen kapitalintensiven Lebensstil mit Eigentumserwerb im Umland risikoreicher erscheinen lassen. Da das sub-urbane Wohnen häufig mit einer klassischen Rollenverteilung der Lebenspartner verbunden ist, rückt auch dann die Stadt verstärkt in das Zentrum des Wohninteresses, wenn doppelverdienende Haushalte eine Wohnstandortentscheidung treffen müssen (LÄPPLE 2006, S. 6). Vorteile der Stadt lassen sich im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Strukturveränderung und ihrer Arbeitnehmer (der so genannten *creative class*, FLORIDA 2005; vgl. auch Kapitel 2.2.2) dahingehend ausmachen, dass die Stadt durch ihre räumliche Nähe diverse Kontakte ermöglicht, jedoch auch die Angebotsvielfalt aufweist, auf die schon LEY (1986, S. 521 ff.) im Zusammenhang mit der Gentrification verwiesen hat. Neben verschiedenen Freizeit- und Kulturangeboten bietet die Stadt unter anderem einen Lifestyle, mit dem sich die neue Mittelklasse identifizieren kann. BRUN und FAGNANI (1994, S. 921 ff.) konnten für Paris zeigen, dass hier der Anteil einkommensstärkerer Personen höhere Wachstumsraten aufzeigt als im Umland der Stadt, was sie auf einen extrovertierten und einen auf Sozialkontakte ausgerichteten Lebensstil zurückführen. Auch KARSTEN (2003, S. 2582) hat ihre Studie zu städtischen Familien im Kontext der Gentrification angegliedert, indem sie für Amsterdam die so genannten „yupps, young urban professional parents“ identifiziert. Dieses sind Familien, in denen beide Partner berufstätig sind und die trotz Kinder nicht auf ihren urbanen Lebensstil mit entsprechenden Freizeit- und Konsummustern verzichten möchten. Durch die Möglichkeit, auf dem Weg zur Arbeit einzukaufen zu können oder die Kinder an der Schule abzusetzen (BUZAR et al. 2005, S. 425), wird der Lebensstil doppelverdienender Haushalte erleichtert. Eine neue Studie zu städtischen Familien in Rotterdam rückt eher von der Gentrification ab und betont die Möglichkeit einer Zeitersparnis für Familien durch das städtische Wohnen (KARSTEN 2007, S. 95).

Dennoch stehen in der Regel Aspekte der *creative class* und Gentrification im Vordergrund der Erklärungsansätze für das städtische Wohnen, wenn von der Motivperspektive der Bewohner ausgegangen wird. Da insbesondere in stagnierenden und schrumpfenden Regionen Gentrification nicht erwartet werden kann und auch ein extrovertierter Lebensstil an dieser Stelle nur als ein unzureichendes Erklärungsmotiv angesehen wird, ist ein Erklärungsdefizit für die städtische Wohnstandortwahl zu erkennen. Trotzdem müssen auch „durchschnittliche“ Städte auf einen Trend bezüglich zunehmender städtischer

Wohnstandortnachfragen reagieren. Deshalb ist es in dieser Untersuchung von Bedeutung, die Determinanten der Wohnstandortwahl außerhalb der *creative class*, die insbesondere in prosperierenden Metropolen wie Hamburg und München lebt, zu hinterfragen.

4 Ziele und Methodik

4.1 Sozialer Wandel und Urbanität im Kontext der Fragestellung

In Kapitel 3.2 konnte aufgezeigt werden, dass sich in der jüngeren Stadtentwicklungsdiskussion neben Abhandlungen über eine veränderte Konstitution des suburbanen Raumes (z. B. ARING 2004; BRAKE 2005; SIEVERTS 1998) die Publikationen zu Fragestellungen hinsichtlich einer Renaissance der Stadt gemehrt haben. Thematisiert werden hier insbesondere die soziodemographische Zusammensetzung der „Reurbaniten“ und das quantitative Ausmaß dieses Prozesses. In Deutschland und auch im europäischen und nordamerikanischen Ausland werden jedoch vor allem qualitative städtische Veränderungen unter Reurbanisierung gefasst und weniger die absolute Zunahme der städtischen Bevölkerung (vgl. HAASE et al. 2005, S. 82). Die qualitative Reurbanisierung zeichnet sich dadurch aus, dass Aufwertungen im städtischen Raum bezüglich der Wohnungsbebauung, des Wohnumfeldes, Images und der Infrastruktur erkennbar werden, mit denen eine langfristige Nachfrage nach städtischem Raum sowohl seitens der Bevölkerung als auch der Wirtschaft erzielt werden soll. Um die Bevölkerung in einer Stadt zu konsolidieren, setzen Kommunen verschiedene Stadtentwicklungspolitiken um. Es wird versucht, durch finanzielle Anreize und nachfrageorientierten Wohnungsneubau potenzielle Suburbaniten an einer Abwanderung zu hindern beziehungsweise eine Rückwanderung von Umlandbewohnern in die Kernstadt zu erzielen.

Innenstadtnah wohnende Menschen werden in der Reurbanisierungsdiskussion hauptsächlich mit der *creative class* (z. B. FLORIDA 2005) und Gentrifiern in Bezug gesetzt (z. B. KARSTEN 2003; LEVER 1993, S. 273), was in prosperierenden Metropolregionen hinsichtlich einer verstärkten städtischen Wohnstandortnachfrage mit Sicherheit seine Relevanz besitzt. Dennoch haben BUZAR et al. (2007, S. 662 ff.) in ihrer Studie auch Bewohnergruppen identifiziert, die hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Ressourcen nicht den Yuppies oder Dinks zuzuordnen sind. Dies führt dazu, dass mit dem städtischen Wohnen vermutlich ein Lebensstil verbunden ist, wie er nicht mit der *creative class* einhergeht. So setzen auch solche Städte Stadtentwicklungsstrategien zu einer Stärkung des innenstadtnahen Wohnens um, die aus ökonomischer Betrachtungsweise nicht den prosperierenden Regionen zuzuordnen sind und die nicht einen signifikanten Bevölkerungsanteil an Zugehörigen der *creative class* besitzen. Da bisher Wohnmotivanalysen für das städtische Wohnen im Allgemeinen fehlen (CHESHIRE 2006, S. 1231 f.; SIEDENTOP 2008, S. 201), jedoch im besonderen für Bewohnergruppen, die keinen extrovertierten, auf Konsum und Lifestyle ausgerichteten Lebensstil wie Gentrifier führen, soll die vorliegende Arbeit an dieser Forschungslücke ansetzen.

Als Fallbeispiel wurde die Stadt Hannover ausgewählt, da sie im deutschen Städtesystem aus wirtschaftlicher und demographischer Perspektive zu den stagnierenden Großstädten zählt (PRIGGE & SCHWARZER 2006, S. 207). Mit der Auswahl eines Untersuchungsraumes

außerhalb der finanzstarken Regionen Deutschlands soll umgangen werden, dass Bodenpreise stark selektiv auf das Siedlungsverhalten einwirken (vgl. Kapitel 4.2.1). Aktuelle Stadtentwicklungsprozesse sind in Hannover durch eine gezielte Errichtung von familiengerechten Wohnformen (Einfamilienhäuser) in innenstadtnaher Lage gekennzeichnet. Werden jedoch allgemein städtische mit suburbanen oder ländlichen Wohnstandorten verglichen, so zeichnen sich diese Räume durch konträre Eigenschaften aus, die vor allem für Familien signifikant sind (z. B. hinsichtlich der außerhäuslichen Spielmöglichkeiten für Kinder und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung). Ergänzend treten in der Kernstadt Aspekte der Urbanität wie Heterogenität der Bewohnerstruktur, Anonymität und eine vielfältige Infrastruktur in den Vordergrund (vgl. Kapitel 3.1), die als das Sinnbild des Städtischen gelten (z. B. SCHNEIDER 1990, S. 22; STEINBACH 1994, S. 214 f.).

Aufgrund dieser konträren Raumeigenschaften und einer sehr guten Vermarktung der familiengerechten Wohnimmobilien im kernstädtischen Raum (vgl. Kapitel 4.2.1) kann die Hauptfragestellung unter Einbezug der vorherigen Gedanken wie folgt formuliert werden: Gibt es gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die bewirken, dass Teile „klassischer Suburbaniten“ das städtische Wohnen gegenüber randstädtischen oder ländlichen Wohnstandorten präferieren und bewusst diesen Wohnstandort aufgrund bestimmter Vorteile wählen?

Konzeptionalisiert werden die gesellschaftlichen Veränderungen in dem Ansatz der reflexiven Modernisierung nach BECK (1991; vgl. Kapitel 2.1.3), der die Folgen des sozialen Wandels als ein Konstrukt aus Struktur und Handlung beschreibt. Die Hauptthese seiner Konzeptualisierung ist in einer zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft zu sehen, die sich jedoch nicht in einer Singularisierung, sondern in einer Herauslösung des Einzelnen aus vorgegebenen Großstrukturen äußert. Durch eine „Freisetzung“ des Individuums aus klassenbindenden Vorgaben im Zuge einer allgemeinen Wohlstandssteigerung, Bildungsexpansion und veränderter Wirtschaftsweisen setzt eine größere Optionsvielfalt für den Einzelnen ein, im Zuge derer er gefordert ist, seine Biographie selber auszugestalten. Wie in Kapitel 2.2 aufgezeigt wurde, hat der soziale Wandel die Sozialstruktur der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Hier zeigt nicht nur der demographische Wandel seine Auswirkungen, sondern hat beispielsweise auch die Lebensstilisierung zugenommen. Eine besondere Bedeutung wird dem Wertewandel zuteil, da die zunehmende Hinwendung der Bevölkerung zu postmaterialistischen Werten zum einen weitere gesellschaftliche Veränderungen impliziert, zum anderen auch die Wohnstandortentscheidung beeinflusst. So finden beispielsweise verstärkt Singles und Menschen mit einem konsumorientierten, hedonistischen Lebensstil ihren Wohnraum in der Stadt (z. B. BRÜDERL & KLEIN 2003, S. 203 f.; KLEE 2001, S. 139 f.; SPELLERBERG 2007, S. 192). Traditionell orientierte Menschen wohnen hingegen eher im Umland oder ländlichen Bereich.

So kann die Hauptfragestellung in vier Teilbereichen konkretisiert werden, die einerseits die Merkmale des sozialen Wandels hinterfragen und andererseits die Hauptmotive für das städtische Wohnen berücksichtigen. Ergänzt werden können diese beiden Aspekte durch den dritten Teilbereich, in dem analysiert wird, wie das Wohnen in den Neubaugebieten und die Einbindung der Bewohner in die angrenzenden städtischen Bereichen erfolgt. Im vierten Bereich wird untersucht, ob eine Rückkoppelung zwischen den Motiven und der Bewohnerstruktur besteht, denn falls soziale Veränderungsprozesse ein Grund für eine verstärkte städtische Wohnstandortnachfrage sein sollten, könnte langfristig das Potenzial innerhalb der Gesellschaft vorhanden sein, das einen Trend zum urbanen Wohnen bewirkt. Diese vier Unterbereiche werden im Folgenden durch konkrete Fragestellungen erläutert:

Teilbereich 1: Die Bewohnerstruktur

- Wie setzt sich die Altersstruktur der Bewohner zusammen? Gibt es zum Beispiel Anzeichen, dass der demographische Wandel zu einer verstärkten Nachfrage älterer Personen führt?
- Lassen sich bestimmte ökonomische und bildungsrelevante Strukturmerkmale erkennen?
- Lässt sich eine spezifische Erwerbsstruktur der Bewohner feststellen?
- Wie hoch ist der Anteil der Migranten in den Neubaugebieten?
- Sind neue Haushaltsformen als ein Merkmal des städtischen Raumes im Vergleich zu den Daten des Mikrozensus überrepräsentiert?
- Lässt sich ein bestimmter Lebensstil bei den Bewohnern identifizieren?
- Sofern es verschiedene Lebensstile gibt: Variieren diese in den Neubaugebieten?
- Handelt es sich bei den Bewohnern um Reurbaniten im Sinne von Rückwanderern oder um Personen, die in der Stadt verbleiben?
- Lassen sich bestimmte Wohnbiographien identifizieren, die ein städtisches Wohnen wahrscheinlicher machen?

Teilbereich 2: Die Motive für das städtische Wohnen

- Lassen sich Motivgruppen für das städtische Wohnen identifizieren?
- Inwiefern spielen postmaterialistische Werte wie Selbstverwirklichung und ein hedonistischer Lebensstil eine Rolle bei der Wohnstandortentscheidung?
- Ist der Stadtteil für die Wohnstandortentscheidung austauschbar, sofern er innenstadtnah liegt?
- Welche Bedeutung hat die Wohnform (z. B. innenstadtnahes Reihenhaus) bei der Wohnstandortentscheidung?
- Haben strukturelle Elemente wie eine Veränderung der Entfernungspauschale und erhöhte Kraftstoffpreise eine Bedeutung für das städtische Wohnen?
- Werden Aspekte der Urbanität als Wohnmotive genannt?
- Lassen sich Bewertungsunterschiede der Urbanität (oder einzelner Aspekte) hinsichtlich der Wohngebiete ausmachen?

Teilbereich 3: Das Wohnen in den Neubaugebieten

- Wie sehen die Kontaktformen der Bewohner untereinander aus (sind diese durch Anonymität oder soziale Kontrolle gekennzeichnet, gibt es Anwohnerfeste u. Ä.)?
- Wird der das Neubaugebiet umgebende Stadtteil im Alltag genutzt (werden beispielsweise Freizeitaktivitäten in der Umgebung ausgeführt)?
- Gibt es eine Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil?
- Wie ist die Wohnzufriedenheit der Bewohner in den Neubaugebieten einzuschätzen?
- Sofern die Zufriedenheit nur gering ist, bezieht sich dies allgemein auf das städtische Wohnen?

Teilbereich 4: Langfristige Potenziale

- Lässt sich ein bestimmter Bewohnertypus abschließend identifizieren?
- Ist dieser Bewohnertypus charakteristisch für die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse der letzten Jahrzehnte, so dass in einer fortschreitenden Modernisierung erwartet werden kann, dass die Nachfrage nach kernstädtischen Wohnräumen vorhanden bleibt oder zunimmt?

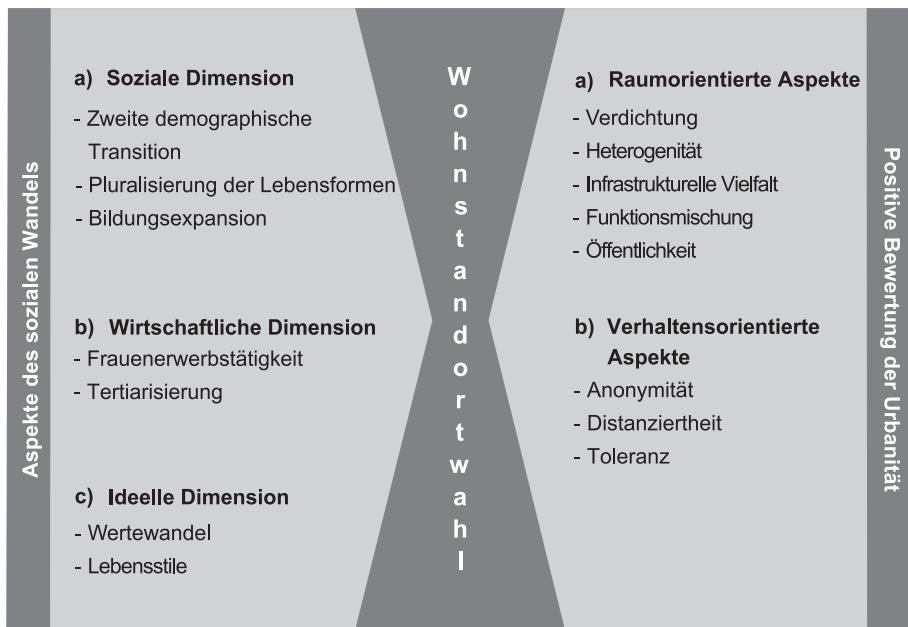


Abb. 4: Mögliche Determinanten der städtischen Wohnstandortwahl
Quelle: Eigene Darstellung

Aus den Fragen in den einzelnen Teilbereichen und der dieser Arbeit zu Grunde liegenden theoretischen Basis (vgl. Kapitel 2.2 und 3) sollen Einflussfaktoren für die Wohnstandortsentscheidung herauskristallisiert werden, die städtisches Wohnen bedingen können. Die theoretisch relevanten Aspekte werden in Abbildung 4 veranschaulicht und dienen hier als hypothetische Grundannahmen, an denen die empirische Erhebung ausgerichtet ist. Demnach lassen sich die Determinanten in Aspekte des sozialen Wandels und der Urbanität gliedern, wobei eine positive Bewertung der Urbanität aus einer doppelten Konnotation des Begriffs erfolgt (städtebauliche und charakterbezogene Komponenten). Neben den Aspekten des Städtischen werden die Einflussfaktoren maßgeblich von gesellschaftlichen Veränderungen begleitet, wie es bereits dargestellt wurde. Gliedern lassen sich diese in drei Unterkategorien, die die relevanten Dimensionen des sozialen Wandels beinhalten.

4.2 Der Untersuchungsraum

Allen empirischen Untersuchungen ist gemeinsam, dass der Auswahl des Fallbeispiels eine besondere Bedeutung zukommt, da spezifische Rahmenbedingungen das Ergebnis beeinflussen. So ist es auch hinsichtlich stadtentwicklungsbezogener Fragestellungen, bei denen der entsprechende Stadtkontext Auswirkungen auf die Empirie haben kann. Wird wie in der vorliegenden Studie die Nachfrage nach innenstadtnahen Wohnlagen untersucht, so steht dies in einem engen Zusammenhang mit den Grundstücks- und Immobilienpreisen einer Stadt, da hierdurch die Nachfrager- und Bewohnerstruktur beeinflusst wird. Sind die Preise hoch, wie in wirtschaftlich prosperierenden Regionen, so hat dieses Auswirkungen auf die sozioökonomische Struktur der Bevölkerung in bestimmten Quartieren. Sind die Immobilienpreise jedoch eher moderat, so ist es prinzipiell breiteren Bevölkerungsgruppen möglich, in guten Lagen zu wohnen, wodurch die Bewohnerstruktur weniger selektiv zusammengesetzt ist. Aber nicht nur die Immobilienangebote in einer Stadt haben eine Wirkung auf die Zusammensetzung der Bewohnerstruktur eines Wohngebietes, sondern auch die Kontexte hinsichtlich stadtorientierter Fragestellungen sind von Bedeutung, innerhalb derer stadtentwicklungspolitische Ziele verfolgt werden. So ist zum Beispiel die Realisierung von Wohnbebauung in innenstadtnahen Mischgebieten in einem Abwägungsprozess zu weiteren Bodennutzungen zu sehen, denn eine Konkurrenzsituation tritt vor allem in innenstadtnahen Lagen wirtschaftlich florierender Regionen auf, in denen die Zahl an überbaubaren Flächen begrenzt ist. Neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Stadt kann auch ihre demographische Struktur stadtplanungsrelevant sein, da sich hieraus Handlungsbedarfe ableiten lassen. Diese können dazu führen, dass durch bestimmte Projekte gezielt einzelne Nachfragergruppen angesprochen werden, um deren Anteil an der städtischen Gesamtbevölkerung zu erhöhen oder ihren Rückgang zu verhindern.

4.2.1 Das Fallbeispiel Hannover

Mit der Konkretisierung der Fragestellung (vgl. Kapitel 4.1) konnte aufgezeigt werden, dass, sofern es Untersuchungen zu den Motiven der städtischen Wohnstandortwahl gibt, sich bisherige Studien vor allem auf die Wohnmotiverhebung von Yuppies oder Dinks (oder der *creative class*) beziehen und weiteren Bevölkerungsgruppen bisher kaum „Forschungsaufmerksamkeit“ geschenkt wurde. Von daher ist es ein Ziel der vorliegenden Untersuchung, diese Forschungslücke zu schließen, weshalb Überlegungen dazu geführt haben, explizit keine prosperierende Metropole auszuwählen. Dennoch soll eine Großstadt als Untersuchungsraum dienen, da dort angenommen werden kann, möglichst vielfältige Strukturen vorzufinden, die Rahmen bildend für die städtische Wohnstandortwahl sein können. Obwohl diese Vielfältigkeit auch zumeist in schrumpfenden Städten noch gegeben ist, ist es ein weiteres Kriterium der vorliegenden Untersuchung, dass das Fallbeispiel nicht in einer (stark) schrumpfenden Region liegt, wodurch beispielsweise weite Teile Ostdeutschlands oder des Ruhrgebietes gekennzeichnet sind. Ein Grund für diese Entscheidung liegt darin, dass in schrumpfenden Städten oder Regionen Problemlagen auftreten, die Rückkoppelungen auf die städtische Entwicklung und die Beziehungen einer Stadt zu ihrem Umland zeigen können, welche hier nicht Untersuchungsgegenstand sein sollen. Vielmehr soll der Untersuchungsraum zu einem stagnierenden Stadttyp gehören, da dieser für das westdeutsche Städtesystem repräsentativer ist (BUCHER & SCHLÖMER 2006, S. 28). Auch wenn diese Kriterien eine Vielzahl an Städten erfüllen, so ist die Wahl des Untersuchungsraumes auf die Landeshauptstadt Hannover gefallen, da dort zum einen Indikatoren der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sowie der politischen und finanziellen Lage der Stadt zwischen 1990 und 2000 im gesamtdeutschen Vergleich durchschnittliche Werte aufweisen (PRIGGE & SCHWARZER 2006, S. 207). Zum anderen ist eine Konstellation weiterer Bedingungen vorzufinden (s. u.), die die Stadt insbesondere aus Sicht des Immobilienmarktes als einen geeigneten Untersuchungsraum darstellt.

Als Landeshauptstadt ist Hannover mit gut 200 km² Fläche die größte Stadt Niedersachsens und zugleich Mittelpunkt und Verwaltungssitz der Region Hannover, die am 1.11.2001 per Gesetz aus dem Zusammenschluss der Stadt Hannover und des Landkreises Hannover gegründet wurde (PRIEBES 2002, S. 144). In der Region Hannover leben circa 1,2 Mio. Menschen, was 14% der Bevölkerung Niedersachsens entspricht (Gutachterausschuss für Grundstückswerte Hannover 2006, S. 10 f.). Hiervon hatten im Jahr 2007 507.981 Menschen ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Hannover. Da in Kapitel 4.2.2 im Zusammenhang mit der Vorstellung der Untersuchungsgebiete auch auf die Sozialstruktur einzelner Stadtteile eingegangen wird, wird an dieser Stelle nur ein Überblick in tabellarischer Form zu den wichtigsten Daten auf gesamtstädtischer Ebene gegeben (vgl. Tabelle 5).

Tab. 5: Daten zur Bevölkerungsstruktur der Landeshauptstadt Hannover 2007

	Absolut	In Prozent
Bevölkerung mit Hauptwohnsitz insgesamt	507.981	100
darunter:		
• Frauen	265.166	52,2
• Personen unter 18 Jahre	76.801	15,1
• Personen über 60 Jahre	126.120	24,8
• Personen mit Migrationshintergrund	121.636	23,9
• Arbeitslose	30.226	9,1
• Empfänger von Transferleistungen	78.850	15,5
Haushalte	286.966	100
darunter:		
• Einpersonenhaushalte	156.970	54,7
• Haushalte mit Kindern	48.412	16,9
• Alleinerziehende	12.803	26,4
• andere Familienformen	35.609	73,6

Quelle: Landeshauptstadt Hannover (2008a, S. 136 ff.)

Eine Besonderheit der Stadt Hannover ist ihr großer prozentualer Anteil an Grün- und Freiflächen, wodurch eine hohe Lebensqualität bezüglich der Naherholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung gegeben ist. Von den 20.414 ha Stadtfläche sind nur 36,6% bebaut und 16% sind durch Straßen, Plätze und Wege versiegelt. 47,7% des Stadtgebietes sind Grünanlagen, Forste, landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Flächen, Gewässer oder sonstige Flächen. Die größte zusammenhängende Grünfläche ist der Stadtwald Eilenriede mit 6,41 km², der in der Nähe zahlreicher Untersuchungsgebiete liegt (Landeshauptstadt Hannover, Internetquelle 6, Stand: 08.10.2008).

Hinsichtlich ihrer Lagekriterien zeichnet sich die Region Hannover dadurch aus, dass sie Schnittstelle der Bundesautobahnen A2 und A7 ist, die Berlin und das Ruhrgebiet sowie Nord- und Süddeutschland verbinden. Ebenso verlaufen wichtige Bahntrassen in Nord-Süd- und Ost-West-Achse durch die Stadt, wodurch Hannover seit der Wiedervereinigung 1989 an geographischer Bedeutung gewonnen hat. Zuvor lag sie eher am Rand der Republik (VESTER et al. 1993, S. 166). Des Weiteren zählen der Mittellandkanal und der Flughafen in Hannover-Langenhagen zu den bedeutenden verkehrsinfrastrukturellen Einrichtungen der Region. Zwar wurde der Flughafen im Zusammenhang mit der Expo 2000 mit einem internationalen Standard ausgebaut, doch können seine Auslastungskapazitäten über das Jahresmittel nicht erreicht werden (PRIEBIS 2003, S. 213).

Zwar ist Hannover ein wirtschaftliches Zentrum in Niedersachsen, doch fehlen der Stadt (und der Region) weitgehend Spezialisierungen, um sich im nationalen und auch internationalen Wettbewerb um Unternehmen profilieren zu können. Anders ist es zum Beispiel Frankfurt als Finanzzentrum und München als High-Tech-Region gelungen. Dadurch „krankt“ Hannover an seinem „Durchschnittscharakter“ (VESTER et al. 1993, S. 166), wobei jedoch auch dort ein Strukturwandel von einem industriellen zu einem dienstleistungsorientierten Standort gelungen ist. Bedingt wird dies nicht zuletzt dadurch, dass Hannover eine Studierendenanzahl von 40.000 hat (Gewos 2006, S. 5). Dennoch nimmt Hannover in einem Städteranking mit 12 weiteren Städten Deutschlands mit einem Anteil von rund 13 % an hoch qualifizierten Beschäftigten an allen Erwerbstätigen nur eine mittlere Position ein (ähnlich wie Köln), was darauf zurückzuführen ist, dass viele Studienabsolventen nach Abschluss ihres Studiums in süddeutsche Regionen abwandern, in denen der Anteil an hoch qualifizierten Beschäftigten bei bis zu 20 % liegt (Landeshauptstadt Hannover 2008b, S. 24 f.). Als zu fördernde Wirtschaftsbereiche galten im Jahr 2004 in der Region Hannover die Automobilindustrie, Informations- und Kommunikationstechnologien, Produktionstechniken, Lasertechniken und der Bereich Biotechnologie/Medizintechnik, in denen Hannover gute Wettbewerbspositionen besitzt (PRIEBIS 2004, S. 203).

Die Entwicklung eines weiteren bedeutenden Wirtschaftszweiges Hannovers geht auf die Nachkriegszeit zurück, als 1947 in der Stadt von der britischen Besatzung ein Pendant zu der in der damaligen DDR in Leipzig gegründeten Messe errichtet werden sollte. Da die ehemaligen Hallen der Vereinigten Leichtmetall-Werke in Laatzen nicht von den Kriegszerstörungen betroffen waren, bot sich der bis 1974 noch außerhalb Hannovers gelegene Standort zur Messegründung an. Allmählich wurde das Gelände immer weiter vergrößert, so dass sich Hannover zum weltgrößten Messestandort entwickelte und die „Hannover-Messe“ einen internationalen Bekanntheitsgrad erlangte. 1982 wurden Spitzenwerte bei Ausstellern und Besuchern erreicht, so dass der Messestandort an seine Kapazitätsgrenzen stieß, in deren Folge 1986 die Hannover-Messe in die Hannover-Messe (Industrie) und die Cebit (Messe für Informations- und Kommunikationstechniken) geteilt wurde (RÖHRBEIN 1994, S. 728 ff., in: PRIEBIS 2003, S. 199 f.). Die internationale Bekanntheit der Messe führte dazu, dass sich die BRD 1988 mit dem Standort Hannover für die Ausrichtung der Weltausstellung Expo 2000 bewarb und hierfür 1990 den Zuschlag bekam. Die Folgen dieses Großereignisses sind enorm, denn Primärinvestitionen von 7,5 Mrd. DM passten nicht nur den Messestandort an die Ansprüche der Ausstellung an, sondern durch Investitionen in die regionale Infrastruktur konnte die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert werden und sich die Wettbewerbsfähigkeit der Region erhöhen (PRIEBIS 2003, S. 212). Neben der Modernisierung von Verkehrsinfrastrukturen (Schiene, Straße und Luftverkehr) wurde ein neuer S-Bahn-Verkehr eingeführt, der auf 247 km Länge die Region Hannover mit den umliegenden Städten vernetzt. In diesem Zusammenhang wurden diverse Bahnhöfe und Haltestellen modernisiert. Ebenso wurden neue S-Bahnen

erworben und Tourismus- und Naherholungseinrichtungen wie der Zoo neu gebaut oder umgestaltet (PRIEBIS 2003, S. 211).

Im Zusammenhang mit einer fehl geschätzten Expo-Besucherzahl von 40 Mio. (real sind nur 18,2 Mio. Besucher gekommen, wobei der Großteil aus der engeren und weiteren Region stammte, PRIEBIS 2003, S. 194) wurden erhebliche Engpässe auf dem hannoverschen Wohnungsmarkt prognostiziert, so dass umfangreiche Neubautätigkeiten seit der Mitte der 1990er-Jahre einsetzten. Bis 1999 wurden teilweise bis zu 2.000 Wohneinheiten pro Jahr realisiert (Gewos 2006, S. 11). Alleine in dem für die Expo neu errichteten Stadtteil Kronsberg wurden 6.000 Wohneinheiten für 15.000 Menschen geplant, was angesichts der ausbleibenden Nachfrage zu dämpfenden Entwicklungen bezüglich anderer Wohngebiete führte und bis zum Ende der 1990er-Jahre ein moderates Mietniveau in der Stadt bewirkte (PRIEBIS 2003, S. 212; PRIGGE & SCHWARZER 2006, S. 244). Aber nicht nur die Mieten, sondern auch die Baulandpreise sind in Hannover vergleichsweise niedrig, denn ein Städtevergleich mit 12 anderen Kommunen zeigt, dass die Baulandpreise nur in Bremen noch günstiger sind (Landeshauptstadt Hannover 2008b, S. 22). So kosteten im Jahr 2006 erschließungsbeitragsfreie Baugrundstücke für Ein- und Zweifamilienhäuser in der Landeshauptstadt in mittleren Lagen 240 €/m² und in den ehemaligen Landkreisen der Region 160 €/m² (Gutachterausschuss für Grundstückswerte Hannover 2006, S. 40). Der Erwerb eines freistehenden Einfamilienhauses im Jahr 2004 kostete in der Stadt Hannover durchschnittlich 182.000 €, der eines Reihenhauses 156.000 € und eine Eigentumswohnung kostete 950 €/m². Hiermit ist Hannover im Immobiliensektor im Vergleich zu anderen Städten relativ günstig, und je Einwohner steht zudem die meiste Wohnfläche zur Verfügung (Landeshauptstadt Hannover 2008b, S. 21).

Insgesamt ist seit dem Jahr 2000 sowohl in der gesamten Region als auch in der Stadt Hannover ein Rückgang in der Neubautätigkeit zu verzeichnen, wobei vor allem die Realisierung von Geschosswohnungsbauten abgenommen hat (Gutachterausschuss für Grundstückswerte Hannover 2006, S. 16 f.). 1995 betrug der Anteil an neu fertig gestellten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in der Stadt Hannover noch 84%, der bis zum Jahr 2007 auf 61 % gesunken ist (Landeshauptstadt Hannover 2008b, S. 20). Erkennbar wird in diesen Zahlen die Wirksamkeit der Ausrichtung der Stadtpolitik auf familienorientierten Wohnungsneubau. Mittels des so genannten Einfamilienhausprogramms soll seit dem Jahr 2001 gezielt der Abwanderung von Familien entgegengewirkt werden. Es werden Flächen bereitgestellt, auf denen bis zum vorläufigen Auslaufen des Programms im Jahr 2011 rund 3.000 Einfamilienhäuser realisiert werden können. Eine Zwischenbilanz im Jahr 2005 ergab, dass sich die Baufertigstellungen im Vergleich zum Umland deutlich erhöht haben, weshalb das Programm als erfolgreich evaluiert wird (Landeshauptstadt 2005b, S. 9 f.). Teilaspekte des Programms beziehen sich neben der Bereitstellung von überbaubaren Grundstücksflächen auch auf die Gestaltung der Bodenpreise, indem mittels des Kinder-Bauland-Bonus Eltern 10% der Grundstückskosten pro Kind

erlassen werden, sofern das Objekt auf einer zuvor kommunalen Fläche liegt. Bis zum Jahr 2005 galt diese finanzielle Unterstützung nur für Einfamilienhäuser, doch ist der Bonus inzwischen auf Eigentumswohnungen erweitert worden (Landeshauptstadt 2005a, S. 51). Ebenso wird versucht, über eine gezielte Kommunikation in Form von Werbung, Messeständen und der Einrichtung eines Einfamilienhaus-Büros in Hannover das Förderprogramm zu bewerben und gezielt Familien anzusprechen (Landeshauptstadt 2007b, S. 16 ff.). Da jedoch finanziell förderfähige Grundstücke schwerpunktmäßig in den Stadtteilen Badenstedt-West, Steinbruchsfeld, Rohfeld, Seelhorst und Kronsberg liegen (Landeshauptstadt 2001b, S. 2; 2007b, S. 10), also in Stadtrandlagen, gehören sie nicht zu den Untersuchungsgebieten der vorliegenden Studie (vgl. Kapitel 4.2.2). Ergänzt wird das Einfamilienhausprogramm aber durch weitere Maßnahmen, von denen auch die Stadtteile profitieren, in denen die Untersuchungsgebiete liegen. Neben dem Ausbau integrativer Stadtteilarbeit gibt es beispielsweise ein spezielles Spielplatzprogramm, wodurch die Anzahl an Spielplätzen erhöht und deren Ausstattung verbessert wird. Ebenso zählt ein Stadtplatzprogramm hinzu, um Stadtteilplätze zu sanieren. Auch die Förderung neuer Wohnformen, zum Beispiel in Form von generationsübergreifenden Projekten, ist ein Teilbereich der Familien fördernden Stadtentwicklungspolitik, wodurch die Anzahl an Familien im Stadtgebiet zumindest konsolidiert werden soll (Landeshauptstadt 2005a, S. 50 ff.).

Trotz dieser aktiven Wohnungsbaupolitik zur Bevölkerungsbindung zeigen Daten zu den Umlandwanderungen, dass sich die Abwanderungen in den letzten Jahren zwar abge-

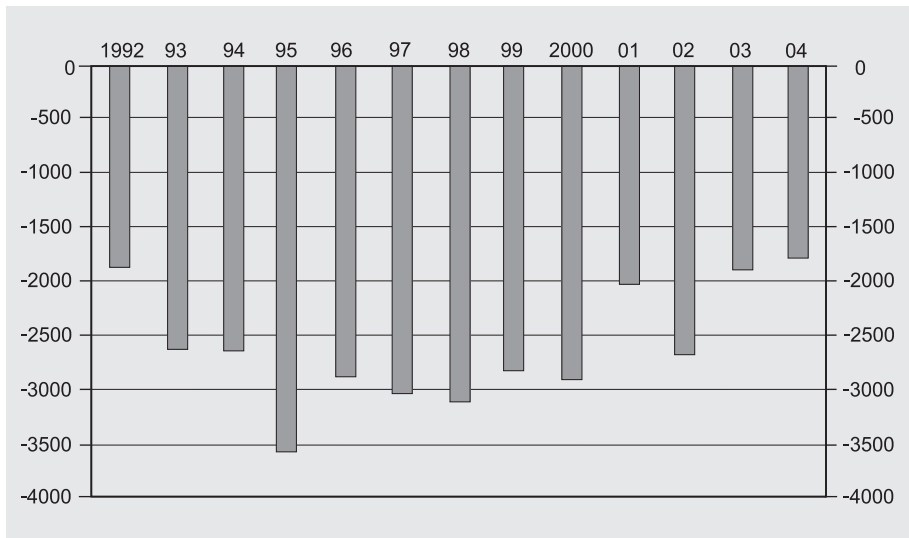


Abb. 5: Abwanderungsverluste der Stadt Hannover an ihr Umland 1992 bis 2004
Quelle: Landeshauptstadt Hannover (2005a, S. 7)

schwächt haben und seit 1998 ein Trendumkehr erkennbar ist (vgl. Abbildung 5), doch überwiegen weiterhin die Bevölkerungsverluste an das Umland die Zuwanderungszahlen aus der Region. In den letzten Jahren hat die Landeshauptstadt durchschnittlich rund 2.700 Einwohner jährlich an ihr Umland durch Abwanderung verloren, doch konnten diese Zahlen bisher durch Zuwanderungen, vor allem von Personen in der Ausbildungsphase, von außerhalb der Region weitgehend kompensiert werden (Landeshauptstadt Hannover 2002, S. 18). Prognosen zeigen, dass die Region Hannover bis 2010 hinsichtlich ihrer Bevölkerung insgesamt um 1,2% wachsen wird, jedoch werden Differenzen zwischen der Stadt Hannover und ihrem Umland erwartet. Berechnungen ergeben, dass die Stadt Hannover um 3,1% schrumpfen und der ehemalige Landkreis Hannovers um 5% anwachsen wird. Dieser Zuwachs wird insbesondere auf anhaltende Abwanderungsprozesse zurückgeführt. Die Hauptursachen für die Abwanderung lassen sich in den Wünschen der Umlandwanderer nach einer ruhigeren Wohnlage, nach mehr Grünflächen, einem eigenen Haus, ausreichenden Parkplatzangeboten, einem verbesserten sozialen Umfeld, einer größeren Wohnung und einer verbesserten Wohnungsausstattung erkennen, wie eine Wanderungsbefragung im Jahr 2000 ergeben hat (Landeshauptstadt 2001a, S. 62). Bedingt werden diese Umzugsmotive unter anderem durch die hohe Bevölkerungsdichte in der Stadt, die durchschnittlich 2.600 Einwohner/km² beträgt. In einzelnen Gebieten wächst die Dichte jedoch bis auf 18.000 Einwohner/km² an (Gutachterausschuss für Grundstückswerte Hannover 2006, S. 11).

4.2.2 Die Untersuchungsgebiete

Das erste innenstadtnahe Wohngebiet in Form von Einfamilienhäusern wurde in Hannover 1999 fertig gestellt (Interview Architekturbüro Hübötter & Stürken). Die gezielte Förderung dieser Wohnform seitens der Stadtplanungspolitik erfolgte verstärkt erst mit der Verabschiedung des Einfamilienhausprogramms seit dem Jahr 2001 (vgl. Kapitel 4.2.1), im Rahmen dessen stadtwert Flächen für die Ausweisung von Neubaugebieten bereitgehalten werden. Größere Projekte werden vor allem im Stadtrandbereich realisiert. Da aber der Stadtrand ähnlich wie das Umland von jeher als ein bevorzugter Raum für die Errichtung von familiengerechten Wohnformen gilt, soll die Fragestellung nicht anhand dieser Neubaugebiete untersucht werden. Vielmehr ist es das Ziel der Studie, speziell die Bedeutung des kernstadtnahen Raumes für die Wohnstandortwahl im Kontext einer gewandelten Gesellschaftsstruktur herauszuarbeiten (vgl. Kapitel 4.1), da hier die Merkmale der Urbanität als Schlüsselfaktoren der Umlandwanderung am prägnantesten in Erscheinung treten. Auch wenn hinsichtlich der Reurbanisierungsdiskussion Stadtrandgebiete als Kontrast zum Umland von Interesse sind, wurde der Untersuchungsraum auf verschiedene Neubaugebiete im innenstadtnahen Bereich begrenzt. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, dass aufgrund einer qualitativ ausgerichteten Motiverhebung für das städtische Wohnen (vgl. Kapitel 4.3) limitierende Grenzen hinsichtlich der Durchführbarkeit gegeben sind.

Die Auswahl von Neubaugebieten als Untersuchungsräume liegt darin begründet, dass das Wohnen in diesen Gebieten einerseits häufig mit Eigentumserwerb verbunden ist, wodurch angenommen werden kann, dass sich die Bewohner aufgrund der Investitionen bewusst für das städtische Wohnen entschieden haben; andererseits werden auch erst seit 1999 solche Wohnformen innenstadtnah errichtet, die bisher vornehmlich am Stadtrand oder im Umland zu finden waren (Einfamilienhäuser). Ergänzt werden soll die Befragung in den „neuen städtischen Wohnformen“ durch eine Befragung in Geschosswohnungen, und hier speziell in Mietwohnungen, um ein breiteres Spektrum der Bevölkerungsstruktur und ihrer Motive für die innenstadtnahe Wohnstandortwahl zu erheben. Wäre der Fokus ausschließlich auf Eigentumsimmobilien gerichtet, wäre die Wahrscheinlichkeit von vornherein sehr hoch, nur eine sehr homogene Bevölkerungsstruktur zu befragen. Dennoch soll auch sozial geförderter Wohnungsbau von der Auswahl der Untersuchungsgebiete ausgeschlossen werden, da für diese Gebiete nicht gewährleistet ist, dass die Bewohner eine freie Wahl auf dem Wohnungsmarkt besitzen und sich bewusst für das städtische Wohnen entscheiden. Ebenso zählen Solitärbauten, also einzeln gelegene Neubauimmobilien, nicht zu den Untersuchungsräumen, da diese zum einen stadtwweit nicht zu identifizieren sind (auch nicht in Rücksprache mit dem Katasteramt Hannover), zum anderen auch hinterfragt werden soll, inwiefern das Errichten von größeren zusammenhängenden Neubaugebieten zur Identifikation mit dem städtischen Wohnen und somit zur Wohnstandortwahl beiträgt. Um ähnliche Voraussetzungen bei den Erhebungen zu haben, wurden auch für die Befragung in den Geschosswohnungen Neubaugebiete ausgewählt.

Das Kriterium „innenstadtnah“ wird in der vorliegenden Studie dahingehend bestimmt, dass die Wohngebiete bis maximal vier Kilometer um den Stadtteil Mitte liegen, da dies eine Distanz ist, innerhalb derer die Gebiete in einer vom Zentrum ausgehenden kontinuierlichen hochverdichteten Bebauung entstanden sind (häufig durchmischt von Gründerzeitbebauung). Ebenfalls sind so vielfältige Aspekte der Urbanität als ein Kennzeichen des Städtischen in unmittelbarer Nähe der Neubaugebiete vorzufinden, von denen angenommen wird, dass sie maßgeblich zur Wohnstandortentscheidung beitragen. Zudem sollten die Untersuchungsgebiete zum Zeitpunkt der Erhebung (2007) ein Alter von zehn Jahren nicht überschreiten, was hier als Kriterium zur Bestimmung „Neubau“ verwendet wird.

In Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt Hannover wurden nach diesen Merkmalen elf Untersuchungsgebiete identifiziert (vgl. Abbildung 6), die alle in die Analyse aufgenommen wurden. Nach ihren Wohnformen lassen sich die unterschiedlichen Gebiete in drei Wohngebietstypen differenzieren, wonach in fünf Neubaugebieten ausschließlich Geschosswohnungen entstanden sind. In einem Gebiet wurden nur Reihenhäuser errichtet und fünf weitere Neubaugebiete gelten als Mischgebiete, deren hauptsächliche Wohnform ebenfalls Einfamilienhäuser sind. Errichtet wurden die Gebiete auf brach liegenden Flächen, die häufig im Zusammenhang mit Deindustrialisierungsprozessen einer neuen

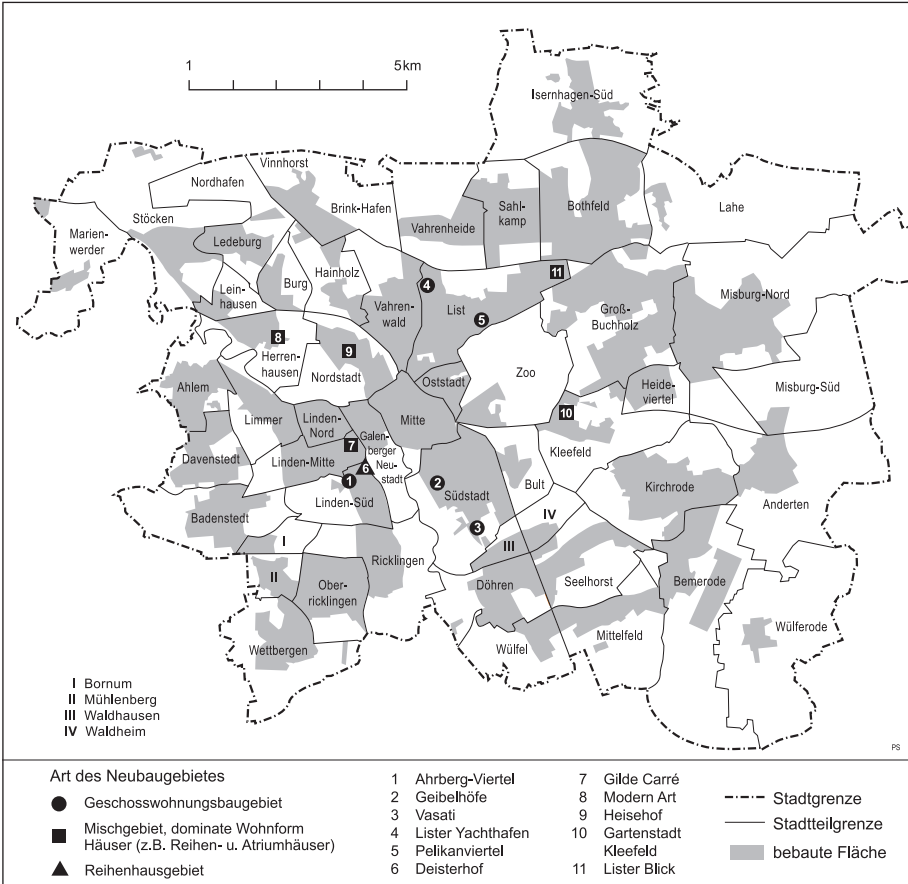


Abb. 6: Die Lage der Untersuchungsgebiete in der Stadt Hannover
 Quelle: Eigene Darstellung

Nutzung zugeführt werden konnten. Aber auch die Umnutzung von ehemals gewerblich oder als Büroimmobilie genutzten Gebäuden wird hier als Neubaugebiet klassifiziert, da umfangreiche Kernsanierungen dies erlauben.

In der nachfolgenden Kurzcharakterisierung der Untersuchungsgebiete (als Bezeichnung dienen die offiziellen Gebietsnamen) werden die Hauptmerkmale der einzelnen Wohngebiete vorgestellt. Es muss an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass es nicht möglich war, für alle Gebiete die gleichen Informationen zu erhalten, so dass eine tabellarische Gegenüberstellung hinsichtlich einzelner Charakteristika nicht möglich ist. Da das methodische Vorgehen noch nicht beschrieben wurde, jedoch in einzelnen Gebieten auf Gespräche mit dem Stadtplanungsamt Hannover oder den jeweiligen Bauträgern Bezug genommen wird, ist hier vorab auf Kapitel 4.3 verwiesen.

Geschosswohnungsbaugebiete

1) Ahrberg-Viertel

Auf dem ehemaligen Gelände und in den Fabrikgebäuden der Firma Fritz Ahrberg, die zwischen 1914 und 1992 ein Wurst verarbeitender Betrieb war, wurde von 1994 bis 2000 das so genannte Ahrberg-Viertel geplant und realisiert. Das Projekt, das von Beginn an in Form von Wohnungen, Büros und verschiedenen Dienstleistungs- und Gemeindebedarfseinrichtungen umgesetzt werden sollte, umfasst ein circa 20.000 m² großes Grundstück, das in acht Einzelgrundstücke aufgeteilt wurde. Ein Großinvestor ist die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die ihren Sitz in das Ahrberg-Viertel verlegt hat. In umfangreichen Kernsanierungsarbeiten, bei denen die historischen Fassaden erhalten blieben, entstanden 90 Wohneinheiten in Form von Wohnungen und Maisonettes, die Größen von 40 bis 350 m² aufweisen. 51 Wohnungen werden vermietet (JOHAENTGES & PREUSSE 2002, S. 3 ff.; Internetquelle 1, Stand: 27.10.2008). Die Miete betrug im Jahr 2007 6,50 €/m² (Interview Wohnungsverwaltung).

Neben dem Architektur- und Ingenieurbüro agsta, das die Planungen durchgeführt hat, gibt es auf dem Gelände 29 weitere Büroflächen (Internetquelle 11, Stand: 27.10.2008). Das Ziel für das Gebiet war es, die Bereiche Wohnen und Arbeiten zu verbinden und ein eigenständiges Quartier zu entwickeln. Ergänzt wird der Bürostandort durch Geschäfte, Gastronomie, unterschiedliche soziale und kulturelle Einrichtungen und ein Hotel, wodurch das Gebiet eine beständige Lebendigkeit erhält. Auch eine Kindertagesstätte hat ihre Räumlichkeiten auf dem Grundstück.

Seit 1999 findet im Ahrberg-Viertel jährlich ein Sommerfest statt, bei dem an einem Wochenende unterschiedliche Aktivitäten und Bühnenprogramme angeboten werden. Hiermit soll einerseits das Zusammenleben der Bewohner und Arbeitnehmer untereinander gefördert werden, andererseits öffnet sich das Gebiet auch für die angrenzende Nachbarschaft, da das Fest in offiziellen Programmkalendern angekündigt wird. So bestanden anfangs bei der umliegende Bewohnerschaft noch Vorbehalte gegenüber der Umwidmung der Fabrikgebäude durch Wohnnutzung und die Befürchtungen einer „Wohninsel für Reiche“, die mittlerweile nicht mehr präsent sind (Interview Anwohnerin; Stadtplanungsamt Hannover).

Gelegen ist das Ahrberg-Viertel in dem durch Gründerzeitbebauung gekennzeichneten Stadtteil Linden-Süd, in dem das Untersuchungsgebiet zwischen dem Deisterkreisel, der Charlottenstraße und der Haspelmathstraße liegt. Ein Hauptkennzeichen des Stadtteils ist ein hoher Anteil an Migranten (41,3%; Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. III-5), von denen viele durch die ebenfalls im Stadtteil gelegene Fabrik Hanomag während der Gastarbeiterzuwanderung als Arbeitskräfte aus dem spanischen Galizien angeworben wurden. Bis heute zeichnet sich die Migrantenstruktur durch spanischstämmige Bewohner aus, weshalb auch die Namensgebung des Hauptplatzes im Ahrberg-Viertel (Plaza



Abb. 7 und 8: Ahrberg-Viertel
Quelle: Eigene Fotos 2007

de Rosalia) hieran erinnert. Der Struktur von Gründerzeitvierteln entsprechend haben sich diverse Gastronomiebetriebe und lokale Einzelhandelsunternehmen im Stadtteil angesiedelt, wobei letztere zunehmend Billigwarengeschäften, Handyunternehmen und Wettbüros weichen. Mit der Deindustrialisierung hat sich der Anteil der Empfänger von Transferleistungen deutlich erhöht, so dass heute 31,1% der Bewohner Linden-Süds hiervon abhängig sind (Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. IX-5). Von 1972 bis 1989 war der Stadtteil ein Sanierungsgebiet der Stadt Hannover, wobei auf sozial verträgliche Sanierungsarbeiten geachtet wurde, um einen Austausch der Bevölkerung zu vermeiden (BARTNICK 2001, S. 7). Aus diesem Grund werden heute Projekte wie das Ahrberg-Viertel und der Deisterhof (vgl. Nr. 6) für die soziale Stabilisierung des Viertels als positiv bewertet (Interview Stadtplanungsamt).

Infrastrukturell ist das Gebiet durch die Stadtbahnlinien 3, 7 und 17 mit dem Zentrum verbunden, das in vier Minuten erreicht wird. Ebenso erschließen diverse Busanbindungen das Gebiet, und über den Deisterkreisel besteht eine schnelle Anbindung an die B 6, B 65 und B 217. Zu den Naherholungsgebieten zählt der Lindener Berg, aber auch der Maschsee, die Leineau und die Ricklinger Teiche sind nahe gelegen.

2) Geibelhöfe

In der Südstadt sind die so genannten Geibelhöfe gelegen, ein Projekt, das in einem historischen Bürogebäude in der Geibelstraße umgesetzt wurde. Bis Ende 2003 wurde das Ensemble durch die NILEG (Norddeutsche Immobilien-Gesellschaft mbH, die im Frühjahr 2006 an die US-Fondsgesellschaft Fortress verkauft wurde; Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 20.04.2006) umfassend saniert, wobei auf den Erhalt historischer Bausub-



Abb. 9: Geibelhöfe

Quelle: Eigenes Foto 2007

stanz in Kombination mit moderneren Architekturelementen geachtet wurde. Geplant hat die Sanierung das Architektur- und Ingenieurbüro agsta.

Der Gebäudekomplex umfasst 43 Wohnungen und Büros mit insgesamt 4.300 m² Fläche. Die einzelnen Wohnungen haben Grundflächen von 38 m² in Einzimmerappartements bis 200 m² in Vierzimmerwohnungen, weshalb das Immobilienangebot weit gefächert ist. Dennoch handelt es sich um exklusivere Wohnungen, da beispielsweise eine Dreizimmerwohnung mit circa 97 m² im Jahr 2008 für 189.500 € zum Verkauf angeboten wurde (Internetquellen 5 und 9, Stand: 03.11.2008). Die Wohnungen zeichnen sich durch eine Raumhöhe von bis zu 3,80 m und sehr große Fenster aus, wodurch eine gute Belichtung der Räume gewährleistet ist. Zu dem Wohngebiet gehört ein großer begrünter Innenhof mit altem Baumbestand.

Die Geibelhöfe zeichnen sich durch ihre Nähe zum Maschsee als Naherholungsgebiet und eine sehr gute infrastrukturelle Anbindung aus. Die Geibelstraße, in der das Wohngebiet liegt, ist ein belebter Straßenzug, der durch diverse Einkaufsmöglichkeiten in der nahe gelegenen Hildesheimer Straße ergänzt wird. An das Straßenbahn- und Busnetz ist das Gebiet sehr gut angeschlossen, so dass die zentrale Haltestelle Kröpcke im Zentrum Hannovers in vier Minuten mit der Straßenbahn zu erreichen ist.

3) Vasati

Ein besonderes Merkmal dieses Gebietes ist die Umsetzung des energetischen Vasati-Konzeptes in der Bebauung, was bedeutet, dass darauf geachtet wurde, dass die Wohnungen frei von Erdstrahlstörungsquellen und Wasseradern sind. Diesem Konzept entsprechend wurde das Wohngebiet in einer Art Blockrandbebauung um einen Innenhof angelegt, wobei die Nordseite frei von Bebauung ist und der Osten nur teilweise bebaut wurde. Hierdurch sollen die Hauptenergieströme von Nord nach Süd und von Ost nach West in der Wohnanlage gebündelt werden (Gartenheim o.J., S. 16). Der Hintergrund dieser Bauweise ist das Vastu, die „indische Mutter von Feng-Shui“ (Landeshauptstadt Hannover 2005c, S. 43). In Anlehnung an das Vasati-Konzept, das auf der „Harmonisierung von Mensch und Natur“ beruht (Landeshauptstadt Hannover 2005c, S. 43), wurde beim Bau des Wohngebietes auf die Verwendung ökologischer Materialien wie Mineralschaumdämmung und Holzfenster geachtet. Auch wurde die Außenanlage naturnah gestaltet, weshalb zum Beispiel ein Bambus-Park und Wasserflächen zu den Gestaltungselementen gehören.

Zum Service des Wohngebietes gehört ein Concierge-Dienst, der für diverse Angelegenheiten ein Ansprechpartner für die Bewohner ist (er übernimmt beispielsweise die Pflege von Blumen in der Urlaubszeit, vereinbart bei Bedarf Termine mit haushaltnahen Dienstleistungsunternehmen, nimmt Postpakete an etc.). Des Weiteren sind die Hauseingänge mit Video-Sprechanlagen ausgestattet, wodurch das Sicherheitsempfinden der Bewohner erhöht werden soll. Auf dem Gelände steht der „Kubus“ der Genossenschaft Gartenheim eG, in dem Seminare und Kurse (beispielsweise Yoga) angeboten werden. Ebenfalls



Abb. 10 und 11: Vasati
Quelle: Eigene Fotos 2007

gibt es in der Anlage eine zusätzliche Wohneinheit, die Bewohner für die Zeit eines Gästebesuches als Unterkunft anmieten können. Die Genossenschaft Gartenheim eG hat ihre Hauptgeschäftsstelle auf dem Grundstück. Derzeit wird ein zweiter Bauabschnitt auf einem benachbarten Grundstück realisiert (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 06.12.2008).

In dem Neubaugebiet wurden im Jahr 2005 in der Bauträgerschaft der Genossenschaft 97 „Komfortwohnungen“ (Gartenheim o.J., S.3) fertig gestellt, die durch das Architekturbüro Lassen geplant wurden. Innerhalb kürzester Zeit konnten alle Wohnungen vermietet werden (Landeshauptstadt Hannover 2005c, S. 43). Die Zwei- bis Vierzimmerwohnungen haben Größen von circa 60-112 m² und wurden 2008 für 8,00 €/m² bis 8,50 €/m² vermietet (Wohnungsverwaltung Gartenheim). Gelegen ist das Gebiet in der Yvonne-Georgie-Allee in unmittelbarer Nähe zur Hildesheimer Straße und am östlichen Rand des Friedhofes Engesohde im Südwesten des Stadtteils Südstadt. Angeschlossen ist das Gebiet an den Südschnellweg und vier Stadtbahnlinien, mit denen eine Fahrt in die Innenstadt (Haltestelle Kröpcke) fünf Minuten dauert. Die großen Naherholungsgebiete Maschsee, Eilenriede und auch die Ricklinger Teiche sind fußläufig gut zu erreichen. Einkaufsmöglichkeiten liegen nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem Wohngebiet, da in diesem Verlauf die Hildesheimer Straße mit wenig Konsuminfrastruktur ausgestattet ist.

4) Lister Yachthafen

Direkt am Mittellandkanal in der Werftstraße wurde 2006 dieses Neubaugebiet von der Hochtief Construction AG zusammen mit der Ärzteversorgung Niedersachsen fertig gestellt. Realisiert wurden 77 Wohneinheiten, von denen acht Wohnungen behindertengerecht und vier barrierefrei konzipiert sind. Die Zwei- bis Vierzimmerwohnungen sind 60 bis 156 m² groß und werden zur Miete angeboten (Ärzteversorgung Niedersachsen o. J., S. 3; Landeshauptstadt Hannover 2005c, S. 45). Mit der Fertigstellung der Wohngebäude wurden alle Freiflächen am Lister Yachthafen bebaut, nachdem bereits im Jahr 2001 ein Bürogewerbegebiet realisiert wurde (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 01.09.2006).

Obwohl das Wohngebiet ein wenig abseits zu liegen scheint, sind die Einkaufsstraßen Lister Meile und Podbielskistraße fußläufig oder per Busanbindung zu erreichen. Eine Fahrt zum Hauptbahnhof dauert mit Bus und Bahn 14 Minuten. Durch die Lage am Mittellandkanal, eine Vielzahl an Kleingärten in der näheren Umgebung und den Stadtwald Eilenriede in etwas weiterer Distanz ist der Naherholungswert des Gebietes sehr hoch.



*Abb. 12: Lister Yachthafen
Quelle: Eigenes Foto 2007*

5) Pelikanviertel

Als die Firma Pelikan ihren Produktionsstandort in der List 1989 aufgegeben hatte, fiel am Rand der Innenstadt ein circa 10 ha großes Gelände brach, das einer Umnutzung bedurfte. Kennzeichnend waren für das Gelände eine Mischung aus denkmalgeschützten Altbauten und moderneren Produktionshallen, die allerdings im Zusammenhang mit der Konversion abgerissen und durch Neubauten für Wohnen und Arbeiten ersetzt wurden. Mit der Neubebauung wurde das Gebiet durch die Günther-Wagner-Allee erschlossen, die von der Podbielskistraße abzweigt. Insgesamt sind im Pelikanviertel zwischen 1997 und 1999 162 Wohneinheiten entstanden, die teils in Form von Eigentum und teils zur Miete angeboten werden (Internetquelle 12, Stand: 27.10.2008). Beide Besitzformen liegen räumlich voneinander getrennt. Ein Merkmal der Eigentumswohnungen ist ein besonders gesicherter Eingangsbereich, bei dem Gäste und Bewohner zwei unterschiedliche Eingänge zu benutzen haben, um zunächst die Anlage zu betreten und danach in die Wohnhäuser zu gelangen. Hinter dem ersten Eingangsbereich schließt ein kleiner Innenhof an, in dem durch die Installation von besonderen Bodenbeleuchtungskonzepten ein hochwertiges Wohnambiente symbolisiert wird. Im Jahr 2008 wurde eine 72 m² große Zweizimmerwohnung für 138.000 € angeboten (Internetquelle 7, Stand: 03.11.2008). Die Mietwohnungen hingegen sind weniger aufwendig gestaltet und gehören der Genossenschaft Gartenheim eG. Vermietet werden sie zu circa 5,45 €/m².

Ergänzt wird die Wohnfunktion im Pelikanviertel, wie auch im Ahrberg-Viertel (vgl. Nr. 1), durch gewerbliche Nutzungen. Die Weitläufigkeit des Geländes bewirkt jedoch eine größere Anonymität als im Ahrberg-Viertel. Zur Unternehmensstruktur zählen beispielsweise gastronomische Einrichtungen, Finanzdienstleistungsunternehmen, ein Hotel und ein Bekleidungsgeschäft. Einige Gewerberäume standen zum Zeitpunkt der empirischen Erhebung im Jahr 2007 leer. Bis 2011 soll das Wohngebiet um 300 Wohnungen erweitert werden (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 06.12.2008).

Mit seiner Lage im Stadtteil List zählt das Pelikanviertel prinzipiell zu einer der besseren Wohnlagen Hannovers. Da der Stadtteil, anders als Linden-Süd, zu den „gutbürgerlichen“ Stadtteilen zählt, kann dort von jeher eine hohe Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt verzeichnet werden. Bedingt wird dies unter anderem durch einen hohen Bestand an gut erhaltenen Altbauwohnungen, die bezüglich der Raumaufteilung großzügig geschnitten sind (Interview Stadtplanungsamt Hannover). Der Migrantenanteil beträgt in der List lediglich 17,9% und auch der Anteil an Personen mit Bezug von Transferleistungen ist mit 11,3% unterdurchschnittlich (Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. III-5, IX-5). Entsprechend gibt es in der Einzelhandelsstruktur im Stadtteil ein höherwertigeres Branchensegment. Infrastrukturell ist das Pelikanviertel durch drei Stadtbahnlinien mit dem Zentrum verbunden, das in neun Fahrminuten erreicht werden kann. Ebenso sind über die Podbielskistraße in kurzer Entfernung die A 2, A 37 und der Messe-Schnellweg zu erreichen, so dass das Gebiet auch hinsichtlich der Individualverkehrerschließung günstig gelegen ist. Als Naherholungsgebiet ist vor allem die Nähe zum Stadtwald Eilenriede kennzeichnend.



Abb. 13 und 14: Pelikanviertel
Quelle: Eigene Fotos 2007

Reiheneinfamilienhausgebiet

6) Deisterhof

Auf dem Gelände eines alten Autohofes wurde 1999 das erste innenstadtnah gelegene Einfamilienhausgebiet in Form von 14 Reihenhäusern in zwei Reihen gebaut. In die vordere Häuserreihe wurde der Schornstein einer alten Maschinenfabrik integriert, die 1933 ihren Betrieb auf dem Gelände aufgegeben hat. Bauträger ist das Architekturbüro Hübötter & Stürken, das auch die Planungen für das Gebiet durchgeführt hat. Die Häuser haben in einer unterschiedlichen Raumaufteilung 5-7 Zimmer bei einer Größe von circa 125 m². Damals kosteten die Häuser 420.000 DM. Bis heute hat in nur zwei Häusern ein Bewohnerwechsel stattgefunden so dass die Bewohnerfluktuation sehr gering ist. Die Vermarktung der Häuser erfolgte fast ausschließlich über „Mundpropaganda“, was darauf hinweist, dass sie sehr schnell veräußert waren (Interview Architekturbüro Hübötter & Stürken).

Die Merkmale des Gebietes lassen sich an der umfassenden Verwendung von Holzmaterialien erkennen (beispielsweise Fenster und Fassaden), auch wurden Aspekte der Niedrigenergiebauweisen (nach den damaligen Maßstäben) umgesetzt. Zudem sind die Dächer begrünt, um das Mikroklima des hochverdichteten Wohnstandortes zu verbessern. Wie in den Mischgebieten wurden auch im Deisterhof die Außenanlagen wie Gartenhaus und -zaun in die Planungen mit einbezogen, um ein homogenes Erscheinungsbild zu erzielen und eine „Baumarkttdylle“ zu vermeiden (Interview Architekturbüro Hübötter & Stürken).



Abb. 15 und 16: Deisterhof
Quelle: Eigene Fotos 2007

Das Gebiet ist in einem Hinterhof der Deisterstraße gelegen, die als Verbindung zwischen dem Deisterkreisel und dem Platz Schwarzer Bär als Hauptverkehrsstraße sehr stark befahren ist. Wie das Ahrberg-Viertel gehört der Deisterhof zum Stadtteil Linden-Süd (vgl. Nr. 1), wobei der Deisterhof an der Deisterstraße außerhalb des Hinterhofes größere Nachteile hinsichtlich seiner Lage (Verkehrsbelastung) zu verzeichnen hat. Jedoch liegt das Neubaugebiet näher zum Platz Schwarzer Bär, wodurch eine größere Nähe zum Stadtteil Linden-Mitte gegeben ist (vgl. Nr. 7) und kulturelle Einrichtungen (beispielsweise das Veranstaltungszentrum Capitol oder das Theater am Küchengarten) schneller erreicht werden können.

Mittlerweile wurde das Gebiet durch die Firma Weber-Massivhaus um weitere 11 Reihenhäuser und sechs Drive-In-Häuser ergänzt. Zum Zeitpunkt der empirischen Erhebung waren diese Häuser aber noch nicht fertig gestellt, so dass sie nicht Bestandteil der Untersuchung sind.

Mischgebiete

7) Gilde Carré

Nachdem die Gilde-Bierbrauerei 1997 im Stadtteil Linden-Mitte geschlossen wurde, hat die Ostland Wohnungsgenossenschaft eG das Grundstück von fast 22.000 m² Fläche zwischen der Blumenauer Straße, Stephanusstraße und Gartenallee von der Brauerei gekauft. Realisiert wurden 67 Einfamilienreihenhäuser, die sich nur durch kleinere architektonische Merkmale (zum Beispiel Dachterrassen) unterscheiden. Insgesamt wirkt das Gebiet durch einen einheitlichen Architekturstil sehr homogen, die vom Architekturbüro Hübötter & Stürken geplanten Häuser wurden alle in roten Ziegelsteinen errichtet. Anders als das Einfamilienhausgebiet Deisterhof (vgl. Nr. 6) liegt das Gilde Carré nicht in einer Hinterhoflage, so dass das Viertel von Gründerzeitbebauung und einer innerstädtischen Großwohnsiedlung umrahmt ist. Um dennoch insbesondere die Außengrundstücke vor Einsicht abzuschirmen, wurden die Fassaden der Reihenhäuser jeweils mit einer Ziegelsteinmauer verlängert, wodurch zwar eine Privatsphäre in den Gärten möglich ist, jedoch das Gebiet insgesamt abgeschlossen wirkt und einem Durchqueren des Gebietes von Passanten entgegensteht.

Obwohl der Träger des Bauvorhabens die Genossenschaft Ostland eG ist, wurden alle Häuser zum Kauf angeboten. Errichtet wurden Häuser zwischen 115 m² und 167 m², deren Grundstückspreis 300 €/m² beträgt. Die Gesamtkosten für die Häuser liegen zwischen circa 200.000 € und 315.000 € (Interview Ostland eG). Ergänzt wird das Gebiet durch Wohnungen, die von der Genossenschaft vermietet werden. Eine Besonderheit hierbei ist sowohl die Realisierung eines gemeinschaftlichen Wohnprojektes als auch die Errichtung einer Seniorenwohnanlage durch die Arbeiterwohlfahrt mit 67 Wohneinheiten (Genossenschaft Ostland eG, Internetquelle 8, Stand: 24.10.2008). Das Wohnprojekt ist durch den Verein „Wohnkonzept 12“ initiiert worden, der bei seiner Suche nach einem Träger

für das gemeinschaftliche Wohnen auf die Ostland eG getroffen ist (Interview Wohnkonzept 12). Errichtet wurden insgesamt 15 Wohnungen (vier Dreizimmerwohnungen und elf Zweizimmerwohnungen) und ein Gemeinschaftsraum mit zwei Gästezimmern (LBS 2005, S. 8). Entsprechend einem gemeinschaftlichen Wohnkonzept ist es das Ziel der Wohnanlage, den Gemeinschaftssinn durch gemeinsame Aktivitäten zu stärken, wobei dennoch jeder Bewohner aufgrund seiner abgeschlossenen Wohnräume eine Privatsphäre besitzt. Anders als die Seniorenwohnanlage waren die Wohneinheiten für das Wohnprojekt 2007 fertig gestellt, so dass auch die Bewohner dieser neuen Wohnform zu den Befragten gehören.

Charakteristisch für das Wohngebiet ist seine spezielle Lage, die sich einerseits durch die Einbindung in den gründerzeitlichen Stadtteil Linden-Mitte beschreiben lässt, andererseits von der Großwohnsiedlung Ihme-Zentrum auf der gegenüberliegenden Seite an der Blumenauer Straße bedingt wird. Obwohl nur ein Teil der Wohnungen im Ihme-Zentrum zum sozialen Wohnungsbau gehört und ein Großteil seit dem Bau des Wohngebietes in den 1970er-Jahren in Form von Eigentumswohnungen angeboten wird, hat das Wohngebiet ein schlechtes Image. Dieses wird zum einen durch die Medien bewirkt, zum anderen trägt auch die seit Jahrzehnten leer stehende Geschäftszeile (mit Ausnahme einzelner Spezialgeschäfte wie einem Modelleisenbahnladen) in der Großwohnsiedlung hierzu bei. Im Jahr 2006 hatte die Stadt Hannover einen Investor und Projektentwickler gefunden, der insgesamt 200.000 m² Einzelhandelsfläche, Büros, Wohnungen und Tiefgaragenparkplätze erworben hat. Durch ein umfassendes Sanierungsprogramm wurde ein tragfähiges Konzept für das Ihme-Zentrum entwickelt, dessen Ziel es war, die Immobilien nach der Sanierung wieder zu verkaufen (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 05.10.2006; 06.10.2006a; 06.10.2006b). Ein Teilelement der Pläne war die Umgestaltung der Einkaufszone zum so genannten „Linden-Park“, einem Fachmarktzentrum mit unterschiedlichen Mietern. Aufgrund eines Insolvenzverfahrens der US-amerikanischen Fondsgesellschaft, an die der Immobilienbestand inzwischen verkauft wurde, wurden die Sanierungsarbeiten im Frühjahr 2009 vor Fertigstellung eingestellt (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24.02.2009; 25.02.2009).

Anders als Linden-Süd sind in Linden-Mitte deutlich weniger Menschen von Transferleistungen abhängig (17,6%) und haben seltener einen Migrationshintergrund (22,8%, Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. III-5, IX-5). Diese Sozialstruktur ist historisch verankert, denn Linden-Mitte hat bereits im Industriezeitalter speziell um den Lindener Marktplatz höheren Angestellten und Unternehmern Wohnraum geboten. Vor allem in den 1990er-Jahren hat sich der Stadtteil durch Aufwertungsprozesse im Gründerzeitwohnungsbestand gewandelt, was dazu führte, dass mittlerweile beispielsweise Geschäfte mit biologischen Produkten, aber auch Juweliere und Hutgeschäfte als höherwertige Einzelhandelsinfrastruktur im Gebiet vorzufinden sind. Zudem sind im Stadtteil unter anderem diverse Kleinkunstabühnen, Ateliers, Bars, Restaurants und ein Wochenmarkt gelegen, wodurch die Angebotsvielfalt im Freizeitsegment sehr groß ist. Ebenso liegt das Gilde



Abb. 17 und 18: Gilde Carré
Quelle: Eigene Fotos 2007

Carré in der Nähe zu der Universität, dem Apollo-Kino in Linden-Nord und dem Fluss Ihme, der der Naherholung dient.

Verkehrsinfrastrukturell ist das Wohngebiet sehr gut erschlossen, da das Zentrum (Hauptbahnhof) in sechs Minuten mit der Straßenbahn von der Haltestelle Küchengarten erreicht werden kann. Über den Platz Schwarzer Bär, der mit zwei weiteren Straßenbahnlinien erschlossen ist, wird die im Zentrum gelegene Station Kröpcke in fünf Minuten erreicht. Des Weiteren sind die B 6 und B 441 in unmittelbarer Nähe, wodurch das Neubaugebiet auch hinsichtlich des Individualverkehrs gut angebunden ist.

8) Modern Art

In unmittelbarer Nachbarschaft zu den Herrenhäuser Gärten wurde 2003 das Wohngebiet Modern Art mit 14 Wohnungen und sechs Atriumhäusern fertig gestellt. Das von den Architekten Kellner, Schleich und Wunderling entworfene Gebiet ist an die Bauhaus-Architektur angelehnt und zeichnet sich durch quadratische, schlichte Formen aus. Die Wohnungen haben raumhohe Fensterfronten und sind zwischen 55 m² und 146 m² (als Maisonette) groß. Von der NILEG (vgl. Nr. 2) wurden die Immobilien als Eigentumsobjekt angeboten. Insgesamt soll das Neubaugebiet höherwertigem Wohnen entsprechen und einen einkommensstarken Nachfragerkreis (ohne Kinder) ansprechen (Interview Stadtplanungsamt Hannover).

Gelegen ist das Neubaugebiet im Stadtteil Herrenhausen an der Alten Herrenhäuser Straße, in direkter Nachbarschaft zu den Herrenhäuser Gärten. Zu den Gärten gehört das Herrenhausen Museum, dessen Gelände von einer Mauer umschlossen ist. Stadtgestalterisches Ziel war es, diese Mauer fortzuführen, weshalb das angrenzende Modern Art ebenfalls ummauert ist (Interview Stadtplanungsamt Hannover).



Abb. 19 und 20: Modern Art
Quelle: Eigene Fotos 2007

Verkehrsinfrastrukturell ist das Gebiet durch zwei Straßenbahnen angeschlossen, mit denen das Zentrum Hannovers in acht Fahrminuten erreicht werden kann. Gastronomische und kulturelle Angebote können in den Herrenhäuser Gärten wahrgenommen werden, wo regelmäßig Veranstaltungen stattfinden. Die Gärten werden durch diverse Parkanlagen in der Umgebung ergänzt, die zusammen mit dem Landschaftsschutzgebiet der Leine als Naherholungsraum dienen. Obwohl Herrenhausen insgesamt einen relativ hohen Anteil an Personen mit Transferleistungen (21,2%) und Migrationshintergrund hat (36,4%), wohnen diese in der Regel im entlegeneren westlichen Bereich des Stadtteils. Die Bewohnerstruktur in der Umgebung des Modern Art ist hingegen sozioökonomisch relativ homogen und einkommensstark (Interview Stadtplanungsamt Hannover, Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. III-5, IX-5).

9) Heisehof

Ein Neubaugebiet mit vier Wohnungen, 13 Reihenhäusern und acht Maisonettes wurde in der Heisenstraße in der Nordstadt realisiert. Hier wurde darauf geachtet, unterschiedliche Wohnungsgrößen zu konzipieren und das Gebiet für möglichst viele Haushaltsformen attraktiv zu gestalten. Von den agsta-Architekten und Ingenieuren wurde das Gebiet gestaltet und geplant, dessen Bauträger die Weber Massivhaus GmbH ist. Alle 25 Wohneinheiten wurden verkauft. Auch in diesem Wohngebiet wurde auf eine homogene Architektur geachtet, und auch die privaten Außenbereiche wurden in die Planung einbezogen. Die Häuser gruppieren sich zum Großteil um einen Hof, der Kindern zum Spielen dienen soll, aber auch den Anwohner Platz für Nachbarschaftskontakte bietet. Ursprünglich sollten im Heisehof ausschließlich Reihenhäuser entstehen, doch wurde nach Rückgriff

auf die Sinus-Bewohneranalyse ein gemischtes Konzept umgesetzt. Der Grund ist, dass in der Nordstadt aufgrund der Universitätsnähe vorrangig junge einkommensschwächere Hedonisten wohnen, die nach Erfahrungen eher in Wohnungen als Häusern leben (Interview Weber Massivhaus). Die Reihenhäuser kosten mit einer Nutz- und Wohnfläche von circa 145 m² ab 212.000 € und die Wohnungen mit circa 90 m² ab 160.000 € (Internetquelle 10, Stand: 27.10.2008). Die Preise waren an gutachterliche Vorgaben gebunden, da das Neubaugebiet in einem offiziellen Sanierungsgebiet liegt (Interview Stadtplanungsamt Hannover). Das Gebiet wurde 2006 fertig gestellt.

Die Nordstadt zeichnet sich, wie auch Linden-Süd, als ehemaliger Arbeiterstadtteil durch entsprechende Infrastruktur im kleinteiligen Einzelhandel und milieuspezifische Gastronomie aus. Von 1984 bis Ende 2008 war die Nordstadt offizielles Sanierungsgebiet, wobei auch hier, wie in Linden-Süd (vgl. Nr. 1), auf sozialverträgliche Maßnahmen geachtet wurde. Wie in Linden-Süd sind in der Nordstadt der Migrantanteil mit 30,5% und der Anteil an Empfängern von Transferleistungen (19,3%) im Vergleich zum hannoverschen Mittel überdurchschnittlich hoch (Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. III-5, IX-5). Anders als Linden-Süd hat die Nordstadt jedoch das Image eines alternativen Stadtteils, denn er ist sowohl Universitätsstandort als auch Wohngebiet einer größeren Punkszene, die vor allem bei den Chaostagen 1995 in der Nordstadt für Aufsehen gesorgt hat. Kennzeichnend waren Hausbesetzungen wie die der ehemaligen Sprengel-Süßwarenfabrik oder der Wohngebäude, die vor der Errichtung des Neubaugebietes in der Heisenstraße standen (Interview Stadtplanungsamt Hannover).



Abb. 21: Heisehof

Quelle: Eigenes Foto 2007

Infrastrukturell ist der Heisehof über den Engelbosteler Damm sehr gut erschlossen, wo es diverse Einkaufsmöglichkeiten gibt und von wo aus zwei Stadtbahnen in das Zentrum fahren. Dieses kann in vier Minuten erreicht werden. Ebenso liegt das Neubaugebiet in der Nähe verschiedener Parks und Grünanlagen, wodurch die Naherholungsfunktion gewährleistet ist.

10) Gartenstadt Kleefeld

Auf dem Gelände der ehemaligen Internationalen Schule wurden seit 2000 24 Reihenhäuser und 24 Eigentumswohnungen errichtet, wobei das Gebiet 2003 mit dem BDA-Preis Niedersachsen mit Anerkennung ausgezeichnet wurde. In Erweiterung der 1927 entwickelten angrenzenden Gartenstadt Kleefeld beplanten die Architekten BBP (Bertram Bünemann & Partner GmbH) das Gebiet und griffen hierbei Elemente der alten Gartenstadt (z. B. dunkelroter Ziegelstein) auf. Bauträger dieses Neubaugebietes ist die Zech Immobilien GmbH, die Wohneinheiten zwischen 155 m² und 221 m² (Häuser) und 71 m² und 254 m² (Wohnungen) realisiert hat (Internetquelle 2, Stand 03.11.2008). Wie auch der Heisehof, gruppieren sich die Häuser der Gartenstadt Kleefeld um einen Platz, der der Nachbarschaftsbildung dienen soll.

Kennzeichen des Gebietes ist seine Nähe zur denkmalgeschützten alten Gartenstadt Kleefeld und ein umfangreicher alter Baumbestand, also gewachsene Strukturen. Fußläufig ist zudem der Stadtwald Eilenriede zu erreichen, und auch stadtauswärts im Stadtteil Kirchrode befinden sich diverse Grünflächen (z. B. der Tiergarten). Infrastrukturell ist das Untersuchungsgebiet in der Wallmodenstraße über Straßenbahnen in der Kirchröder Straße an das Zentrum angebunden, das in zehn Minuten erreicht wird. Auch ein Nahverkehrszug hält in unmittelbarer Nähe, mit dem eine Fahrt in die Innenstadt drei Minuten dauert.

Ähnlich wie der Stadtteil Herrenhausen ist auch Kleefeld räumlich nach sozioökonomischen Kriterien zweigeteilt. Südlich der Bahnschienen, wo auch die Gartenstadt liegt,



Abb. 22 und 23: Gartenstadt Kleefeld
Quelle: Eigene Fotos 2007

leben einkommensstärkere Bewohnergruppen und nördlich der Bahntrasse wohnen aufgrund zahlreicher Sozialwohnungen und eines sanierungsbedürftigen Wohnungsbestandes der Genossenschaft Kleefeld-Buchholz eG eher einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen (Interview Stadtplanungsamt Hannover). Der Anteil an Personen mit Bezug von Transferleistungen beträgt in Kleefeld 16,6% und der Migrantanteil 22,9%.

11) Lister Blick

Das größte der Untersuchungsgebiete ist der auf dem ehemaligen Gelände der Firma Bahlsen direkt am Mittellandkanal gelegene so genannte Lister Blick. Errichtet hat die NILEG (vgl. Nr. 2) insgesamt 56 Eigentumswohnungen (inklusive 8 Maisonettes) und 128 Einfamilienhäuser, wobei jedoch weder alle Wohnungen noch alle Häuser zum Zeitpunkt der Erhebung 2007 fertig gestellt waren. Insgesamt unterscheidet das Neubaugebiet von den vorherigen Wohngebieten nicht nur seine Größe, sondern auch, dass dort unterschiedliche Architekturstile umgesetzt wurden (Architekturbüro Venneberg und Zech). Zwar ist eine Homogenität dahingehend gegeben, dass alle Häuser gleichen Typs eine gleiche Architektur aufweisen, doch wurden die Reihen-, Doppel-, Grachten- und Atriumhäuser in unterschiedlichen Stilen gebaut und weisen verschiedene Größen und Qualitätsstandards auf. Ein Reihenhaus mit 136 m² Wohn- und Nutzfläche kostet beispielsweise 229.900 €, ein Grachtenhaus, das am künstlichen Kanal mit 216 m² Nutz- und Wohnfläche realisiert wurde, kostet 319.000 € und ein Atriumhaus mit 181 m² Fläche 315.000 € (NILEG 2004, S. 5). Die Mehrgeschosswohnungsgebäude hingegen sind alle gleichen Architekturstils, und eine Dreizimmerwohnung mit 137 m² Wohn- und Nutzfläche kostet 219.800 €.

Zukünftig ist geplant, das Gebiet durch eine Büro- und Geschäftszeile zu ergänzen. Hierbei kommt dem Geschäftsbereich einerseits die Funktion der Nahversorgung für die Anwohner zu, andererseits ist das Gewerbegebiet als Lärmbarriere zur Hauptverkehrsstraße Podbielski konzipiert.



Abb. 24 und 25: Lister Blick
Quelle: Eigene Fotos 2007

Durch seine Lage am Mittellandkanal, jedoch auch durch die fußläufige Erreichbarkeit des Stadtwaldes Eilenriede, weist der Lister Blick eine hohe Naherholungsqualität auf. Verkehrsinfrastrukturell ist das Gebiet durch die Podbielskistraße, aber auch durch seine Nähe zu der A 2, A 37 und dem Messe-Schnellweg sehr gut angebunden. Mit den Stadtbahnlinien 3, 7 und 9 ist das Zentrum Hannovers in elf Minuten zu erreichen (vgl. Nr. 5).

Obwohl bei der Kurzcharakterisierung der Untersuchungsgebiete bereits auf den soziostrukturellen Kontext der jeweiligen Stadteile verwiesen wurde, dienen die Überblickskarten in Abbildung 26 und 27 einer zusammenfassenden Einordnung. In den Karten sind stadtweit die Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung sowie die jeweiligen Anteile an Personen mit Bezug von Transferleistungen darge-

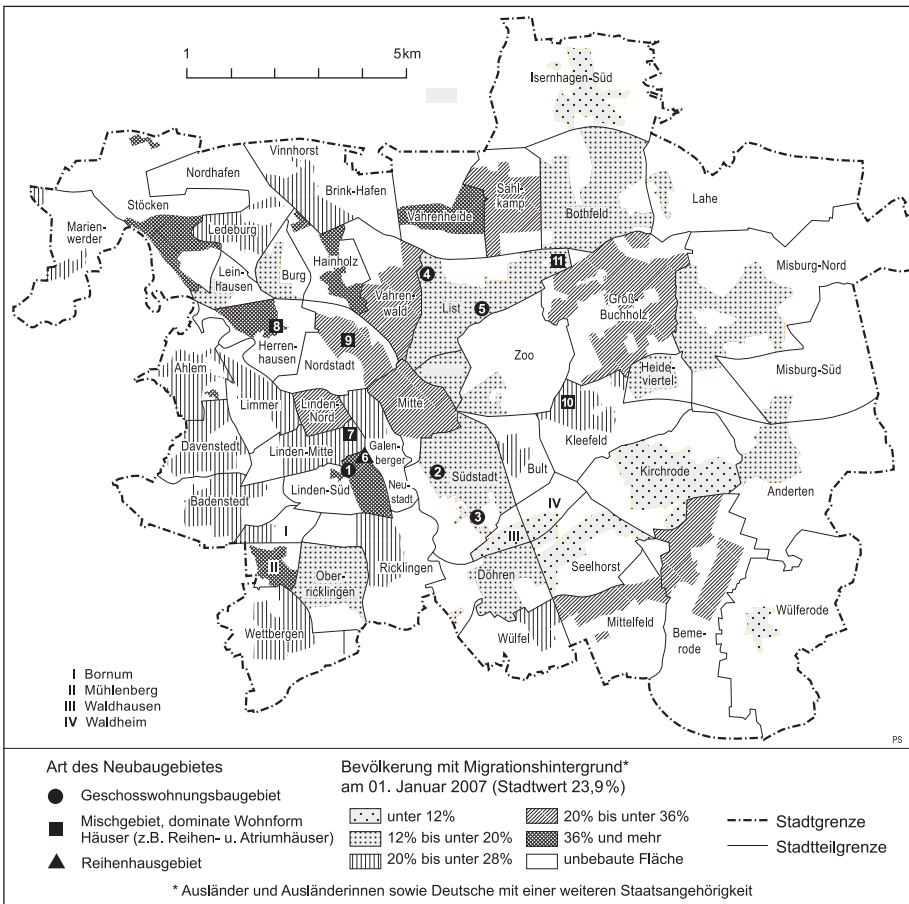


Abb. 26: Personen mit Migrationshintergrund in Hannover 2007
Quelle: Eigener Entwurf nach Landeshauptstadt Hannover (2007a, S. III-1, III-5)

stellt. Deutlich wird in den graphischen Darstellungen ein großräumiges Ost-West-Gefälle in der Stadt, wobei in den ehemaligen Gründerzeitvierteln im Westen des Stadtgebietes deutlich mehr Personen mit Migrationshintergrund und Bezug von Transferleistungen leben als im Osten. In Abbildung 30 ist in Ergänzung zu den Kurzcharakterisierungen der einzelnen Untersuchungsgebiete die Verteilung der Naherholungsräume in der Stadt dargestellt. Diese Abbildung veranschaulicht die Lage der Neubaugebiete in Bezug auf Grün- und Freiflächen.

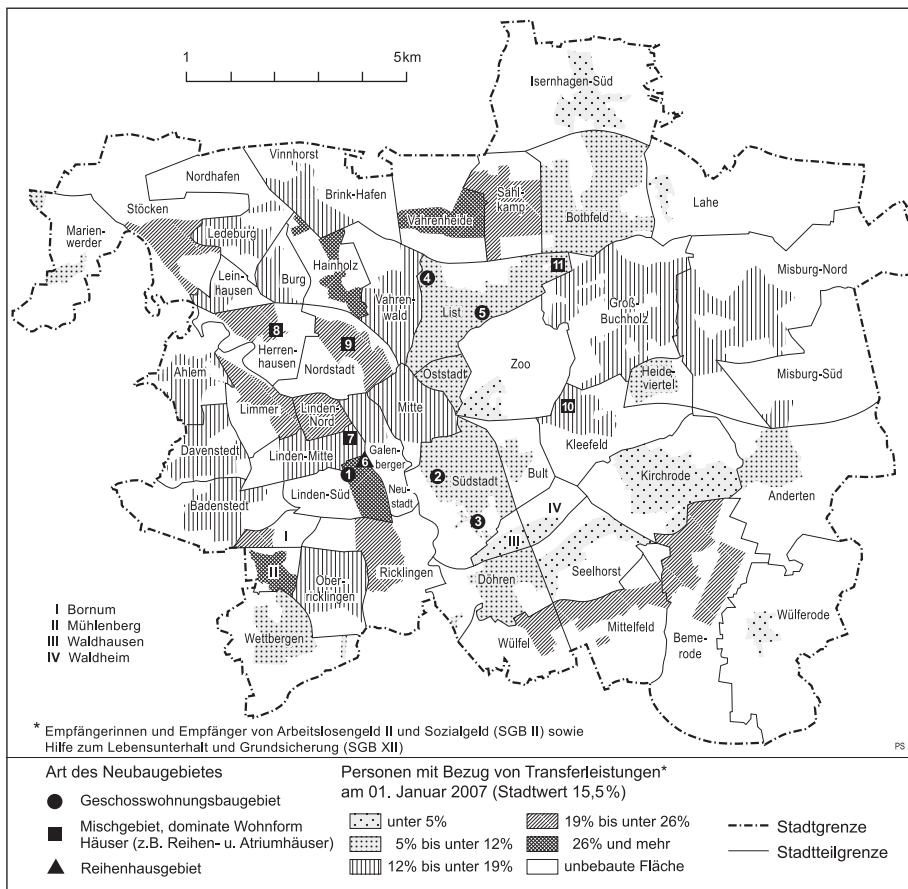


Abb. 27: Personen mit Bezug von Transferleistungen 2007

Quelle: Eigener Entwurf nach Landeshauptstadt Hannover (2007a, S. IX-1, IX-5)

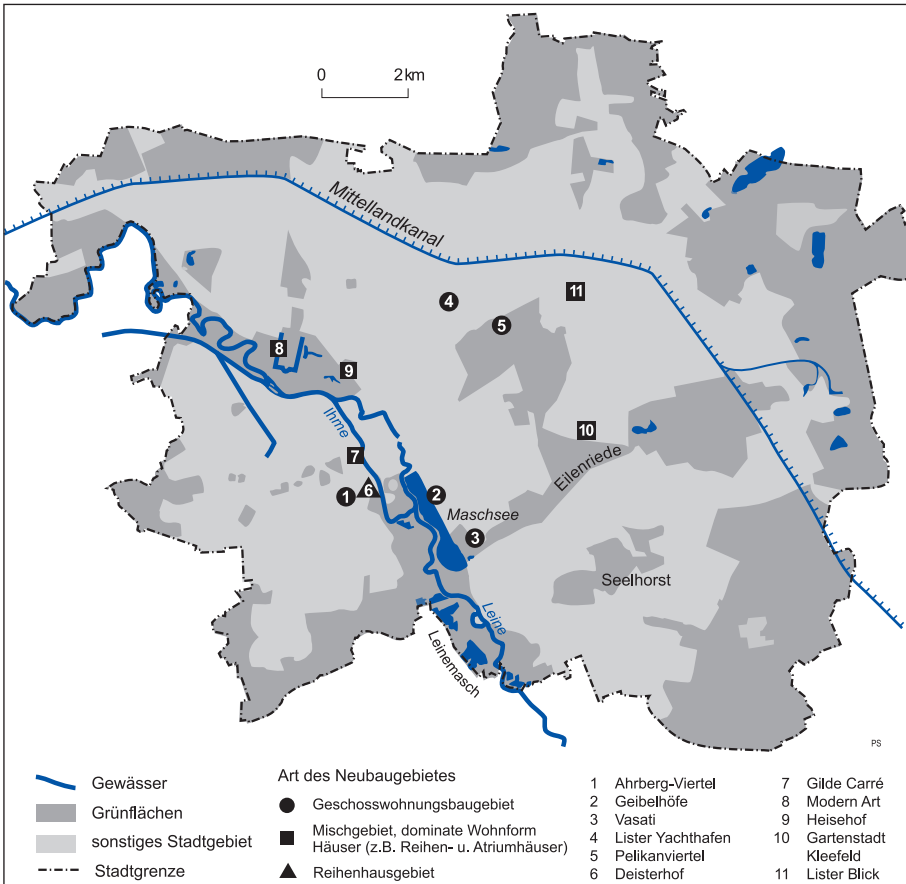


Abb. 28: Naherholungsflächen in Hannover
Quelle: Eigener Entwurf

4.3 Methodik

Standen sich ehemals quantitative und qualitative Methoden der empirischen Forschung als unvereinbar gegenüber, so mehren sich insbesondere seit den 1980er-Jahren die Forschungsarbeiten, in denen beide Vorgehensweisen verbunden werden (KELLE 2007, S. 40). Die Gründe für eine Unvereinbarkeit werden vor allem in den konzeptionellen Ansätzen beider Arbeitsrichtungen gesehen, wobei sich quantitative Methoden auf das Paradigma des Kritischen Rationalismus beziehen. Das beinhaltet, dass mit der empirischen Erhebung versucht wird, die objektive Realität, die Wirklichkeit, abzubilden – oder sich ihr zumindest weitgehend anzunähern (REUBER & PFAFFENBACH 2005, S. 30 ff.). Der Leitgedanke der quantitativen Forschung kann von daher darin gesehen werden, durch die Messung bestimmter Phänomene anhand repräsentativer Stichproben die Ergebnisse

zu verallgemeinern und allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten abzuleiten (FLICK 2007, S. 24). Qualitative Forschungsansätze gehen hingegen von der Hypothese aus, dass es keine objektiv erfassbare Realität gibt, sondern die Wirklichkeit subjektiv konstruiert wird. Das Ziel der qualitativen Forschung ist es deshalb, die von den Individuen subjektiv wahrgenommenen Rahmenbedingungen zu analysieren und zu verstehen, innerhalb derer Handlungen erfolgen (MEIER KRUKER & RAUH 2005, S. 5; REUBER & PFAFFENBACH 2005, S. 30 ff., 105 ff.).

Werden quantitative und qualitative Forschungsansätze in Verbindung gesetzt, so ist dies häufig durch eine Über- und Unterordnung gekennzeichnet, bei der qualitative Methoden Theorien oder Hypothesen explorativ generieren, die durch quantitative Methoden in einem zweiten Schritt überprüft werden (LAMNEK 2002, S. 157). Hierdurch dominiert in Forschungsdesigns mit verschiedenen Erhebungsansätzen in der Regel ein empirisches Instrument, bei dem qualitative Methoden zumeist die Funktion eines „illustrativen Stellenwertes“ erhalten (FLICK 2007, S. 41 f.) und Aussagen aus Interviews die standardisiert zu überprüfenden Indikatoren generieren. In der Folge können die quantitativ erhobenen Ergebnisse die qualitativen entweder bestätigen oder auch widerlegen. Aufgrund der unterschiedlichen theoretischen Ausrichtungen von qualitativen und quantitativen Methoden (Konstruktivismus und Realismus) sollten beide Arbeitsrichtungen jedoch als komplementär betrachtet und entweder hinsichtlich unterschiedlicher Fragestellungen eingesetzt werden oder verschiedene Aspekte desselben Gegenstandes erheben. Durch diese Triangulation ist es möglich, die Erhebungsgrenzen der jeweiligen Einzelmethoden zu ergänzen und die „blinden Flecken“ einer empirischen Untersuchung zu verringern (FLICK 2007, S. 44 ff.; KELLE 2007, S. 232). Eine sinnvolle Kombination beider Forschungsansätze ist beispielsweise dann gegeben, wenn durch qualitative Methoden Handlungen und Handlungsmotive einer Untersuchungsgruppe erhoben werden, die durch strukturelle Rahmendaten in quantitativ-standardisierten Verfahren ergänzt werden (DÜNCKMANN 2006, S. 54). Auch KELLE und ERZBERGER (1999, S. 527) halten eine Methodenkombination für unerlässlich, wenn sich die Erhebungen auf die Handlungsoptionen individualisierter Akteure beziehen, da sich durch die Optionsvielfalt (Individualisierung) moderner Gesellschaften Handlungsmotive nur schwer quantitativ erheben lassen.

Den Grundgedanken der Triangulation entsprechend wird das vorliegende Forschungsdesign an einem Methodenmix ausgerichtet. Beide Erhebungsinstrumente (hier quantitative Fragebogenerhebung und qualitative leitfadengestützte Interviews, s. u.) werden als komplementär betrachtet, da sie jeweils unterschiedliche Teilbereiche der Fragestellung beantworten sollen. Zu begründen ist dieser Ansatz damit, dass insbesondere die vielfältigen Dimensionen der Individualisierungsthese, wie zum Beispiel der Lebensstilansatz, in der Regel mittels quantitativer Methoden erhoben werden (BURZAN 2008, S. 89 ff.). Andererseits werden Wohnstandortentscheidungen subjektiv getroffen, so dass hierfür

ein auf das Verstehen ausgerichteter Erhebungsansatz ausgewählt wird. Zwar wurden beide Methoden an derselben Untersuchungsgruppe durchgeführt, was bedeutet, dass die Personen, die ein Interview gegeben haben, zuvor einen Fragebogen ausgefüllt haben (was in den Interviews erfragt wurde), doch ist eine nachträgliche fallbezogene Zusammenführung der Ergebnisse aufgrund der zugesicherten Anonymität in der Fragebogenerhebung nicht möglich. Durch diese Einschränkung lassen sich keine Rückschlüsse von den in den Interviews erhobenen Motiven auf konkrete statistische Rahmendaten der Befragten in den jeweiligen Fragebögen ziehen, wobei dieses Problem dadurch versucht wurde einzugrenzen, dass die Interviewten gebeten wurden, Angaben zu ihrem Alter und der Haushaltszusammensetzung zu machen (s. u.). Dennoch werden im abschließenden Kapitel der Arbeit die Ergebnisse aus der Fragebogenerhebung mit denen der Interviews auf einer aggregierten Ebene in Verbindung gesetzt, wodurch sich die Ergebnisse ergänzen und eine Schlussfolgerung auf die Fragestellungen formuliert werden kann.

Obwohl es wünschenswert wäre, im Zusammenhang mit der Individualisierungsthese und ihren Rückkoppelungen auf Wohnstandortmotive Längsschnittdaten zu analysieren, gibt eine Untersuchung wie im vorliegenden Beispiel nur Auskunft zu einem bestimmten Befragungsmoment, so dass aufgrund der erhobenen Querschnittdaten keine fundierten Aussagen zu vergangenen Entwicklungen möglich sind. Deshalb wurde es als ein notwendiger „methodischer Bestandteil“ der Arbeit erachtet, die theoretischen Grundlagen einzeln darzustellen, um hierdurch Hintergrundinformationen zu vergangenen Prozessen sowohl im Kontext des sozialen Wandels als auch hinsichtlich der stadtentwicklungsrelevanten Veränderungen aufzuzeigen. Hierdurch sind die erhobenen Daten einordbar.

Im theoretischen Konstrukt der Arbeit wird in Kapitel 2.1 die Mehrdimensionalität aufgezeigt, innerhalb derer der soziale Wandel seit den 1960er-Jahren die Gesellschaftsstruktur verändert hat. Um zu erheben, inwiefern sich die Haushalte innenstadtnaher Neubaugebiete durch Merkmale charakterisieren, wie sie mit dem sozialen Wandel einhergehen, wurde ein Fragebogen konzipiert, der entsprechende strukturelle und soziokulturelle Merkmale erfassen soll. Zwar wäre es prinzipiell möglich gewesen, diese Charakteristika auch in den Interviews mit den Bewohnern zu erheben, doch sollte der Fokus der Gespräche auf dem Verstehen der subjektiven Entscheidungsgründe für das städtische Wohnen liegen, so dass der komplexe Bereich des sozialen Wandels von den Interviews einerseits aufgrund der Gesprächslänge ausgeklammert wurde, andererseits sollte hierdurch eine direkte Beeinflussung der Befragten möglichst umgangen werden. Deshalb wurden die Erhebungen in zwei verschiedenen Phasen durchgeführt, wobei die Fragebögen im Januar 2007 an alle Haushalte verteilt wurden und im April und Mai 2007, in der zweiten empirischen Phase, die Interviews mit einem theoretischen Sample von 32 Personen erfolgten. Als günstig erwies sich, dass durch die zeitliche Versetzung einzelne Aspekte aus der Fragebogenerhebung in den Gesprächsleitfaden der Bewohnerinterviews

integriert werden konnten, wodurch Teilbereiche aufgegriffen und vertieft wurden. Dies betraf insbesondere Fragen zu der Wohnbiographie und Alltagsgestaltung der Bewohner.

Quantitative Erhebung

Konzipiert wurde der Fragebogen so, dass er Indikatoren aufgreift, die Aspekte der Wohnbiographie, der Haushaltszusammensetzung, soziostruktureller Merkmale der Bewohner und ihrer Lebensstile analysiert. Ergänzt werden diese Aspekte durch Fragen zur Wohnzufriedenheit und Wohnstandortwahl. Letztere beziehen sich auf Merkmale der Urbanität und möglicher alternativer Wohnstandorte. Orientiert wurde die Konzeptionierung der Fragen an den aufgezeigten theoretischen Hintergründen, erweitert durch Fragen zur Wohnbiographie, da es hierdurch möglich ist, einerseits die Zahl der Reurbaniten zu erheben, andererseits hinterfragt werden kann, ob bestimmte Wohnerfahrungen Wirkungen auf die städtische Wohnstandortwahl haben. Das primäre Ziel der Lebensstilanalyse ist es aufzuzeigen, ob es einen dominanten Lebensstil in den Untersuchungsgebieten gibt, der in der Reurbanisierungsdiskussion vor allem durch extrovertierte Lebensweisen und Selbstverwirklichung gekennzeichnet ist (vgl. für die Operationalisierung der Lebensstile und Typengenerierung Kapitel 5.3.1). Verfasst wurde der Fragebogen durch geschlossene und offene Fragen, bei denen in Zustimmungsfragen die Mittelkategorie ausgelassen wurde. Hierdurch sollte erreicht werden, dass die Befragten eine bestimmte Meinung äußern und nicht die Mitte wählen (PILSHOFER 2001, S. 14). Die Abstufungen für die Antworten erstreckten sich in diesen Fragen von 1 (trifft voll und ganz zu) bis 4 (trifft gar nicht zu).

Durchgeführt wurde die Fragebogenerhebung mittels einer postalischen Befragung aller 681 Haushalte in den Untersuchungsgebieten. Den Bögen wurde jeweils ein frankierter Rückumschlag beigelegt. Anzumerken ist, dass die Zahl der ausgetragenen Fragebögen in den einzelnen Untersuchungsgebieten von der zu erwartenden Anzahl abweichen kann (vgl. Angaben zu den Wohneinheiten in den Neubaugebieten in Kapitel 4.2.2), da zum Zeitpunkt der Erhebung entweder noch nicht alle Wohneinheiten fertig gestellt oder einige nicht belegt waren (vgl. Tabelle 6). Um die Rücklaufquote zu erhöhen wurde den Bewohnern die Möglichkeit gegeben, sich im Internet über das Projekt detaillierter zu informieren, um die Transparenz des Vorhabens zu erhöhen. Des Weiteren wurde zwei Wochen nach dem Zugang der Fragebögen ein Erinnerungsschreiben an alle Haushalte verteilt, wodurch ebenfalls die Rücklaufquote erhöht werden konnte. Obwohl der Fragebogen in seiner endgültigen Fassung elf Seiten lang ist (als Broschüre gedruckt), haben ihn 52,3% der Haushalte ausgefüllt zurückgeschickt. Die Rücklaufquote variiert jedoch zwischen 33,9% im Lister Yachthafen und 71,4% im Deisterhof. Dadurch, dass die Fragebögen persönlich ausgetragen wurden, war es möglich, durch die intensive Begehung einen tieferen Einblick in die Struktur der Untersuchungsgebiete zu erhalten, was sich insbesondere in den Interviews als hilfreich erwies, wenn die Bewohner auf Details der Wohngebiete zu sprechen kamen.

Tab. 6: Verteilung der ausgetragenen und zurückgeschickten Fragebögen über die Neubaugebiete

Wohngebiet	Anzahl der verteilten Fragebögen	Anzahl der zurückgeschickten Fragebögen	Prozentualer Anteil der zurückgeschickten Fragebögen
1) Ahrberg-Viertel	60	32	53,3
2) Geibelhöfe	31	14	45,2
3) Vasati	97	49	50,5
4) Lister Yachthafen	59	20	33,9
5) Pelikanviertel	125	49	39,2
6) Deisterhof	14	10	71,4
7) Gilde Carré	69	47	68,1
8) Modern Art	13	5	38,5
9) Heisehof	25	15	60
10) Gartenstadt Kleefeld	46	33	71,7
11) Lister Blick	142	82	57,7
Insgesamt	681	356	52,3

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Bevor der Fragebogen an die Untersuchungsgruppe verteilt wurde, erfolgte ein Pretest anhand des Kieler Wohngebietes „Brauereiviertel“, in dem 50 Fragebögen ausgetragen wurden. Um die gleichen Voraussetzungen wie bei der späteren Umfrage in Hannover zu erzielen, wurde auch in Kiel den Fragebögen ein frankierter Rückumschlag beigelegt. Die Rücklaufquote betrug ohne Nachfassaktion 56%. Als Ergebnis aus dem Pretest wurden einzelne Fragen umformuliert oder aus dem Fragebogen herausgenommen. Das Anschreiben der Fragebögen war in Kiel und Hannover allgemein an die Haushalte gerichtet, wobei explizit die Formulierung „Haushaltsvorstand“ als Ansprechperson umgangen wurde, da diese Bezeichnung nicht mehr zeitgemäß erscheint. Der Auswertung kann an dieser Stelle vorweggenommen werden, dass die uneindeutige Adressierung des Anschreibens nicht dazu führte, dass ein Fragebogen beispielsweise von einer minderjährigen Person ausgefüllt wurde. Um Aussagen zu den Gesamthaushalten treffen zu können (beispielsweise hinsichtlich doppelverdienender Paare), wurden die Befragten gebeten, an relevanten Stellen bezüglich der persönlichen Angaben auch für den mit im Haushalt lebenden Partner zu antworten. Ein gesonderter Verweis hierauf erfolgt in den Auswertungskapiteln.

Trotz diverser Nachteile postalischer Erhebungen wurde diese Methode verwendet, da einzelne Vorteile dieses Verfahrens aufgrund der Fragebogenlänge überwiegen. Hierzu

zählt beispielsweise, dass der Fragebogen ausgefüllt werden kann, wenn es den Befragten zeitlich passt (vgl. z. B. HÄDER 2006, S. 236 f.). Bei der Auswertung postalischer Befragungen sind vor allem nachfolgende Aspekte zu beachten (HÄDER 2006, S. 237 f.; KLEIN & PORST 2000, S. 9):

- Verzerrungen der Stichprobe sind infolgedessen möglich, dass nicht kontrollierbar ist, wer den Fragebogen ausfüllt,
- bestimmte Bevölkerungsgruppen sind mit schriftlichen Umfragen nur unterdurchschnittlich zu erreichen. Hierzu zählen ältere Personen (über 60 Jahre), Personen mit einer formal niedrigen Schulbildung und Personen mit einem geringen Monatseinkommen.

Die Auswertung der Fragebögen erfolgt in den nachfolgenden Kapiteln hauptsächlich differenziert nach Wohnformen und nicht nach den einzelnen Wohngebieten, da sich die strukturellen Merkmale der Bewohner eher hinsichtlich der Wohnformen als der Wohngebiete unterscheiden. Hinweise auf Spezifika einzelner Untersuchungsgebiete werden jedoch an den Stellen gegeben, an denen entsprechende Antworten deutlich vom Durchschnitt abweichen.

Qualitative Erhebung

Nach Abschluss der standardisierten Erhebungsphase wurde Anfang März 2007 allen Haushalten ein Brief mit der Bitte verteilt, bei Interesse an einer Teilnahme an einem die Fragebogenerhebung ergänzenden Interview zu den persönlichen Motiven der städtischen Wohnstandortwahl eine beigefügte frankierte Postkarte zurückzusenden. Auf der Postkarte wurden die Bewohner um die Angaben gebeten, in welcher Wohnform und in welchem Besitzverhältnis sie in den Neubaugebieten leben, ob Kinder mit im Haushalt wohnen und wann sie (die Befragten) geboren wurden. Insgesamt haben sich 69 Haushalte zu einem weiterführenden Gespräch bereit erklärt, wovon 32 Haushalte (5% aller Haushalte in den Neubaugebieten) ausgewählt wurden. Hierdurch besitzt die Studie einen explorativen Charakter. Die Auswahl der Gesprächspartner erfolgte theoretisch, indem versucht wurde, alle möglichen Personengruppen („Probleme“) zu erfassen (LAMNEK 2005, S. 188). Neben allen Gebieten, Wohnformen und Besitzverhältnissen wurden sowohl Familien als auch Haushalte ohne Kinder sowie jüngere und ältere Personen in die Stichprobe aufgenommen (vgl. Tabelle 7). In sieben Gesprächen nahmen beide (Ehe-)Partner an den Interviews teil, und in einem weiteren Gespräch wurden zwei sich bekannte Bewohnerinnen zusammen interviewt, da dies gewünscht wurde (die Gespräche wurden in Tabelle 7 entsprechend kategorisiert). Obwohl zunächst angenommen wurde, dass in solchen Gesprächen ein Partner dominierend ist, hat sich in der Regel herausgestellt, dass sich dies als vorteilig erwies, da die Umzüge in die Neubaugebiete teilweise einige Jahre zurückliegen, so dass sich die Paare in ihren Erinnerungen zu den Motiven der Wohnstandortentscheidung und den städtischen Alltagserfahrungen ergänzt haben.

Als geeignete Methode für das Erfassen der Motive der Wohnstandortwahl wurden leitfadengestützte (halbstandardisierte) Interviews angesehen, da angenommen werden kann, dass die Befragten ein umfangreiches Wissen zum städtischen Wohnen haben, das durch offene Fragen erhoben werden kann. Deshalb lag dem Interview ein Leitfaden zu Grunde, anhand dessen inhaltlich interessante und wichtige Bereiche erfasst wurden (LAMNEK 2002, S. 175). Durch den Leitfaden wurden die Gespräche inhaltlich vorstrukturiert, wobei jedoch das Prinzip der Flexibilität und Offenheit gegenüber dem Gesprächsverlauf nicht verloren gehen sollte. Die Fragen im Interview orientierten sich an zwei Befragungsarten. Neben den offenen Fragen, mittels derer die Befragten ihr Wissen zu einem Themenblock erzählen konnten, wurden hypothesengerichtete Fragen gestellt, die sich an wissenschaftlicher Literatur zum Thema orientieren beziehungsweise auf Vorannahmen beruhen. Hierdurch soll das nicht unmittelbar verfügbare Wissen der Befragten erfasst werden (FLICK 2007, S. 203 f.).

Parallel zu den Bewohnerinterviews wurden auch Leitfadengespräche, so weit möglich, mit den Bauträgern der Neubaugebiete geführt, um Informationen zu den Hintergründen der Gebietsentwicklung, den Wohngebieten und der Vermarktung zu erhalten. Ebenso waren Gespräche mit den jeweiligen Stadtteilkoordinatoren des Stadtplanungsamtes Hannover von Bedeutung, in denen die Neubaugebiete realisiert wurden. Hier wurden die Strukturen der Stadtteile und die Entwicklung der jeweiligen Neubaugebiete thematisiert. Ergänzend wurden Interviews mit Mitarbeitern der Flächennutzungsplanung, der Sonderplanung, des Einfamilienhausbüros, der Marketing- und Kommunikationskampagne „Hannover heißt zu Hause“ und des Stadtteilmanagements Linden-Süd geführt. Insgesamt wurden neben den 32 Bewohnerinterviews 15 Gespräche mit Akteuren der Stadt und Bauträgerschaft realisiert.

Im Anschluss an die Interviews wurden die Gespräche transkribiert und analysiert. Zwar zählen prinzipiell formale Kommunikationskriterien wie der Sprachstil zu einer Gesprächsanalyse hinzu (MAYRING 2007, S. 11), doch werden im Folgenden nur die Kommunikationsinhalte in der Auswertung berücksichtigt. Die Kodierung der Gespräche erfolgte in Anlehnung an CROPLEY (2002, S. 129 ff.) in einer ersten Phase durch das Identifizieren von bestimmten „Inhaltseinheiten“. In einem zweiten Schritt wurden Kategorien selektiv im Hinblick auf die Fragestellung formuliert (KROMREY 2006, S. 333) und schließlich wurde jede Hauptkategorie in einem dritten Schritt in verschiedene Unterkategorien gegliedert. Diesen wurden jeweils Textfragmente zugeordnet. Zusammen bildeten sie das Kategoriensystem, nach dem die Auswertung erfolgte (MAYRING 2007, S. 83).

Die Interviewzitate werden in der Auswertung in anonymisierter Form wiedergegeben, wobei übereinstimmende Namen mit tatsächlich im Wohngebiet lebenden Personen rein zufällig sind.

Tab. 7: Die Interviewpartner

Anzahl der Gespräche	Kinder im Haushalt	Alter < 30 Jahre	Alter 30 - < 45 Jahre	Alter 45 - < 65 Jahre	Alter > 65 Jahre	Mann	Frau	(Ehe-) Partner	Wohnform: Wohnung	Wohnform: Haus	Besitzform: Eigentum
4	x		x				x			x	x
1	x		x				x		x		x
2	x		x			x				x	x
1	x		x			x			x		x
2			x				x			x	x
1			x				x		x		x
1			x				x		x		
1			x			x				x	x
1			x					x		x	x
1		x					x			x	x
1		x					x		x		x
1		x					x		x		
1				x			x			x	x
1				x			x		x		x
1				x			x		x		
1				x				x		x	x
1				x				x	x		x
1				x		x			x		
2					x		x		x		x
1					x	x			x		x
1					x	x			x		
1					x			x		x	x
1					x			x	x		x
3					x			x	x		

x= trifft zu

Quelle: Eigene Erhebung 2007

5 Die Bewohnerstruktur innenstadtnaher Neubaugebiete

5.1 Soziodemographische und -ökonomische Charakteristika der Untersuchungsgruppe

Auf der Basis der Fragebogenauswertung werden im Folgenden die Haushalte bezüglich einzelner struktureller Kenndaten beschrieben. In Ergänzung werden Vergleiche, sofern möglich, zu bundesweiten Ergebnissen des Mikrozensus aufgezeigt, oder es wird ein Bezug zu den entsprechenden Kenndaten der Bevölkerung Gesamthannovers hergestellt. Das Ziel ist es zu untersuchen, ob einzelnen Parameter in den Untersuchungsgebieten von den jeweiligen Vergleichsdaten abweichen und bestimmte Merkmale mit dem Wohnen in den innenstadtnahen Neubaugebieten überdurchschnittlich häufig auftreten.

Als Grundlage für die statistische Auswertung dienen 356 ausgefüllten Fragebögen, von denen 43,5% von Männern und 56,5% von Frauen beantwortet wurden. Hinsichtlich der einzelnen Wohnformen leben 49,2% der befragten Haushalte in einer Wohnung, 40,4% in einem Haus und jeweils 5,1% in einer Maisonette oder einem Loft. Ein Loft wird im Fragebogen als eine Wohnung definiert, die im Zusammenhang mit der Umnutzung eines ehemaligen Gewerbegebäudes entstanden ist. Ein Haushalt hat keine Angabe zu seiner Wohnform gemacht.

5.1.1 Altersstruktur

Hinsichtlich der Alterszusammensetzung hat die Auswertung der Fragebogen gezeigt, dass in der Untersuchungsgruppe die jüngste Person 1985 geboren wurde und die älteste 1920, so dass die Altersspanne zum Zeitpunkt der Erhebung von 21 bis 86 Jahre reichte. Anzumerken ist, dass im Fragebogen die Geburtsjahrgänge ohne exakte Geburtstagsangaben erhoben wurden, so dass eine statistische Ungenauigkeit darin besteht, dass das Alter nicht exakt bestimmt werden kann. Da die Fragebögen jedoch Anfang Januar 2007 verteilt wurden und bis spätestens 31.01.2007 zurückgeschickt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der Befragten noch keinen Geburtstag hatte und die Altersberechnung von daher auf der Basis des Jahres 2006 erfolgte.

Werden alle befragten Personen zusammen betrachtet, so lässt sich die Stichprobe in zwei größere Gruppen unterteilen (vgl. Abbildung 29): Die Mehrheit (63,6%) ist jünger als 50 Jahre alt und 36,4% der Befragten gehören zur Generation 50+.

Im Vergleich zur Bevölkerung Hannovers findet sich in den Neubaugebieten eine junge Bewohnerstruktur, da der Anteil der Hannoveraner zwischen 18 und 60 Jahren, gemessen an allen Hannoveranern über 18 Jahre, in der Stadt 70,8% beträgt (Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. I-3). Der Anteil der befragten Personen in den Untersuchungsgebiete-

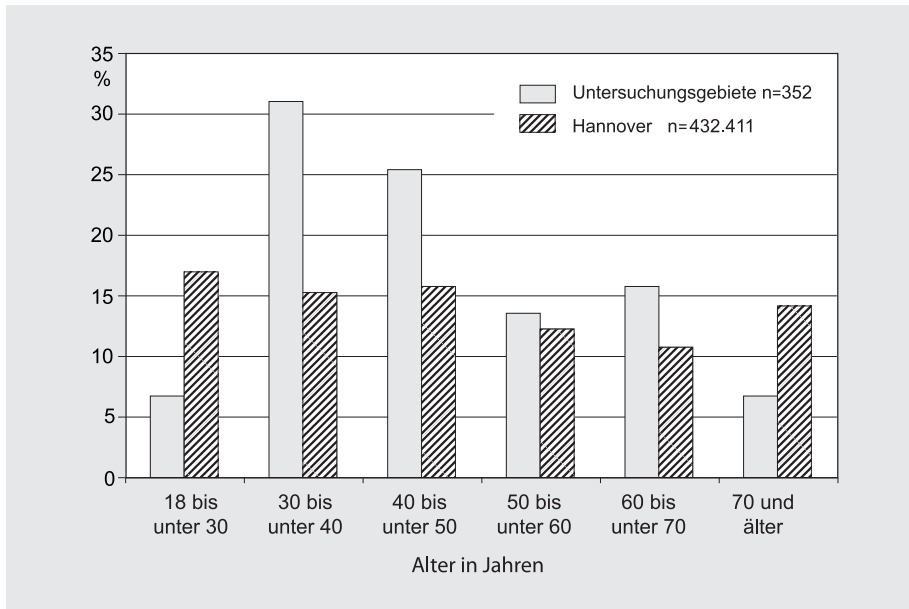


Abb. 29: Die Altersstruktur der befragten Personen im Vergleich zu Hannover insgesamt 2008 (die Angaben beziehen sich auf alle Hannoveraner über 18 Jahren (=100%))

Quelle: Eigene Erhebung 2007; Landeshauptstadt Hannover, unveröffentlichte Daten der Statistikstelle

ten in dieser Altersgruppe beträgt jedoch 76,4%, wodurch eine deutliche Verschiebung zu Gunsten jüngerer Jahrgänge vorliegt. Am stärksten vertreten ist in der Befragung die Gruppe der 30- bis 40-Jährigen mit 31,3%. Das ist entweder darauf zurückzuführen, dass in dieser Altersgruppe die höchste Bereitschaft vorliegt, an einer Befragung teilzunehmen, oder darauf, dass der städtische Raum durch die Errichtung der Neubaugebiete den Bedürfnissen dieser Nachfragergruppe am ehesten entspricht und sich verstärkt jüngere Jahrgänge für diese Wohnstandorte entscheiden. Am wenigsten repräsentiert sind die unter 30-Jährigen und die über 70-Jährigen mit jeweils nur 6,8%, wobei diese Anteile deutlich niedriger sind als in Deutschland oder Hannover insgesamt. Das spricht dafür, dass die Neubaugebiete keine spezifischen Zielgebiete von Personen sind, die in der Ausbildung sind oder am Beginn ihrer Berufsphase stehen. Ebenso kann die geringe Mobilitätsbereitschaft von älteren Personengruppen als ein Grund dafür angesehen werden, dass die über 70-Jährigen nur unterdurchschnittlich in den Wohngebieten leben. Anders ist es bei der Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen, da hier vermutet werden kann, dass sowohl eine erhöhte Mobilitätsbereitschaft mit dem Eintritt in die Ruhestandsphase als auch eine behindertengerechte Immobilienstruktur in einzelnen Neubaugebieten (z. B. Vasati) dafür verantwortlich sind, dass diese Altersgruppe überdurchschnittlich repräsentiert ist.

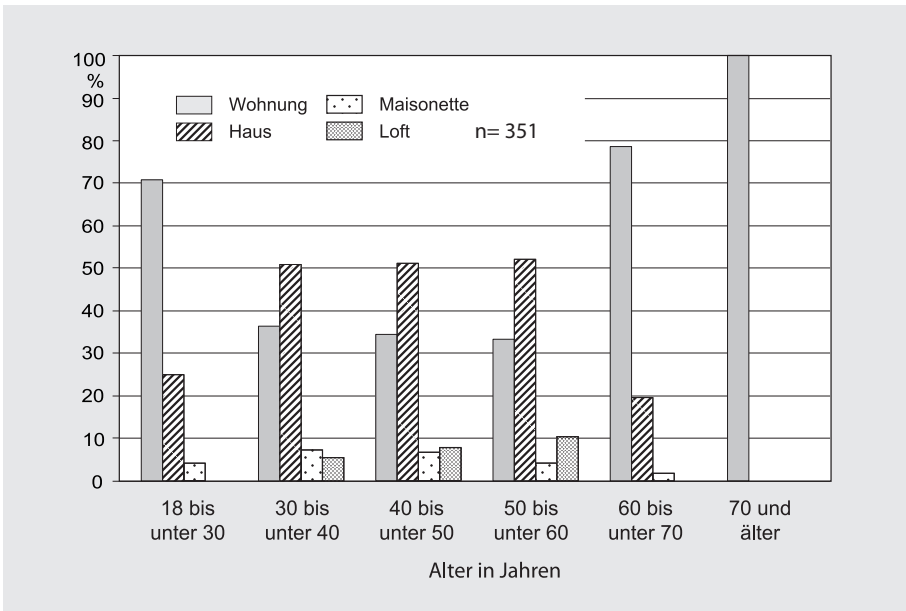


Abb. 30: Die Verteilung der Altersgruppen auf einzelne Wohnformen
Quelle: Eigene Erhebung 2007

Abbildung 30 ist zu entnehmen, dass hinsichtlich der Wohnformen deutliche Polarisierungen der Altersgruppen feststellbar sind. Demnach wohnen Personen unter 30 Jahre und über 60 Jahre mehrheitlich in Wohnungen (zu über 70%) und die mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 60 Jahre zu circa 51% in einem Einfamilienhaus.

Dies bewirkt, dass 39% der Wohnungen von Haushalten bewohnt werden, in denen die befragten Personen über 60 Jahre alt sind und weitere 10% sind unter 30 Jahre alt. Häuser hingegen werden zu 96% von Haushalten bewohnt, in denen die befragten Personen zwischen 30 und 60 Jahre alt sind. Eine ähnliche Struktur zeigt sich in den Maisonettes, in denen 88% der Befragten ein Alter zwischen 30 und 60 Jahre haben; Lofts werden ausschließlich von dieser Altersgruppe bewohnt.

Entsprechend der Wohngebietstypen (Geschosswohnungs-, Einfamilienhaus und Mischgebiete, vgl. Kapitel 4.2.2) strukturieren sich die Neubaugebiete unterschiedlich hinsichtlich ihrer Alterszusammensetzung (vgl. Tabelle 8). Junge Bewohnerstrukturen weisen vor allem die Gebiete mit einem hohen Bestand an Einfamilienhäusern auf (Deisterhof, Heisehof, Lister Blick), doch ist auch das Ahrberg-Viertel ein Gebiet mit einer recht jungen Bewohnerstruktur. Trotz eines hohen Bestandes an Mietwohnungen sind nur 3,1% der Bewohner in diesem Gebiet zwischen 60 und 70 Jahre alt, was darauf zurückzuführen sein könnte, dass die Lage des Wohngebietes in Linden-Süd nicht attraktiv für älterer

Tab. 8: Die Verteilung der Altersgruppen in den Neubaugebieten (in Prozent)

Wohngebiet	Altersgruppe					
	< 30	30 < 40	40 < 50	50 < 60	60 < 70	> 70
1) Ahrberg-Viertel	-	43,8	34,4	18,8	3,1	-
2) Geibelhöfe	-	23,1	38,5	15,4	23,1	-
3) Vasati	6,3	12,5	18,8	8,3	31,3	22,9
4) Lister Yachthafen	10	25	20	-	30	-
5) Pelikanviertel	20,4	44,9	18,4	4,1	8,2	4,1
6) Deisterhof	-	10	50	30	10	-
7) Gilde Carré	2,2	26,1	23,9	19,6	26,1	2,2
8) Modern Art	20	-	-	-	40	40
9) Heisehof	6,7	40	20	26,7	6,7	-
10) Gartenstadt Kleefeld	3,1	21,9	31,3	12,5	15,6	15,6
11) Lister Blick	6,1	41,5	28	17,1	7,3	-
n=352;	Abweichungen von 100% sind durch Rundungsfehler bedingt					

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Bewohnergruppen ist und nicht alle Häuser mit einem Fahrstuhl ausgestattet sind. Ausgeglichen ist die Alterszusammensetzung der befragten Personen im Gilde Carré im angrenzenden Stadtteil Linden-Mitte, da dort 28,3% der Befragten älter als 60 Jahre sind. Beeinflusst wird dort die Alterszusammensetzung durch das gemeinschaftliche Wohnprojekt „Wohnkonzept 12“, in dem ausschließlich ältere Personen leben (vgl. Kapitel 4.2.2 und 6.1.2). Zukünftig wird sich dieser Anteil mit der Fertigstellung einer Seniorenwohnanlage der AWO noch erhöhen. Vasati und Modern Art sind hingegen Wohngebiete, in denen vor allem ältere Personengruppen an der Befragung teilgenommen haben, was darauf schließen lässt, dass in diesen Gebieten auch die Bewohnerstruktur insgesamt älter zusammengesetzt ist. Im Vasati sind 54,2% der Bewohner über 60 Jahre alt und im Modern Art sogar 80%. Im letzteren Gebiet haben jedoch nur 38,5% der Bewohner einen Fragebogen zurückgeschickt, so dass der hohe Anteil älterer Personen durch die niedrige Rücklaufquote begründet sein könnte. Auffällig ist zudem, dass in solchen Gebieten, in denen die Immobilienpreise vergleichsweise hoch sind, die Zusammensetzung der Befragten durch ältere Jahrgänge geprägt ist (z. B.. Gartenstadt Kleefeld, Geibelhöfe, Modern Art).

5.1.2 Lebens- und Haushaltsformen

Um Rückschlüsse auf die Lebens- und Haushaltsformen ziehen zu können, wurden die befragten Personen gebeten, Angaben zu ihrem Familienstand und ihrer Haushaltszusammensetzung zu machen. Letzterer Aspekt dient dazu zu erfassen, inwiefern die befragten Personen mit einem Lebenspartner unverheiratet zusammenleben und ob Kinder mit im

Haushalt wohnen. Von Relevanz ist dieser Erhebungsaspekt dahingehend, dass hinterfragt werden soll, ob die zunehmende Pluralisierung von Lebens- und Haushaltsformen in der reflexiven Moderne zu einer verstärkten Nachfrage nach städtischem Wohnraum führt, denn, wie in Kapitel 2.2.4 aufgezeigt werden konnte, „neue Lebensformen“ finden insbesondere ihren Wohnstandort in der Stadt. Sofern vor allem die neuen Lebens- und Haushaltsformen zu den Trägern der städtischen Wohnstandortnachfrage gehören, müssten ihre Anteile von den bundesweiten Ergebnissen abweichen und in den Neubaugebieten überdurchschnittlich hoch vertreten sein. Zum Vergleich werden die aktuell verfügbaren Daten des Mikrozensus 2006 hinzugezogen.

Bei einer Gegenüberstellung der Haushaltsformen der Untersuchungsgruppe und der bundesweiten Verteilung wird deutlich, dass die Ergebnisse zwar voneinander abweichen, jedoch in den Untersuchungsgebieten nicht von einer Überrepräsentanz neuer Haushalts- und Lebensformen gesprochen werden sollte (vgl. Tabelle 9). Vielmehr zeigen auch traditionelle Lebensformen wie die Ehe ihre Beständigkeit, denn der Anteil Verheirateter ist in den Untersuchungsgebieten mit 53,5% an allen Lebensformen trotz der jungen Altersstruktur der befragten Personen deutlich höher als im Mikrozensus (45,7%; Statistisches Bundesamt 2008, o. S.). Dennoch leben in den Untersuchungsgebieten bei weniger verheirateten Paaren Kinder mit im Haushalt als im Bundesdurchschnitt (in nur 46,4% dieser Haushalte), was dadurch begründet sein könnte, dass einige der kinderlosen Paare zwar eine Familiengründung planen, diese jedoch aus individuell sehr unterschiedlichen Gründen noch nicht erfolgte. Potenziell könnten aber mindestens noch 25,5% der kinderlosen Ehen eine Familie gründen, da hier die befragten Personen jünger als 40 Jahre alt sind. Zwar kann eine Familiengründung auch noch in den Jahren darüber hinaus erfolgen, doch bekommen statistisch nur sehr wenige Frauen ihr erstes Kind in einem Alter von

Tab. 9: Lebens- und Haushaltsformen in den Untersuchungsgebieten im Vergleich zum Mikrozensus 2006 (in Prozent)

Lebensform	Untersuchungs- gruppe	Mikrozensus 2006
Verheiratet zusammenlebend	51,8	45,7
darunter mit Kindern	46,4	48,1
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	20,6	5,9
darunter mit Kindern	24,6	30,9
Einpersonenhaushalte	27,2	37,8
Alleinerziehende	0,8	6,5
Alleinstehende in Mehrpersonenhaushalten	0,3	3,8
n=353; Abweichungen von 100% sind durch Rundungsfehler bedingt.		

Quelle: Eigene Erhebung 2007; Statistisches Bundesamt (2008b: o. S.)

über 40 Jahren (SCHMITT & WAGNER 2006, S. 314). Begünstigt wird diese Annahme dadurch, dass 65,4% der kinderlosen Ehepaare unter 40 Jahre in einem Haus wohnen, von denen einige in den Interviews angegeben haben, dieses mit der Option auf eine spätere Familiengründung erworben zu haben.

Hinsichtlich der einzelnen Wohnformen leben Ehepaare bevorzugt in Einfamilienhäusern (61,1%) und nur 32,6% in einer Wohnung. Weitere 3,7% leben in einer Maisonette und 2,6% in einem Loft. Von den verheiratet zusammenlebenden Haushalten haben 71,6% Eigentum erworben.

Ebenfalls deutlich höhere Anteile sind in den Untersuchungsgebieten bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit fast 21% zu verzeichnen, wovon in deutlich weniger Haushalten als im Bundesdurchschnitt Kinder leben (vgl. Tabelle 9). Beträgt der Anteil der befragten nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den Neubaugebieten 20,6%, so sind es im Mikrozensus 30,9% (Statistisches Bundesamt 2008, o. S.). Zurückzuführen sein könnte diese Differenz darauf, dass der Anteil kinderloser nichtehelicher Lebensgemeinschaften in der Stadt entweder dauerhaft höher ist oder die Befragten wie auch ein Teil der kinderlosen Ehepaare noch vor der Familiengründung stehen. Anhand der Altersstruktur der kinderlosen nichtehelichen Lebensformen kann vermutet werden, dass potenziell noch viele Familiengründungen erfolgen könnten, denn 46,4% der befragten Personen sind jünger als 40 Jahre. Die hauptsächliche Wohnform von nichtehelichen Lebensgemeinschaften sind Wohnungen (52,8%), während nur 31,9% ein Haus erworben haben. Von den kinderlosen nichtehelichen Lebensgemeinschaften unter 40 Jahre haben jedoch nur 7,1% ein Haus gekauft, womit dieser Anteil deutlich unter dem der kinderlosen Ehepaare (65,4%) liegt. Hieraus kann geschlossen werden, dass zeitnahe Familiengründungen von Ehepaaren insgesamt wahrscheinlicher sind (vgl. auch NAVE-HERZ 2007, S. 18 f.) und in den Haushalten, in denen nichteheliche Lebensgemeinschaften eine Familiengründung planen (oder die Geburt eines Kindes erfolgt), ein erneuter Umzug stattfindet. Erklärt werden kann dies damit, dass 68% dieser Haushalte in einem Mietverhältnis wohnen. Aufgrund des hohen Anteils verheirateter Paare in den Untersuchungsgebieten kann ebenso vermutet werden, dass einige nichteheliche Partnerschaften zukünftig ihre Beziehungen durch eine Trauung offiziell legitimieren werden, wodurch ihr Anteil an allen Haushalten abnehmen wird. Der prozentuale Rückgang wäre dadurch bedingt, dass insgesamt 55,6% der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Eigentum wohnen, wodurch die Fluktuation der Haushalte in diesen Wohneinheiten (prinzipiell) gering ist.

Entsprechend der Zahl an Einfamilienhäusern sind die Einpersonenhaushalte in den Untersuchungsgebieten mit 27,2% unterrepräsentiert, denn deutschlandweit beträgt der Anteil an Einfamilienhaushalten 37,8%, der in Großstädten über 100.000 Einwohner auf durchschnittlich 48% ansteigt (Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.; Statistisches Bun-

desamt 2008c, S. 45). In Hannover beträgt der Anteil an Einpersonenhaushalten 54,7% (Landeshauptstadt Hannover 2008a, S. 144). Dennoch ist dieses Ergebnis überraschend, da insgesamt 49,2% aller befragten Personen in Wohnungen leben, so dass insbesondere aufgrund des stetig zunehmenden Wohnflächenbedarfs (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2004, S. 20) angenommen werden könnte, dass auch Wohneinheiten in Form von Drei- und Vierzimmerwohnungen den Bedürfnissen von Einpersonenhaushalten entsprechen und höhere Anteile erwarten ließen. Von den Einpersonenhaushalten leben 80,4% in einer Wohnung, 6,2% in einer Maisonette, 7,2% in einem Einfamilienhaus und 6,2% in einem Loft. 32% dieser Haushalte haben Eigentum erworben.

Der Anteil der Alleinerziehenden ist mit knapp 1% deutlich unterrepräsentiert, da deutschlandweit 6,5% der Haushalte Alleinerziehende sind. In Hannover gehören sogar 26,4% zu dieser Bevölkerungsgruppe (Landeshauptstadt Hannover 2008a, S. 144). Alle Alleinerziehenden Haushalte wohnen in Eigentum, von denen zwei der drei Haushalte in einer Wohnung und ein Haushalt in einer Maisonette leben. 2,6% aller Kinder der Untersuchungsgruppe wohnen in Einelternfamilien (zum Vergleich: 84,3% wohnen bei Ehepaaren und 13,1% bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften).

3,8% der Bundesbürger wohnen als Alleinstehende in Mehrpersonenhaushalten, wobei dies zumeist Haushalte (Wohngemeinschaften) von Personen in der Ausbildungsphase sind (Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.). In den Untersuchungsgebieten gibt es nur einen Haushalt, der sich dieser Kategorie zuordnen lässt und in dem eine dritte Person bei einem Ehepaar mit im Haushalt wohnt. Diese dritte Person ist vermutlich ein Elternteil.

Haushalte mit Kindern

72,8% der befragten Personen leben in Mehrpersonenhaushalten, in denen in 42,2% der Haushalte Kinder wohnen. Bezieht sich der Anteil der Familien jedoch nicht nur auf Mehrpersonenhaushalten (≥ zwei Personen), sondern auf die Haushalte insgesamt, so beträgt der Anteil der Familien in den Untersuchungsgebieten 30,4%. Dies ist im Vergleich zu Hannover insgesamt ein deutlich erhöhter Anteil, da dort nur 16,9% aller Haushalte Familien sind (Landeshauptstadt Hannover 2008a, S. 144). Anders ist es im Vergleich zum Mikrozensus, wonach in der Bundesrepublik im Jahr 2006 ebenfalls 31% aller Haushalte Familien waren (Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.). Eine Analyse nach Altersgruppen zeigt, dass von den 30- bis 40-Jährigen bereits 47% der befragten Personen in einer Familie leben, wobei davon ausgegangen werden kann, dass sich dieser Anteil zukünftig noch erhöhen könnte, da 37,3% der befragten Personen zum Zeitpunkt der Erhebung unter 40 Jahre alt waren. In der Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen beträgt der Anteil der in einer Familie lebenden Personen nur 36%. Dies ist entweder darauf zurückzuführen, dass in der konsolidierten Lebensphase mit Kindern ein geringeres Mobilitätsverhalten vorliegt und Wohnstandortwechsel in die Neubaugebiete in dieser Altersgruppe eher von Dinks vorgenommen werden. Ebenso könnten aber auch bei einer

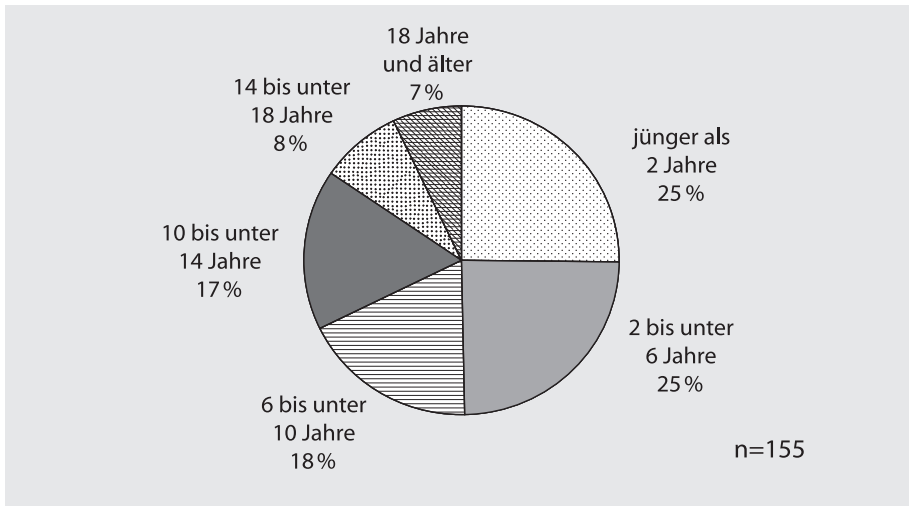


Abb. 31: Die Altersstruktur der Kinder
Quelle: Eigene Erhebung 2007

Elternschaft suburbane Räume noch als präferierte Wohnstandorte gelten, da bei der Geburt der Kinder ein Großteil der Neubaugebiete noch nicht fertig gestellt war.

Entsprechend der jungen Elternstruktur (50,4% der Eltern sind jünger als 40 Jahre) sind auch die Kinder zumeist noch klein, denn 49,7% haben noch nicht das schulfähige Alter erreicht (vgl. Abbildung 31). Somit kann davon ausgegangen werden, dass städtische Räume auch für Eltern als Wohnstandorte interessant erscheinen, deren Kinder noch keine Eigenständigkeit erreicht haben und die noch nicht im jugendlichen Aktivitäts- und Ausgehalter sind. So liegt die Vermutung nahe, dass suburbane Standortvorteile wie das „Spielen im Grünen“ durch Aspekte des Städtischen subjektiv aufgewogen werden. Diese veranlassen Familien, sich bei ihrer Wohnstandortwahl auch mit kleinen Kindern für den städtischen (kernstadtnahen) Raum zu entscheiden.

Haushaltsgrößen und Besitzverhältnisse

Eine besondere Konzentration an Familienhaushalten liegt in Wohngebieten mit einem hohen Bestand an Einfamilienhäusern vor, da Familien zu 75,2% in dieser Wohnform leben und hier einen Anteil an allen Lebensformen von 56,9% haben (vgl. Tabelle 10).

Hinsichtlich der Fluktuationsrate kann vermutet werden, dass sie in Einfamilienhäusern relativ niedrig ist, da 93,8% der Hausbewohner Eigentum erworben haben. Deshalb ist anzunehmen, dass der Entschluss für das städtische Wohnen zum einen langfristig angelegt ist und zum anderen auch in der Stadt ähnlich wie im suburbanen Raum der Umzug in ein Haus mit Eigentumserwerb und Investitionen eng verbunden ist. Die Wohnungen

Tab. 10: Verteilung der Haushaltsgrößen auf einzelne Wohnformen

Anzahl der Haushaltsmitglieder	Derzeitige Wohnform				
	Wohnung	Haus	Maisonette	Loft	Insgesamt
1 Person	78	7	6	6	97
2 Personen	82	55	7	6	150
3 Personen	9	41	4	4	58
4 Personen	5	33	-	2	40
5 Personen	-	6	1	-	7
6 Personen	-	2	-	-	2
Insgesamt	174	144	18	18	354
n=354					

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Tab. 11: Verteilung der Altersgruppen nach Wohnformen und Besitzverhältnissen

Besitzverhältnis	Altersgruppe	Wohnform				Insgesamt
		Wohnung	Haus	Maisonette	Loft	
Miete	≤ 30	12	1	1	-	14
	30 - 40	25	5	6	5	41
	40 - 50	17	2	2	6	27
	50 - 60	7	-	-	1	8
	60 - 70	34	-	1	-	35
	> 70	18	-	-	-	18
	Insgesamt	113	8	10	12	143
Eigentum	≤ 30	5	5	0	-	5
	30 - 40	15	51	2	-	21
	40 - 50	14	44	4	4	39
	50 - 60	9	24	2	1	63
	60 - 70	10	11	-	1	69
	> 70	5	-	-	-	10
	Insgesamt	58	135	8	6	207
Anders	50-60	-	1	-	-	1
n=355						

Quelle: Eigene Erhebung 2007

werden hingegen zu 92% von Ein- oder Zweipersonenhaushalten bewohnt, von denen 65,7% der Haushalte zur Miete leben. Zwar ist sowohl der hohe Eigentumsanteil an

den Häusern als auch der Mietanteil an den Wohnungen durch das Immobilienangebot bedingt, doch haben Gespräche mit Bewohnern von Mietwohnungen gezeigt, dass diese zumeist der Nachfrage entsprechen. Viele der Befragten sind entweder noch nicht konsolidiert genug, um Eigentum erwerben zu wollen, oder haben bereits zuvor (zumeist im Umland) in Eigentum gewohnt, so dass insbesondere ältere Personengruppen angegeben haben, sich im Alter nicht erneut mit den Pflichten des Eigentums belasten zu wollen.

Entsprechend der Wohnformverteilung nach Altersgruppen ist eine Polarisierung des Besitzverhältnisses zu erkennen, da von den unter 30-Jährigen 58,3%, von den 30- bis 40-Jährigen 37,2%, von den 40- bis 50-Jährigen nur 16,7%, von den 60- bis 70-Jährigen 62,5% und von den über 70-Jährigen 78,3% in einem Mietverhältnis leben. Damit ist die Gruppe der 40- bis 50-Jährigen die stärkste Altersklasse, die Eigentum erworben hat. Sie lebt hauptsächlich in Einfamilienhäusern (vgl. Tabelle 11 und Abbildung 30).

5.1.3 Bildungs- und Erwerbsstruktur

Das Ziel der Fragen zu der Bildungs- und Erwerbsstruktur ist es zu erheben, ob sich die Untersuchungsgruppe hinsichtlich dieser Merkmale in besonderer Weise charakterisiert und beispielsweise Aspekte der Bildungsexpansion und zunehmender Frauenerwerbstätigkeit überrepräsentiert sind. Um Aussagen zum Gesamthaushalt treffen zu können, wurden die Befragten gebeten, bezüglich der Erwerbsbeteiligung für den mit im Haushalt lebenden Partner zu antworten. Mögliche Verzerrungen der Stichprobe aufgrund einer selektiven Erreichbarkeit von Personen unterschiedlichen Bildungshintergrundes mit postalischen Erhebungen sollten bei der Betrachtung der Ergebnisse bedacht werden.

Bildungsstruktur

Hinsichtlich der Bildungsstruktur hat die Analyse gezeigt, dass in die Neubaugebiete eine sehr selektive Zuwanderung erfolgt, da 82,3% eine Hochschulzugangsberechtigung (Abitur oder Fachhochschulreife) erworben haben. Entsprechend niedrig verteilen sich die Anteile auf die anderen Schulabschlussarten, denn nur 13,4% haben einen Realschulabschluss und 3,4% einen Hauptschulabschluss erworben. 0,9% besitzen einen anderen Abschluss. Im Vergleich zu den Verteilungen im Mikrozensus wird deutlich, dass die Untersuchungsgruppe ein sehr hohes Bildungsniveau besitzt, denn bundesweit haben 23,5% eine Hochschulzugangsberechtigung, 20,8% einen Realschulabschluss, 40,5% einen Hauptschulabschluss, 6,5% einen Abschluss der Polytechnischen Hochschule, 0,4% einen anderen Abschluss und 3,3% keinen Abschluss erworben. 4,5% befinden sich in einem Ausbildungsverhältnis (Statistisches Bundesamt 2008c, S. 130). Obwohl zu vermuten wäre, dass die älteren Jahrgänge ein deutlich niedrigeres formales Bildungsniveau als die jüngeren Bewohnergruppen besitzen, sind zwar alle Personen mit einem Hauptschulabschluss älter als 50 Jahre, doch besitzen auch 43,5% der über 70-Jährigen und 62,5% der 60- bis 70-Jährigen eine Hochschulzugangsberechtigung (vgl. Abbildung 32).

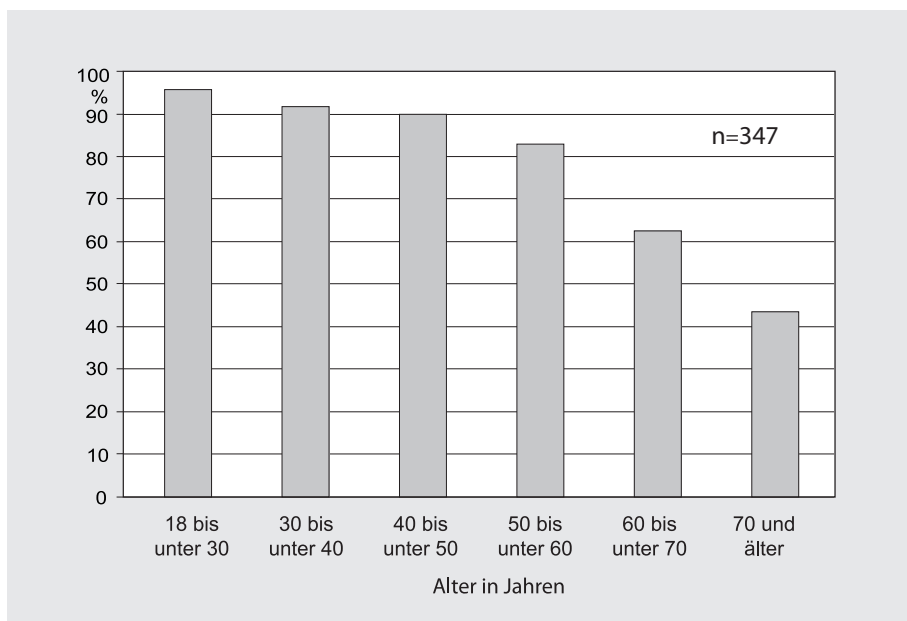


Abb. 32: Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung in den einzelnen Altersgruppen (in Prozent)

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Gemäß den sehr hohen schulischen Qualifikationen besitzen 50,4% der Befragten einen Universitätsabschluss und 18,1% haben einen Fachhochschulabschluss erworben (vgl. Tabelle 12). Auch hier besitzen in der höchsten Altersgruppe (die über 70-Jährigen) noch 31,8% einen Hochschulabschluss. Wesentlich niedriger sind die Anteile in den weiteren Berufsabschlussarten (Mehrfachnennungen waren möglich), denn nur 26,3% der Untersuchungsgruppe haben eine beruflich-betriebliche Ausbildung absolviert, 13,6% besitzen einen Berufsschulabschluss und 6,2% einen anderen Abschluss. 2% haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss erworben und 1,4% befinden sich noch in der Ausbildung. Eine geschlechterbezogenen Auswertung hat gezeigt, dass deutliche Diskrepanzen in den älteren Jahrgängen (über 70-Jährige) vorliegen, denn hier haben 30% der Männer, aber nur 8,3% der Frauen einen Hochschulabschluss erworben. Zurückzuführen ist dies auf das allgemeine Bildungsungleichgewicht in älteren Jahrgängen vor der Bildungsexpansion. Ein ausgewogenes Verhältnis ist erstmals in der Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen zu verzeichnen (jeweils circa 56,5%), wobei sich dieses Verhältnis bereits in der Gruppe der 30- bis 40-Jährigen deutlich umkehrt hat. Hier haben 65,6% der Frauen, aber nur 43,5% der Männer einen Universitätsabschluss erworben, wobei der Anteil der Männer im Vergleich zu den anderen Altersklassen jedoch unterdurchschnittlich ist. Das Ergebnis könnte zufällig sein, sofern sich in dieser Altersklasse weniger Hochschulabsolventen im Vergleich zu Personen anderer Abschlussarten für die Umfrage bereit erklärt haben. Bei

Tab. 12: Berufsbildende Abschlüsse (in Prozent)

Berufsabschluss	Männer	Frauen
Beruflich-betriebliche Ausbildung	28,4	24,7
Beruflich-schulische Ausbildung	10,3	16,2
Fachhochschulabschluss	20	16,2
Hochschulabschluss	51,6	49,5
Anderer Berufsabschluss	6,5	6,1
Kein Abschluss	1,3	2,5
Noch in Ausbildung	1,3	1,5
n= 353; Abweichungen von 100 % sind durch die Mehrfachantwortmöglichkeit bedingt.		

Quelle: Eigene Erhebung 2007

den unter 30-Jährigen besitzen jeweils nur 33,3% der befragten Personen einen Universitätsabschluss, doch ist in dieser Gruppe auch der Anteil der sich noch in der Ausbildung befindenden Personen am höchsten.

Bezüglich der Verteilung auf die einzelnen Wohnformen lässt sich erkennen, dass 42,9% der Personen, deren höchster Schulabschluss eine Hochschulzugangsberechtigung ist, in einer Wohnung leben, 45,7% wohnen in einem Einfamilienhaus, 5,2% in einer Maisonette und 6,2% in einem Loft. Personen mit anderen Schulabschlüssen wohnen zu 78,7% in einer Wohnung, zu 16,4% in einem Haus und zu 4,9% in einer Maisonette. 42,6% dieser Personen und 62,2% der Befragten mit einer Hochschulzugangsberechtigung haben Eigentum erworben.

Erwerbsstruktur

In Kapitel 2.2.5 konnte aufgezeigt werden, dass sich mit der reflexiven Moderne nicht nur die Bildungsexpansion entwickelt hat, sondern auch eine zunehmende Frauenerwerbstätigkeit seit 1960 als charakteristisch angesehen werden kann. Um zu hinterfragen, inwiefern in den Untersuchungsgebieten beide Partner berufstätig sind, wurden die befragten Personen gebeten, diesen Aspekt auch für den mit im Haushalt lebenden Partner zu beantworten. Die Auswertung zeigt, dass Frauen bis zu einem Alter von 65 Jahren in den Untersuchungsgebieten mit 81,9% überproportional häufig aktiv erwerbstätig sind, denn bereits der Anteil der Frauenerwerbsquote (alle aktiv erwerbstätigen und Arbeit suchenden Frauen) beträgt im Mikrozensus 2006 nur 68,4% (Statistisches Bundesamt 2008c, S. 84). Von allen aktiv erwerbstätigen Frauen in den Untersuchungsgebieten sind 62,7% in Vollzeit und 30,7% in Teilzeit beschäftigt, womit das Verhältnis deutlich zu Gunsten der Vollzeitbeschäftigung liegt. Deutschlandweit waren 2007 46,2% aller Frauen in Teilzeit beschäftigt (Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.). Weitere 2,8% stehen in der Untersuchungsgruppe in einem Altersteilzeitverhältnis und 3,8% gehen einer geringfügigen

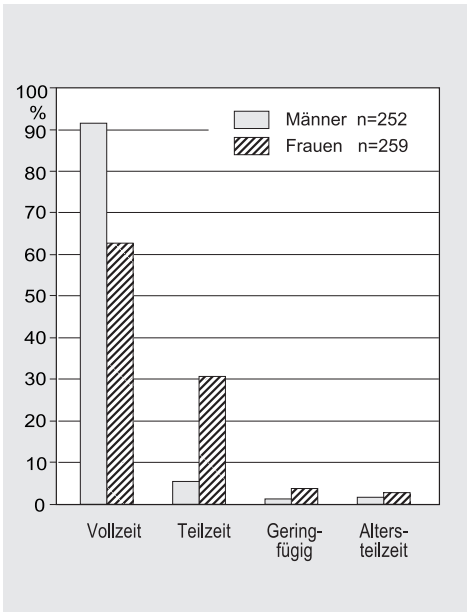


Abb. 33: Arbeitsvolumina erwerbstätiger Männer und Frauen (in Prozent)

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Beschäftigung nach (vgl. Abbildung 33). Die höchste Quote der in Vollzeit erwerbstätigen Frauen liegt in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen mit 94,4% der Erwerbstätigen, während die niedrigste Quote in der Gruppe der 60- bis 65-Jährigen mit 36,4% zu verzeichnen ist. 40- bis 50-Jährige stehen bei einer aktiven Erwerbstätigkeit zu 56% in einem Vollzeitverhältnis und 30- bis 40-Jährige zu 62%, wobei hier deutliche Differenzen zwischen Müttern und anderen erwerbstätigen Frauen bestehen (s. u.). Von den 18,1% nicht erwerbstätigen Frauen befinden sich 8,5% in einem Ausbildungsverhältnis, 42,6% sind beurlaubt und 48,9% sind nicht erwerbstätig. Hier kann jedoch nicht differenziert werden, inwiefern diese Frauen Arbeit suchend oder Hausfrauen sind.

Männer hingegen sind bis zu einem Alter von 65 Jahren zu 93,7% erwerbstätig, von denen 91,5% einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. 5,5% sind teilzeitbeschäftigt. Bundesweit stehen 8,9% der erwerbstätigen Männer in einem solchen Beschäftigungsverhältnis (Statistisches Bundesamt 2008b, o. S.). Weitere 1,7% gehen in der Untersuchungsgruppe einer Teilzeitbeschäftigung nach und 1,3% der Männer sind geringfügig beschäftigt. Hinsichtlich der einzelnen Altersgruppen sind keine deutlichen Differenzen feststellbar, so dass an dieser Stelle eine aufgeschlüsselte Auswertung nach Altersgruppen unterbleibt.

Von allen Haushalten, in denen die befragte Person höchstens 65 Jahre alt ist und mit einem Partner im Haushalt zusammenlebt, sind in 86,1% der Haushalte beide Partner erwerbstätig. In 47,3% dieser Haushalte sind beide Erwerbstätigen vollzeitbeschäftigt, und in 31,7% ist eine Person in Vollzeit und eine in Teilzeit erwerbstätig. Der hohe Anteil an doppelverdienenden Paaren und auch die hohe Frauenerwerbsquote von 81,9% lassen vermuten, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit auch dann nicht langfristig aufgeben, wenn eine Elternschaft eintritt. Die Verknüpfung der Frauenerwerbstätigkeit mit der Frage, ob Kinder mit im Haushalt wohnen, hat gezeigt, dass Mütter zu 75,2% aktiv erwerbstätig sind. Zwar hat sich das Verhältnis der Arbeitsvolumina verschoben (vgl. Abbildung 34) und deutlich mehr Mütter sind in Teilzeit als in Vollzeit erwerbstätig, doch sind Mütter

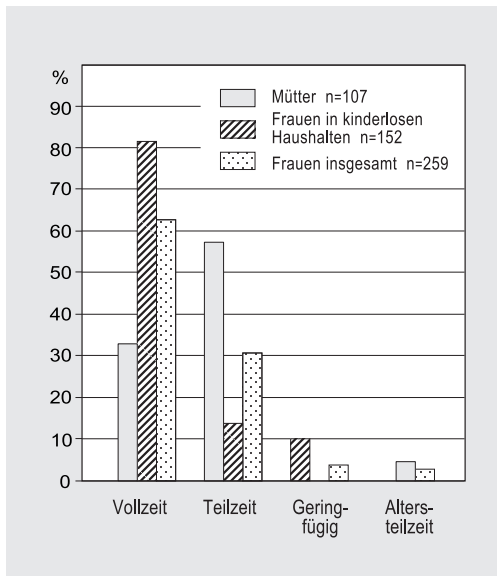


Abb. 34: Arbeitsvolumina erwerbstätiger Frauen und Mütter (in Prozent)

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Haushalten in diesem Beschäftigungsverhältnis (vgl. Abbildung 34). Diese Verhältnisse unterschieden sich im Vergleich zu den Daten des Mikrozensus derart, dass dort 2004 nur 18,5% der Mütter in Vollzeit beschäftigt waren und 22,5% gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach (KREYENFELD 2007c, S. 24). Von den 23,4% der nicht erwerbstätigen Müttern waren in den Untersuchungsgebieten zum Zeitpunkt der Erhebung 76% beurlaubt (zum Großteil in Form des Mutterschaftsurlaubs) und 24% waren nicht erwerbstätig. Hieraus wird deutlich, dass das klassische „Hausfrauen-Modell“ (vgl. Kapitel 2.2.5) bezüglich der Rollenverteilung in den Untersuchungsgebieten unterrepräsentiert ist, denn KREYENFELD et al. (2007c, S. 53) haben anhand des Mikrozensus alleine für Hochschulabsolventinnen einen Hausfrauenanteil von circa 35% berechnet, der sich in anderen Berufsgruppen noch erhöht. Zwar könnte nach Auslaufen der Urlaubszeit dieser Anteil in der Untersuchungsgruppe zunehmen, doch zeigen die Interviews, dass ein Großteil der Mütter beabsichtigt, zeitnah in den Beruf zurückzukehren. Von den 14,8% der nicht erwerbstätigen Frauen in kinderlosen Haushalten waren hingegen nur 4,3% beurlaubt, 17,4% befanden sich in einem Ausbildungsverhältnis und 78,3% waren nicht erwerbstätig. Der hohe Anteil nicht erwerbstätiger Frauen ist vor allem auf den höheren Anteil älterer Frauen in dieser Gruppe zurückzuführen, die häufiger als jüngere Frauen das Hausfrauen-Modell leben.

insgesamt in den Untersuchungsgebieten im Vergleich zum Mikrozensus überdurchschnittlich häufig erwerbstätig. Bundesweit betrug der Anteil erwerbstätiger Mütter 2005 nur 57% (Statistisches Bundesamt 2006d, S. 8).

Im Vergleich zu den Frauen in kinderlosen Haushalten, die zu 85,2% erwerbstätig sind und von denen 81,5% in Vollzeit erwerbstätig sind, arbeiten Mütter in den Untersuchungsgebieten nur zu 32,9% in Vollzeit. Entsprechend höher sind der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit 57,3% (nur 13,8% der Frauen in kinderlosen Haushalten) und der Anteil Geringverdienender, der bei den Müttern 9,7% beträgt. Hingegen steht keine Frau in kinderlosen

Einkommensstruktur

Teilweise aufgrund des hohen Bildungs- und Ausbildungsniveaus, teilweise aufgrund der Doppelerwerbstätigkeit, haben 53,3% aller befragten Haushalte ein Nettoeinkommen von über 3.000 €. Ein Fünftel der Befragten bezieht ein Nettoeinkommen von über 4.500 € und 11% verdienen mehr als 5.500 €. Entsprechend den finanziellen Möglichkeiten verteilen sich die Einkommen auf unterschiedliche Wohnformen (vgl. Tabelle 13). So wohnen einkommensstärkere Bewohnergruppen überwiegend in Einfamilienhäusern, doch ist es nicht die einkommensstärkste Gruppe, die am häufigsten dazu neigt, in dieser Wohnform zu leben. Vielmehr sind es mit 68,8% diejenigen, die zwischen 4.500 und 5.000 € netto verdienen. Zurückzuführen ist dies darauf, dass 50% der Personen dieser Einkommensgruppe zwischen 30 und 40 Jahre alt sind, was der Altersgruppe entspricht, die mit 90,3% am häufigsten von allen Altersgruppen in einem Haus lebt (vgl. Tabelle 11, Kapitel 5.1.2). Einkommensschwächere Haushalte wohnen hingegen zumeist in Wohnungen.

Je nach Struktur des Wohngebietes findet eine Polarisierung hinsichtlich der Einkommen statt, so dass in Wohngebieten, in denen vor allem Wohneinheiten in Form von Häusern realisiert wurden, sich die Bewohnerstruktur selektiv aus wohlhabenden Personen zusammensetzt. Dennoch sind auch hier Unterschiede hinsichtlich einzelner Gebiete zu erkennen, wobei die Zusammensetzung durch die Wertigkeit der Immobilien bedingt wird (vgl. Tabelle 14). In der Gartenstadt Kleefeld beträgt beispielsweise der Anteil an Bewohnern mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 5.500 € 33,3%, wohingegen dieser Anteil im Heisehof nur 7,1% beträgt. Höhere Anteile der niedrigsten Einkom-

Tab. 13: Die prozentuale Verteilung der Einkommensgruppen auf die Wohnformen (in Prozent)

Einkommens- gruppe in Euro	Wohnform			
	Wohnung	Haus	Maisonette	Loft
< 2000	78	10	8	4
2000-2500	62,1	10,3	17,2	10,3
2500-3000	55,4	30,4	8,9	5,4
3000-3500	42,3	55,8	-	1,9
3500-4000	42,4	51,5	3	3
4000-4500	37,9	58,6	3,4	-
4500-5000	25	68,8	-	6,3
5000-5500	36,8	52,6	10,5	-
> 5500	36,6	46,3	2,4	16,6
n= 325;	Abweichungen von 100 % sind durch Rundungsfehler bedingt.			

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Tab. 14: Zusammensetzung der Bewohnerstruktur in den Neubaugebieten nach Einkommensgruppen (in Prozent)

Wohnggebiet	Einkommensgruppen in Euro								
	<2000	2000- <2500	2500- <3000	3000- <3500	3500- <4000	4000- <4500	4500- <5000	5000- <5500	≥5500
1) Ahrberg-Viertel	10,7	17,9	21,4	7,1	7,1	3,6	3,6	7,1	21,4
2) Geibelhöfe	15,4	-	23,1	15,4	7,7	7,7	7,7	7,7	15,4
3) Vasati	22,7	2,3	18,2	15,9	9,1	9,1	9,1	2,3	11,4
4) Lister Yachthafen	5,6	11,1	16,7	22,2	11,1	11,1	5,6	5,6	11,1
5) Pelikanviertel	29,2	18,8	14,6	12,5	4,2	6,3	4,2	4,2	6,3
6) Deisterhof	-	22,2	22,2	-	-	33,3	-	22,2	-
7) Gilde Carré	22,7	2,3	18,2	15,9	9,1	9,1	9,1	2,3	1,4
8) Modern Art	50	-	25	25	-	-	-	-	-
9) Heisehof	14,3	7,1	21,4	21,4	14,3	7,1	-	7,1	7,1
10) Gartenstadt Kleefeld	4,2	4,2	8,3	20,8	8,3	8,3	4,2	8,3	33,3
11) Lister Blick	8,9	3,8	12,7	25,3	15,2	11,4	7,6	6,3	8,9
n= 325; Abweichungen von 100 % sind durch Rundungsfehler bedingt.									

Quelle: Eigene Erhebung 2007

mensgruppe sind in den Wohnungsbeständen der Genossenschaften vertreten (Vasati und Teile des Pelikanviertels), während sich die mittleren Einkommensgruppen primär über die Wohneinheiten des Lister Blicks, Gilde Carrés und Deisterhofes verteilen.

5.1.4 Personen mit Migrationshintergrund

Die Zunahme von Personen mit Migrationshintergrund ist nicht nur ein Merkmal des demographischen Wandels, sondern die soziokulturelle gesellschaftliche Strukturveränderung ist auch ein Aspekt zunehmender internationaler Wirtschaftsweisen (Globalisierung), in deren Zusammenhang international Migration stattfindet. Aus diesem Grund ist es das Ziel des folgenden Kapitels zu analysieren, inwiefern Personen mit Migrationhintergrund zu den Bewohnern innenstadtnaher Neubaugebiete zählen und zu den Trägern der städtischen Wohnstandortnachfrage hinzugehören. Um nicht nur Ausländer in der Erhebung zu erfassen, wurde auch erfragt, ob es sich bei den Personen um Deutsche mit einem Migrationshintergrund handelt.

Die Auswertung hat ergeben, dass es sich bei den Bewohnern fast ausschließlich um deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund handelt, denn 95,2% geben an, „ein ge-

bürtiger Deutscher“ zu sein. 2,2% der befragten Personen sind Deutsche mit Migrationshintergrund und weitere 2,5% sind Ausländer. Hinsichtlich der Herkunftsländer erfolgt eine sehr selektive Zuwanderung in die Neubaugebiete, denn acht von neun befragten Personen besitzen eine europäische Staatsangehörigkeit, von denen 44,4% aus der Europäischen Union stammen. Die anderen Migranten sind aus Dänemark, der Schweiz, Mazedonien und der Türkei. 62,5% der Deutschen mit Migrationshintergrund sind älter als 40 Jahre und 66,6% der Ausländer sind zwischen 30 und 40 Jahre alt.

Mit diesen Ergebnissen weichen die Untersuchungsgebiete deutlich vom städtischen Mittel Hannovers ab (im Jahr 2007 hatten 23,9% der Bewohner Hannovers einen Migrationshintergrund; Landeshauptstadt Hannover 2007, S. III-5), was sich noch deutlicher in einzelnen Neubaugebieten zeigt. So beträgt beispielsweise der Migrantenanteil im Stadtteil Linden-Süd 41,3% (Landeshauptstadt Hannover 2007a, S. III-5), doch besitzen in der Befragung im Ahrberg-Viertel nur 9,1% der Personen eine andere Staatsangehörigkeit und 3,1% sind Deutsche mit einem Migrationshintergrund. Mit diesen Anteilen ist das Ahrberg-Viertel das Wohngebiet, in dem die meisten ausländischen Personen an der Befragung teilgenommen haben, denn im Lister Yachthafen, Vasati, Modern Art und den Geibelhöfen haben sogar weder Ausländer noch Deutsche mit Migrationshintergrund einen Fragebogen ausgefüllt. Bedingt wird dieses Ungleichgewicht zum hannoverschen Mittel dadurch, dass Migranten in der Regel seltener mit postalischen Befragungen erreicht werden (KLEIN & PORST, S. 9), doch kann auch davon ausgegangen werden, dass diese Neubaugebiete keine Zielgebiete von Personen mit Migrationshintergrund sind.

5.2 Wohnbiographische Merkmale und alternative Wohnform- und Wohnstandortpräferenzen

Vor der Durchführung der empirischen Erhebung war es nicht beabsichtigt, in den Interviews Aspekte der Wohnbiographie zu thematisieren, doch zeigte die Auswertung der postalischen Erhebung im Vorfeld der Interviews, dass ein Großteil der Personen bereits Wohnenerfahrungen außerhalb einer Großstadt gesammelt hat (hier insbesondere während der Kindheit in einer Kleinstadt oder in einem Dorf). Deshalb wurde es als interessant und hilfreich angesehen, genauer die subjektiven Bewertungen dieser Räume als Wohnstandorte zu betrachten, da sie eine sinnvolle Ergänzung zu den Motiven der städtischen Wohnstandortwahl sind. Diese qualitativ erhobenen Ergebnisse fließen in die Auswertungen in Kapitel 7 ein, wohingegen die nachfolgenden Unterkapitel auf einer Auswertung der quantitativ-standardisierten Erhebung basieren.

5.2.1 Aspekte der Wohnbiographie

Die durchschnittliche Wohndauer in den Untersuchungsgebieten betrug zum Zeitpunkt der Erhebung Anfang 2007 circa zwei Jahre, da der Median bei 2005 und der Mittel-

wert bei 2004 als Zuzugsjahre liegen. Differenzen bestehen hinsichtlich der Wohngebiete aufgrund der unterschiedlichen zeitlichen Fertigstellungen der einzelnen Wohneinheiten (vgl. Kapitel 4.2.2), denn 25 % der Bewohner sind vor oder während des Jahres 2003 und 25 % sind erst nach 2005 in die Neubaugebiete gezogen. Die Befragten, die am längsten in den Wohngebieten leben, sind 1998 zugezogen und diejenigen mit der kürzesten Wohndauer im Jahr 2007, also kurz vor der Durchführung der Fragebogenerhebung.

Vorherige Wohnstandorte und Reurbanisierung

Die Analyse der vorherigen Wohnstandorte hat gezeigt, dass ein Großteil der befragten Bewohner direkt zuvor in der näheren Umgebung der Neubaugebiete gelebt hat, denn insgesamt sind 37 % aus demselben Stadtteil zugezogen, in dem das entsprechende Wohngebiet realisiert wurde. Hierbei sind deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Untersuchungsgebieten auszumachen, da vor allem in den hochverdichteten Gründerzeitvierteln im Westen Hannovers hohe Bewohneranteile im gleichen Stadtteil umgezogen sind. So haben 58,1 % der befragten Bewohner des Ahrberg-Viertels, 53,6 % des Gilde Carrés und 50 % des Deisterhofes auch zuvor in Linden gewohnt. Im Heisehof stammen sogar 60 % aus der Nordstadt und in den Geibelhöfen, die zwar nicht zu den westlichen Stadtteilen zu zählen sind, jedoch auch in einem sehr urbanen Umfeld realisiert wurden, stammen 53,8 % der Bewohner aus der Südstadt. Anders ist es in den übrigen Neubaugebieten, in denen sich die Bewohnerstrukturen über mehrere Herkunftsstadtteile differenzieren. Auch im Lister Blick stammen noch 40,3 % der Bewohner aus der List, doch nimmt dort der Heterogenitätsgrad nach den Herkunftsstadtteilen deutlich zu. In der Gartenstadt Kleefeld lebten nur 28 % zuvor in Kleefeld, womit zwar die Personen, die aus dem gleichen Stadtteil zugezogen sind, die dominante Bewohnergruppe sind, doch wohnen auch zahlreiche Personen anderer Stadtteile in dem Neubaugebiet. Die Ergebnisse lassen vermuten, dass insbesondere die ehemaligen hochverdichteten Gründerzeitviertel mit ihrer spezifischen Stadtteilstruktur (sowohl im Einzelhandel als auch in der Bewohnerstruktur der Stadtteile, vgl. Kapitel 4.2.2) dafür ausschlaggebend sind, dass Umzüge in die Neubaugebiete hauptsächlich von Haushalten erfolgen, die auch direkt zuvor in der Nachbarschaft gewohnt haben und mit den örtlichen Strukturen vertraut sind. Somit nimmt die allgemeine Attraktivität der Wohngebiete zu, je homogener das Umfeld und die Sozialstruktur sind und je weniger das Image des Stadtteils als „alternativ“ zu bezeichnen ist. Die Größe der Wohngebiete (die Anzahl der Wohneinheiten) hat hingegen keinen direkten Einfluss auf die Zusammensetzung der Herkunftsstadtteile. Denn sowohl im Gilde Carré wurde mit 67 Einfamilienreihenhäusern ein großes Neubaugebiet dieser Wohnform errichtet als auch im Lister Blick mit über 100 Häusern, wobei jedoch deutlich mehr Bewohneranteile im Gilde Carré aus Linden stammen als Bewohner im Lister Blick aus der List. Deutlicher werden diese Differenzen im Geschosswohnungsbau, denn im Ahrberg-Viertel stammen 58,1 % der befragten Bewohner aus Linden, hingegen im Lister Yachthafen nur 30,8 % aus der List. Obwohl ähnlich viele Wohneinheiten realisiert wurden.

Tab. 15: Zusammensetzung der Bewohnerstruktur in den Neubaugebieten nach Herkunftsregionen (in Prozent)

Wohngebiet	Vorheriger Wohnstandort			
	Innenstadt-nah	Stadtrand	Umland	Woanders
1) Ahrberg-Viertel	81,3	12,5	3,1	3,1
2) Geibelhöfe	85,7	-	7,1	7,1
3) Vasati	52,1	14,6	29,8	12,5
4) Lister Yachthafen	35	20	15	30
5) Pelikanviertel	46,9	10,2	6,1	36,7
6) Deisterhof	100	-	-	-
7) Gilde Carré	78,7	6,4	8,5	6,4
8) Modern Art	80	20	-	-
9) Heisehof	66,7	13,3	-	20
10) Gartenstadt Kleefeld	60,6	15,2	3	21,1
11) Lister Blick	74,4	15,9	3,7	6,1
n= 355;	Abweichungen von 100 % sind durch Rundungsfehler bedingt.			

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Wird die Analyse dieser Frage nicht nur auf denselben Stadtteil bezogen, so haben insgesamt zwei Drittel (66,2%) der Haushalte vor dem Umzug in die Neubaugebiete auch innenstadtnah gewohnt. 12,4% sind aus dem Stadtrandbereich zugezogen und 7,3% lebten zuvor in einer Umlandgemeinde Hannovers (in den ehemaligen Landkreisen der Region Hannover). 14% zogen von woanders in die Untersuchungsgebiete, von denen 52% zuvor ebenfalls in einer anderen Großstadt lebten. Bezogen auf die einzelnen Untersuchungsgebiete zeigt sich, dass nicht alle Wohngebiete gleichermaßen Zielgebiete von Zuwanderern aus dem Stadtrandbereich oder einer Umlandgemeinde waren, sondern die prozentuale Zusammensetzung der Bewohner variiert (vgl. Tabelle 15). Es fällt auf, dass vor allem die Geschosswohnungsbaugelände Lister Yachthafen und Vasati als Kernzielgebiete der Reurbaniten angesehen werden können, da dort ihre Anteile jeweils 35% betragen. Im Vergleich zu den hochverdichteten Gründerzeitvierteln verzeichnen die im östlichen Stadtgebiet Hannovers gelegenen Mischgebiete Lister Blick und Gartenstadt Kleefeld mit 19,6% und 18,2% höhere Anteile, denn im Ahrberg-Viertel sind nur 15,6%, im Gilde Carré 14,9% und in den Geibelhöfen 7,1% der befragten Personen aus dem Stadtrandbereich oder Umland zugezogen. Im Deisterhof stammen sogar alle Bewohner aus dem innenstadtnahen Bereich.

Begründet werden können die verschiedenen Anteile der Reurbaniten in den einzelnen Wohngebieten einerseits mit dem unterschiedlichen Bestand an den einzelnen Wohn-

formen und andererseits mit der Struktur und dem Image des Stadtteils. Gespräche mit den Bewohnern haben nämlich gezeigt, dass von den Zuwanderern vor allem Wohngebiete in etablierten, sozial homogenen Nachbarschaften als neue Wohnstandorte gewünscht waren, da diese hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur am ehesten mit den vorherigen Wohnstandorten übereinstimmen. Hierzu gehören die List und die Südstadt, aber auch Kleefeld und Herrenhausen. Linden-Süd und die Nordstadt hingegen verzeichnen hohe Anteile an Migranten und Empfängern von Transferleistungen, so dass sie nicht zu den primären Zielgebieten gehören. Aber nicht nur die Lage ist ein ausschlaggebendes Kriterium für die Wahl eines Neubaugebietes als Wohnstandort, sondern auch die Wohnform scheint eine bedeutende Rolle zu spielen, denn 84% der aus dem Umland und 52,3% der aus dem Stadtrandbereich zugezogenen Personen leben in Wohnungen. Interessant ist, dass aber auch 40,9% der zweiten Gruppe in ein Einfamilienhaus gezogen sind, so dass in Verbindung mit der Altersstruktur vermutet werden kann, dass diese Bewohner das Wohnen im Umland „ausprobiert“ haben, jedoch individuelle Gründe dafür gesprochen haben, den Wohnstandort in einen zentraleren Raum zu verlegen (vgl. Tabelle 16). 52,2% dieser Reurbaniten sind zwischen 30 und 50 Jahre alt. Anders ist es bei den aus dem Umland zugezogenen Personen, von denen 61,5% älter als 50 Jahre und 46,1% älter als 60 Jahre sind. Hier kann angenommen werden, dass ein Großteil dieser Gruppe einen Umzug in den städtischen Bereich erst nach dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus vollzogen hat, was auch in den Interviews bestätigt wird (vgl. Kapitel 7.1.1). Von ihnen haben nur 24% Eigentum erworben, was teilweise durch den Immobilienmarkt bedingt wird, da hauptsächlich Mietwohnungen angeboten werden, teilweise jedoch davon ausgegangen werden kann, dass dieses Besitzverhältnis erwünscht war. Denn die Anteile der älteren Reurbaniten sind in den Wohngebieten gering, in denen Eigentumswohnungen angeboten werden. So leben beispielsweise nur 10% dieser Befragten in einer Eigentumswohnung im Pelikanviertel, aber 52% in eine Mietwohnung im Vasati.

Tab. 16: Zusammensetzung der Herkunftsregion nach Altersgruppen (in Prozent)

Altersgruppe	Herkunftsregion			
	Innenstadtnah	Stadtrand	Umland	Woanders
unter 30	6	6,8	-	14,6
30 bis unter 40	32,9	29,5	11,5	35,4
40 bis unter 50	26,5	22,7	26,9	22,9
50 bis unter 60	15,4	6,8	15,4	10,4
60 bis unter 70	12,8	27,3	34,6	10,4
70 und älter	6,4	6,8	11,5	6,3
n=352				

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Zwar ist der Anteil der Reurbaniten in den Neubaugebieten mit 19,7% unterrepräsentiert, doch wenn dieser Begriff weiter gefasst wird und auch diejenigen hinzugezählt werden, die irgendwann in ihrem Leben bereits in einer Kleinstadt oder in einem Dorf gewohnt haben (wozu auch die Gemeinden in der Region Hannover zählen), so erhöht sich ihr Anteil auf 64,9%. Von allen Bewohnern in innenstadtnahen Gebieten sind 42,1% der Befragten in einer Kleinstadt oder in einem Dorf aufgewachsen (gefragt wurde nach dem hauptsächlichen Wohnstandort während der Kindheit) und 17,8% haben nach dem Auszug aus dem Elternhaus in einer solchen Lage gewohnt. Von letzterer Gruppe werden in der Gesamtberechnung der Reurbaniten diejenigen subtrahiert, die entweder während der Kindheit oder direkt vor dem Umzug in die Neubaugebiete in einer kleineren Gemeinde gewohnt haben, um diese Personen nicht doppelt zu zählen. Damit verringert sich der Anteil derjenigen, die nach dem Auszug aus dem Elternhaus vorübergehend in einer Kleinstadt oder einem Dorf gewohnt haben auf 3,1%, und der weiter gefasste Gesamtanteil der Reurbaniten erhöht sich auf 64,9%. So definiert sich der Reurbanisierungsbegriff im weiteren Sinn sowohl aus denjenigen, die aus dem Stadtrandbereich oder einer Umlandgemeinde in die Neubaugebiete gezogen sind, als auch denjenigen, die während der Kindheit oder nach dem Auszug aus dem Elternhaus, jedoch nicht direkt vor dem Umzug in die Neubaugebiete, in einer Kleinstadt oder in einem Dorf gewohnt haben.

Neben dem großen Anteil an Personen, die mit ihren Eltern während der Kindheit hauptsächlich in einer Kleinstadt oder in einem Dorf gewohnt haben, sind 43,2% der befragten

Tab. 17: Hauptsächlicher Wohnstandort in der Kindheit

Wohnstandort	Anteil absolut	Anteil in Prozent
Hannover	85	23,9
darunter:		
• innenstadtnah	59	16,6
• am Stadtrand	26	7,3
Umlandgemeinde Hannovers	42	11,8
Andere Großstadt (> 100.000 Ew.)	69	19,4
darunter:		
• innenstadtnah	34	52,3
• am Stadtrand	31	47,7
Mittelgroße Großstadt (20.000-100.000 Ew.)	42	11,8
Kleinstadt/Dorf (< 20.000 Ew.)	108	30,3
Ausland	10	2,8
n= 356		

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Personen in Hannover oder einer anderen Großstadt aufgewachsen (vgl. Tabelle 17). Hiervon lebten 60,4% mit ihren Eltern innenstadtnah, was jedoch nur 26,1% aller befragten Bewohner insgesamt sind. Dieses Ergebnis ist insofern überraschend, als dass die Vermutung nahe liegt, dass Wohnstandorte mit einem hohen Urbanitätsgrad, wie ihn innenstadtnahe Wohngebiete in Großstädten zumeist aufweisen, insbesondere von Personengruppen nachgefragt werden, die während ihrer Sozialisation im Kindesalter diese Räume als Wohnstandorte kennen gelernt haben (vgl. z. B. ÆRØ 2006, S. 124; Kapitel 7.1). Weitere 11,8% sind in einer mittelgroßen Stadt aufgewachsen und 2,8% im Ausland. Hier kann nicht weiter differenziert werden, wo der Wohnstandort während der Kindheit lag. Da nur eine knappe Mehrheit der befragten Personen in einer Großstadt aufgewachsen ist, liegt die durchschnittliche Zeit, die die Befragten bereits in einer Großstadt gewohnt haben, bei 30 Jahren (sowohl der Median als auch Mittelwert). 25% der Bewohner leben kürzer als 17 Jahre in einer Großstadt und weitere 25% länger als 42 Jahre.

Von denjenigen, die während ihrer Kindheit in einem Einfamilienhaus aufgewachsen sind, wohnen in den Neubaugebieten 48% ebenfalls in einem Haus, so dass eine hohe Korrelation zur Wohnform in der Kindheit besteht. Nicht zu berechnen sind die Wohnformen an den vorherigen Wohnstandorten, doch kann davon ausgegangen werden, dass Personen, die aus dem Umland oder Stadtrandbereich zugezogen sind, dort überwiegend in einem Haus gelebt haben. Noch stärker besteht eine Korrelation bei denjenigen, die während der Kindheit in einer Wohnung gelebt haben, da sie zu 57,6% auch in den Neubaugebieten in Wohnungen leben. Ein ähnlicher Zusammenhang ist zwischen den Besitzverhältnissen zu verzeichnen, denn 63% derjenigen, die mit ihren Eltern in Eigentum gelebt haben, wohnen auch so in den Neubaugebieten, wobei auch hier die gleichen Anmerkungen wie zuvor bestehen. Da jedoch 53,7% derjenigen Eigentum erworben haben, die mit ihren Eltern in einem Mietverhältnis gelebt haben, lassen sich insgesamt keine Rückkoppelungen zwischen den Wohnverhältnissen in der Kindheit und denen in den Neubaugebieten erzeugen.

5.2.2 Alternative Wohnform- und Wohnstandortpräferenzen

Um zu analysieren, inwiefern sich die Bewohner für den innenstadtnahen Wohnstandort in Konkurrenz zu anderen Räumen entschieden haben, wurde mittels des Fragebogens erhoben, ob es für die Bewohner zum Zeitpunkt der Wohnungssuche Wohnformen und Wohnstandorte außerhalb der Neubaugebiete gab, für die sie sich ebenfalls interessiert haben. Unterschieden wurde in der Befragung zwischen den Wohnstandorten Innenstadt, Stadtrand und Umlandgemeinde sowie zwischen den Wohnformen Wohnung, Loft, Maisonette und Einfamilienhaus. Bei den Häusern wurde in Reihenhäuser, Doppelhäuser und frei stehende Einfamilienhäuser differenziert. Hinzu kam eine Erfassung des Alters der Wohnungsimmobilien, die in Altbauwohnungen (vor circa. 1945 errichtet), mittelalte

Wohnungen (zwischen 1945 und 1997 errichtet) und Neubauwohnungen unterschieden wurden.

Alternativ mögliche Wohnstandorte

Insgesamt haben 273 der befragten Haushalte geantwortet, sich während ihrer Wohnungssuche für einen Wohnstandort außerhalb des jeweiligen Neubaugebietes oder für eine andere Wohnform interessiert zu haben. Das sind 77,1% aller Haushalte. Diese Suchen bezogen sich überwiegend auf andere innenstadtnahe Lagen, denn 173 dieser Haushalte (63,4%) haben angegeben, sich ausschließlich für Immobilien im innenstadtnahen Bereich interessiert zu haben (vgl. Tabelle 18). Werden diejenigen hinzugezählt, die sich für keine weiteren Immobilien außer denen interessiert haben, in denen sie im Neubaugebiet wohnen, so betrifft dieses insgesamt 71,3% aller befragten Haushalte. 49 Haushalte haben ihre Suche räumlich weiter ausgedehnt, da sie angegeben haben, sowohl im innenstadtnahen Bereich als auch am Stadtrand gesucht zu haben. Weitere acht Haushalte (2,9%) haben innenstadtnah und im Umland von Hannover nach einer Immobilie gesucht. Ebenfalls kleine Gruppen von jeweils 2,9% sind diejenigen, die sich außerhalb der Neubaugebiete entweder nur für Immobilien am Stadtrand und Umland interessiert haben oder keine eindeutigen Präferenzen zeigen, da sie in allen Wohnstandorten alternativ gesucht haben. Werden diejenigen zusammengezählt, die sich neben dem innenstadtnahen Raum für Immobilien in anderen Lagen interessiert haben, so haben sich insgesamt 82 Haushalte für eine Stadtrandlage und 31 Haushalte für eine Immobilie in einer Umlandgemeinde interessiert. Dieses betrifft 23,1% beziehungsweise 8,9% aller Haushalte in den Untersuchungsgebieten.

Tab. 18: Alternative Wohnstandorte zu den Neubaugebieten bei der Wohnungssuche

Alternative Wohnstandorte	Anteil absolut	Anteil in Prozent an allen, die woanders gesucht haben
Nur innenstadtnah	173	63,4
Nur Stadtrand	20	7,3
Nur Umlandgemeinde	7	2,6
Innenstadtnah und Stadtrand	49	18
Innenstadtnah und Umlandgemeinde	8	2,9
Stadtrand und Umlandgemeinde	8	2,9
Alle drei Wohnstandorte	8	2,9
n= 273		

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Zusammen haben sich 100 Haushalte für eine Immobilie am Stadtrand und/oder Umland interessiert, was 28,1 % aller Haushalte in den Untersuchungsgebieten umfasst. Damit dominiert zwar deutlich die Gruppe derjenigen, die innenstadtnah wohnen, ohne andere Räume in Erwägung zu ziehen, doch hat sich ein großer Anteil von über einem Viertel der Bewohner trotz potenziell anderer attraktiver Wohnstandorte für das innenstadtnahe Wohnen entschieden. Die Gründe dafür, weshalb beispielsweise Wohnstandorte in Umlandgemeinden nicht gewählt wurden, wurden mittels einer offenen Frage im Fragebogen erhoben und geben an dieser Stelle einen ersten Hinweis auf die Motive für das städtische Wohnen. Von 28 Personen wurden folgende Gründe genannt:

- Die Immobilien im Umland entsprechen hinsichtlich der Raumaufteilung, Architektur, Umweltstandards etc. nicht der Nachfrage (32,1 % der Antworten).
- Die Infrastruktur in der Gemeinde wird als unzureichend bewertet. Dies betrifft vor allem Aspekte der Kinderbetreuung, aber auch kulturelle Angebote und Einkaufsmöglichkeiten werden als defizitär eingestuft und die persönliche Flexibilität als gefährdet betrachtet (28,6 % der Antworten).
- Die Verkehrsanbindung wird als unzureichend bewertet, was generell als einschränkend empfunden wird, jedoch konkret dazu führen würde, dass ein Teil der Befragten sich ein (zweites) Auto kaufen müsste (14,3 % der Antworten).
- Sonstige Gründe. Hierzu zählen die Berufstätigkeit der Frau, zu weite Pendlerdistanzen, ein möglicher Schulwechsel der Kinder, die Befürchtung vor zu wenig Anonymität in der Umlandgemeinde und das Vorhandensein eines sozialen Netzwerkes in der Stadt (25 % der Antworten).

Nach unterschiedlichen Wohnformen haben sich 25,1 % der befragten Bewohner von Wohnungen und 25,2 % von Einfamilienhäusern für Wohnstandorte in Umlandgemeinden oder am Stadtrand interessiert, wohingegen dies deutlich weniger Befragte in Maisonettes oder Lofts betrifft. Hier haben nur 16,7 % (in Maisonettes) und 11,1 % der Haushalte angegeben, sich auch für Wohnstandorte außerhalb innenstadtnaher Lagen interessiert zu haben. Von den Haushalten, die sich für den Stadtrand oder das Umland interessiert haben, waren 51,2 % der befragten Personen jünger als 40 Jahre, 33,3 % zwischen 40 und 60 Jahre alt und 15,5 % älter als 60 Jahre. In Bezug auf die einzelnen Altersgruppen bedeutet das, dass sich 32,1 % aller unter 40-Jährigen, 20,3 % aller 40- bis 60-Jährigen und nur 16,3 % aller über 60-Jährigen für einen Wohnstandort am Stadtrand oder Umland interessiert haben. Letzteres spiegelt sich in den Zahlen der Reurbaniten wider, da 33,8 % aller über 60-Jährigen aus dem Stadtrand oder Umlandbereich zugewandert sind (37,5 % der 60- bis 70-Jährigen und 25 % der über 70-Jährigen), so dass die innenstadtnahen Wohnstandorte in dieser Altersgruppe eine hohe Attraktivität besitzen.

Bezüglich der innenstadtnahen Lage bei der Wohnungssuche hat die Auswertung gezeigt, dass 97 Haushalte auch bei einem passenden Angebot nicht bereit gewesen wären, in einen anderen Stadtteil zu ziehen, als ihre derzeitige Wohnung liegt. Dieses betrifft ins-

Tab. 19: Nachgefragte alternative Wohnimmobilien an unterschiedlichen Standorten im Vergleich zu der derzeitigen Wohnform (Mehrfachnennungen möglich)

Alternative Wohnimmobilien*	Derzeitige Wohnform			
	Wohnung	Haus	Maisonette	Loft
Wohnung im innenstadtnahen Bereich	156	71	26	17
darunter:				
• Altbau	52	32	15	12
• Mittelalte Wohnung	30	13	4	2
• Neubau	74	26	7	3
Wohnung am Stadtrand	36	20	5	2
darunter:				
• Altbau	6	8	2	1
• Mittelalte Wohnung	6	5	2	-
• Neubau	24	7	1	1
Wohnung im Umland	12	5	-	-
darunter:				
• Altbau	5	1	-	-
• Mittelalte Wohnung	4	3	-	-
• Neubau	3	1	-	-
Einfamilienhaus im innenstadtnahen Bereich	23	164	4	-
darunter:				
• Reihenhaushälfte	10	63	1	-
• Doppelhaushälfte	5	49	1	-
• Frei stehendes Einfamilienhaus	9	52	2	-
Einfamilienhaus am Stadtrand	24	73	3	2
darunter:				
• Reihenhaushälfte	7	25	1	1
• Doppelhaushälfte	7	20	1	1
• Frei stehendes Einfamilienhaus	10	28	1	-
Einfamilienhaus im Umland	6	19	1	2
darunter:				
• Reihenhaushälfte	1	4	-	-
• Doppelhaushälfte	2	4	-	-
• Frei stehendes Einfamilienhaus	3	11	1	2
n= 273	* Aufgrund der geringen Fallzahlen bleiben Maisonettes und Lofts in der Darstellung unberücksichtigt.			

Quelle: Eigene Erhebung 2007

besondere Bewohner der Südstadt und auch der List. Von den 72,8%, die sich vorstellen können, auch außerhalb ihres Stadtteils zu wohnen, erstreckte sich die Suche zumeist auf benachbarte Stadtteile oder Stadtteile mit einer ähnlichen sozioökonomischen oder architektonischen Struktur. So können sich beispielsweise Bewohner des Gilde Carrés vorstellen, in der Nordstadt, List und Südstadt zu wohnen, und für Bewohner der Gartenstadt Kleefeld ist vor allem Kirchrode ein alternativer Wohnstandort.

Alternativ interessante Immobilien bei der Wohnstandortsuche

Hinsichtlich der nachgefragten alternativen Wohnimmobilien lässt sich erkennen, dass bezüglich der Wohnungen und Einfamilienhäuser enge Verknüpfungen zur derzeitigen Wohnform bestehen. So haben sich Bewohner von Wohnungen auch außerhalb der Neubaugebiete hauptsächlich für Wohnungen interessiert (vgl. Tabelle 19). Ein besonderer Fokus lag bei dieser Bewohnergruppe im innenstadtnahen Bereich, wobei vor allem Neubauwohnungen alternativ interessant erschienen. Anders ist es bei den Bewohnern von Einfamilienhäusern, da sich diese parallel zur Suche nach einem Einfamilienhaus nur selten für eine Wohnung interessiert haben. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass wenn die Einfamilienhäuser im innenstadtnahen Bereich nicht realisiert worden wären, ein Großteil der Bewohner in ein Haus am Stadtrandbereich oder in einer Umlandgemeinde gezogen wäre. Unterstützt wird diese Vermutung dadurch, dass insgesamt mehr Haushalte ein Einfamilienhaus am Stadtrand oder Umland gesucht haben als eine Wohnung in der Stadt. So wären die Umlandwanderungen wahrscheinlich deutlich höher ausgefallen, wenn es die kernstadtnahen Häuser nicht gäbe. Es zeigt sich, dass sich die Mehrheit der Bewohner von Einfamilienhäusern bei ihrer Wohnstandortsuche ausschließlich für Häuser im innenstadtnahen Bereich interessiert hat, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die erst seit 1999 verstärkter realisierten Einfamilienhäuser einen hohen Zuspruch erhalten und eine nachgefragte Alternative zu suburbanen oder stadtrandnahen Wohnstandorten darstellen. In den Fällen, in denen potenziell auch eine Wohnung als Wohnform in Betracht kam, lagen diese bei Bewohnern von Einfamilienhäusern vor allem im Altbaubestand. Ähnlich ist es bei den Bewohnern von Maisonettes und Lofts, die ebenfalls hauptsächlich alternativ Altbauwohnungen gesucht haben. Dies könnte dadurch begründet sein, dass diese Bewohnergruppen bereits zuvor in Altbauwohnungen gewohnt haben und das Flair dieser Wohnungen besonders schätzen.

5.3 Lebensstile

In der vorliegenden Studie werden Lebensstile als ein Resultat aus Handlungen, Werten und Orientierungen verstanden, die zusammen die Verhaltensdispositionen von Individuen bestimmen. Da hieraus keine Rückschlüsse auf die dahinter stehenden Bevölkerungsgruppen möglich sind, empfiehlt MÜLLER (1989, S. 67), die einzelnen Lebensstile in einem zweiten Schritt mit strukturellen Daten wie Haushaltseinkommen, Bildung oder auch Haushaltsgröße zu verknüpfen, was in Kapitel 5.3.3 erfolgt. Auch für die Operatio-

nalisierung des Lebensstilbegriffs wird hier das von ihm entwickelte Dimensionsmodell beachtet (1989, S. 66 f.; 1992a, S. 377 f.; vgl. Kapitel 2.2.2). In bestehenden Analysen konnte gezeigt werden, dass die kognitive Dimension (Wahrnehmungsmuster und Selbstidentifikation) für einen Lebensstil weniger bestimmend ist als die drei anderen Ebenen (KLEE 2001, S. 107), so dass in dieser Studie Variablen den empirischen Hintergrund bilden, die sich dem expressiven, interaktiven und evaluativen Verhalten zuordnen lassen. Die Auswahl der Indikatoren wurde hauptsächlich an den Studien von KLEE (2001) und SPELLERBERG (1996) ausgerichtet, wobei die zu erhebenden Items jedoch modifiziert und reduziert wurden.

5.3.1 Bildung der Lebensstilgruppen

In der Lebensstiltypenbildung wird häufig ein zweistufiges Verfahren durchgeführt, indem zunächst eine Faktorenanalyse berechnet wird, auf Basis derer mittels einer Cluster- oder Korrespondenzanalyse die unterschiedlichen Lebensstile generiert werden. Das Ziel einer Faktorenanalyse ist es, diejenigen Variablen zu einem Faktor zusammenzufassen, die sehr stark untereinander korrelieren. Im Ergebnis entsteht eine kleinere Anzahl an voneinander unabhängigen Variablen (BÜHL 2006, S. 485). Da trotz dieser Datenreduktion nur solche Variablen zusammengefasst werden, die stark korrelieren, ist der Informationsverlust gering (BORTZ 2005, S. 513; ECKSTEIN 2008, S. 359), denn es werden so nur diejenigen gruppiert, die etwas Gemeinsames messen und somit einer gemeinsamen „Hintergrundvariablen“ zuordbar sind (BORTZ 2005, S. 511; BROSIUS 2006, S. 763).

Für die vorliegende Lebensstilanalyse wurden zunächst 56 Variablen aus sechs Themenbereichen zu 21 Faktoren vorstrukturiert, wodurch die Komplexität der Indikatoren abgenommen hat (BROSIUS 2006, S. 763). Für die Datenreduktion wurden für alle sechs Themenbereiche einzelne Faktorenanalysen berechnet (mittels der Hauptkomponentenanalyse und Faktorrotation nach der Varimax-Methode), um themenspezifisch unabhängige Faktoren zu erhalten, die die Basis der nachfolgenden Clusteranalyse bildeten. Da nicht alle befragten Personen vollständige Angaben bei allen Lebensstilvariablen gemacht haben, gehen von 356 zurückerhaltenen Fragebögen nur 241 in die Faktoren- und Clusterbildung ein, also die Fragebögen, in denen alle Angaben vollständig sind.

Auf der ersten von MÜLLER benannten Analysedimension befindet sich das expressive Verhalten, worunter Freizeitaktivitäten und Konsummuster zu subsumieren sind. Entsprechend wurden hier Variablen dieser Themenbereiche generiert, bei denen die 18 Variablen der Freizeitaktivitäten nach der Faktorenanalyse auf acht Faktoren (vgl. Tabelle 20) und die fünf Variablen des Konsumverhaltens auf 2 Faktoren (vgl. Tabelle 21) reduziert wurden.

Tab. 20: Faktorenstruktur: Persönliches Freizeitverhalten

Variablen	Faktorladungen							
	F 1	F 2	F 3	F 4	F 5	F 6	F 7	F 8
Lesen		0,669						
Fernsehen								0,698
Internetnutzung				0,802				
Computerspiele Spielen					0,706			
Faulenzen					0,663			
Spazieren gehen		0,751						
Sport treiben				0,571				
Sportveranstaltungen besuchen						0,406		
In ein Café oder eine Kneipe gehen	0,682							
Opern, klassische Konzerte, Ausstellungen o. ä. besuchen		0,462						
In ein Kino gehen	0,682							
In ein Konzert oder eine Disko gehen	0,684							
Einen Freizeitpark besuchen						0,840		
In die Kirche gehen			0,655					
Ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben			0,825					
Besuche von Familienangehörigen							0,870	
Besuche von Freunden oder Bekannten	0,691							
Handwerklich, künstlerisch oder gärtnerisch tätig sein								-0,699
Erklärte Varianz insgesamt: 65,3%				F= Faktor				

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Im ersten Themenbereich werden insgesamt 65% der Varianz erklärt, und die Faktoren strukturieren sich wie folgt: Auf dem ersten Faktor laden vor allem solche Variablen hoch, die hedonistische Lebensweisen kennzeichnen. Hierzu gehören der Besuch von Cafés und Kneipen, aber auch Kino- und Diskobesuche und der Kontakt zu Freunden und Bekannten. Faktor 2 fasst kulturelles Interesse und Spazieren gehen zusammen und Faktor 3 den Besuch von Kirchen und das Ausüben von ehrenamtlichen Tätigkeiten. In Faktor 4 wird deutlich, dass die Variablen Internetnutzung und sportliches Verhalten stark kor-

Tab. 21: Faktorenstruktur: Konsummuster

Variablen	Faktorladungen	
	Faktor 1	Faktor 2
Sonderangebote beachten	-0,652	
Höhere Qualität bevorzugen	0,808	
Umweltbewusstes Einkaufen	0,620	
Aus Zeitersparnis dort einkaufen, wo man sich befindet		0,760
Orientierung an Trends		0,670
Erklärte Varianz insgesamt: 57,2%		

Quelle: Eigene Erhebung 2007

relieren, während in Faktor 5 Faulenzen und das Spielen von Computerspielen im Vordergrund stehen. Faktor 6 zeigt, dass die Besuche von Freizeitparks und Sportveranstaltungen als außerhäusliche Freizeitaktivitäten zusammengefasst werden können. Faktor 7 beinhaltet den Besuch von Familienangehörigen, wobei diese Freizeitaktivität mit keiner anderen Variablen stark korreliert. Faktor 8 wird wieder durch zwei Variablen gebildet, doch wird hier deutlich, dass diejenigen Fälle, die häufig fernsehen, in der Regel nicht handwerklich, künstlerisch oder gärtnerisch aktiv sind, da diese Variable negativ lädt.

Die Konsummuster der befragten Personen lassen sich in zwei Faktoren gliedern (57% erklärte Gesamtvarianz), wobei im ersten Faktor vor allem der bevorzugte Einkauf höherer Qualität und umweltbewusstes Einkaufen positiv laden. Wie auch schon in Faktor 8 des vorherigen Themenbereiches werden diese Indikatoren durch eine negativ ladende Variable ergänzt. Das bedeutet, dass das Einkaufen hoher Qualität in der Regel nicht mit dem Beachten von Sonderangeboten einhergeht. In Faktor 2 stehen das zeitsparende Einkaufen und die Orientierung an (Mode-)Trends im Vordergrund.

Neben dem expressiven Verhalten zählt MÜLLER auch das interaktive Verhalten zu den Bestandteilen eines Lebensstils, worunter er Kontaktmuster und Heiratsneigungen fasst. In der vorliegenden Studie werden jedoch Kontaktmuster zum expressiven Verhalten gezählt, da die Besuche von Verwandten, Freunden und Bekannten einen Teilbereich der persönlichen Freizeitgestaltung darstellen. Nach KLEE (2001, S. 108 f.) ist die Mediennutzung ebenfalls zu den Kontaktformen zu zählen, so dass auch hier entsprechende Variablen aus den Bereichen Fernsehen und Zeitungslektüre als Lebensstil bildend angesehen werden.

Hinsichtlich des Fernsehkonsums hat die Faktorenanalyse gezeigt, dass die 12 Variablen auf vier Faktoren reduziert werden können, bei denen die erklärte Gesamtvarianz 56% beträgt (vgl. Tabelle 22). Im Faktor 1 laden vor allem solche Genres hoch, die einen

Tab. 22: Faktorenstruktur: Fernsehkonsum

Variablen	Faktorladungen			
	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4
Shows oder Quizsendungen	0,612			
Sportsendungen				0,845
Heimatfilme	0,620			
Nachrichten		0,619		
Krimis und Krimiserien			0,737	
Politische Magazine u. ä.		0,724		
Daily Talk	0,729			
Länderreportagen oder Dokumentationen		0,682		
Spielfilme			0,719	
Kunst- und Kultursendungen		0,651		
Soaps/Telenovela	0,673			
Serien	0,498			
Erklärte Varianz insgesamt: 56,2%				

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Tab. 23: Faktorenstruktur: Zeitungslektüre

Variablen	Faktorladungen		
	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3
Innenpolitik	0,870		
Außenpolitik	0,879		
Wirtschaft	0,638		
Kultur		0,324	
Lokalnachrichten		0,664	
Sport			0,613
Panorama, Aus aller Welt		0,748	
Werbung/Sonderangebote		0,538	
Erklärte Varianz insgesamt: 58,3%			

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Unterhaltungscharakter besitzen. Hierzu zählen Shows und Quizsendungen, aber auch Daily Talk, Soaps und Serien. Faktor 2 fasst Sendungen mit einem politischen oder kulturellen Hintergrund zusammen, wozu beispielsweise Nachrichten, Dokumentationen und Kultursendungen zählen. Faktor 3 zeigt, dass Krimis und Spielfilme miteinander korrelieren, also beide ähnlich gerne gesehen werden. Zu Faktor 4 gehört nur die Vorliebe für Sportsendungen.

Hinsichtlich der Zeitungslektüre wurden die Indikatoren zu drei Faktoren zusammengefasst, wobei in Gruppe 1 die Innen- und Außenpolitik sowie der Wirtschaftsteil hohe Faktorladungen aufweisen (vgl. Tabelle 23). In Faktor 2 werden alle anderen Zeitungsbeilagen zusammengefasst und nur der Sportteil liegt in einem gesonderten Faktor 3. Die erklärte Gesamtvarianz beträgt in diesem Themenbereich 58%.

Zum evaluativen Verhalten zählt MÜLLER Werteorientierungen und Einstellungen, so dass auch hier Indikatoren dieser Dimension in die Lebensstiluntersuchung eingegangen sind. Hinsichtlich der Werteorientierungen hat die Faktorenanalyse die Variablen in zwei Gruppen zusammengefasst, wobei sich diese als materialistische und postmaterialistische Werteorientierungen definieren lassen (vgl. Tabelle 24). Faktor 1 gruppiert demnach Indikatoren, die sich dem materialistischen Wertekonsens zuordnen lassen, da hier zum Beispiel das Pflichtbewusstsein, die Leistung und auch der Wohlstand hochladen. In Faktor 2 werden die Vorlieben gruppiert, die postmaterialistische Orientierungen aufweisen. Die erklärte Gesamtvarianz beträgt in dieser Faktorengruppe 45%.

Tab. 24: Faktorenstruktur: Werteorientierungen

Variablen	Faktorladungen	
	Faktor 1	Faktor 2
Pflichtbewusstsein	0,708	
Sicherheit	0,629	
Ungebundenheit		0,566
Auf Wohlstand Wert legen	0,705	
Pünktlichkeit	0,597	
Das Leben genießen		0,712
Tolerant sein		0,720
Etwas leisten	0,570	
Erklärte Varianz insgesamt: 44,9%		

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Tab. 25: Faktorenstruktur: Lebensbereiche

Variablen	Faktorladungen	
	Faktor 1	Faktor 2
Eigene Familie		0,848
Erfolg im Beruf		0,562
Freizeit	0,784	
Freunde und Bekannte	0,812	
Verwandtschaft		0,525
Erklärte Varianz insgesamt: 58,2%		

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Die Bedeutung einzelner Lebensbereiche für die Befragten wurde zu zwei Faktoren zusammengefasst. Die erklärte Gesamtvarianz beträgt 58% (vgl. Tabelle 25). In Faktor 1 laden solche Variablen hoch, die Vorlieben für Geselligkeit anzeigen, nämlich die Bereiche Freunde und Bekannte, aber auch Freizeit. Im Faktor 2 hingegen werden die Variablen eigene Familie, Erfolg im Beruf und Verwandtschaft zusammengefasst, womit diese Gruppe eher familienorientierte Lebensbereiche beschreibt.

Aufbauend auf der Faktorenanalyse schloss die Lebensstilbildung anhand einer Clusteranalyse an, mittels derer die einzelnen Fällen so gruppiert wurden, dass sie innerhalb einer Gruppe möglichst hohe Ähnlichkeit aufweisen, sich jedoch nach außen zu den anderen Clustern möglichst weit unterscheiden (BORTZ 2005, S. 565). Das bedeutet, dass Fälle in Clustern zusammengefasst wurden, die ein möglichst ähnliches Antwortverhalten hinsichtlich der lebensstilrelevanten Merkmale aufweisen. Aufgrund der Fallzahlen wurde eine Clusterzentrenanalyse berechnet, deren Nachteil im Vergleich zu einer hierarchischen Analyse darin besteht, dass die Clusteranzahl vorgegeben werden muss. Anhand der Erfahrungswerte bestehender Lebensstilanalysen wurden Clusterzentrenanalysen mit vier bis acht Gruppen berechnet, wobei neben statistischen Kennwerten vor allem inhaltliche Kriterien für die endgültige Bestimmung der Clusteranzahl herangezogen wurden. Nach statistischen Kriterien stellten sich die 5er- und 6er-Lösungen als wahrscheinlich dar, da hier jeweils die Summen der F-Werte sehr niedrig waren und für eine hohe Homogenität der Antworten sprachen. Nach inhaltlich-interpretativen Gründen wurde schließlich für die 5er-Lösung entschieden (vgl. Kapitel 5.3.3), da hier die Cluster am besten inhaltlich interpretierbar sind und eine vertretbare Größe besitzen. Bei einer Lösung von sieben und acht Clustern sind beispielsweise jeweils ein Cluster mit nur einem oder zwei Fällen besetzt, so dass diese Lösungen alleine wegen der Clustergrößen ausschieden.

5.3.2 Lebensstilmerkmale der Untersuchungsgruppe insgesamt

Die Gruppierung der befragten Bewohner nach Lebensstilindikatoren hat gezeigt, dass die einzelnen Cluster nur in Nuancen von der Erhebungsgesamtheit abweichen. Deshalb und in Anbetracht dessen, dass die Charakterisierung der einzelnen Lebensstiltypen anhand von t-Werten erfolgt, womit die Variablenmittelwerte in den Clustern mit denen der Erhebungsgesamtheit verglichen werden, scheint es relevant, zunächst die Untersuchungsgruppe insgesamt nach ihren Lebensstilmerkmalen zu beschreiben, bevor in Kapitel 5.3.3 die Vorstellung der Cluster erfolgt. Aufgrund der Komplexität der für die Clusterbildung verwendeten Indikatoren können bei der allgemeinen Charakterisierung nicht alle 56 Variablen detailliert beschrieben werden. Es werden vielmehr diejenigen Merkmale näher dargestellt, die für die Fragestellung bedeutsam sind und aufzeigen, inwiefern von den Bewohnern Lebensweisen verfolgt werden, die häufig mit dem städtischen Wohnen in Verbindung stehen (v. a. postmaterialistische/hedonistische Lebensweisen).

Für die Lebensstilbildung wurden Indikatoren aus sechs Themenbereichen ausgewählt (vgl. Kapitel 5.3.1), die neben dem Erfassen von Einstellungen und Orientierungen auch Freizeitaktivitäten und Medienkonsumpräferenzen erheben. Ein erster Hinweis auf mögliche postmaterialistische und freizeitorientierte Lebensstileinstellungen, die häufig mit der städtischen Wohnstandortwahl in Verbindung stehen, zeigt die subjektive Bedeutung persönlicher Lebensbereiche, weshalb dieser Themenbereich auch für die vorliegende Lebensstilstudie ausgewählt wurde. Die Auswertung zeigt, dass der eher konventionelle Lebensbereich der eigenen Familie von 56 % der Befragten als sehr wichtig erachtet wird, womit dieser zunächst als der wichtigste Lebensbereich angesehen werden kann. Wird jedoch die nachfolgende Antwortkategorie „eher wichtig“ hinzugerechnet, so erachten 95,9 % der Befragten den Lebensbereich Freizeit, 94,6 % den der Freunde und Bekannten und 85,1 % den des Erfolgs im eigenen Beruf als eher oder sehr wichtig, aber nur 71 % bewerten die eigene Familie entsprechend positiv. 12,9 % der befragten Bewohner halten die eigene Familie sogar für völlig unwichtig, so dass diese Kategorie gleichfalls den höchsten Anteil in der negativsten Bewertung erhält. Hierdurch tritt dieser Lebensbereich in seiner Bedeutung deutlich zurück, denn insgesamt wird nur noch die Kategorie „Verwandtschaft“ als unbedeutsamer erachtet. Diese halten nur 66,4 % für eher oder sehr wichtig, aber auch nur 7,5 % für völlig unwichtig.

Die Auswertung dieser Lebensbereiche hat gezeigt, dass zwar der Freizeit sowie den Freunden und Bekannten eine hohe Bedeutung beigemessen wird, doch zeigen die persönlichen Freizeitaktivitäten, dass in der Frequenz, in der bestimmte Aktivitäten durchgeführt werden, vor allem innerhäusliche Muster dominieren. So geben 75,1 % der befragten Personen an, täglich zu lesen, 61,4 % sehen jeden Tag fern und 59,3 % nutzen in ihrer Freizeit das Internet, womit dies die einzigen Freizeitgestaltungselemente sind, die die befragten Bewohner mehrheitlich täglich wahrnehmen. Weniger häufig, jedoch mindestens einmal pro Woche, treibt der überwiegende Anteil der Befragten Sport (61,8 %), geht spazieren (55,6 %) oder trifft sich mit Freunden und Bekannten (54,8 %), weshalb diese drei Bereiche ebenfalls zu den wichtigen Freizeitaktivitäten gehören. Auf den regelmäßigen Kontakt zu Freunden und Bekannten ist zurückzuführen, dass 45,2 % der Bewohner mindestens einmal in der Woche in ein Café oder in eine Kneipe gehen, aber auch 34,4 % geben an, dieses nur mindestens einmal im Monat zu machen. Fast ein Fünftel geht noch seltener oder gar nicht in eine solche gastronomische Einrichtung, weshalb der Besuch von Cafés und Kneipen als eher sekundär in der Freizeitgestaltung bewertet werden kann. Mindestens einmal im Monat werden von den Befragten Familienangehörige besucht (39,4 %), womit dieses die einzige Aktivität ist, die am häufigsten in diesem Turnus gemacht wird. Seltener als einmal im Monat gehen die meisten Befragten in Opern, klassische Konzerte und Ausstellungen (55,2 %), aber auch Konzerte und Diskos (66,8 %) und die Besuche von Kinos (51,9 %) und Sportveranstaltungen (46,1 %) gehören zu den eher seltenen Freizeitaktivitäten (vgl. Kapitel 7.4.1). „Mache ich nicht“ wurde mehrheitlich bei dem Besuch von Kirchen (51,5 %), ehrenamtlichen Tätigkeiten (59,3 %),

dem Spielen von Computerspielen (65,6%) und dem Besuch von Freizeitparks geantwortet. Handwerklich, künstlerisch oder gärtnerisch sind in ihrer Freizeit nur 3,3% täglich beschäftigt, doch geben 28,6% an, dieses mindestens einmal in der Woche zu machen. Fast ebenso häufig wird dieser Bereich einmal im Monat oder noch seltener ausgeübt, weshalb in diesem Freizeitbereich keine Kategorie dominiert.

Hinsichtlich des Medienkonsums zeigt sich, dass vor allem politische und kulturelle Sendungen, aber auch Dokumentationen, Spielfilme und Krimis im Fernsehen mehrheitlich als sehr interessant beziehungsweise eher interessant empfunden werden. Als völlig uninteressant werden Heimatfilme, Daily-Talk-Sendungen, Telenovelas und Serien im Abendprogramm empfunden, so dass prinzipiell eher anspruchsvollere Sendungen im Fernsehen konsumiert werden. Im Bereich der Zeitungslektüre werden Lokalnachrichten und innenpolitische Themen von jeweils 48% der Befragten als sehr interessant empfunden, und die Außenpolitik, Wirtschaft, Kultur und Nachrichten aus aller Welt (Panorama) verfolgen hingegen die meisten Befragten nur eher interessiert. Trotz eines generellen Interesses an tagespolitischen Themen wird deutlich, dass vor allem regionale und nationale Politik eine besondere Aufmerksamkeit erlangen, denn auch der Sportteil wird nicht so häufig gelesen, da er die höchste Zustimmung in der Kategorie „eher uninteressant“ erhält. Werbebeilagen und Sonderangebote werden von 35,7% als völlig uninteressant empfunden.

Eine weitere wichtige Kategorie in der Lebensstilbildung stellt der Wertekonsens einer Untersuchungsgruppe dar, wobei in der vorliegenden Studie ein Antwortverhalten dominiert, das Merkmale der von KLAGES (2001c, S. 10) beschriebenen Wertesynthese widerspiegelt. Hierbei werden sowohl konventionelle als auch postmaterialistische Werte gleichermaßen positiv bewertet, da 96,7% der Befragten Pflichtbewusstsein als sehr wichtig oder eher wichtig empfinden, aber auch Toleranz und Lebensgenuss werden von circa 94% für genauso wichtig erachtet. Weniger hohe, aber dennoch hohe Zustimmungsteile erhalten in diesen Antwortkategorien die Werte Leistung (83%), Pünktlichkeit (89,6%) und Sicherheit (76,3%). Unbedeutender sind hingegen die Aspekte Wohlstand und Ungebundenheit, die nur zu 60,2% und 51% als eher oder sehr wichtig empfunden werden. Letztere Einstellungen können zum einen durch das durchschnittlich hohe Haushaltsnettoeinkommen begründet werden (vgl. Kapitel 5.1.3), da durch eine bereits erlangte materielle Sicherheit dieser Wert an Bedeutung verliert, zum anderen bedingt der hohe Anteil an Familien und Ehepaaren in den Untersuchungsgebieten, dass Ungebundenheit als weniger wichtig erachtet wird.

Obwohl Konsummuster in erster Linie expressives Verhalten erklären (MÜLLER 1992a, S. 377; vgl. Kapitel 2.2.2), ergänzen sie auch die Einstellungsmuster (Lebensbereiche und Wertorientierungen), da durch das Einkaufsverhalten angezeigt wird, welche Konsumgüter für die Untersuchungsgruppe eine Relevanz besitzen. Das beinhaltet, dass bei-

spielsweise durch umweltbewusstes oder auch modeorientiertes Einkaufen häufig eine entsprechende Grundeinstellung signalisiert wird. Insgesamt betrachtet ist das Einkaufsverhalten der befragten Bewohner als heterogen zu bewerten, da in kaum einer Antwortkategorie eine absolute Mehrheit der Bewertungen vorliegt. Am häufigsten (82,6%) wird der Aussage völlig oder eher zugestimmt, dass beim Einkaufen auf eine hohe Qualität geachtet wird. Auch wenn dafür der zu bezahlende Preis höher ist. 55,6% achten gleichermaßen auf ein umweltbewusstes Einkaufsverhalten und jeweils 51% kaufen aus Zeitersparnis sehr häufig oder eher häufig dort ein, wo sie sich gerade aufhalten oder achten bei ihrem Einkauf auf Sonderangebote. Nur 27,4% der befragten Einwohner orientieren sich regelmäßig oder eher regelmäßig an aktuellen Trends.

Zusammenfassend betrachtet kann festgehalten werden, dass es sich bei den Bewohnern der Neubaugebiete um Personen handelt, die mehrheitlich den Lebensbereichen Freizeit, Freunde und Bekannte prinzipiell eine hohe Bedeutung beimessen, jedoch bei 56% der Befragten die eigene Familie den höchsten Stellenwert einnimmt. Hieraus kann begründet werden, dass hinsichtlich der persönlichen Freizeitaktivitäten vor allem häusliche Freizeitgestaltungselemente eine hohe Bedeutung besitzen, die von regelmäßigen Besuchen bei Freunden und Bekannten, aber auch Fitnessaktivitäten ergänzt werden. Typische hedonistische Lebensstilmerkmale wie die Besuche von Cafés und Kneipen werden nur von 45% der Bewohner regelmäßig (mindestens einmal die Woche) als Freizeitaktivitäten benannt, wobei jedoch 18,3% seltener als einmal im Monat ihre Freizeit dort verbringen. Kinos, Konzerte und andere kulturelle, für die Stadt klassische Aktivitätsangebote werden in der Regel nur selten bis gar nicht wahrgenommen, so dass dies keine Aktivitätsmuster sind, die ein Wohnen in der Stadt begründen. Auch das mehrheitlich gering ausgeprägte Interesse für (Mode-)Trends spricht nicht dafür, dass es sich bei den Bewohnern in den Neubaugebieten um eine Gruppe handelt, die eine auf extrovertierte Merkmale ausgerichtete Lebensweise führt. Hinsichtlich des Medienkonsums erhalten sowohl in der Zeitungslektüre als auch im Fernsehen Nachrichten, politische Themen und Dokumentationen eine hohe Zustimmung, was für eine generelle Offenheit der Bewohner und ein Interesse gegenüber tagesaktuellen Themen spricht. Der Wertekonsens der befragten Bewohner zeigt Aspekte auf, die der von KLAGES konstatierten Wertesynthese entsprechen, denn sowohl materialistische als auch postmaterialistische Werte werden von den Befragten in einer ähnlichen Weise zustimmend bewertet. Wird versucht, den Lebensstil der Untersuchungsgruppe namentlich zu beschreiben, so trifft es am ehesten zu, diese als „politisch und kulturell Interessierte, häusliche Orientierte“ zu bezeichnen, obwohl hiermit nicht die Werteorientierung gefasst wird.

5.3.3 Lebensstiltypen

Für die inhaltliche Beschreibung der Lebensstiltypen wurden die t-Werte für alle Variablen in jedem Cluster berechnet (vgl. KLEE 2001). Hierdurch ist es möglich, die Cluster

graphisch darzustellen und aufzuzeigen, wie sich die einzelnen Mittelwerte der Variablen in den Clustern von den entsprechenden Mittelwerten in der Erhebungsgesamtheit unterscheiden (BACKHAUS et al. 2000, S. 379). Da im Fragebogen kleine Werte eine hohe Zustimmung beinhalten (z. B. 1 = sehr wichtig und 4 = völlig unwichtig), zeigt ein positiver t-Wert in der Berechnung eine größere Ablehnung der entsprechenden Variable im Cluster an, und ein negativer t-Wert bezeichnet eine stärkere Zustimmung. Um die graphischen Darstellungen der Cluster leichter interpretieren zu können (vgl. Abbildung 35 bis 39), wurden die t-Werte umgekehrt, so dass positive Werte eine höhere Zustimmung und negative Werte eine entsprechende Ablehnung bezeichnen. Für die Berechnung der t-Werte wurde folgende Formel verwendet (BACKHAUS et al. 2000, S. 379):

$$t = \frac{\bar{x}(J,G) - \bar{x}(J)}{s(J)}$$

$\bar{x}(J,G)$ = Mittelwert der Variable J über die Fälle der Gruppe G
 $\bar{x}(J)$ = Gesamtmittelwert der Variable J in der Erhebungsgesamtheit (hier n=241)
 $s(J)$ = Standardabweichung der Variable J in der Erhebungsgesamtheit

Auch bei geringen Abweichungen der t-Werte können deutliche Abgrenzungen der Cluster festgestellt werden, und die unterschiedlichen t-Werte in den einzelnen Variablen sprechen für clusterspezifische Merkmale. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden in den graphischen Abbildungen der Lebensstiltypen nur die Variablen dargestellt, deren t-Wert größer oder kleiner als 0,1 ist, da dies Variablen sind, die für die inhaltliche Charakterisierung der jeweiligen Cluster verwendet wurden. Bei der Namensgebung der Lebensstile wurde sich an den Typenbildungen nach KLEE (2001, S. 118 ff.) und SPILLERBERG (1996, S. 123 ff.) orientiert.

Cluster 1: Aktive, politisch und kulturell interessierte Postmaterialisten

Das größte Cluster der Typenbildung ist das der aktiven Postmaterialisten. Zu ihnen gehören 87 Personen (36,1%). Die Hauptkennzeichen dieser Gruppe sind ein ausgeprägtes Interesse für kulturelle Einrichtungen und Kunst- und Kulturprogramme im Fernsehen, aber auch Nachrichten werden mit einem hohen Interesse verfolgt (vgl. Abbildung 35). Entsprechend werden die Kultur-, Innen- und Außenpolitikbeilagen in der Tagespresse überdurchschnittlich gerne gelesen. Ihre Freizeit verbringen diese Bewohner zum einen mit Freunden und Bekannten, mit denen sie häufiger in eine Ausstellung, gastronomische Einrichtung oder in ein Kino gehen; zum anderen gehören auch häusliche Aktivitäten wie Lesen, Faulenzen und handwerkliche, künstlerische oder gärtnerische Tätigkeiten zum Lebensstil hinzu. Dies erklärt sich daraus, dass trotz der postmaterialistischen Neigungen auch die eigene Familie bei den Clustermitgliedern einen höheren Stellenwert einnimmt als in anderen Lebensstilgruppen. Obwohl alle postmaterialistischen Werte eine sehr hohe Zustimmung erfahren, ist vor allem die Toleranz gegenüber den Mitmenschen besonders wichtig, was dafür spricht, dass insbesondere Bewohner sehr heterogener Quartiere diesen Lebensstil führen. In ihrem Einkaufsverhalten zeichnet sich die Gruppe durch

ein hohes Umweltbewusstsein aus, was auch darin zu sehen ist, dass beim Einkaufen eher Produkte erworben werden, die eine hohe Qualität besitzen – auch wenn sie entsprechend teurer sind. Aufgrund eines sehr hohen Haushaltsnettoeinkommens (s. u.) kann in diesem Cluster davon ausgegangen werden, dass bei einem Großteil der Befragten beide Partner eines Haushaltes voll erwerbstätig sind, so dass sie aus Gründen der Zeitersparnis häufig dort einkaufen, wo sie gerade sind. Diesem Einkaufsverhalten entspricht, dass die Gruppe selten auf Sonderangebote achtet, sondern das einkauft, was benötigt wird. In der Freizeitgestaltung werden vor allem die Besuche von Sportveranstaltungen und Freizeitparks abgelehnt, und auch im Fernsehen und in der Zeitung werden Sportberichte mit

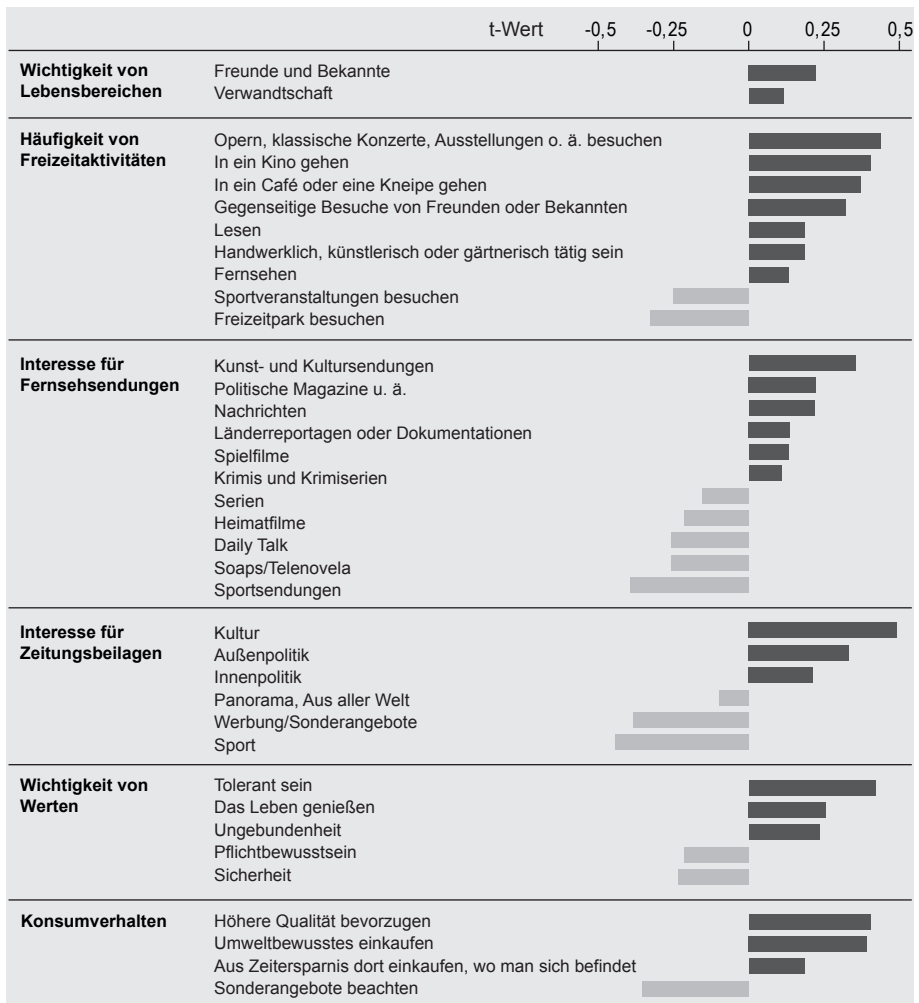


Abb. 35: Cluster 1: Aktive, politisch und kulturell interessierte Postmaterialisten

Quelle: Eigene Erhebung 2007

weniger Interesse verfolgt. Ebenso sprechen Talksendungen am Nachmittag, Telenovelas und Serien eher andere Lebensstile an.

In der Altersstruktur ist dieses Cluster mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren drei Jahre jünger als die Untersuchungsgruppe insgesamt, so dass ein leichtes Übergewicht in den jüngeren Jahrgängen vorliegt. Anteilig an den jeweiligen Altersgruppen zeigt sich, dass bis auf bei den über 70-Jährigen und unter 30-Jährigen in allen Altersgruppen die höchsten Anteile der Befragten diesem Cluster angehören. Von den 30- bis 40-Jährigen führen 33 % diesen Lebensstil und von den 50- bis 60-Jährigen sogar 50 %. Hinsichtlich der Schulbildung zeigt sich, dass 94,1 % der Clustermitglieder eine Hochschulzugangsberechtigung als höchsten Schulabschluss erworben haben und niemand einen Hauptschulabschluss besitzt. Entsprechend hoch ist das Haushaltsnettoeinkommen, denn 29,6 % der Haushalte verfügen über ein Einkommen von über 5.000 € im Monat, von denen 69,2 % ein Nettoeinkommen von über 5.500 € beziehen. Insgesamt wohnen 43,7 % der Clustermitglieder in einem Einfamilienhaus und 37,9 % in einer Etagenwohnung. 69,8 % leben in einem Ein- oder Zweipersonenhaushalt.

Cluster 2: Häusliche Materialisten

Mit einem Anteil von 21,2 % sind die häuslichen Materialisten das zweitgrößte Cluster in der Untersuchung, wobei sich die Namensgebung insbesondere darauf bezieht, dass die befragten Personen überdurchschnittlich gerne faulenzen und in den persönlichen Freizeitaktivitäten vor allem innerhäusliche Beschäftigungen präferieren (vgl. Abbildung 36). Zurückzuführen ist dies darauf, dass die eigene Familie einen höheren Stellenwert einnimmt als in der Untersuchungsgruppe insgesamt und die Bereiche Freunde und Bekannte, aber auch Verwandtschaft unterdurchschnittliche Bedeutungen im Leben der Befragten einnehmen. So werden letztere seltener besucht, und ein Treffen mit Freunde und Bekannten erfolgt nur durchschnittlich häufig. Positive Abweichungen von der Erhebungsgesamtheit sind bei den häuslichen Aktivitäten zu sehen, wo vor allem das Spielen von Computerspielen, aber auch die Internetnutzung regelmäßiger in der Freizeit erfolgen als in der Gesamtheit der Befragten. Hinzu kommt ein überdurchschnittlich häufiger Besuch von Sportveranstaltungen, was damit zusammenhängt, dass das Cluster generell ein höheres Interesse an Sport besitzt als andere. So treiben sie zum einen regelmäßiger Sport und zum anderen werden im Fernsehen sehr gerne Sportsendungen verfolgt sowie die Sportbeilage in der Zeitung gelesen. Neben den Sportsendungen erstreckt sich das Interesse im Fernsehprogramm auf Nachrichten, Krimis und auch politische Magazine, wohingegen Serien, Spielfilme sowie Kunst- und Kultursendungen weniger gerne gesehen werden. Dies zeigt sich auch darin, dass diese Gruppe in ihrer Freizeit seltener in ein Kino geht oder eine kulturelle Veranstaltung besucht als die Erhebungsgesamtheit. Hinsichtlich ihres Wertekonsenses kennzeichnen sich die Clustermitglieder dadurch, dass alle Werte eine geringere Zustimmung erhalten als im Gesamtdurchschnitt, wobei jedoch

deutlich wird, dass die zu den materialistischen Werten gehörenden Orientierungen eine höhere Zustimmung erhalten als die postmaterialistischen Werte. So ist diese Gruppe eher materialistisch eingestellt. Im Einkaufsverhalten kaufen die häuslichen Materialisten öfter als das vorherige Cluster aus Zeitersparnis dort ein, wo sich die Gruppenmitglieder gerade befinden, doch ist das Einkaufsverhalten entsprechend der materialistischen WertEinstellung stärker am Erwerben von Sonderangeboten orientiert.

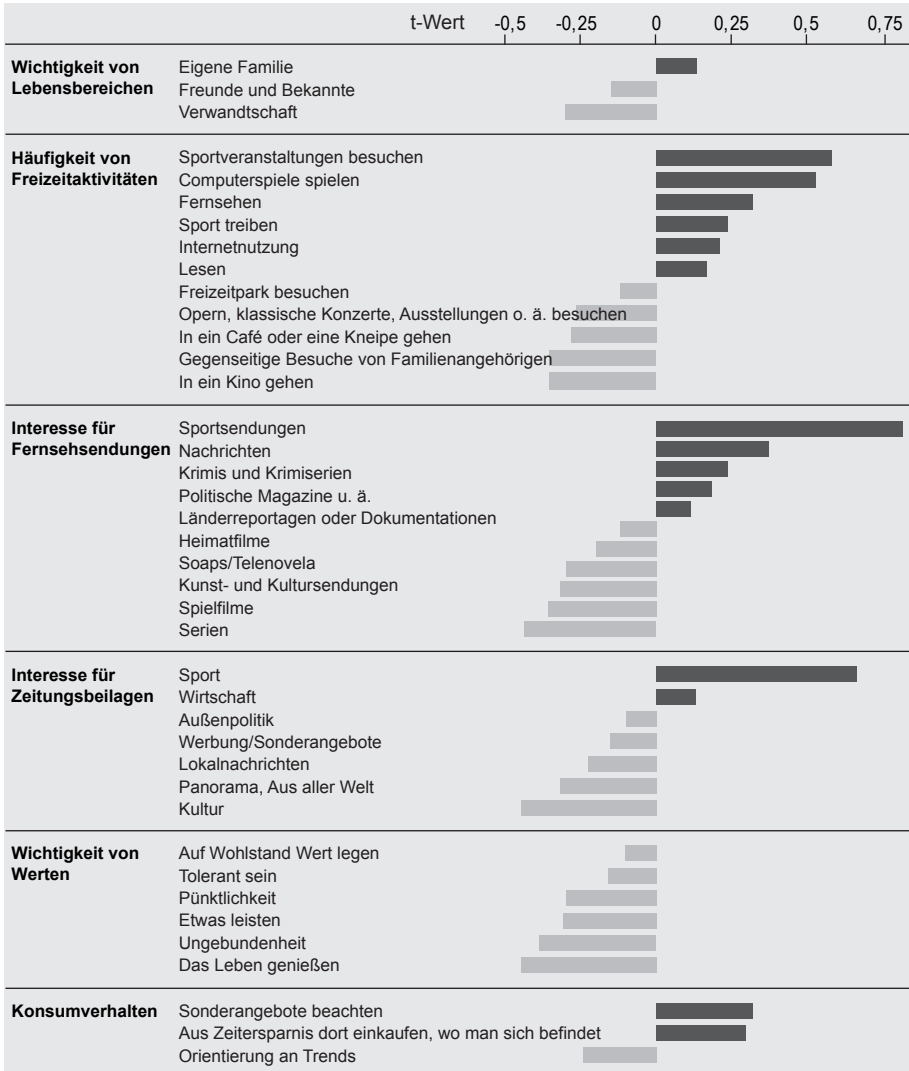


Abb. 36: Cluster 2: Häusliche Materialisten
Quelle: Eigene Erhebung 2007

In der Alterszusammensetzung sind die häuslichen Materialisten jünger als die Untersuchungsgruppe insgesamt, denn das Durchschnittsalter liegt bei 43 Jahren. Mit 22 Personen sind die 30- bis 40-Jährigen die größte Gruppe im Cluster, was bedeutet, dass 24,2% aller 30- bis 40-Jährigen in der Erhebungsgesamtheit diesen Lebensstil führen. Von den 40- bis 50-Jährigen gehören ähnlich viele Personen zu diesem Cluster (23,1%) und auch von den 60- bis 70-Jährigen führt ein Fünftel diesen Lebensstil. Von den über 70-Jährigen gehört hingegen keiner der Befragten dem Cluster an. Insgesamt verfügen die häuslichen Materialisten über ein geringeres durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen als die aktiven, politisch und kulturell interessierten Postmaterialisten, denn 52,2% der Clustermitglieder verdienen unter 3.500 € im Monat und 21,8% verfügen über 5.000 € und mehr. Obwohl auch zu diesem Cluster keine Hauptschulabsolventen gehören, ist der Anteil an Personen mit einem Realschulabschluss mit 15,7% höher als im vorherigen Cluster, so dass der Anteil an Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung auf 84,3% abnimmt. Von den häuslichen Materialisten wohnen 37,3% in einer Familie und 45,1% in einem Einfamilienhaus.

Cluster 3: Tagespolitisch, kulturell und familienorientiert Interessierte

Dieser Lebensstiltyp umfasst 18,7% der befragten Personen und definiert sich vor allem dadurch, dass die Lebensbereiche der eigenen Familie und Verwandtschaft im Vergleich zu anderen Lebensbereichen einen hohen Stellenwert einnehmen (vgl. Abbildung 37). Dies zeigt sich auch in der Freizeitgestaltung, da die Clustermitglieder überdurchschnittlich häufig Verwandte besuchen; Freunde und Bekannte nehmen hingegen in der Freizeitgestaltung keinen zentralen Stellenwert ein. Mit dem hohen Familienbezug geht einher, dass das Cluster ein stärkeres soziales Engagement aufweist, da häufiger ein Ehrenamt ausgeübt wird als in der Erhebungsgesamtheit. Zugleich hat auch die Religion eine höhere Bedeutung, da die Clustermitglieder regelmäßiger in eine Kirche gehen als andere. Im Fernsehen werden Kunst- und Kultursendungen gerne verfolgt, aber auch Heimatfilme werden lieber gesehen als in anderen Clustern. Dies könnte auf die Alterszusammensetzung der Gruppe zurückzuführen sein (s. u.). Das höhere Interesse an Länderreportagen, Dokumentationen und Nachrichten entspricht einem generellen Bedürfnis nach Informationen, denn in der Zeitung werden alle Teile (bis auf Sport) überdurchschnittlich gerne gelesen. Aus der Sicht der Werteorientierungen ist das Cluster den Materialisten zuzuordnen, da alle konventionellen Werte eine hohe Zustimmung erfahren. Toleranz, Ungebundenheit und Lebensgenuss sind hingegen weniger bedeutsam. Im Einkaufsverhalten werden häufiger Sonderangebote erworben als in postmateriell orientierten Clustern und umweltbewusstes und qualitätsvolles Einkaufen sind eher untergeordnete Einkaufsmuster.

Mit einem Durchschnittsalter von 48 Jahren ist das Cluster älter als die Untersuchungsgruppe insgesamt, da 45,4% der Clustermitglieder älter als 50 Jahre sind. Bezogen auf die einzelnen Altersgruppen wird dieser Lebensstil primär von älteren Personengruppen

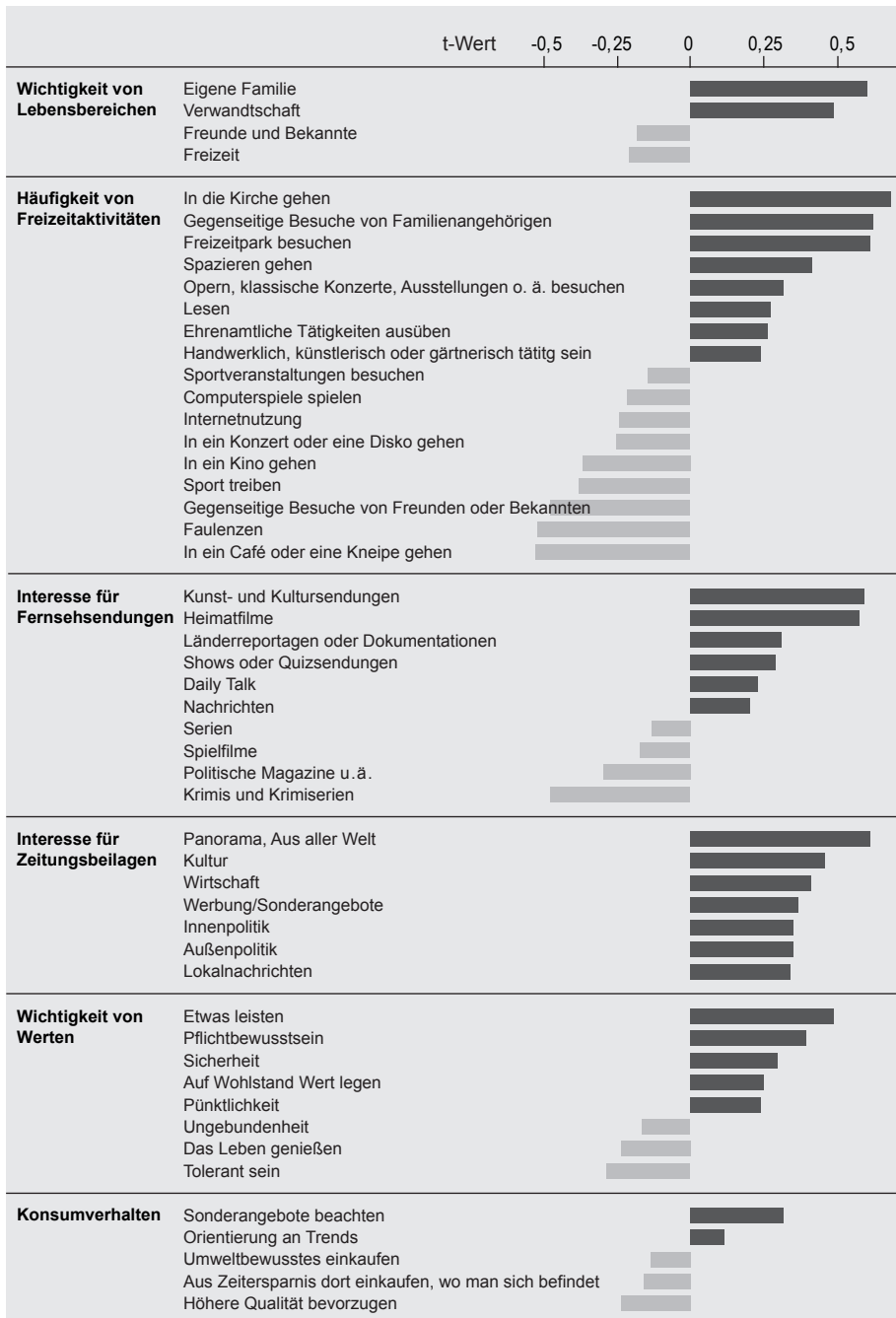


Abb. 37: Cluster 3: Tagespolitisch, kulturell und familienorientiert Interessierte
Quelle: Eigene Erhebung 2007

gelebt. 80% aller über 70-Jährigen und 40% aller 60- bis 70-Jährigen der Erhebungsgesamtheit gehören diesem Cluster an. In den anderen Altersgruppen liegen die Anteile nur zwischen 12% und 19%, wobei in der Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen die wenigsten Befragten diesen Lebensstil führen. 84,4% der Personen haben eine Hochschulzugangsberechtigung erworben und 11,1% besitzen einen Realschulabschluss. Hinsichtlich des Haushaltsnettoeinkommens steht 56,1% der Befragten ein Einkommen bis 3.500 € und 19,6% ein Einkommen von über 5.000 € zur Verfügung, so dass durchschnittlich ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen bezogen wird als in den beiden vorherigen Clustern. 51,1% der befragten Bewohner leben in einem Haus und 42,2% in einer Wohnung, von denen insgesamt 60% in einem Ein- oder Zweipersonenhaushalt wohnen.

Cluster 4: Freizeitorientierte Gesellige

Zum Cluster der freizeitorientierten Geselligen gehören 44 Personen, was einen Anteil von 18,3% der Fälle betrifft. Hauptkennzeichen dieser Gruppe ist ein hoher Stellenwert der Lebensbereiche Freizeit, Freunde und Bekannte, während die Familie und Verwandtschaft in den Hintergrund treten (vgl. Abbildung 38). In ihrer Freizeitgestaltung werden sowohl häusliche als auch außerhäusliche Aktivitäten ausgeübt, wobei insbesondere das Fernsehen und Faulenzen überdurchschnittlich präferiert werden. Außerhalb der Wohnung treffen sich die Clustermitglieder mit Freunden und Bekannten, mit denen sie Konzerte und Diskos besuchen, sich aber ebenso in Cafés und Kneipen treffen. Hochkulturelle Veranstaltungen gehören hingegen seltener zu den Freizeitaktivitäten und auch die handwerklichen, künstlerischen oder gärtnerischen Beschäftigungen spielen untergeordnete Rollen. Im Fernsehprogramm werden mit einem erhöhten Interesse Soaps/Telenovelas am Nachmittag und Serien im Vorabendprogramm gesehen. Ebenso sprechen Spielfilme, Krimis und Sportsendungen dieses Cluster verstärkt an, wohingegen anspruchsvollere Sendungen wie Nachrichten, politische Magazine und Dokumentationen weniger gerne verfolgt werden. Ähnliches spiegelt sich in der Zeitungslektüre wider, da vor allem solche Beilagen mit einem höheren Interesse gelesen werden, die lokale Themen, Sport oder Society aufgreifen und über Sonderangebote informieren. Zum Wertekonsens des Cluster zählen sowohl materialistische als auch postmaterialistische Werte, bei denen nur die Aspekte Toleranz und Leistung weniger bedeutsam sind als im Durchschnitt der Erhebungsgesamtheit. Im Einkaufsverhalten wird seltener auf eine hohe Qualität und umweltbewusste Produkte geachtet, sondern die Clustermitglieder orientieren sich eher an Sonderangeboten und modischen Trends.

Mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren ist das Cluster deutlich jünger zusammengesetzt als die vorherigen, denn 42,9% der unter 30-Jährigen gehören diesem Cluster an (20,5% der Clustermitglieder). Von den 30- bis 40-Jährigen gehören ebenfalls noch 27,5% zu den freizeitorientierten Geselligen, weshalb insgesamt 79,3% der Clustermitglieder unter 40 Jahre alt sind. Aus den Altersgruppen der über 60-Jährigen gehört niemand in der Befragung diesem Cluster an. Wie in den anderen Clustern ist der Anteil

der Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung mit 86,1% sehr hoch, jedoch besitzen auch 2,3% einen Hauptschulabschluss. Entsprechend der jungen Alterszusam-

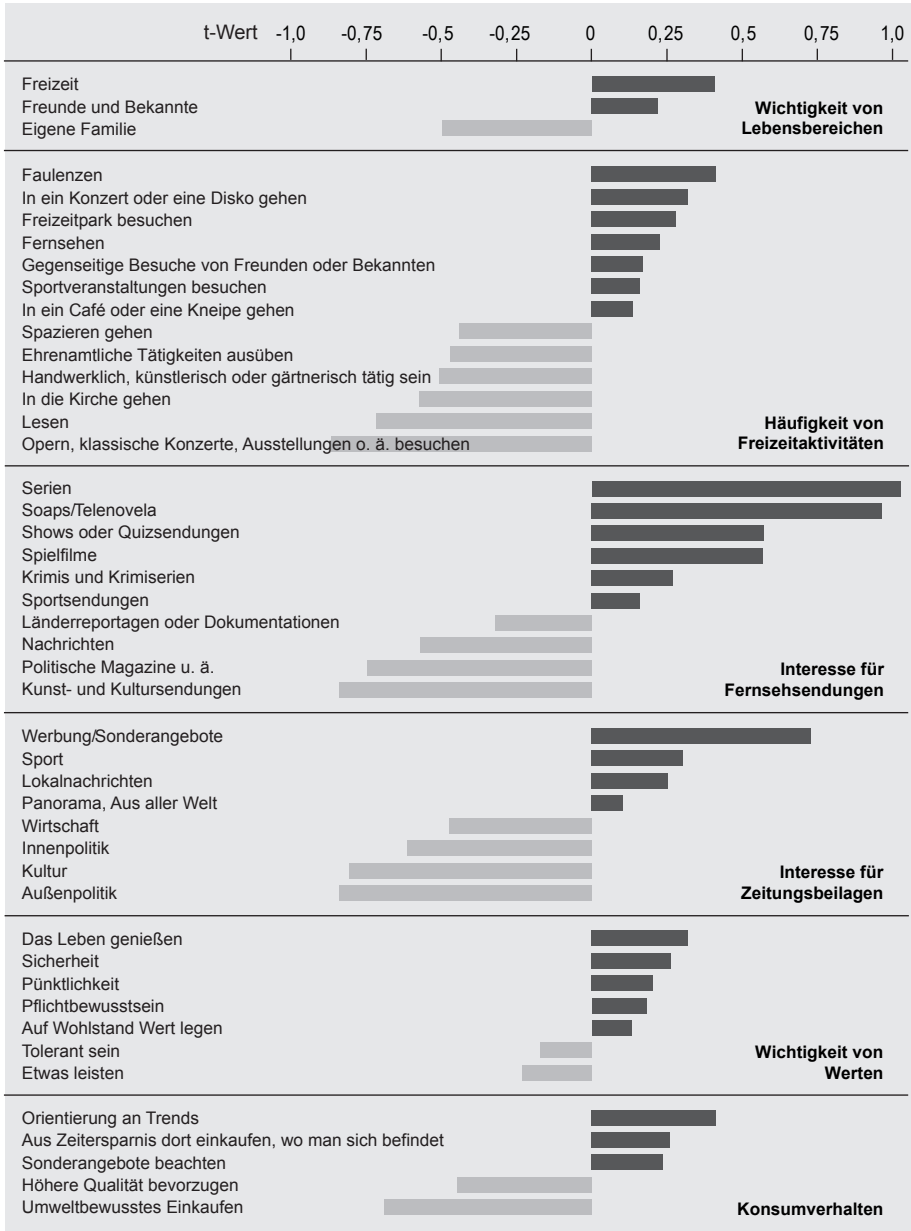


Abb. 38: Cluster 4: Freizeitorientierte Gesellige
 Quelle: Eigene Erhebung 2007

mensetzung verfügen 50% der Clustermitglieder über ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.000 €, von denen 20,7% weniger als 2.000 € beziehen. Nur 2,3% erhalten mehr als 5.500 €. Von den freizeitorientierten Geselligen wohnen 78,6% in einem Ein- oder Zweifamilienhaushalt und mit 61,4% wohnen insgesamt mehr Personen in einer Wohnung als in einem Haus.

Cluster 5: Zurückgezogene Desinteressierte

Das kleinste Cluster mit nur 14 Personen (5,8%) umfasst die so genannten zurückgezogenen Desinteressierten. Die Namensgebung kommt nicht daher, dass diese Personen keine Interessen besitzen, sondern, wie auch in den vorherigen Clustern, die Charakterisierung auf der Basis der t-Werte erfolgt und nur Aussagen zu Abweichungen von der Erhebungsgesamtheit getroffen werden. Abbildung 39 ist zu entnehmen, dass fast alle Variablen negative Werte aufweisen, so dass die Mehrheit der Lebensstilindikatoren mit weniger Interesse verfolgt wird als in der Erhebungsgesamtheit. Hinsichtlich der Bedeutung einzelner Lebensbereiche wird ersichtlich, dass die eigene Familie, Verwandtschaft, Freizeit, Freunde und Bekannte keine zentralen Stellenwerte im Leben der Clustermitglieder einnehmen. Zwar zeigt auch der Aspekt „Erfolg im Beruf“ einen negativen Wert auf, doch sind hier die Abweichungen im Vergleich zu anderen Lebensbereichen geringer, so dass dem Beruf die höchste Bedeutung beigemessen wird. Bei den Freizeitgestaltungsmöglichkeiten wird vor allem das Fernsehen abgelehnt, da hier die höchste Abweichung von allen Clustern zur Erhebungsgesamtheit vorliegt. Ebenso erfolgt der Besuch von Freunden, Bekannten und Familienangehörigen überdurchschnittlich selten. Häufiger als in der Gesamtheit werden jedoch Ehrenämter ausgeübt, so dass trotz der höheren Ablehnung an privaten Kontakten das soziale Engagement ausgeprägter ist. Ein Grund für den deutlich unterdurchschnittlichen Fernsehkonsum ist in der Wertschätzung des Programms zu sehen, denn alle Genres werden von den zurückgezogenen Desinteressierten mit deutlich weniger Interesse verfolgt. Diejenige Kategorie, die die höchste Zustimmung erhält, sind Heimatfilme. Am tagesaktuellen Geschehen sind die Clustermitglieder ebenfalls weniger interessiert als die Erhebungsgesamtheit, denn alle Zeitungsbeilagen, vor allem die Lokalnachrichten, erfahren ein geringeres Leseinteresse. Entsprechend ihrer Einstellung gegenüber Familie und Verwandtschaft hat die Ungebundenheit für die Clustermitglieder eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung, doch ist dieses der einzige Wert, der positiv von der Gesamtheit abweicht. Die anderen Werteorientierungen weisen gleichermaßen eine geringere Relevanz auf, wobei vor allem die Toleranz weniger wichtig erscheint. Beim Einkaufen erwerben die Clustermitglieder seltener Sonderangebote, orientieren sich weniger an modischen Trends und kaufen nur gelegentlich aus Zeiterparnis in Geschäften ein, wo sie sich gerade räumlich aufhalten. Häufiger als in der Grundgesamtheit werden umweltbewusste Produkte erworben.

Eine Analyse der Alterszusammensetzung zeigt, dass das Durchschnittsalter der zurückgezogenen Desinteressierten mit 44 Jahren jünger ist als das der Grundgesamtheit. Dies

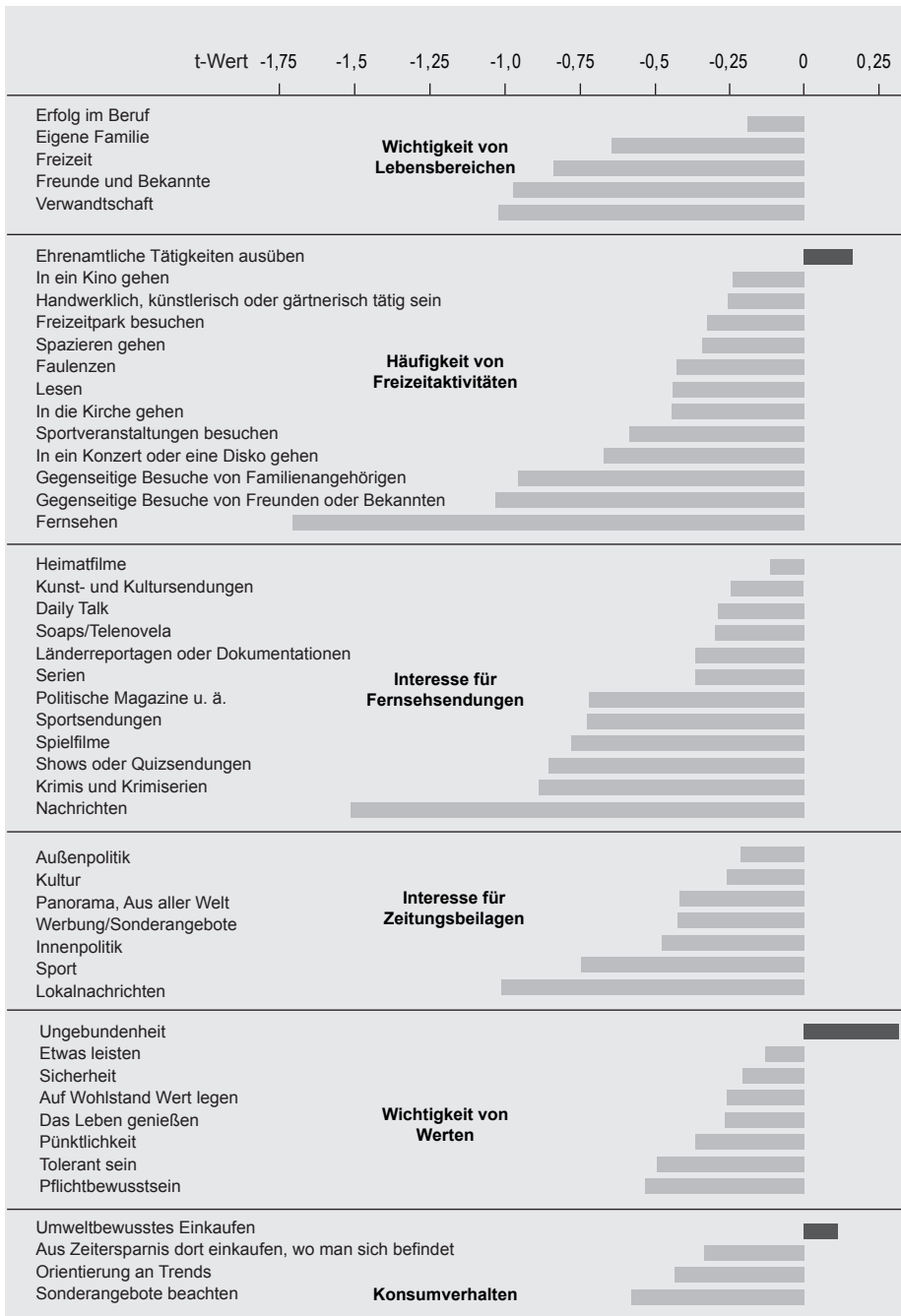


Abb. 39: Cluster 5: Zurückgezogene Desinteressierte
 Quelle: Eigene Erhebung 2007

ist darauf zurückzuführen, dass keine Person im Cluster älter als 60 Jahre ist und die Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen mit 42,9% am häufigsten vertreten ist. Von allen 40- bis 50-Jährigen gehören 9,2% diesem Cluster an und von den 50- bis 60-Jährigen führen sogar 12,5% diesen Lebensstil. Obwohl von den zurückgezogenen Passiven 92,8% eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, verfügen 61,5% über ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 3.500 €. 7,7% beziehen ein Einkommen zwischen 5.000 und 5.500 € und keine Person darüber hinaus. Ein Fünftel der Clustermitglieder wohnt in einer Familie und 42,9% in einem Einfamilienhaus.

5.3.4 Lebensstile in den Neubaugebieten – eine vergleichende Betrachtung

In der Vorstellung der einzelnen Cluster konnte aufgezeigt werden, dass sich die Untersuchungsgruppe nach einzelnen Erhebungskriterien gliedern lässt. Jedoch sind die t-Werte teilweise nur sehr gering ausgeprägt, so dass im Weiteren eine Auswertung differenziert nach Lebensstilgruppen nicht zweckmäßig erscheint. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass sich prinzipiell alle Cluster in den Neubaugebieten identifizieren lassen, wie sie auch in Lebensstilanalysen auf gesamtstädtischer Ebene nachgewiesen werden (z. B.. KLEE 2001). Ein direkter Vergleich mit bestehenden Lebensstilanalysen ist aufgrund der unterschiedlichen Clusterzahlen und der Differenzen in den verwendeten Items an dieser Stelle nicht möglich, doch können abschließend drei bedeutsame Merkmale festgehalten werden:

- Obwohl die inhaltlichen Charakteristika der gebildeten Cluster in den Untersuchungsgebieten den bestehenden Analysen ähnlich sind, treten Lebensstilelemente wie Selbstverwirklichung und hedonistische Freizeitorientierung weniger in den Vordergrund, als sie von KLEE (2001, S. 138 f.) und SPELLERBERG (2007, S. 192) bei städtischen Bewohnern im kernstadtnahen Bereich identifiziert werden.
- Auch wenn es so scheint, dass ein gemeinsamer Lebensstil die Untersuchungsgruppe sinnvoller charakterisiert, war die Darstellung der einzelnen Lebensstile insofern bedeutsam, als dass aufgezeigt werden konnte, dass es zwar hedonistisch orientierte Gruppen in den Untersuchungsgebieten gibt, jedoch nur zwei von fünf Lebensstilen (Cluster 1 und 4) der Freizeit gegenüber anderen Lebensbereichen (eigene Familie und häusliche Orientierung) eine höhere Bedeutung beimessen. Dieses Ergebnis unterstreicht die bereits in Kapitel 5.3.2 gewonnene Erkenntnis, dass auf Konsum und Freizeit ausgerichtete Lebensstile für einen Großteil der Bewohner nicht als ausschlaggebende Motive für das innenstadtnahe Wohnen gewertet werden können, so dass andere Lebensstilmerkmale die Untersuchungsgruppe charakterisieren, als sie beispielsweise bei Gentrifiern üblich sind.
- Die Verknüpfung der Lebensstile mit den einzelnen Untersuchungsgebieten hat zudem gezeigt, dass sich prinzipiell alle Lebensstile über alle Räume verteilen. Zwar gehören im Deisterhof 85,7%, im Ahrberg-Viertel 60% und im Heisehof 58,7% der befragten Bewohner zu den aktiven, politisch und kulturell interessierten Post-

materialisten (Cluster 1), doch zählen auch 40% der Bewohner der Gartenstadt Kleefeld und 50% im Modern Art zu diesem Lebensstil hinzu. Deshalb kann zwar von einer höheren Konzentration dieses Clusters in den hochverdichteten Gründerzeitvierteln der westlichen Stadtteile Hannovers ausgegangen werden, doch verteilen sie sich auch mit höheren Anteilen auf andere Quartiere.

Da sich die anderen Cluster noch ausgewogener über die unterschiedlichen Neubaugebiete (und somit auch Stadtteile) verteilen, bleibt im Weiteren eine differenzierte Analyse nach Wohngebieten unberücksichtigt, da vor allem in den kleineren Clustern die absolute Anzahl der Fälle zu gering ist, als dass sie sich in einer auswertbaren Größenordnung über elf Gebiete verteilen. Gleiches gilt für die Wohnformen, da nur in Cluster 4 ein deutliches Übergewicht zu Gunsten einer Wohnform (hier Wohnungen) vorliegt. Ansonsten sind keine eindeutigen Zuordnungen feststellbar.

6 Das Wohnen in den Neubaugebieten

6.1 Nachbarschaftsverhältnisse

Ähnlich dem Ziel der Lebensstilanalyse, zu untersuchen, ob sich die Gruppe der befragten Bewohner diesbezüglich durch spezifische städtische Merkmale kennzeichnet, soll mittels einer Analyse der Nachbarschaftskontakte erhoben werden, ob in den Neubaugebieten eher städtische, suburbane oder gar ländliche Nachbarschaftsformen dominieren. Wie ROHR-ZÄNKER & MÜLLER (1998, S.21 f.) anhand einer Literaturrecherche aufzeigen, haben nicht nur die einzelnen Wohnstandorte, sondern auch die „bebaute Umwelt“ Auswirkungen auf das nachbarschaftliche Verhalten. Deshalb wird in der vorliegenden Analyse hinterfragt, ob Unterschiede in den Kontaktmustern zwischen den Bewohnern einzelner Wohnformen bestehen und ob Wohngebietsstrukturen identifizierbar sind, die nachbarschaftsfördernd wirken. Da es sich bei den Untersuchungsgebieten nicht um gewachsene Strukturen handelt, ist vorab zu vermuten, dass sich Nachbarschaftskontakte eher distanziert und nur vereinzelt intensiver gestalten, denn vor allem im städtischen Raum entwickeln sich intensive Beziehungsmuster erst mit einer langen Wohndauer (FRIEDRICHS 1983, S.246).

Um die Ergebnisse der vorliegenden Studie einordnen zu können, wird zunächst ein kurzer Überblick über die Nachbarschaftsformen an unterschiedlichen Wohnstandorten gegeben, bevor anschließend die Arten und Formen der Nachbarschaftskontakte anhand der Fragebogenauswertung vorgestellt werden. Da diese Ergebnisse jedoch nicht zufrieden stellend aussagekräftig sind, wurde das Thema auch in den Bewohnerinterviews angesprochen, wodurch detailliertere Einblicke in die Strukturen gegeben werden (vgl. Kapitel 6.1.2).

6.1.1 Nachbarschaftsformen und Nachbarschaftskontakte

Unterschiede zwischen dem städtischen, suburbanen und ländlichen Raum werden nicht nur hinsichtlich der Lebensstilführung der Bewohner gesehen, sondern sie spiegeln sich traditionell auch in unterschiedlichen Nachbarschaftsverhältnissen wider. Insbesondere dem dörflichen Leben wird eine hohe Konstanz an Sitten und Bräuchen zugeschrieben, was dadurch begründet ist, dass in (ehemals) strukturschwachen Räumen Solidarität und nachbarschaftliche Hilfeleistungen über eine längere Zeit notwendig waren als im städtischen Raum. Dort konnten Hilfeleistungen frühzeitiger auf „anonyme Risikoträger“ (HAMM 1973, S.45) wie Versicherungen und Dienstleistungsunternehmen übertragen werden und die Bedeutung des „Füreinander-Eintretens“ (SCHUBERT 1977, in: HERLYN 1995, S.657) nahm vorzeitig ab. Verbunden waren die gegenseitigen Unterstützungen im ländlichen Raum in der Regel damit, dass bestimmte Einstellungen, Rituale und Formen des Lebenswandels gewahrt wurden (HAMM 1973, S.45), die sich zum Beispiel damit

verbunden, dass Zugehörigkeit in Form von Vereinsleben, aber auch regelmäßigen Nachbarschaftskontakten symbolisiert wurde. Eine von der Norm abweichende Lebensführung war kaum möglich, da sich ein hoher Grad sozialer Kontrolle mit dem dörflichen Leben verband (HÄUSSERMANN & SIEBEL 2004, S. 103) und gegenseitige Hilfen nur dann garantiert wurden, wenn bestimmte Lebensweisen eingehalten wurden. Bis heute hat sich diese dörfliche Struktur unter anderem aufgrund einer abnehmenden Notwendigkeit an nachbarschaftlichen Unterstützungsleistungen aufgeweicht, doch kennzeichnet sich das ländliche Leben nach wie vor durch eine höhere soziale Kontrolle als der städtische Raum. Zurückzuführen ist dies darauf, dass die Kontaktmöglichkeiten in einem Dorf wesentlich geringer sind als in einer Stadt, wobei sich auch dort mit der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung die Beziehungsmuster verstärkt auf Personen außerhalb der Dorfgemeinschaft beziehen. Letzteres kennzeichnet insbesondere den städtischen Raum, wo die Bewohner eines Quartiers in der Regel nicht auf Kontaktnetze in der direkten Nachbarschaft angewiesen sind, sondern ihre Bekannten und Freunde zumeist außerhalb des Wohngebietes finden. Begründet werden kann dieser Aspekt mit Entwicklungen, die im Zusammenhang mit der Individualisierungstheorie stehen (vgl. Kapitel 2.1.3), da mit der sozialen Loslösung von traditionellen Großgruppen auch die Bindung an räumliche Strukturen abnimmt. „Vorgegebene Nachbarschaft wird so durchbrochen, und die entstehenden Sozialbeziehungen und Kontaktnetze müssen nun *individuell* selegiert, hergestellt und erhalten werden [Hervorhebung im Original, K. S.]“ (BECK 1986, S. 138). Dies beinhaltet, dass sich engere Kontakte immer seltener auf die Nachbarschaft beziehen, sondern Freunde und Bekannte, aber auch Verwandte zunehmend in unterschiedlichen Räumen wohnen. Hierdurch lösen sich Nachbarschaften in der Stadt jedoch nicht auf (HAMM 2000, S. 176), sondern nehmen eher neue Formen an. Einerseits bildet sich ein neues „Normalniveau“ an Nachbarschaft heraus, in dem der einzelne mit seinen Nachbarn sowohl einen „passiven Grußkontakt“ als auch die „Möglichkeit zur Aktivierung von Hilfeleistungen banaler Art“ (beispielsweise Blumengießen) aufrechterhält (HÄUSSERMANN & SIEBEL 2004, S. 111). Dies wird durch ENGELHARD (1986, S. 65) konkretisiert, die von der großstädtischen Nachbarschaft als „(...) ein Geflecht von individuell unterschiedlichen, spontanen, informellen und funktionsarmen Beziehungen [spricht, K. S.], die sich in der Regel im gegenseitigen unverbindlichen Gruß und Gespräch erschöpfen“. Hiermit wird ein deutlicher Bezug zu den von SIMMEL (1903) konstatierten urbanen Verhaltensweisen aufgezeigt (vgl. Kapitel 3.1.2), der das städtische Leben allgemein durch Distanziertheit beschreibt.

Andererseits bildet sich in der Stadt die so genannte „Bastelnachbarschaft“ heraus, in der der Einzelne nicht mehr zu allen umliegenden Nachbarn einen Kontakt unterhält, wie es traditionell üblich war, sondern sich der Nachbarschaftskontakt eher auf verschiedene, räumlich voneinander getrennt, jedoch im näheren Umfeld wohnende Personen bezieht (ROHR-ZÄNKER & MÜLLER 1998, S. 34). Dies beinhaltet, dass sich auch in Großstädten trotz distanzierter Verhaltensweisen Nachbarschaften einstellen können, die über das

„Normalniveau“ hinaus reichen und einen intensiveren Kontakt ermöglichen – der sich aber nicht auf die direkten Nachbarn bezieht. Zwar wird dieses wenig auf Gemeinschaft und eher auf Anonymität ausgerichtete Nachbarschaftsverhältnis insbesondere dem Städter zugeschrieben (ROHR-ZÄNKER & MÜLLER 1998, S. 11), doch kann HONVEHLMANN (1990, S. 339) anhand einer Studie im Münsterland aufzeigen, dass sich auch im ländlichen Raum die Nachbarschaftsstrukturen ändern. Verursacht sieht er dies in Ergänzung zu HAMM (1973, S. 45; S. o.) vor allem durch die „Überfremdung“ (Zuzug von Personen, die im Dorf nicht „verwurzelt“ sind) und Überalterung ländlicher Räume, im Zusammenhang derer traditionelle „bäuerlich-ländliche“ Nachbarschaften an Bedeutung verlieren. Dennoch sind nach wie vor Aspekte wie soziale Kontrolle und Gemeinschaft stärker zu dieser Lebensweise hinzuzuzählen.

Eine Position zwischen Stadt und Land schreibt MENZL (2007, S. 284) den suburbanen nachbarschaftlichen Verhältnissen zu, denn diese „(...) nehmen verschiedene Elemente der beiden Pole Stadt und Dorf auf, entwickeln sie jedoch in spezifischer Weise zu einem eigenständigen Typus weiter: Hohe und auf viele Bereiche bezogene Homogenität (Bausstruktur, Lebenszyklus, Einkommen, Alltagsmuster, Lebensentwurf), Familien- und Privatheitsorientierung, Balance aus Öffnung und Distanzierung gegenüber den Nachbarn, dabei aber auch intensive Statuskonkurrenz, subtile Distinktionen, soziale Kontrolle und Klatsch.“ In dem Zitat wird deutlich, dass in den durch Dichte und Homogenität gekennzeichneten suburbanen Wohngebieten der „Kampf um Prestige und Zugehörigkeit“ (MENZL 2007, S. 284) eine besondere Position einnimmt, da dieser weder in der Stadt mit ihren distanzierten Wohnverhältnissen noch in den gewachsenen Strukturen ländlicher Gemeinden derart ausgeprägt ist, dass sich die Bedeutung von Statuspositionen zu einem zentralen Definitionsmerkmal entwickelt.

Kontakte zur direkten Nachbarschaft

Obwohl eine Einordnung der Nachbarschaftsverhältnisse in den Neubaugebieten in die skizzierten unterschiedlichen idealtypischen Formen erst nach der Auswertung der Interviews in Kapitel 6.1.2 möglich ist, gibt die standardisierte Erhebung der Kontaktformen einen ersten Aufschluss über die Struktur der Nachbarschaftsbeziehungen. Um zu hinterfragen, inwiefern sich die Kontakte ausschließlich auf die direkten Nachbarn beziehen oder diese auch Elemente von „Bastelnachbarschaften“ aufweisen, wurde in der Befragung zwischen Kontakthäufigkeiten zu den direkten Nachbarn und denen der weitläufigeren Umgebung (definiert als andere Bewohner des Viertels) differenziert.

Bei einer gemeinsamen Auswertung aller Wohnformen wird deutlich, dass intensive Kontakte wie gegenseitige Besuche und Hilfeleistungen zu den direkten Nachbarn im Vergleich zu zwanglosen Gesprächen in den Neubaugebieten eher selten erfolgen. Zwar führen 72,1% der befragten Personen mindestens einmal in der Woche oder täglich ein Gespräch mit ihren Nachbarn, doch geben nur jeweils 12% an, sich in dieser Häufigkeit

gegenseitig zu helfen oder zu besuchen (vgl. Abbildung 40). Werden aber diejenigen betrachtet, die keine Kontakte zu ihren Nachbarn in Form von Besuchen oder Hilfeleistungen unterhalten, so betrifft dies nur 24,3% (helfen) beziehungsweise 26,1% (besuchen), weshalb die Kontaktmuster der Bewohner insgesamt relativ intensiv gestaltet sind. Hinzu kommen weitere Aktivitäten, die weder den intensiven noch zwanglosen Beziehungen zuzuordnen sind, da dies Kontaktformen wie zum Beispiel Sommerfeste oder Ausflüge mit einem weniger formellen Charakter sind. An diesen Aktivitäten nehmen 63,8% der befragten Bewohner regelmäßig oder unregelmäßig teil. Insgesamt betrachtet scheint das Wohnen in den Neubaugebieten weniger distanziert und anonym zu sein, als es der städtische Raum vermuten lässt, denn auch wenn intensive Kontakte zwischen den direkten Nachbarn nur eher unregelmäßig erfolgen, gibt ein mehrheitlicher Anteil von 73,1% der Befragten an, sich mit diesen zu besuchen. Eine Folge dieses Verhaltens ist in einer zunehmenden sozialen Kontrolle zu sehen, denn mit dem Zutritt des Nachbarn in die eigene Wohnung werden diesem Einblicke in die Privatsphäre gewährt, wodurch Informationen eröffnet werden, die andernfalls anonym blieben. HAMM (2000, S. 176) erachtet deshalb gegenseitige Besuche von Nachbarn in städtischen Quartieren aufgrund ausgeprägter Vorbehalte gegenüber sozialer Kontrolle als eine Ausnahme, was die Intensität der Kontakte in den Neubaugebieten unterstreicht.

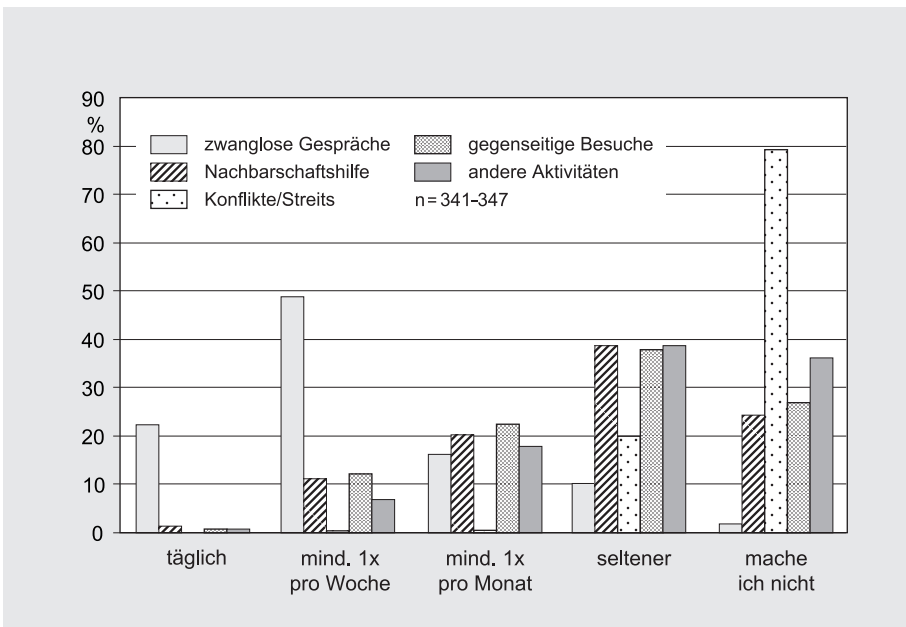


Abb. 40: Formen und Häufigkeiten der Kontakte mit den direkten Nachbarn (in Prozent)
Quelle: Eigene Erhebung 2007

Trotz eines generell guten Nachbarschaftsverhältnisses geben ein Fünftel der Bewohner an, mit ihren direkten Nachbarn bereits einen Konflikt gehabt zu haben. Wird bei diesem Aspekt Tabelle 26 hinzugezogen (aus Gründen der Übersichtlichkeit werden nur die Hauptwohnformen „Einfamilienhäuser“ und „Wohnungen“ dargestellt), so zeigt sich, dass Streitigkeiten eher von Bewohnern in Wohnungen als in Einfamilienhäusern geführt werden. Als einen Grund kann das sehr dichte Wohnen angesehen werden, obwohl auch in dem Mischgebiet Gilde Carré, in dem vorwiegend Einfamilienhäuser errichtet wurden, häufiger als im Durchschnitt Konflikte ausgetragen werden. Auch dort könnte dies auf eine im Vergleich zu anderen Wohngebieten sehr kompakte und dichte Baustruktur zurückzuführen sein. Am seltensten treten Konflikte zwischen den Nachbarn im Heisehof und Lister Yachthafen auf, wobei jedoch im zweiten Gebiet die Befragten erst kurz vor der Durchführung der Erhebung in das Neubaugebiet gezogen sind, so dass sich bis dahin wahrscheinlich bei vielen der Bewohner noch keine negativen Berührungspunkte entwickelt haben.

Neben den Unterschieden in Bezug auf die Konflikthäufigkeit zeigt eine Auswertung differenziert nach Wohnformen, dass auch die anderen Kontaktarten unterschiedlich häufig erfolgen. Wird alleine die Regelmäßigkeit der zwanglosen Gespräche betrachtet, so führen nur 61,8% der Bewohner von Wohnungen mindestens einmal in der Woche oder täglich ein Gespräch mit den direkten Nachbarn, hingegen 85,8% der Bewohner von Einfamilienhäusern. Ähnliche Differenzen bestehen bei den intensiveren Kontaktformen, denn fast die Hälfte (46,5%) der Einfamilienhausbewohner, aber nur 24,9% der Bewohner von Wohnungen besuchen sich mindestens einmal im Monat oder häufiger. Ein Grund ist darin zu sehen, dass in den Einfamilienhausgebieten überwiegend Familien wohnen, denen eine höhere Nachbarschaftsorientierung zugesprochen wird als anderen Bewohnergruppen (ROHR-ZÄNKER & MÜLLER 1998, S. 22; vgl. auch Kapitel 6.1.2). Möglicherweise können sich jedoch die Kontaktnetze in den Mehrgeschosswohnungen zukünftig erhöhen, denn zum einen entwickeln sich intensive Nachbarschaften zumeist erst mit einer längeren Wohndauer (FRIEDRICHS 1983, S. 246), zum anderen kann ein zunehmendes Alter der Bewohner bewirken, dass mit einem sich einschränkenden Bewegungsradius die Kontakte im Wohngebiet enger werden. Denn empirische Studien zeigen, dass neben Familien und Kindern ältere Personengruppen am häufigsten auf soziale Kontakte im Wohnumfeld angewiesen sind (HERLYN 1995, S. 658). Bisher jedoch ist die Mobilität der älteren Bewohner in der Regel noch nicht eingeschränkt, so dass Kontakte zu Freunden und Bekannten außerhalb der Neubaugebiete gepflegt werden können und die Nachbarschaft noch nicht so sehr an Bedeutung gewonnen hat.

Entsprechend der Immobilienstruktur sind deutliche Unterschiede im Antwortverhalten zwischen den Wohngebieten erkennbar. So geben zum Beispiel hinsichtlich gegenseitiger Besuche 55% der Bewohner des Pelikanviertels, 50% des Lister Yachthafens und 44% des Vasati an, sich nicht gegenseitig zu besuchen, wohingegen dies nur

Tab. 26: Kontakte mit den direkten Nachbarn (in Prozent)

Wohnform	Form des Nachbarschaftskontaktes					
	Häufigkeit	Gespräche	Nachbarschaftshilfe	Konflikt/Streit	Gegenseitige Besuche	andere Aktivitäten
Wohnung	täglich	19,4	1,8	-	1,2	1,2
	mind. 1x/Woche	42,4	8,5	0,6	9,5	7,2
	mind. 1x/Monat	18,2	14,5	-	14,2	10,8
	seltener	17,1	37,6	21,3	35,5	33,5
	nie	2,9	37,6	78,1	39,6	47,3
Haus	täglich	29,8	0,7	-	-	-
	mind. 1x/Woche	56	13,5	-	14,1	5,7
	mind. 1x/Monat	13,1	27	0,7	32,4	25,5
	seltener	2,1	50,4	18,9	40,8	44
	nie	0,7	8,5	80,4	12,7	24,8
Abweichungen von 100% sind durch Rundungsfehler bedingt. n Häuser = 141 bis 143; n Wohnungen = 165 bis 170.						

Quelle: Eigene Erhebung 2007

6,5% der befragten Bewohner des Gilde Carrés, 6,7% des Heisehofes und 9,1% der Gartenstadt Kleefeld so beantwortet haben. Das Gilde Carré ist hierbei als ein Sondergebiet zu betrachten, da ein hoher Anteil der Bewohner des gemeinschaftlichen Wohnprojektes in der Befragung zu einer Verzerrung der Ergebnisse geführt haben könnte. Dort zählt eine intensive Nachbarschaft mit zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten und gegenseitigen Besuchen zur Grundidee des Projektes (vgl. auch Kapitel 6.1.2). Deshalb gehören gemeinschaftliche Wohnprojekte auch zu den „inszenierten Nachbarschaften“ (HÄUSSERMANN & SIEBEL 2004, S.114), da die Kontakthäufigkeiten und -formen nicht einem sich auf natürliche Weise entwickelnden Nachbarschaftsbild in der modernen Gesellschaft entsprechen.

Kontakte in der weitläufigeren Nachbarschaft

Hinsichtlich der Kontaktformen zur weitläufigeren Nachbarschaft zeigt die Auswertung (vgl. Abbildung 41), dass sowohl die zwanglosen Gespräche als auch die intensiveren Kontaktformen an Bedeutung und Regelmäßigkeit verlieren. So führen nur noch 41,6% der befragten Personen mindestens einmal in der Woche oder täglich ein Gespräch mit einem weitläufigeren Nachbarn, was im Vergleich hierzu 72,1% aller befragten Bewohner mit ihrem direkten Nachbarn in dieser Häufigkeit machen. In gleicher Weise nimmt die Frequenz der anderen Kontaktformen ab und die Kategorie „mache ich nicht“ nimmt an Antworthäufigkeit zu. So geben 40,3% der befragten Bewohner an, sich mit

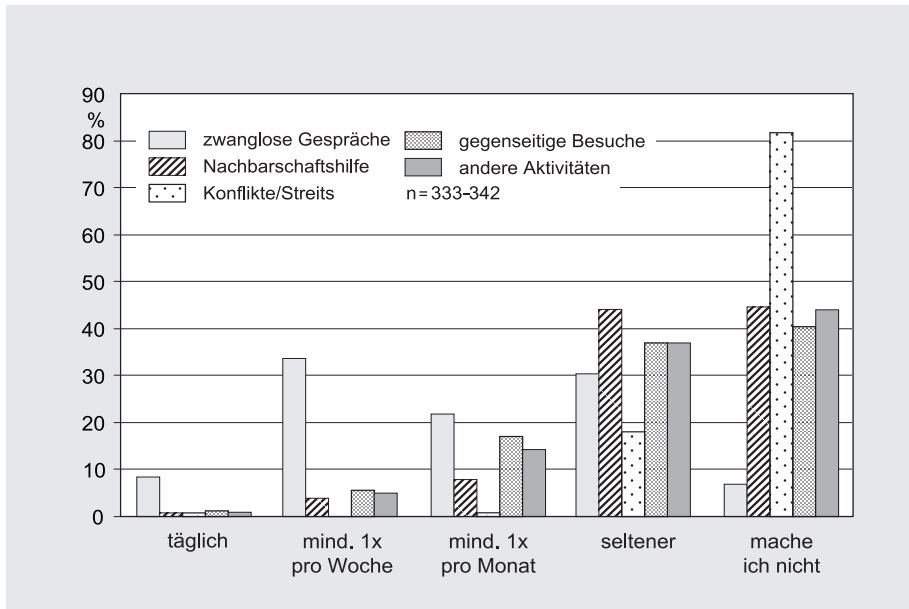


Abb. 41: Formen und Häufigkeiten der Kontakte mit der weitläufigeren Nachbarschaft (in Prozent)
Quelle: Eigene Erhebung 2007

keinem Nachbarn in der weitläufigeren Umgebung zu besuchen und 44,5% leisten keine Nachbarschaftshilfe gegenüber weiter entfernt Wohnenden. Dies machen jedoch nur 26,9% (besuchen) beziehungsweise 24,3% (helfen) nicht mit ihrem direkten Nachbarn. Die Häufigkeit anderer Aktivitäten verändert sich hingegen nur geringfügig, da 56,1% beispielsweise über Fitnessclubmitgliedschaften mit der weitläufigeren Nachbarschaft regelmäßig bis unregelmäßig in Kontakt stehen. Die einzige Kontaktform, die mit der Weitläufigkeit der Nachbarschaft positiv abnimmt, ist die der Konflikte, da hier nur noch 18,4%, also 2,1 Prozentpunkte weniger als im Vergleich zur direkten Nachbarschaft angeben, einen Streit mit einem solchen Nachbarn geführt zu haben. Diese Ergebnisse zeigen, dass sich die Kontakte zur weitläufigeren Nachbarschaft eher durch zwanglose Formen kennzeichnen und intensivere Kontakte im Vergleich zur direkten Nachbarschaft deutlich an Bedeutung verlieren. So sind zwar in den Neubaugebieten „Bastelnachbarschaften“ (ROHR-ZÄNKER & MÜLLER 1998, S. 34) auszumachen, doch sind diese im Vergleich zu räumlich dichteren Beziehungsformen weniger intensiv ausgebildet und haben eher einen anonymen und auf Distanz ausgerichteten Charakter.

Wie auch bei den direkten Nachbarn bestehen zur weitläufigeren Nachbarschaft Unterschiede in den Kontakten (vgl. Tabelle 27). Obwohl auch hier die Einfamilienhausbewohner ausgeprägtere Kontakte zu ihren Nachbarn unterhalten, nehmen die Kontakthäufigkeiten in einer unterschiedlichen Art und Weise ab. So beträgt beispielsweise die

Tab. 27: Kontakte mit der weitläufigeren Nachbarschaft (in Prozent)

Wohnform	Form des Nachbarschaftskontaktes					
	Häufigkeit	Gespräche	Nachbarschaftshilfe	Konflikt/Streit	Gegenseitige Besuche	andere Aktivitäten
Wohnung	täglich	3,1	-	0,6	-	0,6
	mind. 1x/Woche	21,7	3,2	-	0,6	3
	mind. 1x/Monat	19,9	5,1	0,6	9	9,5
	seltener	42,9	31,2	12	27,1	25
	nie	12,4	60,5	86,8	60,2	61,9
Haus	täglich	13,1	-	-	0,7	-
	mind. 1x/Woche	46,7	2,9	-	5,7	5
	mind. 1x/Monat	25,5	9,4	-	23,6	19,3
	seltener	13,9	57,6	20	49,3	50
	nie	0,7	30,3	80	20,7	25,7
Abweichungen von 100% sind durch Rundungsfehler bedingt. n Häuser = 137 bis 140; n Wohnungen = 157 bis 168.						

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Differenz zwischen den Bewohnern von Einfamilienhäusern und Wohnungen hinsichtlich zwangloser Gespräche, die mindestens einmal in der Woche oder täglich geführt werden, in der direkten Nachbarschaft nur 24 Prozentpunkte. In der weitläufigeren Nachbarschaft hat dieses auf 35 Prozentpunkte zugenommen, was bedeutet, dass deutlich mehr Bewohner von Häusern Gesprächskontakte zu weiter entfernt wohnenden Nachbarn unterhalten, als es die Differenz für die direkte Nachbarschaft anzeigt. Anders ist es hingegen bei der Nachbarschaftshilfe, denn hier hat sich das Verhältnis zu Gunsten der Bewohner von Wohnungen gewendet, die auch in der weitläufigeren Nachbarschaft häufiger Hilfen leisten als die Bewohner von Einfamilienhäusern. Dennoch kann aus den Ergebnissen geschlossen werden, dass die Bewohner von Häusern offener gegenüber ihren direkten als auch weiteren Nachbarn wirken und häufiger in die Nachbarschaft integriert sind als die Bewohner von Wohnungen. Berücksichtigt werden muss jedoch, dass die Antwortkategorie „mache ich nicht“ nicht gleichzusetzen ist mit einer prinzipiellen Ablehnung dieser Kontaktform, denn die Interviews haben gezeigt, dass insbesondere die Nachbarschaftshilfe als obligatorisch gilt, aber noch nicht alle Befragten die Gelegenheit hierzu hatten. Deshalb wurde häufig die negativste Antwortkategorie gewählt. Am treffendsten wurde das in folgendem Zitat beschrieben:

„Nur im Fragebogen war das so (...), dass da die Frage nach Nachbarschaftshilfe war. Und da war die Frage nach der Anzahl, wie häufig man das macht. Und bis dahin hatte

ich noch gar nicht diese Situation, weshalb die Antwort war ‚mache ich nicht‘, da ich das ja noch nie gemacht habe. Und dachte aber gleich ‚Oh Gott, vielleicht muss ich mein Selbstbild überarbeiten?‘. Das Nette war, dass wir kurz danach einen Umtrunk mit einem kleineren Teil des Hauses hatten und ich dann gesagt hatte, wie ich das angegeben hatte. Das hatte dann eine Diskussion angeregt, und alle wissen, dass dieses grundsätzlich bei uns auf jeden Fall möglich ist“ (Frau König, 41 Jahre).

Bereits dieses eine Beispiel verdeutlicht, dass Nachbarschaftsbeziehungen in einem Fragebogen kaum abschließend erhoben werden können, sondern lediglich einen ersten Eindruck darüber geben, welche Kontaktformen vorliegen. Deshalb wurden Nachbarschaftsverhältnisse auch in den Interviews mit den Bewohnern angesprochen, wodurch ein umfassenderer Einblick in dieses Thema möglich ist. Erst durch die ergänzenden Informationen aus den Interviews ist eine Einordnung der Nachbarschaftsverhältnisse in bestehende räumliche Analysen möglich.

6.1.2 Nachbarschaftsbeziehungen in städtisch-suburbaner Form

Nachbarschaft und Nachbarschaftsbildung

Die Ergebnisse in Kapitel 6.1.1 zeigen, dass sich die Nachbarschaftskontakte in den Neubaugebieten sowohl auf die direkten Nachbarn als auch weiter entfernt wohnende Personen beziehen. Hierbei scheinen insbesondere formlose Beziehungsmuster wie zwanglose Gespräche zu dominieren, doch nehmen die Kontakte auch Formen an, die durch gegenseitige Besuche und Hilfeleistungen einen eher verbindlichen und intensiven Charakter aufweisen. Obwohl in allen Wohnformen in unterschiedlicher Intensität und Häufigkeit Kontakte zu den Nachbarn aufrechterhalten werden, zeigen Tabellen 26 und 27, dass die Bewohner von Einfamilienhäusern aufgeschlossener im Umgang mit ihren Nachbarn zu sein scheinen und regelmäßiger engere Kontakte unterhalten als die Bewohner von Wohnungen. Eine Erklärung hierfür liegt darin, dass in städtischen Einfamilienhausgebieten das Nachbarschaftsverhältnis in gleicher Weise wie in suburbanen Neubaugebieten durch die Gemeinsamkeit des Neubeginns geprägt wird, wobei vor allem die Zuzugs- und Einrichtungsphase einen regen Austausch unter den Bewohnern ein Kennenlernen bewirkt:

„Da hätten wir gar nicht mit gerechnet, dass sich hier eine Nachbarschaft so schnell entwickelt. Dadurch, dass alle die gleiche Ausgangssituation hatten und zur gleichen Zeit hierher gezogen sind. (...). Und das scheint auch so zu sein, dass es leichter ist, in einem Neubaugebiet Fuß zu fassen, als wenn man in ein Gebiet zieht, wo alle anderen schon wohnen. Die kennen sich ja, sind vielleicht ein bisschen neugierig, haben aber nicht dieses Bedürfnis, soziale Kontakte zu knüpfen. Das war etwas, was wir nicht erwartet haben. Obwohl wir über vieles nachgedacht haben. Man hat auch gleiche Gesprächsthemen“ (Herr Arnold, 47 Jahre).

Obwohl Herr und Frau Arnold mit den Erwartungen einer anonymen Nachbarschaft in das Neubaugebiet gezogen sind, hat sich nach ihrem Zuzug in den Lister Blick sehr schnell gezeigt, dass im städtischen Raum soziale Kontakte aufgebaut werden können, die sie als intensiver bewerten als an ihrem vorherigen Wohnstandort. Zuvor lebten die Arnolds in einem Einfamilienhaus im Stadtrandbereich, wo sie in einer gefestigten Nachbarschaftsstruktur zur Miete gewohnt haben. Zwar war ihr ausschlaggebender Umzugsgrund, Eigentum zu erwerben, doch zeigt das Interview, dass sie sich in ihrer alten Nachbarschaft als Zugezogene häufig isoliert gefühlt haben, da die in der Umgebung wohnenden Personen zumeist älter waren und bereits seit Jahrzehnten nachbarschaftliche Beziehungen unterhielten. Obwohl die Arnolds ohne eigene Kinder, über die sich leichter Nachbarschaftskontakte entwickeln (ROHR-ZÄNKER & MÜLLER 1998, S. 19), in den Lister Blick gezogen sind, fühlen sie sich alleine aufgrund der Gesprächsthemen, die ein Umzug in eine Neubauimmobilie bewirkt, in die Nachbarschaft integriert und empfinden das Wohnen im Lister Blick als gemeinschaftlicher als in konsolidierten Wohnumgebungen. In anderen Interviews wurde jedoch angegeben, dass sich die Kontakte nicht erst während des Wohnens, sondern bereits im Vorfeld des Einzugs entwickelt haben. Da kein Bewohner selber Bauträger war, haben sich häufig schon in der Phase der Baufertigstellung Anlässe für Kontakte ergeben:

„Also man hat einfach eine Verbindung dadurch, dass man gleichzeitig gebaut hat und sich gleichzeitig über irgendetwas beim Bauträger geärgert hat. Da waren dann die ersten Eigentümersammlungen, wo man sich als Interessengemeinschaft zusammengerottet hat, weil man noch irgendetwas durchsetzen wollte. Oder es gab Ärger mit der Tiefgarage. Das schafft schon einmal so einen Zusammenhalt“ (Frau Schäfer, 38 Jahre).

Eine wichtige Bedeutung im formativen Prozess der Nachbarschaft haben demnach Interessen, die die Bewohner gemeinsam betreffen und einen Austausch untereinander initiieren. Relevanz erhalten hierbei vor allem solche Themen, die nicht nur einzelne Bewohnergruppen betreffen (z. B. Kinder bei Familien), sondern statusunabhängig ein Interesse und eine Kommunikation bewirken. Deutlich wird dies in einem Interview mit einem Bewohner des Deisterhofes, einem Gebiet, das sich zum Zeitpunkt der Befragung in einem Erweiterungsprozess befand:

„Und mit einem Pärchen haben wir auch schon leichten Kontakt geschlossen. Das war am Tag der offenen Tür, da waren die Häuser schon teilweise verkauft und die Leute hatten schon einen Schlüssel. Und da standen wir dann vor dem Haus, das uns auch gefallen hätte, wenn wir hätten kaufen wollen und wollten uns das mal angucken. Da haben wir die damals angesprochen, ob wir das mal ansehen könnten, auch wenn das schon ihres ist. Dann sind wir so ins Gespräch gekommen. Jetzt haben wir noch einen weiteren Aufhängepunkt: die Straßenreinigung, die für uns ein großer Ärgerfaktor seitens der Stadt ist“ (Herr Krell, 46 Jahre).

Zwar steht in diesem Beispiel das gemeinsame objektorientierte Interesse im Vordergrund der Kontaktaufnahme, doch scheinen die Ärgernisse über geänderte Straßenreinigungsgebühren ein Anlass dafür zu sein, auch zu späteren Zeitpunkten ein Gesprächsthema zu finden – zumal dieses Thema im Untersuchungsgebiet so bedeutsam ist, dass von den Bewohnern eine gemeinsame Sammelklage gegen die Stadt eingereicht wurde. Von Relevanz ist es vor allem dahingehend, dass im vorliegenden Beispiel zwischen den Bebauungszeitpunkten des älteren Teiles des Baugebietes und den rezent errichteten Immobilien circa acht Jahre liegen, so dass sich im zuerst gebauten Teilbereich bereits Nachbarschaftsstrukturen konsolidiert haben. Da jedoch das Wohngebiet relativ klein ist (25 Reihenhäuser insgesamt), ist über das Vorhandensein gemeinsamer Gesprächsanlässe durchaus die Möglichkeit gegeben, dass sich zukünftig zumindest eine über formlose Kontakte bestehende gemeinsame Nachbarschaft entwickeln könnte.

Der Grund für diese Vermutung liegt darin, dass in kleineren Wohngebieten die Interviewten in der Regel alle Bewohner des Neubaugebietes zur direkten Nachbarschaft zählen, was jedoch mit zunehmender Größe des Untersuchungsgebietes deutlich differenzierter betrachtet wird:

„Das kommt darauf an, wer wann gebaut hat und wer wann eingezogen ist. Klar, rechts und links, die kennen wir natürlich am besten und da treffen wir uns manchmal auch im kleinen Kreis. Die gegenüber zum Beispiel, die waren schon da, als wir gekommen sind. Die haben uns dann auch empfangen, und die kennen wir auch. Aber die, die später gekommen sind, das wird schon schwieriger. Die auch weiter hinten sind, die kennt man teilweise auch gar nicht mehr. Also da ist schon eine räumliche und zeitliche Beschränkung, je nachdem, wer wann eingezogen ist“ (Frau Lehmann, 34 Jahre).

Hinweise auf räumliche und zeitliche Abgrenzungen werden in den meisten Interviews bei der Frage deutlich, wer zu den direkten Nachbarn zu zählen ist, so dass in der Regel diejenigen Nachbarn als solche wahrgenommen werden, deren Immobilien im selben Bauabschnitt realisiert wurden oder die in einer Reihe davor beziehungsweise dahinter wohnen. Auch der Sichtkontakt scheint eine große Rolle zu spielen, denn immer wieder wird ein Bezug dazu hergestellt, dass alle Häuser, auf die geblickt wird (mit denen also eine räumliche Nähe besteht), generell zu den direkten Nachbarn zählen. Dennoch kann in den Neubaugebieten auch die Form der „Bastelnachbarschaft“ (vgl. Kapitel 6.2.1) ausgemacht werden, wobei Bewohner vereinzelt angeben, neben den Kontakten zu den nächsten Nachbarn auch Beziehungen zu etwas entfernt wohnenden Personen zu unterhalten. Dennoch sind die am nächsten gelegenen Haushalte in der Regel am präsentesten, so dass eine Nachbarschaft in Form von „verinselten Kontakten“ (ROHR-ZÄNKER & MÜLLER 1998, S. 34) bisher nur in Ansätzen identifiziert werden kann. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Bewohner noch nicht lange genug im Neubaugebiet wohnen, um über weitere Distanzen Beziehungen zu unterhalten. Stellvertretend kann folgendes Zitat

angesehen werden, in dem zwar Bezug zu einer weitläufigeren Nachbarschaft hergestellt wird, sich diese jedoch im Endeffekt nur auf einen Umkreis von 20 Metern bezieht, was im Lister Blick prinzipiell eher zur näheren Nachbarschaft zählt:

„Also meine Nachbarn sind auf der einen Seite Eberlings, auf der anderen Seite Jahnkes (...). Dann gibt es noch eine etwas weitere Nachbarschaft aus den hinteren Abschnitten, wo einfach auch nette Leute wohnen. Und auch im nächsten Bauabschnitt wohnt noch eine Frau, mit der ich mich öfter mal treffe. Also Nachbarschaft ist für mich schon hier in der Straße oder in einem Umkreis von circa 20 Metern [Namen geändert, K. S.]“ (Frau Seiler, 37 Jahre).

Eine weitere neue Form der Nachbarschaftskontakte hat sich ebenfalls in vielen der Einfamilienhausgebiete etabliert: Internetforen und Mailinglisten. Neben dem informativen, alltagspraktischen Charakter, bei dem die Anwohner beispielsweise über Straßenfeste informiert werden, ist es über die digitale Kommunikation möglich, alle Bewohner zu einem bestimmten Thema zu erreichen und Interessengemeinschaften zu bilden. So wird eine Mailingliste im Gilde Carré dafür benutzt, um über einen Einbruch zu berichten. Im Lister Blick ist geplant, im Forum über bestehende Gefahren im Straßenraum für Kleinkinder aufgrund fehlender Spielstraßen zu diskutieren und eine Unterschriftenliste anzukündigen. Für negative Forumseinträge, in denen sich Anwohner über Nachbarn beklagen, wie sie Menzl (2007, S. 270) in einer suburbanen Gemeinde Hamburgs identifiziert hat, wurden die Blogs jedoch noch nicht verwendet. Vielmehr stellen sie eine neue Form dar, um mit weiter entfernt wohnenden Nachbarn im Wohngebiet in Kontakt zu treten, und dienen damit eher dem praktischen Nutzen, wie folgendes Zitat beschreibt:

„Es gibt ja diesen E-Mail-Verteiler und auch das Internetforum, und da werden auch schon mal ab und zu Sachen angeboten. Dass also jemand sagt ‚Ich habe noch einen halben Sack Rindenmulch, will den noch jemand haben?‘. Oder da hat jemand Regale verschenkt. Ich werde da wohl auch noch mal etwas reinstellen“ (Herr Hain, 36 Jahre).

Neben der räumlichen und zeitlichen Abgrenzung der Nachbarschaften differieren die Kontakte in gemischten Neubaugebieten auch nach Wohnformen. Es hat sich gezeigt, dass Kontakte zwischen den Bewohnern von Häusern und Wohnungen eher eine Ausnahme sind, obwohl eine räumliche Nähe durch eine direkte Nachbarschaft gegeben ist. Dennoch scheint es so, dass Unterschiede in der Betroffenheit bei unterschiedlichen Themen vorliegen, so dass sich die Kommunikationsstrukturen in der Regel ausschließlich auf das Grüßen beschränken. Ausnahmen stellen das Gilde Carré und die Gartenstadt Kleefeld dar, da hier einzelne Bewohner aus den Mehrfamilienhäusern auch Kontakte zu den Bewohnern von Einfamilienhäusern unterhalten. In der Gartenstadt Kleefeld hat es sich so entwickelt, dass mehrfach die Eltern in eine Wohnung und die Kinder in ein Haus gezogen sind, weshalb die Eltern auch Kontakte zu den Nachbarn der Kinder unterhalten

(zumeist über Enkelkinder), wodurch ein Austausch zwischen den Wohnformen nicht nur bei Primärbeziehungen besteht. Im Gilde Carré hat sich ein solcher Austausch vor allem zwischen den Bewohnern des gemeinschaftlichen Wohnprojektes und den Familien entwickelt, da die Bewohner des Wohnprojektes beispielsweise Aktionen wie Backen mit Kindern und Ostereiermalen veranstalten. Hierzu laden sie die Kinder des Gilde Carrés über die Mailingliste ein.

Nachbarschaftskontakte in Mehrfamilienhäusern

In der Regel entwickeln sich die Nachbarschaften jedoch getrennt nach Wohnformen, wobei die Kontakte in den Wohnungen eher anonymere Formen aufweisen als in den Einfamilienhäusern (vgl. Kapitel 6.1.1). Entgegen den Interviewten in Einfamilienhäusern, die zumeist auch Bewohner anderer Bauabschnitte zu ihren Nachbarn zählen, erstreckt sich bei fast allen Mehrfamilienhausbewohnern die Nachbarschaft ausschließlich auf das eigene Haus, was im Pelikanviertel noch dadurch eingegrenzt wird, dass die Häuser größer sind und aus mehreren Treppenaufgängen bestehen. Dort zählen nur diejenigen Anwohner zu den Nachbarn, die denselben Aufgang benutzen. „Bastelnachbarschaften“ können bei den Gesprächspartnern in Mehrfamilienhäusern noch seltener identifiziert werden als bei den Interviewten in Einfamilienhäusern, da hier nur einige Bewohner des Ahrberg-Viertels angegeben haben, regelmäßige Kontakte zu Personen außerhalb des eigenen Hauses, also außerhalb der direkten Nachbarschaft zu pflegen. Es handelt sich vor allem um Personen, die der Eigentümergemeinschaft angehören und als Bauherren maßgeblich im Entstehungsprozess des Wohngebietes involviert waren. In der Bauphase konnten sich diese Personen sehr gut untereinander kennen lernen, woraus sich intensive Kontakte mit gegenseitigen Besuchen entwickelt haben. Durch den Pioniercharakter, den die Umgestaltung der ehemaligen Wurstfabrik zu Wohnungen hat, entsteht eine höhere Identifikation mit dem Neubaugebiet bei der Eigentümergemeinschaft, so dass auch Engagement zur Förderung des sozialen Zusammenlebens aufgewendet wird und jährlich einige von den Bauherren an der Ausgestaltung des Sommerfestes mitwirken (vgl. Kapitel 4.2.2). Hierüber ist eine weitere Form gegeben, neue Kontakte zu anderen Nachbarn zu knüpfen:

„Also meine Nachbarn sind die, mit denen wir hier angefangen haben, also Leute, die ich jetzt ganz, ganz gut kenne. Oder Leute, die ich auch so mal kennen gelernt habe. Wir haben hier ja manchmal auch Veranstaltungen, also das Ahrberg-Fest, und da lernt man ja auch die Leute kennen. Das ist schon so. (...) Und diejenigen, mit denen wir früher auch schon in der Bauherrngemeinschaft zusammen gesessen haben und geplant und überlegt haben, das ist auch schon echt verbindend, finde ich. Man ist durch Höhen und Tiefen miteinander gegangen“ (Frau Fischer, 37 Jahre).

Auch wenn eine weitere Person angibt, aufgrund eines Zuzugs aus der nahe gelegenen Nachbarschaft Kontakte zu Bewohnern umliegender Häuser zu unterhalten, so scheint

dieses ebenso wie die Bauherrengemeinschaft eher untypisch für Nachbarschaftsverhältnisse in Mehrfamilienhäusern zu sein. Eine weitere Sonderform ist, wie bereits angedeutet, das gemeinschaftliche Wohnprojekt, deren Bewohner nicht nur Kontakte zu den umliegenden Nachbarn unterhalten, sondern auch die Beziehungen der Bewohner untereinander sind als deutlich intensiver zu bewerten als in anderen Wohnformen. Die „gelebte Nachbarschaft“ kann hier als der initiiierende Grund für „Wohnkonzept 12“ angesehen werden:

„Wir haben eigentlich nur alle gewusst, dass wir das nicht so ideal finden, wie wir so wohnen. Auch gerade Singles in einer Wohnung alleine in so einem normalen Mietshaus, wo dann noch nicht einmal begrüßt wird. Und es ist ja auch ein organisatorischer Aufwand, wenn man sich mal mit irgendwelchen Menschen verabreden will. Dann trifft man nur ABs und bis man dann den Kalender koordiniert hat, ist auch schwierig. Und na ja, also ein Altersheim zu bezahlen, also diese Perspektive (...) erstens wollten wir das nicht und zweitens können das die meisten auch gar nicht finanzieren. Und die Erfahrung lehrt einen ja auch, dass man in solch einem gemeinsamen Haus einfach länger fit bleibt, weil es lebendiger ist (...)“ (Frau Busse, 72 Jahre).

Der primäre Grund der Wohnprojektbildung ist demnach der Wunsch nach Geselligkeit und gemeinsamen Aktivitäten, wie es in dem Zitat von Frau Busse deutlich wird. So werden nahezu täglich Angebote in den Räumen des Wohnkonzeptes durch die Bewohner organisiert oder es finden Ausflüge in die Umgebung oder in kulturelle beziehungsweise gastronomische Einrichtungen statt, ohne dass die Bewohner jedoch verpflichtet sind, an diesen Angeboten teilzunehmen. Auch wenn von Frau Busse die Angst vor einem Seniorenwohnheim zumindest als ein sekundärer Grund für das Wohnkonzept genannt wird, stellen gemeinschaftliche Wohnprojekte keine Alternative zu pflegeorientierten Einrichtungen dar. So wurde auch im Gilde Carré von den Bewohnern vereinbart, dass keine längerfristigen Betreuungsleistungen auf die Mitbewohner übertragen werden. Da jedoch zum Wohnprojekt eine Einliegerwohnung als Gästezimmer gehört, ist angedacht, diese langfristig gegebenenfalls umzuwidmen und dort Pflegepersonal unterzubringen, sofern mehrere Bewohner der 15 Haushalte pflegebedürftig werden. Trotzdem gibt es bereits heute eine Liste im Eingangsbereich, in der alle Haushalte jeden Tag ein Kreuz setzen, um zu signalisieren, dass alles in Ordnung ist. Wird dies von einem der Bewohner nicht gemacht oder vergessen, so übernehmen die direkten Nachbarn die Verpflichtung, nach dem Rechten zu sehen. Auch hierdurch wird der Gemeinschaftssinn gestärkt.

Als „inszenierte Nachbarschaft“ (HÄUSSERMANN & SIEBEL 2004, S. 114) ist das gemeinschaftliche Wohnprojekt eher eine Ausnahme nachbarschaftlicher Verhältnisse, denn als charakteristisch ist in Mehrgeschosswohnungsbaugebieten folgendes Zitat zu bewerten, da in dieser Art und Weise von der Mehrheit der Befragten geantwortet wurde:

„**K. S.:** Was ist denn für Sie Nachbarschaft und wer zählt dazu?

Herr Nothaft: Ja, das ganze Haus. Alles was im Treppenhaus ist. Das Nachbarhaus nicht mehr (...). Ich habe es immer genossen, dass man im Haus grüßen kann, dass man eventuell auch mal mit Leuten fünf Minuten auf der Straße steht, aber ansonsten.

K. S.: Also treffen Sie sich nicht mal?

Herr Nothaft: Nein. Dafür habe ich ja Freunde“ (Herr Nothaft, 60 Jahre).

Deutlich wird in den Äußerungen von Herrn Nothaft, dass in Mehrfamilienhäusern ein eher anonymes Wohnverhältnis gelebt wird, in dem sich die Nachbarn in der Regel zwar mit Namen kennen, doch in Distanz zueinander bleiben. So entwickeln sich nur selten Kontaktformen, die über ein zwangloses Gespräch hinausgehen, und die Kontakte scheinen teilweise einen noch anonymeren Charakter anzunehmen, als er manchmal mit Großstädten in Verbindung steht (z. B. FRIEDRICHS 1983, S. 245):

„Wir wissen teilweise gar nicht, wer wo wohnt. Die beiden Nachbarn, das ist klar. Aber dadurch, dass ich berufstätig bin, ab heute Arbeit suchend, kriegt man auch nicht so viel mit. Manchmal wurde ich in der Straßenbahn begrüßt und ich musste überlegen, welche Frau das war. Dann habe ich mich entschuldigt. Man läuft aneinander vorbei“ (Frau Hiller, 57 Jahre).

Obwohl es sich bei Frau Hiller um eine Bewohnerin in einer Eigentumswohnung handelt, nehmen die Nachbarschaftskontakte andere Formen an als in Einfamilienhausgebieten. Beschrieben werden kann dieses Verhalten in erster Linie als ein distanziert freundlicher Kontakt, wobei darauf geachtet wird, die gegenseitige Privatsphäre zu wahren und nur in Ausnahmesituationen intensivere Kontakte wie Nachbarschaftshilfen zu leisten. So signalisiert beispielsweise eine Bewohnerin trotz eines weitgehend unbekanntem Verhältnisses zu ihren Nachbarn, dazu bereit zu sein, auf deren Kinder aufzupassen, wenn mal „Not am Mann ist“ – obwohl sie selber kinderlos ist (Frau Rudolph, 39 Jahre). Gleichfalls werden in der Regel Wohnungsschlüssel getauscht, wenn Nachbarn in den Urlaub fahren, damit die Blumen gegossen und die Zeitungen aus dem Briefkasten genommen werden können. Deshalb entspricht das Wohnen in den Mehrfamilienhäusern zumeist dem „Normalniveau“ an Nachbarschaften in Städten, wie es HÄUSSERMANN und SIEBEL (2004, S. 111) beschreiben. Eine Ausnahme hiervon bildet das Wohngebiet Vasati, da dort die traditionell den Nachbarn obliegenden Hilfen dem Concierge übertragen werden können, so dass dort ein von den Nachbarn unabhängiges Wohnen möglich ist. Die Regel der Kontakte wird jedoch in folgenden Zitaten beschrieben:

„Also, was ich ganz schön finde ist, dass die Begegnung bei uns im Haus schon eine sehr freundliche ist. Das finde ich schon ganz schön, dass das nicht so anonym ist. Also ist es schon, weil ich die Nachbarn gar nicht so häufig sehe, weil ich einfach tagsüber arbeite,

und ich wohne ja auch noch im Erdgeschoss, so dass ich mich ja noch nicht einmal im Treppenhaus bewege. Sonst ist das ja immer noch mal so ein Ort der Begegnung. Aber wenn man sich sieht, ist das unheimlich freundlich. Und egal, ob man jetzt nun genau zuordnen kann, in welchem Aufgang die nun wohnen, weil bei den 46 Einheiten, die wir sind, man ja gar nicht alle erfassen kann. Aber es ist immer so, dass man sich die Tür aufhält oder sich nett grüßt. Und bei mir im Erdgeschoss geht vorne ja auch der Fußweg längs (...), wenn dort jemand langgeht, grüßt man sich oder lässt sich auch in Ruhe (...), so dass das auch eine gewisse Einbindung hat. Wenn mir etwas fehlt, dann wüsste ich genau, dass ich da mal hingehen kann und auch zu mir jeder kommen könnte“ (Frau König, 41 Jahre).

Oder:

„Wir haben da inzwischen auch ein paar Bekannte in dem Haus, so dass wir halt sehen, wenn einer nicht da ist und der Mensch vom Stromablesen kommt (...), dass man so etwas dann eben mitmacht. Oder dass man die Blumen pflegt (...). Also wenn der Aufzug nicht geht, dann ruft man da schon mal an, weil wir auch einen Rollstuhlfahrer im Haus haben, dass wir sagen ‚Hey, pass auf, der Fahrstuhl geht nicht‘. Wir wissen auch, dass der jeden Tag runter muss und wir sehen dann auch zu, dass wir mal was einkaufen (...). Aber es ist anders als in einem Neubaugebiet, wo lauter Reihenhäuser oder einzeln stehende Häuser stehen und da auf einmal ganz viele Kinder wohnen. Ich glaube, das ist schon wieder so eine Art Qualität, wenn man ein Straßenfest macht und die Kinder zusammen spielen. Das ist auch das, was mir fehlt und was ich mir hier schon anders vorgestellt hatte (...“ (Herr Lohse, 37 Jahre).

In beiden Zitaten wird deutlich, dass einfache Nachbarschaftshilfen zum Wohnen gehören, doch ist erkennbar, dass Frau König, kinderlos, ein anderes Verständnis von Nachbarschaft besitzt als Herr Lohse. Dieser hat sich zwar mit seiner Wohnsituation arrangiert, doch aufgrund dessen, dass er Kinder hat, ist er mit dem distanzierten Wohnen weniger zufrieden als Frau König, die im reinen Grußkontakt eine gutes Nachbarschaftsverhältnis erkennt und sich integriert fühlt. Dies ist wahrscheinlich auch ein Grund dafür, dass Herr Lohse versucht, durch Aufmerksamkeiten gegenüber seinem behinderten Nachbarn Distanzen einzugrenzen, und intensivere Nachbarschaftsverhältnisse in Einfamilienhausgebieten als eine Qualität empfindet. In seinem jetzigen Wohngebiet (Pelikanviertel) ist er vor allem davon enttäuscht, dass nur sehr wenige Familien mit Kindern das Gebiet als Wohnstandort wählen, denn noch vor seinem Zuzug hatte er die Vermutung, dass auch Wohnungen verstärkt von Familien nachgefragt werden. Deshalb hatte er für das Pelikanviertel die Hoffnung, dass sich eine Nachbarschaft entwickeln könnte, in der ein familienorientiertes Wohnen im Mittelpunkt steht.

Nachbarschaftskontakte in Einfamilienhäusern

Nachbarschaftsfördernde Aktivitäten sind sowohl in Einfamilienhausgebieten als auch in Mehrgeschosswohnungsbaugebieten Anwohnerfeste, denn, wie schon oben im Zitat von Frau Fischer herausgestellt wurde, sind Sommerfeste, Glühweinabende und Laternenumzüge gemeinsame Aktivitäten, über die Nachbarn sich kennen lernen können. In Neubaugebieten, die in einem sehr heterogenen Umfeld liegen (Ahrberg-Viertel und Heisehof), werden die Feste auch dazu genutzt, die umliegende Bewohnerschaft einzuladen, da es dort anfangs galt, bestehende Vorurteile gegenüber den neuen Wohngebieten abzubauen und mit der umliegenden Nachbarschaft in ein Gespräch zu treten. Allgemein auf die Wohngebiete bezogen haben die Interviews gezeigt, dass in Geschosswohnungen zum einen die Frequenz, innerhalb derer diese Aktivitäten stattfinden, weniger häufig ist und teilweise trotz einer mehrjährigen Wohndauer erst einmal oder gar nicht stattgefunden haben; zum anderen wird in Einfamilienhäusern die Verpflichtung höher angesehen, an diesen Aktivitäten teilzunehmen.

Begründet wird dies damit, dass durch die intensiveren Nachbarschaftskontakte in den Einfamilienhausgebieten auch Erwartungen an die Bewohner geknüpft sind (HAMM 2000, S. 175), die sich unter anderem darin äußern können, dass sich die Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten zu Verpflichtungen entwickeln. So gibt ein Ehepaar in einem Interview an, an einem Laternenumzug im Lister Blick teilgenommen zu haben, obwohl das Paar keine eigenen Kinder hat und die Funktion der Aufpasser übernehmen sollte. Hieraus lässt sich schließen, dass in der Regel die Erwartungen anderer erfüllt werden und mit dem angepassten Verhalten verhindert werden soll, dass der eigene erworbene Status in der Gemeinschaft nicht gefährdet wird, beispielsweise durch Tratsch. So passen sich die Bewohner an Normen an, auch wenn diese manchmal eher einem Zwang als einer Freiwilligkeit gleichen:

„Also Stadt ist ja ansonsten sehr anonym, aber hier muss man immer vorsichtig sein, wenn man vor die Tür geht. Man kann nicht sagen ‚Boa, keine Lust!‘. Alleine dadurch, dass es ein Reihenhaus ist, muss man schon Kontakt halten zu den Leuten“ (Frau Lehmann, 34 Jahre).

Im Zusammenhang mit der sozialen Kontrolle wird von den Interviewten häufig der Begriff „Dorf“ aufgeworfen, womit umschrieben wird, dass sich die Kontaktmuster (im Neubaugebiet) denen suburbaner oder ländlicher Gemeinden gleichen, zu denen viele Interviewte Parallelen erleben. Außerhalb des Neubaugebietes wird der Begriff insbesondere in Linden verwendet, da dort speziell der Lindener Markt jeden Samstag eine soziale Funktion übernimmt und Raum dafür bietet, dass sich Bewohner begegnen können. Von vielen Interviewten (auch außerhalb Lindens) wird der Markt mittlerweile als Institution angesehen, der bewusst aufgesucht wird, um Sozialkontakte zu pflegen:

„Bei uns gibt es immer so Rituale, dass wir Samstagmorgens lange ausschlafen und dann zum Lindener Markt gehen. Auch zum Einkaufen, aber der Hauptzweck ist, dort Leute zu treffen und Kaffee zu trinken. Das dauert dann bis mittags“ (Herr Hoffmann, 43 Jahre).

Oder:

„Zum Beispiel samstags der Markt, (...) was unheimlich schön ist, dort morgens hinzugehen. Überhaupt die Mischung der Leute, die hier so rumlaufen, finde ich sehr lebendig. Man sieht sich in irgendwelchen Cafés und kennt die Leute teilweise schon, die man hier sieht. Is' schon ein bisschen wie im Dorf. Nur dass es andere Leute sind“ (Frau Lehmann, 34 Jahre).

Der Begriff der Dörflichkeit bezieht sich in seiner Verwendung also nicht auf den in der aktuellen Stadtentwicklungsdiskussion verwendeten Terminus des *urban village*, da unter einem Dorf von den Bewohnern nicht verstanden wird, dass Stadtteile autarke oder spezialisierte Funktionen entwickeln (z. B. BELL & JAYNE 2004, S. 1; VOGELPOHL 2008, S. 76 f.). Stattdessen beschreibt der Begriff, dass sich in der Stadt ein Bekanntheitsgrad unter den Bürgern der näheren Umgebung entwickelt hat, der den für Städte typischen Fremdheitsaspekt der Urbanität eingrenzt (vgl. Kapitel 3.1.2). Trotz der überwiegenden Mehrheit Unbekannter, denen die Befragten außerhalb des Neubaugebiets im Straßenraum begegnen, werden auch in Stadtteilen außerhalb Lindens Parallelen zu dörflichen Strukturen durch Wiedererkennung aufgezeigt:

„Die List ist ein Dorf. Man kennt sich. Geht man kaum mal weg, trifft man die Leute. Das ist nicht so anonym wie die City selbst. Beim Bäcker, beim Metzger, überall spricht man schon mal ein paar Worte. Mit der Kioskfrau dort vorne bin ich schon bald Freundin. Ein Pläuschchen am Abend wenn man Zigaretten holt oder so. Das geht auch in der Stadt, wenn man will. Und das finde ich super“ (Frau Baier, 64 Jahre).

In den Zitaten von Frau Baier und Frau Lehmann wird deutlich, dass der Dorfbegriff in den geschilderten Zusammenhängen positiv besetzt ist und die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme bei Belieben in der Stadt besteht. Gleichzeitig wird in den weiteren Verläufen der Interviews und auch bei anderen Gesprächspartnern deutlich, dass trotz des Bekanntheitsgrades der Akteure eine Distanz gewahrt bleibt, die es dem Einzelnen ermöglicht, nur dann ein Gespräch zu führen, sofern der Wunsch hierzu besteht. Hierdurch erhält das Kennen in der Stadt nicht die gleiche Obligation zu einem regelmäßigen Wortwechsel wie in einer kleinen Gemeinde, sondern es werden größere soziale Freiräume gewährt. Wird der Dorfbegriff jedoch im Zusammenhang mit der Wohnsituation in den Neubaugebieten verwendet, so übernimmt er dort eher die negative Funktion der sozialen Kontrolle:

„**K. S.:** Wie würdet ihr das Leben hier im Gebiet beschreiben?

Herr Hain: Dadurch, dass sich hier viele Leute zu Fuß oder mit dem Fahrrad durch das Baugebiet bewegen, da trifft man schon viele (...).

Frau Köcher: Ich glaube, wenn wir jetzt in einer Eigentumswohnung wohnen würden, also ich kenne das aus meiner alten Mietwohnung, da kennen wir hier schon weit mehr Leute und wissen, was die machen, wodurch das nicht so anonym ist. Ähnlich wie in einem Dorf halt (...). Das kann ja auch nachteilig sein. Es wird ja auch viel Klatsch und Tratsch verbreitet“ (Herr Hain, 36 Jahre; Frau Köcher, 29 Jahre).

Oder:

„Hier gibt es Grillabende mit den Nachbarn und es ist auch immer so ein bisschen Rivalität. ‚Wer mag wen lieber, und wer lädt wen nicht ein, und wer sitzt beim Nachbarn wie oft mit welchem Kind und warum wir nicht?‘ Also man muss aufpassen, dass man eben nicht zu viel erwartet. Aber so wie es ist, ist es einfach schön“ (Frau Seiler, 37 Jahre).

Obwohl Frau Köcher intensiven Nachbarschaftskontakten eher aufgeschlossen gegenüber steht und diese auch während ihrer Kindheit im Dorf als positiv bewertet hat, sind Klatsch und Tratsch Gesprächsinhalte, die negativ wahrgenommen und nur in Einfamilienhausgebieten genannt werden. Ähnlich wie MENZL (2007, S. 271 ff.) in suburbanen Nachbarschaften identifizieren konnte, merkt auch Frau Seiler im Lister Blick einen wichtigen Aspekt an, der im Konstitutionsprozess von Nachbarschaften eine bedeutende Rolle spielt: die Positionierung. Neben materiellen Formen, wie dem Symbolisieren von Besitz in Form von Statusmerkmalen, ist die Integration in die Nachbarschaft von großer Bedeutung, denn über Zugehörigkeiten werden Positionen geäußert, die es zu erwerben und zu erhalten gilt. Lösen sich entsprechende Beziehungen zu Nachbarn, so kann das gesamte soziale Kontaktnetz erodieren und eine Isolation der betroffenen Person/ des Haushaltes im Wohngebiet eintreten, was sich in der Regel wieder mit Klatsch und Tratsch verbindet.

Neben gemeinsamen gegenseitigen Einladungen, die sowohl abendliche Treffen als auch Einladungen zu größeren privaten Festen beinhalten, erstrecken sich die Kontakte der Befragten beispielsweise auf bestimmte Wege, die gemeinsam zurückgelegt werden (zum Arbeitsplatz oder zu Kindertagesstätten) und auf zahlreiche Formen der Nachbarschaftshilfe. Insgesamt ist jedoch erkennbar, dass innerhalb der Einfamilienhausgebiete eine Differenz der Kontakthäufigkeit zwischen den Nachbarn besteht. So halten sich einerseits vereinzelt Haushalte aus dem intensiven Nachbarschaftsleben heraus und beschränken sich ähnlich wie in Mehrgeschosswohnungen auf den Grußkontakt, andererseits sind Nachbarschaftsbeziehungen davon abhängig, ob Kinder mit im Haushalt leben, denn diese scheinen die Frequenz der Kontakte zu erhöhen und zu intensivieren:

„Ja, das ist das Schöne am Heisehof. Wir sind ja alle eigentlich so eine Altersstruktur, sind alle mehr oder weniger mit kleinen Kindern beschäftigt. Und haben uns ziemlich schnell zusammen gefunden und Babyphons ausgetauscht. So dass jeder mal seinen Abend hat, dass jeder mal weggehen kann. Für einen Kinobesuch wird das oft genutzt (...). Wir gehen auch einfach mal mit dem Babyphon zu den Nachbarn rüber (...). Und da kommen jetzt die ganzen Babys nach, so dass wir auch die Sachen untereinander tauschen“ (Frau Bartels, 31 Jahre).

Unterstützt wird der intensive Kontakt der Bewohner des Heisehofes durch die Bebauungsstruktur in Form eines Hofes, um den herum sich die Einfamilienhäuser ordnen. Hierdurch umfasst das Wohngebiet einen nach außen geschützten Raum, der an der einen Seite zwar geöffnet ist, jedoch Personen ohne Anliegen nicht veranlasst, diesen zu betreten. In dieser Gestaltung nimmt der Raum primär drei Funktionen ein: Zum einen dient er Kindern als Ort zum Spielen, zum anderen ist er ein Ort der Kommunikation und drittens dient er, wie beschrieben, der Abgrenzung nach außen, auch wenn die Bewohner des Heisehofes diese Funktion nicht als solche wahrnehmen (dies konnte in Gebietsbegehungen beobachtet werden). Positiv wird an dieser Raumstruktur vor allem die Möglichkeit gesehen, die eigenen Kinder mit den Nachbarskindern spielen zu lassen, ohne diese ständig beaufsichtigen zu müssen. Ebenso wird auch die Nachbarschaft fördernde Funktion betont, da sich im Sommer die Erwachsenen zum Unterhalten auf dem Platz oder dem angrenzenden Spielplatz treffen, zu denen sich auch Bewohner ohne Kinder gesellen, wenn sie beispielsweise von der Arbeit nach Hause kommen. Ein weiterer Aneignungsprozess der Gemeinschaftsfläche ist darin zu sehen, dass beispielsweise bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 ein Beamer und eine Leinwand auf dem Platz installiert wurden und die Bewohner altersunabhängig die Deutschlandspiele gemeinsam gesehen haben.

Weniger intensiv, jedoch ähnlich gestalten sich die Nachbarschaftsstrukturen in der Gartenstadt Kleefeld, denn auch dort gibt es einen kleinen Platz, der die gleichen Funktionen wie im Heisehof erfüllt:

„**K. S.:** Und wie finden Sie die Hofbebauung?

Frau Wiegel: Das finde ich sehr angenehm. Zum einen für die Kinder zum Spielen und zum anderen gibt es ja keinen Durchgangsverkehr in dem Sinne. Also es sind wirklich nur die Anwohner, die hier parken und mit den Autos rein fahren. Und das ist sehr angenehm (...). Im Sommer treffen wir uns im Prinzip auch dort draußen“ (Frau Wiegel, 36 Jahre).

So kann die Baustruktur betreffend festgehalten werden, dass nicht nur die interviewten Bewohner in Einfamilienhäusern angeben, eine intensivere Nachbarschaft zu pflegen als diejenigen aus Wohnungen, sondern in Wohngebieten, in denen ein Platz für gemeinschaftliche Aktivitäten frei gehalten wurde, sich eine lebendigere Nachbarschaft entwi-

ckelt als in Wohngebieten ohne Gemeinschaftsflächen. Zu beachten ist jedoch, dass diese in die Baustruktur integrierte Fläche in Form eines Hofes nur in Einfamilienhäusern als Bestandteil des aktiven Nachbarschaftslebens angenommen wird, denn beispielsweise sind auch die Gemeinschaftsflächen im Pelikanviertel und Vasati mit Grünflächen gestaltet. Dort haben jedoch die raumgestalterischen Elemente nicht bewirkt, dass sich die Anwohner auf diesen Flächen treffen. Fehlen aber solche Orte in dicht besiedelten Einfamilienhausgebieten, so wird dies von den Bewohnern bemängelt und das Fehlen als nachteilig hinsichtlich der Nachbarschaftsbildung empfunden:

„Ansonsten ist es schade, dass keine Gemeinschaftsflächen eingeplant sind. Also wir sind traurig, dass es nicht irgendwo eine Bank oder einen Baum gibt, wo man sich treffen kann. Oder einen kleinen Platz. Das hätte man, finde ich, gut realisieren können“ (Frau Seiler, 37 Jahre).

Oder:

„**Herr Voller:** Das [Nachbarschaftskontakte, K. S.] ist vielleicht auch strukturell bedingt und das könnte in einer anderen Siedlung ein bisschen besser sein, da es keine Gemeinschaftsfläche gibt. Wie so einen Dorfplatz oder Spielplatz. Wo die Mütter dann alle drum herum sitzen oder der Vater mit dem Auto vorbeikommt. Das ist hier nicht. Man setzt sich hier auch nicht vor sein Haus und man hängt auch nicht über dem Küchenfenster. Auf den Wegen passiert eigentlich wenig. Die Kinder spielen schon mal zusammen, aber das man sich mal trifft und zusammen hinsetzt, das passiert eigentlich nicht.

K. S.: Finden Sie das besser, als wenn das Gebiet in so einer Hufeisenform geplant worden wäre?

Herr Voller: Na ja, eigentlich hätte man gerne beides. Ich finde es eigentlich ganz schön, dass man noch so einen privaten Garten hier hat und nicht immer zwischen den Nachbarn wechseln muss. Aber einen Innenhof, wo man sich dann treffen kann, fände ich auch ganz schön“ (Herr Voller, 43 Jahre).

Persönlichkeitsbedingt gibt es auch in Einfamilienhausgebieten Haushalte, die sich aus dem engen Nachbarschaftsleben heraushalten und sich beispielsweise nicht gegenseitig mit benachbarten Personen einladen, wofür Herr Voller ein Beispiel ist. Zwar haben weitere Interviews in seinem Wohngebiet (Deisterhof) gezeigt, dass zwischen einigen der 14 Nachbarn durchaus engere Kontakte bestehen, doch werden diese nur wenig außerhalb der privaten Räume gepflegt, wie auch Herr Voller beschreibt. Durch die Anordnung der Reihenhäuser in zwei hintereinander liegenden Reihen scheint sich im Deisterhof nur eine in Ansätzen lebhaft entwickelte Nachbarschaft entwickelt zu haben, was Herr Voller zwar in der Baustruktur begründet sieht, jedoch sind Nachbarschaftskontakte in der Regel durch die Zusammensetzung der Bewohner bedingt. So wird bei guten Verhältnissen nicht selten davon gesprochen, „Glück“ mit seinen Nachbarn gehabt zu haben, und eine Anwohnerin

des Heisehofes betont sogar, dass viele Bewohner dort mit dem „Wunsch nach einer guten Nachbarschaftlichkeit“ (Frau Schäfer, 38 Jahre) hingezogen sind. Aus dieser Erkenntnis lässt sich schließen, dass sich unabhängig von der Wohngebietsgröße lebhaft und weniger intensive Nachbarschaften entwickeln können, doch betont auch Herr Voller, dass bei einer anderen räumlichen Anordnung der Häuser durchaus die Möglichkeit (und Bereitschaft) zu engeren Kontakten bestanden hätte.

Trotz der Nähe der Nachbarn untereinander haben sowohl die Auswertungen des Fragebogens als auch der Interviews gezeigt, dass bei den Gesprächspartnern Konflikte und Streitigkeiten selten vorkommen und vielmehr versucht wird, bei Unstimmigkeiten einen Konsens zu finden. Dennoch werden auch Hinweise auf angespannte Verhältnisse gegeben, wobei die Ursachen der Streitigkeiten vor allem in Belangen zu sehen sind, die die Gemeinschaftsflächen (Wegedienste und Grünflächengestaltung) betreffen. Von Streitigkeiten direkter Nachbarn aufgrund von Nähe wird nicht berichtet, was entweder daran liegt, dass die befragten Haushalte noch nicht lange genug in den Neubaugebieten wohnen oder die Bereitschaft in den Interviews nicht vorlag, hierüber zu berichten. Hingegen wird mehrfach davon gesprochen, dass prinzipiell eine physische Nähe mit dem Wohnen in Reihenhäusern verbunden ist, so dass die Bereitschaft zu Rücksichtnahme und Toleranz als eine Voraussetzung für den Umzug in die Neubaugebiete angesehen werden kann:

„Was natürlich deutlich anders ist als im Vergleich zum Dorf, ist, dass die Nachbarschaft sehr eng ist. Man kriegt viel mit von den Leuten und man muss schon sehr viel Rücksicht nehmen aufeinander. Und man muss viel mehr akzeptieren, was man sonst vielleicht nicht so hinnehmen würde. Also Rücksichtnahme ist schon sehr wichtig“ (Herr Hain, 36 Jahre).

Häufiger wird von unterschwelligem Konflikten gesprochen, die sich vor allem in unterschiedlichen ästhetischen Ansichten äußern. Da diese jedoch zu keinem offenen Streit oder einer Meinungsverschiedenheit führen, sind sie kein bewusst wahrgenommener Konfliktbereich, sondern äußern sich eher in Klatsch und Tratsch, wie oben thematisiert wurde. So wird beispielsweise in verschiedenen Interviews darauf hingewiesen, dass bestimmte Gartengestaltungselemente der Nachbarn als geschmacklos angesehen werden, aber aufgrund der engen Nachbarschaft in den Reihenhäusern von den angrenzenden Parteien hingenommen werden müssen.

„Also das ist hier eine relativ coole Architektur. Wir sind auch relativ nüchterne Leute. Ich bin nicht so ein Tüddeltyp. Und wenn ich sehe, wie die Leute anfangen in diese coole Architektur Herzchen und blaue Bänkchen zu setzen, da denke ich immer ‚Um Gottes Willen‘. Da denke ich immer, die sind geschmacksbefreit (...). Die gegenüber haben ihren ganzen Garten zugepflastert mit roten Steinen. Die haben da nur so kleine Carrés

für die Pflänzchen gelassen. Oder manche machen drei verschiedene Sorten Steine in ihre Gärten“ (Frau Jäger, 45 Jahre).

Im gemeinschaftlichen Wohnprojekt wurden grundlegendere Konflikte genannt, bei denen mittels Supervision und Schlichtungsrunden eine Lösung gesucht wurde. Trotz der Vorteile dieser „inszenierten Nachbarschaft“ wird deutlich, dass auch dort unterschiedliche Charaktere aufeinander treffen, die verschiedene Vorstellungen, Ideale und Ansprüche an das gemeinschaftliche Wohnen mitbringen. Im vorliegenden Beispiel haben sich die Streitigkeiten zum einen in der Ausgestaltung der Gemeinschaftsräume geäußert, da hier die unterschiedlichen Wohnvorstellungen nur schwer zu einvernehmlichen Lösungen geführt haben; zum anderen besitzen auch in gemeinschaftlich orientierten Projekten einzelne Bewohner einen durchsetzungsfähigeren Argumentationsstil, so dass sich andere in ihren Meinungen benachteiligt fühlen.

Städtisch-suburbane Nachbarschaften

Verglichen mit Konzepten idealtypischer Nachbarschaften an unterschiedlichen Wohnstandorten (vgl. Kapitel 6.1.1) hat die detaillierte Analyse der Kontaktmuster gezeigt, dass sich in den Neubaugebieten zwei verschiedene Arten von Nachbarschaften finden lassen. Obwohl auch in den Wohnungen Einladungen von Nachbarn erfolgen, werden die Beziehungsstrukturen in Mehrgeschosswohnungen in der Regel wesentlich anonymer und distanzierter gehalten als in Einfamilienhausgebieten. Zwar bestehen auch dort teilweise engere Kontaktverhältnisse, doch werden überwiegend Nachbarschaften gelebt, die verstärkt städtische Züge aufweisen, so dass sich der Nachbarschaftssinn auf das Grüßen, Freundlichkeiten und die Bereitschaft beschränkt, bei Bedarf Nachbarschaftshilfen zu erfüllen. Die Vorteile dieser Strukturen sind darin zu sehen, dass Themen wie Klatsch und Tratsch keine bedeutende Rolle einzunehmen scheinen und das Gefühl der sozialen Kontrolle weniger stark ausgeprägt ist als in intensiveren Nachbarschaften wie in Einfamilienhausgebieten. Dort haben die Interviews gezeigt, dass sich auch innenstadtnah Kontaktmuster etablieren, die mehrheitlich mit den von MENZL (2007) identifizierten Nachbarschaften in suburbanen Räumen übereinstimmen. Auch hier scheint der Umzug in ein Haus die „soziale Isolation“ zu durchbrechen und die Bereitschaft zu fördern, engere Kontakte mit den Nachbarn aufzubauen. Als Grund wird in der Literatur zumeist auf die Homogenität entsprechender Wohngebiete verwiesen (je heterogener die Bewohnerstruktur eines Viertel zusammengesetzt ist, desto weniger eng sind die Nachbarschaften – weshalb Städten in der Regel ein wenig intensives Nachbarschaftsnetz zugesprochen wird; z. B. HAMM 2000, S. 176; FRIEDRICHS 1983, S. 243), doch kann dies in der vorliegenden Studie nur bedingt als Erklärung herangezogen werden. Denn sowohl die Mehrgeschosswohnungen als auch die Einfamilienhäuser sind nach sozioökonomischen Kriterien (Einkommen und Bildungsgrad) sehr homogen strukturierte Nachbarschaften (vgl. Kapitel 5.1). Unterschiede bestehen nur in der Alterszusammensetzung, wobei mehr Familien mit Kindern in den Häusern als in

den Wohnungen leben, so dass festgehalten werden kann, dass sich vor allem in homogenen Nachbarschaften mit Kindern eine Art Gemeinschaft herausbildet. Da in diesen Gebieten jedoch auch kinderlose Haushalte gut in die Nachbarschaft integriert zu sein scheinen, kann die Wohnform als ein weiterer Faktor für die Nachbarschaftsbildung angesehen werden, da der gemeinsame Neubeginn mit gleichen Anfangsproblemen und -schwierigkeiten die Kommunikation fördert. Unterstützt werden diese Kontakte durch Gemeinschaftsflächen (kommunikative Orte), die sich in Einfamilienhausgebieten in Form von Plätzen als ideal erweisen. Eine Analyse der Nachbarschaftsstrukturen im Ahrberg-Viertel hat zudem gezeigt, dass entsprechend der Gemeinschaftsflächen in Einfamilienhausgebieten in Geschosswohnungsgebieten eine integrierte gastronomische Einrichtung für die Kontakthäufigkeit förderlich sein kann, zumindest dann, wenn, wie im vorliegenden Beispiel, die Wohnanlage einen ansonsten geschlossenen Charakter aufweist.

Auch wenn mehrfach in den Gebieten aufgrund der sozialen Kontakte und Kontrolle ein Vergleich zu dörflichen Strukturen betont wird, weisen die Neubaugebiete keine Parallelen zu diesen Nachbarschaften auf, denn Traditionen, Sitten und Rituale sind nicht vorhanden. Vielmehr sind die Nachbarschaften eher den suburbanen Formen zuzurechnen, da sowohl regelmäßig zwanglose Gespräche als auch intensive Kontakte wie gegenseitige Einladungen erfolgen. Dennoch bestehen auch Abweichungen in den Strukturen zum suburbanen Raum, denn MENZL (2007, S. 268, 285) berichtet dort von einem höheren Konfliktpotenzial der Nachbarn untereinander. Dies entsteht zum einen aus einem hohen Statusbewusstsein, zum anderen wird es durch eine gewisse Enttäuschung genährt, die aus unerfüllten Erwartungen an das Wohnen im eigenen Haus im Umland resultiert. So ist häufig mit einem solchen Umzug der Wunsch verbunden, ruhig und ungestört wohnen zu wollen, was dadurch begründet wird, dass die Bewohner teilweise annehmen, die räumliche und akustische Nähe zu Nachbarn mit dem Auszug aus einer städtischen Wohnung zurückzulassen. Anders ist es in der vorliegenden Studie, da hier nur sehr vereinzelt Hinweise darauf zu finden sind, dass die angrenzend wohnenden Nachbarn aufgrund nahräumlicher Faktoren als störend empfunden werden. So kann davon ausgegangen werden, dass im innenstadtnahen Bereich mit dem Umzug in ein Haus nicht die gleichen Erwartungen an das Wohnen einhergehen wie im suburbanen Raum. Hier scheinen die Bewohner den Nachbarn gegenüber toleranter zu sein und mit dem Umzug in ein (Reihen-)Haus in der Regel keine Aspekte zu verbinden, die hinsichtlich der akustischen Nähe von denen in Etagenwohnungen abweichen.

Auch architektonische Distinktionsversuche als Statuspositionierung scheinen in den Untersuchungsgebieten unerheblich zu sein, da sowohl das Haus als auch Anbauten wie Carport und Geräteschuppen einheitlich vom Bauträger gestaltet wurden und Abweichungen hiervon nicht möglich sind. Dennoch gibt es Rivalitäten, die sich mit Sicherheit auch in materiellen Statussymbolen wie Urlaubsreisen und Automarken äußern, doch wurden

diese in den Gesprächen nicht erkennbar. Vielmehr bestehen Parallelen zum suburbanen Raum bei Positionierungswünschen in Bezug auf den sozialen Kontaktkreis, da hiermit Anerkennung und Zugehörigkeitsgefühle einhergehen. Ähnlich wie im Umland gehört das Beachten von Normen zum Alltagsleben hinzu, da sich auch im innenstadtnahen Bereich die Nachbarschaften durch gewisse Erwartungshaltungen kennzeichnen. So sind das gegenseitige Grüßen und die Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten in vielen Einfamilienhäusern ebenso obligatorisch wie das Führen regelmäßiger zwangloser Gespräche, die aus Angst vor Statusverlust auch dann gehalten werden, wenn kein Interesse hieran besteht. Auch wenn Unterschiede zu suburbanen Gemeinden aufgezeigt werden können, so hat sich in vielen Einfamilienhausnachbarschaften ein Wohnen entwickelt, das eher dem in suburbanen Neubaugebieten gleicht als einen typischen städtischen Charakter aufweist. So ist in dieser Wohnform das Leben als städtisch-suburban zu bezeichnen, während in Mehrfamilienhäusern mehrheitlich der städtisch-anonyme Typus vorherrscht.

6.2 Soziales Umfeld und Aspekte der Alltagsintegration

Bei der Vorstellung der Untersuchungsgebiete in Kapitel 4.2.2 wurde aufgezeigt, dass die Neubaugebiete teilweise in sehr heterogen und ökonomisch schwach strukturierten Quartieren liegen. Eine Analyse des sozioökonomischen Hintergrundes der Untersuchungsgruppe hat gezeigt (vgl. Kapitel 5.1), dass in allen Neubaugebieten eine Bewohnerstruktur vorhanden ist, die nach bildungsrelevanten Merkmalen und hinsichtlich des Einkommens als wohlhabend klassifiziert werden kann. Deshalb könnte vermutet werden, dass die Realisierung von teilweise sehr großen Neubaugebieten in *deprived neighborhoods* die Segregation der Stadtteile im Vergleich zur gesamtstädtischen Ebene eingegrenzt hat. Eine Auswertung der Wanderungsmuster zeigt aber (vgl. Kapitel 5.2.1), dass die Mehrheit der Bewohner auch direkt zuvor in denselben Stadtteilen gewohnt hat, in denen die Neubaugebiete entstanden sind. Deshalb kann vermutet werden, dass sich die sozioökonomischen Strukturen der Stadtteile mit der Errichtung der Neubaugebiete insgesamt nur wenig verändert haben dürften. Anders ist es in kleinräumiger Perspektive, denn durch die Konzentration begüterter Bevölkerungsgruppen in den Untersuchungsgebieten hat sich eine neue Form der Segregation herausgebildet, bei der das Einkommen und der Immobilienmarkt ausschließende Faktoren sind. So hat sich vor allem in den westlichen Gebieten Hannovers eine zweifache Segregation herauskristallisiert, die zum einen dadurch gekennzeichnet ist, dass die Anteile an Migranten und Empfängern von Transferleistungen im Stadtteil deutlich über dem städtischen Mittel liegen (vgl. Abbildungen 26 und 27; Kapitel 4.2.2) und auch innerhalb der Stadtteile die Neubaugebiete segregierte Inseln gut gebildeter und einkommensstarker Deutscher bilden.

Obwohl ein Großteil der Bewohner aus dem gleichen Stadtteil in die Neubaugebiete gezogen ist, hat sich in der Phase der Errichtung des Ahrberg-Viertels in Linden-Süd und des Heisehofes in der Nordstadt gezeigt, dass die Wohngebiete von der ansässigen

Bevölkerung als eine Art „Fremdkörper“ in der Umgebung wahrgenommen wurden und die Anwohner ablehnend reagiert haben. Im Ahrberg-Viertel äußerten sich die Konflikte anfänglich in Form von Vandalismus und Einbrüchen, und im Heisehof bestanden die Probleme noch längere Zeit nach dem Einzug fort:

„**K. S.:** Sind euch Probleme oder Konflikte mit Alteingesessenen bekannt? Dass es kritisch gesehen wird, dass die Einfamilienhäuser entstanden sind? Vielleicht Verdrängungsängste?

Frau Bartels: Ja. Weniger Verdrängungsängste, sondern vielmehr, dass wir als neureich beschimpft werden. Dass Häuser mit Eiern beschmissen wurden, haben wir miterlebt. Von Leuten, die der Meinung sind, dass solche Häuser nicht in die Nordstadt gehören. Die mussten sich da auch erst einmal dran gewöhnen, oder vielmehr haben wir denen mitgeteilt, dass wir auch alles Nordstädter sind. Auf keinen Fall uns als neureiche Bonzen fühlen.

K. S.: Wie habt ihr darauf reagiert?

Frau Bartels: Überrascht. Weil wir auch gar nicht so genau wussten, warum. Wir haben die dann direkt angesprochen. Meistens waren das auch Familien mit Kindern, die man dann auch auf dem Spielplatz wieder getroffen hat und schließlich ins Gespräch gekommen ist. Das war in der Anfangsphase, und ich weiß, dass zwei Nachbarn immer noch damit kämpfen und deren Häuser noch immer mit Eiern beschmissen werden. Aber wir sind nicht mehr davon betroffen“ (Frau Bartels, 31 Jahre).

Wie Frau Bartels beschreibt, war es ihrer Familie und auch den Nachbarn anfangs unverständlich, dass Aggressionen gegenüber dem Wohngebiet geäußert wurden, da sie sich in ihrem Selbstverständnis sowohl dem Stadtteil als auch der dortigen Bewohnerschaft zugehörig fühlen. Wie das Zitat und der weitere Interviewverlauf zeigen, war es in diesem Fall möglich, die Abwehrhaltungen der umliegenden Anwohner in Konfrontationsgesprächen einzugrenzen und zu vermitteln, dass die Errichtung des Neubaugebietes nicht beinhaltet, dass die Nordstadt durch einen verstärkten Zuzug einkommensstarker Bevölkerungsgruppen ihren Charakter verliert, sondern ein Großteil der Bewohner dem Stadtteil entstammt. Die Ursachen für diese deutlichen Proteste sind vor allem in einer umfangreichen politischen und alternativen Szene in der Nordstadt zu sehen, die sich aufgrund der Universitätsnähe und einer größeren Punkerszene etablieren konnte (vgl. Kapitel 4.2.2).

Anwohnerproteste wären ebenfalls in dem gründerzeitlichen Stadtteil Linden-Mitte zu vermuten gewesen, in dem mit 67 Einfamilienhäusern ein sehr großes Neubaugebiet entstanden ist. Dennoch wurde in keinem Interview mit den Bewohnern, der Stadt oder dem Bauträger von Aktionen gegen das Gilde Carré berichtet. Als Einziges wird die Baugegestaltung in Form von Einfamilienhäusern in enger Nachbarschaft zu Altbauten und einer Großwohnsiedlung als kritisch bewertet.

Da viele der Bewohner nicht nur wegen der Wohnform in die Neubaugebiete gezogen sind, sondern sich zahlreiche Bewohner mit ihrem Umfeld verbunden fühlen, sind kritische Stimmen seitens der Interviewten gegenüber der weitläufigen Nachbarschaft eher die Ausnahme. Zahlenmäßig werden in den westlichen Stadtteilen Hannovers vor allem die sozialen Umfeldler der in Linden-Süd gelegenen Neubaugebiete von den Bewohnern negativ beurteilt, was sich damit verbindet, dass dort der Migrantenanteil mit 41,3 % am höchsten ist und auch die Armut am deutlichsten im Stadtteil sichtbar wird. 31,3 % der Bewohner sind Empfänger von Transferleistungen. Von den befragten Bewohnern wird dort vor allem der Alkoholkonsum als problematisch wahrgenommen, denn sowohl im Ahrberg-Viertel als auch im Deisterhof werden Aussagen getroffen, die den folgenden ähneln:

„Das ist hier schon realistischer [die Zusammensetzung der Sozialstruktur, K. S.], wobei ich aber auch sagen muss, wenn die Leute hier morgens um acht schon anfangen Alkohol zu trinken – also das widert mich manchmal auch schon an. Also das ist schon so, dass ich da auch sage, dass man sehr tolerant sein muss. Also sagen würde ich sowieso nichts, das ist klar, aber ich finde das schon ekelig“ (Frau Fischer, 37 Jahre).

Oder:

„(...) wo die Leute beisammen sitzen und dann nach hohem Alkoholgenuss ein wenig konfus reden. Die Nachbarn beschweren sich drüber nämlich auch, und viele sind deshalb wieder ausgezogen, weil das ein wirkliches Problem ist hier in Linden-Süd. Und das Ordnungsamt hat zwar auch ein Schild aufgehängt, das den Aufenthalt auf 7 bis 22 Uhr begrenzt, kann aber trotzdem nervig sein, ständig alkoholisierte Menschen zu sehen“ (Frau Rudolph, 39 Jahre).

Deutlich wird, dass sich die Kritikpunkte an der Wohnumgebung auf Alkoholiker begrenzen, so dass das Wohnen in einem gemischten Umfeld nicht per se als schwierig erachtet wird, sondern sich zumeist nur auf diese Personengruppe bezieht. Auch wenn von keinem der Interviewten die eigenen Kinder trotz definierter Einzugsbereiche seitens der Stadt die Grundschule in Linden-Süd besucht, wird es dennoch häufig als positiv gesehen, die Kinder in einem heterogenen Umfeld aufwachsen zu lassen (vgl. Kapitel 7.3.2), wie es auch das Zitat von Frau Fischer zeigt, die die Sozialstruktur als „realistischer“ im Vergleich zu homogenen Strukturen bewertet. Dennoch werden die Kinder aus Gründen der sozialen Zusammensetzung in der Grundschule in Linden-Mitte eingeschult, da hier der Migrantenanteil der Schüler nicht über 70 % beträgt und durch das nahe gelegene Neubaugebiet Gilde Carré von den Befragten angenommen wird, dass der soziale Hintergrund der Kinder gefestigter ist. Hierdurch wird das ambivalente Verhältnis deutlich, in dem sich die Bewohner der Neubaugebiete bewegen, denn einerseits möchten sie die Vorzüge zentral gelegener Stadtteile nutzen (vgl. Kapitel 7.2 bis 7.5), zum anderen erfolgt

auch eine Distinktion zu den umliegenden Nachbarschaften, in dem der eigene Status zum Beispiel dazu genutzt wird, bei der Stadt Ausnahmen im Schuleinzugsbereich zu erwirken.

Obwohl die sozialen Umfeld der Neubaugebiete im östlichen Stadtbereich als deutlich homogener zu bewerten sind, werden dort häufiger Ängste und Unsicherheiten gegenüber der weitläufigen Nachbarschaft geäußert. So wird beispielsweise der Wunsch nach Kameraüberwachung und Umzäunung genannt, um die Distinktion zu weniger privilegierten Stadtteilbewohnern räumlich sichtbar zu machen:

„Wir hatten ja auch schon ganz andere Pläne. Wir haben auch gesagt, weil es ja eigentlich ziemlich wertig ist – in der Türkei und der USA gibt es auch Gebiete mit einem Schlagbaum und Zaun drum herum. Dazu ein kleiner Dienst, ein Kiosk oder so, womit man das noch refinanzieren könnte. Weil wir ja auch keine Einkaufsmöglichkeiten haben“ (Frau Jäger, 45 Jahre).

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wird deutlich, dass vor allem die Angst vor Einbrüchen und dem Unbekannten Gründe dafür sind, ähnlich einer *Gated Community* wohnen zu wollen. Dieses ergänzend hat sich in Verbindung mit anderen Interviews gezeigt, dass das wichtige Element des Fremden im Konzept der Urbanität in den Neubaugebieten unterschiedlich wahrgenommen wird (vgl. Kapitel 3.1.2). So kann bei den Bewohnern der Neubaugebiete davon ausgegangen werden, dass es sich hinsichtlich der Heterogenität im Wohnumfeld um zwei verschiedene Personengruppen handelt: die urbanen und „rurbanen Stadtbewohner“. Zwar unterscheiden sich letztere nicht in ihren Lebensstilmerkmalen von dem urbanen Typus (vgl. Kapitel 5.3.3), doch zeigt sich, dass die Toleranz gegenüber anderen Menschen deutlich weniger ausgeprägt ist, als es in urbanen Verhaltensweisen üblich (und notwendig) ist. Das vom „ruralen“ (ländlich) entlehnte Wort rurban soll somit symbolisieren, dass Einstellungen gelebt werden, die nicht konform zum Städtischen sind.

„(...) ich mag auch den typischen Lindener nicht. Das ist einfach nicht meine Welt. Das sind so Neo-Ökos. So nenne ich die immer, und ich bin kein Neo-Öko. Ich bin ein Spieler. Wir passen einfach nicht zusammen. Ich fühle mich nicht so wohl, wenn jeder jeden sofort duzt und Röcke über Hosen getragen werden und man so alternativ ist“ (Frau Walter, 36 Jahre).

So ist es nicht verwunderlich, dass Personen mit eher „rurbanen Lebenseinstellungen“ vor allem in Neubaugebieten in wenig gemischten Stadtteilen wohnen (in Herrenhausen, Kleefeld, Südstadt und auch List) und es als angenehm empfinden, wenn die Nachbarschaft „wohl geordnet“ (Frau König, 41 Jahre) ist. Dabei beziehen sich die Distanzwünsche jedoch nicht ausschließlich auf Migranten, sondern hierzu gehören alle Personen-

gruppen, die in ihrem Verhalten und Status vom „Bildungsbürgertum“ abweichen, wie es das Zitat von Frau Walter belegt. In einer ähnlichen Art und Weise argumentiert auch Frau Braun (S. u.), die aus Linden-Süd in den Lister Blick gezogen ist, um mit dem Erwerb von Eigentum, was zunächst an den Wohnstandort bindet, die Risiken zu mindern, die eine heterogene Nachbarschaft beinhaltet:

„Und gerade wenn man Eigentum hat, ist man schon ganz froh, wenn die Leute ein ähnliches Wertesystem haben wie man selber. Und bei Leuten aus der gleichen sozialen Schicht vermutet man das quasi eher, als wenn das so ganz bunt zusammengewürfelt ist“ (Frau Braun, 29 Jahre).

Trotz (oder aufgrund) der Differenz nach urbanen und weniger urbanen Verhaltensweisen (vgl. hierzu auch Kapitel 7.3.2), die, wie aufgezeigt, in jeweils unterschiedlichen Wohnstandorten dominieren, zeigt die Fragebogenauswertung, dass die meisten Bewohner gut in das Alltagsleben der Stadtteile integriert sind und für ihre Bedarfe die Strukturen vor Ort nutzen – sofern diese vorhanden sind. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Begriff des Stadtteils als problematisch angesehen werden muss, da nicht bei allen Befragten davon ausgegangen werden kann, dass sie die amtlichen Abgrenzungen kennen. Dennoch ist der Begriff ein Anzeichen dafür, inwiefern die befragten Personen das Umfeld ihres Wohngebietes für alltägliche Handlungen nutzen. So kaufen beispielsweise 74,3% der Bewohner überwiegend im selben Stadtteil ihre Lebensmittel ein, 50% suchen dort den Allgemeinmediziner auf und 83% gehen in ihrem Stadtteil spazieren (vgl.

Tab. 28: Nutzung der Infrastruktur in unterschiedlichen Räumen (in Prozent)

Art der Aktivität	Im selben Stadtteil	Nachbarstadtteil	Anderer Stadtteil	Außerhalb Hannovers	Mache ich nicht
Einkaufen	74,3	19,3	5,3	0,6	0,6
Allgemeinmediziner aufsuchen	50,9	19,2	22,7	2,6	4,7
Café, Kneipe besuchen	41,2	26,3	26	0,9	5,7
Bürgerveranstaltungen besuchen	16,1	4,7	8,5	1,2	69,6
Freunde, Bekannte besuchen	41,5	17,7	32,5	6,1	2,3
Plätze zum Verweilen aufsuchen	49,1	11,7	12	1,8	25,5
Spazieren gehen	83	7,3	4,6	1,2	4
n = 311 bis 344	Abweichungen von 100 % sind durch Rundungsfehler bedingt.				

Quelle: Eigene Erhebung 2007

Tabelle 28), welches Kriterien sind, anhand derer die Alltagseinbindung in Stadtteile analysiert werden kann (MANDERSCHIED 2004, S. 210). Ebenso haben 41,5 % der Befragten ihre Freunde und Bekannte im selben Stadtteil wohnen, so dass insgesamt aus sozialer Perspektive von einer hohen Bindung an das Quartier ausgegangen werden kann. Zudem haben viele befragte Personen in den Interviews angegeben, sich in ihrer Umgebung heimisch zu fühlen, woraus auf eine Identifikation mit dem Umfeld geschlossen werden kann. Zwar suchen nur 16,1% der befragten Bewohner Bürgerveranstaltungen im selben Stadtteil auf, doch zeigen die deutlich geringeren Werte in den anderen räumlichen Kategorien und der hohe Anteil derer, die diesbezüglich keine Interessen haben, dass auch im stadtteilpolitischen Engagement die höchste Bindung zum eigenen Stadtteil besteht. Ergänzend arbeiten 17,2% der Bewohner im selben Stadtteil, von denen 61,1% *home office* betreiben, also von zu Hause aus arbeiten. 60,2% arbeiten in einem anderen Stadtteil und 12,6% außerhalb Hannovers.

6.3 Wohnzufriedenheit

Die Darstellung der Nachbarschaftsbeziehungen in den Neubaugebieten hat gezeigt, dass die Interviewten der nachbarschaftlichen Nähe eine hohe Toleranz einräumen und auch akustische Geräusche weniger störend empfinden, als es beispielsweise MENZL (2007, S. 268) in einer Studie zur Nachbarlichkeit im suburbanen Raum herausgefunden hat (vgl. Kapitel 6.1.2). Diesem Ergebnis entspricht, dass 70,7% der befragten Haushalte es trotz einer sehr dichten Bebauung der Neubaugebiete in Form von Mehrgeschosswohnungen und Reihenhäusern für sehr oder eher gut möglich halten, eine eigene Privatsphäre durch Sicht- und Hörschutz gegenüber den Nachbarn zu erzielen. Dies beinhaltet, dass zum einen Rücksicht genommen wird, zum anderen die Erwartungen diesbezüglich an ein dicht bebautes Wohngebiet nicht zu hoch sind. Dennoch sind Unterschiede zwischen den Wohnformen auszumachen, denn deutlich weniger Bewohner von Wohnungen sehen sich in ihrer Privatsphäre eingeschränkt als Bewohner von Einfamilienhäusern (vgl. Tabelle 29). Trotzdem bewerten auch über zwei Drittel der Bewohner von Einfamilienhäusern diesen Aspekt positiv.

Tabelle 29 ist ebenso zu entnehmen, dass die Zufriedenheit mit den Wohngebieten nicht nur in Bezug auf mögliche Einschränkungen durch die Nachbarn hoch ist, sondern sie insgesamt als sehr gut zu bewerten ist. So geben jeweils 96% der Bewohner von Wohnungen und Einfamilienhäusern an, den optimalen Wohnraum für sich gefunden zu haben, was vermuten lässt, dass eine zukünftige Fluktuation in den Untersuchungsgebieten sowohl in den Eigentums- als auch Mietimmobilien gering sein wird. Zu erklären ist diese Zufriedenheit zum einen durch die Wohnungsgröße, bei der jeweils über 90% der Befragten angeben, dass ihnen ausreichend Fläche zur Verfügung steht. Zum anderen empfinden ähnlich viele Personen die Architektur als ansprechend sowie die eigenen privaten Freiräume als ausreichend groß. Diese positive Bewertung der Wohnsituation hat

Tab. 29: Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten der Neubaugebiete (in Prozent)

Wohnform	Zu bewertende Aspekte	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft gar nicht zu
Wohnung	Optimaler Wohnraum	60,2	36,3	2,3	1,2
	Kinderfreundliches Gebiet	17,4	43,9	26,5	12,3
	Ansprechendes Wohnumfeld	54,1	38,8	5,3	1,8
	Gute Parkplatzlösung	45	24,3	16	14,8
	Ausreichend große Wohnfläche	52,3	39,5	8,1	-
	Beteiligung bei Grundrissgestaltung Wohnfläche	12,7	12,7	6,1	68,5
	Ausreichend große eigene Freiräume (Balkon/Terrasse/Garten)	52,7	37,9	8,3	1,2
	Ansprechende Architektur	45,6	46,2	6,4	1,8
	Privatsphäre gegenüber Nachbarn gut möglich	36,4	35,8	23,1	4,6
	Gutes Image des Gebietes	58,1	35,5	4,7	1,7
	Haus	Optimaler Wohnraum	61,4	35	3,5
Kinderfreundliches Gebiet		40,4	48,9	9,9	0,7
Ansprechendes Wohnumfeld		35	46,2	16,8	2,1
Gute Parkplatzlösung		19,1	31,9	32,6	16,3
Ausreichend große Wohnfläche		55,9	37,8	5,6	0,7
Beteiligung bei Grundrissgestaltung Wohnfläche		39,4	22,5	13,4	24,6
Ausreichend große eigene Freiräume (Balkon/Terrasse/Garten)		44,1	44,8	9,8	1,4
Ansprechende Architektur		45,4	46,1	7,8	0,7
Privatsphäre gegenüber Nachbarn gut möglich		22,5	43	25,4	9,2
Gutes Image des Gebietes		42,6	51,8	5,7	-
Abweichungen von 100% sind durch Rundungsfehler bedingt. n Häuser = 139 bis 143, n Wohnungen = 155 bis 173.					

Quelle: Eigene Erhebung 2007

zur Folge, dass jeweils über 90% der befragten Personen das Außenimage des Wohngebietes als positiv ansehen, wobei sich in den Interviews allerdings zeigt, dass diese Meinung subjektiv gebildet ist oder den Kommentaren von Freunden und Bekannten

entstammt. Eine deutliche Differenz zwischen den Wohnformen ist vor allem hinsichtlich der Kinderfreundlichkeit der Wohngebiete zu sehen, denn nur 61,3% der Bewohner von Wohnungen, aber 89,4% der Bewohner von Einfamilienhäusern bewerten die Neubaugebiete als kindgerecht. Dies kann als eine Reflektion allgemeiner Wohnraumansprüche für und von Familien in Deutschland gesehen werden, denn wie der geringe Bewohneranteil von Familien in Wohnungen zeigt (vgl. Kapitel 5.1.2), gelten insbesondere Einfamilienhäuser als optimale Wohnform für Kinder, obwohl sowohl die Wohnungsgrößen als auch verkehrsberuhigte Wohnumfelder in Geschosswohnungsbaugebieten einen Zuzug mit Kindern ermöglichen würden. Entsprechend dieser Gestaltung werden die Wohnumfelder von Bewohnern in Mehrgeschosshäusern zu 92,9% als ansprechend bewertet, während nur 81,1% der Bewohner von Einfamilienhäusern diesem in gleicher Weise zustimmen. Begründet wird diese negativere Beurteilung in den Häusern damit, dass es beispielsweise im Lister Blick seitens der Stadt versäumt wurde, im Wohngebiet trotz seiner Größe Spielstraßen auszuweisen, weshalb dort, wie die Interviews zeigen, das Spielen in den Straßen teilweise als gefährlich empfunden wird. Eine gleiche Einschränkung besteht hinsichtlich der Schulwege, da Bewohner des Gilde Carrés anmerken, dass dort die Schulwegsicherungen in Form von Ampeln oder Zebrastreifen unzureichend ist. Als eher negativ wird sowohl von den Bewohnern von Mehrgeschosswohnungen als auch von Einfamilienhäusern die Parkplatzsituation bewertet, denn da jedem Haushalt in der Regel nur ein Stellplatz zugeordnet ist, jedoch trotz der innenstadtnahen Lage und verkehrsgünstigen Erschließung der Gebiete durch den ÖPNV teilweise zwei Autos in den Haushalten vorhanden sind, entstehen Engpässe (vgl. Kapitel 7.2.2).

Allgemein sind mit ihrer Wohnsituation 60,7% der Befragten sehr zufrieden und weitere 37,3% zufrieden. Das bedeutet, dass nur 2% aller befragten Bewohner eher nicht zufrieden oder unzufrieden mit ihrer Wohnstandortwahl sind, so dass auch hierdurch die Aussage gestützt werden kann, dass die Fluktuationsraten in den Wohngebieten als gering zu bewerten sind. Viele junge Interviewte haben sich sogar bereits darüber Gedanken gemacht, im Alter die Immobilie den veränderten Bedürfnissen durch einen Lift oder andere Umbauten anzupassen, und auch Bewohner von Mehrgeschosswohnungen haben gezielt darauf geachtet, mit dem Eigentumserwerb eine seniorenrechtliche Immobilie zu kaufen oder anzumieten:

„Diese Wohnanlage hat unten drin so einen Corner, wo später, wenn man mal weiterdenkt, ein Pflegedienst drin sitzen könnte. Dann haben wir in der gesamten Wohnanlage einen gewissen barrierefreien Standard. Noch nicht 100-prozentig. Da gibt es ja gewisse DIN-Normen, die erfüllen wir noch nicht ganz. Aber wir haben beispielsweise einen Aufzug, der auch für einen Liegendtransport geeignet ist. Das heißt, auch wenn man eingeschränkt beweglich ist, kann man diese Wohnung eigentlich recht lange nutzen. Auch wenn man ein Handicap hat. Das Einzige, was wir machen müssten, wäre die Bäder noch einmal umzugestalten. Aber das ist ein relativ kleiner Aufwand“ (Herr Lohse, 37 Jahre).

In Ergänzung zu den in Tabelle 29 genannten Bereichen wird als besonders positiv in allen Wohngebieten angemerkt, dass die Neubaugebiete in der Regel immer als ruhig empfunden werden, was bei vielen Interviewten die Assoziation eines „Ruhepols“ bewirkt. Verursacht wird dies durch eine häufige „Insellage“ der Wohngebiete, die entweder wie im Deisterhof und im Ahrberg-Viertel durch eine Hinterhoflage der Gebiete entsteht oder durch die Bebauungen wie im Heisehof und in der Gartenstadt Kleefeld durch eine Hufeisenform bewirkt wird (betrifft auch die Mehrgeschosswohnungsbauggebiete Vasati und Geibelhöfe, wobei dort die ruhigen Lagen nur einen (Groß-)Teil der Wohnungen betreffen). Andere Gebiete (Lister Blick, Gilde Carré) weisen eine gewisse Größe auf, so dass vor allem im Inneren dieser Gebiete bei den Bewohnern der Eindruck von Abgelegenheit erweckt wird. Noch deutlicher wird dieser Eindruck im Modern Art und Pelikanviertel, die teilweise oder ganz ummauert oder abgeschlossen sind (in Ansätzen auch das Gilde Carré).

„Jeden Tag, wenn ich nach Hause komme und durch diesen Bogen zu unserer Wohnung gehe, dann ist das wie hermetisch abgeriegelt. Dann kommt kein Lärm oder Gestank vom Deisterkreisel herein, keine zahllosen Menschen. Da ist das irgendwie wie so ein kleiner Kosmos, und das gefällt mir gut. Das ist auch wichtig für mich. Zum Beispiel direkt hier in der Charlottenstraße zu wohnen kann ich mir nicht vorstellen“ (Frau Rudolph, 39 Jahre).

Oder:

„(...) wenn man draufkommt auf die Anlage, dann ist das schon echt eine Erholung“ (Frau Hertwig, 29 Jahre).

Vor allem im zweiten Zitat wird die Bedeutung ersichtlich, die eine Insellage der Gebiete für die Bewohner einnimmt, denn obwohl von den meisten Lebendigkeit und Vielfalt in der Stadt als ein Motiv der städtischen Wohnstandortwahl genannt werden, ist für die Bewohner umso wichtiger, ein ruhiges Zuhause vorzufinden, wo sie sich am Feierabend erholen können. Das bedeutet, dass in Ergänzung zu den suburbanen Nachbarschaften (vgl. Kapitel 6.1.2) auch der Zweck des Wohngebietes in der Stadt dem suburbanen Raum gleicht (MENZL 2007, S. 330 ff.). Denn dieser wird von fast allen Interviewten in seiner Bedeutung als „Rückzugsort“ vom städtischen Leben wahrgenommen, wofür Ruhe und das Gefühl einer Abgeschlossenheit von großer Bedeutung sind.

Mit dem Rückzugscharakter geht einher, dass in den Einfamilienhausgebieten das städtische Wohnen von Familien als vergleichsweise unproblematisch bewertet wird, da durch die Hufeisenbebauung und die Größe der Gebiete Wohnumfelder entstanden sind, die für Kinder das Spielen auf der Straße ermöglichen und ihnen erlauben, sich gegenseitig im Neubaugebiet ohne Aufsicht zu besuchen. Zwar wird es als negativ angesehen,

dass der Verkehr den Kindern in jungen Jahren nicht ermöglicht, alleine zur Schule zu gehen, doch ist dies ein Aspekt, der auch im Umland häufig nicht erfüllt wird, so dass auch dort die Eltern die Kinder zur Schule begleiten müssen. Dennoch ist der städtische Verkehr ein Argument, das Eltern als Einschränkung für das Wohnen in den Neubaugebieten erachten. Defizite beim Spielen im Grünen werden hingegen weniger wahrgenommen, denn hier wird überwiegend die Meinung vertreten, dass sich auch im städtischen Raum Möglichkeiten ergeben, die Phantasie der Kinder anzuregen. In Verbindung mit weiteren Aspekten führt dies dazu, dass das Wohnen in der Stadt für Kinder im Vergleich zu suburbanen oder ländlichen Wohnstandorten nicht als langweilig empfunden wird, sondern Nachteile beim Spielen durch andere Vorteile aufgewogen werden, wie folgende Zitate zeigen (vgl. Kapitel 7.2 bis 7.5):

„**Frau Köcher:** Bei mir war es eher so, ich bin auch in einem Neubaugebiet [im Umland, K. S.] aufgewachsen. Das war nicht so wie in der Stadt, sondern das waren eher allein stehende Häuser. Und da ist es auch so gewesen, dass da ganz viele Kinder in meinem Alter waren. Da sehe ich hier jetzt nicht so den Unterschied. Das erinnert mich dann eher daran, dass hier auch alle Kinder in einem Alter sind. Und ich habe früher auch viel auf der Straße gespielt, und das machen die Kinder hier auch.

Herr Hain: Ich finde das hier für Kinder schon ideal. Du hast genug Spielkameraden in deinem Alter, du hast andere Mütter, die sich vielleicht auch mal um die Kinder kümmern, du hast auch genug Möglichkeiten. Gerade mit den Bädern. Freibad- und Hallenbad, dann ist da hinten ja noch das Tanzstudio, der Zoo, Kindergärten und auch Schulen ohne Ende. Ich glaube schon, dass das hier für Kinder gut ist.

Frau Köcher: Ideal. Zentral, aber trotzdem nicht so typisch Stadt.“ (Frau Köcher, 29 Jahre; Herr Hain, 36 Jahre)

Oder:

„Gut, es ist vielleicht eine Einschränkung, weil man seine Kinder nicht in den Garten zum Spielen schicken kann, aber das gibt sich auch. Unsere beiden Jungs sind vier und sieben, und die gehen mittlerweile alleine nach draußen auf den Grünstreifen hinter dem Haus. Dort gibt es zwei Spielplätze und ein wildes Grundstück, und da fangen die jetzt an, Baumhäuser zu bauen. Da gehen die auch ganz alleine hin. Das ist schon schön. So ein kleines Stück Wildnis“ (Herr Lohse, 37 Jahre).

Als eine positive Besonderheit wird von den Bewohnern des Vasati-Gebietes das dortige Concierge-System bewertet, das als eine große Hilfe in Bezug auf Alltäglichkeiten verstanden wird. Gegen ein Trinkgeld können die Bewohner Dienstleistungen beanspruchen, die sich neben dem Annehmen von Postpaketen und Getränkelieferungen auch darauf beziehen, dass der Concierge unter anderem für die Bewohner Termine mit haushaltsnahen Dienstleistungsunternehmen wie Fensterputzern vereinbart, Blumen während der

Urlaubszeit gießt und beispielsweise Briefmarken verkauft. Gleichfalls ist der Concierge für Ordnung im Wohngebiet zuständig und organisiert die Vermietung der zum Wohngebiet gehörenden Gästewohnung. Da alle Bewohner gleichermaßen die Wohnung für Besuche nutzen können, bedeutet dies, dass sie keine eigenen Gästezimmer in den Wohnungen vorhalten müssen, was von den Interviewten als sehr vorteilhaft empfunden wird. Als weniger relevant wird hingegen das energetische Vasati-Konzept (vgl. Kapitel 4.2.2) bewertet, da 42,2% der Befragten im Fragebogen angeben, dieses für nicht bedeutsam bei der Wohnstandortsuche erachtet zu haben. Ausschlaggebender waren die Ausgestaltung der Wohnräume und des Umfeldes, das in diesem Gebiet Besonderheiten wie einen Bambusgarten und Wasserflächen aufweist.

Das Sicherheitsgefühl, das im Vasati durch den Concierge und eine Kameraüberwachung der Eingangsbereiche vermittelt wird, basiert im Lister Yachthafen auf einem automatischen Abschließen der Eingangstür, sobald diese geöffnet und wieder geschlossen wird. Von innen sind die Eingangsbereiche zwar zu jeder Zeit zu öffnen, doch verringert die selbstständige Türverriegelung in Kombination mit einer nächtlichen Beleuchtung der gesamten Anlage die Angst vor Einbrüchen. Aber nicht nur in diesen beiden Gebieten wird der Sicherheitsaspekt thematisiert, auch in anderen Wohnlagen werden videoüberwachte Eingangsbereiche als positiv angesehen oder der Wunsch geäußert, entsprechende Vorrichtungen zu installieren. Wie bereits in Kapitel 6.2 aufgezeigt wurde, beziehen sich die Unsicherheitsgefühle vor allem auf die in relativ homogenen Nachbarschaften gelegenen Untersuchungsgebiete im östlichen Bereich Hannovers.

Tabelle 29 zeigt, dass 91% der Bewohner mit der Architektur ihres Wohngebietes sehr zufrieden oder zufrieden sind, was zum einen die Gestaltung der Häuser betrifft, sich zum anderen vor allem aber auf die architektonische Homogenität der Einfamilienhaus-siedlungen bezieht, wie die Interviews gezeigt haben. Obwohl alles „aus einem Guss“ ist und eine Bewohnerin im Gilde Carré angibt, schon häufiger zur falschen Eingangstür gegangen zu sein, wird von allen Interviewten angegeben, dass die Homogenität in einer dicht bebauten Umgebung als vorteilhaft und schön empfunden wird, wie folgende Zitate beispielhaft zeigen (zu beachten ist, dass diejenigen, die sich hiermit nicht identifizieren können, wahrscheinlich nicht in die Gebiete gezogen sind):

„Gerade weil man hier sehr eng aufeinander wohnt, hat diese Einheitlichkeit etwas Beruhigendes. Das sagen mir auch Kollegen, die in so Neubaugebiete ziehen, wo es keine einheitlichen Bauvorgaben gibt. Die sagen, dass es ein bisschen einheitlicher doch ganz gut wäre. Wenn es kunterbunt wäre, fände ich das ein bisschen schwierig, weil man eben sehr dicht beieinander wohnt. Das wirkt unruhig und würde auch mich unruhig machen“ (Frau Arnold, 47 Jahre).

Oder:

„(...) und was hier auch schön ist und was für mich sehr wichtig und ausschlaggebend war, dass niemand hier individuelle Zäunchen und Türchen und Briefkästen und so weiter anbringen kann. Das schreckt mich in diesen Neubaugebieten außerhalb der Stadt ganz entschieden ab. Jägerzaun neben Friesenzaun, und dann noch der Westernzaun. Und die Butzenscheiben und so. Tausend Farben, tausend Muster. So möchte ich nicht wohnen. Jeder soll natürlich so wohnen, wie er es gerne möchte, aber ich möchte so nicht wohnen“ (Frau Walter, 36 Jahre).

Trotz der positiven Bewertungen und der hohen Zufriedenheit geben 16,3% der Befragten an, bereits ernsthaft an einen Umzug gedacht zu haben. Die Hauptgründe können bei älteren Personengruppen darin gesehen werden, dass mit zunehmenden Alter von einem Teil der Bewohner ein Umzug in eine seniorengerechte Wohnung notwendig erscheint oder ein Umzug in eine Seniorenwohnanlage einen Fortzug bedingt. Bei jüngeren Bewohnergruppen werden vor allem berufliche Positionswechsel und Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung seit dem Zuzug in die Neubaugebiete als Umzugsgründe angegeben. Aber auch Ausstattungsdefizite im Wohnumfeld können langfristig zu einer ansteigenden Unzufriedenheit im Wohngebiet führen, so dass die mehrfach als Mängel empfundenen Aspekte wie folgt zusammengefasst werden können: Zu den Ausstattungsdefiziten gehören vor allem fehlende Einkaufsmöglichkeiten, denn auch wenn diese vorhanden sind, so fehlt den Bewohnern in den westlichen Stadtteilen häufig die Gelegenheit, höherwertige Produkte im Umfeld einkaufen zu können. Sind diese in den östlichen Stadtteilen noch häufiger vorzufinden, so ist dort das Hauptdefizit in fehlenden gastronomischen Einrichtungen zu sehen, in denen sich die Bewohner mit Freunden und Bekannten treffen oder speisen gehen können. Weniger raumspezifisch werden fehlende Schwimmbadmöglichkeiten (auch mit Wellnessausstattung) und Betreuungsplätze für Kinder im Krippenalter angesehen, wobei letzteres vor allem auf die hohe Erwerbsbeteiligung von Müttern zurückzuführen ist (vgl. Kapitel 5.1.3).

Die Zielgebiete der möglichen Umzüge zeigen (Mehrfachantworten möglich), dass sich 18,8% der Befragten vorstellen können, an den Stadtrand, 15,9% in eine Umlandgemeinde Hannovers und 7,2% an den Stadtrand einer anderen Großstadt zu ziehen. Diese Antworten stehen zumeist mit einer Familiengründung in Verbindung, womit sich der Wunsch nach einem größeren privaten Garten verbindet. Im Vergleich zu denjenigen, die sich bei einem Umzug vorstellen können, aus dem innenstadtnahen Bereich fortzuziehen, geben 42% an, in einen anderen innenstadtnah gelegenen Stadtteil ziehen zu wollen. 33,3% würden auch innerhalb des gleichen Stadtteils nach neuem Wohnraum suchen und 14,5% können sich vorstellen, mit einem Wechsel der beruflichen Position in den innenstadtnahen Bereich einer anderen Großstadt zu ziehen. Nur 1,4% geben an, auch einen Umzug in eine mittelgroße Stadt und 2,9% in eine Kleinstadt oder ein Dorf außerhalb des

Hannoveraner Umlandes in Erwägung zu ziehen. Das bedeutet, dass von den 16,3% aller Befragten, die bereits ernsthaft über einen Umzug nachgedacht haben, nur eine Minderheit einen kernstadtfernen Wohnstandort in Deutschland als interessant bewertet. 30,4% erwägen einen Umzug in das Ausland, wobei das Alter dieser Befragten dafür spricht, dass es sich hier überwiegend um Personen handelt, die sich vorstellen können, ihre Ruhestandsphase im Ausland zu verbringen.

7 Die Motive der städtischen Wohnstandortwahl

7.1 Einflussfaktoren einer Wohnstandortwahl

Bevor in Kapitel 7.2 auf die Motive der Wohnstandortwahl eingegangen wird, sollen nachfolgend allgemeine Erklärungsmuster aufgezeigt werden, nach denen Haushalte die Entscheidung für einen Umzug treffen. Die Notwendigkeit hierfür wird darin gesehen, dass in den Interviews zwar nach den Motiven für die kernstadtnahe Wohnstandortentscheidung gefragt wurde, jedoch die Anlässe, die einen Haushalt zu einem Umzug bewegen haben, zumeist unberücksichtigt blieben. So sind zu diesem Thema zumeist nur Schlussfolgerungen aus dem allgemeinen Kontext der Gespräche möglich, doch da die Entscheidung für einen Umzug vor der Wohnstandortsuche getroffen wird, ist Kapitel 7.1.1 Rahmen bildend für die Motivanalyse der Wohnstandortwahl.

In Ergänzung werden in Kapitel 7.1.2 theoretische Einflussfaktoren der Wohnstandortsuche vorgestellt, in die die empirisch erhobenen Motive der Wohnstandortwahl der Untersuchungsgruppe eingeordnet werden (vgl. Kapitel 7.5).

7.1.1 Umzugsanlässe

Aufbauend auf den Überlegungen von ROSSI (1980 [1955]), dessen Werk „Why families move“ als „richtungweisend“ für Umzugsmotivanalysen angesehen werden kann (KECSKES 1994, S. 129), wurden bis heute zahlreiche weitere Arbeiten zu Umzugs- und Wohnstandortentscheidungen verfasst. Entscheidet sich ein Haushalt für einen Wohnstandortwechsel, so ist dieser Entschluss in der Regel an eine Vielzahl von Einflussfaktoren gebunden, die subjektiv einen bestimmten Wohnstandort als optimal erscheinen lassen (KIM et al. 2005, S. 1621). Bevor ein Haushalt jedoch den Beschluss fasst, umzuziehen (und es ihm finanziell möglich ist, den Wohnstandort zu wechseln), muss er eine Diskrepanz zwischen seinen Wohnansprüchen und Gegebenheiten erkennen, die sich nicht beheben lassen (KECSKES 1994, S. 131). Nach ROSSI (1980, S. 183 ff.) sind die entscheidenden Faktoren für Umzüge insbesondere in einem sich wandelnden Wohnumfeld (z. B. in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung) und in einer Veränderung der Haushaltsgröße zu sehen, was CLARK und ONAKA (1983, S. 50) durch weitere Ursachen ergänzen (vgl. Abbildung 42).

Abbildung 42 ist zu entnehmen, dass CLARK und ONAKA in ihrer Schematisierung die freiwilligen Umzüge in zwei Unterkategorien gliedern, wobei die Autoren anmerken, dass sowohl ein Arbeitsplatzwechsel als auch Veränderungen im Lebenszyklus nicht unabweichlich einen Umzug bewirken (CLARK & ONAKA 1983, S. 49). So können diese beiden Faktoren ebenfalls unter *adjustment* gefasst werden, zumal zu dieser Kategorie auch der allgemeine Wunsch nach einer Anpassung der Wohnungsgröße an veränderte Ansprüche zählt. Dennoch ordnen sie diese Aspekte den induzierten Umzugsmotiven zu,

da sowohl eine zu große Distanz zum neuen Arbeitsplatz als auch eine zu kleine oder zu große Wohnung aufgrund einer veränderten Haushaltszusammensetzung einen Umzug herbeiführen können. Trotz dieser Unstimmigkeiten soll das Schaubild an dieser Stelle dazu dienen, Umzugsanlässe zusammenfassend darzustellen, da es aufgrund der Vielzahl an Stressoren (BROWN & MOORE 1971, S. 201) auch noch aktuell die hauptsächlichen Umzugsgründe aufzeigt.

Auch wenn die einen Umzug auslösenden Ursachen in der vorliegenden Studie nicht vertiefend erhoben wurden, kann den Interviews entnommen werden, dass sich häufig mit dem Umzug in ein Einfamilienhaus ein zuvor bestehender Wunsch nach Eigentumserwerb verbindet. Deshalb kann gemutmaßt werden, dass, sofern die Häuser und deren Veräußerung in den Untersuchungsgebieten nicht realisiert worden wären, ein Großteil der Bewohner an einen anderen Wohnstandort gezogen wäre, wo der Immobilienerwerb

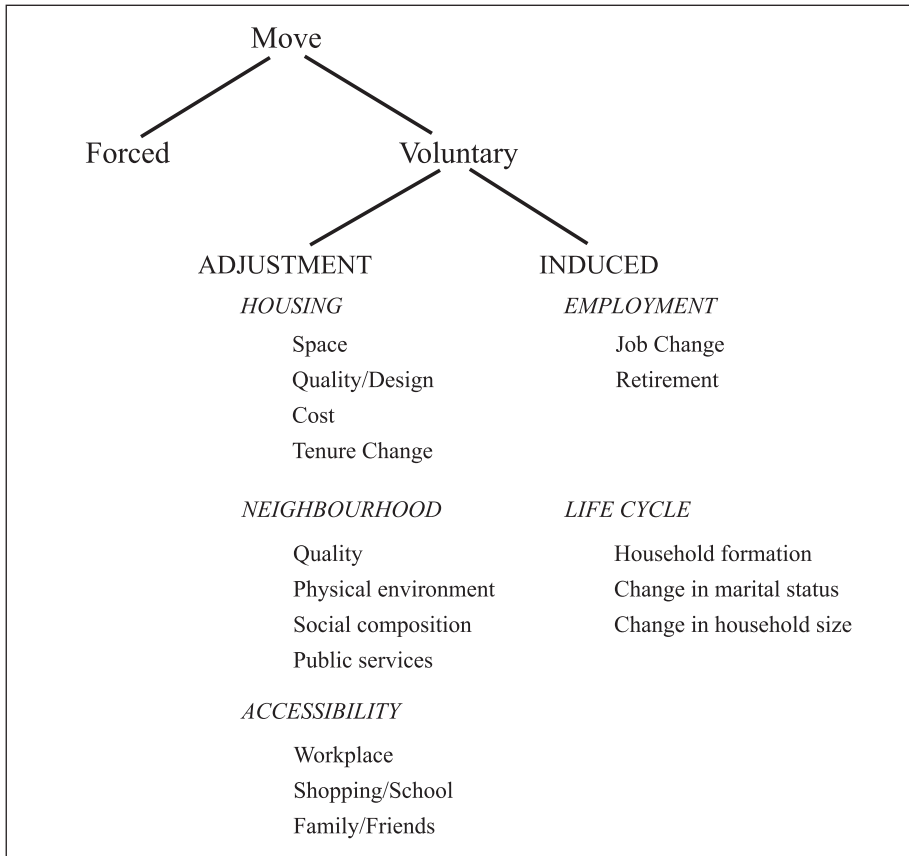


Abb. 42: Mögliche Ursachen für den Wohnstandortwechsel von Haushalten
Quelle: CLARK & ONAKA (1983, S. 50)

in Form eines Hauses möglich gewesen wäre (vgl. Kapitel 5.2.2). Gleiches gilt für einen Teil der Bewohner von Wohnungen, die angeben, mit der Eigentumsbildung einen Beitrag zu ihrer Alterssicherung leisten zu wollen. So können an dieser Stelle die Ergebnisse von CLARK et al. (1984, S. 32) belegt werden, die den Wunsch nach Eigentumserwerb als einen entscheidenden Initialfaktor bei einer Umzugsentscheidung ansehen.

Ebenso haben mehrfach ältere Interviewte angegeben, die eigene Familie als einen Umzugsgrund anzusehen, da die Kinder in Hannover wohnen und sie den Wunsch hatten, diesen räumlich näher zu sein. Deshalb wurden Wohnstandorte im Umland oder in anderen Gemeinden aufgegeben, zumal dort häufig seit dem Auszug der Kinder die Wohnfläche als zu groß empfunden wurde (*empty nest*). So stellt in der vorliegenden Untersuchung auch eine Anpassung der Wohnungsgröße an die veränderte Haushaltszusammensetzung ein Umzugsmotiv dar. Ein Ehepaar berichtet zudem davon, dass sich das Umfeld ihrer alten Wohnumgebung mit den Jahren immer mehr verändert hat, da sowohl die Freunde und Bekannten fortgezogen sind als auch eine nach sozioökonomischen Kriterien anders strukturierte Bevölkerungsgruppe in die frei gewordenen Wohnungen nachgezogen ist. So geben die Hillers an (s. u.), sich in ihrer alten Wohnumgebung in einer Stadtrandgemeinde Hannovers mit der Zeit immer unwohler gefühlt zu haben. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Interviews zahlreiche Umzugsursachen aus Abbildung 42 widerspiegeln und die Gründe der befragten Bewohner bestehende Annahmen belegen.

„Da ist der Dorfteich und das ist dort sehr schön. Aber es ist ein Wohnghetto geworden und entsprechend passiert dort auch etwas. Übergriffe von Jugendlichen auf Erwachsene (...). Und das Publikum hat sich sehr verändert. Es sind sehr viele junge Leute hergezogen und die alten weg. Aus unserem Bekanntenkreis waren wir die Einzigen, die übrig geblieben sind“ (Herr Hiller, 63 Jahre).

7.1.2 Wohnstandortsuche

Umzugsanlässe (Stressoren) werden von verschiedenen Haushalten unterschiedlich deutlich wahrgenommen, so dass je nach Haushalt verschiedene Toleranzbereiche vorliegen, die einen Umzug auslösen. Hat sich ein Haushalt zu einem Umzug entschieden, so folgt auf den Umzugswunsch die zweite Phase im Prozess der Wohnstandortveränderung: die eigentliche Suche nach einer neuen Immobilie und einem geeigneten Wohnstandort (BROWN & MOORE 1971, S. 201 ff.). Bedingt wird dieses Suchverfahren durch individuelle oder haushaltsbezogene Präferenzen, die aus einer Vielzahl an Abwägungsprozessen und Einflussfaktoren bestimmt werden. Hauptdeterminante der Entscheidung sind die finanziellen Ressourcen eines Haushaltes (FEIJTEN et al. 2008, S. 143), die bei der Untersuchungsgruppe zumeist als gut einzustufen sind. Damit ist der Wohnstandort „(...) a spatial choice, it is subject to spatial preferences, resources and restrictions“ (FEIJTEN et al. 2008, S. 144).

Aufbauend auf den Kriterien, die im Zusammenhang mit dem von ROSSI benannten Lebenszyklus (Anpassung der Wohnfläche) und einem möglichen Wunsch nach einer Veränderung der Besitzverhältnisse stehen (CLARK et al. 1984, S. 32), beziehen sich viele Studien zu Wohnstandortveränderungen auf ökonomische Kriterien, die den Handelnden als rational denkend betrachten (ÆRØ 2006, S. 109). In diesem Sinn wurden verschiedene ökonomische Theorieansätze entwickelt (vgl. hierzu z. B. BALCHIN et al. 1995), von denen eine Kombination aus Erreichbarkeit und Raum zentral an Beachtung gewonnen hat. Es wird angenommen, dass einkommensstärkere Haushalte aufgrund besserer Umweltbedingungen und günstigerer Bodenmärkte zum Suburbanisieren tendieren, wo sie trotz höherer Transportkosten ihre Wohnbedarfe erfüllen können und einen Wohnstandort in einer für sie akzeptablen Distanz zum Zentrum finden. Aus diesem Blickwinkel sind Phänomene wie Gentrification und die innenstadtnahe Wohnstandortwahl von einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen in Einfamilienhäusern nur eingeschränkt zu erklären, denn durch das Stützen des theoretischen Ansatzes auf die Suburbanisierung werden andere Stadtentwicklungsprozesse nur indirekt berücksichtigt (HOANG HUU PHE & WAKELY 2000, S. 7 f.). Dennoch ist das Kriterium der Erreichbarkeit auch in der vorliegenden Studie ein zentrales Motiv der städtischen Wohnstandortwahl (vgl. Kapitel 7.2.1), da einige der interviewten Bewohner zum Beispiel angeben, autounabhängig leben zu wollen. Dies scheint für sie nur im innenstadtnahen Bereich umsetzbar zu sein (vgl. auch FUCHTE 2006, S. 63).

Ergänzt werden die ökonomisch orientierten Erklärungsmuster durch Ansätze, die dem Bereich der Lebensstile zuzuordnen sind, denn: „What gives status in one district might be regarded as poor taste or even worthless in another“ (ÆRØ 2006, S. 110). Über diesen Lifestyle-Ansatz kann erklärt werden, dass auch innenstadtnah gelegene Einfamilienhäuser in sehr heterogenen Umfeldern nachgefragt werden. Obwohl mit der klassischen Ausrichtung dieser Theorieansätze das suburbane Wohnen auf der Basis eines gleichen gemeinsamen sozioökonomischen Hintergrundes und eines geteilten Werte- und Normensystems der Bewohner erklärt wird (BELL 1968), sind diese Ansätze auf die vorliegende Studie übertragbar. Ebenso wie BELL homogene Strukturen als Wohnstandortkriterien benennt, können auch heterogene Strukturen als identitätsfördernd angesehen werden, wodurch sich vor allem die westlichen Stadtteile Hannovers auszeichnen. Aber auch dort hat die Untersuchung gezeigt, dass die Bewohner großteils eine hohe Identität mit ihrer Wohnumgebung haben. Wohnumfeldkriterien, wie sie MAZANTI (2007, S. 63 f.) als Zuzugsgründe von Familien in eine suburbane Gemeinde Kopenhagens identifizieren konnte, werden hier vor allem in den Neubaugebieten der östlichen Bereiche Hannovers genannt. Dazu gehören der Wunsch nach einer homogenen Nachbarschaft mit gemeinsamen Werten, Zielen und Einstellungen sowie Aspekte einer verkehrsberuhigten und kinderfreundlichen Wohnumgebung (sofern dies in einer städtischen Wohnumgebung möglich ist) (vgl. Kapitel 6.2).

Sowohl MAZANTI (2007, S. 57 ff.) als auch ÆRØ (2006, S. 113 f.) beziehen sich in ihren theoretischen Ausrichtungen zum lebensstilorientierten Erklärungsansatz auf das Habitus-Konzept nach BOURDIEU (vgl. Kapitel 2.2.2), womit unter anderem erklärt werden kann, wie Räume wahrgenommen werden. Eigene Erfahrungen, durch die der Habitus geformt wird, nehmen bei der Wohnstandortwahl eine Schlüsselfunktion ein. Hierdurch werden Räumen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, so dass eine hohe Korrelation zwischen Wohnerfahrungen und Wohnstandortentscheidungen besteht. Eine besondere Bedeutung wird dem Wohnstandort während der Sozialisationsphase, also der Kindheit, zugeschrieben. Empirische Untersuchungen zeigen, dass das Wohnen in bestimmten Räumen häufig mit Erfahrungen in dieser Lebensphase in Verbindung steht, die eine spätere Wohnstandortwahl zu Gunsten ähnlicher Räume wie denen der Kindheit bewirken (ÆRØ 2006, S. 124; MAZANTI, 2007, S. 63 f.). Analysen zur Wohnbiographie der befragten Personen haben in der vorliegenden Studie jedoch gezeigt (vgl. Kapitel 5.2.1), dass 42,1 % der Bewohner die überwiegende Zeit ihrer Kindheit in einer Umlandgemeinde Hannovers beziehungsweise in einer Kleinstadt oder einem Dorf aufgewachsen sind, so dass hier andere Faktoren die Raumwahrnehmung und den Entschluss des städtischen Wohnens geformt haben müssen. FEIJTEN et al. (2008, S. 144) sehen dies in allgemeineren Wohnerfahrungen begründet und konstatieren: „In general, people are attached to the places where they lived during periods in their life that are meaningful to them (...)“. Hierzu zählen beispielsweise Orte, in denen die eigenen Kinder großgezogen wurden oder wo die Befragten ihre Ausbildungszeit verbracht haben.

Im Rahmen dieser Wahrnehmung beziehen sich Haushalte bei ihrer Wohnstandortsuche sowohl auf objektiv verfügbare Informationen (z. B. aus Medien oder der Kommunikation mit Bekannten) als auch auf die eigene Bewertung von Räumen, wie sie subjektiv entsteht. Damit einzelne Räume in der Wahrnehmung als potenziell mögliche oder unattraktive Wohnstandorte gelten, ist es nach FEIJTEN et al. (2008, S. 144) nicht notwendig, dass Haushalte an diesen Orten zuvor Wohnerfahrungen gesammelt haben. So kann der *awareness-space*, der Raum, der die Bewertung von Wohnstandorten beschreibt, neben den subjektiven Erfahrungen und objektiven Informationen dadurch beeinflusst werden, dass bestimmte gesellschaftliche Standards als statushoch angesehen werden und diese unabhängig davon, ob sie ökonomisch realisierbar sind, bei vielen Bevölkerungsgruppen als erstrebenswert gelten. In der Regel zählen hierzu allein stehende Einfamilienhäuser außerhalb von dicht bebauten Gebieten. Diese stehen in einem Kontrast zu den Untersuchungsgebieten, da sich die Bewohner trotz eines zumeist finanzkräftigen Hintergrundes für einen dicht bebauten innenstadtnahen Wohnstandort entschieden haben. Deshalb liegt die Vermutung nahe, dass es Motive für das städtische Wohnen geben muss, die den Lifestyle-Ansatz ergänzen. Hierzu können die Faktoren des *activity-space* und *social-space* gezählt werden, die die Radien der Distanzen beschreiben, in denen Haushalte Alltagswege zurücklegen und innerhalb derer Freunde und Bekannte wohnen (FEIJTEN et al. 2008, S. 144). Sie konkretisieren den zuvor genannten Aspekt der Erreichbarkeit,

denn der Wunsch nach räumlicher Nähe zu Alltagszielen kann sowohl das Wohnen in den jeweiligen Neubaugebieten begründen (wenn z. B. ein Großteil des Freundeskreises in der Nähe wohnt) als auch ein allgemeines Motiv für das Wohnen in zentral gelegenen Stadtbereichen allgemein sein. Welches jedoch die konkreten Gründe dafür sind, dass Wohnstandorte in dicht errichteter Immobilienstruktur (Wohnungen und Reihenhäuser) und verdichteten Wohnumgebungen gewählt werden, wird in den nachfolgenden Kapiteln aufgezeigt.

7.2 Persönliches Zeitmanagement und Erreichbarkeit

Die Auswertung der individuellen Motive für die städtische Wohnstandortwahl anhand der Interviews mit den Bewohnern hat ergeben, dass in den Gesprächen häufig Vergleiche zu kleinstädtischen oder dörflichen Strukturen aufgezeigt werden. Obwohl die Gesprächspartner zumeist eigene Wohnerfahrungen in diesen Räumen gesammelt haben, werden neben den subjektiv geformten Meinungen auch solche in den Gesprächen geäußert, die Vorurteilen gleichen, da die Gesprächspartner zu keinem Zeitpunkt außerhalb einer Großstadt gewohnt haben. Hierdurch wird deutlich, dass, wie in Kapitel 7.1.2 beschrieben, Meinungen auch aus der Kommunikation mit anderen, Medienberichten oder allgemein verbreiteten gesellschaftlichen Ansichten resultieren und diese dazu beitragen, dass einzelne Wohnstandorte nicht positiv im *awareness-space* bei der Immobiliensuche wahrgenommen werden – sofern alternative Angebote vorhanden sind. Da die aus verfügbaren Informationen formulierten Wohnstandortvergleiche in der Regel denen eigener Erfahrungen ähneln, werden nachfolgend nur solche Zitate ausgewertet, bei denen ein tatsächlicher Vergleich durch eigene Wohnerfahrungen an unterschiedlichen Wohnstandorten gegeben ist. Trotzdem ist in den Interviews deutlich geworden, dass sich subjektive und objektive Meinungen zu unterschiedlichen Wohnstandorten gleichen und die wahrgenommenen Vor- und Nachteile bei der Wohnstandortentscheidung zumeist identisch sind. Bei der Betrachtung der Motive ist zu beachten, dass es sich hierbei nicht um eine abschließende Erhebung handelt, da es weitere Motive geben kann, die nicht in den Interviews genannt wurden.

Nach der Transkription und Auswertung der Interviews war es möglich, die benannten Motive zu gruppieren und mit einem zusammenfassenden Schlagwort zu versehen. Aus dieser Kategorisierung ergibt sich die Struktur von Kapitel 7.2, 7.3 und 7.4, wobei die Oberkapitel die jeweiligen Hauptkategorien (Zeitmanagement/Erreichbarkeit, urbane Vielfalt und urbanes Lebensgefühl) benennen und die Unterkapitel die spezifizierenden Motivkategorien aufzeigen. Die Auswahl der Kategorienamen erfolgte entsprechend der Interviewzitate. Die Ziele dieser Kategorisierung sind es, zum einen eine bessere Übersichtlichkeit der Motive zu gewähren, zum anderen ist es möglich, nach der Vorstellung der Motive in den einzelnen Unterkapiteln eine Gegenüberstellung in tabellarischer Form aufzuzeigen (vgl. Tabelle 30; Kapitel 7.5). Aufgrund dessen, dass vor der Erarbeitung der

zusammenführenden Tabelle eine detaillierte Auswertung der Kategorien erfolgt, können die Unterkategorien in Tabelle 30 noch weiter verschlagwortet werden.

Von den drei Hauptkategorien, nach denen die Motive der Wohnstandortwahl vorgestellt werden, kann die Erreichbarkeit in Form von kurzen Wegen als die bedeutendste Ursache für das innenstadtnahe Wohnen angesehen werden. Nach Altersgruppen lassen sich Unterschiede identifizieren, denn obwohl kurze Wege und Nahräumlichkeit von allen Befragten als bedeutsam erachtet werden, sind vor allem die Aspekte der Alltagsorganisation und Zeitersparnis Faktoren, die für jüngere Personengruppen Motive der Wohnstandortwahl sind.

7.2.1 Zentralität

Kurze Wege und Nahräumlichkeit

Der Hauptgrund für das innenstadtnahe Wohnen liegt bei allen Altersgruppen in der zentralen Lage der Wohngebiete, denn die Möglichkeit, über kurze Wege und eine kleinräumige Nutzungsmischung das Alltagsleben zu erleichtern, wird von den Gesprächspartnern als sehr positiv empfunden. Dadurch, dass die Neubaugebiete in bestehende Stadtteilstrukturen integriert wurden, bezieht sich der Aspekt der kurzen Wege zum einen auf das Wohnumfeld, in dem Alltagsbedarfe gedeckt werden können, zum anderen wird auch die Innenstadt Hannovers einbezogen, die häufig als ein Teilbereich des nahräumlichen Aktionsradius gesehen wird. So spricht zum Beispiel Herr Voller (43 Jahre) davon, dass die Innenstadt „quasi zum Stadtteilzentrum“ wird. Auch in anderen Interviews wird deutlich, dass die gute Erreichbarkeit des Zentrums die Alltagsgestaltung beeinflusst. So wird von mehreren befragten Bewohnern, zumeist älteren Personen, angegeben, Nachmittagsspaziergänge in die Innenstadt zu verlegen und das Einkaufen mit Freizeitgestaltungselementen, wie dem Besuch von Cafés und Bummeln, zu verbinden. Ebenso wird es als positiv bewertet, dass durch die Nähe zur Innenstadt die Möglichkeit besteht, ohne weite Distanzen überwinden zu müssen, periodische, aperiodische und andere spezielle Konsumgüter erwerben zu können:

„(...) auch wenn man plötzlich Lust hat, etwas anderes haben zu wollen. Dann fährt man eben schnell mal in die Stadt. Ich kaufe gerne bei Delikatessen-Max oder gehe zu Tidenhub und hole dort den Fisch. Dann ist da auch noch die Markthalle. Also diese ganze Reichhaltigkeit zur Strukturierung des Alltags. Auf die möchte ich nicht verzichten [Geschäftsnamen geändert, K. S.]“ (Frau Höfelmeier, 62 Jahre).

In dem Zitat von Frau Höfelmeier wird deutlich, dass die Vielfalt und Erreichbarkeit alltagspraktischer Bedarfe zu einem zentralen Inhalt des städtischen Wohnens werden, wobei es als eine Erleichterung angesehen wird, schnell und unkompliziert Bedürfnisse decken zu können. Neben der Erreichbarkeit von speziellen Einkaufsmöglichkeiten wird

in den Interviews ebenfalls altersunabhängig darauf verwiesen, dass es als wichtig empfunden wird, dass ein kurzer Weg zu Einrichtungen wie größeren Bibliotheken (Landes- und Universitätsbibliotheken) und Archiven besteht, so dass diese Infrastrukturelemente als bedeutsame Kriterien für die zentrale Wohnstandortwahl angesehen werden können. Sowohl in der Freizeit als auch beruflich werden diese Einrichtungen aufgesucht, wobei letzteres von Personen genannt wird, die gelegentlich oder regelmäßig von zu Hause aus arbeiten. Freizeitbedingt sind Bibliotheken vor allem für solche Bewohnergruppen eine wichtige Infrastrukturausstattung, die vor ihrer Pensionierung wissenschaftlich gearbeitet haben und diese auch nach dem Ruhestand regelmäßig aufsuchen möchten. Aber auch andere spezielle Einrichtungen, die nicht oder nur selten in kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden vorhanden sind, wie beispielsweise bestimmte Glaubensgemeinschaften, können zu einer Wohnstandortwahl im innenstadtnahen Raum führen, wie nachfolgendes Zitat zeigt:

„Wir haben hier unsere Gemeinde. (...). Das ist eine freie evangelische Gemeinde. Und da würden wir auch von außerhalb hingehen. Und dann müssten wir alle eben sonntagmorgens ins Auto steigen und dann hier einen Parkplatz suchen. Das war schon ein Argument“ (Frau Seiler, 37 Jahre).

Obwohl die von Frau Höfelmeier benannten kurzen Wege und die damit verbundene erleichterte „Strukturierung des Alltagslebens“ allgemein als positiv empfunden werden, gewinnen sie vor allem dann an Bedeutung, wenn die Gesprächspartner an zukünftige Lebensphasen in einem höheren Alter denken. So wird mehrfach in den Interviews betont, dass zwar schon heute die Nutzungsmischung in der Wohnumgebung als angenehm empfunden wird, doch haben sowohl ältere als auch jüngere Bewohnergruppen (diese vor allem bei dem Erwerb von Wohneigentum) darauf geachtet, durch die Nutzungsmischung im Wohnumfeld einen Aktionsradius vorzufinden, der gegebenenfalls mit eingeschränkter Mobilität bewältigt werden kann. Neben Einkaufsmöglichkeiten und einer guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zählt eine umfassende Gesundheitsinfrastruktur zu den wichtigen Ausstattungskriterien. Hierbei wird von den Befragten vor allem die Auswahl an Fachärzten und -kliniken im näheren oder weiteren Umfeld als bedeutsam angesehen, wobei angenommen wird, dass die Gesundheit in der Stadt im Vergleich zu kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden „eher gesichert“ (Frau Becke, 62 Jahre) werden kann. Da mit steigendem Alter und zunehmender körperlicher Einschränkung auch Wege aus dem Stadtrand zu Gesundheitsversorgungseinrichtungen als beschwerlich eingeschätzt werden, wird so die innenstadtnahe Wohnstandortwahl aus Gründen einer zu erwartenden eingeschränkten Mobilität bevorzugt.

„Ich komme auch schnell mal in ein Krankenhaus, wenn ich alt und gebrechlich bin. So etwas überlegt man sich ja auch, dass wenn man älter wird, hier ja zentral wohnt und

alle Ärzte, und alles was man so drum herum braucht, da sind. Das ist uns schon wichtig gewesen“ (Frau Lehmann, 34 Jahre).

Mit der innenstadtnahen Lage der Untersuchungsgebiete ist nicht nur die Nähe zu konsumorientierten oder gesundheitlich relevanten Infrastruktureinrichtungen verbunden, sondern ist auch eine gute Erreichbarkeit von Angeboten der Freizeitinfrastruktur gewährleistet. Diesbezüglich sehen es die Befragten als positiv, dass beispielsweise gastronomische Einrichtungen, Kinos und auch die AWD-Arena (Fußballstadion von Hannover 96) teilweise fußläufig erreicht werden können. Gleichzeitig vermuten viele der Interviewten, dass solche Angebote aufgrund der Nähe regelmäßiger wahrgenommen werden, als es von Wohnstandorten aus der Fall wäre, die weniger zentral liegen (vgl. aber auch Kapitel 7.4.1). Letzteres ist vor allem in Bezug auf Bühnenprogramme und Museen zu sehen, wie folgendes Zitat belegt:

„Natürlich kann man auf dem Land leben, man muss ja nicht jeden Tag in die Stadt. Aber abends ins Theater fahren–ehe man sich da aufrafft. Wenn man hier wohnt, dann sagt man ‚Ach, wir fahren mal eben‘. Oder ins Konzert. Die Hürde ist viel geringer. Man überlegt es sich doch eher mal, dass man etwas unternimmt, als wenn man außerhalb wohnt“ (Frau Lühr, 66 Jahre).

Zeitmanagement

In Kapitel 5.1.3 wurde aufgezeigt, dass in 86,1 % aller Haushalte im erwerbsfähigen Alter beide Partner aktiv berufstätig sind. Zudem wird die Erwerbstätigkeit von Frauen zumeist nur kurzfristig unterbrochen, wenn eine Schwangerschaft eintritt oder ein Kind geboren wurde, da 75,2 % der Frauen auch dann in einem aktiven Arbeitsverhältnis stehen, wenn ein Kind mit im Haushalt wohnt. Im Vergleich zu den Ergebnissen des Mikrozensus von 2005 ist dieses ein deutlich höherer Wert, da dort nur 57 % der Mütter aktiv erwerbstätig sind. So kann als ein weiterer Grund für das städtische Wohnen die Doppelerwerbstätigkeit angesehen werden, da insbesondere mit einem Kind im Haushalt die Relevanz der kurzen Wege dahingehend zunimmt, dass das persönliche Zeitmanagement, also die zeitliche Organisation von Alltagshandlungen, zu einem zentralen Lebensaspekt wird. Durch die gleichzeitige berufliche und familiäre Einbindung wird es für Haushalte bedeutsam „mal schnell vieles erledigen zu können“ (Frau Jansen, 23 Jahre). Nicht nur bei Frau Jansen, sondern in vielen Interviews wird es als ein Vorteil des städtischen Wohnens gesehen, dass ohne Zeitverlust verschiedene Bedarfe auf einem Weg kombiniert werden können und es hierbei als wichtig erachtet wird, dass, wenn eine Besorgung vergessen wird, diese unkompliziert woanders erledigt werden kann. Hiermit verbindet sich die Assoziation, dass Alltagswege in der Stadt als weniger aufwendig empfunden werden und die Interviewten das Gefühl haben, ein zeitlich optimiertes Leben führen zu können. Neben der Nutzungsmischung und Nahräumlichkeit wird dies vor allem dadurch begründet, dass mit den kurzen Wegen Entfernungsdistanzen zu Zielorten minimiert werden

und zudem öffentliche Nahverkehrsverbindungen in einer solchen regelmäßigen Taktung fahren, dass Flexibilität möglich ist (vgl. Kapitel 7.2.2).

„(...) und man hat halt insgesamt kurze Wege. Bei allen Sachen, die man so zum Teil erledigen muss. Und seien es nur irgendwelche Arztbesuche. In der Stadt ist halt alles viel mehr zusammen und mit viel weniger Aufwand und Zeit verbunden“ (Frau Wiegel, 36 Jahre).

Oder:

„**Frau Köcher:** Für mich ist wichtig, dass ich schnell an vielen wichtigen Punkten in einer kurzen Zeit bin und es auch leicht ist, dorthin zu kommen.

Herr Hain: Ja, man kann das Leben hier auch irgendwie effektiver organisieren“ (Frau Köcher, 29 Jahre; Herr Hain, 36 Jahre).

In Verbindung mit dem Faktor Zeit kann der direkte Anschluss an den Hauptbahnhof als ein weiteres Motiv für das innenstadtnahe Wohnen gesehen werden, da mehrere Personen in den Gesprächen angeben, häufig auf Dienstreise zu sein. Durch diese hohe berufliche Mobilität, die teilweise auch den Flughafen in Hannover-Langenhagen einbezieht, ist es den Befragten umso wichtiger, den Hauptbahnhof ohne lange Anfahrtswege erreichen zu können. Positiv wird dies dadurch ergänzt, dass Hannover im deutschen Bahnschiennetz zentral gelegen ist, wodurch viele größere Städte ohne Umsteigen erreicht werden können (vgl. Kapitel 4.2.1):

„(...) und Zentralität bedeutet für mich, dass ich mit öffentlichen Verkehrsmitteln möglichst schnell von A nach Z komme. Ich habe meine Stationen, wo ich schnell hin muss: Berlin, Bonn, Stuttgart (...). So bin ich mit dem ÖPNV ganz schnell am Bahnhof. Hannover ist ICE-Knotenpunkt“ (Frau Wille, 52 Jahre).

Aber nicht nur beruflich, sondern auch in der Freizeitgestaltung ist der Hauptbahnhof von Bedeutung, da einige der Interviewten angeben, kein eigenes Auto zu besitzen und so häufig mit dem Zug unterwegs zu sein. Sie empfinden es ebenfalls als wichtig, dass sie nicht erst mit einem Nahverkehrszug nach Hannover fahren müssen, um dann in einen Anschlusszug steigen zu können, sondern dass sie den Hauptbahnhof in kurzer Distanz direkt erreichen. Der Mobilitätsaspekt, der für Zugfahrer durch den Hauptbahnhof erfüllt wird, ist für Autofahrer im Schnellstraßensystem zu sehen. Von fast allen Interviewten wird es als positiv gesehen, dass durch die zentrale Lage der Untersuchungsgebiete die Möglichkeit besteht, über die städtischen Schnellwege einen Anschluss an verschiedene Autobahnen und Bundesstraßen zu haben. Durch diesen Verkehrsknotenpunkt ist ein zügiges Erreichen von Zielen in unterschiedlichen Richtungen eher gewährleistet, als es

von den Befragten für Wohnstandorte im Umland der Stadt vermutet wird, da von dort aus zunächst über entsprechende Zubringerstraßen gefahren werden muss.

„In Hannover finde ich es auch sehr schön, dass man sehr schnell draußen ist. Und von Herrenhausen ist man über den Schnellweg ja auch zügig in alle Richtungen weg (...). Wichtig ist, dass ich eine gute Anbindung an alles habe. Also, dass ich auch schnell am Bahnhof bin. Okay, ich nutze es im Moment gar nicht so viel, aber einfach die Option zu haben und nicht stundenlang irgendwo hingurken zu müssen. Das ist für mich wichtig. Alles vor Ort zu haben“ (Frau Hertwig, 29 Jahre).

Zentralität und Umwelt

Neben den Mobilitätsaspekten verdeutlicht das Zitat von Frau Hertwig, dass von den Bewohnern mit den zentralen Wohnstandorten auch Nachteile in Bezug auf naturräumliche Naherholungsgebiete bemerkt werden. Zwar geben die Interviewten häufig an, dass Hannover durch den hohen Anteil an Grün- und Freiflächen im Stadtgebiet innerstädtische Erholungswerte besitzt (vgl. Kapitel 4.2.1 und Abbildung 28), doch ist es den befragten Bewohnern wichtig, auch Ausflüge in die Umgebung zu machen. Zwar finden diese eher unregelmäßig statt und Erholung wird häufig in Form von Radtouren am Mittellandkanal, durch den Stadtwald Eilenriede oder die Leinemasch (Naturschutzgebiet) gesucht, doch werden Defizite hinsichtlich der Luftqualität in der Stadt ausgemacht. Ergänzt werden die Mängel durch Schmutz und Müll im Straßenraum, von denen angemerkt wird, dass sie belastend und in Gemeinden außerhalb der Großstadt weniger sichtbar seien. Dennoch überwiegt der praktische Nutzen des innenstadtnahen Wohnens die Beeinträchtigungen durch die physische Umwelt, so dass diese Mängel bei der Wohnstandortsuche in den Hintergrund treten:

„Wir fahren oft raus. Wir fahren am Wochenende zum Steinhuder Meer oder in den Deister [nahe gelegene Hügellandschaft, K. S.] und machen Urlaub auf dem Bauernhof. Wir sehen das so, dass der Alltag in der Stadt einfacher ist, aber dafür die Freizeit auf dem Land auch nett ist“ (Frau Seiler, 37 Jahre).

Oder:

„Ich habe mir damals gesagt, als ich überlegt habe, wo ich wohnen möchte, dass, solange ich beinig bin, ich ja auch hinausfahren kann. Auch dreimal in der Woche in den Deister, wenn ich das will. Und wenn ich nachher nicht mehr beinig bin, dann ist es wichtig, dass ich eine gute Infrastruktur habe, und auch mal Leute auf der Straße ‘rumgehen sehe‘“ (Frau Busse, 72 Jahre).

Oder:

„**K. S.:** Fahren Sie denn häufiger mal raus?

Herr Voller: Relativ selten, muss ich sagen. Solche klassischen Ausflüge. Aber wir sind jetzt nicht solche, die jedes Wochenende wer weiß wohin fahren müssen. Aber ab und zu machen wir schon mal einen Ausflug ins Umland. Wir fahren Fahrrad, und das ist auch ganz nett.

K. S.: Sind Sie ansonsten eher zu Hause im Garten? Oder sind für Sie auch die öffentlichen Anlagen wie Maschsee oder Herrenhäusener Gärten interessant?

Herr Voller: Das sind eigentlich die normalen Ausflugsziele, dass ich so ein bisschen die Leine auf und ab fahre. Das ist so das Klassische, wenn einem nichts einfällt. Oder auch mal nach der Arbeit. Das kann auch passieren, dass ich nicht direkt nach Hause fahre, sondern noch einmal bis zum Dreiecksteich und zurück radele.

K. S.: Also sind für Sie die städtischen Freiflächen auf jeden Fall eine Alternative?

Herr Voller: Ja, das ist erst einmal eine sehr gute Grundversorgung, muss ich sagen. Das Schöne an Hannover ist, dass es so eine grüne Stadt ist. Das ist eindeutig Lebensqualität, und ab und zu fährt man auch schon mal nach draußen“ (Herr Voller, 43 Jahre).

Obwohl Herr Voller wie auch Frau Seiler Kleinkinder haben, wird in den Zitaten deutlich, dass die städtischen Naherholungsflächen eine häufig genutzte Möglichkeit sind, um Erholung vom städtischen Leben zu bekommen. Typischer ist eine solche Ansicht für Haushalte ohne Kinder, denn sie haben häufiger als Haushalte mit Kindern davon gesprochen, auf Ausflüge in die Umgebung verzichten zu können. Um die privaten Erholungsflächen zu erweitern und einen persönlichen Naturraum aufbauen zu können, geben insbesondere Bewohner von Etagenwohnungen an, einen Kleingarten gepachtet zu haben. Hierdurch möchten sie selber einen Ausgleich zum Wohnen in der Stadt finden, aber auch Kindern die Möglichkeit geben, Erfahrungen in der (künstlich angelegten) Natur zu sammeln und einen Bewegungsfreiraum zu haben

7.2.2 Mobilität

Autounabhängigkeit

In Verbindung mit der positiven Bewertung der kurzen Wege ist das Bedürfnis der befragten Bewohner zu sehen, sich autounabhängig im Straßenraum fortbewegen zu können. Nicht selten wird es vergleichend zu Wohnstandorten in kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden als Lebensqualität empfunden, dass das Auto nur eine von mehreren potenziell möglichen Fortbewegungsarten ist und nicht hierauf zurückgegriffen werden muss. Umso wichtiger war es vielen der interviewten Gesprächspartner bei der Wohnstandortsuche, dass die Neubaugebiete an das Straßenbahnnetz angeschlossen sind. Auch von Personen, die angeben, häufig mit dem Auto zu fahren, wird es als angenehm empfunden, dass ein guter Anschluss an das öffentliche Nahverkehrsnetz besteht. Insbesondere bei

Fahrten in die Innenstadt wird häufig ein zum Auto alternatives Fortbewegungsmittel gewählt, da hierdurch ein direkter Zugang in die zentralen Einkaufsbereiche möglich ist und die Suche nach Parkplätzen die Anfahrtszeit nicht verlängert. Hierfür wird neben der Straßenbahn oder dem Bus auch das Fahrrad gewählt, mit dem sich die Gesprächspartner generell häufig im Straßenraum bewegen. Bedingt wird dies dadurch, dass das Fahrradwegenetz in der Stadt Hannover sehr gut ausgebaut ist und für viele der befragten Bewohner die Möglichkeit besteht, abseits des Straßenverkehrs Ziele mit dem Fahrrad zu erreichen:

„Ausschlaggebend für mich war, dass ich relativ zentral wohnen wollte. Also, dass ich eine gute Anbindung habe und dass ich auch ohne Auto zurande komme. Ich habe die Straßenbahn und ich habe ein gut ausgebautes Fahrradwegenetz. Ich komme über die Eilenriede [Stadtwald, K. S.] überall hin und auch über den Mittellandkanal komme ich eigentlich überall relativ schnell hin. Ich bin in der Stadt und bin aber eigentlich trotzdem im Grünen. Das war für mich ganz wichtig“ (Herr Lohse, 37 Jahre).

Aufgrund der zentralen Lage wird von älteren Bewohnergruppen geäußert, mit dem Zugang in die Neubaugebiete das Auto verkauft zu haben oder dies zeitnah zu planen. Umso wichtiger wird hiermit das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), denn mit zunehmendem Alter wird immer seltener Fahrrad gefahren und die Mobilität mit der Straßenbahn nimmt entsprechend zu. Aber nicht nur ältere Personengruppen äußern eine hohe Zufriedenheit mit dem ÖPNV-Netz, denn die Interviews zeigen, dass jüngere Bewohner insbesondere die Taktung der Busse und Bahnen als zufrieden stellend empfinden und es schätzen, nicht wie in Umlandgemeinden nach einem Zeitplan leben zu müssen, in dem die Taktungen weit auseinander liegen. Zudem besteht in Hannover ein Nachtsternverkehr, wonach die Straßenbahnen nachts am Wochenende halbstündig fahren und am zentralen Umsteigebahnhof „Kröpcke“ aufeinander warten. Hierdurch ist ein unkompliziertes Nachhausekommen auch zu später Stunde möglich.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit eines privaten Autos hat die Fragebogenerhebung gezeigt, dass von allen befragten Zwei- und Mehrpersonenhaushalten nur 29,8 % über ein Zweitauto verfügen. Im Vergleich zu einer suburbanen Gemeinde ist dieses ein deutlich geringerer Wert. Eine Studie im Umland Schwerins zeigt, dass dort 62,7 % der Haushalte zwei Autos besitzen (FUCHTE 2006, S. 35). Kein Auto haben in der vorliegenden Erhebung 13,9 % der Haushalte, was 27,1 % aller Einpersonen- und 8,7 % der Zweipersonenhaushalte betrifft. Den Interviews kann jedoch entnommen werden, dass viele dieser Personen über eine Teilhabe am Car-Sharing verfügen und somit bei Bedarf ein Auto nutzen können. Die Häufigkeiten, mit denen einzelne Verkehrsmittel gefahren werden, zeigt Abbildung 43. Hier ist ersichtlich, dass das Auto am regelmäßigsten benutzt wird, denn 35,7 % der Haushalte (die befragten Personen beziehungsweise der mit im Haushalt lebende Partner) geben an, hiermit täglich zu fahren. Werden solche Haushalte hinzugerechnet, in

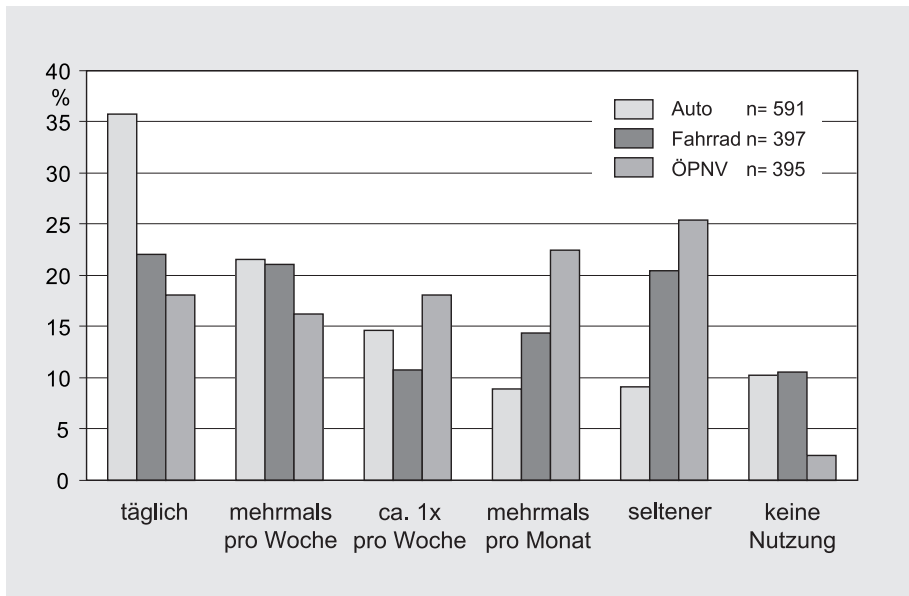


Abb. 43: Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel (in Prozent (Angaben beziehen sich auch auf das Mobilitätsverhalten des mit im Haushalt lebenden Partners))

Quelle: Eigene Erhebung

denen mehrmals die Woche ein Auto benutzt wird, so bewegen sich 57,2 % der Haushalte regelmäßig mit einem Auto. Mit dem Fahrrad fahren 43,2 % der Haushalte täglich oder mehrmals in der Woche und 34,5 % nutzen in dieser Häufigkeit öffentliche Verkehrsmittel. Obwohl der ÖPNV am unregelmäßigsten benutzt wird, ist er das Verkehrsmittel, das von den wenigsten Personen gar nicht beansprucht wird (2,5 %).

Auch wenn 57,2 % der Haushalte regelmäßig Auto fahren, war der Wunsch bei der Wohnstandortentscheidung wichtig, andere Verkehrsmittel ohne Einschränkungen nutzen zu können. Dies steht häufig mit Umweltbewusstsein in Verbindung. Andere das Auto betreffende Fragen scheinen weniger bedeutsam zu sein, da die Ergebnisse von FUCHTE (2006, S. 93 ff.) auch im innenstadtnahen Bereich bestätigt werden können. Er hat in einer Befragung von Umlandwanderern herausgefunden, dass Kostenbelastungen durch das Auto bei Umzugsentscheidungen nur wenig beachtet werden. So haben in der vorliegenden Studie nur 2,8 % aller befragten Haushalte die zum 01.01.2007 angekündigte und auch eingeführte Kürzung der Entfernungspauschale (Pendlerpauschale) in ihren Überlegungen zur Wohnstandortwahl einbezogen³ und nur 12,1 % der Haushalte

³ Am 09.12.2008 wurde die Kürzung der Entfernungspauschale vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und bis zur gesetzlichen Neubestimmung die alten Regelungen wieder in Kraft gesetzt. So können nicht erst ab dem 20. Kilometer Fahrtstrecken steuerlich geltend gemacht werden, sondern bereits ab dem ersten Kilometer 30 Cent/Kilometer berechnet werden (Aktenzeichen 2 BvL 1/07 und 2/07; Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2008).

erachten steigende Kraftstoffpreise als ein sehr oder eher ausschlaggebendes Argument, Distanzen einzugrenzen. 69,8 % halten steigende Kraftstoffpreise sogar für gar nicht ausschlaggebend, obwohl zum Zeitpunkt des Zuzugs vieler Bewohner in die Neubaugebiete die Kraftstoffpreise deutlich am Steigen waren und dies auch in den Medien publik war.

Pendeln

Verbunden mit dem Wunsch nach einem autounabhängigen Wohnen ist die generell negative Einstellung gegenüber Pendeldistanzen zu sehen, was nicht selten in Ergänzung zu dem in Kapitel 7.2.1 aufgezeigten Zeitmanagementproblem steht. Die Auswertung der Interviews hat ergeben, dass sich die ablehnende Einstellung gegenüber Pendeldistanzen nicht nur auf den beruflichen oder freizeitorientierten Bereich bezieht, sondern auch den eigenen Kindern keine weiten Schulwege zugemutet werden sollen. Diese eher klassischen Kategorien können durch einen vierten Bereich ergänzt werden, was an dieser Stelle als „kindbedingtes Pendeln“ bezeichnet wird (s. u.).

Hinsichtlich der Arbeitswege geben viele Interviewte an, die Distanz mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mittels ÖPNV zu bewältigen. Parallel zeigt sich eine sehr ablehnende Einstellung gegenüber Pendeldistanzen, die vor allem mit Zeitaspekten begründet wird. So betrachten die befragten Bewohner die Fahrzeit im Auto als verloren und möchten ihre Freizeit anders gestalten. Hierbei geht es aber weniger darum, dass die tatsächlich im Auto verbrachte Zeit lang ist, sondern dass diese als ungenutzt empfunden wird.

„Es spart einfach unglaublich viel Zeit und Aufwand, wenn man so kurze Wege hat. Da müsste man eigentlich ganz viel Zeit über haben, haben wir aber auch nicht, aber wenn ich mir vorstelle, dass man noch so eine Pendelentfernung hat, da müsste man noch viel mehr organisieren. Ja, das macht für uns eigentlich einen Großteil der Lebensqualität aus (...). Selbst wenn ich um 23 Uhr mit dem Zug ankomme, dann fährt die Stadtbahn alle 7,5 Minuten hierher. Und ins Umland sitzt man dann vielleicht eine Stunde und wartet auf die nächste S-Bahn. Oder das Kind ist krank und ich kann jetzt auch mal kurz von der Arbeit hierher fahren und wieder zurück, so dass man so ein bisschen hin und her wieseln kann, was man ansonsten eben nicht könnte. Und das ist für mich ein sehr großer Vorteil. Also, dass man die nicht alltäglichen Situationen ein bisschen leichter meistern kann. (...) oder man hat etwas zu Hause vergessen, was ja auch schon mal vorkommt, dann fährt man eben schnell wieder nach Hause und holt das“ (Herr Voller, 43 Jahre).

Oder:

„**Frau Schäfer:** Ich habe auch einen Arbeitsweg von 500 Metern. Das ist einfach perfekt. Das war für uns auch ein Aspekt. Es hätten keine 500 Meter sein müssen, aber ich hätte keine Lust auf einen Arbeitsweg von zehn Kilometern gehabt.

K. S.: Warum nicht?

Frau Schäfer: Einmal wegen der Zeit. Gut, zehn Kilometer sind jetzt nicht etwas, was einen wirklich viel Zeit kostet, aber es ist gefühlt ganz einfach verlorene Zeit, die man irgendwie in Verkehrsmitteln zubringt. Dann ist es so, ich bin selbstständig, und ich arbeite eben auch häufig viel und lange. Und es kommt auch häufiger mal vor, dass ich am Wochenende für zwei Stunden oder so ins Büro muss und da ist es einfach sehr praktisch, dass es nicht weit ist“ (Frau Schäfer, 38 Jahre).

Wie die Zitate von Herrn Voller und Frau Schäfer zeigen, hat das städtische Wohnen hinsichtlich des Pendelns praktische Gründe, denn zum einen wird es als vorteilhaft erachtet, dass vergessene Arbeitsmaterialien von zu Hause geholt werden können oder Lehrer in den Freistunden auch nach Hause gehen können; zum anderen besteht ein psychologischer Effekt, wie er von Frau Schäfer als Selbstständige geäußert wird. Bei ihr ist es beruflich bedingt, dass sie am Wochenende arbeiten muss, so dass die Überwindung hierzu weniger groß eingeschätzt wird, als wenn zwischen dem Zuhause und dem Büro eine Pendeldistanz als Barriere besteht. Ebenfalls zu den psychologischen Aspekten ist das nachfolgende dritte Zitat zu zählen, da die Interviewten angeben, manchmal länger als vereinbart arbeiten zu müssen. So haben eigene Erfahrungen gezeigt, dass Überstunden vor allem dann als negativ empfunden werden, wenn das Pendeln in das Umland mit einer Zugfahrt verbunden ist, da hier die Anbindung und der Zeitverlust Beachtung finden, wie es auch Herr Voller (s. o.) andeutet.

„Herr Hain: Wir arbeiten beide im öffentlichen Dienst und, na ja, man muss ja immer länger arbeiten. Die Arbeitszeiten werden ja nicht verkürzt, sondern verlängert, und da muss man auch sehen, wie man alles so macht. Und wenn Du weiter außerhalb wohnst—also ich fahre jetzt 10 Minuten zur Arbeit, das ist natürlich perfekt. Wenn ich mir überlege, wie ich früher gefahren bin, als ich noch bei meinen Eltern auf dem Dorf gewohnt habe und ich zur Arbeit musste. Da bin ich locker eine Dreiviertelstunde unterwegs gewesen. Oder länger (...).

Frau Köcher: Und die Möglichkeit, dann Feierabend zu machen, wann man es gerne möchte. Weil bei mir war es manchmal so, dass ich ein bisschen länger gearbeitet habe, weil ich etwas machen musste. Und dann: „Oh Mist, jetzt ist mein Zug weg! Jetzt muss ich wieder eine Stunde warten““ (Herr Hain, 36 Jahre; Frau Köcher, 29 Jahre).

Hinsichtlich der Freizeitgestaltung steht ebenfalls die Autounabhängigkeit im Vordergrund, denn im Vergleich zu Wohnstandorten in kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden wird es als positiv erachtet, dass gastronomische und kulturelle Einrichtungen unkompliziert erreicht werden können. Nicht selten verbindet sich hiermit, dass beim Ausgehen Alkohol konsumiert werden kann, so dass es als angenehm empfunden wird, wenn keiner der Partner zurück in die suburbane Gemeinde fahren muss und die Kosten für ein mögliches Taxi gering bleiben. Häufig wird hinsichtlich der Freizeitgestaltung der Begriff „Ausflug“ verwendet, womit negativ assoziiert beschrieben wird, dass, wenn Per-

sonen aus Umlandgemeinden Freizeitaktivitäten durchführen, diese mit einem größeren organisatorischen Aufwand verbunden sind, als es von städtischen Wohnstandorten aus möglich ist. Frau König (s. u.) verwendet diesen Begriff in Bezug auf den Besuch von Freunden und Bekannten, da es ihr als Single besonders wichtig ist, in der Stadt präsent zu sein und hierdurch spontan an Treffen teilnehmen zu können. Aus Erfahrungen im Bekanntenkreis hat sie gemerkt, dass, je weiter Personen von der Stadt entfernt wohnen, diese immer weniger bereit sind, nach der Arbeit erneut in die Stadt zu fahren, um an Aktivitäten teilzunehmen, was ihr jedoch aufgrund des Sozialkontakts wichtig wäre. Gleiches wurde in Kapitel 7.2.1 in dem Zitat von Frau Lühr beschrieben, die in den kurzen Wegen begründet sieht, dass regelmäßiger abendliche Freizeitaktivitäten durchgeführt werden, als es von ihrem Wohnstandort im Umland aus der Fall war.

„(...) auch wenn man denkt, dass alles [vom Umland aus, K. S.] so gut erreichbar ist. Wenn man erst einmal raus zieht, da kommt ja niemand mehr hin. Und da war mir eigentlich immer mein Privatleben wichtiger. Dass ich gedacht habe, dass ich für mein Privatleben vor Ort und präsent sein möchte. Kurze Wege haben möchte (...). Und dass nicht alles zu einem Ausflug wird“ (Frau König, 41 Jahre).

Ebenso wie die Befragten selber keine Pendeldistanzen zurücklegen möchten, sollen Kindern keine weiten Schulwege zugemutet werden. Da viele Gesprächspartner selber in einer Kleinstadt oder einem Dorf groß geworden sind, haben sie Erfahrungen als „Fahrschüler“ (Frau Wiegelt, 36 Jahre) gesammelt und diese in der Regel als negativ empfunden. Aber nicht nur weite Schullewege werden als Argument gegen suburbane oder ländliche Wohnstandorte genannt, sondern auch die Tatsache, dass Freundschaften aus der Schule häufig nicht zu Hause gepflegt werden können, da die Distanzen zu weit sind:

„Ich bin dann auf das Gymnasium gegangen. In Bonn. Und ich musste dann immer pendeln. Jeden Tag zwei Kilometer den Berg runter zum Bahnhof, dann 20 Minuten mit dem Zug fahren und zehn Minuten zur Schule laufen. Dann der Schulalltag, wo man auch seine Freunde hat. Doch war das Problem, dass man sich mit denen ja gar nicht treffen konnte. Denn ich bin ja wieder mit dem Zug zurückgefahren. Bin wieder die zwei Kilometer den Berg hoch gelaufen, um dann in meinem Kuhdorf angekommen zu sein“ (Herr Lohse, 37 Jahre).

Die Bezeichnung „Kuhdorf“ umfasst die negativen Erinnerungen, die mit dem Pendeln in Verbindung stehen. Denn wie das Interview weiterhin zeigt, bezieht sich die Ablehnung gegen das Fahren nicht nur auf die Schule, sondern auch auf den Freizeitbereich, was sich vor allem im Jugendalter bemerkbar macht. Hier müssen die Distanzen in die Stadt ebenso überbrückt werden, wobei es als problematisch angesehen wird, dass die öffentlichen Nahverkehrsverbindungen abends in der Regel nicht lange fahren. So wurden alternativ

Fahrgemeinschaften gebildet oder die Eltern gebeten, zu fahren, was insgesamt jedoch als hinderlich wahrgenommen wurde. Aber nicht nur im Interview mit Herrn Lohse werden die in der Kindheit und Jugendphase gesammelten Erfahrungen als negativ bewertet, auch andere Gesprächspartner äußern sich zu diesem Aspekt sehr reserviert. Vor allem das Trampeln und nächtliche Fahrradfahren über weite Distanzen soll den eigenen Kindern nicht zugemutet werden, da hierin auch Gefahren gesehen werden:

„(...) ansonsten war das auch ganz schwierig. Der letzte Bus fuhr bei uns um sechs Uhr abends. Das war immer ein bisschen komisch (...). Und es ist natürlich so, dass jeder mit 18 ein Auto hat. Und vorher sind wir getrampt. Das durften unsere Eltern gar nicht wissen. Wir sind nachts Kilometer mit dem Fahrrad gefahren. Da würde ich heute eine Riesenangst haben (...). Um auf irgendwelche Partys zu kommen. Dann im Winter bei -10°C (...)“ (Frau Fischer, 37 Jahre).

Mit diesen Distanzen verbindet sich die vierte Kategorie des Pendelns: die Ablehnung des „kindbedingten Pendelns“. Hiermit wird beschrieben, dass die Mehrheit der Eltern angibt, auf eine Selbstständigkeit der eigenen Kinder großen Wert zu legen, sobald diese das Alter hierfür erreicht haben. Vor allem aufgrund der Berufstätigkeit, doch auch aus Prinzip, wird von den Kindern erwartet, dass sie eigenständig zu ihren Aktivitäten (Schule, Sportverein etc.) gelangen und es nicht zu einer Verpflichtung wird, die Kinder überall hinfahren zu müssen. Aus eigenen Erfahrungen, bei denen zumeist die Mütter dafür zuständig waren, die Kinder zu chauffieren, folgt in Konsequenz die städtische Wohnstandortwahl, da ein auf das Kind orientiertes Leben, wie es sich mit dem Wohnen in Umlandgemeinden verbinden kann, nicht mit dem derzeitigen, auf den Beruf ausgerichteten Lebensentwurf von Eltern übereinstimmt. Obwohl dies ein Vorurteil ist und auch einige der Befragten als Kinder in kleinstädtischen und ländlichen Räumen unabhängig von den Eltern lernen mussten, ihre Aktivitäten selber zu organisieren, wird durch das städtische Wohnen versucht, diesen Mobilitätsanspruch an die eigenen Kinder weiterzugeben und so den eigenen Alltag zu erleichtern. Stellvertretend für die Meinung der Mehrheit der Eltern kann folgendes Zitat gesehen werden:

„Hier ist es gut, weil es ruhig ist. Der Junge kann hier relativ sicher rumlaufen. Das ist uns wichtig, auch dass er, zwar nicht jetzt, aber in ein paar Jahren, dorthin gelangen kann, wo er hingehen soll. Wir haben keine Lust, ihn zum Sportplatz zu fahren oder Ähnliches. (...) überhaupt dieser ganze Transportzirkus. Das muss er schon alles irgendwie selber schaffen, wenn er ein bisschen größer wird. Das finden wir in Bezug auf das Land eher abschreckend. Eltern, die einen Großteil ihrer Zeit damit verbringen, die Kinder hin- und herzufahren“ (Herr Sieverts, 48 Jahre).

7.3 Urbane Vielfalt

Die Auswertung der Interviews hat gezeigt, dass die Aspekte der kurzen Wege und Nahräumlichkeit die wichtigsten Entscheidungskriterien bei der Wohnstandortwahl sind. Dennoch können diese Faktoren durch weitere Merkmale des städtischen Wohnens ergänzt werden, die vor allem den großstädtischen Raum kennzeichnen. Angebotsbreite und -tiefe sind Merkmale, die Konsumangebote charakterisieren, jedoch auch im übertragenen Sinn mit dem aus der Biologie entlehnten Begriff der Diversität symbolisch die soziale Umwelt beschreiben. So wird es von den Interviewten als vorteilhaft gesehen, einen Auswahlwunsch bezüglich diverser Infrastrukturangebote verfolgen zu können, doch zählt auch die soziale Heterogenität als ein Merkmal der Urbanität zu den positiven Faktoren des städtischen Lebens hinzu. Letzter Aspekt wird in der Auswertung differenziert, wobei die potenzielle Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit unterschiedlichen Menschen der Diversität zugeordnet wird und die Bewertung des allgemeinen sozialen Umfeldes gesondert in Kapitel 7.3.2 erfolgt. Der Grund für diese Trennung ist, dass diese Bereiche in den Interviews als unterschiedliche Motive der Wohnstandortwahl geäußert wurden.

7.3.1 Diversität

Infrastruktur

Als ein positiver Bestandteil des städtischen Lebens gilt für viele Befragte die Auswahlmöglichkeit, die im Vergleich zu kleinstädtischen oder ländlichen Räumen als ein Motiv für die städtische Wohnstandortwahl formuliert wird. Der Wunsch nach einer Angebotsbreite und -tiefe bezieht sich vor allem auf das Infrastrukturangebot, das sich neben unterschiedlichen Konsumprodukten auch auf Einrichtungen des Freizeit- und Bildungssektors bezieht:

„Einmal die Auswahl an Geschäften und die Auswahl an Möglichkeiten, die man hat. Kinos, Kneipen und kulturelle Geschichten. Dann sicherlich auch die Schulen, Kindergärten und so weiter. Dass man einfach so ein bisschen flexibler ist in allem und auch wählen kann (...). Wir sind froh, dass wir hier auch die Möglichkeit haben, zwischen Schulen zu wählen, dass wir nicht wie am Stadtrand nur ein bis zwei haben, sondern dass wir viele haben (...). Hier haben sie [die Kinder, K. S.] halt alle Möglichkeiten. Innerhalb der Nordstadt gibt es so viele verschiedene Vereine und Sportmöglichkeiten. Und sie können ab einem bestimmten Alter alleine mit dem Fahrrad fahren. Auch sie haben eben die Auswahl und müssen nicht ihr Leben lang reiten gehen, sondern sie können sagen ‚Jetzt möchte ich mal schwimmen gehen‘ oder irgendetwas anderes“ (Frau Bartels, 31 Jahre).

Zwar summiert das Zitat von Frau Bartels die Kernpunkte des Auswahlaspektes, doch nimmt sie insbesondere Bezug auf ihre Kinder. Aus dieser Perspektive wird es beim

städtischen Wohnen als positiv empfunden, dass Kinder nicht wie in einer ländlichen Gemeinde nur einem Hobby nachgehen können, sondern bei Interesse verschiedene Angebote vorfinden. Diese beschränken sich aber nicht nur auf Sportmöglichkeiten, sondern es gibt auch andere Vereine und Clubs, Jugendzentren, Kindermusicals, den Zoo, für den viele Familien eine Jahreskarte besitzen, und diverse weitere Angebote, die für die Freizeitgestaltung zur Auswahl stehen. So ist der Freizeitsektor ein Bereich, der in unterschiedlichen Gesprächen betont wird, da während der eigenen Kindheit die Freizeitangebote an Wohnstandorten außerhalb der Großstadt als sehr eingeschränkt wahrgenommen wurden. Zurückzuführen ist dies einerseits auf die in Kapitel 7.2.2 beschriebenen Mobilitätsbarrieren, andererseits werden die vor Ort gebotenen Aktivitäten als unzureichend empfunden. So erscheint das Spielen in der Natur in jungen Jahren noch als abwechslungsreich, das jedoch in kleineren Gemeinden während der Jugendzeit nur schwer durch andere Freizeitgestaltungselemente kompensiert werden kann. Deshalb rücken Jugenderinnerungen negativ in das Bewusstsein und es entwickelt sich der Wunsch zu einem Motiv der städtischen Wohnstandortwahl, den eigenen Kindern ein abwechslungsreicheres Freizeitangebot zu ermöglichen.

Ebenfalls in Bezug auf Kinder werden die Betreuungsangebote in der Stadt als umfangreicher eingestuft, denn sowohl Krippen- als auch Kindertagesstättenplätze werden als zahlreicher wahrgenommen. Sollten diese Betreuungsangebote nicht ausreichen, so ist es den Eltern wichtig, auf alternative Formen der Betreuung wie eine Tagesmutter zurückgreifen zu können:

„Ich schätze mal das Angebot für Kinder, die Betreuung ist auch besser. Was wichtig ist, da wir beide arbeiten müssen und auch wollen. Es gibt einfach bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in der Stadt“ (Frau Köcher, 29 Jahre).

Werden die Kinder älter, so wird es bedeutsamer, dass die Schulwege kurz sind. Zudem besteht der Wunsch, zwischen verschiedenen Schulen und Schulformen wählen zu können. In den Gesprächen wird mehrfach betont, dass es als angenehm empfunden wird, nicht nur eine Schule zur Auswahl zu haben, sondern dass neben den unterschiedlichen Formen (und hier jeweils verschiedene Schulen) alternative Angebote wie Montessori- und Waldorfschulen in erreichbarer Nähe sind. Ergänzt werden diese Ansprüche an das Betreuungs- und Bildungsangebot dadurch, dass neben der Schule zusätzliche Bildungsangebote wahrgenommen werden. Diese umfassen zum einen herkömmliche Angebote wie Musikunterricht, doch wurde in den Gesprächen mehrmals deutlich, dass die Kinder bereits im Vorschulalter beispielsweise zu englischen Vorlesenachmittagen geschickt werden oder privaten Englischunterricht bekommen. Begründet sein könnte dieser Bildungsanspruch dadurch, dass die Eltern selber ein hohes Bildungsniveau besitzen (vgl. Kapitel 5.1.3) und von daher entsprechende Erwartungen an ihre Kinder haben.

„Für die Kinder ist es so, dass es hier in der Stadt auch bessere Angebote gibt. Wir haben zum Beispiel eine Englischlehrerin, die für meine drei- und vierjährigen Kinder und die Nachbarskinder ins Haus kommt. Und das wäre eben auf dem Dorf vielleicht schwieriger“ (Frau Seiler, 37 Jahre).

Wird in den Interviews von den Gesprächspartnern hinsichtlich der eigenen Person von Auswahl gesprochen, so bezieht sich dies neben der sehr gut ausgebauten Geschäftsinfrastruktur und zahlreichen Dienstleistungsunternehmen auf den Freizeitbereich. Hier werden die unterschiedlichen kulturellen Einrichtungen hervorgehoben, und es wird geschätzt, dass ein Abend in der Oper, im Theater, Kino oder auch Varieté verbracht werden kann. Wird die Entscheidung für einen Theaterbesuch getroffen, so gibt es zahlreiche große Theater und Kleinkunsthöhlen, aus denen ein Stück gewählt werden kann. Ergänzt werden diese Programmbühnen durch die Kulturarbeit im Stadtteil, wo zum Beispiel Angebote in Freizeitheimen organisiert werden, die alternativ zu größeren Bühnen besucht werden können. Aber nicht nur traditionelle Kulturveranstaltungen wie Theater oder Kinos sind beliebt, sondern auch Großevents gehören hierzu, wie sie unregelmäßig in der Stadt angeboten werden. Neben den jährlichen Maschsee- und Schützenfesten finden manche Befragte es als abwechslungsreich, wenn beispielsweise Marathons, Radsportevents oder Konzerte international bekannter Musikgruppen stattfinden.

„Bei uns auf dem Dorf gibt es keinerlei Läden oder keine Vergnügungen. Da war man mit sich selbst beschäftigt und ging abends in die Kneipe. Das ist alles. Hier in der Stadt ist die Auswahl natürlich ganz anders, aber das ist ja klar. Dass ich entscheiden kann, ob ich Essen gehen möchte, ob ich ins Kino gehen möchte, ob ich ins Varieté gehen möchte oder ob ich mich einfach an den Maschsee setzen und dort etwas trinke möchte. Die Vielfalt ist es, dass ich jeden Tag etwas Neues machen kann, wenn ich möchte“ (Frau Rudolph, 39 Jahre).

Das Freizeitangebot ergänzend werden vor allem von älteren Personengruppen kulinarische Angebote geschätzt, wobei sowohl die Auswahl an unterschiedlichen Speiserichtungen in Restaurants als auch die Möglichkeit, auf verschiedenen Märkten und in spezialisierten Geschäften Lebensmittel kaufen zu können von Bedeutung sind. Die Zubereitung von Gerichten und das Probieren neuer Geschmacksrichtungen in Restaurants rücken in einen zentralen Bereich, da mehrere Interviewte angeben, dieses häufig zu machen. Von jüngeren Befragten werden gerne verschiedene Cafés, Kneipen und Bistros besucht, wobei geschätzt wird, dass dies im Sommer auch auf Terrassen und in Straßencafés möglich ist.

„Und auch was Restaurants angeht. Man kann türkisch, indisch, chinesisches, deutsch oder italienisch essen gehen. Und das nicht nur in einem Restaurant, sondern in zehn. Es gibt

zehn türkische Restaurants, fünf indische Restaurants, italienische gibt es tausende. Das finde ich nett. Diese Auswahl“ (Frau Walter, 36 Jahre).

Mitmenschen

Neben Vielfalt, Auswahl und Nahräumlichkeit gehören auch unterschiedliche Menschen zu einem Merkmal der Urbanität (vgl. Kapitel 3.1.2). Obwohl die Bedeutung der Heterogenität allgemein in Kapitel 7.3.2 näher dargestellt wird, wird es von den befragten Bewohnern als positiv empfunden, dass in der Stadt die Möglichkeit besteht, zu einer Vielzahl von Menschen Kontakte knüpfen zu können. Assoziiert ist hiermit der Aspekt der Anonymität, der im Vergleich zu kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden als weniger präsent oder unvorhanden bewertet wird. Hierdurch ist die soziale Kontrolle außerhalb der Wohngebiete minimiert (vgl. Kapitel 6.1.2), was beinhaltet, dass, „wenn man sich mal mit Leuten überworfen hat, (...) noch genügend andere da“ sind, um Bekannt- oder Freundschaften aufzubauen (Frau Seiler, 37 Jahre). Diese großstädtische Quantität an Menschen bewirkt, dass beispielsweise in Sportvereinen oder anderen Mitgliedschaften Kontakte zu Menschen aufgebaut werden können, die einer anderen sozialen Bevölkerungsgruppe angehören als die Befragten selber. Das Zitat von Herrn Elberg (s. u.) zeigt, dass in diesem Verständnis die soziale Vielfalt einer Stadt als Bereicherung angesehen wird, da es möglich ist, mit diversen Menschen in Kontakt zu treten. So ist die Diversität auch auf soziale Kontaktnetze übertragbar, da nicht nur die Vielzahl an Menschen der eigenen sozialen Gruppe als positiv gilt (wie bei Frau Seiler), sondern auch gruppenübergreifende Netzwerke gebildet werden können:

„Ich habe auch dort [im Umland, K. S.] Sport getrieben (...), aber das war so eine feste Clique. Das war nicht sehr offen. Das waren Berufskollegen und ein paar andere. Aber dann waren das auch Akademiker, und hier in der Stadt, da geht das alles bunt durcheinander. (...) Das finde ich wichtig, dass das nicht nur in diesem Berufszirkel stattfindet. Das artet dann aus in gegenseitige Präsentation. Sondern einfach auch mit ganz anderen Leuten reden. Das ist schön, und das ist hier eben viel eher gegeben (...)“ (Herr Elberg, 70 Jahre).

7.3.2 Heterogenität

Kapitel 7.3.1 zeigt, dass einigen Bewohnern der Neubaugebiete die Möglichkeit wichtig ist, mit anderen sozialen Bevölkerungsgruppen als der eigenen in Kontakt zu treten und Bekanntschaften oder Freundschaften aufzubauen. Obwohl dies auch ein Aspekt der Heterogenität ist, zählen die potenziellen Kontakte nicht zu dieser Kategorie, da die nachfolgenden Ausführungen ein Verständnis von Heterogenität aufzeigen, das im Sinne der Urbanität ein durch Fremdheit und Distanziertheit geprägtes Verhalten bewirkt. Hierbei bilden Mitmenschen eine Art „Wohnkulisse“ (DÜNCKMANN 2006), die das soziale Um-

feld prägt, in dem die Interviewten wohnen, zu denen jedoch zumeist keine Kontaktaufnahme erfolgt.

Demographische Vielfalt

Wohngebietsunabhängig wird darauf verwiesen, dass eine demographische Heterogenität im Umfeld als sehr positiv empfunden wird, und dass die Möglichkeit besteht, verschiedenen Generationen auf der Straße zu begegnen. Als Vergleich werden suburbane Wohnstandorte genannt, in denen es als monoton erachtet wird, wenn in dortigen Neubaugebieten nur Familien oder Personen in der Familiengründungsphase wohnen. Da zumeist sowohl in den Untersuchungsgebieten als auch im Umfeld der Neubaugebiete demographisch heterogene Strukturen vorliegen, wird nicht selten in den Interviews davon gesprochen, dass sich mit dem städtischen Wohnen gewachsene Strukturen verbinden. Diese werden im Vergleich zu Wohngebieten außerhalb der Stadt als abwechslungsreicher bewertet, da mit dem Gewachsenen die Neubaugebiete in Historie und etablierte Strukturen eingebunden werden. So wird die demographische Vielfalt von den Interviewten dadurch positiv ergänzt, dass die Neubaugebiete in bestehende Stadtteilkulturen integriert wurden, in denen Freizeit- und Konsuminfrastrukturen beim Zuzug in die Immobilien bereits vorhanden waren. Zudem verbindet sich mit dem innenstadtnahen Wohnen eine architektonische Vielfalt, die eine Mischung aus Gründerzeitgebäuden, Nachkriegsbebauung und moderner Architektur ist.

„Wir mögen gerne das Gewachsene. Etwas, wo schon Strukturen vorhanden sind. Natürlich auch was Grün angeht. In einem totalen Neubaugebiet ist das ja so ein bisschen karg. Und dann auch die Tatsache, was vielleicht auch vorurteilbehaftet ist, wenn ich in der Vorstadt in eine Neubausiedlung gehe, dann ist die Altersstruktur der Leute immer die gleiche. Wahrscheinlich immer junge Familien mit und ohne Kinder. Das war hier schon ein wenig anders. Teilweise auch Familien mit Kindern, teilweise aber auch ältere Paare. (...) Und gerade in Verbindung mit den darum liegenden Häusern finde ich das wichtig, dass dort Jung und Alt sind, dass man nicht nur eine Altersklasse hat“ (Herr Krell, 46 Jahre).

Das als positiv empfundene Motiv, wenn die Altersstruktur der umliegend wohnenden Bevölkerung heterogen ist, kann dadurch ergänzt werden, dass sich mit der demographischen Durchmischung eine Diversität an Haushaltsgrößen und Lebensformen verbindet, wie sie in kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden seltener vorkommt (vgl. Kapitel 2.2.4). Wie das nachfolgende Zitatbeispiel zeigt, ist Frau König prinzipiell dem suburbanen Wohnen aufgeschlossen, doch befürchtet sie bei einem Zuzug in ein dortiges Neubaugebiet, als Single weniger Möglichkeiten zu haben, sich in die Nachbarschaftsstruktur zu integrieren. Verursacht wird dies dadurch, dass die Gesprächsthemen zwischen Personen mit Kindern und ohne Familie differieren, aber auch die Freizeitaktivitäten unterschiedlich sind, so dass nur wenige Berührungspunkte bestehen. Im weiteren Verlauf

des Interviews wird deutlich, dass für sie die Vorteile des städtischen Wohnens nicht nur darin zu sehen sind, dass sie keinen „Sonderstatus“ hinsichtlich ihrer Lebensform besitzt, sondern auch ihr soziales Netzwerk in der Nähe wohnt, worauf sie als Single besonders angewiesen ist.

„Und auch offenere Lebensformen. Also ich bin, wenn man jetzt mal so Lebensformen anguckt ... Ich habe eine Freundin, die wohnt richtig außerhalb in einem Neubaugebiet. Da bin ich unheimlich gerne und ich finde es auch sehr spannend zu sehen, wie sich dieses Neubaugebiet entwickelt (...). Aber das ist so eine Ecke, da wohnen dann auch viele junge Familien, und ich wohne ja nun alleine. Und obwohl ich denke, dass man Anschluss finden würde, fällt das als Lebensform so ein bisschen heraus. Und das, worüber so automatisch Kontakte entstehen, also Kindergarten oder Kindergottesdienst, da würde ich ja selber nicht hingehen. Das ist so etwas, wo ich denke, dass ist unheimlich schön zu sehen und ansatzweise auch mitzuerleben, aber zu meiner eigenen Lebenssituation passt das einfach nicht“ (Frau König, 41 Jahre).

Sozioökonomische und kulturelle Heterogenität

Die demographische Heterogenität im Umfeld der Neubaugebiete wird wohngebietsunabhängig als ein Vorteil des städtischen Wohnens von den befragten Gesprächspartnern empfunden, was sich differenzierter darstellt, wenn andere soziale Kriterien hinzugezogen werden (vgl. Kapitel 6.2). So sehen es vor allem die Bewohner der in den westlichen Stadtteilen gelegenen Neubaugebiete als einen Vorteil des städtischen Wohnens, dass die Bevölkerung kulturell durchmischt ist und auch hinsichtlich anderer sozioökonomischer Merkmale heterogene Strukturen vorliegen. Insbesondere in Bezug auf Kinder wird häufiger angemerkt, dass die Heterogenität bewirkt, dass diese nicht „fernab sozialer Realitäten“ (Frau Wille, 52 Jahre) aufwachsen, da die Bevölkerungsstruktur „realistischer“ (Frau Fischer, 37 Jahre) den gesamtgesellschaftlichen Aufbau repräsentiert und somit Kinder zum Beispiel mitbekommen, dass „wir nicht alleine auf der Welt sind und die Türkei nicht nur ein Urlaubsland ist“ (Frau Bartels, 31 Jahre). Zwar beinhaltet das Wohnen in sozial heterogenen Umfeldern, dass Eltern Kindern häufiger als anderswo kulturelle oder sozioökonomische Aspekte erklären müssen, doch wird es als positiv erachtet, dass die Kinder mit anderen Bevölkerungsgruppen vertraut sind und mit diesen aufwachsen:

„Da kann ich mir vorstellen, dass das auf dem Land (...) weniger ist. Da sagte ein Freund von mir mal, der in [der Umlandgemeinde, K. S.] Isernhagen wohnt und zwei kleine Söhne hat, dass, als er mal mit Bus und Bahn in die Stadt gefahren ist, die Kinder ihn völlig fassungslos angesehen haben. Die waren so sechs oder sieben. Weil die das noch nie gesehen hatten. Die haben ihre abgeschottete Schule, zu der ja auch nur Leute gehen, die dort wohnen. Wo sollen die Kontakt kriegen zu Leuten, die zum Beispiel der Gothic-Szene angehören (...). Das passiert auf dem Land ja praktisch nicht“ (Herr Arnold, 47 Jahre).

Oder:

„**Frau Bartels:** Ich finde, es ist einfach ein netter, junger Stadtteil. (...) und er ist vor allem bunt gemischt von verschiedenen Kulturen bis Punkerszene. Viele verschiedene Menschen, die hier einfach zusammenleben (...). Und dazu ist der Stadtteil sehr kinderreich. (...) Es ist für jeden etwas dabei. Das ist schon sehr toll. Und eben auch sehr offen. Wir haben auch viele Homosexuelle, wo man auch nicht den Eindruck hat, dass die hier angefeindet werden.

K. S.: Ist denn die Nordstadt hierfür bekannt?

Frau Bartels: Das kann ich gar nicht sagen, es fällt nur einfach auf, dass man die hier sehr häufig sieht. Aber es ist auch völlig natürlich und die Kinder wachsen auch ganz normal damit auf, dass die Männer hier Händchen haltend lang gehen“ (Frau Bartels, 31 Jahre).

Mit dem Wohnen in heterogenen Stadtteilen ist eine Toleranz gegenüber den Mitmenschen verbunden, denn in durchmischten Wohngebieten sind Fremdheit und Andersartigkeit präsenter als in homogenen Strukturen. Aufgrund der Einstellungen, die die befragten Bewohner gegenüber ihren Wohnumfeldern äußern, kann von den Interviewten in den westlich gelegenen Neubaugebieten ausgegangen werden, dass sie hohe Kompetenzen besitzen, sich in die entsprechenden Faktoren der Urbanität einzufügen (vgl. Kapitel 3.1.2). So gehört nicht nur Toleranz, sondern auch Unbetroffenheit zur Lebenseinstellung hinzu, wodurch die Begegnung mit anderen Kulturen und sozioökonomischen Gruppen möglich wird. Hierdurch ist das gemeinsame Leben als ein Lernprozess zu verstehen, denn das Miteinander bewirkt Offenheit und ein Kennenlernen des Anderen. Gleichzeitig wird es als angenehm empfunden, selber akzeptiert zu sein und sich nicht in normiertes Verhalten einfügen zu müssen:

„**Herr Hoffmann:** (...) dass man ganz viele unterschiedliche Menschen sieht. Und gerade in Linden finde ich, kann man sich ganz unterschiedlich verhalten. Es gibt nicht so etwas wie soziale Kontrolle. Die ist zumindest sehr tolerant. Man kann machen und sich kleiden, wie man möchte, man wird von niemandem schräg angesehen. Das ist schon ein sehr lockeres oder auch leichtes Leben. Wir beide kennen ja kleinstädtische oder dörfliche Strukturen und das ist eben beides sehr eng im Denken wie man sein oder sich verhalten soll.

Frau Hoffmann: (...) man kann auch sagen, das ist Gleichgültigkeit, aber niemand staunt einen an“ (Herr und Frau Hoffmann, 43 Jahre).

Wie in Kapitel 6.1.2 aufgezeigt werden konnte, bestehen natürlich auch in diesen Neubaugebieten innerhalb des nachbarschaftlichen Aktionsradius Normen und Verhaltensleitlinien, doch zeigen die heterogenen Umfelder außerhalb der Untersuchungsgebiete, dass sich die befragten Bewohner hiermit identifizieren und sich selber als ein Stein des bunten Mosaiks betrachten. Ähnlich wie Herr Hoffmann beschreiben andere Gesprächspartner

die Sicht auf ihren Stadtteil, so dass häufig eine Verhaltensfreiheit betont wird, die mit dem städtischen Wohnen verbunden ist. Anders wird die soziale Heterogenität zumeist in den östlich gelegenen Neubaugebieten betrachtet, da dort heterogene Umfelder eher als eine Notwendigkeit des städtischen Wohnens aufgefasst werden. Dort überwiegen die praktischen Nutzen der Urbanität das Identifizieren mit urbanen Verhaltensweisen und sozialer Vielfältigkeit, so dass eine geringere Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber Fremdheit zu beobachten sind. Deutlich wird dies in einem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis und dem Wunsch, homogen wohnen zu wollen. Insgesamt können diese Ergebnisse die in Kapitel 6.2 aufgezeigten Unterschiede urbaner und „rurbaner Lebensweise“ ergänzen, wobei die urbanen Stadtbewohner vor allem in den Gründerzeitvierteln des westlichen Stadtbereiches wohnen.

7.4 Urbanes Lebensgefühl

Die ersten beiden Hauptkategorien, die Bereiche Zeitmanagement/Erreichbarkeit und urbane Vielfalt, beschreiben Wohnmotive, die primär die praktischen Nutzen der Wohnstandorte umfassen. Die dritte Hauptkategorie, urbanes Lebensgefühl, repräsentiert hingegen Aussagen, die Empfindungen widerspiegeln. Zwar gehört auch die soziale Heterogenität prinzipiell zu diesem Wahrnehmungsbereich, doch da dieser Aspekt konkret das Wohnumfeld der Neubaugebiete beschreibt und der Vielfältigkeit zuzuordnen ist, wird er nachfolgend nicht erneut aufgegriffen. Eher beinhaltet das Lebensgefühl einen gewissen Möglichkeitsraum, der mit dem städtischen Wohnen verbunden ist und sich nicht durch physisch sichtbare Merkmalen ausdrückt.

7.4.1 Potenzialität

Potenzialität, also die Möglichkeit, beschreibt ein zentrales, zumeist mit den kurzen Wegen verbundenes Gefühl, bei denen es die Mehrheit der Interviewten als sehr wichtig empfindet, ein umfassendes Freizeitangebot in der Nähe vorzufinden, auch wenn dieses zumeist nicht wahrgenommen wird. Eher scheint es bedeutsam zu sein, dass sich mit dem städtischen Wohnen potenzielle Aktivitätsangebote bieten, die bei Bedarf angenommen werden können:

„(...) man kommt auch schnell zu Ausstellungen. Aber da ist manchmal schon der Punkt, dass ich mir überlege, warum das eigentlich wichtig ist, weil so häufig mache ich das eigentlich nicht. Aber schon das Gefühl, dass, wenn ich wollte, ich sofort im Wilhelm-Busch-Museum wäre. Aber letztlich könnte man auch sagen, ich wohne auf dem Land und fahre dann zielgerichtet in die Stadt. Gehe vorher bummeln und anschließend ins Theater und hatte einen wunderbaren Tag. Wäre auch eine denkbare Variante, weil man es so häufig eben nicht macht. Aber ich finde das als Lebensgefühl ganz schön“ (Frau König, 41 Jahre).

Oder:

„Also ich muss ja gestehen, ich nutze es recht wenig. Das ist einfach das Gefühl, alles mitnehmen zu können, wenn man wollte. Man könnte ja, wenn man wollte, problemlos in ein Theater gehen. Man könnte, wenn man wollte, mal eben in die Stadt fahren und in ein Café gehen. Man könnte, wenn man wollte, die Sportvereine nutzen, die hier ringsherum sind. Ich habe einfach die Chance, spontan etwas zu machen. Ich kann mich in den Zug setzen, ich kann in die Herrenhäuser Gärten fahren, ich kann, ich kann, ich kann. Ich habe einen bunten Strauß von Möglichkeiten. Und ich komme schnell ins Grüne, wenn ich möchte. Ich kann aber auch nach Celle fahre“ (Herr Lohse, 37 Jahre).

Oder:

„**Frau Becke:** (...) und Kneipen sind auch ganz wichtig. Dass man sich auch mal außerhalb der eigenen Wohnung aufhalten kann.

Frau Busse: Gehst du denn dahin?

Frau Becke: Kaum. Aber es macht mich glücklich. Ich kann abends, wenn ich Besuch habe, noch einmal woanders hin, noch einmal um die Ecke gehen. Das habe ich früher viel gemacht. Die Möglichkeit, dass man jederzeit könnte. Das ist wichtig. Egal, ob man das nun häufig macht“ (Frau Becke, 62 Jahre; Frau Busse, 72 Jahre).

Alle Zitate zeigen, dass es in unterschiedlichen Altersgruppen relevant ist, die Möglichkeit zu haben, bei Bedarf Aktivitäten außerhalb der eigenen Wohnung wahrnehmen zu können – auch wenn dieses Bedürfnis nur selten besteht. Wie das Zitat von Frau König belegt, ist es den Bewohnern bewusst, die Angebote auch von einem Wohnstandort außerhalb der Stadt aufsuchen zu können, doch gehört es zur Lebenseinstellung hinzu, dass Aktivitätsmöglichkeiten schnell erreichbar sein sollten. Hierbei ist es bedeutsam, dass den befragten Personen nicht nur ein einziges Angebot zur Auswahl steht, sondern es verbindet sich mit diesem Lebensgefühl die urbane Vielfalt, also die Angebotsbreite und -tiefe. Obwohl die Gefühle, dass „man könnte, wenn man wollte“ (Frau Hoffmann, 43 Jahre) und dass „man [Angebote, K. S.] hätte, wenn man könnte“ (Herr Voller, 43 Jahre), bedeutsam sind, bewirken zumeist berufliche oder familiäre Verpflichtungen, dass die prinzipielle Aufgeschlossenheit gegenüber Freizeitaktivitäten nur sporadisch umgesetzt wird. Aber auch wenn Paare kinderlos sind, geben sie häufig an, dass die Wochenenden eher zu Hause verbracht werden, als dass sie in eine Bar, ein Restaurant oder eine kulturelle Einrichtung gehen:

„Also über die Endstation hinaus wollten wir auf keinen Fall ziehen. Wegen dieser Freiheit, dass, wenn man will, man eben noch einmal in die Stadt fährt und ins Kino geht oder sonst was macht. Auch wenn wir das gar nicht immer machen, sondern eher sehr selten. Aber dass man nicht irgendwann sagt ‚Weil wir so weit draußen wohnen, können wir das

jetzt nicht machen, dafür ist es jetzt schon zu spät, das schaffen wir gar nicht mehr'. Und je weiter man draußen wohnt, desto eher hat man diese Situation. Auch wenn man von der Arbeit nach Hause kommt, dann fährt man da einmal hin, aber nicht wieder rein in die Stadt. (...) Das lässt sich kaum unterbinden“ (Herr Arnold, 47 Jahre).

Die von Herrn Arnold indirekt geäußerte Angst, dass sich mit suburbanen Wohnstandorten das Gefühl verbindet, etwas verpassen zu können, wird dadurch minimiert, dass in der Stadt jederzeit die Gelegenheit besteht, bei Bedarf autounabhängig Angebote zu erreichen. Im Zusammenhang mit einer beruflichen Einbindung des Großteils der befragten Bewohner ist der Wunsch nach Flexibilität zu sehen, den zentrale Wohnstandorte ermöglichen. Durch die Freiheit, dann ein passendes Angebot in erreichbarer Nähe zu finden, wenn die Zeit und Lust hierzu bestehen, wird den Interviewten Selbstverwirklichung ermöglicht, indem spontan Aktivitäten aufgesucht werden können.

„Na ja, ich meine, ich kann hier in die Zeitung gucken und habe die Möglichkeit, zwischen was weiß ich wie vielen Kinos auszuwählen, wenn ich etwas sehen möchte. Und das kann ich eben auch spontan entscheiden, und ich muss nicht tagelang vorher planen oder gucken, in welche Kleinstadt ich fahren muss, um mir irgendeinen Film anzusehen“ (Frau Fischer, 37 Jahre).

Mit Flexibilität und Spontaneität ist auch Ungebundenheit gemeint, da, wie in den Zitaten von Frau Lehmann und auch Herrn Arnold geäußert wird, keine Restriktionen in Bezug auf Distanz und Transport bestehen. So wird das Leben in der Stadt als „Luxus“ (Frau Fischer, 37 Jahre) bezeichnet, da es als „Lebensfreude“ empfunden wird, durch das zentrale Wohnen direkt am Geschehen zu sein, ohne dabei jedoch auch involviert sein zu müssen. Vielmehr bieten sich den Befragten Optionen, die angenommen werden können und die als präserter betrachtet werden, als es von suburbanen Wohnstandorten aus der Fall ist. Obwohl auch dort Programmkalender in der Zeitung gelesen werden können, scheinen Erfahrungen gezeigt zu haben, dass Aktivitätsmöglichkeiten in der Stadt eher publik sind, wodurch eine Teilnahme spontan möglich ist.

„Das Theater am Aegi hat ja auch Gastspiele, und das Schöne ist, dass wir die hier eben auch mitbekommen. Dann kauft man sich rasch Karten. In Laatzen haben wir das gar nicht mitbekommen und wenn man mal so ein Plakat gesehen hat, dann war das alles schon längst gelaufen. Und das ist jetzt viel schöner. (...) Und jetzt kann man das spontan machen. Man sieht, was es gibt, und dann guckt man, ob es noch Karten gibt, und geht hin. Es geht halt auch schnell“ (Frau Gerke, 69 Jahre).

7.4.2 Vitalität

Ein wesentlicher Bestandteil des urbanen Wohnens ist die Vitalität (Lebendigkeit), die verstärkt durch Bevölkerungsdichte erzielt wird. Sie ist im Kontrast zu kleinstädtischen oder ländlichen Siedlungen zu sehen und kann als ein Merkmal von Urbanität angesehen werden. Im Vergleich zu suburbanen oder ländlichen Gebieten haben viele der Interviewpartner aus eigenen Erfahrungen aufgezeigt, dass es ein Motiv ihrer Wohnstandortwahl war, nicht abgeschieden wohnen zu wollen, sondern Lebendigkeit im Straßenraum vorzufinden (zumindest außerhalb des direkten Wohnumfelds). So spielt das Flanieren in den westlich gelegenen Stadtteilen mit einer heterogenen Bevölkerungsstruktur eine bedeutende Rolle. Dort geben mehrere Personen an, am städtischen Wohnen zu schätzen, im Straßenraum unterschiedlichen Menschen zu begegnen und Visavis mit diesen zu sein. Dieses Sehen und Gesehen werden empfinden aber auch andere Gesprächspartner als abwechslungsreich, doch bezieht sich dieses außerhalb der westlichen Stadtteile eher auf eine allgemeine Belebtheit der Innenstadt oder darauf, Menschen von einem Straßencafé aus zu beobachten.

„(...) man kann so gut die Gedanken hängen lassen. Also ich mache es [in Straßencafés sitzen, K. S.] manchmal auch mittags, gerade wenn das Wetter so schön ist. Dann finde ich es auch anregend, so für eine halbe Stunde die Zeitung zu lesen. Ein bisschen auch zu gucken und vor allem das Gefühl zu haben, man ist Teil des Ganzen. Und man sieht andere so vorbeiflanieren. Das hat, finde ich, auch etwas sehr Entspannendes“ (Frau König, 41 Jahre).

Oder:

„Also ich sitze auch gerne an dem einen oder anderen öffentlichen Platz. In Kirchrode am Marktplatz gibt es auch zwei Bänke und da ist es so nett zu gucken, wie sich das Marktleben abspielt. Oder, was ich heiß und innig liebe, das ist der Lindener Markt. Da gibt es ja mittlerweile auch so kleine Cafés. Also, so etwas tue ich gerne“ (Frau Höfelmeier, 62 Jahre).

Die Beispiele verdeutlichen, dass den Befragten das Gefühl wichtig ist, durch die Lebendigkeit und Belebtheit den Eindruck vermittelt zu bekommen, ein Teil des Ganzen zu sein, denn ähnlich wie die beiden Zitate gestalten sich auch andere Gesprächsausschnitte. So wird es vor allem an dezentralen Wohnstandorten als nachteilig gesehen, dass sich das Leben dort nur selten in Räume außerhalb der eigenen Wohnung verlagert. Zurückgeführt wird dies auf das mangelnde Angebot an außerhäuslichen Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, wie es bereits in vorherigen Kapiteln aufgezeigt wurde:

„Auch das Capitol [Veranstaltungszentrum, K. S.], da kann man auch mal hingehen. Aber es ist auch einfach nett, wenn man sieht, dass dort etwas los ist. Also, das finde ich schon ganz schön, dass hier nicht so die Bürgersteige hochgeklappt werden. (...) Also, wenn

sie in einem Dorf sind, wo sie sowieso nur Auto fahren, dann ist der Ofen aus, wenn die Kinder im Bett sind“ (Herr Voller, 43 Jahre).

Teilhabe am Geschehen bewirkt, dass die Gesprächspartner das Gefühl haben, den Zeitgeist mitzuerleben und einen Wandel diesbezüglich zu bemerken. Was andere Personen durch den Besuch von Straßencafés erleben, empfindet Herr Arnold in der Straßenbahn, denn auch dort kommen und gehen Passanten, die beispielsweise Moden und Eindrücke vermitteln:

„Aber ich habe schon das Gefühl, dass man in der Stadt eher Entwicklungen mitbekommt und eher Veränderungen sieht und dass auf dem Lande eher das Beständige zu finden ist. Ein Beispiel: Beruflich ist man in der Regel auf bestimmte Personengruppen fixiert, mit denen man so zu tun hat. Manchmal ertappt man sich dabei, dass man denkt, alle sind so wie die, mit denen man den ganzen Tag zusammenarbeitet. Das ist hier das Positive, dass man ja nur in die Straßenbahn zu steigen braucht. Leute beobachten, das machen wir beide weniger in einem Café als vielmehr in der Straßenbahn. Ich brauche da morgens keine Zeitung zu lesen, aber wenn ich mit der Bahn ins Büro fahre, da fahre ich so 20 Minuten, da steigen die unterschiedlichsten Leute ein. Zu den unterschiedlichsten Zeiten und sehen unterschiedlich aus, so dass man auch schon mal denkt ‚Mein Gott, wie laufen die denn rum?‘ oder ‚Was heutzutage wieder Mode ist‘. Und wenn man auf dem Land mit dem Bus von einem Dorf ins andere fährt–und der Aspekt ist, dass man das nicht macht, da die viel zu selten und unregelmäßig fahren, so dass man das Auto nutzt–da sieht man immer nur dieselben Leute. Die, mit denen man arbeitet. Es kommt wenig Neues hinzu. Man muss die ja gar nicht kennen lernen, aber dass man andere beobachtet, das ist für mich ein Aspekt der Straßenbahn“ (Herr Arnold, 47 Jahre).

Auch dieses Zitat zeigt, dass die befragten Bewohner teilweise sehr negative und abwertende Meinungen von Wohnstandorten außerhalb der Stadt besitzen–oder diese für sich als Lebensraum zumindest ausschließen. Die langsameren Entwicklungen oder das Beständige, das Herr Arnold dem ländlichen Raum zuspricht, ist ein Aspekt, der auch von anderen Interviewten als Motiv für die städtische Wohnstandortwahl genannt wird. Ob es als Zeitgeist, Entwicklungen oder *Up to date*-sein bezeichnet wird, so stellt ein auf Aktualität bezogenes Denken einen Aspekt dar, der sich auch in der Lebensstilanalyse in einem großen Interesse für tagesaktuelle Medien zeigt (vgl. Kapitel 5.3.2). Noch deutlicher formuliert es Frau Jäger, die den kleinstädtischen und ländlichen Raum aus eigenen Erfahrungen heraus ebenfalls negativ bewertet:

„Ich sage mal so: Revolutionen wurden immer nur in Städten gemacht. Also ich glaube, dass man in der Stadt weiter voran ist. Einfach von der Entwicklung her und dem, was so abgeht. Das finde ich einfach“ (Frau Jäger, 45 Jahre).

7.5 Quantität und Qualität – eine Synthese

In Bezug auf die in Kapitel 7.1.2 aufgezeigten Einflussfaktoren auf die Wohnstandortwahl eines Haushaltes hat die Analyse der Bewohnerinterviews gezeigt, dass Distanz und Erreichbarkeit als entscheidende Motive für das innenstadtnahe Wohnen angesehen werden können. Obwohl das Konzept der Erreichbarkeit zunächst für den suburbanen Raum entwickelt wurde (HOANG HUU PHE & WAKELY 2000, S. 7), besitzt es auch in der vorliegenden Studie Relevanz, da in allen Interviews deutlich wurde, dass kurze Wege zu alltäglichen Zielen zu den wichtigsten Gründen für das städtische Wohnen zählen. Ursächlich hierfür sind bei jüngeren Bewohnergruppen vor allem die Doppelbelastung durch Berufstätigkeit und Familienverpflichtungen, womit ein begrenztes Zeitbudget im Alltag verbunden ist. Zudem äußert sich mit dem innenstadtnahen Wohnen der Wunsch, hinsichtlich unterschiedlicher Bedarfe und Einrichtungen eine Auswahl treffen zu können, denn die Angebotsbreite und auch -tiefe (und verschiedene Qualitätsstandards) in Bezug auf Infrastruktureinrichtungen, Dienstleistungsunternehmen und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten sind ein zentrales Motiv für die Wohnstandortentscheidung. Der Wunsch nach Auswahl ist auch für ältere Bewohnergruppen von Bedeutung, denn sie geben ebenfalls an, in der Stadt von dem umfassenden Angebot zu profitieren. Dies wird insbesondere hinsichtlich zunehmender Mobilitätseinschränkungen in höherem Alter durch die kurzen Wege als „Komfort“ (Frau Becke, 62 Jahre) betrachtet. So ist die Wohnstandortentscheidung maßgeblich durch den *activity space* und *social space* begründet (ÆRØ 2006, S. 118), da die Zentralität und Nahräumlichkeit zu wichtigen Alltagszielen, Familie, Freunden und Bekannten altersunabhängig als unabdingbar angesehen werden. Obwohl von den Interviewten eingeräumt wird, dass auch Wohnstandorte im Umland Hannovers aufgrund der guten Verkehrserschließung nicht weit entfernt liegen, sind Autonomie und Flexibilität vor allem in der Freizeitgestaltung ergänzende Aspekte, die gegen suburbane Wohnstandorte sprechen – zumindest solange attraktive Immobilien im innenstadtnahen Raum vorhanden sind.

Durch diese Kriterien wird der *awareness space* geformt, denn eigene Erfahrungen, aber auch gewisse Vorurteile gegenüber Wohnstandorten außerhalb Hannovers sprechen gegen einen Umzug in diese Räume. So verbinden sich häufig negative Erinnerungen mit kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden, so dass die Wohn Erfahrungen während der Sozialisationsphase bei denjenigen, die außerhalb von Großstädten aufgewachsen sind, weniger prägend waren als Erfahrungen an Wohnstandorten, an denen sie während späterer Lebensphasen gewohnt haben (FEIJTEN et al. 2008, S. 144). So wird häufig von diesen Personen angemerkt, dass die gesammelten Erfahrungen und vor allem Defizite in Infrastrukturausstattungen gegen einen Umzug in diese Räumen sprechen. Eigene Eindrücke haben dazu geführt, dass aufgrund eingeschränkter Mobilitätsmöglichkeiten eine Teilnahme an sozialen Ereignissen insbesondere während der Jugendzeit nur schwer möglich war, so dass die Räume negativ in Erinnerung bleiben:

„Also ich habe mich von meinen Eltern sehr stark beeinflussen lassen, die gesagt haben ‚Zieh nie auf ein Dorf‘. Die sind jetzt auch wieder in die Stadt gezogen. Mitten rein. Für mich war das einfach so eine Lehre. Ich will meinen Kindern nicht das antun, was meine Eltern, überspitzt gesagt, mir und meiner Schwester angetan haben. Nämlich diese Abgeschiedenheit“ (Herr Lohse, 37 Jahre).

Aber nicht nur jüngere Bewohnergruppen haben negative Assoziationen mit kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden, auch ältere Befragte geben an, aufgrund defizitärer Aktivitätsmöglichkeiten und einer auf das Auto ausgerichteten Mobilität bei der Wohnstandortsuche gezielt nicht in entlegenen Räumen gesucht zu haben. Auch diese Personen geben an, das „City Life“ (Frau Höfelmeier, 62 Jahre) mit diversen Möglichkeiten zu präferieren und häufig nur aufgrund von Kindern zuvor an einem Wohnstandort außerhalb der Stadt gewohnt zu haben:

„**Herr Nothaft:** (...) und dann dieses „Grüne-Witwen-Problem“. Kennen Sie den Ausdruck?

K. S.: Nein.

Herr Nothaft: Also das war Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre. Da zogen viele Familien raus (...), dann war häufig der Mann berufstätig, so dass die Frauen alleine waren. Als die Kinder im Vorschulalter waren, haben sie sich um den Garten gekümmert, ums Haus. Also als Frau auf dem Land einen Job zu finden, war praktisch gar nicht möglich. Und dann gingen die Kinder zur Schule und die grünen Witwen saßen da rum. (...) Ich habe Freunde in der Lutherstraße [innenstadtnah gelegen, K. S.], die sich dort eine Eigentumswohnung gekauft haben. Die haben vorher in Pattensen [im Umland von Hannover, K. S.] gewohnt. Die sind so typisch. (...) Zwei Kinder, sie fuhr morgens in die Schule nach Hannover, er fuhr in sein Amt nach Hannover. Zwei Autos. Dann hat Dings angerufen ‚Wir wollen heute Abend in den Biergarten oder das und das machen‘. Dann sind die wieder in ein Auto und wieder nach Hannover. (...) Meine Freunde merkten auf einmal, dass, wenn sie hier wohnen würden (...), sie wunderbar versorgt wären. Das sind Nachteile auf dem Land. (...) Ich glaube, die haben 15 Jahre dort gewohnt. Und sie war diejenige, die dann gesagt hat ‚So, jetzt ist Schluss, ich will nicht mehr‘“ (Herr Nothaft, 60 Jahre).

Das, was Herr Nothaft als „Grüne-Witwen-Problem“ beschreibt, erkennen auch HÄUSERMANN und OSTNER (1990, S. 417; vgl. Kapitel 2.2.5) als ein Problem von suburbanen und ländlichen Gemeinden. Vor allem in Bezug auf Haushalte, in denen beide Partner erwerbstätig sein möchten, jedoch auch eine Familie gegründet wird, sprechen strukturelle Defizite gegen dezentrale Wohnstandorte. So ist auch das befreundete Paar von Herrn Nothaft aus diesen Gründen wieder zurück in die Stadt gezogen, sobald die naturnahe Wohnumgebung für die Kinder nicht mehr als notwendig erachtet wurde, da auch hier wieder die Erreichbarkeit zu einem zentralen Kriterium geworden ist.

Tab. 30: Motive der städtischen Wohnstandortwahl

		Motive der Wohnstandortwahl*	
		Zentralität	Mobilität
Hauptkategorien	Zeitmanagement/ Erreichbarkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Kurze Wege • Spezielle Einrichtungen (z. B. Bibliotheken/Archive) • Hauptbahnhof • Verkehrsknotenpunkt (Schnellstraßensystem) 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermeidung von Pendelfahrten (berufsbedingt, freizeitbedingt, schulbedingt, kindbedingt) • Verzicht auf Autonutzung (ÖPNV, Fahrrad oder zu Fuß) • Car-Sharing
	Urbane Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> • Kommerzielle, medizinische und freizeitorientierte Infrastruktur • Kontakte und Bekanntschaften • Schulen und Kinderbetreuung • Ergänzende Bildungsangebote 	<ul style="list-style-type: none"> • Demographische Vielfalt • Kulturelle Vielfalt** • Soziale Vielfalt** • Architektonische und städtebauliche Vielfalt (gewachsene Strukturen)
	Urbanes Lebensgefühl	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt als Möglichkeitsraum • Spontaneität • Flexibilität • Selbstverwirklichung 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilhabe im öffentlichen Raum • Belebtes soziales Umfeld • Nähe zu wechselnden Moden und Zeitgeist
<p>* nur mehrfach genannte Motive ** gilt insbesondere für Neubaugebiete, die in einem sehr heterogenen Umfeld errichtet wurden (vor allem in den westlichen Stadtteilen)</p>			

Quelle: Eigene Darstellung

Obwohl eine naturnahe Wohnumgebung als ein Standortvorteil angesehen wird, haben die Interviews gezeigt, dass weitere Aspekte den *awareness space* formen und in einem Abwägungsprozess Standortnachteile, wie eine erhöhte Umweltbelastung, durch Vorteile aufgewogen werden. Die benannten Motive für die städtische Wohnstandortwahl lassen sich in drei Haupt- und sechs Unterkategorien gruppieren, die zusammen den *awareness space* der Stadt formen (vgl. Tabelle 30). So konnte durch die Gesprächsanalyse aufgezeigt werden, dass nicht nur physisch-materielle Aspekte zu den Gründen der Wohnstandortwahl zählen, sondern sich auch positive Lebensgefühle hiermit verbinden, die als so bedeutsam erachtet werden, dass kleinstädtische oder ländliche Gemeinden als Wohnstandorte ausscheiden.

In Hinsicht auf heterogene Wohnumfelder belegen die Ergebnisse, dass der von AERØ (2006, S.110) weiterentwickelte Lifestyle-Ansatz auf die vorliegende Untersuchung übertragbar ist, denn unterschiedliche Raumausstattungen und Atmosphären können

auch hier als ein Grund dafür angesehen werden, dass sich mit den Wohnmotiven eine unterschiedliche Akzeptanz der Urbanität, also des Fremden und Anderen, verbindet. Deutlich wird dies vor allem in den Untersuchungsgebieten der westlichen Stadteile Hannovers, da dort im Vergleich zu anderen Neubaugebieten häufiger die kulturelle und soziale Vielfalt als Motive der Wohnstandortwahl genannt werden. Obwohl die Analyse der Lebensstile der Bewohner gezeigt hat (vgl. Kapitel 5.3.3), dass alle Cluster in allen Untersuchungsgebieten leben, so war dennoch eine Dominanz der als tolerant zu bewertenden „aktiven, politisch und kulturell interessierten Postmaterialisten“ (Cluster 1) in den Neubaugebieten mit heterogenen Wohnumfeldern festzustellen, was dieses Ergebnis der Interviewanalyse bekräftigt.

Abschließend betrachtet können die erhobenen Motive zur innenstadtnahen Wohnstandortwahl als „Quantität und Qualität“ zusammengefasst werden, da sich mit dem Begriff der Quantität vor allem der Wunsch nach Auswahl, Diversität und auch Heterogenität verbindet. Ergänzend wird mit „Qualität“ der „Komfort“ beschrieben, der das städtische Wohnen den Befragten durch die kurzen Wege eröffnet und insbesondere doppelverdienenden Haushalten ermöglicht, durch ein optimiertes Zeitmanagement unterschiedliche Bedürfnisse wie Arbeit und Familiengründung leben zu können. So wird es ebenfalls von den Interviewten als Qualität betrachtet, die Möglichkeit zu haben, zum Beispiel bei Bedarf, ohne weite Distanzen überwinden zu müssen, spezialisierte Angebote und Einrichtungen erreichen zu können. Hiermit verbindet sich das urbane Lebensgefühl, auf das die befragten Bewohner nicht verzichten möchten, sondern es als Qualität empfinden, in der Stadt Aspekte der Vitalität zu erleben und den Möglichkeitsraum „Stadt“ im Wohnumfeld vorzufinden.

In Kontrast zu den Motiven für die städtische Wohnstandortwahl ist Abbildung 44 zu sehen, die Ergebnisse des Fragebogens darstellt. Sie zeigt, was die Bewohner bei einem möglichen Umzug in eine kleinstädtische oder ländliche Gemeinde vermissen würden. Analog zu den Interviewergebnissen wird deutlich, dass 80,8 % der befragten Personen den Faktor Erreichbarkeit vermissen würden. Gleichzeitig wird ein hoher Stellenwert für gastronomische und kulturelle Einrichtungen deutlich, denn diese, aber auch die Vielfalt an Einkaufsmöglichkeiten würden jeweils über 70 % der Befragten bei einem Fortzug aus der Stadt vermissen. Diskrepanzen zu den Interviewergebnissen sind hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur zu erkennen, denn es geben nur 31,1 % der Bewohner an, eine soziale oder demographische Vielfalt in einer kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinde zu vermissen. Zurückzuführen sein könnte dieser Kontrast zu den Interviewergebnissen darauf, dass demographische Aspekte nicht explizit als Beispiel im Fragebogen angeführt wurden, so dass insbesondere die demographische Vielfalt nicht im Bewusstsein der Befragten war. Denn die Auswertung der Interviews zeigt, dass eine demographische Heterogenität in der Stadt generell als angenehm empfunden wird, und homogene Strukturen suburbaner Neubaugebiete eher als monoton und ablehnend bewertet werden. Gleiches

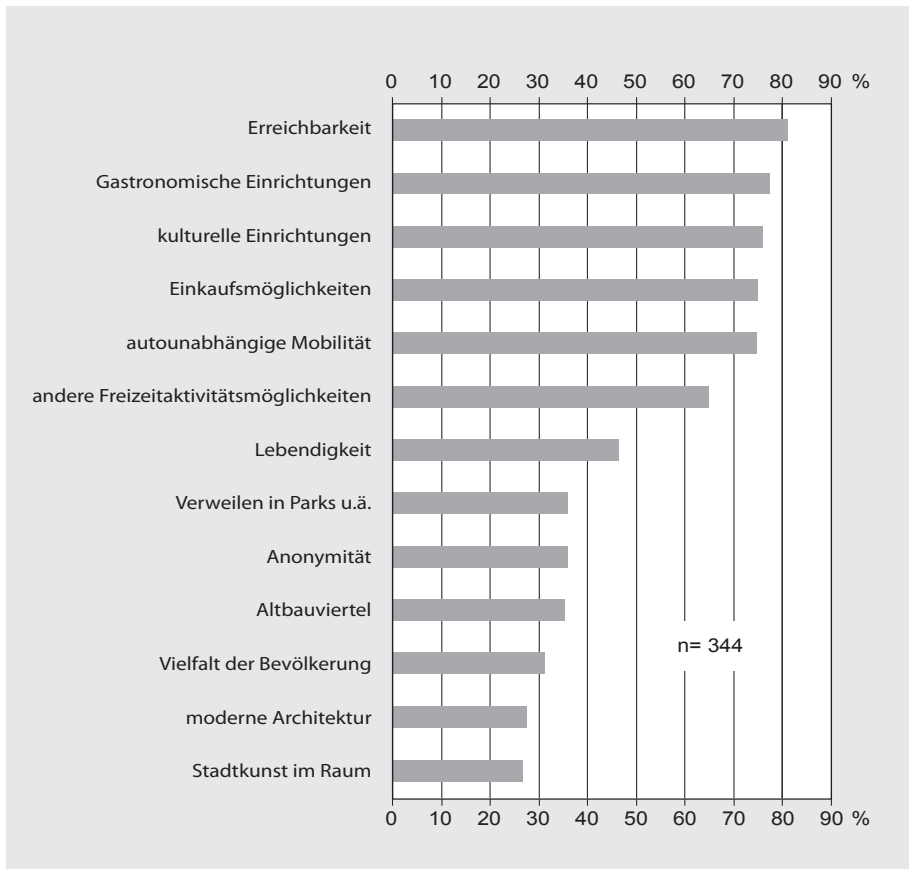


Abb. 44: Aspekte, die bei einem Fortzug aus der Stadt vermisst werden würden (in Prozent (Mehrfachnennungen möglich))

Quelle: Eigene Erhebung 2007

gilt für die Anonymität, denn auch hierbei wird vor allem in den heterogenen Stadtteilen deutlich, dass anonyme Lebensweisen als angenehm empfunden werden. Gleichzeitig ist das Wohnen in den Neubaugebieten zumindest in den Einfamilienhäusern als nur wenig anonym zu bewerten (vgl. Kapitel 6.1.2), weshalb gelebte Nachbarschaftlichkeit (und somit geringe Anonymität) auch Aspekte des innenstadtnahen Raumes darstellen.

8 Diskussion und Fazit

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, mittels einer Analyse der Bewohnerstruktur und der Motive für die innenstadtnahe Wohnstandortwahl einen Beitrag zur Reurbanisierungsdiskussion zu leisten, in der bislang Motivanalysen für das städtische Wohnen weitgehend fehlen (CHESHIRE 2006, S. 1231 f.; SIEDENTOP 2008, S. 201). Werden Aussagen hierzu in der Fachliteratur getroffen, so basieren diese zumeist auf den Grundlagen der Gentrification, in der das städtische Wohnen mit einem auf postmaterialistische und hedonistische Lebensweisen ausgerichteten Lebensstil verbunden ist. Aber auch wenn die Untersuchung den qualitativ ausgerichteten Reurbanisierungsdiskurs erweitern soll (vgl. Kapitel 3.2), ist es nicht das Ziel, anhand der empirischen Daten Aussagen zu einer zukünftigen Trendumkehr der Suburbanisierung zu treffen. Jedoch zeigen die Ergebnisse, dass aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen die Möglichkeit besteht, dass zukünftig verstärkt städtische und speziell innenstadtnahe Wohnstandorte nachgefragt werden könnten, wobei das Siedlungsverhalten in Westdeutschland auch weiterhin von Umlandwanderungen dominiert sein wird. Begründet werden können die zu erwartenden anhaltenden Abwanderungen insbesondere durch den Immobilienmarkt, denn auch wenn zukünftig noch stärker familienorientierte Wohnformen im städtischen Raum realisiert werden, erschweren hohe Grundstückspreise für viele Bevölkerungsgruppen einen Eigentumserwerb in zentralen Lagen. Zudem geht mit dem hohen Bodenwert im innenstadtnahen Bereich einher, dass die Grundstücksgrößen für den Erwerb eines Einfamilienhauses im Vergleich zu suburbanen oder ländlichen Wohnstandorten relativ klein sind. Da sich aber für einige Nachfragergruppen von Einfamilienhäusern mit dem Umzug in eine solche Immobilie die Wünsche nach einem großflächigen Wohnen und einer räumlichen Distanz zum Nachbarn verbinden, stellen die Grundstücksgrößen und das verdichtete Wohnen für einige Nachfrager auch weiterhin Ausschlusskriterien für den städtischen Raum dar.

Dennoch haben die Ergebnisse der vorliegenden Studie gezeigt, dass ein gesellschaftliches Interesse am innenstadtnahen Wohnen vorhanden ist, denn Interviews mit den Bauträgern der Neubaugebiete belegen, dass vor allem die Einfamilienhäuser zum Großteil vor Baufertigstellung vermarktet werden konnten – und dies teilweise mit Wartelisten. Die Motivanalyse für die innenstadtnahe Wohnstandortwahl hat ergeben, dass der städtische Raum für einzelne Bevölkerungsgruppen eine bewusst gewählte Alternative zum suburbanen Raum darstellt, zumindest dann, wenn die Immobilienstruktur den Wohnwünschen der Wohnungssuchenden entspricht. So hat die Fragebogenerhebung gezeigt, dass bei der Wohnstandortsuche für Bewohner von Einfamilienhäusern nur selten Etagenwohnungen von Interesse waren, weshalb vermutet werden kann, dass, wenn keine Einfamilienhäuser kernstadtnah realisiert worden wären, die Bewohner eher an den Stadtrand oder in das Umland Hannovers gezogen wären, als alternativ in einer Wohnung zu leben. Da hiervon insbesondere Familien betroffen sind, die zu 75,2% in einem Einfa-

milienhaus wohnen, bedeutet dies für Kommunen, dass, wenn sie attraktiven Wohnraum für Familien oder Personen in der Familiengründungsphase errichten möchten, dieser in Form von Einfamilienhäusern realisiert werden sollte. Denn es kann davon ausgegangen werden, dass sich bei diesen Bewohnergruppen, zumindest in Städten wie Hannover, mit dem innenstadtnahen Wohnen auch der Wunsch nach einem Haus als Wohnform verbindet und dies häufig gar als eine Voraussetzung bei der Wohnstandortwahl angesehen werden kann.

Werden allgemeine gesellschaftliche Wohnwünsche und politisch gestützte Leitbilder der Siedlungsentwicklung betrachtet, so verbinden sich hiermit in der Regel das suburbane Wohnen und der Eigentumserwerb in Form eines frei stehenden Einfamilienhauses in grüner Wohnumgebung. In diesem Zusammenhang kann ein negatives Image der Stadt ausgemacht werden, das bewirkt, dass ein Fortzug aus der Stadt lange Zeit als Statuspositionierung galt (KISTENMACHER 2001, S. 18). Neuere Entwicklungen zeigen jedoch, dass, wie in Hannover, städtische Wohnstandorte nachgefragt werden, weshalb einige Autoren von einer Renaissance der Stadt sprechen (z. B. LEES 2003) und BRÜHL (2006b, S. 10) bereits einen Imagewandel des städtischen Raumes erkennt. Ein erster Erklärungsansatz für die stadtorientierte Wohnstandortnachfrage wird in der vorliegenden Arbeit in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen gesehen, da gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, die unter den Begriff des sozialen Wandels zu subsumieren sind (vgl. Kapitel 2.1), eine Bevölkerungsgruppe geformt haben, die verstärkt städtische Wohnstandorte nachfragt – sofern die Stadtentwicklungspolitik, wie aufgezeigt, an ihren Bedarfen ausgerichtet ist. Aufbauend auf dem Konzept der Individualisierungsthese, wie sie BECK (1986/1991) im Zusammenhang mit der reflexiven Moderne sieht, treten Veränderungen ein, die die Konstitution der Gesellschaft modifizieren. Mit der Herauslösung des Einzelnen aus vorgegebenen Klassenstrukturen eröffnen sich Möglichkeiten und Optionen, die dem Individuum größere Wahlmöglichkeiten einräumen, von denen vor allem Frauen profitieren können. Mit Veränderungen wie einer stärkeren Geschlechtergleichstellung, Bildungsexpansion und Frauenerwerbsbeteiligung kristallisieren sich Modernisierungen heraus, die häufig ihren Ursprung im Wertewandel haben. So kann ein veränderter Wertekonsens aber nicht nur die Gleichstellung von Frauen hinsichtlich unterschiedlicher Bereiche bewirken, sondern auch die Lebensweisen in Form von Lebensstilen und Ansprüchen (womit sich auch Wohnwunschkilder verbinden) modifizieren. Insbesondere der Bevölkerung des städtischen Raums wird häufig eine modernere Lebensweise zugesprochen, in der postmaterialistische Lebenseinstellungen dominieren und neue Haushaltsformen verstärkt auftreten. Ergänzt werden diese gesellschaftlichen Veränderungen seit den 1970er-Jahren durch den demographischen Wandel, wovon nicht nur die Gesellschaftsstruktur betroffen ist, sondern wodurch auch Folgewirkungen beispielsweise bei Infrastrukturausstattungen auftreten (vgl. Kapitel 2.2).

Bezogen auf die unterschiedlichen Dimensionen des sozialen Wandels und die städtebaulichen und verhaltensorientierten Aspekte der Urbanität (vgl. Abbildung 4; Kapitel 4.1) kann anhand der Ergebnisse konstatiert werden, dass ein erster Erklärungsansatz für das städtische Wohnen in den soziodemographischen Entwicklungen der reflexiven Moderne gesucht werden kann. Insbesondere gesellschaftsstrukturelle Veränderungen im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel können als bedeutsam für die städtische Wohnstandortnachfrage angesehen werden. Eine Folge dieses Prozesses ist eine Zunahme älterer Bewohnergruppen, wobei die Erhebung gezeigt hat, dass ein im Vergleich zum städtischen Mittel Hannovers erhöhter Anteil an der Generation 50+ in den Untersuchungsgebieten lebt. Von daher kann vermutet werden, dass hinsichtlich der zukünftigen stärkeren gesellschaftlichen Überalterung die Nachfrage nach städtischen Wohnstandorten zunehmen wird. Vor allem das *empty nest* ist als eine Ursache dafür zu sehen, dass Umzüge aus kleinstädtischen oder ländlichen Gemeinden in die Stadt erfolgen, wobei die Entscheidung für einen Umzug dadurch ausgelöst wird, dass die Wohnflächengröße der kleineren Haushaltszusammensetzung angepasst werden soll und neben anderen Gründen (s. u.) der Wunsch besteht, den Kindern, die ebenfalls in der Stadt wohnen, räumlich näher zu sein (vgl. Kapitel 7.1.1).

Entsprechend haben wohnbiographische Analysen gezeigt (vgl. Kapitel 5.2.1), dass hauptsächlich ältere Personengruppen zu den Reurbaniten zählen, also zu den Personen, die aus dem Stadtrand oder einer kleinen Gemeinde in den innenstadtnahen Bereich Hannovers gezogen sind. Obwohl insgesamt nur 19,7% der befragten Bewohner zu den Reurbaniten im definitorischen Sinn gehören, erhöht sich dieser Anteil deutlich, wenn Wohnerrfahrungen im kleinstädtischen oder ländlichen Raum hinzugezogen werden, die längere Zeit zurückliegen. Insgesamt haben 64,9% aller Bewohner eigene Wohnerrfahrungen außerhalb einer Großstadt gesammelt, von denen 42,1% während der Sozialisationsphase, der prägendsten Lebensphase, in einer Kleinstadt oder in einem Dorf (wozu auch das Umland Hannovers zählt) aufgewachsen sind. Damit widerlegt die vorliegende Studie bestehende Ergebnisse, in denen Korrelationen aufgezeigt werden, bei denen ein starker Zusammenhang zwischen dem hauptsächlichlichen Wohnstandort während der Kindheit und späteren Lebensphasen besteht (z. B., ÆRØ 2006, S. 124; MAZANTI 2007, S. 63 f.; vgl. Kapitel 7.1.2). Demnach müssten die Bewohner eine hohe Affinität zu Wohnstandorten außerhalb der Stadt aufweisen, doch haben die Interviews gezeigt, dass speziell diese Wohnerrfahrungen kritisch bewertet werden. So sind es vor allem die eigenen Erfahrungen an Wohnstandorten außerhalb der Stadt, die jüngere Interviewte davon abhalten, diese Wohnstandorte mit der eigenen Familie zu wählen. Weite Distanzen und defizitäre Infrastrukturen sind die Hauptmerkmale, die negativ mit entlegenen Wohnstandorten verbunden werden. Zudem wird befürchtet, dass der demographische Wandel zukünftig eine weitere Ausdünnung bereits geringer Infrastrukturangebote im ländlichen Bereich bewirken könnte. In diesem Verständnis hat der demographische Wandel zwei Auswirkungen auf die städtische Wohnstandortwahl: Zum einen eine erhöhte Nachfrage

älterer Personengruppen, zum anderen wird von einem Teil der Bewohner wahrgenommen, dass negative Folgewirkungen auf Einrichtungen und andere Infrastrukturangebote im Umland auftreten können, so dass diese Wohnstandorte teilweise bewusst aufgrund des erwarteten demographischen Wandels gemieden werden.

Andere den demographischen Wandel betreffende Aspekte, wie die Heterogenisierung der Lebensformen und ein erhöhter Anteil an Migranten, können in den Untersuchungsgebieten nicht als Gründe für eine verstärkte innenstadtnahe Wohnstandortnachfrage angesehen werden. Obwohl allgemein sowohl der Anteil an Migranten fertilitätsbedingt prozentual in der deutschen Gesellschaft zunimmt als auch internationale Wirtschaftsweisen mobile Arbeitnehmer und eine internationale Wanderung bewirken, hat die Erhebung gezeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund in den Neubaugebieten unterrepräsentiert sind. Zwar könnte dies dadurch begründet sein, dass Migranten in der Regel seltener mit postalischen Befragungen erreicht werden (KLEIN & PORST 2000, S. 9), doch lässt ein Anteil von 2,5% an Ausländern in der Befragung vermuten, dass die Untersuchungsgebiete keine Ziele von Migranten, auch nicht in Mietwohnungen, sind (anders ist es beispielsweise in einer Metropole wie Hamburg, wo auch diese Personengruppe zu den Bewohnern der HafenCity zählen; HafenCity Hamburg GmbH 2008, S. 3). Eine Folge ist, dass sich vor allem in den Gründerzeitvierteln in den westlichen Stadtteilen Hannovers eine doppelte Segregation herauskristallisiert, da die Stadtteile zum einen im Vergleich zu anderen Bereichen Hannovers einen hohen Anteil an Migranten und Empfängern von Transferleistungen aufweisen und zum anderen sich dort die Neubaugebiete als „kleinräumige Inseln“ finanzkräftiger Bevölkerungsgruppen einfügen. In der Konsequenz kann dies zu einem ambivalenten Verhalten der dortigen Bewohner führen, denn trotz einer hohen Identifikation mit der Wohnumgebung sind Segregationserscheinungen sichtbar. So nutzen beispielsweise die Bewohner des Ahrberg-Viertels und Deisterhofes im Stadtteil Linden-Süd ihren Status dazu, bei der Stadt Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Schuleinzugsbereiche zu erwirken (vgl. Kapitel 6.2). Sollte diesem Wunsch nicht entsprochen werden, die Kinder im benachbarten Stadtteil Linden-Mitte einschulen zu dürfen, wird mit Fortzug gedroht und so dem „Wunsch“ mehr Ausdruck verliehen.

Obwohl vor Beginn der empirischen Durchführung vermutet wurde, dass die mit der Individualisierungsthese verbundenen „neuen Lebens- und Haushaltsformen“ (vgl. Kapitel 2.2.4 und 5.1.2) aufgrund einer erhöhten Konzentration in Großstädten zu den wesentlichen Nachfragegruppen des innenstadtnahen Wohnraums gehören, hat die Auswertung gezeigt, dass Lebensformen wie Einpersonenhaushalte und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unterrepräsentiert sind. Vielmehr dominieren auch bei jüngeren Bevölkerungsgruppen konventionelle Lebensformen wie Familie und Ehe, denn insgesamt sind in 53,5% der Haushalte die Partner verheiratet (Mikrozensus 2006: 45,7% der Haushalte, Statistisches Bundesamt 2008, o. S.) und nur 27,2% der Befragten wohnen in Einpersonenhaushalten.

Der hohe Anteil konventioneller Lebensformen äußert sich auch in der Lebensweise, denn eine Erhebung des Lebensstils der befragten Personen nach MÜLLER (1989/1992) belegt, dass der überwiegende Teil eine Lebensweise führt, die nicht als postmateriell/hedonistisch zu bezeichnen ist. Hiermit sind deutliche Differenzen zu Annahmen der Gentrification zu sehen. Zwar ist der Lebensstil der Befragten als politisch und kulturell interessiert zu bezeichnen, doch dominiert der häusliche Aktionsradius. In der Auswertung wurde ersichtlich, dass die befragten Personen zumeist im häuslichen Bereich ihre Freizeit gestalten und Aktivitäten, wie sie mit Yuppies und Dinks assoziiert werden, eher unregelmäßig oder selten nachgehen. So geben zwar 54,8% der Befragten an, sich regelmäßig mit Freunden und Bekannten zu treffen und 45,2% gehen mindestens einmal in der Woche in ein Café oder in eine Bar, doch treten andere außerhäusliche Aktivitäten, der Besuch von kulturellen Einrichtungen und konsumorientierte Lebensweisen in den Hintergrund. Von Bedeutung sind hingegen auch bei jüngeren Personengruppen die eigene Familie und der Beruf, denn die Interviews haben gezeigt, dass viele der Befragten aufgrund der beruflichen Auslastung froh sind, am Wochenende zu Hause bleiben zu können. Dennoch wurde in den Gesprächen erkennbar, dass es den Befragten wichtig ist, zahlreiche kulturelle und andere freizeitorientierte Einrichtungen in der Nähe vorzufinden und diese ohne großen Aufwand erreichen zu können (vgl. Kapitel 7.4.1).

Insgesamt weichen diese Ergebnisse von bisherigen Lebensstilanalysen im städtischen Raum ab, denn sowohl SPELLERBERG (1996) als auch KLEE (2001) identifizieren in ihren Studien in der Stadt eine Dominanz des „Erlebnis- und Unterhaltungstyps“ und des „engagierten Selbstverwirklichungstyps“ (SPELLERBERG 2007, S. 193; vgl. Kapitel 2.2.2 und 5.3.4). Nicht nur in den Freizeitaktivitätsmustern sind Abweichungen hiervon sichtbar, sondern auch im Wertekonsens zeigt sich keine rein postmaterialistische Einstellung. So werden diese Werte durch materialistische Bedeutungszuschreibungen ergänzt, da sowohl die Toleranz als auch das Pflichtbewusstsein, der Lebensgenuss oder das Leistungsstreben hohe Zustimmungen erhalten. Entgegen den Annahmen von BECK, der mit der Individualisierung eine zunehmende Selbstverwirklichung prognostiziert, ist eher eine Wertesynthese nach KLAGES (2001c, S. 10) vorzufinden, nach der materialistische ebenso wie postmaterialistische Werte bedeutsam sind. HRADIL (2002a, S. 45) spricht in diesem Zusammenhang von einer Re-Moralisierung, da in jüngeren Bevölkerungsgruppen die postmaterialistischen Werte nicht zunehmend an Bedeutung gewinnen, sondern materialistische Einstellungen wieder eine gleichwertige Relevanz besitzen.

Obwohl die Untersuchung gezeigt hat, dass es nicht sinnvoll ist, eine weiterführende Analyse auf der Basis einzelner Lebensstile durchzuführen, da diese nur in Nuancen voneinander abweichen (vgl. Kapitel 5.3), ist eine Differenzierung der Untersuchungsgruppe in einzelne Lebensstilcluster hinsichtlich der Werteinstellungen sinnvoll. Hier hat eine Verknüpfung der Cluster mit den Untersuchungsgebieten gezeigt, dass auf Toleranz bedachte Personen vor allem in den heterogenen Gründerzeitvierteln des westlichen

Stadtbereiches wohnen. Ergänzt werden kann dies durch Interviewergebnisse, in denen die Einstellungsdifferenz der Befragten ebenfalls deutlich geworden ist. So betrachten Bewohner von Neubaugebieten in einem homogenen Umfeld die soziale und kulturelle Heterogenität eher als eine Notwendigkeit des städtischen Wohnens und das urbane Charakteristikum des Fremden als eine Kondition des innenstadtnahen Raumes, als dass sie Aspekte der Urbanität als eine Bereicherung empfinden (vgl. Kapitel 3.1). In dieser Hinsicht ist die Lebensstilanalyse zu erweitern, denn konkretisiert werden kann sie durch die sozialen Komponenten der Urbanität, in der urbane Verhaltensweisen von „rurbanen“ unterschieden werden können. Letztere sollen durch den Wortstamm „rural“ eine stärker ausgeprägte Abneigung gegenüber typisch großstädtischen Begegnungen mit dem Fremden in der Öffentlichkeit bezeichnen, von dem sich (teilweise durch eine Mauer oder verschlossene Eingangsbereiche räumlich sichtbar) beim Wohnen distanziert wird. Anders ist es in heterogenen Wohnumfeldern, da dort in Bezug auf Kinder eine soziale und kulturelle Vielfalt als positiv empfunden wird und es als Freiheit angesehen wird, außerhalb der Neubaugebiete keiner sozialen Kontrolle zu unterliegen (vgl. Kapitel 6.2 und 7.3.2).

Innerhalb der Neubaugebiete wird jedoch wohngebietsunabhängig in den Einfamilienhäusern darauf verwiesen, dass Verhältnisse der sozialen Kontrolle sowie Klatsch und Tratsch sowie Statuspositionierung durchaus gegeben sind, die sich aus intensiven Nachbarschaftskontakten entwickeln. So zeigt die Auswertung, dass die Nachbarschaftsverhältnisse in den Einfamilienhäusern denen im suburbanen Raum ähneln und Parallelen zu den Ergebnissen von MENZL (2007, S. 263 ff.) identifizierbar sind (vgl. Kapitel 6.2). Es kann davon ausgegangen werden, dass wohnstandortunabhängig mit dem Umzug in ein Haus die Bereitschaft vorliegt, intensive Nachbarschaftskontakte einzugehen, so dass Nachbarschaftsbeziehungen auch im städtischen Raum Formen annehmen, die prinzipiell eher anderen Wohnstandorten zuzuschreiben sind. Das bedeutet, dass auch in dieser Hinsicht bei einem Teil der Bewohner lebensstilergänzende konventionelle Merkmale vorliegen, die sich nicht mit dem städtischen Raum decken. Anonymere Beziehungsformen und ein auf das „Normalniveau“ (HÄUSSERMANN & SIEBEL 2004, S. 111) von Städten ausgerichtetes Nachbarschaftsverhältnis, in denen gelegentlich Gespräche geführt werden und gegenseitige Hilfe gewährleistet ist, liegen in den Mehrgeschosswohnungen vor. Diese distanzierteren Kontaktformen werden dort nicht als negativ bewertet, sondern von den befragten Bewohnern als durchschnittlich und gut empfunden.

Unter Berücksichtigung der Werteorientierungen und Nachbarschaftsverhältnisse kann als Ergebnis der Lebensstilanalyse festgehalten werden, dass die Mehrheit der befragten Bewohner nicht aufgrund einer auf Konsum, Freizeit und Anonymität ausgerichteten Lebenseinstellung, wie sie mit dem städtischen Wohnen häufig in Verbindung steht, in der Stadt lebt, sondern andere Gründe hierfür vorliegen müssen. Der Hauptgrund für das städtische Wohnen kann in den städtebaulichen Aspekten der Urbanität gesehen werden.

Da in 86,1 % der Mehrpersonenhaushalte beide Partner erwerbstätig sind und 75,2 % der Mütter arbeiten, stehen praktische Gründe bei der Wohnstandortwahl im Vordergrund. Immer wieder wird in den Gesprächen auf den Zeitaspekt und die Alltagsorganisation hingewiesen, so dass die kurzen Wege in Kombination mit einem vielfältigen Angebot als ausschlaggebend bei der Wohnstandortwahl angesehen werden können. In Ergänzung ist eine Angebotsvielfalt hinsichtlich der Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungsunternehmen und Freizeitmöglichkeiten ein bedeutender Faktor. Auch wenn letztere nur wenig genutzt werden, wird die Vielfalt geschätzt, die potenziell in der Freizeitgestaltung (auch für Kinder) gegeben ist. Insbesondere für jüngere Bewohnergruppen wird ein durch die Doppelbelastung von Beruf und Familie bewirktes enges Zeitbudget zu einem wohnstandortbedingenden Aspekt (vgl. Kapitel 7.2.1), bei dem der innenstadtnahe Raum mit seinen kurzen Distanzen für das alltägliche Zeitmanagement ideal erscheint. Parallel wird das berufliche, aber auch das freizeitbedingte Pendeln als negativ betrachtet, da dies als verlorene Zeit wahrgenommen wird. Ebenso sollen den Kindern keine weiten Wege zugemutet werden, wobei es als eine Voraussetzung im Familienleben angesehen werden kann, dass die Kinder ab einem bestimmten Alter selbstständig ihre Alltagsziele erreichen sollen. So können die traditionellen Pendelkategorien durch die Ablehnung des so genannten „kindbedingten Pendelns“ erweitert werden, da ein regelmäßiges Fahren der Kinder zu Freizeitaktivitäten wie Freunden, Vereinen oder Musikunterricht langfristig nicht mit den Lebensvorstellungen der Eltern konform ist. So bietet der städtische Raum Eltern die Möglichkeit, Selbstverwirklichung zu wahren, auch wenn diese anders gestaltet ist als im postmaterialistischen Verständnis. Hier wird die Freiheit betont, dass die Befragten über die kurzen Wege in der Alltagspraxis die Möglichkeit haben, ihre Lebensvorstellungen umzusetzen, also gleichzeitig zu arbeiten und eine Familien zu gründen. Daneben besteht die Option, bei Bedarf schnell und unkompliziert Freizeitangebote aufsuchen zu können, wobei aus einer Vielzahl an Angeboten ausgewählt werden kann. So ist es ein bedeutender Faktor bei der Wohnstandortwahl, trotz der persönlichen Einbindungen Spontaneität wahren und bei Bedarf ein passendes Angebot in kurzer Distanz erreichen zu können.

Ähnliche Motive nennen Haushalte ohne Kinder, denn auch bei ihnen sind Nahräumlichkeit und Vielfältigkeit ausschlaggebende Kriterien bei der Wohnstandortentscheidung. Zentraler werden jedoch Freizeitkomponenten, wobei auch hier der städtische Möglichkeitsraum von großer Bedeutung ist: „Man könnte, wenn man wollte“. Vor allem bei älteren Bewohnergruppen ist die Anbindung der Untersuchungsgebiete an den öffentlichen Personennahverkehr (mit abendlicher regelmäßiger Taktung) wichtig, da einige der Befragten angeben, ihr Auto mit dem Umzug in den städtischen Raum verkauft zu haben oder dies zeitnah zu planen. Ebenso zählen für ältere Personen Einrichtungen der Gesundheitsinfrastruktur zu den Motiven, die stärker als bei jüngeren Bewohnern ausschlaggebend für die Wohnstandort-

wahl sind. Eng verbunden sind hiermit die Ansichten, dass die Gesundheitsversorgung im städtischen Raum besser gewährleistet ist und die Zentralität der Gebiete bewirkt, dass im höheren Alter die Eigenständigkeit länger aufrechterhalten werden kann.

Die Wohnzufriedenheit der befragten Bewohner ist insgesamt als sehr hoch einzuschätzen, da 98 % sehr zufrieden oder eher zufrieden sind (vgl. Kapitel 6.3). Zurückzuführen ist dies darauf, dass die Neubaugebiete ruhig gelegen sind und teilweise einen geschlossenen Charakter aufgrund ihrer Bauweise haben oder eine Hinterhoflage aufweisen. Viele der Interviewten verbinden mit ihren Wohngebieten das Gefühl, einen Ruhepol und eine Art „Rückzugsort“ vom städtischen Wohnen zu haben, das MENZL (2007, S. 330 ff.) analog dazu bei Bewohnern einer suburbanen Gemeinde Hamburgs identifizieren konnte. Trotz der gegebenen Vorteile des städtischen Wohnens werden auch negative Aspekte wahrgenommen, die sich in einer fehlenden naturräumlichen, aber teilweise auch lauten und stressigen Wohnumgebung zeigen. So gewinnt die Ruhe des eigenen Zuhauses an eminenter Bedeutung. Dennoch überwiegen die aufgezeigten Vorteile diese Defizite, so dass der städtische Raum als optimaler Wohnstandort wahrgenommen wird. Bezüglich der Neubaugebiete kann festgestellt werden, dass es in verdichteten Reiheneinfamilienhausgebieten als angenehm empfunden wird, wenn einerseits die Architektur homogen gestaltet ist, andererseits eine Gemeinschaftsfläche durch eine Carréanordnung der Häuser als Treffpunkt eingeplant wurde. Diesen Flächen können drei Funktionen zugesprochen werden (vgl. Kapitel 6.2):

- Raum für Kommunikation (durch Begegnung wird Nachbarschaft gefördert),
- Raum für unbeaufsichtigtes Spielen der Kinder,
- Abgrenzung nach außen.

Obwohl die dritte Funktion in dieser Form nur indirekt von den Befragten wahrgenommen wird, konnte beobachtet werden, dass die einen Hof formende Anordnung der Häuser in zwei der Untersuchungsgebiete die Aufgabe der räumlichen Abgrenzung von der Umgebung übernimmt. So wird das Durchqueren der Gebiete von Passanten unterbunden, denn auch wenn dies baustrukturell möglich ist, bewirkt der halböffentliche Charakter der Plätze, dass andere Stadtteilbewohner die Gemeinschaftsfläche nicht oder nur selten betreten. Fehlen Gemeinschaftsflächen in Einfamilienhausgebieten (in Form eines Hofes oder anders gestaltet), so wird dies als nachteilig in Bezug auf die Entwicklung von Nachbarschaftskontakten wahrgenommen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich mit den Veränderungen in der reflexiven Moderne eine Gesellschaftsstruktur entwickelt hat, deren Lebensansprüche sich am leichtesten im städtischen Raum verwirklichen lassen. Zum einen gehören die Bewohner zur Generation 50+, die häufig aus dem Umland in die Stadt gezogen sind, um dort einen nahräumlichen Aktionsradius für ihre Bedürfnisse vorzufinden; zum anderen bewirken

der Wertewandel, die Bildungsexpansion, Chancengleichstellung und eine erweiterte Frauenerwerbstätigkeit, dass sich Lebensvorstellungen entwickelt haben, die leichter im städtischen als kleinstädtischen oder ländlichen Raum zu verwirklichen sind. Die bildungsrelevanten Merkmale belegen, dass die Untersuchungsgruppe einen hohen formalen Bildungsgrad besitzt, was auch hinsichtlich der eigenen Kinder als ein Motiv für die Wohnstandortwahl angesehen werden kann. Mehrfach wird in den Gesprächen betont, dass Kinder die Schule ergänzende Bildungsangebote nutzen und beispielsweise privaten Englischunterricht bekommen. Hierbei wird von den Interviewten vermutet, dass solche Angebote im städtischen Raum umfassender sind. Der hohe Anteil an Haushalten, in denen beide Partner (voll) erwerbstätig sind, begründet zudem einen zumeist hohen finanziellen Hintergrund (vgl. Kapitel 5.1.3), der nicht zuletzt die städtische Wohnstandortwahl ermöglicht hat. Trotz der Vorteile, die im städtischen Wohnen gesehen werden, besteht bei Bewohnern von Einfamilienhäusern eine hohe Affinität zu suburbanen Wohnformen, da Etagenwohnungen häufig keine Alternative zu sein scheinen. Zudem wird die Bereitschaft signalisiert, auch in den Neubaugebieten eine Lebensweise führen zu wollen, die suburbanen Nachbarschaftsverhältnissen gleicht, womit das suburbane Wohnen in die Stadt getragen wird. So kann das Errichten von innenstadtnahen Einfamilienhäusern dazu dienen, Abwanderungen zu verhindern und Bevölkerungsgruppen an die Stadt zu binden (auch wenn die kommunalen Flächenkapazitäten hierfür zumeist beschränkt sind).

Zukünftig kann sich die Nachfrage nach innenstadtnahen Wohnstandorten erhöhen, denn zum einen werden die aufgezeigten gesellschaftlichen Veränderungen bei jüngeren Bewohnergruppen wahrscheinlich fortwirken, und zum anderen tritt zukünftig die Generation der „Baby-Boomer“ in die Lebensphase des *empty nest*, so dass hier verstärkt Rückwanderungen älterer Personengruppen zu erwarten sind.

9 Literaturverzeichnis

- ÆRØ, T. (2006): Residential Choice from a Lifestyle Perspective. In: *Housing, Theory and Society* 23 (2), S. 109-130.
- Ärzteversorgung Niedersachsen (o. J.): *Wohnen am Yachthafen*. o. O.
- ALBER, J. (2002): Die Modernisierung des Wohlfahrtsstaates: Eine Neumischung moderner und traditionaler Elemente? In: GLATZER, W., R. HABICH & K. U. MAYER (Hrsg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen, S. 15-30.
- ALLEN, J. (2006): Ambient Power: Berlin's Potsdamer Platz and the Seductive Logic of Public Spaces. In: *Urban Studies* 43 (2), S. 441-455.
- ARIÈS, P. (1980): Two Successive Motivations for the Declining Birth Rate in the West. In: HÖHN, CHR. & R. MACKENSEN (Hrsg.): *Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined*. Liège, S. 123-130.
- ARING, J. (2004): Suburbanisierung als Neuordner des Städtesystems? Ein Diskussionsbeitrag vor dem Hintergrund der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. In: GESTRING, N., H. GLASAUER, CHR. HANNEMANN, W. PETROWSKY & J. POHLAN (Hrsg.): *Jahrbuch Stadtregion 2003. Schwerpunkt: Urbane Regionen*. Opladen, S. 109-120.
- ARING, J. & G. HERFERT (2001): Neue Muster der Wohnsuburbanisierung. In: BRAKE, K., J. DANGSCHAT & G. HERFERT (Hrsg.): *Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen*. Opladen, S. 43-56.
- BACKHAUS, K., B. ERICHSON, W. PLINKE & R. WEIBER (2000): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin u. a.
- BÄHR, J. (2004): *Bevölkerungsgeographie*. Stuttgart.
- BAHRDT, H.-P. (1988): Städtische Lebensformen in Zukunft. In: *Die alte Stadt* 15 (1), S. 68-82.
- BAHRDT, H.-P. (1989): Die Stadtstraße als Kommunikationsfeld. In: *Die alte Stadt* 16 (2/3), S. 196-207.
- BAHRDT, H.-P. (2006, Hrsg. U. HERLYN): *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*. Wiesbaden.
- BAHRENBURG, G. (2004): Zur räumlichen Orientierung suburbaner Haushalte. In: GESTRING, N., H. GLASAUER, CHR. HANNEMANN, W. PETROWSKY & J. POHLAN (Hrsg.): *Jahrbuch Stadtregion 2003. Schwerpunkt: Urbane Regionen*. Opladen, S. 79-91.
- BALCHIN, P., J. KIEVE & G. BULL (1995): *Urban Land Economics*. London.
- BARTNICK, E. (2001): Linden-Süd – Bestandsaufnahme eines hannoverschen Stadtteils. In: *agis Info* (11), S. 7-11.
- BASTEN, L. (2005): *Postmoderner Urbanismus. Gestaltung in der städtischen Peripherie*. Münster (Schriften des Arbeitskreises Stadtzukünfte der Deutschen Gesellschaft für Geographie 1).

- BEAUREGARD, R. A. (2005): The Texture of Property Markets: Downtown Housing and Office Conversions in New York City. In: *Urban Studies* 42 (13), S. 2431-2445.
- BECK, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.
- BECK, U. (1991): Der Konflikt der zwei Modernen. In: ZAPF, W. (Hrsg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main, S. 40-53.
- BECK, U. (1995): Die „Individualisierungsdebatte“. In: SCHÄFERS, B. (Hrsg.): *Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder. Theoretische Kontroversen*. Opladen, S. 185-198.
- BECK, U. (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: BECK, U., A. GIDDENS & L. SCOTT (Hrsg.): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main, S. 19-112.
- BECK, U. (2000): The Cosmopolitan Perspective: Sociology of the Age of Modernity. In: *British Journal of Sociology* 51 (1), S. 79-105.
- BECK, U. (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt am Main.
- BECK, U. & E. BECK-GERNSHEIM (1993): Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22 (3), S. 178-187.
- BECK, U. & E. BECK-GERNSHEIM (1994): Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektivierten Soziologie. In: BECK, U. & E. BECK-GERNSHEIM (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt am Main, S. 10-39.
- BECK, U., W. BONSS & CHR. LAU (2004): Entgrenzung erzwingt Entscheidung: Was ist neu an der Theorie der reflexiven Modernisierung? In: BECK, U. & CHR. LAU (Hrsg.): *Entgrenzung und Entscheidung*. Frankfurt am Main, S. 13-62.
- BECKER, G. S. (1960): An Economic Analysis of Fertility. In: National Bureau of Economic Research (Hrsg.): *Demographic and Economic Change in Developed Countries*. Princeton, S. 209-240.
- BECKER, G. S. (1993): *A Treatise on the Family*. Cambridge/Massachusetts/London.
- BECKER, U. & H. NOWAK (1982): Lebensweltanalyse als neue Perspektive der Meinungs- und Marketingforschung. In: *Esomar Congress* 35 (2), S. 247-267.
- BELL, D. & M. JAYNE (2004): Conceptualizing the City of Quarters. In: BELL, D. & M. JAYNE (Hrsg.): *City of Quarters. Urban Villages in the Contemporary City*. Aldershot, Burlington, S. 1-12.
- BELL, W. L. (1968): The City, suburb and a Theory of Social Choice. In: GREER, S. (Hrsg.): *The New Urbanization*. New York, S. 132-168.
- BERG, L. V. D., E. BRAUN & J. V. D. MEER (2007): National Policy Responses to Urban Challenges in Europe. Aldershot/Burlington.
- BERG, L. V. D. & L. H. KLAASSEN (1987): The Contagiousness of Urban Decline. In: BERG, L. V. D., L. S. BURNS & L. H. KLAASSEN (1987): *Spatial Cycles*. Aldershot/Brookfield, S. 84-99.

- BERG, L. V. D., R. DREWETT, L. H. KLAASSEN, A. ROSSI & C. H. T. VIJVERBERG (1982): *A Study of Growth and Decline*. Oxford u. a. (Urban Europe 1).
- BERGER, J. (1996): Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt? In: *Leviathan* 24 (1), S. 45-62.
- BERGER, P. A. & H. KAHLERT (2006): Das „Problem“ des demographischen Wandels. In: BERGER, P. A. & H. KAHLERT (Hrsg.): *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt am Main/New York, S. 9-24.
- BERTOLINI, L. & W. SALET (2003): Planning Concepts for Cities in Transition: Regionalization of Urbanity in the Amsterdam Structure Plan. In: *Planning Theory and Practice* 4 (2), S. 131-146.
- BEYER, S. (2006): Triumph der City. In: *Der Spiegel* (2), S. 134-135.
- BIRG, H. (1996): *Die Weltbevölkerung. Dynamiken und Gefahren*. München.
- BIRG, H. (2003): *Die demographische Zeitwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*. München.
- BIRG, H. (2005): *Die ausgefallene Generation*. München.
- BIRG, H. (2007): Dynamik der demographischen Alterung und Bevölkerungsschrumpfung. In: BOHNET, M., H. HOPF & K. LOMPE (Hrsg.): *Wohin steuert die Bundesrepublik?*
- BIRG, H., E.-J. FLÖTHMANN & I. REITER (1991): *Biographische Theorie der demographischen Reproduktion*. Frankfurt am Main/New York.
- BIRG, H. & H. KOCH (1987): *Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Langfristige Bevölkerungsvorausschätzung auf der Grundlage des demographischen Kohortenmodells und der biographischen Theorie der Fertilität*. Frankfurt am Main/New York.
- BLASIUS, J. (1994): Empirische Lebensstilforschung. In: DANGSCHAT, J. S. & J. BLASIUS (Hrsg.): *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*. Opladen, S. 237-254.
- BOCA, D. D. & M. LOCATELLI (2006): The Determinants of Motherhood and Work Status: A Survey. In: *IZA Discussion Papers Series* (2414). URL: <http://ftp.iza.org/dp2414.pdf> (Stand: 11.02.2008).
- BONGAARTS, J. (2002): The End of the Fertility Transition in the Developed World. In: *Population and Development Review* 28 (3), S. 419-443.
- BORTZ, J. (2005): *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg.
- BOUDON, R. (1983): Why Theories of Social Change Fail: Some Methodological Thoughts. In: *The Public Opinion Quarterly* 47 (2), S. 143-160.
- BOURDIEU, P. (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main.
- BOURDIEU, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: KRECKEL, R. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen, S. 183-198 (Soziale Welt, Sonderband 2).

- BRAKE, K. (2005): Der suburbane Raum als Standorttyp. Zu den Veränderungen seines Charakters im Zuge der aktuellen Suburbanisierung in Deutschland: Zunehmend eigenständigere Entwicklung, Angleichung oder Win-Win-Verhältnis? In: BRAKE, K., I. EINACKER & H. MÄDING (Hrsg.): Kräfte, Prozesse, Akteure – zur Empirie der Zwischenstadt. Wuppertal, S. 9-67 (Zwischenstadt 3).
- BRAKE, K., J. DANGSCHAT & G. HERFERT (2001): Suburbanisierung in Deutschland – aktuelle Tendenzen. In: BRAKE, K., J. DANGSCHAT & G. HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen, S. 7-11.
- BRENTANO, L. (1910): The Doctrine of Malthus and the Increase of Population During the Last Decades. In: *The Economic Journal* 20 (79), S. 371-393.
- BRETSCHNEIDER, B. (2007): *Remix City*. Nutzungsmischung: Ein Diskurs zu neuer Urbanität. Frankfurt am Main u. a. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 37 Architektur 27).
- BROCK, J. B. (1987): Neue Lebensformen als Aspekt neuer Urbanität. In: *Loccumer Protokolle* (62), S. 102-109.
- BROSIUS, F. (2006): SPSS 14. Das mitp-Standardwerk. Heidelberg.
- BROWN, L. A. & E. G. MOORE (1971): The Intra-urban Migration Process: A Perspective. In: BOURNE, L. S. (Hrsg.): *Internal Structure of the City*. Readings on Space and Environment. New York u. a., S. 200-209.
- BRÜDERL, J. (2004): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 19, S. 3-10.
- BRÜDERL, J. & T. KLEIN (2003): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland, 1960-2000. Eine empirische Untersuchung mit dem Familiensurvey 2000. In: BIEN, W. & J. H. MARBACH (Hrsg.): *Partnerschaft und Familiengründung*. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen, S. 189-217 (DJI: Familien-Survey 11).
- BRÜHL, H. (2006a): Neues Wohnen in der Stadt – wohin treibt die Stadtgesellschaft? In: SPARS, G. (Hrsg.): *Wohnungsmarktentwicklung Deutschland*. Trends, Segmente, Instrumente. Berlin, S. 79-123 (ISR Diskussionsbeiträge 58).
- BRÜHL, H. (2006b): Wohnen in der Innenstadt – eine Wiederentdeckung? In: *Wohnbund Informationen* (1/2), S. 8-10.
- BRÜHL, H., C.-D. ECHTER, F. FRÖHLICH VON BODELSCHWINGH & G. JEKEL (2005): Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? *Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung* 41).
- BRUN, J. & J. FAGNANI (1994): Lifestyles and Locational Choice – Trade-offs and Compromises: A Case-study of Middle-class Couple Living in the Ile-de-France Region. In: *Urban Studies* 31 (6), S. 921-934.
- BUCHER, H. (2007): Raumordnungsprognose und demographischer Wandel. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften* 32 (1/2), S. 123-136.
- BUCHER, H. & C. SCHLÖMER (2006): Die Bevölkerung. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): *Raumordnungsprognose 2002/2050*. Bonn, S. 7-38 (Berichte 23).

- BÜHL, A. (2006): SPSS 14. Einführung in die moderne Datenanalyse. München.
- BULLINGER, D. (2002): Schrumpfende Städte und leere Wohnungen. In: *Raumforschung und Raumordnung* 60 (3/4), S. 264-271.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2004): *Wohnungsmärkte in Deutschland*. Bonn.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008): *Aktive Stadt- und Ortsteilzentren*. Merkblatt. Berlin. URL: http://www.bmvbs/Anlage/Original_1039527/Merkblatt-Aktive-Stadt-und-Ortsteilzentren.pdf (Stand: 25.09.2008).
- BURKART, G. (2006): Zaudernde Männer, zweifelnde Frauen, zögernde Paare: Wer ist Schuld an der Kinderlosigkeit? In: BERGER, P. A. & H. KAHLERT (Hrsg.): *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt am Main/New York, S. 111-135.
- BURKART, G. (2007): Eine Kultur des Zweifels: Kinderlosigkeit und die Zukunft der Familie. In: KONIETZKA, D. & M. KREYENFELD (2007): *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*. Wiesbaden, S. 401-423.
- BURZAN, N. (2008): *Quantitative Forschung in der Sozialstrukturanalyse. Anwendungsbeispiele aus methodischer Perspektive*. Wiesbaden.
- BUZAR, S., P. ODGEN & R. HALL (2005): Household Matter: the Quiet Demography of Urban Transformation. In: *Progress in Human Geography* 29 (4), S. 413-436.
- BUZAR, S., P. ODGEN, R. HALL, A. HAASE, S. KABISCH & A. STEINFÜHRER (2007): Splintering Urban Populations: Emergent Landscapes of Reurbanisation in Four European Cities. In: *Urban Studies* 44 (4), S. 651-677.
- CALDWELL, J. C. (1976): Toward a Restatement of Demographic Transition Theory. In: *Population and Development Review* 2 (3/4), S. 321-366.
- CALDWELL, J. C. (1980): The Wealth Flows Theory of Fertility Decline. In: HÖHN, CHR. & R. MACKENSEN (Hrsg.): *Determinants of Fertility Trends: Theories Re-Examined*. Liège, S. 171-188.
- CAMIS, V. (2007): *Der Wandel der Ehe. Die Ehe im Wandel der Zeit*. Saarbrücken.
- CARMON, N. (1999): Three Generations of Urban Renewal Policies: Analysis and Policy Implications. In: *Geoforum* 30 (2), S. 145-158.
- CASTELL RÜDENHAUSEN, A. G. Z. (1989): Frau, Familie und Beruf in historischer Sicht. In: WAGNER, G., N. OTT & H.-J. HOFFMANN-NOWOTNY (Hrsg.): *Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel*. Berlin/Heidelberg, S. 13-23.
- CHAMPION, T. (2001): Urbanization, Suburbanization, Counterurbanization and Reurbanization. In: PADDISON, R. (Hrsg.): *Handbook of Urban Studies*. London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 143-161.
- CHESHIRE, P. C. (2006): Resurgent Cities, Urban Myths and Policy Hubris: What We Need to Know. In: *Urban Studies* 43 (8), S. 1231-1246.
- CLARK, S. (2005): Human Intentionality in the Functionalist Theory of Social Change: the Role of French provincial Intendants in State-Society Differentiation. In: *Arch. Europ. Social* XLVI (2), S. 213-262.

- CLARK, W. A. V. & J. J. ONAKA (1983): Life Cycle and Housing Adjustment as Explanations of Residential Mobility. In: *Urban Studies* 20 (1), S. 47-57.
- CLARK, W. A. V., M. C. DEURLOO & F. M. DIELEMAN (1984): Housing Consumption and Residential Mobility. In: *Annals of the Association of American Geographers* 74 (1), S. 29-43.
- COLEMAN, D. (2006): Immigration and Ethnic Change in Low Fertility Countries: A Third Demographic Transition. In: *Population and Development Review* 32 (3), S. 401-446.
- CROPLEY, A. J. (2002): *Qualitative Forschungsmethoden. Eine praxisnahe Einführung.* Eschborn bei Frankfurt am Main.
- DANGSCHAT, J. S. (1994): Segregation – Lebensstile im Konflikt, soziale Ungleichheiten und räumliche Disparitäten. In: DANGSCHAT, J. S. & J. BLASIUS (Hrsg.): *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden.* Opladen, S. 426-445.
- DANGSCHAT, J. S. (2007): Soziale Ungleichheit, gesellschaftlicher Raum und Segregation. In: DANGSCHAT, J. S. & A. HAMEDINGER (Hrsg.): *Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen.* Hannover, S. 21-50 (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 230).
- DETH, J. W. v. (1997): Wertorientierung durch Politikgestaltung. In: HOFFMANN, H.-V. (Hrsg.): *Wertebewusstsein – Wertewandel: Verbindlichkeit von Werten.* Strausberg, S. 7-24 (Schriftenreihe der AIK 15).
- DETH, J. W. v. (2001): Wertewandel im internationalen Vergleich. Ein deutscher Sonderweg? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29, S. 23-30.
- DICKMANN, N. (2003): Demographischer Wandel - Geburtenraten im internationalen Vergleich. In: *IW-Trends* (1), S. 45-57.
- DIRKSMEIER, P. (2006): Habituelle Urbanität. In: *Erdkunde* 60, S. 221-230.
- DORBTRITZ, J. & K. RUCKDESCHEL (2007): Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe. In: KONIETZKA, D. & M. KREYENFELD (Hrsg.): *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland.* Wiesbaden, S. 45-81.
- DRESSEL, CHR. (2005): Erwerbstätigkeit – Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern. In: CORNELISSEN, W. (Hrsg.): *Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.* München, S. 99-158.
- DÜNCKMANN, F. (2006): *Das Dorf als Wohnkulisse. Zur Restrukturierung ländlicher Räume im Umland von Verdichtungsräumen (unveröffentlichte Habilitationsschrift).*
- DUNCKER, CHR. (1998): Dimensionen des Wertewandels in Deutschland. Eine Analyse anhand ausgewählter Zeitreihen. Frankfurt am Main.
- DUNCKER, CHR. (2000): *Verlust der Werte? Wertewandel zwischen Meinung und Tradition.* Wiesbaden.

- DURTH, W. (1987): Urbanität und Stadtplanung. Thesen zu einem problematischen Verhältnis. In: PRIGGE, W. (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen. Basel, S. 155-165.
- EASTERLIN, R. A. (1973): Relative Economic Status and the American Fertility Swing. In: SHELDON, E. B. (Hrsg.): Family Economic Behaviour. Philadelphia/Toronto, S. 170-223.
- EASTERLIN, R. A. (1976): The Conflict between Aspirations and Resources. In: Population and Development Review 2 (3/4), S. 417-425.
- EBERS, N. (1995): Individualisierung. Georg Simmel - Norbert Elias - Ulrich Beck. Würzburg (Reihe Philosophie 169).
- ECKSTEIN, P. P. (2008): Statistik für Wirtschaftswissenschaftler. Eine realdatenbasierte Einführung mit SPSS. Wiesbaden.
- EDER, K. (1989): Klassentheorie als Gesellschaftstheorie. Bourdieus dreifache kulturtheoretische Bedeutung der traditionellen Klassentheorie. In: EDER, K. (Hrsg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Theoretische und empirische Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie. Frankfurt am Main, S. 15-43.
- ENGELHARD, J.-B. (1986): Nachbarschaft in der Großstadt. Neue Initiativen, dargestellt am Beispiel Münster. Münster (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland 49).
- ERIKSEN, H. E. (2005): Immer schneller – immer mehr? Balance finden zwischen Beschleunigung und Ruhe. Freiburg u. a..
- FEIJTEN, P., P. HOOIMEIJER & C. H. MULDER (2008): Residential Experience and Residential Environment Choice over the Life-course. In: Urban Studies 45 (1), S. 141-162.
- FELDE, W. z. & M. ALISCH (1992): Zur Bedeutung des Raumes für Lebensbedingungen von Bewohnern innenstadtnaher Nachbarschaften in Hamburg. In: HRADIL, S. (Hrsg.): Zwischen Bewusstsein und Sein. Opladen, S. 173-194.
- FELDTKELLER, A. (1994): Die zweckentfremdete Stadt. Frankfurt am Main.
- FLANAGAN, S. C. (1982): Changing Values in Advanced Industrial Societies. Inglehart's Silent Revolution from the Perspective of Japanese Findings. In: Comparative Political Studies 14 (4), S. 403-443.
- FLICK, U. (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg.
- FLÖTHMANN, E.-J. (2003): Migration - eine Hauptdeterminante ost- und westdeutscher Bevölkerungsentwicklungen. In: HUTTER, G., I. IWANOW & B. MÜLLER (Hrsg.): Demographischer Wandel und Strategien der Bestandsentwicklung in Städten und Regionen. Dresden, S. 31-52 (IÖR-Schriften 41).
- FLORIDA, R. (2004): The Rise of the Creative Class. New York.
- FLORIDA, R. (2005): Cities and the creative class. New York/London.
- FREY, W. H. & Z. ZIMMER (2001): Defining the City. In: PADDISON, R. (Hrsg.): Handbook of Urban Studies. London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 14-35.

- FRIEDRICH, J. (1983): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Opladen.
- FRIEDRICH, J. (1996): Gentrification: Forschungsstand und methodologische Probleme. In: FRIEDRICH, J. & R. KECSKES (Hrsg.): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen, S. 13-40.
- FRIEDRICH, J. (1998): Einleitung: „Im Flugsand der Individualisierung?“ In: FRIEDRICH, J. (Hrsg.): Die Individualisierungsthese. Opladen, S. 7-11.
- FRÖHLICH, G. (1994): Kapital, Habitus, Feld, Symbol. Grundbegriffe der Kulturtheorie bei Pierre Bourdieu. In: MÖRTH, I. & G. FRÖHLICH (Hrsg.): Das symbolische Kapital der Lebensstile. Zur Kulturosoziologie der Moderne nach Pierre Bourdieu. Frankfurt am Main/New York, S. 31-54.
- FROHN, J. (2003): Sozialer Wandel - Dokumentation und Analyse. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sozialer Wandel: Daten, Analysen, Gesamtrechnungen. Wiesbaden, S. 9-19 (Forum der Bundesstatistik 41).
- FUCHTE, K. (2006): Verkehr und Erreichbarkeit als Kriterien der Wohnstandortwahl. Dortmund (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung: Verkehr 5).
- GAEBE, W. (2004): Urbane Räume. Stuttgart.
- GANS, P. (2006): Herausforderungen des demographischen Wandels für die Entwicklung der Agglomerationen. In: GANS, P., A. PRIEBIS & R. WEHRHAHN (Hrsg.): Kulturgeographie der Stadt. Kiel, S. 97-110 (Kieler Geographische Schriften 111).
- GANS, P. & T. OTT (2003): Binnenwanderungen in den Ländern der Europäischen Union. In: Geographische Rundschau 55 (6), S. 20-26.
- GANS, P. & A. SCHMITZ-VELTIN (2006): Einleitung. In: GANS, P. & A. SCHMITZ-VELTIN (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 1-2 (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 226).
- Gartenheim (o. J.): Vasati. Die besten Wohnungen für Hannover. O. O.
- GATZWEILER, H.-P. & M. KOCKS (2004): Demographischer Wandel. Modellvorhaben der Raumordnung als Handlungsfeld des Bundes. In: Raumforschung und Raumordnung 62 (2), S. 133-148.
- GEBHARDT, H. & P. REUBER (2007): Humangeographie im Spannungsfeld von Gesellschaft und Raum. In: GEBHARDT, H., R. GLASER, U. RADTKE & P. REUBER (Hrsg.): Geographie: Physische Geographie und Humangeographie. München, S. 569-577.
- GEISSLER, R. (1996): Kein Abschied von Klasse und Schicht. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (2), S. 319-338.
- GEISSLER, R. (2001): Sozialstruktur. In: SCHÄFERS, B. & W. ZAPF (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen, S. 672-681.
- GEISSLER, R. (2004a): Facetten der modernen Sozialstruktur. In: GEISSLER, R. (Hrsg.): Sozialer Wandel in Deutschland. Bonn, S. 69-76 (Informationen zur politischen Bildung 269).

- GEISSLER, R. (2004b): Bildungsexpansion und Bildungschancen. In: GEISSLER, R. (Hrsg.): Sozialer Wandel in Deutschland. Bonn, S. 45-53 (Informationen zur politischen Bildung 269).
- GEORG, W. (1998): Soziale Lage und Lebensstil. Eine Typologie. Opladen.
- Gewos (2006): Region Hannover – Chancen und Risiken für die Wohnungswirtschaft. Hannover.
- GIDDENS, A. (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt am Main/New York.
- GIDDENS, A. (1996): Leben in der posttraditionalen Gesellschaft. In: BECK, U., GIDDENS, A. & L. SCOTT (Hrsg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main, S. 113-194.
- GLATZER, W. (2003): Sozialer Wandel: Langfristige gesellschaftliche Entwicklungstendenzen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sozialer Wandel. Daten, Analysen, Gesamtrechnung. Wiesbaden, S. 37-54 (Forum der Bundesstatistik 41).
- GROHMANN, H. (2003): Die Alterung unserer Gesellschaft. Ursachen, Wirkungen, Handlungsoptionen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28 (2/4), S. 443-462.
- GROTH, J. & E. CORJIN (2005): Reclaiming Urbanity: Intermediate Spaces, Informal Actors and Urban Agenda Setting. In: Urban Studies 42 (3), S. 503-526.
- Gutachterausschuss für Grundstückswerte Hannover (GAG, 2006): Grundstücksmarktbericht 2006. Hannover.
- HAASE, A., S. KABISCH & A. STEINFÜHRER (2005): Reurbanisierung – eine Chance für die dauerhafte Nutzung innerstädtischer Wohngebiete? In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2004/05. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin, S. 77-94.
- HÄDER, M. (2006): Empirische Sozialforschung. Eine Einführung. Wiesbaden.
- HafenCity GmbH Hamburg (2008): Soziale Prozesse in der HafenCity – ein zusammenfassender Zwischenbericht. Bearbeitung: BRECKNER, I., M. MENZL & T. GONZÁLEZ. Hamburg (unveröffentlicht).
- HALLENBERG, B. (2002): Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der Stadt-Umland-Wanderung unter besonderer Berücksichtigung der Wohneigentumsbildung. In: vhw Forum Wohneigentum (3), S. 133-142.
- HALLINAN, M. T. (1997): The Sociological Study of Social Change. In: American Sociological Review 62 (1), S. 1-11.
- HAMM, B. (1973): Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs. Düsseldorf.
- HAMM, B. (2000): Nachbarschaft. In: HÄUSSERMANN, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen.
- HAMMES, Y. (2002): Wertewandel seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Frankfurt am Main.

- HAMNETT, C. (1991): The Blind Men and the Elephant: the Explanation of Gentrification. In: Transactions of the Institute of British Geographers 16 (2), S. 173-189.
- HARD, G. (1999): Raumfragen. In: MEUSBURGER, P. (Hrsg.): Handlungsorientierte Sozialgeographie. Stuttgart, S. 133-162 (Erdkundliches Wissen 130).
- HARD, G. (2008): Der *Spatial Turn*, von der Geographie her beobachtet. In: DÖRING, J. & T. THIELMANN (Hrsg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld, S. 263-315.
- HARDT, H. (1995): Urbane Wohnformen in der Stadt der Zukunft. In: HARDT, H. & R. KLÄSENER (Hrsg.): Die Europäische Stadt auf der Schwelle zum 3. Jahrtausend. Xanten, S. 149-156.
- HÄUSSERMANN, H. & I. OSTNER (1990): Frauenerwerbstätigkeit, Tertiärisierung und Stadtentwicklung. Oder: Verschwindet die Hausfrau? In: Informationen zur Raumentwicklung (8/9), S. 417-426.
- HÄUSSERMANN, H. & W. SIEBEL (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
- HÄUSSERMANN, H. & W. SIEBEL (1992): Urbanität als Lebensweise. Zur Kritik der Ausstattungskultur. In: Informationen zur Raumentwicklung (1), S. 29-35.
- HÄUSSERMANN, H. & W. SIEBEL (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main/New York.
- HARTMANN, P. H. (1999): Lebensstilforschung. Darstellung, Kritik und Weiterentwicklung. Opladen.
- HEGNER, F. & U. LAKEMANN (1989): Familienhaushalt und Erwerbstätigkeit. In: NAVEHERZ, R. & M. MAREFKA (Hrsg.): Handbuch der Familienforschung. Neuwied/Frankfurt am Main, S. 491-511.
- HEIDERICH, R. & G. ROHR (1999): Wertewandel: Aufbruch ins Chaos oder neue Wege? München.
- HELBRECHT, I. (1996): Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum in der Gentrification. In: Geographische Zeitschrift 84, S. 1-15.
- HELFERT, M. (1986): Wertewandel, Arbeit, technischer Fortschritt, Wachstum. Köln (WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung 50).
- HERBERT, W. (1993): Wandel und Konstanz von Wertstrukturen. Frankfurt am Main (Beiträge zur Politikwissenschaft 52).
- HERFERT, G. (2002): Disurbanisierung und Reurbanisierung. Polarisierende Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpflandschaft. In: Raumforschung und Raumordnung 60 (5/6), S. 334-344.
- HERFERT, G. (2007): Regionale Polarisierung der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse? In: Raumforschung und Raumordnung 65 (5), S. 435-455.
- HERLYN, U. (1995): Nachbarschaft. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover
- HERLYN, U. (2000): Milieus. In: HÄUSSERMANN, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S. 152-162.

- HERMANN, M. & H. LEUTHOLD (2002): Die gute Adresse. Divergierende Lebensstile und Weltanschauungen als Determinanten der innerstädtischen Segregation. In: MAYR, A., M. MEURER & J. VOGT (Hrsg.): Stadt und Region. Dynamik von Lebenswelten. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. 53. deutscher Geographentag. Leipzig, S. 236-250.
- HERTER-ESCHWEILER, R. (1998): Die langfristige Geburtenentwicklung in Deutschland. Opladen (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 27).
- HESSE, M. & B. TROSTORFF (2002): Wohnmilieus, Lebensstile und räumliche Mobilität von ostdeutschen Stadtlandschaften. In: MAYR, A., M. MEURER & J. VOGT (Hrsg.): Stadt und Region. Dynamik von Lebenswelten. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. 53. deutscher Geographentag. Leipzig, S. 371-381.
- HETTLAGE, R. (2002): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? In: Soziologische Revue 25 (1), S. 3-13.
- HEUER, J. H.-B. 1978: Eine kalte Dusche für das Stadthaus? In: Gemeinnütziges Wohnungswesen 31 (11), S. 625-628.
- HILLMANN, K.-H. (1986): Wertewandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen. Darmstadt.
- HILLMANN, K.-H. (2001): Zur Wertewandelforschung: Einführung, Übersicht und Ausblick. In: OSTERDIEKHOF, G. W. & N. JEGELKA (Hrsg.): Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften. Opladen, S. 15-39.
- HILPERT, M. & D. STEINHÜBL (1998): Lebensstile in der Stadt. Eine empirische Studie am Beispiel Augsburgs. München/Mering.
- HIRSCHLE, M. & A. SCHÜRT (2008): Suburbanisierung ... und kein Ende in Sicht? Intra-regionale Wanderungen und Wohnungsmärkte. In: Informationen zur Raumentwicklung (3/4), S. 211-227.
- HOANG HUU PHE & P. WAKELY (2000): Status, Quality and the Other Trade-off: Towards a New Theory of Urban Residential Location. In: Urban Studies 37 (1), S. 7-35.
- HÖHN, CHR. (1992): Aktuelle Bevölkerungsfragen in Europa und in den anderen Industrieländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18 (3), S. 271-289.
- HÖHN, CHR. (2007): Bevölkerungsforschung und demographischer Wandel – Zur politischen Würdigung der Demographie seit den 1970er Jahren. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 32 (1/2), S. 73-98.
- HÖHN, E. (2003): Wandel der Werte und Erziehungsziele in Deutschland. Eine soziologisch-empirische Bestandsaufnahme der gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Situation mit Schwerpunkt auf Schule und Familie im Kontext des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main.
- HOMANS, G. C. (1971): Funktionalismus, Verhaltenstheorie und sozialer Wandel. In: ZAPF, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln/Berlin, S. 95-107.
- HONVEHLMANN, H. (1990): Nachbarschaften auf dem Lande. Gegenwärtige Formen im nordwestlichen Münsterland. Münster (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland 68).

- HRADIL, S. (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Opladen.
- HRADIL, S. (1992a): Einleitung. In: HRADIL, S. (Hrsg.): Zwischen Bewusstsein und Sein. Opladen, S. 9-12.
- HRADIL, S. (1992b): Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre. In: HRADIL, S. (Hrsg.): Zwischen Bewusstsein und Sein. Opladen, S. 16-55.
- HRADIL, S. (1992c): „Lebensführung“ im Umbruch. Zur Rekonstruktion einer soziologischen Kategorie. In: THOMAS, M. (Hrsg.): Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozess. Berlin, S. 183-197.
- HRADIL, S. (2001a): Modernisierung moderner Gesellschaften. Trends gesellschaftlicher Entwicklung und ihre modernisierungstheoretische Einordnung. In: HILL, H. (Hrsg.): Modernisierung – Prozess oder Entwicklungsstrategie? Frankfurt am Main, S. 93-103.
- HRADIL, S. (2001b): Sozialer Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungstrends. In: SCHÄFFERS, B. & W. ZAPF (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen, S. 642-652.
- HRADIL, S. (2002a): Vom Wandel des Wertewandels – Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In: GLATZER, W., R. HABICH & K. U. MAYER (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen, S. 31-47.
- HRADIL, S. (2002b): Milieu, soziales. In: GLATZER, W., R. HABICH & K. U. MEYER (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden, S. 199-202.
- HRADIL, S. (2003): Vom Leitbild zum „Leidbild“. Singles, ihre Wahrnehmung und der „Wandel des Wertewandels“. In: Zeitschrift für Familienforschung 15 (1), S. 38-54.
- HRADIL, S. (2005): Der theoretische Hintergrund – die Gesundheitslebensstile. In: GÄRTNER, K., E. GRÜNHEID & M. LUY (Hrsg.): Lebensstile, Lebensphasen, Lebensqualität. Interdisziplinäre Analysen von Gesundheit und Sterblichkeit aus dem Lebenserwartungssurvey des BiB. Wiesbaden, S. 65-93.
- HRADIL, S. (2006): Lebensstil. In: SCHÄFFERS, B. & J. KOPP (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden, S. 161-164.
- HUININK, J. & D. KONIETZKA (2003): Lebensformen und Familiengründung. Nichtehelelche Elternschaft in Ost- und Westdeutschland in den 1990er Jahren. In: BIEN, W. & J. H. MARBACH (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen, S. 65-93 (DJI: Familien-Survey 11).
- HUININK, J. & M. WAGNER (1998): Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensformen. In: FRIEDRICH, J. (Hrsg.): Die Individualisierungsthese. Opladen, S. 85-106.
- INGLEHART, R. (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton.

- INGLEHART, R. (1979): Wertewandel in westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: KLAGES, H. & P. KMIĘCIAK (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt am Main/New York, S. 279-316.
- INGLEHART, R. (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt am Main/New York.
- INGLEHART, R. (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton.
- JACOBS, J. (1961): The Death and Life of Great American Cities. New York/Toronto.
- JÄGER, W. (1981): Gesellschaft und Entwicklung. Weinheim/Basel.
- JÄGER, W. & H.-J. MEYER (2003): Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart. Wiesbaden.
- JÄGER, W. & U. WEINZIERL (2007): Moderne soziologische Theorien und sozialer Wandel. Wiesbaden.
- JOAS, H. (1988): Das Risiko der Gegenwartsdiagnose. In: Soziologische Revue (1), S. 1-6.
- JOHAENTGES, K. & U. PREUSSE (2002): Ahrberg. Neues Leben in der Wurstfabrik. Hannover.
- JUNGE, M. (1996): Individualisierungsprozesse und der Wandel von Institutionen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (4), S. 728-747.
- KAA, D. J. V. D. (1987): Europe's Second Demographic Transition. In: Population Bulletin 42 (1).
- KAA, D. J. V. D. (1997): Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität - Die Geschichte und Ergebnisse. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften 22 (1), S. 3-57.
- KAISER, M. & M. THEBES (2006): Gibt es eine Rückwanderung? In: Wohnbund Informationen (1/2), S. 11-12.
- KARSTEN, L. (2003): Family Gentrifiers: Challenging the City as a Place Simultaneously to Build a Career and to Raise Children. In: Urban Studies 40 (12), S. 2573-2584.
- KARSTEN, L. (2007): Housing as a Way of Life: Towards an Understanding of Middle-class Families' Preference for an Urban Residential Location. In: Housing Studies 22 (1), S. 83-98.
- KASARDA, J. D., A. J. APPOLD, S. H. SWEENEY & E. SIEFF (1997): Central-City and Suburban Migration Patterns: Is a Turnaround on the Horizon? In: Housing Policy Debate 8 (2), S. 307-358.
- KAUFMANN, F.-X. (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main.
- KECSKES, R. (1994): Abwanderung, Widerspruch, Passivität. Oder: Wer zieht wann um? In: Zeitschrift für Soziologie 23 (2), S. 129-144.
- KELLE, U. (2007): Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden in der empirischen Sozialforschung. Theoretische Grundlagen und methodologische Konzepte. Wiesbaden.

- KELLE, U. & CHR. ERZBERGER (1999): Integration qualitativer und quantitativer Methoden. Methodologische Modelle und ihre Bedeutung für die Forschungspraxis. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 51 (3), S. 509-531.
- KEMKES-GROTTENTHALER, A. (2004): Determinanten des Kinderwunsches bei jungen Studierenden. Eine Pilotstudie mit explorativem Charakter. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29 (2), S. 193-218.
- KEMPER (2006): Komponenten des demographischen Wandels und die räumliche Perspektive. In: Raumforschung und Raumordnung 64 (3), S. 195-199.
- KERSTEN, J. (2006): Daseinsvorsorge und demographischer Wandel: Wie ändert sich das Raum- und Staatsverständnis? In: Raumforschung und Raumordnung 64 (4), S. 245-257.
- KIM, J. H., F. PAGLIARA & J. PRESTON (2005): The Intention to Move and Residential Location Choice Behaviour. In: Urban Studies 42 (9), S. 1621-1636.
- KIPPELE, F. (1998): Was heißt Individualisierung? Die Antworten soziologischer Klassiker. Opladen/Wiesbaden.
- KISTENMACHER, H. (2001): Ursachen und räumliche Wirkungen der Suburbanisierung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, Hrsg.): Erscheinungen, Wirkungen und Steuerungsmöglichkeiten von Suburbanisierungsprozessen. Hannover, S. 17-29 (Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Arbeitsmaterialien 276).
- KLAGES, H. (1984): Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt am Main/New York.
- KLAGES, H. (1987): Indikatoren des Wertewandels. In: ROSENSTIEL, L. V., H. E. EINSIEDLER & R. K. STREICH (Hrsg.): Wertewandel als Herausforderung für die Unternehmenspolitik. Stuttgart, S. 1-16 (Schriften für Führungskräfte 13).
- KLAGES, H. (1988): Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Opladen.
- KLAGES, H. (1992): Die gegenwärtige Situation der Wert- und Wertwandelforschung – Probleme und Perspektiven. In: KLAGES, H., H.-J. HIPPLER & W. HERBERT (Hrsg.): Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt am Main, S. 5-39.
- KLAGES, H. (2001a): Werte und Wertewandel. In: SCHÄFERS, B. & W. ZAPF (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen, S. 726-738.
- KLAGES, H. (2001b): Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29, S. 7-14.
- KLAGES, H. & T. GENSICKE (1994): 1968 als Aufbruch in den Wertewandel? Weitverbreitete Fehleinschätzungen im gesellschaftlichen Selbstverständnis. In: Zeitschrift zur politischen Bildung 31 (3), S. 5-14.
- KLEE, A. (2001): Der Raumbezug von Lebensstilen in der Stadt. Ein Diskurs über eine schwierige Beziehung mit empirischen Befunden aus der Stadt Nürnberg. Passau (Münchener Geographische Hefte 83).

- KLEE, A. (2003): Lebensstile, Kultur und Raum. Anmerkungen zum Raumbezug soziokultureller Gesellschaftsformationen. In: *Geographische Zeitschrift* 91 (2), S. 63-74.
- KLEIN, T. (1999): Verbreitung und Entwicklung Nichtehelicher Lebensgemeinschaften im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern im Spiegel amtlicher Statistik. In: KLEIN, T. & W. LAUTERBACH (Hrsg.): *Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen*. Opladen, S. 63-94.
- KLEIN, M. & D. OHR (2004): Ändert der Wertewandel seine Richtung? Die Entwicklung gesellschaftlicher Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1980 und 2000. In: SCHMITT-BECK, R., M. WASMER & A. KOCH (Hrsg.): *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten*. Wiesbaden, S. 153-178.
- KLEIN, S. & R. PORST (2000): Mail Surveys. Ein Literaturbericht. URL: http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/gesis_methodenberichte/2000/00_10.pdf (Stand: 24.10.2008) (ZUMA Technischer Bericht 10-2000).
- KLEINERT, C. (2006): Frauen in Führungspositionen. Karriere mit Hindernissen. In: IAB Kurzbericht (9), S. 1-4.
- KLEINHANS, R., H. PRIEMUS & G. ENGBERSEN (2007): Understanding Social Capital in Recently Restructured Urban Neighbourhoods: Two Case Studies in Rotterdam. In: *Urban Studies* 44 (5/6), S. 1069-1091.
- KLUCKHOHN, C. (1962): Values and Value Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification. In: PARSONS, T. & E. SHILS (Hrsg.): *Toward a General Theory of Action*. Cambridge, S. 388-433.
- KOCH, K. (2005): Soziale Infrastruktur im Kontext städtischer Schrumpfung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 63 (3), S. 199-209.
- KOHLHAMMER, U. (1993): Berlin – eine Stadt zwischen Dichte und Urbanität, oder ist Urbanität planbar? In: *Schweizer Ingenieur und Architekt* (111), S. 257-261.
- KONIETZKA, D. (1994): Individualisierung, Entstrukturierung und Lebensstile. Zu einigen konzeptionellen Fragen der Analyse von Lebensstilen. In: DANGSCHAT, J. S. & J. BLASIUŠ (Hrsg.): *Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden*. Opladen, S. 150-168.
- KONIETZKA, D. (1995): Lebensstile im sozialstrukturellen Kontext. Ein theoretischer und empirischer Beitrag zur Analyse soziokultureller Ungleichheiten. Opladen.
- KONIETZKA, D. & M. KREYENFELD (2004): Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. In: *Berliner Debatte* 15 (4), S. 26-41.
- KONIETZKA, D. & M. KREYENFELD (2005): Nichteheliche Mutterschaft und soziale Ungleichheit im familistischen Wohlfahrtsstaat. Zur sozioökonomischen Differenzierung der Familienformen in Ost- und Westdeutschland. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (1), S. 32-61.

- KÖPPEN, B. (2007): Zwischen Perforation und Reurbanisierung. Anmerkungen zu demographischem Wandel und Stadtentwicklung in Ostdeutschland. In: HORN, M. & B. KÖPPEN (Hrsg.): Demographischer Wandel in Deutschland. Die lokale und regionale Perspektive. Berlin, S. 37-47.
- KÖSSLER, R. & T. SCHIEL (1996): Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung. Frankfurt am Main.
- KOPP, J. (1999): Geburtenentwicklung und Fertilitätsverhalten. Theoretische Modellierungen und empirische Erklärungsansätze. Konstanz.
- KRÄTKE, S. (2002): Urbanität heute. Stadtkulturen, Lebensstile und Lifestyle-Produzenten im Kontext der Globalisierung. In: MAYR, A., M. MEURER & J. VOGT (Hrsg.): Stadt und Region. Dynamik von Lebenswelten. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. 53. Deutscher Geographentag. Leipzig, S. 224-235.
- KREYENFELD, M. & D. KONIETZKA (2005): Nichtehele Lebensgemeinschaften – Demographische Trends und gesellschaftliche Strukturen. In: SCHERPE, J. M. & N. YASSARI (Hrsg.): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. The Legal Status of Cohabitation. Tübingen, S. 47-75.
- KREYENFELD, M., D. KONIETZKA & S. BÖHM (2007a): Die Bildungsungleichheit des Erwerbsverhaltens von Frauen mit Kindern. Westdeutschland im Vergleich zwischen 1876 und 2004. In: Zeitschrift für Soziologie 36 (6), S. 434-452.
- KREYENFELD, M., D. KONIETZKA & E. GEISLER (2007b): Unterschiede nach Bildungsabschluss werden größer. In: Demographische Forschung aus erster Hand 4 (1), S. 4.
- KREYENFELD, M., D. KONIETZKA, E. GEISLER & S. BÖHM (2007c): Gibt es eine zunehmende bildungsspezifische Polarisierung der Erwerbsmuster von Frauen? Analysen auf Basis der Mikrozensus 1976-2004. In: MPIDR Working Paper 2007-13. URL: www.demogr.mpg.de/papers/working/wp2007-013.pdf (Stand: 07.10.2008).
- KROMREY, H. (2006): Empirische Sozialforschung. Stuttgart.
- KUNZMANN, K. R. (2007): Urban Germany: The Future Will Be Different. In: BERG, L. V. D., BRAUN, E. & J. V. D. MEER (2007): National Policy Responses to Urban Challenges in Europe. Aldershot/Burlington, S. 169-192.
- LÄPPLE, D. (2004): Thesen zur Renaissance der Stadt in der Wissensgesellschaft. In: GESTRING, N., H. GLASAUER, CHR. HANNEMANN, W. PETROWSKY & J. POHLAN (Hrsg.): Jahrbuch Stadtregion 2003. Schwerpunkt: Urbane Regionen. Opladen, S. 61-77.
- LÄPPLE, D. (2006): Eine Renaissance der Stadt und die Segmentierung der Stadtgesellschaft. In: Wohnbund Informationen (1/2), S. 6-7.
- LÄPPLE, D. & G. WALTER (2002): Frauenerwerbstätigkeit und Geschlechterverhältnisse in urbanen Milieus. In: LÖW, M. (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen, S. 187-207.
- LAMBERT, CHR. & M. BODDY (2002): Transforming the City: Post-Recession Gentrification and Re-urbanisation. URL: <http://www.bris.ac.uk/sps/cnrpaperspdf/cnr6pap.pdf> (Stand: 28.08.2007) (CNR Paper 6).

- LAMNEK, S. (2002): Qualitative Interviews. In: KÖNIG, E. & P. ZEDLER (Hrsg.): Qualitative Forschung. Weinheim/Basel, S. 157-193.
- LAMNEK, S. (2005): Qualitative Sozialforschung. Weinheim/Basel.
- Landeshauptstadt Hannover (2001a): Wanderungsbefragung 2001. Wanderungen zwischen Stadt und Landkreis Hannover. Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (2001b): Einfamilienhausprogramm der Landeshauptstadt Hannover 2001 bis 2003 (unveröffentlicht).
- Landeshauptstadt Hannover (2002): Einwohnerentwicklung 2000 bis 2010. Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (2005a): Hannover plus zehn. Arbeiten für eine junge und innovative Stadt. 2005-2015. Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (2005b): Bilanz des Einfamilienhaus-Programms 2001-2003 (unveröffentlicht).
- Landeshauptstadt Hannover (2005c): Immobilienbericht 2005 für die Region Hannover. Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (2007a): Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2007. Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (2007b): Einfamilienhaus-Programm der Landeshauptstadt 2007-2011. URL: [https://e-government.hannover-stadt.de/lhhSIMwebdd.nsf/F98B08D6BC456672C12572BB00573316/\\$FILE/1706-2007_Anlage1.pdf](https://e-government.hannover-stadt.de/lhhSIMwebdd.nsf/F98B08D6BC456672C12572BB00573316/$FILE/1706-2007_Anlage1.pdf) (Stand: 03.11.2008).
- Landeshauptstadt Hannover (2008a): Sozialbericht 2008. Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover (2008b): Lagebericht zur Stadtentwicklung. Hannover.
- LAUTERBACH, W. (1999): Familie und private Lebensformen oder: Geht der Gesellschaft die Familie aus? In: GLATZER, W. & I. OSTNER (Hrsg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analyse. Opladen, S. 239-254.
- Landesbausparkasse (LBS, 2005): Sich im Alter zu Hause wohlfühlen. In: LBS aktuell (10), S. 8-9.
- LEES, L. (2003): The Ambivalence of Diversity and the Politics of Urban Renaissance: The Case of Youth in Downtown Portland, Main. In: International Journal of Urban and Regional Research 27 (3), S. 613-634.
- LEIBENSTEIN, H. (1974): An Interpretation of the Economic Theory of Fertility: Promising Path or Blind Alley? In: Journal of Economic Literature 12 (2), S. 457-479.
- LENGERER, A. & T. KLEIN (2007): Der langfristige Wandel partnerschaftlicher Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus. In: Wirtschaft und Statistik (4), S. 433-447.
- LESTHAEGHE, R. (1992): Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18 (3), S. 313-354.
- LESTHAEGHE, R. & K. NEELS (2002): From the First to the Second Demographic Transition: An Interpretation of the Spatial Continuity of Demographic Innovation in France, Belgium and Switzerland. In: European Journal of Population 18 (4), S. 325-360.

- LESTHAEGHE, R. & J. SURKYN (2004): When History Moves on: The Foundations and Diffusion of a Second Demographic Transition. Conference draft. URL: <http://www.vub.be/soco/demo/papersonline/Michigan.pdf> (Stand: 02.01.2008).
- LEVER, W. F. (1993): Reurbanisation – The Policy Implications. In: *Urban Studies* 30 (2), S. 267-284.
- LEY, D. (1986): Alternative Explanations for Inner-city Gentrification: A Canadian Assessment. In: *Annals of the American Geographers* 76 (4), S. 521-535.
- LÖW, M. (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main.
- LOFLAND, L. H. (1989): Private Lifestyles, Changing Neighborhoods, and Public Life: a Problem in Organized Complexity. In: *Tijdschrift voor economische en sociale Geografie* 80 (2), S. 89-95.
- LOHKAMP-HIMMIGHOFEN, M. (1999): Familienpolitische Maßnahmen bei Mutterschaft und der Erziehung von Kleinkindern in den Mitgliedsstaaten der EU, Norwegen und der Schweiz. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 24 (1), S. 47-64.
- LÜBBE, H. (2001): Werteverfall oder Wertewandel? Soziale und politische Aspekte. In: OSTERDIEKHOF, G. W. & N. JEGELKA (Hrsg.): *Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften*. Opladen, S. 177-190.
- LÜDTKE, H. (1989): *Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile*. Opladen.
- LÜDTKE, H. (1990): Lebensstile als Dimension handlungsproduzierter Ungleichheit. Eine Anwendung des Rational Choice-Ansatzes. In: BERGER, P. A. & S. HRADIL (Hrsg.): *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Göttingen, S. 433-454 (Soziale Welt, Sonderband 7).
- LÜDTKE, H. (2000): *Zeitverwendung und Lebensstile. Empirische Analysen zu Freizeitverhalten, expressiver Ungleichheit und Lebensqualität in Westdeutschland*. Münster/Hamburg/London.
- LUHMANN, N. (1987): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main.
- MACHA, H. (2006): *Work-Life-Balance und Frauenbiographien*. In: SCHLÜTER, A. (Hrsg.): *Bildungs- und Karrierewege von Frauen. Wissen – Erfahrungen – biographisches Lernen*. Opladen, S. 17-32 (Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft 2).
- MACKENROTH, G. (1953): *Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*. Berlin.
- MAIER, F. (1993): Zwischen Arbeitsmarkt und Familie – Frauenarbeit in den alten Bundesländern. In: HELWIG, G. & H. M. NICKEL (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945-1992*. Berlin, S. 257-279.
- MALTHUS, T. R. (1905): *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz*. Band 1. Jena.
- MANDERSCHIED, K. (2004): *Milieu, Urbanität und Raum. Soziale Prägung und Wirkung städtebaulicher Leitbilder und gebauter Räume*. Wiesbaden.

- MARBACH, J. H. (2003): Familiäre Lebensformen im Wandel. In: BIEN, W. & J. H. MARBACH (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen, S. 141-187 (DJI: Familien-Survey 11).
- MARBACH, J. H. & A. TÖLKE (2007): Frauen, Männer, Familie: Lebensorientierung, Kinderwunsch und Vaterrolle. In: KONIETZKA, D. & M. KREYENFELD (Hrsg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, S. 245-274.
- MAYER, K. U. & P. BLOSSFELD (1990): Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheit im Lebensverlauf. In: BERGER, P. A. & S. HRADIL (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen, S. 297-317.
- MAYRING, P. (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel.
- MAZANTI, B. (2007): Choosing Residence, Community and Neighbours – Theorizing Families' Motives for Moving. In: Geografiska Annaler B 89 (1), S. 53-68.
- MCDONALD, P. (2000): Gender Equity in Theories of Fertility Transition. In: Population and Development Review 26 (3), S. 427-439.
- MCDONALD, P. (2006): Low Fertility and the State: The Efficacy of Policy. In: Population and Development Review 32 (3), S. 485-510.
- MEIER KRUKER, V. & J. RAUH (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. Darmstadt.
- MENZL, M. (2007): Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg. Frankfurt/New York.
- MERTINS, G. (1997): Demographischer Wandel in der Europäischen Union und Perspektiven. In: ECKART, K. & S. GRUNDMANN (Hrsg.): Demographischer Wandel in europäischen Dimensionen und Perspektive. S. 9-31 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 52).
- MEULEMANN, H. (1996): Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation. Weinheim/München.
- MEULEMANN, H. (2001): Überdauernde Differenzen – fortwirkende Sozialisation? In: OSTERDIEKHOF, G. W. & N. JEGELKA (Hrsg.): Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften. Opladen, S. 69-90.
- MEYER, S. & E. SCHULZE (1993): Frauen in der Modernisierungsfalle – Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: HELWIG, G. & H. M. NICKEL (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Berlin, S. 166-189.
- MICHAILOW, M. (1994a): Lebensstil und soziale Klassifizierung. Zur Operationsweise einer Praxis sozialer Unterscheidung. In: DANGSCHAT, J. S. & J. BLASIUS (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen, S. 27-46.
- MICHAILOW, M. (1994b): Lebensstilesemantik. Soziale Ungleichheit und Formationsbildung in der Kultargesellschaft. In: MÖRTH, I. & G. FRÖHLICH (Hrsg.): Das symbolische Kapital der Lebensstile. Zur Kultursoziologie der Moderne nach Pierre Bourdieu. Frankfurt am Main/New York, S. 107-128.

- MILGRAM, S. (2002): The Urban Experience: a Psychological Analysis. In: GMELCH, G. & W. P. ZENNER (Hrsg.): Urban Life. Readings in the Anthropology of the City. Long Grove, S. 83-92.
- MOECKEL, R. & F. OSTERHAGE (2003): Stadt-Umland-Wanderung und Finanzkrise der Städte. Ein Modell zur Simulation der Wohnstandortwahl und fiskalische Auswirkungen. Dortmund (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 115).
- MOMMAAS, H. (2004): Cultural Clusters and the Post-industrial City: Towards the Remapping of Urban Cultural Policy. In: Urban Studies 41 (3), S. 507-532.
- MÜLLER, B. & S. SIEDENTOP (2004): Schrumpfende Städte - Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 43 (1), S. 14-32.
- MÜLLER, H. P. (1986): Kultur, Geschmack und Distinktion. Grundzüge der Kulturosoziologie Pierre Bourdieus. In: NEIDHARDT, F., M. R. LEPSIUS & J. WEISS (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Opladen, S. 162-190 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderhefte 27).
- MÜLLER, H. P. (1989): Lebensstile. Ein neues Paradigma der Differenzierungs- und Ungleichheitsforschung? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41, S. 53-71.
- MÜLLER, H. P. (1992a): Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit. Frankfurt am Main.
- MÜLLER, H. P. (1992b): Sozialstruktur und Lebensstile. Zur Neuorientierung der Sozialstrukturforschung. In: HRADIL, S. (Hrsg.): Zwischen Bewusstsein und Sein. Opladen, S. 57-66.
- MÜLLER, H.-P. & M. SCHMID (1995): Paradigm Lost? Von der Theorie sozialen Wandels zur Theorie sozialer Systeme. In: MÜLLER, H.-P. & M. SCHMID (Hrsg.): Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze. Frankfurt am Main, S. 9-55.
- MÜLLER, H. P. & M. WEIHRICH (1991): Lebensweise und Lebensstil. Zur Soziologie moderner Lebensführung. In: VETTER, H. R. (Hrsg.): Muster moderner Lebensführung. Ansätze und Perspektiven. München, S. 89-129.
- MÜLLER-SCHNEIDER, T. (2001): Wertewandel, Erlebnisorientierung und Lebensstile. Eine gesellschaftsgeschichtliche und modernisierungstheoretische Interpretation. In: OSTERDIEKHOF, G. W. & N. JEGELKA (Hrsg.): Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften. Opladen, S. 91-106.
- MÜNCH, R. (2004): Soziologische Theorien. Band 3: Gesellschaftstheorie. Frankfurt am Main/New York.
- MYTHEN, G. (2004): Ulrich Beck. A Critical Introduction to the Risk Society. London.
- NAVE-HERZ, R. (2003): Familie zwischen Tradition und Moderne. Oldenburg.
- NAVE-HERZ, R. (2007): Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt.

- NEUFFER, M. (1976): Urbanität als Ziel der Stadtpolitik. In: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege, S. 268-281.
- NILEG (2004): Die Häuser im Lister Blick. In: Living News (3), S. 5.
- NOELLE-NEUMANN (1978): Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft. Zürich.
- NOELLE-NEUMANN, E. & T. PETERSEN (2001): Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29, S. 15-22.
- NOLLMANN, G. & H. STRASSER (2002): Individualisierung als Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Zum Problem des Sinnverstehens in der Ungleichheitsforschung. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 27 (3), S. 3-36.
- NOTESTEIN, F. W. (1945): Population - the Long View. In: SCHULTZ, T. (Hrsg.): Food for the World. Chicago, S. 36-57.
- NUTZ, M. (2006): Demographischer Wandel und Wohnungsmarktentwicklung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (3), S. 257-274.
- ODGEN, P. E. & R. HALL (2000): Households, Reurbanisation and the Rise of Living Alone in the Principle French Cities, 1975-90. In: Urban Studies 37 (2), S. 367-390.
- ODGEN, P. E. & R. HALL (2004): The Second Demographic Transition, New Household Forms and the Urban Population of France During the 1990s. In: Transactions of the Institute of British Geographers 29, S. 88-105.
- OGBURN, W. F. (1969): Soziale Trends. In: MAUS, H. & F. FÜRSTENBERG (Hrsg.): Kultur und sozialer Wandel. Neuwied/Berlin, S. 153-161.
- OPASCHOWSKI, H. W. (1983): Neue Erziehungsziele als Folge des Wertewandels von Arbeit und Freizeit. In: BRENNER, D., H. HEID & H. THIERSCH (Hrsg.): Beiträge zum 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Weinheim/Basel, S. 237-249 (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft 18).
- OSTERDIEKHOF, G. W. (2001): Soziale Strukturen, sozialer Wandel und Wertewandel. Das Theoriemodell von Ronald Inglehart in der Diskussion seiner Grundlagen. In: OSTERDIEKHOF, G. W. & N. JEGELKA (Hrsg.): Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften. Opladen, S. 41-54.
- OTTE, G. (1998): Auf der Suche nach „neuen sozialen Formationen und Identitäten“ - Soziale Integration durch Klassen oder Lebensstile? In: FRIEDRICHS, J. (Hrsg.): Die Individualisierungsthese. Opladen, S. 181-220.
- PARKER, S. (2004): Urban Theory and the Urban Experience. London.
- PARSONS, T. (1971): Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze. In: ZAPF, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln/Berlin, S. 35-54.
- PARSONS, T. (1972): Das System moderner Gesellschaften. München.
- PEUCKERT, R. (2006): Werte. In: SCHÄFERS, B. & J. KOPP (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden, S. 352-355.

- PEUCKERT, R. (2008): Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden.
- PILSHOFER, B. (2001): Wie erstelle ich einen Fragebogen? Graz.
- PRIEBS, A. (2002): Die Bildung der Region Hannover und ihre Bedeutung für die Zukunft stadtreionaler Organisationsstrukturen. In: Die öffentliche Verwaltung 55 (4), S. 144-151.
- PRIEBS, A. (2003): Die Expo 2000 und der Kulturlandschaftswandel in der Region Hannover. In: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 21, S. 195-215.
- PRIEBS, A. (2004): Region Hannover – eine Zwischenbilanz zur Mitte der ersten Wahlperiode. In: Niedersächsische Verwaltungsblätter (8), S. 201-206.
- PRIEMUS, H. (2004): Changing Urban Housing Markets in Advanced Economies. In: Housing, Theory and Society 21 (1), S. 2-16.
- PRIGGE, R. & T. SCHWARZER (2006): Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation. Wiesbaden.
- PRIGGE, W. (2001): Urbanität produzieren. Zur Konstruktion des Städtischen in Zeiten der Globalisierung. In: Werk, bauen + wohnen 55 (7/8), S. 15-17.
- REICHENWALLNER, M. (2000): Lebensstile zwischen Struktur und Entkopplung. Beziehungen zwischen Lebensweisen und sozialen Lagen. Wiesbaden.
- REUBER, P. & C. PFAFFENBACH (2005): Methoden der empirischen Sozialgeographie. Braunschweig.
- RICHTER, R. (2005): Die Lebensstilgesellschaft. Wiesbaden.
- ROBERTSON, K. (2007): Ereignisse der Pfadabhängigkeit. Theorie und Empirie. Marburg.
- RÖSSEL, J. (2006): Ronald Inglehart: Daten auf der Suche nach einer Theorie. In: MOEBIUS, S. & D. QUADFLIEG (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. Wiesbaden, S. 545-556.
- ROHR-ZÄNKER, R. & W. MÜLLER (1998): Die Rolle von Nachbarschaften für die zukünftige Entwicklung von Stadtquartieren. Expertise im Auftrag der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Oldenburg. URL: http://stadregion.net/Download.36.0html?&no_cache=1&tx_abdownloads_pi1%5Baction%5D=getviewclickdownload&tx_abdownloads_pi1%5Buid%5D=3 (Stand: 18.10.2008).
- ROSA, H. (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main.
- ROSSI, P. H. (1980): Why families move. Beverly Hills/London.
- SALIN, E. (1960): Urbanität. In: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des deutschen Städtetages. Stuttgart/Köln, S. 9-34 (Die neuen Schriften des deutschen Städtetages 6).
- SALIN, E. (1970): Von der Urbanität zur Urbanistik. In: Kyklos 23 (4), S. 869-881.
- SANDFUCHS, K. & R. WEHRHAHN (2006): Image, Multikulturalität und Stadterneuerung: Potenzielle Faktoren für Gentrification, untersucht in Lavapiés (Madrid). In:

- GANS, P., A. PRIEBIS & R. WEHRHAHN (Hrsg.): Kulturgeographie der Stadt. Kiel, S. 147-166 (Kieler Geographische Schriften 111).
- SCHÄFERS, B. (2004): Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Stuttgart.
- SCHÄFERS, B. (2006): Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder. Wiesbaden.
- SCHAEPER, H. (2007): Familiengründung von Hochschulabsolventinnen. Eine empirische Untersuchung verschiedener Examenskohorten. In: KONIETZKA, D. & M. KREYENFELD (Hrsg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, S. 137-166.
- SCHAUERTE, M. & K. KLEIN (2002): Attraktive kontra soziale Stadt? Der Einfluss fehlender Qualitäten des Wohnungsangebotes auf die soziale Stabilität in den Städten. In: Informationen zur Raumentwicklung (3), S. 151-161.
- SHELLER, G. (2005): Die Wende als Individualisierungsschub? Umfang, Richtung und Verlauf des Individualisierungsprozesses in Ostdeutschland. Wiesbaden.
- SCHEUCH, E. K. (2003a): Sozialer Wandel. Band 1: Theorien des sozialen Wandels. Wiesbaden.
- SCHEUCH, E. K. (2003b): Sozialer Wandel. Band 2: Gegenwartsgesellschaften im Prozess des Wandels. Wiesbaden.
- SCHILD, M. & A. HAVEMANN (2006): Edition Garten + Landschaft – Hannover. München.
- SCHIMANY, P. (2003): Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt am Main/New York.
- SCHMIDT, G., S. MATTHIESEN, A. DEKKER & K. STARKE (2006): Spätmoderne Beziehungswelten. Wiesbaden.
- SCHMIDT, M. (2008): Kleinräumige Ausdifferenzierungen von demografischen Prozessen in der Stadt - Fallstudien aus Kiel. In: MARETZKE, S. (Hrsg.): Städte im demografischen Wandel. Wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands. Wiesbaden. S. 93-101 (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 125).
- SCHMITT, CHR. (2005): Kinderlosigkeit bei Männern – Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft. In: TÖLKE, A. & K. HANK (Hrsg.): Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Wiesbaden, S. 18-43 (Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 4).
- SCHMITT, CHR. & G. G. WAGNER (2006): Kinderlosigkeit von Akademikerinnen überbewertet. In: DIW Berlin Wochenbericht (21), S. 313-318.
- SCHMITT, T., J. DOMBROWSKI, J. SEIFERT, T. GEYER & F. MURAT (2006): Einfamilienhaus oder City? Wohnorientierungen im Vergleich. Wiesbaden.
- SCHNEIDER, H. (1990): Urbanität als Planungsfaktor. In: Schweizer Ingenieur und Architekt 108 (1/2), S. 22-23.
- SCHNEIDER, N. F. & H. RÜGER (2007): Value of Marriage. Der subjektive Sinn der Ehe und die Entscheidung zur Heirat. In: Zeitschrift für Soziologie 36 (2), S. 131-152.
- SCHNEIDER, N. & A. SPELLERBERG (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen.

- SCHÖLLER, O. (2007): Urbanität und Mobilität. Residenzwahl in der Zweiten Moderne. Eine Projektbegründung. Berlin (WZB-Discussion Paper SP III 2007-104).
- SCHÖNECK, N. M. (2006): Zeitwahrnehmung im sozialen Kontext. Grundlagen, gesellschaftliche Einflüsse, Konsequenzen. Saarbrücken.
- SCHÖNERT, M. (2003): 20 Jahre Suburbanisierung der Bevölkerung. Zur Stadt-Umland-Wanderung in westdeutschen Großstadregionen. In: *Raumforschung und Raumordnung* 61 (3), S. 457-471.
- SCHOLZ, W.-D. & F. W. BUSCH (2006): Familienvorstellungen Jugendlicher in Deutschland. In: BUSCH, F. W. & W.-D. SCHOLZ (Hrsg.): *Familienvorstellungen zwischen Fortschrittlichkeit und Beharrung. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung von Ehe- und Familienvorstellungen Jugendlicher im internationalen Vergleich*. Würzburg, S. 25-84 (Familie und Gesellschaft 19).
- SCHROER, M. (2000): Negative, positive und ambivalente Individualisierung - erwartbare und überraschende Allianzen. In: KRON, T. (Hrsg.): *Individualisierung und soziologische Theorien*. Opladen, S. 13-42.
- SCHROER, M. (2005): Stadt als Prozess. Zur Diskussion städtischer Leitbilder. In: BERKING, H. & M. LÖW (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Städte*. Baden-Baden, S. 327-344 (Soziale Welt, Sonderband 16).
- SCHROER, M. (2008): „Bringing Space back in“ – Zur Relevanz des Raumes als soziologische Kategorie. In: DÖRING, J. & T. THIELMANN (Hrsg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*. Bielefeld, S. 125-148.
- SCHÜLLER, N. (2003): Einleitung. Zwischen Wahrnehmung und Invention. In: OSWALD, F. & N. SCHÜLLER (Hrsg.): *Neue Urbanität – das Verschmelzen von Stadt und Landschaft*. Zürich, S. 11-21.
- SCHULZE, G. (1990): Die Transformation sozialer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland. In: BERGER, P. A. & S. HRADIL (Hrsg.): *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Göttingen, S. 409-432 (Soziale Welt, Sonderband 7).
- SCHULZE, G. (1992): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main/New York.
- SCHWARZ, K. (1999): Bedeutung des Haushaltseinkommens für die Zahl der Kinder der Ehen mit abgeschlossener Familienbildung in den alten Bundesländern 1997. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 24 (3), S. 365-370.
- SEO, J.-K. (2002): Re-urbanization in Regenerated Areas of Manchester and Glasgow. New Residents and the Problems of Sustainability. In: *Cities* 19 (2), S. 113-121.
- SIEBEL, W. (1994): Was macht eine Stadt urban? Zur Stadtkultur und Stadtentwicklung. Oldenburg.
- SIEBEL, W. (1999): Ist Urbanität eine Utopie? In: *Geographische Zeitschrift* 87 (2), S. 116-124.
- SIEBEL, W. (2001): Die Zukunft der europäischen Urbanität. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, Hrsg.): *Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung*. Hannover, S. 70-78 (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 215).

- SIEDENTOP, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: Informationen zur Raumentwicklung (3/4), S. 193-210.
- SIEDENTOP, S. & S. KAUSCH (2003): Der Übergang in die „schrumpfende Gesellschaft“. Auswirkungen von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen in deutschen Agglomerationsräumen – ein Überblick. In: HUTTER, G., I. IWANOW & B. MÜLLER (Hrsg.): Demographischer Wandel und Strategien der Bestandsentwicklung. Dresden, S. 13-30 (IÖR-Schriften 41).
- SIEVERTS, T. (1998): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig/Wiesbaden.
- SIMMEL, G. (1995): Die Großstädte und das Geistesleben. In: KRAMME, R., A. RAMMSTEDT & O. RAMMSTEDT (Hrsg.): Georg Simmel. Aufsätze und Abhandlungen. 1901-1908. Band 1. Frankfurt am Main, S. 116-131.
- SLEEBOS, J. E. (2006): Low Fertility in OECD Countries: Facts and Policy Responses. Paris (OECD Social, Employment and Migration Working Papers 15).
- SPELLERBERG, A. (1996): Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland. Berlin.
- SPELLERBERG, A. (2001): Lebensstile und Wohnprofile: Trends. Einige empirische Befunde. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens. Darmstadt, S. 276-286.
- SPELLERBERG, A. (2002): Gesellschaftliche Dauerbeobachtung anhand von Lebensstilindikatoren. In: GLATZER, W., R. HABICH & K. U. MAYER (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen, S. 297-315.
- SPELLERBERG, S. (2007): Lebensstile im sozialräumlichen Kontext: Wohnlagen und Wunschlagen. In: DANGSCHAT, J. S. & A. HAMEDINGER (Hrsg.): Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen. Hannover, S. 182-204 (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 230).
- Statistisches Bundesamt (1962): Statistisches Jahrbuch 1962 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006a): 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse. Bericht. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006b): Leben und Arbeiten in Deutschland. Sonderheft 1: Familien und Lebensformen. Ergebnisse des Mikrozensus 1996-2004. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006c): Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Tabellenanhang zur Pressebroschüre. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006d): Leben und Arbeiten in Deutschland. Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007): Entwicklung der Privathaushalte bis 2025. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2007. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (2008b): Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Band 2: Deutschland. Wiesbaden (Fachserie 1, Reihe 4.1.1).
- Statistisches Bundesamt (2008c): Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- STEINBACH, J. (1994): Urbanität – Beiträge zu einem verhaltenstheoretischen und planungsbezogenen Konzept. In: *Raumforschung und Raumordnung* 52 (3), S. 212-221.
- STEINFÜHRER, A. & A. HAASE (2007): Demographic Change as a Future Challenge for Cities in East Central Europe. *Geografiska Annaler B* 89 (2), S. 183-195.
- STORPER, M. & M. MANVILLE (2006): Behaviour, Preferences and Cities: Urban Theory and Urban Resurgence. In: *Urban Studies* 43 (8), S. 1247-1274.
- STÜRZER, M., U. BEICHT & M. GRANATO (2005): Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: CORNELISSEN, W. (Hrsg.): *Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. München, S. 12-98.
- THERBORN, G. (2000): "Modernization" Discourses, Their Limitations, and Their Alternatives. In: SCHELKLE, W., W.-H. KRAUTH, K. KOHLI & G. ELWERT (Hrsg.): *Paradigms of Social Change: Modernization, Development, Transformation, Evolution*. Frankfurt am Main/New York, S. 49-72.
- TITTLE, C. R. & H. G. GRASMICK (2001): Urbanity: Influences of Urbanness, Structure, and Culture. In: *Social Sciences Research* 30, S. 313-335.
- TRÄGER, J. (2007): Neue Wege familialer Arbeitsteilung – Neuorientierung in der Familienpolitik? In: AUTH, D. & B. HOLLAND-CUNZ (Hrsg.): *Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung*. Opladen/Farmington Hill, S. 145-163.
- TREIBEL, A. (1995): *Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart*. Opladen.
- TROST, J. (1989): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. In: NAVE-HERZ, R. & M. MAREFKA (Hrsg.): *Handbuch der Familienforschung*. Neuwied/Frankfurt am Main, S. 363-372.
- United Nations (2001a): *World Population Ageing 1950-2050*. New York.
- United Nations (2001b): *Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?* New York.
- VASKOVICS, L. A. & M. RUPP (1995): *Partnerschaftskarrieren. Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften*. Opladen.
- VESTER, H.-G. (1993): *Soziologie der Postmoderne*. München.
- VESTER, M., P. V. OERTZ, H. GEILING, T. HERMANN & D. MÜLLER (1993): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Köln.

- VOGELPOHL, A. (2008): Stadt der Quartiere? Das Place-Konzept und die Idee von urbanen Dörfern. In: SCHNUR, O. (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden, S. 69-86.
- WEHRHAHN, R. (2000): Zur Peripherie postmoderner Metropolen: Periurbanisierung, Fragmentierung und Polarisierung, Untersucht am Beispiel Madrid. In: Erdkunde 54 (3), S. 221-237.
- WEICHHART, P. (2008): Entwicklungslinien der Sozialgeographie. Von Hans Bobek bis Benno Werlen. Stuttgart.
- WERLEN, B. (2000): Sozialgeographie. Bern/Stuttgart/Wien.
- WERLEN, B. (2002): Urbanität und Lebensstile. Einleitung. In: MAYR, A., M. MEURER & J. VOGT (Hrsg.): Stadt und Region. Dynamik von Lebenswelten. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. 53. Deutscher Geographentag. Leipzig, S. 210-217.
- WERLEN, B. (2008): Körper, Raum und mediale Repräsentation. In: DÖRING, J. & T. THIELMANN (Hrsg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld, S. 365-392.
- WERNER, C. S. (2006): Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland. Entwicklung von der Industrialisierung bis heute. Saarbrücken.
- WEYMANN, A. (1998): Sozialer Wandel. Theorien zur Dynamik der modernen Gesellschaft. Weinheim/München.
- WIELAND, D. (2004): Die Grenzen der Individualisierung. Opladen.
- WIRTH, H. (2007): Kinderlosigkeit von hochqualifizierten Frauen und Männern im Paarkontext – eine Folge von Bildungshomogamie? In: KONIETZKA, D. & M. KREYENFELD (Hrsg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, S. 167-199.
- WIRTH, L. (2002): Urbanism as a Way of Life. In: GMELCH, G. & W. P. ZENNER (Hrsg.): Urban Life. Readings in the Anthropology of the City. Long Grove, S. 65-82.
- WISWEDE, G. & T. KUTSCH (1978): Sozialer Wandel: zur Erklärungskraft neuerer Entwicklung- und Modernisierungstheorien. Darmstadt.
- WÜST, T. (2004): Urbanität. Ein Mythos und sein Potential. Wiesbaden.
- ZAPF, W. (1971): Einleitung. In: ZAPF, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln/Berlin, S. 11-32.
- ZAPF, W. (1989): Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. In: WEIDENFELD, W. & H. ZIMMERMANN. (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. München/Wien, S. 99-124.
- ZAPF, W. (1991): Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: ZAPF, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main, S. 23-39.
- ZAPF, W. (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Berlin.
- ZAPF, W. (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24 (1), S. 63-77.

- ZAPF, W. (2001a): Modernisierung - Dimensionen eines Begriffs. In: HILL, H. (Hrsg.): Modernisierung – Prozess oder Entwicklungsstrategie? Frankfurt am Main, S. 13-22.
- ZAPF, W. (2001b): Modernisierung und Transformation. In: SCHÄFERS, B. & W. ZAPF (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen, S. 492-501.
- ZAPF, W. (2006): Wandel, sozialer. In: SCHÄFERS, B. (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden, S. 346-352.
- ZEPF, M. (2000): Urbanität und öffentlicher Raum. Gedanken zu einem integrierten Planungsansatz. In: DISP (141), S. 35-43.
- ZERGER, F. (2000): Klassen, Milieus und Individualisierung. Eine empirische Untersuchung zum Umbruch der Sozialstruktur. Frankfurt am Main/New York.
- ZIEHE, T. (1993): Vom Lebensstandard zum Lebensstil. In: WELSCH, W. (Hrsg.): Die Aktualität des Ästhetischen. München, S. 67-93.
- ZIMMERMANN, C. (1996): Die Zeit der Metropole. Frankfurt am Main.
- ZUKIN, S. (1998): Urban Lifestyles: Diversity and Standardisation in Spaces of Consumption. In: Urban Studies 35 (5/6), S. 825-839.

Internetquellen:

- 1) URL: <http://www.ahrbergviertel.de/?cat=3>: Wohnen im Ahrberg-Viertel (Stand: 27.10.2008).
- 2) URL: <http://www.architekten24.de/projekt/gartenstadt-kleefeld/uebersicht/index.html>: Gartenstadt Kleefeld, Hannover (Stand: 03.11.2008)
- 3) URL: http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2008/04/2008-04-30-Kinderbetreuung-Kabinet.html: Mehr Betreuung auch für die Kleinsten (Stand: 28.09.2008).
- 4) URL: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Pressemitteilungen/BMF/SFJ/2008/11/2008-11-07-ursula-von-der-leyen-der-weg-fuer-eine-gute-kindebetreu-ung-ist-frei-laender-stehen.html: Ursula von der Leyen: „Der Weg für eine gute Kinderbetreuung ist frei: Länder stehen zum Ausbau der Kinderbetreuung“ (Stand: 12.12.2008).
- 5) URL: <http://www.grundgarant.de/Objekte/Selbstnutzung/Hannover/Sudstadt/Geibelhofe/geibelhofe.html>: Das Interieur für ihre Lebensart (Stand: 03.11.2008).
- 6) URL: http://www.hannover.de/de/buerger/wahlen/zahlen_daten/zahlenlh/Stadtgebiet.html: Stadtgebiet. Die Stadtfläche in Zahlen (Stand: 08.10.2008).
- 7) URL: <http://www.immobiliemarkt.de/dl/obj/2629581;Schöner Wohnen im Pelikanviertel> (Stand: 03.11.2008).
- 8) URL: <http://www.ostland-wohnen.de/Stadthaeuser.24.0.html>: Gilde Carré (Stand: 24.10.2008).
- 9) URL: [http://picture.immobilienscout24.de/files/video001/1/564/A/844/47235227/V_S_1.pdf?4056742745:Hannover-Südstadt "Geibelhöfe"](http://picture.immobilienscout24.de/files/video001/1/564/A/844/47235227/V_S_1.pdf?4056742745:Hannover-Südstadt) (Stand: 03.11.2008)

- 10) URL: [http://www.weber-massivhaus.de/index.php?id=82&L=:Nordstadt Viertel, Heisenstraße. Wohnen im Hof](http://www.weber-massivhaus.de/index.php?id=82&L=:Nordstadt+Viertel,+Heisenstra%C3%9Fe.+Wohnen+im+Hof) (Stand: 27.10.2008).
- 11) URL: http://www.werkstatt-stadt.de/ipros/03_suche/detail.php?projekt=15: Hannover, Linden "Ehemalige Wustfabrik Ahrberg" (Stand: 27.10.2008).
- 12) URL: <http://www.werkstatt-stadt.de/de/projekte/119/>: Hannover-List „Pelikan-Viertel“ (Stand: 27.10.2008)

Sonstige Printmedien:

Berliner Zeitung

02.02.2006: Zukunft fürs Zentrum – City-Wohnen wird beliebter.

Handelsblatt

04./05./06.11.2005: Run auf Stadthäuser in der Innenstadt.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

20.04.2006: Nileg hat fast 200 Stellen abgebaut.

01.09.2006: Begehrtes Wohnen am Wasser.

05.10.2006: Amerikaner kaufen Ihme-Zentrum. US-Fonds steigt ein.

06.10.2006a: „Es wird nur alles schneller gehen“.

06.10.2006b: „Eine hochattraktive Investition“.

13.11.2008: Umbau im Ihme-Zentrum verzögert sich.

06.12.2008: „Die List wächst um 300 Wohnungen“.

24.02.2009: Finanzkrise schafft riesige Bauruine in Hannover.

25.02.2009: Stadt hofft auf neuen Investor für das Ihme-Zentrum.

Süddeutsche Zeitung

23.09.2006: Berlin Townhouses: Das Individuum schlägt zurück.

27./28.09.2008: Krippenplatz oder Tagesmutter für jedes dritte Kind.

10.12.2008: Millionen Pendler erhalten Geld zurück.

Ältere Bände der
Schriften des Geographischen Instituts der Universität Kiel

(Band I, 1932 - Band 43, 1975)

sowie der

Kieler Geographischen Schriften

(Band 44, 1976 - Band 57, 1983)

sind teilweise noch auf Anfrage im Geographischen Institut der CAU erhältlich

Band 58

Bähr, Jürgen (Hrsg.): Kiel 1879 - 1979. Entwicklung von Stadt und Umland im Bild der Topographischen Karte 1:25 000. Zum 32. Deutschen Kartographentag vom 11. - 14. Mai 1983 in Kiel. 1983. III, 192 S., 21 Tab., 38 Abb. mit 2 Kartenblättern in Anlage.
ISBN 3-923887-00-0. 14,30 €

Band 59

Gans, Paul: Raumzeitliche Eigenschaften und Verflechtungen innerstädtischer Wanderungen in Ludwigshafen/Rhein zwischen 1971 und 1978. Eine empirische Analyse mit Hilfe des Entropiekonzeptes und der Informationsstatistik. 1983. XII, 226 S., 45 Tab. und 41 Abb. ISBN 3-923887-01-9. 15,30 €

Band 60

*Paffen, Karlheinz und Kortum, Gerhard: Die Geographie des Meeres. Disziplingeschichtliche Entwicklung seit 1650 und heutiger methodischer Stand. 1984. XIV, 293 S., 25 Abb. ISBN 3-923887-02-7.

Band 61

*Bartels, Dietrich u. a.: Lebensraum Norddeutschland. 1984. IX, 139 S., 23 Tab. und 21 Karten. ISBN 3-923887-03-5.

Band 62

Klug, Heinz (Hrsg.): Küste und Meeresboden. Neue Ergebnisse geomorphologischer Feldforschungen. 1985. V, 214 S., 45 Fotos, 10 Tab. und 66 Abb.
ISBN 3-923887-04-3. 19,90 €

Band 63

Kortum, Gerhard: Zuckerrübenanbau und Entwicklung ländlicher Wirtschaftsräume in der Türkei. Ausbreitung und Auswirkung einer Industriepflanze unter besonderer Berücksichtigung des Bezirks Bypazari (Provinz Ankara). 1986. XVI, 392 S., 36 Tab., 47 Abb. und 8 Fotos im Anhang. ISBN 3-923887-05-1. 23,00 €

Band 64

Fränzle, Otto (Hrsg.): Geoökologische Umweltbewertung. Wissenschaftstheoretische und methodische Beiträge zur Analyse und Planung. 1986. VI, 130 S., 26 Tab. und 30 Abb.
ISBN 3-923887-06-X. 12,30 €

Band 65

Stewig, Reinhard: Bursa, Nordwestanatolien. Auswirkungen der Industrialisierung auf die Bevölkerungs- und Sozialstruktur einer Industriegroßstadt im Orient. Teil 2. 1986. XVI, 222 S., 71 Tab., 7 Abb. und 20 Fotos. ISBN 3-923887-07-8
19,00 €

Band 66

Stewig, Reinhard (Hrsg.): Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein. 1987. VI, 370 S., 38 Tab., 11 Diagr. und 84 Karten
ISBN 3-923887-08-6. 24,50 €

Band 67

Achenbach, Hermann: Historische Wirtschaftskarte des östlichen Schleswig-Holstein um 1850. XII, 277 S., 38 Tab., 34 Abb., Textband und Kartenmappe.
ISBN 3-923887-09-4. 34,30 €

*= vergriffen

Band 68

Bähr, Jürgen (Hrsg.): Wohnen in lateinamerikanischen Städten - Housing in Latin American cities. 1988. IX, 299 S., 64 Tab., 71 Abb. und 21 Fotos.
ISBN 3-923887-10-8. 22,50 €

Band 69

Baudissin-Zinzendorf, Ute Gräfin von: Freizeitverkehr an der Lübecker Bucht. Eine gruppen- und regionsspezifische Analyse der Nachfrageseite. 1988. XII, 350 S., 50 Tab., 40 Abb. und 4 Abb. im Anhang. ISBN 3-923887-11-6. 16,40 €

Band 70

Härtling, Andrea: Regionalpolitische Maßnahmen in Schweden. Analyse und Bewertung ihrer Auswirkungen auf die strukturschwachen peripheren Landesteile. 1988. IV, 341 Seiten, 50 Tab., 8 Abb. und 16 Karten. ISBN 3-923887-12-4. 15,70 €

Band 71

Pez, Peter: Sonderkulturen im Umland von Hamburg. Eine standortanalytische Untersuchung. 1989. XII, 190 S., 27 Tab. und 35 Abb. ISBN 3-923887-13-2. 11,40 €

Band 72

Kruse, Elfriede: Die Holzveredelungsindustrie in Finnland. Struktur- und Standortmerkmale von 1850 bis zur Gegenwart. 1989. X, 123 S., 30 Tab., 26 Abb. und 9 Karten. ISBN 3-923887-14-0. 12,60 €

Band 73

Bähr, Jürgen, Christoph Corves und Wolfram Noodt (Hrsg.): Die Bedrohung tropischer Wälder: Ursachen, Auswirkungen, Schutzkonzepte. 1989. IV, 149 S., 9 Tab. und 27 Abb. ISBN 3-923887-15-9. 13,20 €

Band 74

Bruhn, Norbert: Substratgenese - Rumpflächendynamik. Bodenbildung und Tiefenverwitterung in saprolitisch zersetzten granitischen Gneisen aus Südindien. 1990. IV, 191 S. 35 Tab., 31 Abb. und 28 Fotos. ISBN 3-923887-16-7. 11,60 €

Band 75

Priebs, Axel: Dorfbezogene Politik und Planung in Dänemark unter sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. 1990. IX, 239 S., 5 Tab. und 28 Abb. ISBN 3-923887-17-5. 17,30 €

Band 76

Stewig, Reinhard: Über das Verhältnis der Geographie zur Wirklichkeit und zu den Nachbarwissenschaften. Eine Einführung. 1990. IX, 131 S., 15 Abb. ISBN 923887-18-3. 12,80 €

Band 77

Gans, Paul: Die Innenstädte von Buenos Aires und Montevideo. Dynamik der Nutzungsstruktur, Wohnbedingungen und informeller Sektor. 1990. XVIII, 252 S., & 64 Tab., 36 Abb. und 30 Karten in separatem Kartenband. ISBN 3-923887-19-1. 45,00 €

Band 78

Bähr, Jürgen & Paul Gans (eds): The Geographical Approach to Fertility. 1991. XII, 452 S., 84 Tab. und 167 Fig. ISBN 3-923887-20-5. 22,40 €

Band 79

Reiche, Ernst-Walter: Entwicklung, Validierung und Anwendung eines Modellsystems zur Beschreibung und flächenhaften Bilanzierung der Wasser- und Stickstoffdynamik in Böden. 1991. XIII, 150 S., 27 Tab. und 57 Abb. ISBN 3-923887-21-3. 9,70 €

Band 80

Achenbach, Hermann (Hrsg.): Beiträge zur regionalen Geographie von Schleswig-Holstein. Festschrift Reinhard Stewig. 1991. X, 386 S., 54 Tab. und 73 Abb.
ISBN 3-923887-22-1. 19,10 €

Band 81

Stewig, Reinhard (Hrsg.): Endogener Tourismus. 1991. V, 193 S., 53 Tab. und 44 Abb.
ISBN 3-923887-23-X. 16,80 €

Band 82

Jürgens, Ulrich: Gemischtrassige Wohngebiete in südafrikanischen Städten. 1991. XVII, 299 S., 58 Tab. und 28 Abb. ISBN 3-923887-24-8. 13,80 €

Band 83

Eckert, Markus: Industrialisierung und Entindustrialisierung in Schleswig-Holstein. 1992. XVII, 350 S., 31 Tab. und 42 Abb.
ISBN 3-923887-25-6. 12,70 €

Band 84

Neumeyer, Michael: Heimat. Zu Geschichte und Begriff eines Phänomens. 1992. V, 150 S. ISBN 3-923887-26-4. 9,00 €

Band 85

Kuhnt, Gerald und Zöllitz-Möller, Reinhard (Hrsg): Beiträge zur Geoökologie aus Forschung, Praxis und Lehre. Otto Fränze zum 60. Geburtstag. 1992. VIII, 376 S., 34 Tab. und 88 Abb. ISBN 3-923887-27-2. 19,00 €

Band 86

Reimers, Thomas: Bewirtschaftungsintensität und Extensivierung in der Landwirtschaft. Eine Untersuchung zum raum-, agrar- und betriebsstrukturellen Umfeld am Beispiel Schleswig-Holsteins. 1993. XII, 232 S., 44 Tab., 46 Abb. und 12 Klappkarten im Anhang.
ISBN 3-923887-28-0. 12,20 €

Band 87

Stewig, Reinhard (Hrsg.): Stadtteiluntersuchungen in Kiel, Baugeschichte, Sozialstruktur, Lebensqualität, Heimatgefühl. 1993. VIII, 337 S., 159 Tab., 10 Abb., 33 Karten und 77 Graphiken. ISBN 923887-29-9. 12,30 €

Band 88

Wichmann, Peter: Jungquartäre randtropische Verwitterung. Ein bodengeographischer Beitrag zur Landschaftsentwicklung von Südwest-Nepal. 1993. X, 125 S., 18 Tab. und 17 Abb. ISBN 3-923887-30-2. 10,10 €

Band 89

Wehrhahn, Rainer: Konflikte zwischen Naturschutz und Entwicklung im Bereich des Atlantischen Regenwaldes im Bundesstaat São Paulo, Brasilien. Untersuchungen zur Wahrnehmung von Umweltproblemen und zur Umsetzung von Schutzkonzepten. 1994. XIV, 293 S., 72 Tab., 41 Abb. und 20 Fotos. ISBN 3-923887-31-0. 17,50 €

Band 90

Stewig, Reinhard (Hrsg.): Entstehung und Entwicklung der Industriegesellschaft auf den Britischen Inseln. 1995. XII, 367 S., 20 Tab., 54 Abb. und 5 Graphiken.
ISBN 3-923887-32-9. 16,60 €

Band 91

Bock, Steffen: Ein Ansatz zur polygonbasierten Klassifikation von Luft- und Satellitenbildern mittels künstlicher neuronaler Netze. 1995. XI, 152 S., 4 Tab. und 48 Abb.
ISBN 3-923887-33-7. 8,60 €

Band 92

Matuschewski, Anke: Stadtentwicklung durch Public-Private-Partnership in Schweden. Kooperationsansätze der achtziger und neunziger Jahre im Vergleich. 1996. XI, 246 S., 16 Tab., 34 Abb., und 20 Fotos.
ISBN 3-923887-34-5. 12,20 €

Band 93

Ulrich, Johannes und Kortum, Gerhard.: Otto Krümmel (1854-1912): Geograph und Wegbereiter der modernen Ozeanographie. 1997. VIII, 340 S. ISBN 3-923887-35-3. 24,00 €

Band 94

Schenck, Freya S.: Strukturveränderungen spanisch-amerikanischer Mittelstädte untersucht am Beispiel der Stadt Cuenca, Ecuador. 1997. XVIII, 270 S. ISBN 3-923887-36-1. 13,20 €

Band 95

Pez, Peter: Verkehrsmittelwahl im Stadtbereich und ihre Beeinflussbarkeit. Eine verkehrsgeographische Analyse am Beispiel Kiel und Lüneburg. 1998. XVII, 396 S., 52 Tab. und 86 Abb. ISBN 3-923887-37-X. 17,30 €

Band 96

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 1: Entwicklung bis 1950, 1998. XV, 349 S., 35 Abb., 4 Graph., 5 Tab. und 4 Listen. ISBN 3-923887-38-8. 15,40 €

Band 97

Higelke, Bodo (Hrsg.): Beiträge zur Küsten- und Meeresgeographie. Heinz Klug zum 65. Geburtstag gewidmet von Schülern, Freunden und Kollegen. 1998. XXII, 338 S., 29 Tab., 3 Fotos und 2 Klappkarten. ISBN 3-923887-39-6. 18,40 €

Band 98

Jürgens, Ulrich: Einzelhandel in den Neuen Bundesländern - die Konkurrenzsituation zwischen Innenstadt und "Grüner Wiese", dargestellt anhand der Entwicklungen in Leipzig, Rostock und Cottbus. 1998. XVI. 395 S., 83 Tab. und 52 Abb. ISBN 3-923887-40-X. 16,30 €

Band 99

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 2: Entwicklung 1950-1980. 1999. XI, 289 S., 36 Abb., 8 Graph., 12 Tab. und 2 Listen. ISBN 3-923887-41-8. 13,80 €

Band 100

Eglitis, Andri: Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer. Persistenz und Wandel der dezentralen Versorgungsstrukturen seit der deutschen Einheit. 1999. XXI, 422 S., 90 Tab. und 35 Abb. ISBN 3-923887-42-6. 20,60 €

Band 101

Dünckmann, Florian: Naturschutz und kleinbäuerliche Landnutzung im Rahmen Nachhaltiger Entwicklung. Untersuchungen zu regionalen und lokalen Auswirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen im Vale do Ribeira, Brasilien. 1999. XII, 294 S., 10 Tab., 9 Karten und 1 Klappkarte. ISBN 3-923887-43-4. 23,40 €

Band 102

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei. Teil 3: Entwicklung seit 1980. 2000. XX, 360 S., 65 Tab., 12 Abb. und 5 Graphiken ISBN 3-923887-44-2. 17,10 €

Band 103

*Bähr, Jürgen & Widderich, Sönke: Vom Notstand zum Normalzustand - eine Bilanz des kubanischen Transformationsprozesses. La larga marcha desde el período especial había la normalidad - un balance de la transformación cubana. 2000. XI, 222 S., 51 Tab. und 15 Abb. ISBN 3-923887-45-0. 11,40 €

*= vergriffen

Band 104

Bähr, Jürgen & Jürgens, Ulrich: Transformationsprozesse im Südlichen Afrika - Konsequenzen für Gesellschaft und Natur. Symposium in Kiel vom 29.10.-30.10.1999. 2000. 222 S., 40 Tab., 42 Abb. und 2 Fig.
ISBN 3-923887-46-9. 13,30 €

Band 105

Gnad, Martin: Desegregation und neue Segregation in Johannesburg nach dem Ende der Apartheid. 2002. 281 S., 28 Tab. und 55 Abb.
ISBN 3-923887-47-7. 14,80 €

Band 106

*Widderich, Sönke: Die sozialen Auswirkungen des kubanischen Transformationsprozesses. 2002. 210 S., 44 Tab. und 17 Abb. ISBN 3-923887-48-5. 12,55 €

Band 107

Stewig, Reinhard: Bursa, Nordwestanatolien: 30 Jahre danach. 2003. 163 S., 16 Tab., 20 Abb. und 20 Fotos. ISBN 3-923887-49-3. 13,00 €

Band 108

Stewig, Reinhard: Proposal for Including Bursa, the Cradle City of the Ottoman Empire, in the UNESCO World Heritage Inventory. 2004. X, 75 S., 21 Abb., 16 Farbfotos und 3 Pläne. ISBN 3-923887-50-7. 18,00 €

Band 109

Rathje, Frank: Umnutzungsvorgänge in der Gutslandschaft von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Eine Bilanz unter der besonderen Berücksichtigung des Tourismus. 2004. VI, 330 S., 56 Abb. ISBN 3-923887-51-5. 18,20 €

Band 110

Matuschewski, Anke: Regionale Verankerung der Informationswirtschaft in Deutschland. Materielle und immaterielle Beziehungen von Unternehmen der Informationswirtschaft in Dresden-Ostsachsen, Hamburg und der TechnologieRegion Karlsruhe. 2004. II, 385 S., 71 Tab. und 30 Abb. ISBN 3-923887-52-3. 18,00 €

Band 111

*Gans, Paul, Axel Priebis und Rainer Wehrhahn (Hrsg.): Kulturgeographie der Stadt. 2006. VI, 646 S., 65 Tab. und 110 Abb.
ISBN 3-923887-53-1. 34,00 €

Band 112

Plöger, Jörg: Die nachträglich abgeschotteten Nachbarschaften in Lima (Peru). Eine Analyse sozialräumlicher Kontrollmaßnahmen im Kontext zunehmender Unsicherheiten. 2006. VI, 202 S., 1 Tab. und 22 Abb. ISBN 3-923887-54-X. 14,50 €

Band 113

Stewig, Reinhard: Proposal for Including the Bosphorus, a Singularly Integrated Natural, Cultural and Historical Sea- and Landscape, in the UNESCO World Heritage Inventory. 2006. VII, 102 S., 5 Abb. und 48 Farbfotos. ISBN 3-923887-55-8. 19,50 €

Band 114

Herzig, Alexander: Entwicklung eines GIS-basierten Entscheidungsunterstützungssystems als Werkzeug nachhaltiger Landnutzungsplanung. Konzeption und Aufbau des räumlichen Landnutzungsmanagementsystems LUMASS für die ökologische Optimierung von Landnutzungsprozessen und -mustern. 2007. VI, 146 S., 21 Tab. und 46 Abb.
ISBN 978-3-923887-56-9. 12,00 €

Band 115

Galleguillos Araya-Schübelin, Myriam Ximena: Möglichkeiten zum Abbau von Segregation in Armenvierteln. Die Frage nach der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit urbaner Ballungsräume am Beispiel Santiago de Chile. 2007. VIII, 226 S., 6 Tab. und 19 Abb. ISBN 978-3-923887-57-6. 15,00 €

*= vergriffen

Band 116

Sandner Le Gall, Verena: Indigenes Management mariner Ressourcen in Zentralamerika: Der Wandel von Nutzungsmustern und Institutionen in den autonomen Regionen der Kuna (Panama) und Miskito (Nicaragua). 2007. VIII, 390 S., 14 Tab. und 44 Abb.
ISBN 978-3-923887-58-3. 18,00 €

Band 117

Wehrhahn, Rainer (Hrsg.): Risiko und Vulnerabilität in Lateinamerika. 2007. II, 314 S., 13 Tab. und 50 Abb.
ISBN 978-3-923887-59-0. 16,50 €

Band 118

Klein, Ulrike: Geomedienkompetenz. Untersuchung zur Akzeptanz und Anwendung von Geomedien im Geographieunterricht unter besonderer Berücksichtigung moderner Informations- und Kommunikationstechniken. 2008. XI, 244 S., 89 Tab. und 57 Abb.
ISBN 978-3-923887-60-6. 15,50 €

Band 119

Sterr, Horst, Christoph Corves und Götz von Rohr (Hrsg.): The ToLearn Project, Learning how to Foster Sustainable Tourism in the North Sea Region 2009. III, 168 S., 6 Tab. und 23 farbige Abb.
ISBN 978-3-923887-61-3. 15,00 €

Band 120

Sandfuchs, Katrin: Wohnen in der Stadt. Bewohnerstrukturen, Nachbarschaften und Motive der Wohnstandortwahl in innenstadtnahen Neubaugebieten Hannovers. 2009. X, 282 S., 30 Tab. und 44 Abb.
ISBN 978-3-923887-62-0. 16,20 €

C | A | U

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Mathematisch-
Naturwissenschaftliche Fakultät

Kieler Geographische Schriften
begründet von Oskar Schmieder

Band 120 | Kiel 2009
ISBN 978-3-923887-62-0

